



**Aktion
Arbeitslosen
Abgabe**
In Braunschweig

Protokolle und Materialien 1984

Auftrag

Mitte/Ende April

1984

Wenn es wahr ist, daß wir sehr bald zu viele Theologen und andere kirchliche Mitarbeiter ohne Anstellung haben und gleichzeitig die Arbeit für die im Dienst stehenden oft zu viel ist - und wer wollte das ernsthaft bestreiten? -

dann bleibt nur noch das "Argument": Wir haben aber kein Geld, um zusätzlich Leute anzustellen!

Wir können keine neue Stellen auf Lebenszeit errichten und keine Pensionen garantieren, wir wollen aber auch nicht mehr zusehen, wie junge Menschen an der Kirche verzweifeln und überall in Deutschland, nur nicht in Braunschweig, Initiativen entstehen, um ein Zeichen zu setzen, neue Modelle kirchlicher Mitarbeit zu entwickeln und dafür auch Finanzen bereitzustellen. Darum rufen wir auf zur Gründung eines Solidaritätskontos und erarbeiten gleichzeitig eine Satzung über die Verwendung der eingehenden Gelder.

Wir schlagen eine freiwillige Selbstbesteuerung in Höhe der Arbeitslosenversicherung vor, (also etwa DM 60.-) oder [?] mehr [?] monatlich einzuzahlen.

C. A. Kiel
P. Ullrich
H. Kraft
H. Paetz
E. Finke
Döse
Kuhn
Gerritsen ?

Braunschweig, den 24. Mai

An die 14 Erstunterzeichner unseres Aufrufes
zur Initiative für arbeitslose
kirchliche Mitarbeiter.

(Marscher, Barsnick, Freiesleben, Hille, Erhöfänger, Winkler, Brackmann,
Finke, Apelt, ~~Piper~~, Dose, Stoen, Padel) Fay

Nachdem die EZ in der Ausgabe vom 20. Mai 1984 von der geplanten Initiative berichtet hat, (zusammen mit einer überraschenden Entscheidung des Pfarrerrates in ähnlicher Richtung), erscheint es uns notwendig, daß die Landessynode über unseren Schritt informiert wird. Für eine persönliche Unterscheidung aller blieb keine Zeit mehr, wir hoffen aber, daß Sie mit diesem Schritt einverstanden sind, zumal die Sache in jedem Fall zur Sprache kommen wird (leicht Informationen aus den Vorbereitungsgruppen).

Der Entwurf der Vereinssatzung liegt im Augenblick zur juristischen Überprüfung vor, am Mittwoch, 6. Juni hoffen wir, beim Treffen der Friedensinitiativen in Sz-Lebenstedt (19.30 Habs-Böckler-Ring 1) nächste Schritte planen zu können. Die Kontoeröffnung ist eingeleitet, die Kontonummer werden wir sobald wie möglich mitteilen.

So viel für heute!

Mit freundlichem Gruß Ihre

ges. C. und A. Kiel

(Sulzbacherstr. 41

38 Braunschweig)

B

PS.: Ein weiteres Anschreiben - im Namen der Friedensinitiative - wird gerade vorbereitet.

Die Konto-Nummer lautet (bis zur Vereinsgründung):

Sonderkonto C. Kiel

Postscheck-Konto Hannover 493877 - 507

1. "Gründungs-Treffen" der "Aktion Arbeitslosen-Abgabe"
am Mittwoch, 11. Juli, 19.00 Uhr, in der Friedenskirchen-Gemeinde
SZ-Lebenstedt (Fredenberg), Hans-Böckler-Ring 1.

Stichworte aus dem Arbeitsgruppen-Gespräch
Arbeitslosen -Initiative
für kirchliche Mitarbeiter

Gutmann/Lorenz und Kiel referieren über den augenblicklichen Stand der Dinge. Ein Satzungsentwurf wird vorgelesen.

Der wichtigste Punkt ist die Zielvorstellung der Initiative bzw. des zu gründenden Vereins -dahingehend auch einige Anfragen an den Text Kiel, der an ca 30 Pfarrer verschickt wurde. (Finanzielle Rückmeldung bis zum 3.5. DM 650.- pro Monat)

Offene Gesprächspunkte:

- 1) Welche Funktion soll der Verein haben? (z.B. in Richtung Landeskirche: Ist an irgendeine Art Mitbeteiligung gedacht?)
- 2) Stellt der Verein selber an, regt er Projekte an (bzw. fördert Gemeinde-Projekte) oder geht es vorrangig um Unterstützung von Personen? Tendenz: das letztere.
- 3) Wie weit faßt der Verein seine Zielsetzung? Arbeitslose allgemein, (vgl. Arbeitslosenabgabe Hannover), kirchliche Mitarbeiter, nur Theologen/(incl. Studenten), nur Abschluß der Berufsausbildung...
Tendenz: Kirchliche Mitarbeiter (Abschluß der Berufsausbildung)
- 4) Name des Vereins? "Arbeit teilen" oder "Aktion Arbeitslose abgabe"? (Steen: pragmatische Gründe sprechen für den letzteren Namen - aber mit engerer Zielsetzung s.o.)
- 5) Höhe der Beteiligung? (Fincke: Arbeitslosenversicherung wären ca 120.- DM) Kirchenbeamte müßten speziell auf diesen Aspekt angesprochen werden.
- 6) Höhe der finanziellen Förderung- Bafög-Satz, Sozialversicherung, Mitbeteiligung an anderen Finanzierungsquellen aus Gemeinden/Propsteien?
Letzteres scheint mehrfach favorisiert zu werden (Goslar, Schinke)
Es sollten keine landeskirchlichen Finanzierungslücken gestopft werden.
- 7) Kontakte zu anderen Stellen suchen (Arbeitsamt Bs, Direktor Hahn,) Was tut sich in Richtung Landessynode (Kraft)?
Auch Erfahrungen der bestehenden Initiativen im norddeutschen Raum einholen.
(Neueste Information vom 3.5.: Der Pfarrerverein wird aktiv - was ist da geplant?)

Denkbares Modell: Gemeinden, Verein(e) und Landeskirche bilden Kuratorium und finanzieren gemeinsam.

Es bestand Einigkeit, daß der Verein offen genug sein muß für theologische und kirchenpolitisch verschiedene motivierte Interessenten, aber auch in ziemlicher Freiheit und Selbständigkeit gegenüber der Landeskirche arbeiten soll.

Nächster Termin: Mi. 16.5.18.30 im HKD

gez. A. Kiel

Friedensinitiative in der
Braunschweiger Landeskirche
Hans-Böckler-Ring 1
3320 Salzgitter 1

"Aktion Arbeitslosen-Abgabe" in der Braunschweiger Landeskirche

An die haupt-, neben- und ehrenamtlichen Mitarbeiter in unserer
Landeskirche

Liebe Freunde!

Sehr bald haben viele Theologen und andere kirchlichen Mitarbeiter
keine Anstellung. Gleichzeitig wird die Arbeit für die im Dienst Ste-
henden oft zu viel. - Das wird niemand ernsthaft bestreiten. - Ange-
sichts dieser Situation bleibt nur noch das "Argument": Wir haben aber
kein Geld, um zusätzlich Leute anzustellen!

Wir können zwar keine neuen Stellen auf Lebenszeit errichten und
keine Pensionen garantieren, wir wollen aber auch nicht mehr zu-
sehen, wie junge Menschen an der Kirche verzweifeln.

Überall in Deutschland entstehen Initiativen, um ein Zeichen zu
setzen, neue Modelle kirchlicher Mitarbeit zu entwickeln und dafür
auch Finanzen bereitzustellen. Darum rufen wir auf zur Unterstützung
eines Solidaritätskontos. Gleichzeitig haben wir eine Satzung über
die Verwendung der eingehenden Gelder erarbeitet.

Inzwischen ist dadurch Verwirrung entstanden, daß jetzt fast gleich-
zeitig mehrere Initiativen nebeneinander entstanden sind: im April
durch die Friedensinitiative, im Mai durch den Pfarrerverein, Ende
Mai durch die Landessynode.

Mancher mag sich fragen: Wem soll ich wieviel geben? - Oder ist eine
freiwillige Abgabe überhaupt notwendig, wenn doch die Landeskirche
etwas tut?

Wie aus den bisherigen Mitteilungen zu entnehmen war, hat die Landes-
synode die Sicherstellung des Ausbildungsabschlusses aller kirch-
licher Mitarbeiter beschlossen, der Pfarrerverein lediglich die Un-
terstützung von Theologen.

Wir dagegen ^{wissen} wissen, daß alle Mitarbeiter auch nach ihrer Ausbildung
auf weitere Unterstützung angewiesen sein werden. Unsere Initiative
gilt deshalb allen kirchlichen Mitarbeitern, den Theologen und Nicht-
Theologen, denen, die sich in der Ausbildung befinden und denen, die
nach der Ausbildung arbeitslos werden.

Unser Ziel ist, daß Mitglieder und andere Interessierte einen frei-
willigen Solidaritätsbeitrag zahlen. Insbesondere Beamte im kirchlichen
und öffentlichen Dienst fordern wir auf, einen Beitrag analog zur Ar-
beitslosenversicherung der Arbeiter und Angestellten (ca. DM 60,-- u.mehr
zu leisten.

Bis zur endgültigen Vereinsgründung besteht das Konto unter der Be-
zeichnung:

Sonderkonto C. Kiel

Postscheckkonto Hannover 493 877-507

Erstes "Gründungs-Treffen" der "Aktion Arbeitslosen-Abgabe" am
Mittwoch, 11. Juli, 19.00 Uhr, im Pfarramt der Friedenskirchengemeinde
SZ-Lebenstedt (Fredenberø), Hans-Böckler-Ring 1

Ich bin bereit, ab sofort bis auf Widerruf monatlich den Beitrag von
DM _____ auf das Sonderkonto C.Kiel für die Aktion "Freiwillige Arbeits-
losen-Abgabe einzuzahlen.

Name:Anschrift:.....Telefon:.....

Sehr geehrter, lieber

Die Idee, jetzt endlich anzufangen, etwas zu tun und nicht nur darüber zu reden, entstand bei einem Treffen der Braunschweiger Friedensinitiative.

In einer ersten Runde habe ich einige Leute angerufen und Zustimmung gefunden.

Dies ist der 2. Schritt: Ein Brief an einen etwas weiteren Kreis (aber noch nicht öffentlich) mit dem Angebot, sich zu verpflichten. Wen kennen Sie, der Interesse hätte mitzumachen?

Der 3. Schritt sollte dann sein: Treffen der Erstunterzeichner, Erstellung eines Rahmenplanes unserer Zielvorstellungen (Vorarbeiten und Entwürfe liegen bereits vor) und Schritte in die Öffentlichkeit (z.B. EZ u. Tageszeitungen).

Terminierung: Bis zur Landessynode (25. Mai), bei der die Initiative öffentlich bekanntgegeben werden könnte!
Was meinen Sie?

Mit freundlichem Gruß

gez. A. Kiel

Sehr bald haben viele Theologen und andere kirchliche Mitarbeiter keine Anstellung. Gleichzeitig wird die Arbeit für die im Dienst stehenden oft zu viel. -Das wird niemand ernsthaft bestreiten- Angesichts dieser Situation bleibt nur noch das "Argument": Wir haben aber kein Geld, um zusätzlich Leute anzustellen!

Wir können zwar keine neuen Stellen auf Lebenszeit errichten und keine Pensionen garantieren, wir wollen aber auch nicht mehr zu sehen, wie junge Menschen an der Kirche verzweifeln. Überall in Deutschland, nur nicht in Braunschweig, bestehen Initiativen, um ein Zeichen zu setzen, neue Modelle kirchlicher Mitarbeit zu entwickeln und dafür auch Finanzen bereitzustellen. Darum rufen auch wir auf zur Gründung eines Solidaritätskontos und erarbeiten gleichzeitig eine Satzung über die Verwendung der eingehenden Gelder.

Wir verpflichten uns und schlagen vor, eine freiwillige Selbstbestimmung in Höhe der Arbeitslosenversicherung (DM 60,- oder mehr) monatlich einzuzahlen

gez. C.u.A.Kiel

Weitere Erstunterzeichner:

Ich bin bereit ab Juni, bis auf Widerruf monatlich den Betrag von DM _____ auf ein Sonderkonto für die Aktion 'Freiwillige Arbeitslosen-Abgabe' einzuzahlen.

Anschrift :

Telefon

Protokoll der Gründungsversammlung Aktion Arbeitslosen-Abgabe
(AAA) vom 11.7.1984 in Salzgitter-Lebenstedt.

Anwesend: Die Damen Heldt, Kiel, Schmerbach-Milch, Stockmann.

Die Herren Apelt, Binder, Kiel, Lorenz, Wagner

Gast: Kathy Gerking (USA)

a) Wahl des vorläufigen Vorstandes

Vorsitzender: A. Kiel
Stellvertreterin: B. Heldt
Schriftführerin: C. Kiel

Verbesserungen

b) Änderung der Satzung:

§ 2,1 Berichtigung des Schreibfehlers. Es muß heißen:

Der Verein will den Gedanken fördern, daß Pastoren, kirchliche Mitarbeiter, Gemeindeglieder und Gemeinden Arbeit und Geld (Bezahlung) teilen, um Arbeitslosen Anteil an den Aufgaben in Kirche und Gesellschaft zu geben. Er will zugleich bestehende Vorurteile gegenüber Arbeitslosen abbauen helfen.

§ 4, Abs.1. muß es heißen:

Mitglieder des Vereins können natürliche und juristische Personen werden; die die Ziele des Vereins ideell und mit mindestens 1% des Bruttogehaltes materiell unterstützen und

§ 4, Abs.2. muß es heißen:

Der Austritt ist dem Vorstand 3 Monate vor Ende eines Kalenderjahres mitzuteilen....

c) Die 1. Mitgliederversammlung soll für d. 3.9.1984, 20.00 Uhr in Gem. St. Katharinen einberufen werden.

Tagesordnung:

1. Feststellung der Anwesenheit und Beschlußfähigkeit
2. Genehmigung der Tagesordnung
3. Verabschiedung der Satzung
4. Wahl des Vorstandes
5. Bericht über Kontakte mit Landeskirchenamt und Pfarrerverein
6. Erfahrungsbericht von Projekten in anderen Landeskirchen
7. Verschiedenes.

Die Einladungen zu dieser Mitgliederversammlung sollen noch vor Beginn der Sommerferien zusammen mit der berichtigten Vereinssatzung und unter bes. Hinweis auf § 2,1 "Der Verein bemüht sich um Zusammenarbeit ff...." verschickt werden.

Versand an die Pfarrer der LK übernimmt P. Steen.
Hauptamtliche u. Erzieherinnen: B. Heldt.
Vikare: Schmerbach-Milch.

Arbeitslosen-Initiative
z.Hd. C. Kiel

An alle kirchlichen Mitarbeiter in der Braunschweiger Landeskirche

Sehr verehrte Damen und Herren,

liebe Schwestern und Brüder!

Dieser Brief erreicht Sie kurz vor den langersehnten Sommerferien und ist damit der Gefahr ausgesetzt, unterzugehen oder vergessen zu werden.

7
Wenn Sie keine Lust mehr haben, noch viel zu lesen, dann merken Sie sich bitte nur den folgenden Termin:
Donnerstag, 6. September, 20.00 Uhr
Katharinen-Gemeindehaus.

Um was geht es? Die Aktion Arbeitslosen-Abgabe.

Bei der Gründungsversammlung am 11. Juli in SZ.-Lebenstedt wurde beiliegende Satzung beschlossen und die 1. Mitgliederversammlung vorbereitet.

Wir bitten Sie um Ihre Mitgliedschaft und aktive (auch finanzielle) Unterstützung. Dabei möchten wir besonders auf den § 2, Absatz 4 hinweisen, in dem eine enge Zusammenarbeit mit anderen Initiativen satzungsmäßig bestimmt ist! Entsprechende Kontakte und Gespräche (z.B. mit dem Pfarrerverein und dem Landeskirchenamt) sind in Vorbereitung. Wir hoffen, bei der 1. Mitgliederversammlung Näheres berichten zu können. Wir meinen, daß es jetzt an der Zeit ist, etwas zu tun! Dazu möchten wir Sie einladen und ermutigen!

Ihre

gez. C. und A. Kiel, B. Heldt
(vorläufiger Vorstand)

Einladung zur

1. ordentlichen Mitgliederversammlung
der Aktion Arbeitslosen-Abgabe e.V.
am Donnerstag, 6. September, 20.00 Uhr
im Gemeindehaus Katharinen (Hagenmarkt)
in Braunschweig.

Tagesordnung: 1. Feststellung der Anwesenheit und Beschlußfähigkeit
2. Genehmigung der Tagesordnung
3. Verabschiedung der Satzung
4. Wahl des Vorstandes
5. Bericht über Kontakte mit Landeskirchenamt
und Pfarrerverein
6. Erfahrungsbericht von Projekten in anderen
Landeskirchen
7. Verschiedenes.

gez. A. Kiel

PS.: Dieser Brief wird durch eine Sonderspende finanziert.
Rückfragen an C. Kiel, Sulzbacher Str.41, 3300 Braunschweig.

Protokoll der Mitgliederversammlung vom 6.9. der "Aktion Arbeitslosenabgabe" im Katharinen Gemeindehaus Braunschweig.

TOP 1 Feststellung der Anwesenheit und Beschlußfähigkeit

Anwesend 15 Mitglieder: Padel, Barschok, Fincke, Apelt, Wieke, Lorenz Heldt, Binder, Stöckmann, Picht, Gutschard, Steen, Gutmann, C. Kiel, A. Kiel

5 Gäste: Kraft, Schmucke, Spennhoff-Handay, Lemke, Hoffmann.

TOP 2 Tagesordnung wird geändert: TOP 5 soll zwischen 2 und 3 geschehen und erweitert werden, gegebenenfalls eine Beschlußfassung über eigene Schwerpunkte enthalten.

(TOP 5) Berichterstattung (A. Kiel)

Zur Stunde bringen 32 Mitglieder monatlich 1850.- DM auf.

Der Kontostand liegt bei DM 6500.-

Es fanden Gespräche mit dem LKA (OLER Becker), b) dem Pfarrerverein (Anruf Propst Herdieckerhoff) und c) dem Finanzamt statt.

ad a) Von LKA liegt ein Gesetzentwurf für einen Spendenfond vor, der am am 19.10. von der Landessynode verabschiedet werden soll, außerdem ein Brief der Kirchenregierung vom 4.9. mit folgendem Beschluß:

"Die Kirchenregierung nimmt das Schreiben von Pfarrer Kiel zur Kenntnis. Das Landeskirchenamt wird beauftragt, mit Pfarrer Kiel bzw. weiteren Vertretern der "Aktion Arbeitslosen-Abgabe" im Gespräch zu bleiben.

Es erscheint wichtig, daß auch diese Initiative im Rahmen des vorgesehenen Spendenfondgesetzes der Landeskirche erfolgt. Mit diesem Ziel sollte mit der "Aktion Arbeitslosen-Abgabe" ~~ganz~~ gesprochen werden."

ad b) Propst Herdieckerhoff hat für den Pfarrerverein über den Stand seiner Vereinbarungen mit dem LKA berichtet. Vorläufiges Ergebnis: weitgehende Übereinstimmung, d.h. der Pfarrerverein verzichtet auf eigene Tätigkeit.

ad c) Das Finanzamt zeigte sich sehr zurückhaltend in Bezug auf Anerkennung der Gemeinnützigkeit auf Grund der bestehenden Vereinsatzung. Die Spenden müßten allen, nicht nur kirchlichen Arbeitslosen bzw. Mitarbeitern zugute kommen, wenn sie abzugsfähig sein sollten.

Auf Grund der sich anschließenden Aussprache, in der Herr Lemke von der AAA Hannover berichtete (TOP 6) und Herr Kraft die Lage in der Landessynode zu wiedergab (er ermutigte die Initiative, einen eigenen Weg zu gehen, da die Synode nur unter Druck von Herrn Fürst in letzter Minute ihrer letzten Sitzung im Mai Hilfsmaßnahmen für arbeitslose Theologen beschlossen habe) beschloß die Mitgliederversammlung einstimmig, noch keine endgültige Satzung zu beschließen, sondern durch A. Kiel Verhandlungen mit dem LKA zu führen, die eine Erweiterung des Gesetzesentwurfes zum Spendenfond zum Ziel haben, b) durch E. Fincke Verhandlungen über einen Anschluß an das Diakonische Werk und c) durch H. Steen Verbindung mit der AAA Hannover aufzunehmen um abzuklären, ob eine Untergruppe AAA Braunschweig gebildet werden könnte parallel zur Gruppe Wolfsburg.

TOP 4) In den Vorstand wurden gewählt: Diakon Kay Hempel, Vikarin H. Stöckmann, Pfarrer H. Steen, Pfarrer A. Kiel

TOP 7) Der Vorstand wird beauftragt, die nötigen Gespräche auf der Basis der vorliegenden Satzung zu führen und legt zur nächsten Versammlung die Ergebnisse vor. Ueber Änderungen und Ergänzungen (z.B. Höhe der Zahlungen) wird in der nächsten Sitzung abgestimmt.

gez. C. Kiel Nächster Termin: 11.10. 20 Trinitatisgem. haus Wf.

Sehr geehrter, lieber

Die Idee, jetzt endlich anzufangen, etwas zu tun und nicht nur darüber zu reden, entstand bei einem Treffen der Braunschweiger Friedensinitiative.

In einer ersten Runde habe ich einige Leute angerufen und Zustimmung gefunden.

Dies ist der 2. Schritt: Ein Brief an einen etwas weiteren Kreis (aber noch nicht öffentlich) mit dem Angebot, sich zu verpflichten. Wen kennen Sie, der Interesse hätte mitzumachen?

Der 3. Schritt sollte dann sein: Treffen der Erstunterzeichner, Erstellung eines Rahmenplanes unserer Zielvorstellungen (Vorarbeiten und Entwürfe liegen bereits vor) und Schritte in die Öffentlichkeit (z.B. EZ u. Tageszeitungen).

Terminierung: Bis zur Landessynode (25. Mai), bei der die Initiative öffentlich bekanntgegeben werden könnte!
Was meinen Sie?

Mit freundlichem Gruß

gez. A. Kiel

Somit bald haben viele Theologen und andere kirchliche Mitarbeiter keine Anstellung. Gleichzeitig wird die Arbeit für die im Dienst stehenden oft zu viel. -Das wird niemand ernsthaft bestreiten- Angesichts dieser Situation bleibt nur noch das "Argument": Wir haben aber kein Geld, um zusätzlich Leute anzustellen!

Wir können zwar keine neuen Stellen auf Lebenszeit errichten und keine Pensionen garantieren, wir wollen aber auch nicht mehr zusehen, wie junge Menschen an der Kirche verzweifeln. Überall in Deutschland, nur nicht in Braunschweig, bestehen Initiativen, um ein Zeichen zu setzen, neue Modelle kirchlicher Mitarbeit zu entwickeln und dafür auch Finanzen bereitzustellen. Darum rufen auch wir auf zur Gründung einer Solidaritätskassa und erarbeiten gleichzeitig eine Satzung über die Verwendung der eingehenden Gelder.

Wir verpflichten uns und schlagen vor, eine freiwillige Selbstversicherung in Höhe der Arbeitslosenversicherung (DM 60,- oder mehr) monatlich einzuzahlen

gen. C.u.v.A. Kiel

Mittlere Erstunterzeichner:

Ich bin bereit ab Juni, bis auf Widerruf monatlich den Betrag von DM _____ auf ein Sonderkonto für die Aktion 'Freiwillige Arbeitslosen-Abgabe' einzuzahlen.

Anschrift: _____

Telefon _____

Protokoll der Gründungsversammlung Aktion Arbeitslosen-Arbeitsbe-
(AAA) vom 11.7.1944 in Salzgitter-Lebenstedt.

Anwesend: Die Damen Heidt, Kiel, Scherbach-Milch, Stockmann,
die Herren Apell, Binder, Kiewi, Lorenz, Wagner

Gast: Kathy Gerking (USA)

a) Wahl des vorläufigen Vorstandes

Vorsitzender: A. Kiel
Stellvertreterin: B. Heidt
Schriftführerin: C. Kiel

Veränderungen

b) Änderung der Satzung:

§ 2.1 Berichterstattung des Schreibhlers. Es muß heißen:

Der Verein will den Gedanken fördern, daß Pastoren,
kirchliche Mitarbeiter, Gemeindeglieder und Gemeinden
Arbeit und Geld (Bezahlung) teilen, um Arbeitslosen
Anteil an den Aufgaben in Kirche und Gesellschaft zu
geben. Er will zugleich bestehende Vorurteile gegen-
über Arbeitslosen abbauen helfen.

§ 4. Abs. 1. muß es heißen:

Mitglieder des Vereins können heilbrichtige und juristische
Personen werden, die die Ziele des Vereins ideell und
mit mindestens 1/3 des Ertragsanteils materiell unter-
stützen und ...

§ 4. Abs. 2. muß es heißen:

Der Antritt ist dem Vorstand 3 Monate vor Ende eines
Kalenderjahres mitzuteilen.

c) Die 2. Mitgliederversammlung soll für 2. 8. 1944, 10.00 Uhr
in dem St. Michaelen einberufen werden.

Tagesordnung:

1. Feststellung der Anwesenheit und Beschlußfähigkeit
2. Genehmigung der Tagesordnung
3. Verabschiedung der Satzung
4. Wahl des Vorstandes
5. Bericht über Kontakte mit Landeskirchenrat und
Pfarrernverein
6. Erfahrungsbericht von Dorothea in anderen Landeskirchen
7. Verschiedenes.

Die Einladungen zu dieser Mitgliederversammlung, welche auch das
Beginn der Seminare zusammen mit der bisher letzten Vereins-
sitzung, und unter dem Hinweis auf § 2.1 "Der Verein bemüht sich
um Zusammenarbeit etc..." versandt werden.

Verankert in die Statuten der LK übernimmt P. Kiewi,
Hauptamtliche u. Schriftführerin: B. Heidt,
Vize: Scherbach-Milch.

Protokoll der Mitgliederversammlung vom 6.9. der "Aktion Arbeitslosenabgabe" im Katharinengemeindehaus Braunschweig.

TOP 1 Feststellung der Anwesenheit und Beschlußfähigkeit

Anwesend 15 Mitglieder: Padel, Barsnack, Fincke, Apelt, Wieke, Lorenz Heldt, Binder, Stöckmann, Picht, Gutschard, Steen, Gutmann, C. Kiel, A. Kiel

5 Gäste: Kraft, Schmucke, Spennhoff-Manday, Lemke, Hoffmann.

TOP 2 Tagesordnung wird geändert: TOP 5 soll zwischen 2 und 3 geschehen und erweitert werden, gegebenenfalls eine Beschlußfassung über eigene Schwerpunkte enthalten.

(TOP 5) Berichterstattung (A. Kiel)

Zur Stunde bringen 32 Mitglieder monatlich 1850.- DM auf.

Der Kontostand liegt bei DM 6500.-

Es fanden Gespräche mit dem LKA (OLKR Becker), b) dem Pfarrerverein (Anruf Propst Herdieckerhoff) und c) dem Finanzamt statt.

ad a) Von LKA liegt ein Gesetzentwurf für einen Spendenfond vor, der am am 19.10. von der Landessynode verabschiedet werden soll, außerdem ein Brief der Kirchenregierung vom 4.9. mit folgendem Beschluß:

"Die Kirchenregierung nimmt das Schreiben von Pfarrer Kiel zur Kenntnis. Das Landeskirchenamt wird beauftragt, mit Pfarrer Kiel bzw. weiteren Vertretern der "Aktion Arbeitslosen-Abgabe" im Gespräch zu bleiben.

Es erscheint wichtig, daß auch diese Initiative im Rahmen des vorgesehenen Spendenfondgesetzes der Landeskirche erfolgt.

Mit diesem Ziel sollte mit der "Aktion Arbeitslosen-Abgabe" ~~gearbeitet~~ gesprochen werden."

ad b) Propst Herdieckerhoff hat für den Pfarrerverein über den Stand seiner Vereinbarungen mit dem LKA berichtet. Vorläufiges Ergebnis: weitgehende Übereinstimmung, d.h. der Pfarrerverein verzichtet auf eigene Tätigkeit.

ad c) Das Finanzamt zeigte sich sehr zurückhaltend in Bezug auf Anerkennung der Gemeinnützigkeit auf Grund der bestehenden Vereinsatzung. Die Spenden müßten allen, nicht nur kirchlichen Arbeitslosen bzw. Mitarbeitern zugute kommen, wenn sie abaugafähig sein sollten.

Auf Grund der sich anschließenden Aussprache, in der Herr Lemke von der AAA Hannover berichtete (TOP 6) und Herr Kraft die Lage in der Landessynode wiedergab (er ermutigte die Initiative, einen eigenen Weg zu gehen, da die Synode nur unter Druck von Herrn Fürst in letzter Minute ihrer letzten Sitzung im Mai Hilfsmaßnahmen für arbeitslose Theologen beschlossen habe) beschloß die Mitgliederversammlung einstimmig, noch keine endgültige Satzung zu beschließen, sondern durch A. Kiel Verhandlungen mit dem LKA zu führen, die eine Erweiterung des Gesetzesentwurfes zum Spendenfond zum Ziel haben, b) durch E. Fincke Verhandlungen über einen Anschluß an das Diakonische Werk und c) durch H. Steen Verbindung mit der AAA Hannover aufzunehmen um abzuklären, ob eine Untergruppe AAA Braunschweig gebildet werden könnte parallel zur Gruppe Wolfsburg.

TOP 4) In den Vorstand wurden gewählt: Diakon Kay Hempel, Vikarin H. Stöckmann, Pfarrer H. Steen, Pfarrer A. Kiel

TOP 7) Der Vorstand wird beauftragt, die nötigen Gespräche auf der Basis der vorliegenden Satzung zu führen und legt zur nächsten Versammlung die Ergebnisse vor. Ueber Änderungen und Ergänzungen (z.B. Höhe der Zahlungen) wird in der nächsten Sitzung abgestimmt.

gez. G. Kiel Nächster Termin: 11.10. 20 Trinitatisgem. haus Wf.

Aktion Arbeitslosen-Abgabe

Braunschweig, am 2.10.1984

z.Hd.v. Herrn A.Kiel

Sulzbacher Str. 41

3300 Braunschweig

Sehr geehrte Damen und Herren!

Hiermit laden wir ein zur 2. Mitgliederversammlung der
Aktion Arbeitslosen-Abgabe am Donnerstag, 11. Oktober, 20.00 Uhr
im Gemeindehaus der Trinitatisgemeinde, Wolfenbüttel, Neuer Weg,
neben dem Landeskirchenamt.

- TAGESORDNUNG:
1. Genehmigung des Protokolls
 2. Berichte und Informationen zur aktuellen Situation
u.a. a) Landeskirchenamt
b) AAA Hannover
 3. Beschlußfassung über die Vereinssatzung
 4. Beteiligung an der Landessynode
 5. *Stärke der Mitgliedschaft*
 6. Verschiedenes

Mit freundlichem Gruß

Der Vorstand: H. Stöckmann
H. Steen
K. Hempel
A. Kiel

Satzung des Vereins "Aktion Arbeitslosen-Abgabe" in Braunschweig e.V.

§ 1 Name und Sitz des Vereins

Der Verein führt den Namen "Aktion Arbeitslosenabgabe in Braunschweig e.V.". Der Sitz des Vereins ist Braunschweig. Die Eintragung erfolgt in das Vereinsregister des Amtsgerichts Braunschweig.

§ 2 Ziele des Vereins

1. Der Verein will den Gedanken fördern, daß Pastoren, kirchliche Mitarbeiter, Gemeindeglieder und Gemeinden Arbeit und Geld (Bezahlung) teilen, um Arbeitslosen Anteil an den Aufgaben in Kirche und Gesellschaft zu geben. Er will zugleich bestehende Vorurteile gegenüber Arbeitslosen abbauen helfen. Der Verein bemüht sich dabei um die Zusammenarbeit mit anderen innerkirchlichen und außerkirchlichen Gruppierungen, die eine ähnliche Zielsetzung verfolgen.
2. Der Verein "Aktion Arbeitslosen-Abgabe in BS e.V." bemüht sich um eine enge Zusammenarbeit mit Kirchengemeinden und kirchlichen Einrichtungen, die arbeitslose Theologen und kirchliche Mitarbeiter einstellen. Er bemüht sich zugleich um eine enge Zusammenarbeit mit den kirchenleitenden Gremien.
3. Der Verein "Aktion Arbeitslosen-Abgabe in BS e.V." unterstützt finanziell und mit dem Angebot einer inhaltlichen Mitarbeit die Vorbereitung und Durchführung von Projekten in Einzelgemeinden und in übergemeindlicher Arbeit, in deren Rahmen arbeitslose Theologen und kirchliche Mitarbeiter angestellt werden. Der Verein wird sich dabei besonders bemühen, die Einrichtung neuer Arbeitsbereiche und neuer Stellen zu unterstützen. Er wird sich dabei von dem Gedanken leiten lassen,
 - a) die finanzielle und inhaltliche Zusammenarbeit mehrerer Gemeinden in der Durchführung von Projekten zu fördern,
 - b) die soziale Absicherung der in den Projekten angestellten Mitarbeiter zu gewährleisten,
4. Die Ziele des Vereins sollen dadurch verwirklicht werden, daß
 - a) Mitglieder und andere Interessierte einen freiwilligen Solidaritätsbeitrag zahlen,
 - b) insbesondere Beamte im kirchlichen und öffentlichen Dienst aufgefordert werden, einen Beitrag analog zur Arbeitslosenversicherung der Arbeiter und Angestellten zu zahlen,
 - c) der Verein anstrebt, als Vermittlungsstelle das Problem Arbeitslosigkeit in der kirchlichen Öffentlichkeit deutlich zu machen,
 - d) aus dem Spendenaufkommen auch die Arbeit von anderen Arbeitsloseninitiativen unterstützt werden kann.

§ 3 Gemeinnützigkeit

Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Er ist selbstlos tätig und verfolgt keine eigenwirtschaftlichen Zwecke. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder des Vereins erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.

§ 4 Mitgliedschaft

Mitglieder des Vereins können natürliche und juristische Personen werden, die die Ziele des Vereins ideell und mit mindestens 1% des Bruttogehaltes materiell unterstützen und die Satzung in einer schriftlichen Beitrittserklärung anerkennen. Der Aufnahmeantrag ist schriftlich an den Vorstand zu richten.

Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand.

Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluß oder Tod.

Der Austritt ist dem Vorstand 3 Monate vor Ende eines Kalenderjahres mitzuteilen. Der Ausschluß wird entschieden durch 2/3 der anwesenden Mitglieder bei einer Mitgliederversammlung.

§ 5 Finanzierung des Vereinszweckes

Die notwendigen Mittel werden durch freiwillige Beiträge aufgebracht. Die Höhe der Beiträge natürlicher und juristischer Personen richtet sich nach Selbsteinschätzung und soll jeweils zu einem Kalenderjahre verbindlich im Voraus angegeben werden.

§ 6 Spenden

Der Verein nimmt Spenden und Zuwendungen zu satzungsmäßigen Zwecken entgegen und stellt dafür Spendenbescheinigungen aus.

§ 6 Spenden

Der Verein nimmt Spenden und Zuwendungen zu satzungsmäßigen Zwecken entgegen und stellt dafür Spendenbescheinigungen aus.

§ 7 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind

- a) die Mitgliederversammlung
- b) der Vorstand.

§ 8 Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung bestimmt die Grundsätze der Arbeit des Vereins und ist oberstes Entscheidungsorgan.
2. Einmal im Jahr findet die ordentliche Mitgliederversammlung statt, in der die Mitglieder
 - a) den Jahresbericht des Vorstands und der Kassenrevisoren entgegennehmen
 - b) über die Entlastung des Vorstands beschließen
 - c) den Vorstand und die Kassenrevisoren wählen
 - d) einen Beschluß fassen über die Projekte des nächsten Jahres.Zu ordentlichen Mitgliederversammlungen lädt der Vorstand schriftlich unter der Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von 14 Tagen ein.
3. Die ordentliche Mitgliederversammlung soll im ersten Quartal eines Kalenderjahres stattfinden.
4. Mitgliederversammlungen finden außerdem statt, sooft der Vorstand es für erforderlich hält oder ein Viertel der Mitglieder dies schriftlich verlangt.
In diesem Fall ist die außerordentliche Mitgliederversammlung innerhalb von 4 Wochen abzuhalten.
5. Soweit diese Satzung nichts anderes bestimmt, beschließt die Mitgliederversammlung mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder. Jedes Mitglied hat eine Stimme.
6. Von jeder Mitgliederversammlung wird eine Niederschrift angefertigt, die mindestens den Wortlaut der Beschlüsse und die jeweiligen Abstimmungsergebnisse enthält. Die Niederschrift ist vom Vorsitzenden und dem Schriftführer oder ihren Vertretern zu unterzeichnen. Außerdem soll eine Anwesenheitsliste beigefügt werden.

§ 9 Der Vorstand

Der Vorstand besteht aus Vorsitzendem, stellvertretendem Vorsitzenden, Schatzmeister, Schriftführer und einem weiteren Beisitzer.

Alle werden für 3 Jahre gewählt und bleiben bis zur Neuwahl des neuen Vorstandes im Amt.

Vorstandsbeschlüsse gelten wie bei der Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit.

Der Vorstand führt die laufenden Geschäfte des Vereins.

Seine Aufgaben sind insbesondere

- a) Entgegennahme von Anträgen seitens Bewerbern und seitens Kirchengemeinden, Vorschläge an die Mitgliederversammlung (siehe §8,2d).
- b) Unterstützung von Projekten nach § 2
- c) Begleitung der nach b) unterstützten Projekte
- d) Bericht vor der Mitgliederversammlung über die jeweilig laufenden Projekte

§ 10 Kassenrevision

1. Die Mitgliederversammlung wählt zwei Kassenrevisoren.
2. Diese haben die Kasse und die Rechnungsbelege zu prüfen und jährlich der ordentlichen Mitgliederversammlung zu berichten. Sie sind jederzeit zur Kassenrevision berechtigt. Sie dürfen nicht dem Vorstand angehören und werden von der ordentlichen Mitgliederversammlung mit der Mehrheit der Anwesenden für ein Jahr gewählt.

§ 11 Satzungsänderung

- 1) Satzungsänderungen können auf ordentlichen Mitgliederversammlungen beschlossen werden. Der Text der beabsichtigten Satzungsänderung ist der Einladung beizufügen.
- 2) Die Änderung ist beschlossen, wenn mindestens 3/4 der anwesenden Mitglieder zustimmen und mindestens 20 % aller Mitglieder anwesend sind.

§ 12 Haftung

Der Vorstand darf für den Verein nur Verpflichtungen in der Weise eingehen, daß die Haftung der Vereinsmitglieder auf das Vereinsvermögen beschränkt wird.

§ 13 Auflösung des Vereins

1. Die Auflösung des Vereins kann in der Mitgliederversammlung beschlossen werden,
2. § 8,2 letzter Satz gilt entsprechend. Die Auflösung kann nur beschlossen werden, wenn diese in der form- und fristgerechten Einladung an die Mitglieder als Tagesordnungspunkt ausgewiesen ist.
3. Der Auflösungsbeschluß bedarf der Mehrheit von 2/3 der Mitglieder des Vereins. Ist die Mitgliederversammlung nicht beschlußfähig, ist unter Beachtung derselben Förmlichkeiten innerhalb eines Monats eine neue außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen. Diese entscheidet dann mit einfacher Mehrheit der Anwesenden.
4. Im Falle der Auflösung des Vereins fällt das Vereinsvermögen dem Diakonischen Werk zu.
Diese hat es im Sinne des Vereinszweckes zu verwenden.
Die Satzung tritt am in Kraft.

Folgende Änderungen der Vereinsatzung stehen noch zur Diskussion:

Vorschlag Coltermann

Einfügung in § 9, 2 (Handlungsfähigkeit des Vorstandes):

Vorstand im Sinne des § 26 BGB läßt der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende, wobei jeder für sich allein handlungsbefugt ist. Im Innenverhältnis zwischen diesen beiden Vorstandsgliedern gilt, daß der stellvertretende Vorsitzende nur bei Verhinderung des Vorsitzenden tätig wird"

§ 13, 4 (Auflösung des Vereins)

Im Falle der Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall seines bisherigen Zweckes fällt das Vereinsvermögen an das "Diakonische Werk" (Landesverband Braunschweig, Peter-Joseph-Krahe-Str. 33 Braunschweig). Dieses hat es wiederum unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke möglichst im Sinne dieser Satzung zu verwenden.

(oder: fällt an die Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig zugunsten des Spendenfond ?)

Anfragen des Finanzamtes:

zu §§ 2 und 3 (Frage der Gemeinnützigkeit)

Zielgruppe muß allgemeiner sein. (vgl. § 2, 3: "in deren Rahmen arbeitslose Theologen und kirchliche Mitarbeiter angestellt werden.")

§ 6 streichen statt dessen:

Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Fragen des LKA an

§ 2, 2 und 3 (Art der Zusammenarbeit mit kirchenleitenden Gremien und Modus der Anstellung)

Im Entwurf des Spendenfondsgesetzes der Landeskirche heißt es unter § 5, 1 (Aufgaben des Ausschusses):

" Er unterbreitet dem Landeskirchenamt Empfehlungen über die Art und Anzahl der zusätzlichen Beschäftigungsmöglichkeiten nach Maßgabe des sich aus der kirchlichen Arbeit ergebenden Bedarfs und im Rahmen der aufkommenden Mittel unter Beachtung der von der Landessynode bei der Bereitstellung von Haushaltsmitteln gefällten gefaßten Beschlüsse "

Entsprechend Anfragen an § 8, 2 (die Mitglieder der Mitgliederversammlung fassen einen Beschluß über die Projekte des nächsten Jahres)

(A. Ziel)

Protokoll der Mitgliederversammlung vom 11. Oktober 1984
der Aktion Arbeitslosen-Abgabe im Trinitatiusgemeindehaus
Wolfenbüttel (Anwesend: 14 Mitglieder und 1 Gast)

TOP 1

Das Protokoll der Mitgliederversammlung vom 6. September 1984 wird genehmigt.

TOP 2

Berichte und Informationen zur aktuellen Situation:

- a) A.Kiel berichtet: Es hat ein Gespräch zwischen OLNR Becker, OLNR Fischer, A.Kiel und W.Steen. stattgefunden. Von Seiten des LKA wurde deutlich, daß eine Anstellung durch die "AAA" ohne das LKA Rechtsstreitigkeiten zur Folge haben wird, daß das Spendenfondsgesetz unabhängig von Wünschen und Vorstellungen der "AAA" beschlossen werden soll. Denn nicht Gruppen und Hausgemeinden repräsentieren die Kirche, sondern gewählte Gremien. Die Vertreter der "AAA" plaidierten dagegen für einen Freiraum für die "AAA" und für eine Zusammenarbeit mit dem Ausschuß (Kuratorium) des Spendenfonds. Seitens des LKA wurde der Wunsch nach Zusammenarbeit mit einer unabhängigen "AAA" nicht ausgesprochen.
A.Kiel verliest den Brief des Vorstandes der "AAA" an das LKA.
- b) H.Stöckmann berichtet: Es hat ein Gespräch zwischen U.Steen und L.Fingeldej von der "AAA Hannover" stattgefunden. Die "AAA Hannover" finanziert Projekte und unterstützt AM (Hilfe bei Einrichtung von AM-Stellen). "AAA BS" kann sich als Regionalgruppe der "AAA H." anschließen. Die Gemeinnützigkeit wäre dann gewährleistet. Die Eigenständigkeit und der regionale Charakter der "AAA H." würden aber bis zu einem gewissen Grade (besonders aus der Sicht von Außenstehenden) verloren gehen.
- c) Information zum Gesetz eines Spendenfonds der LK.
Anschließend: Diskussion.
- d) Information des Vorstandes: Ein Gespräch mit dem Leiter des Diakonischen Werkes konnte aus terminlichen Schwierigkeiten nicht stattfinden.

TOP 3

Diskussion und Beschlussfassung über Satzungsänderungen:
Folgende Änderungen wurden mehrheitlich beschlossen:

- a) In § 9,2 wird eingefügt: Vorstand im Sinne des § 26 BGB ist der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende, wobei jeder für sich allein handlungsbefugt ist. Im Innenverhältnis zwischen diesen beiden Vorstandsmitgliedern gilt, daß der stellvertretende Vorsitzende nur bei Verhinderung des Vorsitzenden tätig wird (einstimmig).
- b) § 13,4 wird wie folgt geändert: Im Falle der Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall seines bisherigen Zweckes fällt das Vereinsvermögen an die "AAA Hannover". Diese hat es wiederum unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke möglichst im Sinne dieser Satzung zu verwenden.
(Mit zwei Gegenstimmen)

- c) § 6 wird gestrichen. Ein neuer § 6 mit folgendem Wortlaut wird eingefügt: Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden. (einstimmig)
- d) In den §§ 2,2 und 2,3 wird der Terminus "arbeitslose Theologen und kirchliche Mitarbeiter" durch "Arbeitslose" ersetzt. (einstimmig)
- e) Abgelehnt wurde der Vorschlag, in den § 2,3 hinter "unterstützen" einzufügen: "ohne dabei Anstellungsträger zu werden" (4 dafür, 9 dagegen, 1 Enthaltung).

TOP 4:

W. Steen wird die "AAA" bei der Landessynode am 13. Okt. 1984 vorstellen und vertreten. (Der Präsident der Synode hat einem Vertreter von "AAA" Rederecht eingeräumt).

TOP 5:

Verschiedenes:

Die AAA hat zur Zeit 34 Mitglieder und verfügt über einen monatlichen Betrag von 1.985,- DM.

Die nächste Mitgliederversammlung findet am 26.11.1984 statt.

H.-M. Brackhahn
3320 SALZGITTER 1
Saldersche Straße 34

Salzgitter, den 3.7.1984

An
C. und A. Kiel
Sulzbacherstr. 41
3300 Braunschweig

Liebe Frau Kiel,
Lieber Herr Kiel!

Dankend bestätige ich den Empfang Ihrer Einladung zu dem Gründungstreffen am 11.7. in der Friedenskirche. Wegen eines anderen Termins kann ich leider nicht daran teilnehmen.

Zu meiner Position möchte ich Ihnen folgendes mitteilen: Ich habe es sehr begrüßt, daß Sie in dieser Sache etwas angefangen haben, das schon längst einer von uns hätte anfassen sollen. Deshalb habe ich mich Ihrem Aufruf angeschlossen und seit dem 1. Juni meinen Beitrag gezahlt. Der Beschluß der Landessynode, der mich gefreut hat und den ich nicht erwartet habe, ist für mich auch kein Grund, mich nicht mehr an der Aktion zu beteiligen. Das, was wir tun, ist ein Zeichen brüderlicher Solidarität, das sein eigenes Gewicht hat und sicher noch verstärkt werden muß. Ich freue mich deshalb auch, daß der Pfarrerverein, dem ich angehöre, jetzt zu einer ähnlichen Aktion aufgerufen hat. Ich habe allerdings den Eindruck, daß man im Pfarrerverein noch nicht mit vollem Herzen hinter der Aktion steht. Ich hoffe aber, daß das noch geschehen wird. Und dann sollten bei der geringen Größe unserer Landeskirche alle freiwilligen Aktionen in dieser Sache sich zusammenschließen. Wenn das nicht geschieht, werde ich mir vermutlich erneut überlegen müssen, wie ich meinen Beitrag in dieser so wichtigen Sache leiste.

Ich dachte, daß es gut sei, Ihnen für den 11.7. meine Gedanken mitzuteilen, da ich sie dort nicht vorbringen kann.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

H.-M. Brackhahn



LANDESSYNODE BESCHLIESST SPENDENFONDS

Auf ihrer Sitzung am 13. Oktober 1984 in Schöppenstedt hat die Landessynode der Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig das "Kirchengesetz über ein Sondervermögen zur Förderung und Finanzierung zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten für Theologen und kirchliche Mitarbeiter aus Spenden und anderen Mitteln (Spendenfondsgesetz)" beschlossen.

Es wird in Zukunft möglich sein, Theologen und anderen Mitarbeitern mit kirchlicher Ausbildung eine außerplanmäßige Anstellung zu geben, die auf drei Jahre befristet ist.

DIE AKTION ARBEITSLÖSEN-ABGABE FREUT SICH ÜBER DIESEN ERSTEN SCHRITT!

Jeder, der sich etwas näher mit dem Problem der Arbeitslosigkeit in Gesellschaft und Kirche befaßt, weiß, daß das Spendenfondsgesetz allein nicht ausreicht, um das Problem arbeitsloser kirchlicher Mitarbeiter auch nur annähernd zu lösen. Aus den Mitteln des Spendenfonds können - wenn es hoch kommt - vielleicht 10 zusätzliche Mitarbeiter finanziert werden. Darüber hinaus aber geht es um die grundsätzliche Bereitschaft, "daß Pastoren, kirchliche Mitarbeiter, Gemeindeglieder und Gemeinden Arbeit und Geld (Bezahlung) teilen, um Arbeitslosen Anteil an den Aufgaben in Kirche und Gesellschaft zu geben" (§2,1 der Satzung unseres Vereins).

DIE AKTION ARBEITSLÖSEN-ABGABE ENTWICKELT NEUE PROJEKTE FÜR ARBEITSLÖSE

Wir möchten erreichen, daß nicht nur ein paar Stellen mehr eingerichtet werden (so nötig das im Augenblick ist), sondern wir verstehen uns als Unterstützungs- und "Mutmach" - Aktion für Gemeinden und Propsteien. Mit finanzieller Absicherung durch AAA sollen diese befähigt werden, eigene Projekte mit arbeitslosen Theologen und kirchlich ausgebildeten Mitarbeitern ins Leben zu rufen. Die AAA nutzt die Erfahrungen aus anderen Landeskirchen (Hannover, Berlin) und ist daran interessiert, von Plänen und Vorstellungen zu erfahren, die bereits an der Basis, das heißt in Gemeinden und Gruppen, diskutiert werden.

DIE AKTION ARBEITSLÖSEN-ABGABE STREBT RECHTLICHE SELBSTÄNDIGKEIT AN!

Nicht aus Eigenbrötelei oder aus Konkurrenz zum Spendenfonds!

Hier unsere Gründe:

- Wer spendet, kann auch über die Verwendung der Gelder mitbestimmen.
- Die eigene Rechtsform ermöglicht unkonventionelle und schnelle Hilfe.
- Die eigene Rechtsform vermeidet Abhängigkeiten vom öffentlich-rechtlichen Status der Kirche und den damit verbundenen komplizierten Rechtssituationen.

DIE AKTION ARBEITSLÖSEN-ABGABE BRAUCHT UNTERSTÜTZUNG!

Helfen Sie mit, damit sinnvoll geholfen werden kann. 33 Personen (Pfarrer, kirchliche Mitarbeiter, Gemeindeglieder) spenden regelmäßig mindestens 1% ihres Bruttogehaltes. Über 1.800 DM im Monat kommen zusammen. Es kann noch mehr werden, wenn Sie nach Ihren persönlichen Möglichkeiten dazu beitragen! Unser vorläufiges Konto:

Sonderkonto C. Kiel 493877-307 Postgiroamt Hannover

**DIE AKTION ARBEITSLÖSEN-ABGABE LÄDT ALLE INTERESSENTEN HERZLICH EIN:
ZUR MITGLIEDERVERSAMMLUNG AM MONTAG, 26. NOVEMBER 1984, 20 UHR,
ST. THOMAS - GEMEINDEZENTRUM IN WOLFENBÜTTEL, JAHNSTR. (erkennbar am Beton-Turm).
Wir wollen Arbeitslosenprojekte vorstellen und Ideen für neue entwickeln.**

gez. K. Hempel, A. Kiel, H. Stöckmann, W. Steen (vorläufiger Vorstand)

PROTOKOLL DER MITGLIEDERVERSAMMLUNG DER "AKTION ARBEITSLOSEN-ABGABE
DER "AKTION ARBEITSLOSEN-ABGABE IN BRAUNSCHWEIG"
AM 26. NOVEMBER 1984 IM THOMAS-GEMEINDEZENTRUM WOLFENBÜTTEL

Anwesend: Ursula Hennig, Sozialpädagogin; Eckehard Binder, Vikar; Kai Hempel, Diakon; Arnold Kiel, Pastor; Paul Koch, Propsteijugendwart (als Gast); Carsten Nock, Sozialpädagoge (als Gast, Mitarbeiter der Kreisstelle des Diakonischen Werkes Bad Gandersheim); Hartmut Padel, Pastor; Hans Otto, Redakteur (als Gast); Wilfried Steen, Pastor.

TOP 1: Herr Kiel begrüßt die Anwesenden, insbesondere die Gäste. Er teilt mit, daß mehrere Mitglieder verhindert sind. Da parallel eine Veranstaltung des Landeskirchenamtes mit den Vikaren stattfindet, ist nur Herr Binder als Vertreter erschienen.

TOP 2: Das Protokoll der MV vom 11. Oktober 1984 wird genehmigt.

TOP 3: Berichte und Informationen

Herr Kiel berichtet über den Stand der Gespräche mit dem Finanzamt Braunschweig über die Anerkennung der Förderungswürdigkeit des Vereins. Die Verhandlungen konnten noch nicht abgeschlossen werden.

Herr Steen hat anlässlich der Sitzung der Landessynode am 13. Oktober 1984 die Aktion Arbeitslosen-Abgabe vorgestellt. Beiträge aus der Mitte drückten die Hoffnung aus, daß die verschiedenen Aktionen im Bereich der Landeskirche zu einer zusammenfließen mögen.

Herr Steen berichtet von der Jahresversammlung der niedersächsischen Aktionen zur Arbeitslosenabgabe in Hameln am 24. November 1984. Es stellten sich AAAs aus Hameln, Wolfsburg, Bad Münder, Hildesheim, Gifhorn, Osnabrück, Uelzen, Hannover und Braunschweig vor. Für Braunschweig ist die Zusammenarbeit vielversprechend, weil hier auch Erfahrungen aus laufenden Projekten ausgewertet werden.

TOP 4: Projekte für Arbeitslose stellen sich vor:
Bad Gandersheim: Herr Nock berichtet von einem Projekt, das vom Diak. Werk getragen wird. Jugendliche Arbeitslose restaurieren unter Anleitung eines Meisters und eines Sozialpädagogen alte Möbel, die Bedürftigen zur Verfügung gestellt werden. Auch wurde eine Kirche renoviert.
Seinstedt (Propstei Schöppenstedt): Herr Koch berichtet von einem Projekt zum Ausbau des alten Pfarrhauses in Seinstedt zum Propsteijugendzentrum. Im Rahmen des Modelles "Arbeiten und Lernen" sollen hier jugendliche Arbeitslose ohne Schulabschluß Möglichkeiten zur Weiterbildung und zur gemeinsamen Arbeit bekommen.

TOP 5: Verschiedenes

Es soll Informationsmaterial zur Aktion Arbeitslosen-Abgabe nach dem Vorbild der anderen Aktionen hergestellt werden. Herr Hempel erklärt sich bereit, Entwürfe zu machen.

T Die Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig trifft sich wieder zur 1. Mitgliederversammlung 1985 am Donnerstag, dem 21. Februar 1985, um 19.30 Uhr im Wichernhaus im Kanzlerfeld Braunschweig-Lehndorf. Eine genaue Wegbeschreibung folgt. Termin bitte vormerken!!!

Wolfenbüttel, 17. Dezember 1984

Wilfried Steen



LIEBE MITGLIEDER DER ARBEITSLOSEN-ABGABE IN BRAUNSCHWEIG!

Am Ende des Jahres 1984 möchte Ihnen der (vorläufige) Vorstand danken, daß Sie sich für die Sache der Arbeitslosen eingesetzt haben. Sie tragen mit Ihrem Beitrag dazu bei, daß in Zukunft außerplanmäßige Arbeitsstellen im Bereich Kirche geschaffen werden können.

Diesen Dankeschön-Brief möchten wir nutzen, um Ihnen den gegenwärtigen Stand der Dinge mitzuteilen.:

1. Auf unserem Konto befindet sich die stolze Summe von zur Zeit 13.000 DM! 10.000 DM sind vorerst als Festgeld zinsbringend angelegt. Ein kurzfristiger Abruf dieser Mittel ist möglich.
2. Manche fragen sich, ob die Aktion Arbeitslosen-Abgabe weiterhin aufrecht erhalten werden sollte, denn es gibt ja nun den landeskirchlichen Spendenfonds. Ist es nicht eine Verzettelung von Kräften, wenn unterschiedliche Aktionen Geld sammeln?

Die Antwort ist auf der letzten Mitgliederversammlung bei der Aussprache über den Synodenbericht deutlich geworden: Wir halten eine Aktion Arbeitslosen-Abgabe nach wie vor für dringend nötig - auch angesichts des landeskirchlichen Spendenfonds!

Die Gründe:

Wer für die Aktion Arbeitslosen-Abgabe spendet, kann über die Mitgliederversammlung einen direkten Einfluß auf die Mittelvergabe nehmen. Die Spender bestimmen mit, wohin ihr Geld fließt.

Wer für die AAA spendet, ist durch die Kontakte mit vielen anderen AAAs in Niedersachsen eingebunden in ein Netzwerk der Hilfe für Arbeitslose. Gerade in Hannover konnten mit dieser Arbeit schon entscheidende Erfahrungen und auch Erfolge erzielt werden, an denen wir in Braunschweig Anteil haben.

Wer für die AAA spendet, trägt nicht nur dazu bei, daß einige Arbeitsplätze auf Zeit im Bereich unserer Kirche geschaffen werden können, sondern unterstützt ein weitgreifendes Konzept: die Förderung von Projekten. Gerade durch Projekte in Gemeinden und Propsteien können Menschen neue Anstellungsmöglichkeiten finden. Beispiele sind Projekte in Bad Gandersheim (vom Diakonischen Werk) und in Seinstedt. Auch in solchen Projekten mit jugendlichen Arbeitslosen könnten in Zukunft arbeitslose Theologen und Diakone eingesetzt werden, um anderen Arbeitslosen zu helfen. Zusätzlich sind bei der Projektförderung Gemeinden in der Lage, eigene Vorstellungen einzubringen. Dabei wollen wir aber auch nicht vergessen, daß es neben Theologen und Diakonen Berufsgruppen gibt, die von Arbeitslosigkeit noch härter betroffen sind: zum Beispiel Lehrer. Es wäre gut, wenn unsere Kirche auch solchen Arbeitslosen Möglichkeiten bieten könnte. Dies ist aber nur durch Projekte zu finanzieren, zu denen die Aktion Arbeitslosen-Abgabe ihren Anteil beisteuert.

3. Für 1984 ist es noch nicht gelungen, die Berechtigung zum Ausstellen von Spendenbescheinigungen zu erlangen. Wir erwarten unsere Anerkennung für 1985, da noch eine Satzungsänderung notwendig geworden ist.

Wir bitten Sie herzlich, uns auch im neuen Jahr Ihren Beitrag zur Aktion Arbeitslosen-Abgabe zur Verfügung zu stellen!

Mit besten Wünschen für ein gesegnetes Weihnachten und ein gutes Jahr 1985!

gez. K. Hempel, A. Kiel, H. Stöckmann, W. Steen

Erwägungen zu einer Arbeitsloseninitiative von kirchlichen Mitarbeitern für kirchliche Mitarbeiter

Wenn wir hier über Arbeitslosigkeit in unserer Gesellschaft und in der Kirche reden, so muß vorab auf die ungleich größere Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung in unterentwickelten Ländern hingewiesen werden.

Ich meine, daß zunächst eine Verständigung über gesellschaftliche und kirchliche Entwicklungen und Tendenzen nötig ist, obgleich sicher jeder die Entwicklung steigender Arbeitslosigkeit kritisch beobachtet. Ich möchte im folgenden einige Gedanken zur Arbeitslosigkeit in unserer Gesellschaft und der Kirche skizzieren, die mE. Konsequenzen für die Diskussion über Chancen, Perspektiven und Realisierungsmöglichkeiten einer Arbeitsloseninitiative haben.

1. Vorbemerkung: Arbeitslosigkeit (Al) bedeutet sozialen Unfrieden. Auf drei Ebenen sei hingewiesen:

- Al bedeutet Ausschluß aus dem Prozeß der Gesellschaft. Diese Gesellschaft hat die kollektive Erzeugung (Gewährleistung) und die individuelle Teilhabe (Partizipation, Entschädigung) von Lebenserhaltung, Lebenschancen und Lebenssinn an die Arbeit geknüpft.
- Al führt in psychische, physische und soziale Konflikte. Arbeit dient neben dem Verdienst des Lebensunterhaltes auch dem Aufbau individueller Identität und gesellschaftlichen Handelns (Kommunikation, soziale Kontakte, ...)
- Al spaltet Arbeitende und Arbeitslose. Al. steigert den Druck nach außen und innen (höhere Auswahl, ungerechte Konkurrenz, Disziplinierung, Aushöhlung von individueller und kollektiver Widerstandsfähigkeit, ...)

Unter diesen - sehr folgenreichen - Gedanken des sozialen Unfriedens stelle ich meine Erwägungen.

2. Gesellschaftliche Entwicklung: Seit Ende der 60er Jahre ist ein erheblicher Anstieg der Al zu verzeichnen (Ölkrise, Produktionsverlagerungen in Billiglohnländer, Mikrochips). Es handelt sich dabei um Rationalisierungen zum Zwecke des Arbeitsplatzabbaus. Arbeitslosenzahlen: 1970: 148 000; 1978: 993 000; 1984: 2 500 000. Mit einer Dunkelziffer von ca. 1 Mill. zusätzlicher Arbeitsloser ist zu rechnen (zB. ABM, Kurzarbeit, vorgezogene Renten, Umschulungs-/Fortbildungsmaßnahmen, Nichtseßhafte und alle, die noch keine Arbeit hatten (Jugendl., Stud.)). Man kann behaupten, daß wenigstens 7 Mill. Menschen in der BRD mit Al konfrontiert sind.

Bis Ende der 70er Jahre wurden die Arbeitslosen durch Beschäftigungsmöglichkeiten der öffentlichen Hand aufgefangen. In diesem Bereich sind neue Stellen geschaffen worden. Da die öffentl. Hand von dem lebt, was in der industriellen Arbeit erwirtschaftet wird, reduzieren sich ihre Einnahmen mehr und mehr. Heute können hier - nicht ohne weiteres - neue Stellen geschaffen werden, im Gegenteil.

3. Gesellschaftliche Tendenzen: Diese gesellschaftliche Entwicklung läßt sich als Verknappung industrieller Arbeit kennzeichnen. Auch langfristig wird es keine neuen Arbeitsplätze geben. Aus diesem Grunde treten Teile des DGB für eine Verkürzung der Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich ein. Eine Verkürzung der Arbeitszeit würde zumindest eine Sicherung gegenwärtig vorhandener Arbeitsplätze bedeuten.

Langfristig gesehen wird es jedoch mE. um eine Umverteilung von Arbeit und Geld gehen, denn einige Krisen müssen mit Sicherheit überwunden werden (zB. Rentenversicherung, Finanzierung sozialer Dienste, ...) Eine Umverteilung von Arbeit und Geld ist möglich, weil genügend Arbeit wie auch Geld vorhanden ist.

4. Kirchliche Entwicklung: Seit 1972 ist das Gerücht/Problem der sog. Pfarrerschwemme und natürlich auch der der kirchlichen Mitarbeiter im Gespräch. Ab 1975/76 wird auf EKD-Ebene an konkreten Einschätzungen und Maßnahmen gearbeitet (Peppi/II). Die grundsätzliche Argumentation damals wie heute ist folgende:

Es handle sich um eine Schere zwischen vorhandenen Stellen und deren Finanzierung und den zuvielen Bewerbern. In diesem Denkmodell wird von einem vorhandenen Finanzkuchen ausgegangen, der sich nicht vergrößern läßt und deshalb unter den Pfarrern und kirchlichen Mitarbeitern aufgeteilt werden muß. Mehr Stellen lassen sich in jedem Fall nicht schaffen.

Einige Zahlen - berechnet vom Gö Theologiestudentenkonvent:

1984:	8 freie Plätze	30	Examensabsolventen	u. 2	Sonstigen	} Vikariatszahlen
1985:	14	"	30	"	u. 24 Wartende	
1986:	19	"	30	"	u. 40 "	
1987:	8	"	30	"	u. 51 "	

Seit Februar 1984 gibt es in unserer Lk eine Warteliste, laut Herrn OLKR Becker im Ausbildungsrat genannt: 15 Wartende.

Im nächsten Jahr soll versucht werden, die Vikarsplätze auf 50 zu erhöhen. Ab 1985 ist eine Warteliste nach dem II. Examen zu erwarten. Die Veränderung der Probepflichtzeit und die Veränderung der Ordinationsrechte stehen an.

Folgende Maßnahmen sind bisher ergriffen worden:

1. die erwähnte Warteliste
2. Rücklage der Lk (zur Stellenschaffung durch die Zinsen)
3. Kürzung der Vikarsgehälter (demnächst wieder um 6% ?)
4. Kürzung der Eingangsgehälter (A 12)
5. Kürzung der Pfarrerbesoldung (Verlängerung der Durchstufungszeiten)
6. Verkürzung des max. Dienstaters (auf 65/63 Jahre)

5. Kirchliche Tendenzen: Die Kirche versucht ihre volkshirchliche Struktur und ihre Einbindung in den Staat zu verteidigen und zu sichern. Dabei verhält sie sich nicht innovativ, sondern konform der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung (Arbeitgeberverhalten). Unter dem "Sachzwang" der Finanzknappheit restauriert sie ihre alten Strukturen, dh.

- sie versucht sich in ihren Aussagen und in der Verkündigung auf die Mehrheit der Kirchensteuerzahler (Mittelstandsangehörige) einzustellen.
- sie verordnet den Gemeinden einen Sparkurs (Streichung von Zuschüssen).
- sie propagiert den Verzicht auf Gehalt und die Parole des 'Gürtel-enger-schnallens'.
- sie läßt die Lasten den einzelnen auf, insbesondere denen, die in die Kirche hinein wollen.
- sie schafft sich juristische Möglichkeiten des Ausschlusses von Pfarrern (Probepflicht, Ordination) und kirchlichen Mitarbeitern ('Maulkorb-erlaß')
- auch im kirchlichen Bereich wird der Druck innen durch die Wartenden verstärkt, auch hier werden Widerstandsfähigkeit und Engagement ausgehört.

Drei Möglichkeiten kann ich mir denken, wie die Kirche ihre Problem lösen kann:

1. hartnäckiges Verteidigen gegenwärtiger Strukturen (Sparen, Verringerung der Personalkosten, Stellensparen, ...)
2. Schaffung neuer Stellen durch Arbeitszeitverkürzung/Teilzeitarbeit (s. Papier de. Vikare; Abkopplung vom Beamtenbesoldungsrecht; Änderung des öff.-rechtl. Dienstverhältnisses).
3. Hinwirken auf eine gesellschaftlich notwendige Umverteilung von Arbeit und Macht (zB. Maschinensteuer/Gewinnsteuer/'Einheitslohn'). Dadurch würden der Kirche, weil sie gesellschaftlich notwendige Arbeit erfüllt vermehrt Gelder zu fließen, mit denen sie genügend neue Stellen schaffen könnte.

6. Chancen und Perspektiven einer Arbeitsloseninitiative:

Das Dilemma vor dem mE. eine Arbeitsloseninitiative steht, ist die Spannung zwischen der (langfristig) anstehenden 'Entscheidungsfrage' der Kirche auf der einen Seite und den konkreten Nöten der Betroffenen, die dringend Hilfe benötigen, auf der anderen Seite. Nichtsdestotrotz muß sich mE. eine Arbeitsloseninitiative über die Chancen und Möglichkeiten der aufgezeigten denkbaren Wege verständigen.

Folgende Zielsetzungen einer Arbeitsloseninitiative möchte ich ins Gespräch bringen:

1. Lobby sein für alle Zukünftigen, Wartenden, Arbeitslosen in Gemeinden und sonstwo
2. Überlegungen starten zur Ermöglichung und Einrichtung von AB-Maßnahmen (zB. Jugend-, Altenarbeit, KU, Arbeitsloseninitiativen,...)
3. Hinwirken auf Schaffung neuer Stellen (zB. Vikarsmodell,...)
4. Errichtung eines Solidaritätsfonds (zB. bayrisches Modell 'Pfarrer helfen Pfarrern'; EKHN-Modell. Dh. freiwillige Abgaben von Pfarrern und kirchlichen Mitarbeitern, LKA legt dieselbe Geldmenge hinzu; Verwaltung des Fonds durch alle Beteiligten (Pfarrer, Kirchliche Mitarbeiter, Gemeinden, LKA))
5. Ermöglichung von Vikarsstellen und Mitarbeiterstellen außer Plan (zB. die Gemeinden zahlen Entgelt und Miete, LKA zahlt Versicherungen)
6. Bei allen praktischen Maßnahmen muß sowohl die Kirchenleitung wie auch die Synode in ihrer Verantwortung behaftet werden, den Konflikt auf der Ebene zu lösen, auf der er tatsächlich ist, auf der politischen.

Nikolaus Lorenz



**Aktion
Arbeitslosen
Abgabe**
In Braunschweig

Protokolle und Materialien 1985

Mitglieder - Liste

Stand: Januar 1985

der Aktion Arbeitslosen - Abgabe Braunschweig

Apelt, Werner	Bevenroder Str. 118 A 33 BS	0531/ 37 11 77
Barenick, Hartmut	Hans-Böckler-Ring 3 3320 SZ-1	05341/ 51155
Bänder, Ekehard	Cyriakaring 51 33 BS	0531/ 85935
Brackhahn, H.-M.	Saldersche Str. 34 3320 SZ - 1	05341/ 46991
Brzoska, Jürgen	Gablenerstr. 8 3320 SZ-51	
Cremer, Bernd	Heckenbeck 16 3353 Bad Gandersheim.	05563/6581
Dese, Hanna + Johannes	An der Schäferbuche 5 3550 Marburg	06421/ 66876
Erchinger, Herbert	Jasperallee 14 33 BS	0531/338178
Ermerling, Ute	Ernst Reuter Str. 10 3390 Helmstedt	05351/ 40643
Fay, Albrecht	Hinter der Magnikirche 7 33 BS	0531/ 46804
Fenske, Ute	Catharring 15 3303 Vechelde	
Fincke, Eberhard	Johannsweg 4 33 BS 62	05309/5143
Freiesleben, Wolf	Reichenb. Weg 28 3380 Goslar	05321/ 8930
Guischard, Reinhard	Siemenstr. 4 3380 Goslar	05321/24322
Gutmann, Hans-Martin	Alfred - Delp - Str. 2 3320 SZ 1	
Heldt, Barbara	Roonstr. 6 33 BS	0531/346325
Hempel, Kay	St.-Wendelstr. 42 33 BS	0531/56165
Hennig, Ursula	Vor dem Brau 29 3302 Cremlingen	05306/2468
Hille, Joh. + Karin	Weststr. 21 3302 Weddel	05306/4157
Jerdens, Reinhold	Sölg 4 3384 Liebenburg 2	
Kiel, Ehop.	Sulzbacher Str. 41 33 BS	0531/ 54594
Lorenz, Nikolaus	Swindenstr. 2/ 3320 SZ 1	05341/16413
Merker, Rudolf	Große Straße 13 33 BS	0531/ 55 366
Meyer, Herbert	Wilh.-Bode-Str. 2 33 BS	0531/340208
Meyer, K.	Lebenstedter Str. 3 3325 Lengede 4	05344/1255
Padel, Hartmut	Adolf-Bingel-Str. 57 33 BS	0531/ 513270

Picht, Christiane

Geysstr. 9
33 BS

0531/58525

Pieper, Klaus

Adolfstr. 14
33 BS

0531/72518

Schmauks, Susanne

Hinter den Höfen 11
3180 Wolfsburg 11

05363/7860

Scholz, Günter

Mühlenwinkel 1
3306 Lehre 1

05308/6306

Schöning, Elisabeth

Kinzigstr. 10
33 BS

0531/845538

Spennhoff-Mandry, Anna

Querumer Str. 48
BS

0531/ 376703

Steen, Wilfried

Neuer Weg 15
3340 Wolfenbüttel

05331/ 76016

Stöckmann, Hanna

An der Kirche 1
3307 Schöppenstedt

05332/1589

Wicke, Johann

Am Schiefen Berg 96
3340 Wolfenbüttel

05331/ 72114

Winkler, Dietrich

Bernerstr. 3
33 BS

0531/ 33 33 29

Haeckle, Rose-Marie

Am Hohen Torc 4A

Satzung des Vereins "Aktion Arbeitslosen-Abgabe" in Braunschweig e.V.

§ 1 Name und Sitz des Vereins

Der Verein führt den Namen "Aktion Arbeitslosenabgabe in Braunschweig e.V.". Der Sitz des Vereins ist Braunschweig. Die Eintragung erfolgt in das Vereinsregister des Amtsgerichts Braunschweig.

§ 2 Ziele des Vereins

1. Der Verein will den Gedanken fördern, daß Pastoren, kirchliche Mitarbeiter, Gemeindeglieder und Gemeinden Arbeit und Geld (Bezahlung) teilen, um Arbeitslosen Anteil an den Aufgaben in Kirche und Gesellschaft zu geben. Er will zugleich bestehende Vorurteile gegenüber Arbeitslosen abbauen helfen. Der Verein bemüht sich dabei um die Zusammenarbeit mit anderen innerkirchlichen und außerkirchlichen Gruppierungen, die eine ähnliche Zielsetzung verfolgen.
2. Der Verein "Aktion Arbeitslosen-Abgabe in BS e.V." bemüht sich um eine enge Zusammenarbeit mit Kirchengemeinden und kirchlichen Einrichtungen, die ~~Arbeitslose Theologen und kirchliche Mitarbeiter~~ einstellen. Er bemüht sich zugleich um eine enge Zusammenarbeit mit den kirchenleitenden Gremien.
3. Der Verein "Aktion Arbeitslosen-Abgabe in BS e.V." unterstützt finanziell und mit dem Angebot einer inhaltlichen Mitarbeit die Vorbereitung und Durchführung von Projekten in Einzelgemeinden und in übergemeindlicher Arbeit, in deren Rahmen ~~Arbeitslose Theologen und kirchliche Mitarbeiter~~ angestellt werden. Der Verein wird sich dabei besonders bemühen, die Einrichtung neuer Arbeitsbereiche und neuer Stellen zu unterstützen. Er wird sich dabei von dem Gedanken leiten lassen,
 - a) die finanzielle und inhaltliche Zusammenarbeit mehrerer Gemeinden in der Durchführung von Projekten zu fördern,
 - b) die soziale Absicherung der in den Projekten angestellten Mitarbeiter zu gewährleisten,
4. Die Ziele des Vereins sollen dadurch verwirklicht werden, daß
 - a) Mitglieder und andere Interessierte einen freiwilligen Solidaritätsbeitrag zahlen,
 - b) insbesondere Beamte im kirchlichen und öffentlichen Dienst aufgefordert werden, einen Beitrag analog zur Arbeitslosenversicherung der Arbeiter und Angestellten zu zahlen,
 - c) der Verein anstrebt, als Vermittlungsstelle das Problem Arbeitslosigkeit in der kirchlichen Öffentlichkeit deutlich zu machen,
 - d) aus dem Spendenaufkommen auch die Arbeit von anderen Arbeitsloseninitiativen unterstützt werden kann.

§ 3 Gemeinnützigkeit

Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Er ist selbstlos tätig und verfolgt keine eigenwirtschaftlichen Zwecke. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder des Vereins erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.

§ 9 Der Vorstand

Der Vorstand besteht aus Vorsitzendem, stellvertretendem Vorsitzenden, Schatzmeister, Schriftführer und einem weiteren Beisitzer.

Alle werden für 3 Jahre gewählt und bleiben bis zur Neuwahl des neuen Vorstandes im Amt.

Vorstandsbeschlüsse gelten wie bei der Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit.

Der Vorstand führt die laufenden Geschäfte des Vereins.

Seine Aufgaben sind insbesondere

- a) Entgegennahme von Anträgen seitens Bewerbern und seitens Kirchengemeinden, Vorschläge an die Mitgliederversammlung (siehe §8,2d).
- b) Unterstützung von Projekten nach § 2
- c) Begleitung der nach b) unterstützten Projekte
- d) Bericht vor der Mitgliederversammlung über die jeweilig laufenden Projekte

§ 10 Kassenrevision

1. Die Mitgliederversammlung wählt zwei Kassenrevisoren.
2. Diese haben die Kasse und die Rechnungsbelege zu prüfen und jährlich der ordentlichen Mitgliederversammlung zu berichten. Sie sind jederzeit zur Kassenrevision berechtigt. Sie dürfen nicht dem Vorstand angehören und werden von der ordentlichen Mitgliederversammlung mit der Mehrheit der Anwesenden für ein Jahr gewählt.

§ 11 Satzungsänderung

- 1) Satzungsänderungen können auf ordentlichen Mitgliederversammlungen beschlossen werden. Der Text der beabsichtigten Satzungsänderung ist der Einladung beizufügen.
- 2) Die Änderung ist beschlossen, wenn mindestens 3/4 der anwesenden Mitglieder zustimmen und mindestens 20 % aller Mitglieder anwesend sind.

§ 12 Haftung

Der Vorstand darf für den Verein nur Verpflichtungen in der Weise eingehen, daß die Haftung der Vereinsmitglieder auf das Vereinsvermögen beschränkt wird.

§ 13 Auflösung des Vereins

1. Die Auflösung des Vereins kann in der Mitgliederversammlung beschlossen werden,
2. § 8,2 letzter Satz gilt entsprechend. Die Auflösung kann nur beschlossen werden, wenn diese in der form- und fristgerechten Einladung an die Mitglieder als Tagesordnungspunkt ausgewiesen ist.
3. Der Auflösungsbeschuß bedarf der Mehrheit von 2/3 der Mitglieder des Vereins. Ist die Mitgliederversammlung nicht beschlußfähig, ist unter Beachtung derselben Förmlichkeiten innerhalb eines Monats eine neue außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen. Diese entscheidet dann mit einfacher Mehrheit der Anwesenden.
4. Im Falle der Auflösung des Vereins fällt das Vereinsvermögen dem Diakonischen Werk zu.
Diese hat es im Sinne des Vereinszweckes zu verwenden.
Die Satzung tritt am in Kraft.

Satzung des Vereins "Aktion Arbeitslosen-Abgabe" in Braunschweig e.V.

§ 1 Name und Sitz des Vereins

Der Verein führt den Namen "Aktion Arbeitslosenabgabe in Braunschweig e.V.". Der Sitz des Vereins ist Braunschweig. Die Eintragung erfolgt in das Vereinsregister des Amtsgerichts Braunschweig.

§ 2 Ziele des Vereins

1. Der Verein will den Gedanken fördern, daß Pastoren, kirchliche Mitarbeiter, Gemeindeglieder und Gemeinden Arbeit und Geld (Bezahlung) teilen, um Arbeitslosen Anteil an den Aufgaben in Kirche und Gesellschaft zu geben. Er will zugleich bestehende Vorurteile gegenüber Arbeitslosen abbauen helfen. Der Verein bemüht sich dabei um die Zusammenarbeit mit anderen innerkirchlichen und außerkirchlichen Gruppierungen, die eine ähnliche Zielsetzung verfolgen.
2. Der Verein "Aktion Arbeitslosen-Abgabe in BS e.V." bemüht sich um eine enge Zusammenarbeit mit Kirchengemeinden und kirchlichen Einrichtungen, die arbeitslose Theologen und kirchliche Mitarbeiter einstellen. Er bemüht sich zugleich um eine enge Zusammenarbeit mit den kirchenleitenden Gremien.
3. Der Verein "Aktion Arbeitslosen-Abgabe in BS e.V." unterstützt finanziell und mit dem Angebot einer inhaltlichen Mitarbeit die Vorbereitung und Durchführung von Projekten in Einzelgemeinden und in Übergemeindlicher Arbeit, in deren Rahmen arbeitslose Theologen und kirchliche Mitarbeiter angestellt werden. Der Verein wird sich dabei besonders bemühen, die Einrichtung neuer Arbeitsbereiche und neuer Stellen zu unterstützen. Er wird sich dabei von dem Gedanken leiten lassen,
 - a) die finanzielle und inhaltliche Zusammenarbeit mehrerer Gemeinden in der Durchführung von Projekten zu fördern,
 - b) die soziale Absicherung der in den Projekten angestellten Mitarbeiter zu gewährleisten,
4. Die Ziele des Vereins sollen dadurch verwirklicht werden, daß
 - a) Mitglieder und andere Interessierte einen freiwilligen Solidaritätsbeitrag zahlen,
 - b) insbesondere Beamte im kirchlichen und öffentlichen Dienst aufgefordert werden, einen Beitrag analog zur Arbeitslosenversicherung der Arbeiter und Angestellten zu zahlen,
 - c) der Verein anstrebt, als Vermittlungsstelle das Problem Arbeitslosigkeit in der kirchlichen Öffentlichkeit deutlich zu machen,
 - d) aus dem Spendenaufkommen auch die Arbeit von anderen Arbeitsloseninitiativen unterstützt werden kann.

§ 3 Gemeinnützigkeit

Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Er ist selbstlos tätig und verfolgt keine wirtschaftlichen Zwecke. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder des Vereins erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.

Protokoll der Mitgliederversammlung der "AAW"
am 21.2.1985 in Wolfenbüttel

TOP 1:

Das Protokoll der letzten Sitzung wird

wird einstimmig

TOP 2:

Das ausführliche und sehr informative Gespräch mit Herrn Prof. Dr. (Vizepräsident des Arbeitsrates Braunschweig) Direktor Rahms, AEM (Arbeitsrat Wolfenbüttel) berührten folgende Punkte:

1. Hinweise zur allgemeinen Lage des Arbeitsmarktes: Die Lage über 15 J. ist nur Routine geworden 15 % in d. BRD, Nord Niedersachsen 14,2%, WZG WZG = 29 360 Personarbeitslos. Verkürzung der Wochen-, Jahress-, Lebensarbeitszeit. Michael Lichtenhan hat nicht den erlundeten schließungseffekt erreicht. Die Bundesanstalt für Beschäftigung den 2. Arbeitsmarkt über Arbeitslos., 13 Mfl. für den Raum HZ bewilligt (1984 ca. 900 Personen vom 1. bis 1.12 keine Lösung des Problems, war zwar doch, die Überbrückungspraxis, während besteht dies aus den Erfahrungen, Hoffmann stellt kritische Rückfragen. Die demographische Entwicklung 1985 vielleicht (1) im 2. 1990 erwarten. Aber in Westdeutschland wird die Aus- und Regionalisierung von Unternehmen (Telekommunikation Computer etc.).
2. Praktische Aspekte des Arbeitsmarktes gibt keine Mittel nach dem 1.3. (Vorschreibung der Vergabe-Bedingung nach ein bestimmter Personenzahl (z.B. Jugendliche = 100%, schwer vermittelbare Behinderte) mit 100% werden. Diskussion der Möglichkeiten Erfahrungen einschli. 199. § 15 a-Gesetzes ("Motivations-Beihilfe"). Ziel ist aus Lernen und Arbeiten zu koppeln in der 2. 1985 kann uns der Arbeitsmarkt konkret helfen (außer der "Finanzierung")? Direkte Kontakte bei Minderfällen von neu mit in den Gemeinden besser werden. Ziel: Das gesamte soziale Umfeld muß eingesetzt um 1 bei 2000-2000. Substantive Begleitung von Arbeitslosen wird 1985. Das gesellschaftliche, auch materielle Umfeld muß 1985. untersucht werden (beispiel Fachvereinsarbeiten - 1985). Konkret zusätzliche Stellen schaffen, die nicht 1985 (Ziel) um Finanzierung und entsprechende arbeitsmarktpolitische 1985. können bestehen. Literaturhinweis: Freya Janda 1985: 2/1985: Versuche zur Solidarität

geb. A. Kiel

TOP 3:

Maßnahmen Satzungsänderung wurde einstimmig beschlossen. In § 3,1 wird in der 4. Zeile eingefügt: "Eine besondere Aufgabe des Vereins ist es, Jugendliche und schwer vermittelbare Arbeitslose durch und finanziell zu unterstützen." In § 3,2 wird ein neuer Absatz 4 eingefügt - mit folgenden Wortlaut: "Der Verein unterstützt finanziell nur solche Personen, die in Sinne des § 53, Nr. 2 der Abgabenordnung von 1977 begünstigt sind." Der bisherige Absatz 4 des § 2 wird nun zu Absatz 5.

TOP 4:

- Frau Hennig berichtet von einem geplanten Projekt im Bereich der Geistigbehinderten-Betreuung, in dessen Rahmen ABM-Stellen zur Einzelbetreuung Geistigbehinderter geschaffen werden sollen. Die Überlegungen sind allerdings noch nicht abgeschlossen.
- Herr Guisnard berichtet von einem in Goslar geplanten Projekt, in dessen Rahmen psychisch belasteten jungen Menschen geholfen werden soll. Räume für dieses Projekt sind vorhanden, müssen allerdings noch umgebaut werden. Nach Abschluß dieses Umbaus sollen 2 Gruppen von je 10 psychisch belasteten jungen arbeitslosen Menschen durch je eine/n Sozialarbeiter/in betreut und einen Handwerker beschäftigt und angeleitet werden. Im Rahmen dieses Projektes sollen insgesamt 5 ABM-Stellen geschaffen werden: 2 Sozialarbeiter/pädagogen, 2 Handwerker und 1 Bürokraft.
- Herr Hoffmann und Herr Steen berichten noch einmal von dem Projekt in Seinstedt (vergl. Protokoll vom 26. Nov. 84). In Seinstedt ist die Finanzierung zwar gesichert, aber es werden wahrscheinlich kurzfristig Gelder zur Weiterarbeit gebraucht, die erst zu einem späteren Zeitpunkt durch Zuschüsse von Landesseite abgedeckt werden können.
- Die VV stellt fest, daß die "AAA BS" voraussichtlich über einen Betrag von jährlich ca. 24.000,--DM verfügen kann. (Kontostand zum Zeitpunkt der VV: 16.585,24 DM). Die VV ist ^{Beschluss} darüber einig, daß erste Mittel vergeben werden sollen und das Projekt in Goslar mit der Finanzierung einer ABM-Kraft (20 % Eigenbeteiligung des Trägers bedeutet ca. 10.000,--DM jährlich) zu unterstützen. Außerdem wird vorgeschlagen, für das Projekt Seinstedt - falls nötig - einen zinslosen Kredit zu gewähren. Die endgültige Durchführung dieser vorgeschlagenen Mittelvergaben wird dem Vorstand der "AAA BS" übertragen.

Verschiedenes:

Die nächste VV wird am 13. Mai 1985 um 19.30 Uhr im Wichernhaus, Braunschweig-Kanzlerfeld stattfinden.

gez. Hanna Stöckmann

+ *Teilung am 13.5.*

Arbeitsgemeinschaft

Dresden, den 12. Mai 1953

Herrn ...
Herrn ...

Hiermit ...

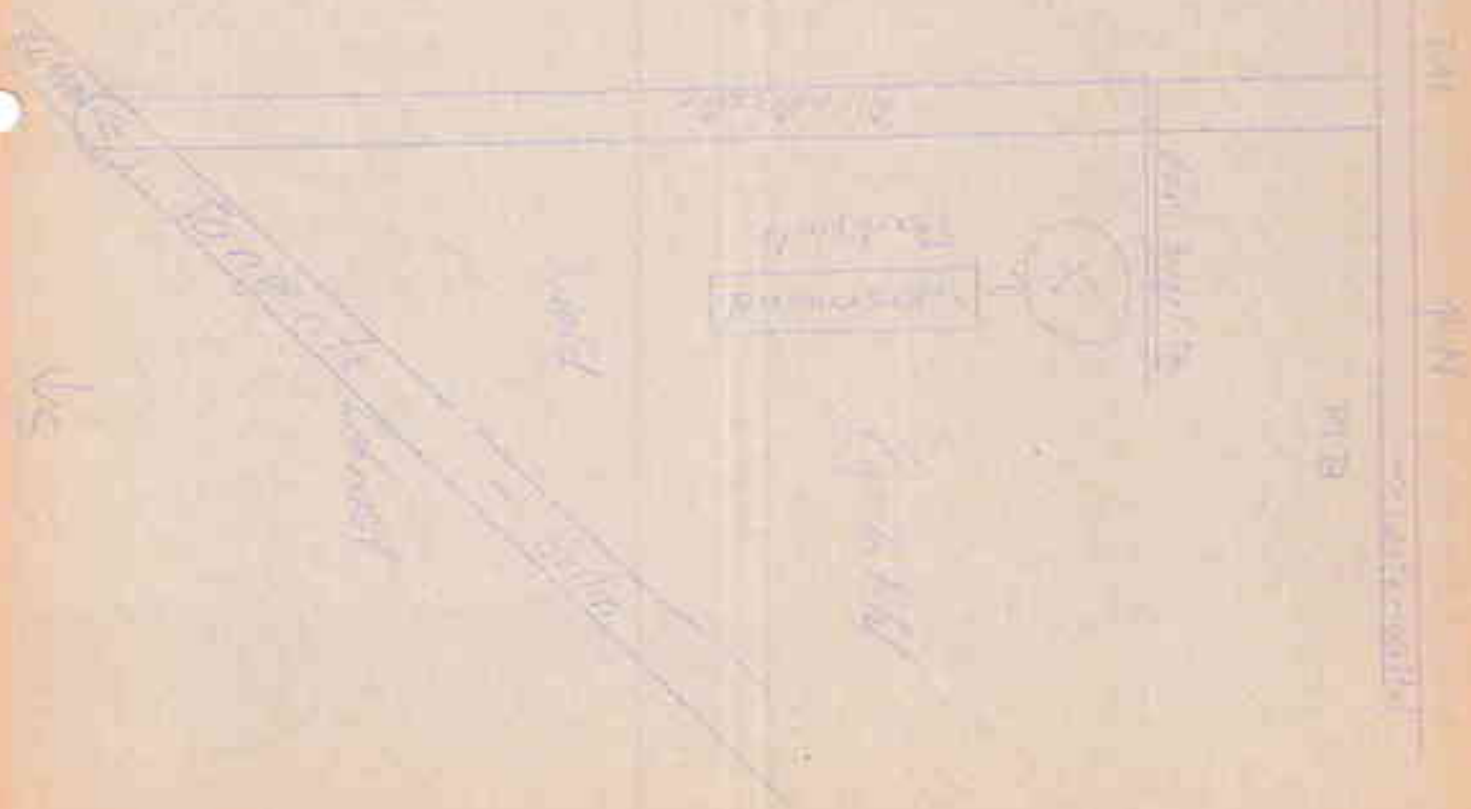
Montag, 18. Mai um 20.00 Uhr
in ...
um 19.30 Uhr gibt es eine kurze ...
begleitet durch ...

Es sind keine Mandatfragen oder schwieriger Sitzungsordnungen zu stellen, es gibt auch nicht unbedingt etwas zu berichten, aber umso wichtiger ist es, laufende Tendenzen und Entwicklungen rechtzeitig zu bedenken, um gegebenenfalls schnell reagieren zu können.

In diesem Sinn schlagen wir folgende Tagesordnung vor:

1. Genehmigung des Protokolls (wurde bereits versandt).
2. Situation des Vereins Aktion Arbeitslosen-Abwehr e.V.
3. Vortrags eines Projekt-Gebäude für die Öffentlichkeitsarbeit.
4. Bericht über das Projekt Schriftstellerverein (Vertrag über 4000,-)
5. Vorgehensweise der Vereinigung mit öffentlichen Institutionen.
6. Verschiedenes

Mit freundlichen Grüßen
und, (Kurt, Rita, Fred, ...)



In Ergänzung zum beiliegenden Protokoll der letzten Mitgliederversammlung möchten wir um Zustimmung (bzw. Ablehnung) zu folgendem Vorschlag bitten:

Das Pfarramt für Geistigbehinderte hat überraschend schnell die Zusage einer ABM-Stelle bekommen, allerdings nur zu 80%. Wir werden gebeten, die restlichen 20% (max. 10.000,--DM im Jahr) zu übernehmen - unter der Voraussetzung, daß alle sonstigen Finanzierungsmöglichkeiten erkundet und ggf. genutzt werden. - Der Vorstand wird ermächtigt, entsprechend tätig zu werden.

Finanziell wäre dies zu verkraften, zumal alle erbetenen Summen nicht sofort und mit einem Mal ausgezahlt werden müßten. Auf der letzten Mitgliederversammlung waren wir uns einig, jetzt tätig zu werden im Blick auf die allgemeine Arbeitslosigkeit ohne dabei unser Ziel der besonderen Arbeitslosigkeit kirchlicher Mitarbeiter aus den Augen zu verlieren.

Wir bitten um Rückmeldung bis zur nächsten Vorstandssitzung am 11.3., falls Sie mit o.g. Vorschlag nicht einverstanden sind.

Protokoll der Sitzung der Aktien-Arbeitslosen-Abgabe Braunschweig
vom 13. Mai 1985 in Braunschweig

Anwesende: Die Damen Camergr, Padel, Stöckmann,
die Herren Binder, Fay, Guischar, Hempel, Kiel und Padel

TOP 1. Das Protokoll der letzten Sitzung wurde mit Änderung angenommen:
Die Förderung der Projekte in Goslar + Seinstedt wurde nicht
vorgeschlagen + sondern beschlossen

Berichte+Informationen

TOP 2. Zur Situation der AAA / des Spendenfonds

-z.Zt. hat die AAA 47 Mitglieder.

Der Kontostand beträgt ca 25000 DM

-Aus einem Gespräch mit Herrn Herdieckerhoff (Vorsitzender des
Pfarrervers) :Kontakte zur AAA werden gewünscht. Die AAA
müßte sich stärker bemerkbar machen . somit

-Der Spendenfonds ^{hat} z.Zt. 90 Spender , die monatlich ca 4000.- DM
zur Verfügung. Guthaben momentan 50 000 DM .Bisher sind noch
keine Gelder aus dem Spendenfonds geflossen . Hauptgrund:recht-
liche Schwierigkeiten .

Vorschlag:Einladung an Vertreter des Spendenfonds zur nächsten
AAA Sitzung.

-Propstei Goslar: Die Propstei ^{synoda} Goslar tagt am 1. Juni zum Thema
Arbeitslosigkeit

-Wie können wir das regionale Interesse an Projekten (und der AAA)
stärken ? Vorschlag :Sektionen gründen .

⊕Spendenbescheinigung § Der kürzlich bei Herrn Kiel eingetroffene
Brief betreffs vorläufiger Spendenabzugsfähigkeit soll noch von
Herrn Rechtsanwalt Goltermann geprüft werden .

TOP 3 Vergabe von Mitteln

- Seinstedt: Frau Stöckmann wird zur "Projektberaterin" ernannt
und soll Finanzierung und Bedarf vor Ort prüfen .
Wenn dies geklärt ist , soll ein zinsloser Kredit für die
Anschaffung von Werkzeugen gegeben werden (im Hinblick auf die
Möglichkeit, das Geld später doch noch von anderen Stellen zu
bekommen) . Mit einer Gegenstimme angenommen .

- Goslar: Herr Guischar gibt einen Kuezbericht über den Stand
der Konzeption "Werkstattprojekt" (Eine ausführlichere Darstellung
Darstellung kann bei ihm angefordert werden) . Demnächst soll
dem Vorstand eine detaillierter Antrag zur Finanzierung vorge-
legt werden .

TOP 4. Religionsunterricht

Vorschlag Fay: verstärkt über Teilzeitarbeit nachdenken. Nicht nur Geld, sondern auch Arbeit teilen. Die gesetzlichen Bedingungen sind zu prüfen.
Konkrete Vorschläge § "Vollbeschäftigte" Pfarrer geben nebenamtlichen Religionsunterricht ab. Dafür könnten dann neue Leute eingestellt werden bzw. teilzeitbeschäftigte Pfarrer eine zusätzliche Arbeit erhalten.
Soll auf der nächsten Sitzung weiterdiskutiert werden.

TOP 5. Faltblatt

Nach kurzer Diskussion soll das Faltblatt vom Vorstand weiter bearbeitet werden, so daß es möglichst im Herbst verteilt werden kann.

Nächster Termin: Montag, der 27. Juni um 20⁰⁰ in Wolfenbüttel.

Betr.: Einladung zur Mitgliederversammlung

Sehr geehrte Damen und Herren!

Hiermit laden wir ein zur nächsten Mitgliederversammlung der AAA
am

Montag, d. 24.6., um 20.00 Uhr

im Gemeindehaus St. Trinitatis, Wolfenbüttel

(neben dem Landeskirchenamt, Eingang vom Alten Weg).

Es gibt viel zu berichten und wichtige Schritte für die weitere
Entwicklung zu beraten!

TAGESORDNUNG:

1. Genehmigung des Protokolls
2. Berichte und Informationen
 - a) Sondersynode der Propstei Goslar
 - b) Besuch in Stade
 - c) Kirchentag
 - d) Gespräch mit dem Pfarrerausschuß
 - e) Zur Vereinsgründung
3. Arbeitslose Theologen - jetzt gibt es sie
auch bei uns!
Was gedenken wir zu tun?
4. Überlegungen zur Verteilung der Religions-
stunden (Vorschlag Fay).
6. Wahl eines Beisitzers (5. Person im Vorstand)
7. Informationsfaltblatt über die AAA
8. Verschiedenes

Für den Vorstand:

gez. A. Kiel

Protokoll der Mitgliederversammlung der "AAA"
am Montag, dem 24. Juni 1985 in Wolfenbüttel
im Tritvattingemeindehaus

Anwesend: Die Damen Haedke, Kammerer, Spennhoff-Mandry und
Stöckmann.
Die Herren: Exner, Fay, Guischard, J. Hempel, Jordens,
Kiel, Krüger, Padel, Steen.

Zu TOP 1: Das Protokoll der letzten Sitzung wird nachgereicht

Zu TOP 2: a) Über die Sondersynode der Propstei Goslar wird be-
richtet. Dort wurde beschlossen, das Landeskirchenamt aufzu-
fordern, Projekte und Modelle für die Beschäftigung von Arbeits-
losen zu erstellen und dabei besonders die rechtliche Seite
zu bedenken. Die Landeskirche soll im Etat 100.000 DM
bereitstellen um damit 5 ABM-Stellen zu schaffen. (20% An-
teile).

b) Einige AAA-Mitglieder haben das Jugendarbeitslosenprojekt
in Stade besucht. Der Kirchenkreis Stade und das Diakonische
Werk in Stade unterhalten ein Projekt, in dem 200 Jugendliche
in verschiedenen Bereichen ("Arbeit und Lernen", Berufsgrundjahr,
Lehre und Arbeitslosenwerkstätten) beschäftigt und betreut
werden. Die Besuchergruppe war von der dort geleisteten Ar-
beit sehr beeindruckt.

c) Es wird ein Stimmgebild vom Kirchentag und von dem, was
zum Thema Arbeitslosigkeit an Vorträgen, Diskussionen
und Darstellung der vielen Aktivitäten in der Bundesrepublik
geboten wurde, gegeben.

d) Es hat mit dem Pfarrerausschuß der Landeskirche ein gutes
und konstruktives Gespräch stattgefunden.

Durch den Spendenfonds der Landeskirche wird die Aestellung
von 3 arbeitslosen Pfarramtsanwärtern mit einem Stunden-
anteil von 28/40 ermöglicht. Dem Vorsitzenden des Kura-
toriums des Spendenfonds, P. U. Heese, liegt sehr an der Zu-
sammenarbeit mit AAA.

Zu TOP 3 a. 4: Die Mitgliederversammlung befaßt sich mit der
Situation der arbeitslosen Theologen in unserer Landeskirche.
Im Mai dieses Jahres haben 13 Vikare ihr 2. Examen gemacht und
bestanden. Von diesen werden 7 in den Probendienst übernommen,
3 mittels des Spendeufonds angestellt; die restlichen drei
sind arbeitslos.

Es werden mögliche Schritte überlegt:

- Es soll mit dem LKA Verbindung aufgenommen werden, ob und wie
die Betroffenen im Religionsunterricht der Schulen eingesetzt
werden können.
- Ebenfalls soll geprüft werden, ob sich nicht ABM-Stellen schaf-
fen lassen.
- Es wird erwo gen, ob sich nicht im Bereich des Diakonischen
Werkes Stellen für Pfarrer im Probendienst finden lassen.

Es werden Frau Spennhoff-Mandry, Herr Exner und Herr Fay
gebeten sich um den Bereich Religionsunterricht als Arbeits-
feld für arbeitslose Theologen zu kümmern.

Die Herren J. Hempel, Padel und Steen wollen Verbindung mit dem
LKA aufnehmen.

Zu TOP 5: a) Herr Gulichard berichtet vom Stand der Entwicklung des Werkstattprojekts in Goslar. Dort sollen in der Anfangsphase 10 später 20 Jugendliche aufgenommen werden. Diese sollen je einen auf 9 Monate befristeten Arbeitsplatz erhalten. Sie sollen 20 Wochenstunden in den Werkstätten arbeiten und in den anderen 20 Wochenstunden durch Bildungs- und Betreuungsangebote gefördert werden. Die Jugendlichen sollen angemessen entlohnt werden.

Das Werkstattprojekt soll mit einer Vorlaufphase im August des Jahres beginnen. Es besteht für das Jahr 1985 noch eine Finanzierungslücke. Der Finanzierungsplan rechnet mit Ausgaben von 108.000 DM, die durch Zuschüsse vom Arbeitsamt, vom Land Niedersachsen von der Bezirksregierung Braunschweig bis auf ca. 12.000 DM abgedeckt sind. Der Rest soll durch Spenden und einen vom AAA erbetenen Zuschuß abgedeckt werden.

Wir beschließen, dem Diakonischen Beratungsdienst Goslar als Träger des Werkstattprojekts für dieses Projekt einen Zuschuß in Höhe bis zu 10.000 DM für das Jahr 1985 zur Deckung des Defizits zu gewähren. Wir verbinden damit die Bitte zu prüfen, ob es nicht möglich ist, in diesem Projekt arbeitslose Theologen und für andere kirchliche Dienste ausgebildete Mitarbeiter zu beschäftigen.

b) Die Kirchengemeinden Liebenburg, Dörnten, Döhren und Othfresen haben zusammen mit der Propsteijugend Goslar einen Sozialpädagogen im Anerkennungspraktikum angestellt; für die Dauer von 2 Jahren, halbtags. Er bekommt ein monatliches Entgelt von 390,- DM bei gleichzeitiger Übernahme der Versicherungen durch den Anstellungsträger. Die anstellenden Gemeinden erbiten vom AAA einen einmaligen Zuschuß in Höhe von 740,- DM, um ihr Defizit abzudecken. Wir beschließen diesen Zuschuß in der genannten Höhe von 740,- DM zur Deckung des Defizits zu gewähren. Zugleich äußern wir unsere Bedenken zu dem extrem niedrigen Entgelt. Wir meinen, es müßte nach Wegen gesucht werden, diese Summe zu erhöhen.

Zu TOP 6: Als Beisitzer im Vorstand der AAA wählen wir Herrn Hans-Martin Gutmann in Abwesenheit. Für den Fall, daß er ablehnt, wählen wir Herrn Jordens, der bereit ist diese Wahl anzunehmen.

Zu TOP 7: Der Vorstand wird ermächtigt das Werbefaltblatt zu erstellen und drucken zu lassen.

Padel.



EINLADUNG ZUR MITGLIEDERVERSAMMLUNG
MONTAG, 15. JULI 1985, 20 UHR
AMT FÜR JUGENDARBEIT
NEUER WEG 15
3340 WOLFENBÜTTEL

Sehr geehrte Damen und Herren!

Obwohl wir die nächste Mitgliederversammlung erst zum 9. September 1985 in Goslar vorgesehen hatten, bitten wir Sie, zu einem zusätzlichen Treffen nach Wolfenbüttel zu kommen. Denn die Situation ist bedrängend: Theologen mit abgeschlossenem zweitem Examen sitzen arbeits- und geldlos auf der Straße! Auch wenn es darum geht, das Arbeitslosenproblem in der Kirche grundsätzlich anzupacken, dürfen wir die aktuelle Notlage nicht einfach ignorieren.

Wir wollen einen Antrag beraten, aus AAA-Mitteln eine weitere Stelle für einen arbeitslosen Theologen im Bereich der Landeskirche zu schaffen.

Deshalb bitten wir Sie alle herzlich und dringend, am 15. Juli zur MV zu kommen.

- Tagesordnung:
1. Begrüßung
 2. Genehmigung der Protokolle
 3. Antrag auf Finanzierung einer weiteren Stelle für einen arbeitslosen Theologen
 4. Verschiedenes

Für den Vorstand:

gez. A. Kiel

Protokoll der Mitgliederversammlung der "AAA" am 15. Juli 1985
in Wolfenbüttel

Anwesend: Die Damen Camerer, Spennhoff-Mandry, Stöckmann und Picht.

Die Herren Kiel, Finke, Steen, Padel, Exner, Jordens und Hempel.

Top 1

Herr Steen begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

TOP 2

a) T. Exner stellt die Situation der nach dem 2. Examen nicht in den Probendienst Übernommenen und nicht vom Spendenfonds der Landeskirche finanzierten dar: H. Merz und er selbst bekommen eine 10-Stunden, bzw. 12-Stunden Stelle an einem Gymnasium, bzw. an einer Orientierungsstufe. Diese Stundenzahl liegt zwischen einer Viertel- und einer halben Stelle. Beide erhalten einen Zeitvertrag auf 2 1/2 Jahre, evtl. auch unbefristet, im Anstellungsverhältnis bei der Landeskirche. Sie erhalten den Status eines Katecheten. Das Kollegium hat außerdem beschlossen, daß sie den Predikantenstatus erhalten und mit derselben Entlohnung wie Predikanten/Lektoren Predigtdienst tun können. T. Exner wußte nichts über M. Knotte. (Er ist inzwischen auf die Liste übernommen worden und erhält wahrscheinlich auch eine Stelle an einer Schule, Anm. der Protokollschreiberin.)

Herr Padel berichtet von einem Gespräch mit Pfarrer Klieme in Neuerkerode. Die 2. Pfarrstelle dort ist nicht dotiert. Allerdings ist es vorstellbar, freie Stellen für Pfleger und Erzieher auch mit einem arbeitslosen Theologen (vorzugsweise von einem Mann) zu besetzen, der auch am theologischen Dienst in Neuerkerode beteiligt würde.

T. Exner berichtet, daß im Dezember diesen Jahres weitere 7 Probendienststellen besetzt werden.

b) Zur Frage der Finanzierung einer Stelle für einen arbeitslosen Theologen aus Mitteln der AAA stellt H. Stöckmann die Diskussion des Vorstands dar: Da eine Anstellung eines arbeitslosen Theologen/ einer arbeitslosen Theologin nur beim Landeskirchenamt möglich ist, wäre die AAA bei ihrem Vorhaben auf enge Zusammenarbeit mit dem Fonds der Landeskirche angewiesen. Es gäbe die Möglichkeit, Geld in den Fonds einzuzahlen, damit die Landeskirche die gleiche Summe ebenfalls einzahlt, und so eine neue Stelle geschaffen werden kann. Es stellt sich aber die Frage, ob wir uns auf eine so enge Zusammenarbeit und Abhängigkeit einlassen wollen. Wir sollten Möglichkeiten suchen, auf Stellen des Fonds und deren Besetzung Einfluß zu nehmen. Eine 7/10tel Stelle "kostet" ca. 3000 Dm im Monat, würde den Fonds der AAA also um 1500 DM monatlich belasten.

In der Diskussion werden folgende Einwände geäußert:

- Die Satzung der AAA verpflichtet uns, besonders Leute zu berücksichtigen, die bedürftig sind. Es ist zweifelhaft, ob der Fonds sich generell auf dieses Kriterium einlassen kann.
- 1500 DM wären mehr als die Hälfte unseres monatlichen Einkommens. Es entsteht die Frage, ob wir uns nicht finanziell übernehmen.
- Wenn wir uns an dem Spendenfonds beteiligen, werden wir zwangsläufig in die Problematik der Anstellung eines Theologen ohne Ordination verwickelt. Können wir das verantworten?

H. Stöckmann macht den Vorschlag, zu versuchen, eine neue Stelle zu schaffen für einen Theologen / eine Theologin, der / die Arbeitslosenprojekte mit aufzubauen und koordinieren hilft und sie seelsorgerlich begleitet. Er / Sie sollte auch theologisch am Thema Arbeitslosigkeit arbeiten.

Es wird diskutiert, wer Träger einer solchen Stelle sein könnte: Möglich wäre das Diakonische Werk; fraglich scheint allerdings, ob das DW dazu bereit wäre und uns Einflunahme auf die Stellenbeschreibung etc. zugestehen würden. Möglich wäre auch das Landeskirchenamt, evtl. über den Spendenfonds. Wie die Einschätzung in Bezug auf die Verwirklichung eines solchen Projektes auch sein mag, Gespräche lohnen sich auf jeden Fall. Es wird vorgeschlagen, Gespräche zu führen sowohl mit dem Diakonischen Werk als auch mit dem Kuratorium des Spendenfonds (nächste Sitzung ist am 18. September) und mit interessierten Herren im Landeskirchenamt. Diesen Vorschlag aufnehmend wird folgender Antrag gestellt:

Die Mitgliederversammlung der AAA beschließt, sich um die Schaffung einer Stelle für einen arbeitslosen Theologen / eine arbeitslose Theologin mit folgendem Arbeitsschwerpunkt zu bemühen: Seelsorgerliche Begleitung von arbeitslosen Menschen und Hilfe beim Aufbau, bei der Durchführung und Koordination von Arbeitslosenprojekten.

Dazu will die AAA Gespräche aufnehmen mit dem Diakonischen Werk, dem Kuratorium des Spendenfonds der Landeskirche und mit Herren aus dem Landeskirchenamt.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

TOP 4 Verschiedenes

- 1) Für Anfang September soll ein Gespräch mit möglichst zwei Personen aus dem Landeskirchenamt ins Auge gefaßt werden. Pfarrer Hempel, H. Steen, H. Padel und H. Kiel haben sich bereit erklärt, ein solches Gespräch zu führen. Herr Padel will am Sonntag Herrn Becker darauf ansprechen. Herr Kiel bemüht sich um einen Termin für das Gespräch.
- 2) Vorschläge, wie wir uns bekannter machen können:
 - Verteilen der Handzettel. W. Steen berichtet von einem Gespräch mit H. Otto von der EZ; die EZ will in einer der nächsten Ausgaben unseren Handzettel abdrucken - evtl. mit Fotos von den beiden von uns geförderten Projekten.
 - Aus den Zinsen unseres Guthabens können wir nach den Ferien Briefe an alle Pfarrämter verschicken. Wir sollten allerdings das Landeskirchenamt fragen, ob sie diesen Brief über den Verteiler verschicken könnten.
 - Dafür werben, daß Kollekten für die AAA gesammelt werden. Das Überreichen einer solchen Kollekte an ein Vorstandsmitglied könnte auch ein Anlaß für eine Veröffentlichung in der Braunschweiger Zeitung sein.
- 3) Die AAA sollte den beiden Braunlager Pfarrern, die spontan auf ein Viertel ihres Gehalts für die Anstellung eines arbeitslosen Theologen verzichten wollten, die Bereitschaft bekunden, dort ein Projekt mitzutragen.
- 4) Fr. Camerer berichtet von einem Artikel, in dem sich die ÖTV kritisch mit der "Arbeitsmarktpolitik" von freiwilligem Lohnverzicht, Spendenfonds, etc. auseinandersetzt. Zu diesem Thema ist ein "Forum Luccum - Extra" mit dem Titel: "Verzicht aus Solidarität" herausgekommen.
- 5) T. Exner berichtet, daß in der Han. Landeskirche eine Stelle für Jugendarbeit auf der Insel zu 1/4 aus Spenden und zu 3/4 aus Kollekten der Insel finanziert wird. (Chr. Picht)

Finanzbericht der AAA vom 06.09.1985

1. Allgemeiner Bericht für die Zeit vom 13.06.84 bis 06.09.85 :

- Einnahmen insgesamt	37 714, 48 DM
- Ausgaben insgesamt	- <u>15 461, 15 DM</u>
- Haben = Kontostand vom 06.09.85	22 253, 33 DM
davon sind 10 419,12 DM als Termingeld angelegt.	

2. Aufschlüsselung der Einnahmen und Ausgaben (13.06.84 bis 06.09.85):

a. Einnahmen:

- von Spenden der Mitglieder:

Juni 84	830, - DM
Juli 84	840, - DM
Aug. 84	950, - DM
Sept. 84	1 210, - DM
Okt. 84	1 485, - DM
Nov. 84	1 921, - DM
Dez. 84	6 736, - DM
Jan. 85	1 597, 50 DM
Febr. 85	1 797, 50 DM
März 85	1 823, - DM
April 85	2 026, - DM
Mai 85	5 826, - DM
Juni 85	1 976, - DM
Juli 85	1 906, - DM
Aug. 85	1 576, - DM
Sept. 85	<u>1 236, - DM</u>

(33 736, - DM)

- von Kollekten:

1 559, 36 DM

- vom Papier-Container Wichern:

2 000, - DM

- von Zinsen (Termingelder)

419, 12 DM

37 714, 48 DM

b. Ausgaben:

- für Kontogebühren, Papier, Druck und Briefmarken

721, 15 DM

- für Projekte:

Seinstedt 4 000, - DM

Liebenburg 740, - DM

Goslar 10 000, - DM

15 461, 15 DM

Sie sehen: die Kasse stimmt! In der Hoffnung auf weitere regelmäßige Einnahmen und sinnvolle Ausgaben Ihre Hanna Stöckmann-Wrede

Mitgliederversammlung der AAA am 9.Sept.85 in Goslar

Protokoll

Anwesend: Die Damen Camerer, Spennhoff-Mandry, Stöckmann-Wrede, Schmauks, Schöning. Die Herren Padel, Steen, Exner, Guischarde und Gäste aus Goslar.

- 1) Begrüßung der Anwesenden und besonders der Gäste aus Goslar durch Herrn Steen.
- 2) Das Protokoll der Mitgliederversammlung der AAA vom 15.Juli 85 wird mit einer Änderung genehmigt. Der letzte Satz des Top 2 a) soll heißen: " T.Exner berichtet, daß im Dezember dieses Jahres wahrscheinlich weitere 7 Probefriststellen besetzt werden."
- 3) Die Gäste aus Goslar und Herr Guischarde berichten über den Verein "Diakonische Beratungsdienste Goslar e.V.". Der Verein wurde im Sept. 81 gegründet und hat jetzt ca. 150 Mitglieder. Die Arbeit geschieht in verschiedenen Bereichen (Besuchsdienst, Kaffee-Treff, Angehörigen-Gruppe, Beratung & Therapie, Web- und Strickstube, Kindergruppe "Die Bären", Geschütztes Wohnen, Fortbildung) und wird von ehrenamtlichen Mitarbeitern und ABM-"Kräften" durchgeführt. Eine Sekretärin ist fest angestellt. Im Rahmen und in den Räumen des Vereins soll im Dez. 85 das Werkstatt - Projekt anlaufen, das von der AAA finanziell unterstützt wird. Genaue Beschreibung dieses Projektes siehe Anlage. Es soll inhaltlich in die Arbeit des Vereins Diak. Beratungsdienste Goslar integriert sein, aber finanziell getrennt sein. Seit zwei Wochen hat die Vorlaufphase für das Werkstatt-Projekt begonnen: 5 Jugendliche (18-22 Jahre alt) sind als halbtags ABM - "Kräfte" tätig. Sie sind unter der Betreuung eines Tischlermeisters (auch ABM) damit beschäftigt, den Keller des Hauses Obere Schildwache 6a, Goslar zu vertiefen und auszumauern und so die Räumlichkeiten für das Werkstatt-Projekt herzurichten. Die Integration der Jugendlichen geschieht bisher "nur" durch die Arbeit.
Die Räume des Vereins Diak. Beratungsdienste in der Oberen Schildwache 6a werden besichtigt und erklärt, was in den verschiedenen Räumen geschieht. Den Kellerräumen wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet.
- 4) Verschiedenes:
 - Die Punkte 3 b) und c) und 4) der Tagesordnung werden vertagt auf die nächste Mitgliederversammlung.
 - Die Handzettel der AAA sollen zugänglich sein und verteilt werden.
 - Die nächste Mitgliederversammlung soll am Do, den 10.10.85 stattfinden.

Hanna Stöckmann-Wrede

Protokoll

der Mitgliederversammlung der Aktion Arbeitslosen - Abgabe
am 10. Oktober 1985 in Seinstedt

Anwesend: Die Damen Schöning, Somogyvár, Stöckmann-Wrede
die Herren Hempel, Kiel, Koch, Padel und Steen

1. Begrüßung der Anwesenden durch Herrn Kiel.
2. Das Protokoll der MV der AAA vom 9.9.85 wird genehmigt.
- 3a) Finanzbericht

Frau Stöckmann-Wrede gibt einen kurzen Überblick über die Finanzen des Vereins. (s. Beilage zur Einladung zum 10.10.85)
Im Schnitt kommen monatlich ca 2000,- DM herein.

Die Ausgaben für Porto, Druck etc können von Zinsen und Kollekten bestritten werden. Dank an Frau Stöckmann-Wrede für die Übersicht und die gute Kassenführung.

b) Situation des Vereins

+ Als Defizit des Vereins wurde die Diskussion und Information über Arbeitslosigkeit in der Öffentlichkeit genannt.

Aktivitäten und Projekte kirchlicher und kommunaler Träger wurden begrüßt.

+ Das Faltblatt der AAA sollen neben dem Pfarrern der Landeskirche auch die Kindergärtnerinnen, Sekretärinnen und andere hauptamtliche Mitarbeiter erhalten. Es wird geprüft, über welchen Verteiler die Faltblätter verschickt bzw. verteilt werden können. Der Rest soll auf unsere Kosten verschickt werden. Dazu soll ein junger Arbeitsloser gegen Entgelt gewonnen werden.

4. Projekt Seinstedt

Herr Koch berichtet über die Situation im Projekt Seinstedt:

z.Zt. sind 5 Jugendliche (ohne Hauptschulabschluß) im Projekt tätig. Durch längere Krankheit des Meisters (über 3 Monate) mußte Herr Koch selbst die Jugendlichen betreuen. Inzwischen ist eine Ersatzkraft (Tischlergesellin) vom Arbeitsamt in Aussicht gestellt. (auch auf ABM-Basis). Das Projekt kann in diesem Jahr nicht fertiggestellt werden, sodaß in 1986 eine Weiterarbeit (in Verbindung mit Arbeit und Leben) notwendig ist. Die Voraussetzungen dafür sind geschaffen. Die Mitglieder der AAA besichtigen anschließend das obere Stockwerk, das nach Fertigstellung als Propsteijugendzentrum dienen soll.

Es wird diskutiert, ob nicht die Anstellung einer weiteren ABM-Kraft für die organisatorische Abwicklung der Maßnahme angestrebt werden sollte.

5. Arbeitslose Theologen

Frau Stöckmann-Wrede berichtet, daß für die im Dezember fertig werdenden 16 Vikare und die 6 wahrscheinlich noch auf der Warteliste stehenden ~~11~~ nur ca 7 Probendienststellen zur Verfügung stehen werden.

Frau Stöckmann-Wrede und Herr Binder wollen ein Gespräch mit Herrn Bülow über Beschäftigungsmöglichkeiten im Diakonischen Werk führen.

Im Januar soll eine Sitzung der AAA mit den betroffenen arbeitslosen Theologen stattfinden.

Nächste MV: in der letzten Novemberwoche möglichst mit Herrn Merker (Vorstellung des Projekts Alt-Lehndorf).

gez. K.Hempel

PROTOKOLL DER MITGLIEDERVERSAMMLUNG DER AKTION ARBEITSLOSEN-ABGABE E.V.
AM MONTAG, DEM 25. NOVEMBER 1985, IM PFARRHAUS KREUZKIRCHENGEMEINDE, BS

Anwesend: 24 Gäste und Mitglieder

TOP 1: BEGRÜSSUNG

Der Vorsitzende A. Kiel begrüßt die anwesenden Gäste und Mitglieder. Er bedankt sich beim Ortspfarrer R. Mercker für die Gastfreundschaft der Kreuzkirchengemeinde.

Es schließt sich eine Vorstellungsrunde der Anwesenden an.

TOP 2: DIE ARBEITSLOSENINITIATIVE KREUZKIRCHE STELLT SICH VOR

Seit Sommer 1985 existiert in der Kreuzkirchengemeinde eine Gruppe Arbeitsloser. Sie trifft sich vierzehntägig im Pfarrhaus. Diese Gruppe dient folgendem Ziel; Arbeitslose stützen sich gegenseitig, verarbeiten ihre Erfahrungen und versuchen andere auf ihre Lage aufmerksam zu machen.

Daneben will die Gruppe für Hilfeleistungen innerhalb der Gemeinde zur Verfügung stehen. Konkurrenz zu gewerblichen Anbietern ist in keinem Fall beabsichtigt.

Die Arbeit soll ausgebaut werden. Geplant sind auch Gespräche mit Kommunalpolitikern.

TOP 3: GESPRÄCH MIT VIKAREN

Ziel dieses Gespräches: Perspektiven für Projekte, in denen arbeitslose Theologen in der nächsten Zeit tätig werden können.

Bisher hat sich der Vikarskurs, der gerade im Examen steht, wenig Überlegungen für den Fall der Nichteinstellung nach dem zweiten Examen gemacht. Verständlicherweise klammern sich die meisten an den "Strohalm" einer Beschäftigungsmöglichkeit durch die Landeskirche.

Einige Anstöße für Projekte werden genannt:

- Beratung von Arbeitsloseninitiativen;
- Öffentlichkeitsarbeit für Brot für die Welt;
- Forschung im historischen Bereich.

Allerdings werden diese Projekte wohl nur als Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die durchs Arbeitsamt gefördert werden, zu verwirklichen sein.

Angeregt wird ferner:

- Pastoren, die 62 Jahre und älter sind, sollen gebeten werden, vorzeitig in den Ruhestand zu gehen. Pastor i.R. Padel will ein entsprechendes Schreiben an Pastoren seines Jahrganges schicken.
- Pastoren, die neben ihrem vollen Dienst Religionsunterricht erteilen, sollen diesen zugunsten arbeitsloser Theologen aufgeben (Pastor Fay).
- Projekte mit jugendlichen Arbeitslosen sollen verstärkt im kirchlichen Bereich angeboten werden (Propst Brackhahn).
- Ein Verzicht auf das Weihnachtsgeld könnte die Möglichkeit neuer Stellen eröffnen (Propst Brackhahn).
- Die Auseinandersetzung mit dem Problem "Arbeitslosigkeit" muß grundlegend erfolgen und darf sich nicht auf karitative Maßnahmen beschränken (Vikar Wrede).

TOP 4: VERSCHIEDENES

Die nächste Sitzung soll am Montag, dem 20. Januar 1986, um 20 Uhr in Salzgitter-Lebenstedt, Am Saldergraben 54, bei Propst Brackhahn stattfinden.

Wolfenbüttel, 15. Dezember 1985

W. Wrede

P.S.: Es handelt sich um ein Gedächtnisprotokoll. Ich bitte schon im voraus um Nachsicht, wenn wesentliche Punkte vergessen wurden.



LIEBE MITGLIEDER DER AKTION ARBEITSLÖSEN-ABGABE IN BRAUNSCHWEIG E.V.!

Das Jahr 1985 war für die Aktion Arbeitslosen-Abgabe ein Jahr der Konsolidierung. Die AAA ist nun auch offiziell "eingetragener Verein" und als gemeinnützig anerkannt. Ihre Spenden für die AAA können Sie nun auch von der Steuer absetzen. (Spendenquittungen kommen im Januar).

INFORMATIONEN ZUM ÜBERBLICK:

- Wir wachsen! Schon 55 Mitglieder der AAA tragen durch ihre Spenden dazu bei, daß Arbeitslosigkeit nicht unabwendbares Schicksal bleiben muß. Bitte werben Sie neue Mitglieder. Handzettel bitte bei Kiel anfordern!
- Unser Kontostand: augenblicklich ca. 37.000 DM.
- Gefördert wurden 1985:
Diakonische Beratungsdienste Goslar mit 10.000 DM
Propsteijugendzentrum Seinstedt mit 4.000 DM
Ev. Jugend Propstei Goslar mit 700 DM
- 1986 werden die Probleme drängender! Während es 1985 der Landeskirche gelang, akute Notlagen zu vermeiden und stellenlose Theologen noch in den Religionsunterricht zu vermitteln, wird es 1986 kritisch. Wenn dann nicht Projekte für arbeitslose Theologen anlaufen, werden einige total auf der Straße liegen. Wir müssen als AAA bereitstehen, um hier durch gezielte Förderung das Entstehen von guten Projekten in Gemeinden und Propsteien zu unterstützen.
- Auch für 1986 haben wir den Diakonischen Beratungsdiensten in Goslar wieder 10.000 DM für die Beschäftigung von Arbeitslosen zugekagt. Damit wird das Projekt "Obere Schildwache 6" berechenbarer.

DIE KONZEPTION DER AAA IN KURZFORM:

- Wer für die Aktion Arbeitslosen-Abgabe spendet, kann als Mitglied direkten Einfluß auf die Vergabe von Förderungsmitteln für Arbeitslosen-Initiativen und Projekte nehmen.
- Wer für die Aktion Arbeitslosen-Abgabe spendet, trägt bei zu einem Netzwerk der Hilfe für Arbeitslose. Dabei geht es der AAA nicht in erster Linie um die direkte Unterstützung von Arbeitslosen, sondern um die Förderung von Projekten der Kirchengemeinden, Propsteien oder Vereine, die zum Abbau von Arbeitslosigkeit beitragen.
- Wer für die Aktion Arbeitslosen-Abgabe spendet, hilft mit, für durchgreifende Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit einzutreten. Denn darüber sind wir uns klar, daß die karitative Hilfe der AAA nur Zeichen setzen kann, damit die Not der Arbeitslosen von der Kirche nicht vergessen wird.

EIN DANKESCHÖN IHNEN ALLEN,

daß Sie sich auch 1985 für die Sache der Arbeitslosen eingesetzt haben. Ihre Spende trägt dazu bei, daß die Chancen zur Einrichtung außerplanmäßiger Arbeitsstellen im Raum der Kirche steigen.

Wir bitten Sie herzlich, uns auch im neuen Jahr Ihre Spende zur Verfügung zu stellen.

Ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes Jahr. 1986!

Der Vorstand der AAA e.V.:

gez. H. Stöckmann-Wrede, H.-M. Gutmann, K. Hempel, A. Kiel, W. Steen



**Aktion
Arbeitslosen
Abgabe**
In Braunschweig

Protokolle und Materialien 1986

mit einem Gesetzentwurf der Evangelisch-Reformierten Kirche zu
Teilzeitstellen für Theologinnen und Theologen und weiteren Texten
zum Thema Arbeitslosigkeit

Beitrag des Finanzamtes BS - Altwiek vom 25.4.85

B/200/16461

Aktion Arbeitslosen-Abgabe

Braunschweig, am 13.1.1986

Betr.: Einladung zur nächsten Mitgliederversammlung

A c h t u n g ! Änderung des Termins

Sehr geehrte Damen und Herren!

Entgegen der ursprünglichen Verabredung wollen wir uns nicht am 20.1. sondern erst am Mittwoch, d. 29.1. um 20.00 Uhr in Salzgitter-Lebenstedt, Am Saldergraben 54 +) (Johann.-Gemeinde) treffen.

Hauptgrund: Erst nach dem 22. Januar ist genauer abzusehen, wie die aktuelle Situation arbeitsloser Theologen/Theologinnen ist. Darüber wollen wir uns dann am 29.1. zwecks weiterer Schritte informieren.

TAGESORDNUNG:

1. Begrüßung, Genehmigung des Protokolls (wurde bereits verschickt)
2. Kassenstand, Modus der Überweisungen und Wahl von 2 Kassenrevisoren
3. Bestätigung der Weiterführung des Projektes Goslar (Diakonische Beratungsstelle)
4. Aktuelle Situation der arbeitslosen Theologen/Theologinnen in unserer Landeskirche
5. Situationsbericht aus dem Raum Salzgitter
6. Verschiedenes.

Mit freundlichem Gruß

gez. A. Kiel

+) PS: Wegbeschreibung

Autobahnzubringer 490 Abfahrt Salder Richtung Lebenstedt (Kattowitzer Str.) 1. Straße rechts (Swindonstr), 6. Straße links (Am Saldergraben) Am Ende ist das Gemeindezentrum.

Protokoll der Mitgliederversammlung der Aktion Arbeitslosen-
Abgabe Braunschweig e.V.

am 29.1.1986 in Salzgitter-Lebenstedt.

Anwesend: Die Damen Picht und Schmerbach-Milch.
Die Herren Kiel, Steen, Brackhahn, Wrede, Gutmann, Binder,
Padel (insgesamt 13 Personen). *Hempel*

- TAGESORDNUNG:
1. Begrüßung und Genehmigung des Protokolls
 2. Kassenstand, Modus der Überweisungen und Wahl von 2 Kassenrevisoren
 3. Bestätigung der Weiterführung des Projektes Goslar (Diakonische Beratungsstelle)
 4. Aktuelle Situation der arbeitslosen Theologen/Theologinnen in unserer Landeskirche
 5. Situationsbericht aus dem Raum Salzgitter
 6. Verschiedenes.

ad 1.:

Begrüßung der Anwesenden durch Herrn Kiel und Genehmigung des Protokolls durch die Anwesenden. Es wurden keine Einwände gegen das Protokoll erhoben.

ad 2:

Für die Wahl der beiden Kassenrevisoren gemäß Vereinssatzung stellten sich Herr Padel und Herr Binder zur Verfügung. Ihre Wahl wurde ohne Widerspruch angenommen. Danach gab Herr Kiel einen kurzen Überblick über den Kassenstand. Ein Kassenbericht, der auf der nächsten Mitgliederversammlung abgegeben werden soll, wird genaueren Aufschluß geben über die Verwendung der Spenden. - Für die Mitglieder, die ihre Spendenbescheinigungen beim Finanzamt einreichen wollen, wurde auf den Anerkennungsbescheid des Finanzamtes Braunschweig-Land vom 25.4.1985 (bzw. 8.5.1985) unter der Nummer 13/200/16451 hingewiesen.

Es wurde beschlossen, die Spendenliste vertraulich zu behandeln.

Hinsichtlich des Modus der Überweisungen wurde vorgeschlagen, daß die Mitglieder Daueraufträge erteilen sollen, damit die bisher relativ unregelmäßig eintreffenden Beiträge kontinuierlicher und regelmäßiger in die Vereinskasse fließen. Außerdem wurde noch vorgeschlagen, daß ein Vereinsbeschuß herbeigeführt werden soll, der besagt, daß die Verwaltungskosten nur von den Zinseinnahmen finanziert werden sollen, damit die Spenden ohne Abzug direkt an unterstützenswerte Projekte weitergeleitet werden können.

ad 3:

Für das Projekt der Diakonischen Beratungsstelle in Goslar wurden 1985 10.000,-DM überwiesen. Vor Freigabe der entsprechenden Summe für 1986 soll ein Sachstandsbericht aus Goslar erbeten werden.

ad 4:

Erfreulicherweise konnte von den 16 im Dezember 1985 fertig gewordenen Vikaren bzw. Vikarinnen 13 Bewerber bzw. Bewerberinnen in den Probendienst übernommen werden. 2 setzen ihre Ausbildung fort und

1 Bewerberin ist abgelehnt worden. (Weitere Überlegungen nach persönlichem Kontakt). Für diese Gruppe ist damit die Situation zunächst einmal entspannt. Es bleibt jedoch die Tatsache, daß in nächster Zukunft mehr Theologen ausgebildet werden als in den Dienst der Landeskirche übernommen werden können. Daraus ergeben sich Fragen wie z.B.

- Nach welchen Kriterien wählt unsere Landeskirche ihre Pastoren aus?
- Wie ist es mit der Überprüfbarkeit solcher Auswahlkriterien bestellt?
- Welcher Zusammenhang besteht zwischen der Höhe der Pastorengelälter und den Einstellungszahlen?
- Wäre es nicht möglich, Pastoren mit besonderen Aufträgen befristet zu übernehmen?
- Welche Möglichkeiten bestehen zur Erweiterung der Spielräume für Stellenpläne z.B. im Berufsschulfeld?
- Wie wird die Möglichkeit gesehen, mehr halbe Stellen zu schaffen?
- Was zeigen die Statistiken? Mit wieviel freier werdenden Stellen, mit wieviel Bewerbern bzw. Bewerberinnen und mit wieviel Mitgliedern wird in unserer Landeskirche in nächster Zeit gerechnet?

All diese Fragen bedürfen sachkundiger Antworten. Deshalb wurde vorgeschlagen, Vertreter des Landeskirchenamtes Ende April/Anfang Mai 1986 zu einem Gespräch mit der AAA einzuladen.

ad 5:

Propst Brackhahn stellte uns das Modell "Arbeit und Lernen" aus der Region Salzgitter vor. Dieses Modell ist vor etwa einem Jahr in Zusammenarbeit mit dem dortigen Arbeitsamt konzipiert worden. Die technische Leitung dieses Projektes hat ein Bauingenieur übernommen, der die Konzeptplanung für Unterricht und Arbeiten besorgt. Für 1 Jahr arbeiten und lernen 14 Bauhelfer im Alter zwischen 18 und 25 Jahren, die noch keinen Berufsbildungsabschluß haben, mit einem Sozialpädagogen und einem Maurermeister zusammen. 3 Tage pro Woche (= 24 Std.) führen sie praktische Arbeiten durch und 2 Tage pro Woche (= 12 Std.) lernen sie im Unterricht Bauzeichnen, Raumlehre u.ä.. Dabei sind Arbeiten und Lernen stets aufeinander bezogen. Bei den praktischen Arbeiten handelt es sich um Ausbesserungsarbeiten in kirchlichen Einrichtungen der Propstei Salzgitter. Das Ziel dieses Projektes besteht vor allem darin, die jungen Leute vor dem Abgleiten zu bewahren und auf ein geregeltes Arbeitsleben vorzubereiten. Als Tätigkeitsnachweis erhalten sie nach einem Jahr ein Zertifikat. Die Maßnahme kostet ca. 300.000,-DM, die vom Arbeitsamt gezahlt werden. Für ein anderes geplantes Modell für 14 arbeitslose Kindergärtnerinnen und Erzieherinnen waren bislang noch nicht genügend geeignete Bewerberinnen gefunden worden.

ad 6:

Es wurde erwogen -mit unterschiedlichen Meinungen-, für die AAA beim Arbeitsamt eine ABM-Stelle zu beantragen. Dabei könnte die ABM-Kraft Frau Meier beim Diakonischen Werk behilflich sein, die für die ABM-Stellenorganisation dort eingesetzt wird.

Die nächste AAA-Mitgliederversammlung soll voraussichtlich am 17.3.1986 im Landesjugendpfarramt in Wolfenbüttel stattfinden. Voraussichtliche Tagesordnungspunkte: Kassenbericht, Vorstandswechsel, Gesprächsvorbereitung etc. gez. Wolfgang Silber

Aktion-Arbeitslosen-Abgabe

Braunschweig, am 7.3.1986
Sulzbacher Str. 41

Sehr geehrte Damen und Herren!

Hiermit laden wir herzlich ein zur nächsten Mitgliederversammlung
am

Montag, d. 17. März um 20.00 Uhr

im Landesjugendpfarramt

3340 Wolfenbüttel, Neuer Weg 15

TAGESORDNUNG:

1. Genehmigung des Protokolls
2. Bericht der Kassenprüfer
3. Nachwahl im Vorstand
4. Vorbereitung eines öffentlichen Hearings mit Vertretern der Landeskirche und des Kuratoriums d. Spendenfonds
zum Thema: Zukunft der Kirche und Personalplanung
5. Bericht über Diakonische Beratungsdienste in Goslar und Beschluß über weitere Unterstützung.

Mit freundlichem Gruß

gez. A. Kiel

Protokoll der Mitgliederversammlung der Aktion Arbeitslosen-
Abgabe Braunschweig e.V. am 17.3.1986.

Anwesend: Die Damen Stöckmann-Wrede, Camerer, Schöning und
Frau Uellner als Gast.
Die Herren Kiel, Steen, Hempel, Gutmann, Fay, Barsnick,
Binder und als Gäste H. Röpke und H. Silber.

- Tagesordnung:
1. Genehmigung des Protokolls
 2. Bericht der Kassenprüfer
 3. Nachwahlen im Vorstand
 4. Vorbereitung eines öffentlichen Hearings mit
Vertretern der Landeskirche und des Kuratoriums
des Spendenfonds zum Thema "Zukunft der Kirche
und Personalplanung".
 5. Bericht über Diakonische Beratungsdienste in
Goslar und Beschluß über weitere Unterstützung.

- ad1) Nach dem Hinweis von Frau Stöckmann-Wrede darauf, daß die
Verwaltungskosten, die 1984 etwa 500,--DM und 1985 ca. 816,--DM
ausmachten, noch nicht allein durch die Zinseinnahmen des
Vereins zu decken seien und somit eine andere Vereinbarung
gefunden werden müsse, wurde das Protokoll ohne weiteren
Einwand genehmigt.
- ad2) Da Herr Padel wegen Erkrankung nicht anwesend war, wurde von
Herrn Binder lediglich ein Zwischenbericht gegeben. Demnach
hat er die Kassenbücher durchgesehen, Stichproben gemacht
und festgestellt, daß die Kasse ordentlich geführt wurde und
die Belege stimmen. Der anschließende Antrag auf Entlastung
der Kassenführerin Frau Stöckmann-Wrede wurde einstimmig
angenommen.
- ad3) Wegen Fortgangs von Herrn Pastor Kiel zur Jahresmitte wurde
eine Nachwahl im Vorstand erforderlich. Als einziger Kandidat
für die Nachwahl in den Vorstand wurde Herr Padel vorge-
schlagen. Seine Wahl in den Vorstand und zum Vorstandsvor-
sitzenden ab 1.4.1986 für 3 Jahre wurde einstimmig angenommen.
Die Zustimmung von Herrn Padel zu seiner Wahl steht noch aus.
Die Zustimmung hat Herr Padel einen Tag nach der Wahl
gegeben.
- ad4) In vorangegangenen Gesprächen mit Herrn Hesse vom Kuratorium
des Spendenfonds konnte Herr Gutmann eine grundsätzliche
Bereitschaft zur Unterstützung der Vereinsarbeit durch das
Kuratorium erreichen. Die vorbereitenden Gespräche mit einem
Göttinger Theologieprofessor waren leider ohne Erfolg.
Zur inhaltlichen Hearingsplanung wurde von Herrn Binder das
noch als Geheimpapier geltende Papier zur 3. Würzburger
Konsultation auf den Tisch gelegt. Demnach sollen nur noch
50 % der Bewerber von der Kirche übernommen werden, wodurch
der Leistungsdruck noch weiter erhöht wird. Vielen Theologie-
studenten ist dieses Papier angeblich bekannt, jedoch nur
wenigen Vikaren und Pastoren. Deshalb wurde der Wunsch nach
Veröffentlichung dieses Papiers laut, damit anhand dieser
Informationen gezielte Fragen gestellt werden können.

Fragen wie z.B.

- Was bedeutet es für die Kirche, wenn sie bei ihren Personalentscheidungen das Konkurrenzprinzip gegenüber dem Solidaritätsprinzip bevorzugt?
- Was ist die Aufgabe der Kirche in dieser krisenhaften Situation, in der auch in kirchlichen Berufen hochqualifizierten Leuten die Arbeitslosigkeit droht?
- Reichen Baumaßnahmen und kurzfristige Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aus, um die Arbeitslosigkeit wirkungsvoll zu bekämpfen?
- Wie sehen die Berechnungen für die Stellenpläne der Landeskirche aus?

mündeten in die Planungsvorstellung für eine Öffentlichkeitswirksame, ganztägige Veranstaltung mit unterschiedlichen Gruppierungen der Landeskirche. Dabei wird daran gedacht, Vertreter des Pfarrersuchausschusses, des Spendenfonds, des Landeskirchenamtes, der Aktion Arbeitslosen-Abgabe, der hauptamtlichen Mitarbeiter, der Theologiestudenten und des Diakonischen Werkes einzuladen. Als mögliche, einzuladende Referenten wurden vorgeschlagen von Frau Uellner: Pastor Ruhfus vom Lutherstift Falkenburg und von Herrn Gutmann: Rüdiger Weiser, der sich intensiv mit dem Problem-bereich: "Arbeit - Arbeitslosigkeit - Veränderungen in der Arbeitswelt mit Trend zu ungeschützten Arbeitsverhältnissen" befaßt hat.

Das Thema des Einführungsreferates könnte heißen: "Zukunft der Kirche und Personalplanung - Die sozialetische Verantwortung der Kirche".

Die Zielsetzung dieser Aktion soll sein: Teilen von Arbeit und Einkommen.

Folgende Strukturierungsvorschläge für die Veranstaltung wurden diskutiert:

- Aufteilung in eine Abendveranstaltung vor den Sommerferien am 19. oder 24.6.1986, um das nötige Problembewußtsein zu schaffen, und einen Studientag im Herbst 1986, um Problemlösungsmöglichkeiten diskutieren zu können.
- Die Abendveranstaltung soll in Form einer Podiumsdiskussion mit Einführungsreferat durchgeführt werden. Das Podium soll mit 6 Personen besetzt werden. In Erwägung gezogen wurde auch, einen Platz im Podium freizulassen für Teilnehmer aus dem Plenum, die sich mit einem Wortbeitrag beteiligen wollen.

Der Vereinsvorstand wurde beauftragt, die näheren Einzelheiten der geplanten Veranstaltung zu beraten und nach personellen Vorschlägen zu suchen für den Referenten und die Podiumsteilnehmer. Auch soll geklärt werden, welche Rolle das Podiumsmitglied der AAA bei der Veranstaltung spielen soll!

ad5) Herr Röpke von den Diakonischen Beratungsdiensten in Goslar begann seinen Bericht mit der erfreulichen Mitteilung, daß für 1985 eine Rücküberweisung von 1.027,29 DM erfolgen kann. Nach Absprache mit der Kassenführerin wurde vereinbart, daß die Abrechnungen zukünftig gemäß § 53 Nr.2 der Abgabenordnung erfolgen soll. Des weiteren konnte Herr Röpke in Aussicht stellen, daß am 21. 6. 1986 die Einweihung der Oberen Schildwache 6 a in Goslar stattfinden soll. Anschließend berichtete er von dem "Werkstattprojekt", in dem seit dem 15.12.1985 15 Jugendliche für ein halbes Jahr von einem Tischlermeister, einer Erzieherin und einem Sozialpädagogen betreut werden. Die Teilnehmer werden vom Arbeitsamt gefördert.

Pro Woche arbeiten sie 25 Std. und lernen 15 Std. und erhalten dafür einen Durchschnittsstundenverdienst von DM 6,23. Die jüngeren Erwachsenen, die mitunter seit 9 Jahren arbeitslos sind und teilweise Alkoholiker sind, können wegen fehlender Berufsperspektive kaum motiviert werden. Aber zumindest einer der jungen Erwachsenen wird als Folgemaßnahme dieses Projektes seinen Hauptschulabschluß nachholen. Als Demonstrationsobjekt ihrer Arbeiten hatte Herr Röpke einen aus Holz hergestellten Brieföffner mitgebracht. Im Rahmen dieses Werkstattprojektes kochen die Jugendlichen auch gemeinsam und helfen beim Ausbau der noch nicht ganz fertiggestellten Werkstatt mit. Sie führen auch Reparaturarbeiten an Resopaltischen und Bänken aus. Angesichts der schwierigen Arbeitsmarktsituation besteht die soziale Betreuung vorwiegend im Abbau von Schuldgefühlen und Minderwertigkeitsgefühlen und in der Vorbereitung auf die Arbeitslosigkeit.

Geplant sind in nächster Zukunft:

- Therapiegruppen für psychisch Belastete
- "Wohngruppen "Beschütztes Wohnen" und zu diesem Zweck der Ausbau eines Hauses für psychisch Kranke
- und Tagesgruppenarbeit mit Kindern aus zerrütteten Familien.

Nach dem Bericht von Herrn Röpke wurde einstimmig beschlossen, für die weitere Unterstützung der Diakonischen Beratungsdienste in Goslar in diesem Jahr bis zu 10.000,-DM zur Verfügung zu stellen mit der Auflage, daß dieses Geld gemäß des § 53,2 im Sinne der Abgabenordnung 1977 verwandt wird und dem Verein weiteres Informationsmaterial und weitere Berichte zukommen zu lassen.

Als Termin für das nächste Treffen wurde der 12.5.1986 um 20.00 Uhr im Landesjugendpfarramt in Wolfenbüttel vereinbart.

gez. Silber

Hoffnung auf ein neues Verständnis von Arbeit

Bei der Vorbereitung meines Beitrages fiel mir das ausgezeichnete Material zur "Zukunft der Arbeit" in die Hände, das zur Vorbereitung des Kirchentages 1985 in Düsseldorf erstellt worden ist.

Dort heißt es:

"Die Grundfrage, vor der wir heute stehen, ist die nach der Zukunft der Arbeit. Was wird geschehen, wenn mit Hilfe der modernen Technik immer mehr Menschen nicht nur von der Mühsal der Arbeit, sondern von der Arbeit selbst befreit werden, so daß sie nun unter der Mühsal der Arbeitslosigkeit leiden?"

Es kann nicht Aufgabe der Kirche sein, schwarz in schwarz zu malen und alles Erreichte schlecht zu machen. Vielmehr geht es darum, nach den Hoffnungsperspektiven zu fragen, die sich in der gegenwärtigen Krise der Arbeitsgesellschaft zeigen könnten." 1)

Darum heißt mein Thema: Hoffnung auf ein neues Verständnis von Arbeit

1. Hoffnungsperspektive:

Wir Christen wissen, wie sehr Arbeit zum Menschsein dazugehört.

Kein Geringerer als Luther hat dazu aufgefordert, gehorsam, selbstlos und in ernsthafter Pflichterfüllung in dem Stande zu dienen, in den jeder berufen ist. Luther hat gesagt: "Der Mensch ist zur Arbeit geboren wie der Vogel zum Fliegen."

Auch in unseren Kirchenliedern ist die hohe Bewertung von Arbeit spürbar: "Regiere mich durch deinen Geist, den Müßiggang zu meiden." (EKG 385, 6). Oder: "Frag nach der Ernte nicht, du darfst den Lohn nicht messen, mußst Freud und Lust vergessen, nur sehn auf deine Pflicht" (EKG 387, 1).

Die protestantische Arbeitsethik hat immer eine große Rolle im Bewußtsein der evangelischen Christen gespielt. Wie oft hört man bei Trauerbesuchen diese Worte: "Arbeit war sein Leben".

Wenn Millionen arbeiten und leisten wollen, aber nicht können, dann gerät diese Arbeitsethik in die Krise.

Wir werden als Christen aber gerade die junge Generation nicht vor der Tür der Arbeitsgesellschaft stehen lassen können. Manch einer von Ihnen wird das schon schmerzlich erfahren haben, was es heißt, wenn die Tochter oder der Sohn nach erfolgreicher Ausbildung keine Arbeit findet. Wir Christen dürfen hier nicht nur die Achseln zucken. Jeder Mensch ist zu einem sinnvollen nützlichen und tätigen Leben bestimmt. Wir wissen dies. Arbeit gehört zum Menschsein. "Der Mensch ist zur Arbeit geboren wie der Vogel zum Fliegen".

2. Hoffnungsperspektive:

Wir Christen wissen, wie sehr das Ausruhen zum Menschsein dazugehört.

Das dritte Gebot ist klar und eindeutig: Du sollst den Feiertag heiligen. Hand aufs Herz, verehrte Schwestern und Brüder: Nehmen wir den Feiertag ernst? Ist der Sonntag der Tag der Ruhe und des feierlichen Gottesdienstes, ein Tag des Friedens, weil eine bewußte Atempause gemacht wird?

Selbst bei uns Pastoren ist es doch weit verbreitet, daß noch Gemeindebesuche erfolgen und Vorbereitungen für die nächste Woche auf den Sonntagabend gelegt werden - und die Familie darf sich mit dem erschöpften Vater am Sonntagnachmittag begnügen.

Kann uns denn nicht auch das dritte Gebot helfen, das Heil nicht in maßlosem Schuften für das Reich Gottes zu sehen, sondern in der Bereitschaft zum Ausruhen, zum Durchatmen und zur Besinnung, zum Kraftschöpfen?

Wir Christen haben die Hoffnung, daß wir in Zukunft die Chance haben, Gottes Schöpfungsordnung eher zu entsprechen, wenn mehr Menschen bereit sind, Arbeit zu teilen.

3. Hoffnungsperspektive:

Christen setzen Zeichen für eine Neuverteilung von Arbeit und Einkommen.

Die Mikroelektronik ist im Vormarsch. Die Industrieroboter sind es ebenfalls. Die "mensenleere Fabrik" ist keine Zukunftsmusik mehr.

Machen wir uns nichts vor: Auch in der Kirche werden Computer und Schreibautomaten Einzug halten und Arbeitsplätze "killen". Bei meinem Besuch in Japan habe ich es erlebt: Den Pastoren in den kleinen lutherischen Gemeinden ist es selbstverständlich, mit ihrem Kleincomputer den Gemeindebrief herzustellen, die Buchhaltung und manchen Schriftwechsel abzuwickeln.

Diese Geräte werden die schöne neue Welt nicht bringen. Sie werden auch keine neuen Arbeitsplätze schaffen. Eher im Gegenteil.

Die im Anfang dieses Jahrhunderts durch das Vordringen des Automobils freigesetzten Pferde sind ja auch nicht in der Automobilproduktion eingesetzt worden. Man hat sie geschlachtet.

Was ist das für eine Hoffnungsperspektive?

Angesichts dieser mikroelektronischen Revolution können wir nicht den Kopf in den Sand stecken. Es gibt für mich allerdings nur eine Lösung, wenn wir die Verarmung von großen Teilen unserer Bevölkerung verhindern wollen: eine neue Verteilung von Arbeit und Einkommen.

Damit ich nicht in den Verdacht komme, hier marxistische Thesen zu verkünden: Prominente CDU-Politiker wie Ministerpräsident Ernst Albrecht und Prof. Kurt Biedenkopf propagieren solch eine Neuverteilung von Arbeit und Einkommen.

4. Hoffnungsperspektive:

Christen wissen, daß das Reich Gottes mehr ist als nur Besitzstandswahrung.

Seien Sie mir nicht böse, wenn ich mal ungeschützt ein heißes Problem anpacke: Die Theologenschwemme.

Ist nicht wirklich noch Platz in unserer Kirche für ein paar junge Amtsbrüder?

Herrscht denn nicht an allen Ecken und Enden ein Mangel an Mitarbeitern?

Ist denn schon alles getan im Weinberg Gottes?

Ich möchte nicht christliche Armut. "Du sollst dem Ochsen, der da drischt, das Maul nicht verbinden." Das weiß schon der Apostel Paulus (1. Kor. 9, 9).

Auch Pastoren haben Anrecht auf angemessene Entlohnung. Trotzdem: Meine Überzeugung ist, daß wir ruhig noch etwas zusammenrücken könnten. Es ist noch Luft in den Haushaltsplänen und Spendenkonten unserer Kirche.

Ganz besonders wichtig ist mir: Eine Neuverteilung von Arbeit und Einkommen soll kein Schreckgespenst sein, sondern eine Chance.

5. Hoffnungsperspektive:

Christen wissen: teilen macht nicht reicher, aber fröhlicher.

Ich möchte daran erinnern: Wenn wir beim Abendmahl in der Gestalt von Brot und Wein den Leib und das Blut Christi miteinander teilen, dann hört diese Gemeinschaft am Tisch des Herrn nicht an der Kirchentür auf. Wir werden Konsequenzen ziehen müssen im Blick auf unsere Arbeit und auf unser Einkommen.

Die Erde ist des Herrn!

Das gilt für alles: Für unsere Arbeit, für unser Kapital, für Wissenschaft und Technik, für unsere ganze Kirche. Die Erde ist des Herrn. Das ist doch eine wunderbare Verheißung:

Wir werden in Zukunft nicht mehr so viel arbeiten müssen, wir können mehr Zeit zur Muße finden, mehr Zeit zum feiern, zur Ruhe.

Die Erde wird kein Paradies werden. Sicher nicht.

Aber vielleicht nehmen wir die Chance wahr, uns als Kinder Gottes zu sehen, als "Schwestern und Brüder, die singen, beten, lieben, träumen, sprechen, essen und trinken". 2) Teilen macht vielleicht doch reich!

6. Hoffnungsperspektive:

Christen wissen: nicht schöne Worte sind entscheidend, sondern Taten.

Für das Problem Arbeitslosigkeit hat heute keiner eine Patentlösung.

Aber das heißt nicht, daß wir die Hände in den Schoß legen können. Es gibt Schritte, die wir als Christen in Gemeinden und Propsteien tun können.

Es sind bescheidene Schritte auf steinigen Geröllpfaden. Sie können Zeichen setzen für unsere Gesellschaft, Zeichen für etwas mehr Gerechtigkeit.

Da könnte der Kirchenvorstand die Einrichtung einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme beschließen oder den Anbau der Pfarrscheune mit jungen Leuten innerhalb des Projektes "Arbeiten und Lernen". Eine Kollekte könnte für die Aktion Arbeitslosen-Abgabe oder andere Projekte mit Arbeitslosen gesammelt werden.

Wir brauchen nur ein bißchen Phantasie zum Helfen. Der kleinste Schritt kann der Anfang eines guten Weges sein.

Wilfried Steen

1) Im Schweiß deines Angesichts...

Arbeitsmappen zum 21. Deutschen Evangelischen Kirchentag
Düsseldorf 1985 (Themenbereich 5), Oktober 1984, Seite 5

2) Aus: Wolfgang Belitz:

Entwicklung der protestantischen Arbeitsethik und ihr Beitrag zu einem neuen Arbeitsverständnis. Referat, Evangelische Akademie Mülheim, 16. - 18.11.84. Abgedruckt in epd-Dokumentation 53/84, Seite 9 ff, hier Seite 24.

Diesem Referat habe ich auch sonst wichtige Gedanken entnommen.

Betr.: Versorgung der Kandidaten des Pfarramtes (Pastoren coll.)

Der Landeskirchentag wolle beschließen:

Der Landeskirchentag stellt fest, daß wegen des Ansteigens der Zahl der Studierenden im Fach ev. Theologie die Zahl der Vikare und der Kandidaten des Pfarramtes so stark zugenommen hat, daß von den künftig beginnenden Kandidaten des Pfarramtes nach jetzigem Stand nur eine Minderheit eine begründete Aussicht hat, auf Lebenszeit in ein Pfarramt der Ev.-ref. Kirche in Nordwestdeutschland berufen zu werden. Daraus ergibt sich, daß bei der Mehrzahl der künftig beginnenden Kandidaten des Pfarramtes eine Versorgung nach beamtenrechtsähnlichen Grundsätzen nicht mehr gewährleistet ist.

Der Landeskirchentag beschließt deshalb, daß Kandidaten des Pfarramtes mit sofortiger Wirkung nicht mehr in ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis zur Ableistung des pfarramtlichen Hilfsdienstes übernommen werden. Zur Ableistung des pfarramtlichen Hilfsdienstes sollen statt dessen auf 12 Monate befristete Dienstverträge für ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis als Angestellter angeboten werden. Als Vergütung gilt die Anfangsgrundvergütung der Vergütungsgruppe III BAT. Die Verträge können einmalig bis zu sechs Monate verlängert werden.

Der Landeskirchenvorstand wird beauftragt, dem Landeskirchentag zu seiner 9. Tagung Entwürfe für eine entsprechende Änderung des Kirchengesetzes über die Vorbildung und Anstellungsfähigkeit der Theologen, der Kandidatenordnung und des Pfarrerdienstgesetzes vorzulegen.

S. 97

Kirchengesetz

zur Erprobung der Erweiterung von Beschäftigungsmöglichkeiten für
Theologinnen und Theologen in der Evangelisch-reformierten Kirche in
Nordwestdeutschland (Erprobungsgesetz)

vom ... April 1986

Zur Verbesserung und Erweiterung des pfarramtlichen Dienstes in den
Kirchengemeinden, Bezirkskirchenverbänden, Werken und Einrichtungen
der Evangelisch-reformierten Kirche in Nordwestdeutschland hat der Lan-
deskirchentag das folgende Erprobungsgesetz beschlossen, das hiermit
verkündet wird:

Abschnitt I
Privatrechtliche Pfarrerdienstverhältnisse

§ 1
Rechtsstellung

- (1) Der Landeskirchenvorstand kann nach § 57 Pfarrerdienstgesetz auf Antrag eines Kirchenrates zulassen, daß ein Pfarrer ausnahmsweise in einem privatrechtlichen Dienstverhältnis beschäftigt wird. Die Einstellung setzt die Anstellungsfähigkeit nach § 3 Pfarrerdienstgesetz voraus.
- (2) Die Einzelheiten des Dienstes und der Rechtsstellung nach Absatz 1 angestellter Pfarrer im Angestelltenverhältnis werden durch die Abschnitte I bis II, IV bis V und VII bis VIII des Pfarrerdienstgesetzes und das Kirchengesetz über die Rechtsverhältnisse der Beamten und Angestellten (GVBl. Bd. 14 Seite 203 f.) in ihrer jeweils geltenden Fassung einschließlich dazu ergangenen Aus- und Durchführungsbestimmungen bestimmt. Im Falle unterschiedlicher Regelung gehen die Bestimmungen des Pfarrerdienstgesetzes denen des Kirchengesetzes über die Rechtsverhältnisse der Beamten und Angestellten vor.
- (3) Der Dienstvertrag für Pfarrer im Angestelltenverhältnis wird vom Vertretungsorgan des kirchlichen Arbeitgebers mit dem Bewerber nach einem verbindlichen Muster geschlossen. Das verbindliche Muster wird vom Landeskirchenvorstand im Wege der Rechtsverordnung erlassen. Der Dienstvertrag bedarf zu seiner Rechtswirksamkeit der Genehmigung des Landeskirchenrates, wenn er vom Vertretungsorgan eines anderen kirchlichen Arbeitgebers geschlossen wird. Dem Dienstvertrag wird eine Dienstanweisung beigelegt, die Bestandteil des Dienstvertrages ist und insbesondere den Tätigkeitsbereich und die Pflichten und Rechte des Pfarrers im einzelnen regelt.
- (4) Mit dem Abschluß eines Dienstvertrages nach Absatz 3 unterstellt sich der Pfarrer im Angestelltenverhältnis der kirchlichen Verwaltungsgerichtsbarkeit (§ 106 der Kirchenverfassung), dem kirchlichen Disziplinarrecht (§ 104 der Kirchenverfassung) und dem kirchlichen Lehrverfahren (§ 105 der Kirchenverfassung) und unterwirft sich rechtskräftigen Entscheidungen in diesen Verfahren.

Mit kirchlichen Rechtsmitteln nicht mehr anfechtbare kirchliche Verwaltungs- oder Gerichtsentscheidungen sind für ihn verbindlich.

*Frage ob
so rechtlich
zulässig*

§ 2 Vergütung

(1) An die Stelle der für Pfarrer im öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis geltenden Bestimmungen über Besoldung, Versorgung, Fürsorge und Sonderleistungen treten die für Angestellte geltenden Bestimmungen über Vergütung, Sozialversicherung, zusätzliche Altersversorgung und tarifliche Sonderleistungen. Die Eingruppierung in den Vergütungs-Gruppenplan zum Bundesangestelltentarif Fassung Länder (BAT) erfolgt nach denselben Maßstäben, die für den betreffenden Pfarrer in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis bei einer Einstufung in den Besoldungs-Gruppenplan zur Kirchlichen Besoldungsordnung (KBO) anzulegen gewesen wären; hierbei tritt an die Stelle der Besoldungsgruppe A 12 KBO die Vergütungsgruppe III BAT, an die Stelle der Besoldungsgruppe A 13 KBO die Vergütungsgruppe II b BAT und an die Stelle der Besoldungsgruppe A 14 KBO die Vergütungsgruppe I b BAT.

*Maßstäbe
oder
Bezugsgröße*

(2) Zeit und Umfang der Tätigkeiten im einzelnen richten sich nach den dienstlichen Erfordernissen und nicht nach tariflichen oder vereinbarten Arbeitszeiten; Feiertagszuschläge oder Mehrarbeitszeiten (Überstunden) können deshalb weder entstehen noch vergütet werden.

(3) Dienstzeiten während eines Dienstvertrages nach § 57 Pfarrerdienstgesetz sind wie Dienstzeiten in einem öffentlich-rechtlichen Pfarrerdienstverhältnis auf Lebenszeit anzurechnen.

§ 3 Residenzpflicht, Dienstwohnung

Der Pfarrer im Angestelltenverhältnis ist verpflichtet, seinen Wohnsitz in dem Bereich zu nehmen, auf den sich der Dienstvertrag bezieht. Der Landeskirchenvorstand kann im Sinne des § 11 Absatz 1, Pfarrerdienstgesetz Ausnahmen zulassen. Ein Anspruch auf Gewährung einer Dienstwohnung besteht nicht. Die Einzelheiten werden in der Dienstanweisung gemäß § 1 Absatz 1 Satz 3 geregelt.

Beendigung des Dienstvertrages

(1) Ein befristeter Dienstvertrag für einen Pfarrer im Angestelltenverhältnis endet mit Ablauf der Frist, für die er abgeschlossen worden ist.

(2) Ein Pfarrer im Angestelltenverhältnis hat das Recht der Kündigung des Dienstvertrages nach Maßgabe der Bestimmungen des BAT. Im Falle der Berufung in ein Pfarrerdienstverhältnis auf Lebenszeit kann er den Dienstvertrag zum Ablauf des Monats kündigen, in dem er die Wahl angenommen hat.

(3) Die Arbeitgeberin kann mit der im BAT vorgesehenen Kündigungsfrist den Dienstvertrag wegen Dienstunfähigkeit kündigen, wenn der Pfarrer im Angestelltenverhältnis innerhalb von sechs Monaten mehr als insgesamt 90 Tage keinen Dienst getan hat und nicht gesichert erscheint, daß er innerhalb weiterer sechs Monate wieder voll dienstfähig wird.

(4) Im übrigen ist eine ordentliche Kündigung durch die Arbeitgeberin ausgeschlossen. Die Arbeitgeberin hat einen Pfarrer im Angestelltenverhältnis aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu entlassen, wenn

1. ein Tatbestand erfüllt wird, der bei einem Pfarrer im öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis zum Ausscheiden aus dem Dienst gemäß § 46 Pfarrerdienstgesetz führen würde,
2. der Pfarrer im Angestelltenverhältnis in einem förmlichen Disziplinarverfahren rechtskräftig zur Amtsenthebung oder zur Entfernung aus dem Dienst verurteilt worden ist.

(5) § 49 Pfarrerdienstgesetz gilt auch bei Beendigung eines Dienstvertrages für einen Pfarrer im Angestelltenverhältnis.

Abschnitt II
Beschäftigung zweier Theologen in einer Pfarrstelle

§ 5
Voraussetzungen

(1) Bei der Bildung eines Wahlaufsatzes kann der Kirchenrat mit der Mehrheit seiner Mitglieder beschließen, in einen Wahlvorschlag zwei zur Anstellung befähigte Bewerber gemeinsam aufzunehmen. Bei der gemeinsamen Beratung und Beschlußfassung der Kirchenräte von Kirchengemeinden, die unter Beibehaltung ihrer sonstigen Selbständigkeit unter einem Pfarramt vereinigt sind, muß die nach Satz 1 erforderliche Mehrheit in jedem der beteiligten Kirchenräte erreicht sein. Die gemeinsame Aufnahme zweier Bewerber in einem Wahlvorschlag schließt eine Zweizahl oder Dreizahl im Wahlaufsatz nicht aus.

(2) Wenn ein Wahlaufsatz einen Wahlvorschlag mit zwei gemeinsamen Bewerbern enthält, ist der Stimmzettel so zu gestalten, daß über beide Bewerber nur einheitlich abgestimmt werden kann. Jeglicher Zusatz macht eine Stimmabgabe ungültig.

(3) Werden zwei zur Anstellung befähigte Bewerber gemeinsam in eine Pfarrstelle gewählt, sind sie durch Dienstvertrag als Pfarrer im Angestelltenverhältnis je für eine halbe Pfarrstelle einzustellen.

2
(4) In keiner Gemeinde darf gleichzeitig mehr als eine Pfarrstelle mit zwei Bewerbern besetzt werden.

§ 6
Dienstrechtliche Stellung

(1) Die Einzelheiten des Dienstes und der Rechtsstellung nach § 5 eingestellter Pfarrer im Angestelltenverhältnis werden, sofern nachstehend nichts anderes bestimmt wird, durch §§ 1 bis 4 geregelt.

(2) Vor einer Pfarrwahl beschließt der Kirchenrat Dienstanweisungen für die gemeinsamen Bewerber, in denen die von einem Pfarrstelleninhaber zu leistenden Dienste nach örtlichen Bereichen und nach Aufgaben im einzelnen auf

die beiden Inhaber derselben Pfarrstelle aufgeteilt werden. Die Dienstweisungen sind verbindliche Bestandteile der Dienstverträge und dem Bezirkskirchenrat und dem Landeskirchenrat vorzulegen. Die Dienstweisungen werden jeweils nach Ablauf eines Kalenderjahres vom Kirchenrat anhand der gemachten Erfahrungen auf ihre Zweckmäßigkeit überprüft und gegebenenfalls im Einvernehmen mit den beiden Pfarrstelleninhabern entsprechend abgeändert. Kommt eine Einigung zwischen Kirchenrat und Pfarrstelleninhabern nicht zustande, entscheidet nach Anhörung der Beteiligten der Bezirkskirchenrat, gegen dessen Entscheidung den Beteiligten die üblichen Rechtsmittel zustehen.

| (3) Die beiden Inhaber einer Pfarrstelle vertreten sich unentgeltlich gegenseitig; nachgewiesene Sachausgaben werden nach den jeweils geltenden gesetzlichen Vorschriften erstattet. Hinsichtlich der Vertretung anderer Pfarrer gilt § 23 Absatz 2 Pfarrerdienstgesetz. Beide sind zur Teilnahme an den Pfarrkonferenzen (§ 24 Pfarrerdienstgesetz) verpflichtet.

§ 7

Verfassungsrechtliche Stellung

(1) Die beiden Inhaber einer Pfarrstelle gehören dem Kirchenrat der Gemeinde an, deren Pfarrstelle sie gemeinsam innehaben, und zwar einer mit und einer ohne Stimmrecht. Bei Abwesenheit des Stimmberechtigten steht das Stimmrecht dem anderen Pfarrer zu. Das Stimmrecht wechselt zu Beginn jeder ersten Sitzung des Kirchenrates nach einer Neuwahl (§ 13 der Kirchenverfassung). Zum ersten Mal steht das Stimmrecht dem der beiden Pfarrer zu, der dem Kirchenrat länger angehört, bei gleichzeitigem Beginn dem an Lebensalter Älteren.

(2) Wenn eine Pfarrstelle, unter der mehrere Gemeinden vereinigt sind, von zwei Pfarrern gemeinsam wahrgenommen wird, gehören beide Pfarrer mit oder ohne Stimmrecht allen beteiligten Kirchenräten an. Jeder Pfarrer hat mindestens in einem Kirchenrat unbefristet Stimmrecht. In den Dienstweisungen (§ 6 Absatz 3) wird für jeden Pfarrer festgelegt, welchem Kirchenrat er mit Stimmrecht und welchem Kirchenrat er ohne Stimmrecht angehört.

(3) Die beiden Inhaber einer Pfarrstelle gehören dem Bezirkskirchentag an, zu dem die Gemeinde gehört, deren Pfarrstelle sie gemeinsam innehaben, und zwar einer mit und einer ohne Stimmrecht. Das Stimmrecht steht jeweils dem zu, dem es auch im Kirchenrat zusteht, im Falle des Absatzes 2 wechselt das Stimmrecht spätestens nach sechs Jahren zu Beginn jeder ersten Tagung eines Bezirkskirchentages, wobei Absatz 1 Satz 4 entsprechend gilt. Bei Abwesenheit des Stimmberechtigten steht das Stimmrecht dem anderen Pfarrer zu.

§ 8

Vergütung

Die Vergütung richtet sich nach § 2. Die Grundvergütung und sämtliche tariflichen und außertariflichen Neben- und Sonderleistungen stehen dem Pfarrer im Angestelltenverhältnis je zur Hälfte zu.

§ 9

Nebenbeschäftigungen

Nach Abschluß eines Dienstvertrages gemäß § 5 Absatz 3 darf der Pfarrer im Angestelltenverhältnis eine andere hauptberufliche Tätigkeit weder aufnehmen noch fortführen. Für etwaige Nebenbeschäftigungen gilt § 26 Pfarrerdienstgesetz.

§ 10

Dienstwohnung, Residenzpflicht

(1) Die beiden Inhaber einer Pfarrstelle sind verpflichtet, eine für die Pfarrstelle bereitgestellte Pfarrdienstwohnung je zur Hälfte zu nutzen. Die Dienstwohnungsvergütung ist von ihnen je zur Hälfte zu tragen und wird berechnet, als bewohnte ein einziger Stelleninhaber mit voller Vergütung die Pfarrdienstwohnung. Ist eine Pfarrdienstwohnung nicht vorhanden oder reicht sie wegen der Anzahl der unterhaltsberechtigten Angehörigen ohne eigenen Haushalt nicht für beide Inhaber der Pfarrstelle aus, bestimmen sich die gegenseitigen Rechte und Pflichten nach Absatz 2.

(2) Die beiden Inhaber der Pfarrstelle sind verpflichtet, ihren Wohnsitz innerhalb der Kirchengemeinde zu nehmen. Die Kirchengemeinde ist nicht verpflichtet, für einen der beiden Inhaber der Pfarrstelle mehr als die Hälfte einer Dienstwohnung gemäß § 11 Absatz 3 Pfarrerdienstgesetz zur Verfügung zu stellen; nimmt einer der beiden Pfarrstelleninhaber eine größere Dienstwohnung in Anspruch, wird die höchste anrechenbare Dienstwohnungsvergütung nicht nach der halbierten Vergütung, sondern so berechnet, als erhielte der Pfarrer eine ungekürzte Vergütung nach seiner Vergütungsgruppe.

§ 11

Beendigung der Dienstverträge

(1) Für die Beendigung des Dienstvertrages eines Pfarrers im Angestelltenverhältnis gilt § 4 entsprechend.

(2) Die Arbeitgeberin hat den Dienstvertrag eines Pfarrers im Angestelltenverhältnis, der gemeinsam mit einem anderen Pfarrer eine Pfarrstelle innehat, zu kündigen, wenn der Dienstvertrag dieses anderen Pfarrers beendet wird. Die Kündigung ist für das Ende des Vierteljahres auszusprechen, das auf das Vierteljahr folgt, in dem der andere Dienstvertrag endet. In der Zeit vom Ausscheiden des anderen Pfarrers bis zum Ende des eigenen Dienstvertrages hat der Pfarrer die gesamte Pfarrstelle zu verwalten; ihm steht während dieser Zeit die volle Vergütung zu.

(3) Bei Beendigung eines Dienstvertrages nach § 5 Absatz 3 gilt hinsichtlich der in der Ordination erworbenen Pflichten und Rechte § 49 Pfarrerdienstgesetz.

§ 12

Pfarrerehepaare

(1) Die Bestimmungen dieses Erprobungsgesetzes gelten für Pfarrer, die miteinander verheiratet sind, nach Maßgabe der folgenden Vorschriften.

(2) Auf übereinstimmenden Antrag beider Ehepartner kann der Landeskirchenrat mit Zustimmung des Kirchenrates und nach Anhörung des Bezirkskirchenrates anordnen, daß einer der Ehepartner für 12 bis 36 Monate ohne Bezüge beurlaubt

wird und während dieser Zeit der andere Ehepartner mit voller Vergütung die gesamte Pfarrstelle innehat. Die Regelung kann im Einvernehmen mit allen Beteiligten, auch mehrfach, um je 12 bis 36 Monate verlängert werden.

47 (3) Eine Kündigung gemäß § 11 Absatz 2 ist auch auszusprechen, wenn, gleichgültig aus welchen Gründen, die zwischen den Pfarrern bestehende Ehe oder die häusliche Lebensgemeinschaft beendet wird.

Abschnitt III Theologische Mitarbeiter

§ 13 Voraussetzungen

(1) Der Landeskirchenvorstand kann Planstellen mit einem bestimmten Dienstauftrag für theologische Mitarbeiter errichten. Die Stellen sind ehemaligen Kandidatinnen und Kandidaten des Pfarramtes vorbehalten, die nach § 11 Absatz 2 des Kirchengesetzes über die Vorbildung und Anstellungsfähigkeit der Theologen (GVBl. Bd. 15 S. 49) aus dem pfarramtlichen Hilfsdienst der Evangelisch-reformierten Kirche in Nordwestdeutschland ausgeschieden sind. In besonderen, dienstlich begründeten, Ausnahmefällen kann der Landeskirchenvorstand Theologinnen und Theologen, die für ein Pfarramt in der Evangelisch-reformierten Kirche in Nordwestdeutschland anstellungsfähig sind, Bewerbern nach Satz 2 gleichstellen. Auf eine nach Satz 1 errichtete Planstelle kann ein Bewerber in einem befristeten Dienstvertrag eingestellt werden.

(2) Kirchengemeinden und Bezirkskirchenverbände können mit Genehmigung des Landeskirchenrates für ihren Bereich Planstellen gemäß Absatz 1 errichten. Die Genehmigung darf nur verweigert werden, wenn

1. ein der Ausbildung des theologischen Mitarbeiters und den Zielen dieses Erprobungsgesetzes entsprechender Dienst oder
2. die haushaltsmäßige Deckung für die Gesamtdauer der Dienstzeit nicht gewährleistet sind.

(3) Die Rechtswirksamkeit der Errichtung einer Planstelle nach den Absätzen 1 und 2 hängt vom gleichzeitigen Erlaß einer Dienstanweisung ab. Die Dienstanweisung kann während der Dienstzeit nach Anhörung des theologischen Mitarbeiters geändert werden.

(4) Eine nach den Absätzen 1 und 2 errichtete Planstelle fällt mit dem Ausscheiden ihres Inhabers weg; nach Maßgabe dieses Kirchengesetzes ist eine unmittelbar anschließende Neuerrichtung zulässig.

§ 14

Dienstvertrag

(1) Der Vertrag eines theologischen Mitarbeiters gemäß § 13 wird auf drei Jahre befristet. Bei Ablauf kann dieser Vertrag um bis zu zwei Jahre verlängert werden. Eine Vertragsdauer über insgesamt fünf Jahre hinaus ist unzulässig.

(2) Nach Ablauf eines fünfjährigen Vertrages gemäß § 13 darf eine erneute Beschäftigung gemäß § 13 frühestens nach einer Wartezeit von 12 Monaten erfolgen.

(3) Der theologische Mitarbeiter ist auf seinen Antrag zu entlassen, sobald er die Berufung in ein Pfarrerdienstverhältnis auf Lebenszeit angenommen hat. Im übrigen regelt sich eine vorzeitige Beendigung seines Dienstvertrages nach § 4.

§ 15

Dienstrechtliche Stellung

(1) Der theologische Mitarbeiter ist Geistlicher im Sinne der Gesetze. Er wird für seinen Dienst nicht ordiniert, ist jedoch im Rahmen seines Dienstauftrages zur öffentlichen Wortverkündigung, Lehre, Seelsorge, Vollzug der Taufe, Leitung der Abendmahlsfeier und Vornahme aller kirchlichen Amtshandlungen verpflichtet und berechtigt.

(2) Die Einzelheiten des Dienstes und der Rechtsstellung des theologischen Mitarbeiters werden durch dieses Erprobungsgesetz, die Abschnitte I, III bis V

und § 47 des Pfarrerdienstgesetzes und das Kirchengesetz über die Rechtsverhältnisse der Beamten und Angestellten in ihrer jeweils geltenden Fassung einschließlich der dazu ergangenen Aus- und Durchführungsbestimmungen bestimmt. Im Falle unterschiedlicher Regelung gehen die Bestimmungen dieses Erprobungsgesetzes denen des Pfarrerdienstgesetzes und die Bestimmungen des Pfarrerdienstgesetzes denen des Kirchengesetzes über die Rechtsverhältnisse der Beamten und Angestellten vor.

(3) Der Landeskirchenrat, im Falle des § 24 Absatz 2 das Vertretungsorgan des Dienstherrn, kann den theologischen Mitarbeiter während seiner Dienstzeit versetzen oder für den Rest seiner Dienstzeit in eine andere Planstelle einweisen.

(4) Der theologische Mitarbeiter gehört dem Kirchenrat der Kirchengemeinde, in der er seinen Dienstauftrag erfüllt, nicht an. Der Kirchenrat kann bestimmen, daß und in welchem Umfang der theologische Mitarbeiter ohne Stimmrecht an den Sitzungen teilnimmt. Dasselbe gilt für die Zugehörigkeit zum Bezirkskirchentag und für Entscheidungen des Bezirkskirchentages über eine Teilnahme des theologischen Mitarbeiters.

§ 16

Vergütung

(1) Der theologische Mitarbeiter erhält Vergütung nach der Vergütungsgruppe III BAT. Bei der Bemessung der Grundvergütung wird die Anfangsgrundvergütung ohne Lebensalterszulagen zugrunde gelegt.

(2) Im Falle einer späteren Anstellung oder Beschäftigung im kirchlichen Dienst sind Vordienstzeiten als theologischer Mitarbeiter gemäß § 13 wie Vordienstzeiten in einem Pfarrerdienstverhältnis auf Lebenszeit anzurechnen.

§ 17

Residenzpflicht, Dienstwohnung

Der theologische Mitarbeiter ist verpflichtet, seinen Wohnsitz in dem Bereich zu nehmen, auf den sich der Dienstauftrag bezieht. Einzelheiten können in der Dienstanweisung festgelegt werden. Ein Anspruch auf Gewährung einer Dienstwohnung entsteht hierdurch nicht.

§ 18

Stiftungsplanstellen

(1) Der Landeskirchenvorstand kann im Einzelfall den Landeskirchenrat ermächtigen, mit Personen oder Personenmehrheiten (Stiftern), die keine kirchliche Dienstherrnfähigkeit haben, Verträge über die Errichtung von Planstellen gemäß § 13 zu schließen. Die Dienstanweisung gemäß § 13 Absatz 3 ist Bestandteil des Vertrages. In dem Vertrag kann vereinbart werden, daß der Landeskirchenrat vor der Besetzung der Planstelle das Einvernehmen mit dem Stifter oder einer Mehrheit der Stifter herzustellen hat.

(2) In einem Vertrag gemäß Absatz 1 muß gewährleistet sein, daß

1. der Dienst des theologischen Mitarbeiters seiner Ausbildung und den Zielen dieses Erprobungsgesetzes entspricht,
2. eine finanzielle Deckung für die Gesamtdauer der Dienstzeit gegeben ist,
3. die Freiheit und Bindung des geistlichen Dienstes und die sich aus dem kirchlichen Recht für Pfarrer und Kirchenbeamte ergebenden Pflichten, Rechte und Zuständigkeiten nicht berührt werden können.

(3) Zur Aufbringung der Kosten für eine Planstelle gemäß Absatz 1 können Pfarrer und Kirchenbeamte durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Landeskirchenrat im vorhinein für einen bestimmten Zeitraum unwiderruflich auf einen Teil ihrer Dienstbezüge verzichten.

Abschnitt IV
Teilbeschäftigung

§ 19

(1) Der Landeskirchentag kann einem Pfarrer auf seinen Antrag für die Dauer von drei Jahren Teilbeschäftigung gewähren, wenn der Kirchenrat vorher durch Beschluß zugestimmt hat und der Bezirkskirchenrat angehört worden ist. Durch die Gewährung der Teilbeschäftigung soll der Umfang der dienstlichen Pflichten des Pfarrers in seiner Pfarrstelle um etwa die Hälfte vermindert werden. Die Gewährung der Teilbeschäftigung setzt voraus, daß die Vertretung

des Pfarrers hinsichtlich der von ihm vorübergehend nicht zu leistenden Dienste gewährleistet ist. Die Gewährung der Teilbeschäftigung erlischt, sobald die Vertretung des teilbeschäftigten Pfarrers nicht mehr gewährleistet ist.

(2) Eine nach Absatz 1 gewährte Teilbeschäftigung kann vor ihrem Ablauf auf Antrag des teilbeschäftigten Pfarrers um mindestens zwölf Monate verlängert werden, wenn der Kirchenrat vorher durch Beschluß zugestimmt hat und der Bezirkskirchenrat angehört worden ist. Verlängerungen nach Satz 1 können wiederholt werden, jedoch darf die Gesamtzeit der Freistellung aus familiären Gründen (§ 34 Absatz 2 Pfarrerdienstgesetz), eines Wartestandes aus familiären Gründen (§ 40 Pfarrerdienstgesetz) und einer Teilbeschäftigung nach Absatz 1 achtzehn Jahre nicht übersteigen.

§ 20

Rechtsfolgen der Teilbeschäftigung

(1) Der teilbeschäftigte Pfarrer bleibt mit allen Rechten Inhaber seiner Pfarrstelle und Mitglied des Kirchenrates und Bezirkskirchenrates. Er hat die sich aus der Kirchenverfassung, dem Pfarrergesetz und den übrigen kirchlichen Gesetzen ergebenden Pflichten in gleicher Weise zu erfüllen wie vor der Teilbeschäftigung.

(2) Die Dienstbezüge vermindern sich während der Dauer der Teilbeschäftigung um die Hälfte. Beihilfen in Geburts-, Krankheits- und Todesfällen werden wie bei Vollbeschäftigten gewährt.

(3) Der teilbeschäftigte Pfarrer bleibt verpflichtet, seinen Wohnsitz an seinem Dienstsitz zu nehmen und behält den Anspruch auf seine Dienstwohnung. Bei der Feststellung der höchsten anrechenbaren Dienstwohnungsvergütung sind die unverminderten Dienstbezüge zugrunde zu legen.

(4) Der teilbeschäftigte Pfarrer darf keine andere hauptberufliche Tätigkeit aufnehmen. Die Erlaubnis von Nebenbeschäftigungen richtet sich nach § 26 Pfarrerdienstgesetz.

§ 21

Vertretung teilbeschäftigter Pfarrer

(1) Zur Vertretung eines gemäß § 19 teilbeschäftigten Pfarrers wird für die Dauer dieser Teilbeschäftigung als Aushilfskraft durch Dienstvertrag ein theologischer Mitarbeiter eingestellt. Es kann nur eingestellt werden, wer eine Urkunde über die Anstellungsfähigkeit in einem Pfarramt der Evangelisch-reformierten Kirche in Nordwestdeutschland gemäß § 3 Pfarrerdienstgesetz besitzt. Der Dienstvertrag wird bis zu dem Zeitpunkt befristet, bis zu dem Teilbeschäftigung gewährt ist. Eine Vertragsdauer über insgesamt fünf Jahre hinaus ist unzulässig.

(2) Der theologische Mitarbeiter wird für seinen Dienst nicht ordiniert, ist jedoch im Rahmen seines Dienstauftrages zur öffentlichen Wortverkündigung, Lehre, Seelsorge, Vollzug der Taufe, Leitung der Abendmahlsfeier und Vornahme aller kirchlichen Amtshandlungen verpflichtet und berechtigt.

(3) Die Einzelheiten des Dienstes und der Rechtsstellung nach Absatz 1 eingestellter theologischer Mitarbeiter werden in entsprechender Anwendung des § 1 Absätze 1 bis 3 und § 8 dieses Erprobungsgesetzes geregelt.

(4) Nach Abschluß eines Dienstvertrages gemäß Absatz 1 darf der theologische Mitarbeiter eine andere hauptberufliche Tätigkeit weder aufnehmen noch fortführen, sofern es sich nicht um die Wahrnehmung einer weiteren halben Pfarrstelle handelt. Für etwaige Nebenbeschäftigungen gilt § 26 Pfarrerdienstgesetz.

(5) Der theologische Mitarbeiter gehört dem Kirchenrat der Kirchengemeinde, in der er einen Teil einer Pfarrstelle verwaltet, nicht an. Der Kirchenrat kann bestimmen, daß und in welchem Umfang der theologische Mitarbeiter ohne Stimmrecht an den Sitzungen teilnimmt. Dasselbe gilt für die Zugehörigkeit zum Bezirkskirchentag und für Entscheidungen des Bezirkskirchentages über die Teilnahme des theologischen Mitarbeiters.

Abschnitt V

Pfarrer im Ehrenamt

§ 22

Voraussetzungen

(1) Geeignete Bewerberinnen oder Bewerber können in einen Pfarrdienst im

Ehrenamt berufen werden. Über die Berufung entscheidet der Landeskirchen-
vorstand auf Vorschlag eines Kirchenrates oder eines Bezirkskirchentages.

(2) Ein Bedürfnis für eine Berufung nach Absatz 1 liegt vor, wenn ein Kir-
chenrat mit verdeckten Stimmzetteln und einer Mehrheit seiner Mitglieder fest-
stellt, daß in der Kirchengemeinde auf nicht absehbare Zeit ein zusätzlicher,
bestimmt umschriebener, pfarramtlicher Dienst zur Erfüllung des kirchlichen
Auftrages erforderlich ist und Bezirkskirchenrat und Landeskirchenvorstand
dieser Feststellung zustimmen. Für Gemeinden, die mit anderen Gemeinden
unter einem Pfarramt verbunden sind, kann die Feststellung nach Satz 1 nur
von sämtlichen Kirchenräten übereinstimmend im Verfahren nach Satz 1 getrof-
fen werden. Für den Bereich eines Bezirkskirchenverbandes kann die Feststel-
lung nach Satz 1 durch einen Beschluß des Bezirkskirchentages im Verfahren
nach Satz 1 getroffen werden.

(3) Durch die Zustimmung zu einer Feststellung nach Absatz 2 darf nicht
die Errichtung oder Freigabe einer sonst besetzbaren Pfarrstelle ersetzt
oder ein Arbeitsplatz oder Teilarbeitsplatz für einen anderen kirchlichen
Mitarbeiter überflüssig gemacht werden. Gleichzeitig mit der Zustimmung
zu einer Feststellung nach Absatz 2 erläßt der Landeskirchenvorstand auf
mit dem Bewerber vereinbarten Vorschlag des Organs, das die Feststellung
nach Absatz 2 getroffen hat, eine Dienstanweisung für den Pfarrdienst im
Ehrenamt.

(4) Ein Bewerber ist für die Berufung in einen Pfarrdienst im Eh-
renamt geeignet, wenn er

1. im Besitz einer Urkunde über die Anstellungsfähigkeit
in einem Pfarramt der Evangelisch-reformierten Kirche
in Nordwestdeutschland gemäß § 3 des Pfarrerdienstge-
setzes ist,

47
0
2. schriftlich erklärt, daß er bei unveränderten äußeren
Umständen nicht beabsichtige, sich um die Berufung in
ein hauptamtliches Pfarrerdienstverhältnis zu bewerben,
und wenn dargetan ist, daß ein für einen ehrenamtlichen
Pfarrer angemessener Lebensunterhalt für ihn und seine
unterhaltsberechtigten Angehörigen gewährleistet ist.

§ 23

Berufung

(1) Über die Berufung zum Pfarrer im Ehrenamt ist vom Landeskirchenrat eine Urkunde auszufertigen, die außer dem Namen, Geburtstag und Geburtsort des Berufenen mindestens folgende Angaben enthalten muß:

1. die Bestätigung, daß der Berufene unter Berufung in ein Ehrenamt auf Lebenszeit in der Evangelisch-reformierten Kirche in Nordwestdeutschland zum Pfarrer berufen worden ist,
2. die Bezugnahme auf die Dienstanweisung gemäß § 1 Absatz 3 Satz 2 und die Angabe der Kirchengemeinde oder des Bezirkskirchenverbandes, in denen das Ehrenamt nach der Dienstanweisung auszuüben ist.

(2) Das Ehrenamt wird dadurch begründet, daß dem Berufenen die Berufungsurkunde ausgehändigt wird. Die Aushändigung erfolgt im Gottesdienst zur Einführung des Berufenen, bei dem der Berufene zur gewissenhaften Erfüllung seiner Obliegenheiten und zur Einhaltung der kirchlichen Ordnungen verpflichtet wird.

(3) Ist der zum Pfarrdienst im Ehrenamt Berufene noch nicht ordiniert, wird er gemäß § 4 Pfarrerdienstgesetz im Einführungsgottesdienst ordiniert.

§ 24

Dienstrechtliche Stellung

(1) Die Einzelheiten des Dienstes und der Rechtsstellung des Pfarrers im Ehrenamt werden durch dieses Erprobungsgesetz und die §§ 2 bis 4, 7 bis 8, 14 bis 19, 23 bis 25, 27 bis 29, 31 bis 32 und 47 bis 53 des Pfarrerdienstgesetzes bestimmt. Bei der Übertragung von Vertretungsdiensten (§ 23 Pfarrerdienstgesetz), der Heranziehung zu Pfarrkonferenzen und Fortbildungsveranstaltungen (§ 24 Pfarrerdienstgesetz) und der Übertragung übergemeindlicher Aufgaben (§ 25 Pfarrerdienstgesetz) ist die Ehrenamtlichkeit des Dienstes zu berücksichtigen.

(2) Der Pfarrer im Ehrenamt hat das Recht, in acht Wochen des Kalenderjahres in seinem Ehrenamt nicht in Anspruch genommen zu werden (Urlaub). Er zeigt die Zeit seines Urlaubs vorher schriftlich dem Vorsitzenden des Kirchenrates und dem Vorsitzenden des Bezirkskirchenrates an.

(3) Der Pfarrer im Ehrenamt darf in unmittelbarem oder mittelbarem Zusammenhang mit seiner pfarramtlichen Tätigkeit Entgelte, Vergütungen oder Geschenke weder fordern noch erbitten oder annehmen. Die Erstattung nachgewiesener Sachauslagen richtet sich nach den für Pfarrer geltenden Bestimmungen.

(4) Bei einer späteren Anstellung in einem hauptberuflichen Pfarrerdienstverhältnis dürfen Dienstzeiten als Pfarrer im Ehrenamt nicht als Vordienstzeiten berücksichtigt werden.

(5) Der Pfarrer im Ehrenamt führt die Amtsbezeichnung, die ihm in der Berufungsurkunde beigelegt worden ist, mit dem Zusatz "im Ehrenamt" (i.E.). Nach der Entpflichtung führt der frühere Pfarrer im Ehrenamt seine letzte Amtsbezeichnung mit dem Zusatz "im Ruhestand" (i.R.) - "emeritus" (em.). Im übrigen gilt § 13 Pfarrerdienstgesetz entsprechend.

§ 25

Verfassungsrechtliche Stellung

(1) Der Pfarrer im Ehrenamt gehört mit beratender Stimme dem Kirchenrat der Gemeinde an, in welcher er seinen Dienst tut.

(2) Der Pfarrer im Ehrenamt gehört dem Bezirkskirchentag wie ein Pfarrer an, der ein Pfarramt verwaltet.

§ 26

Veränderungen des Ehrenamtes

(1) Der Pfarrer im Ehrenamt kann im Verfahren der §§ 22, 23 in einen anderen pfarramtlichen Dienst im Ehrenamt berufen werden. Mit der Einführung in das neue Ehrenamt endet das frühere Ehrenamt.

(2) Dem Pfarrer im Ehrenamt kann auf seinen Antrag über § 24 Absatz 3 hinaus aus zwingendem Grund durch den Landeskirchenrat Urlaub bis zu einem Jahr bewilligt werden. Während eines Urlaubs gemäß Satz 1 ruht die Mitgliedschaft im Kirchenrat und im Bezirkskirchentag. Nimmt der Pfarrer im Ehrenamt nach einjährigem Urlaub den Dienst im Ehrenamt nicht wieder auf, ist er vom Landeskirchenvorstand in den Wartestand zu versetzen.

(3) Der Pfarrer im Ehrenamt ist auf seinen Antrag vom Landeskirchenrat in den Wartestand zu versetzen. Das Pfarrerdienstverhältnis im Ehrenamt wird durch den Wartestand nicht beendet, der Pfarrer braucht jedoch die mit der Berufung in das Ehrenamt verbundenen Pflichten nicht zu erfüllen. Die Beauftragung und die Mitgliedschaft im Kirchenrat und im Bezirkskirchentag enden; im übrigen bleiben die durch die Ordination begründeten Pflichten und Rechte unberührt. Der Pfarrer untersteht weiterhin der Dienstaufsicht nach § 2 Absatz 2 Pfarrerdienstgesetz und dem Disziplinarrecht nach § 47 Pfarrerdienstgesetz.

(4) Ist ein Pfarrer im Ehrenamt drei Jahre im Wartestand, ohne auf seinen Antrag erneut in seinen früheren oder einen anderen ehrenamtlichen Pfarrerdienst berufen worden zu sein, hat der Landeskirchenvorstand das Pfarrerdienstverhältnis im Ehrenamt durch Beschluß zu beenden. Der Landeskirchenvorstand kann die Beendigung schon eher aussprechen, wenn es unmöglich erscheint, den Pfarrer in absehbarer Zeit wieder in einen ehrenamtlichen Pfarrdienst zu berufen.

§ 27

Entpflichtung

(1) Der Pfarrer im Ehrenamt wird auf seinen Antrag durch Beschluß des Landeskirchenrates entpflichtet, wenn er

1. das 60. Lebensjahr vollendet hat oder
2. glaubhaft macht, daß er infolge körperlicher Gebrechen oder wegen Schwäche seiner körperlichen, geistigen oder seelischen Kräfte das Ehrenamt auf nicht absehbare Zeit nicht mehr ordnungsgemäß verwalten kann.

(2) Der Pfarrer im Ehrenamt ist zum Ablauf des Monats, in dem er das 65. Lebensjahr vollendet hat, zu entpflichten.

(3) Das Pfarrerdienstverhältnis im Ehrenamt wird durch die Entpflichtung nicht beendet. Die Pflicht zur Dienstleistung und die Mitgliedschaft in Kirchenrat und Bezirkskirchentag enden. Im übrigen bleiben die durch die Ordination begründeten Pflichten und Rechte unberührt. Der Pfarrer untersteht weiterhin der Dienstaufsicht nach § 2 Absatz 2 Pfarrerdienstgesetz und dem Disziplinarrecht nach § 47 Pfarrerdienstgesetz. Er erhält eine Urkunde über die Entpflichtung.

§ 28

Beendigung

(1) Auf Antrag des Pfarrers im Ehrenamt hat der Landeskirchenrat das Ehrenamt durch Beschluß zu beenden. Der Antrag ist schriftlich beim Landeskirchenrat einzureichen und kann zurückgenommen werden, solange dem Pfarrer der Beschluß über die Beendigung nicht zugestellt worden ist.

(2) Mit der Beendigung des Ehrenamtes endet das Pfarrerdienstverhältnis; der Pfarrer verliert die in der Ordination begründeten Pflichten und Rechte.

(3) Der Landeskirchenvorstand hat ein Pfarrerdienstverhältnis im Ehrenamt durch Beschluß zu beenden, wenn

1. ein Fall des § 46 des Pfarrerdienstgesetzes vorliegt;
§ 46 Absatz 1 Nr. 4 Pfarrerdienstgesetz ist nicht anwendbar,
2. der Pfarrer durch rechtskräftiges Disziplinarurteil des Amtes enthoben oder aus dem Dienst entfernt wird,
3. ein Fall des § 26 Absatz 4 vorliegt,
4. der Pfarrer den in der Dienstanweisung beschriebenen Auftrag trotz Abmahnung nicht erfüllt hat.

(4) Der Landeskirchenvorstand beschließt nach Anhörung des Pfarrers über die Beendigung und erteilt dem Pfarrer hierüber einen mit schrift-

licher Begründung und Rechtsmittelbelehrung versehenen Bescheid. Gegen diesen Bescheid kann der Pfarrer das Kirchliche Verwaltungsgericht anrufen. Die Klageerhebung hat aufschiebende Wirkung. Von der Zustellung eines Beschlusses des Landeskirchenvorstandes nach Satz 1 bis zu dessen Aufhebung oder Unanfechtbarkeit ruhen der dem Pfarrer erteilte Auftrag und die in der Ordination begründeten Pflichten und Rechte.

(5) Bei Pfarrern, die vor Inkrafttreten dieses Erprobungsgesetzes für einen Pfarrdienst im Ehrenamt ordiniert worden sind, erlöschen die in der Ordination begründeten Pflichten und Rechte nach Ablauf eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Erprobungsgesetzes, soweit ihr Ehrenamt nicht bis dahin in ein Ehrenamt nach diesem Erprobungsgesetz übergeleitet worden ist.

Abschnitt VI

Übergangs- und Schlußbestimmungen

§ 29

Ausführungsbestimmungen

(1) Der Landeskirchenvorstand erläßt Ausführungsbestimmungen zu diesem Erprobungsgesetz im Wege der Rechtsverordnung.

(2) Der Landeskirchenrat kann Verwaltungsvorschriften zur Durchführung im Wege des § 101 Absatz 1 der Kirchenverfassung erlassen.

§ 30

Inkrafttreten

(1) Dieses Erprobungsgesetz tritt am 1. Mai 1986 in Kraft.

(2) Dieses Erprobungsgesetz tritt, ohne daß es einer Aufhebung bedarf, mit Ablauf von zwölf Monaten nach dem ersten Zusammentreten des XII. Landeskirchentages außer Kraft, wenn seine Geltungsdauer nicht durch Kirchengesetz verlängert wird.

(3) Im Falle des Außerkrafttretens dieses Erprobungsgesetzes gilt für die während seiner Geltungsdauer begründeten Rechtsverhältnisse:

1. Berufungen in einen Pfarrdienst im Ehrenamt bleiben unbefristet wirksam; die Regelung der Rechtsstellung und des Dienstes bestimmt sich weiter nach diesem Erprobungsgesetz,
2. die Genehmigungen für Teilbeschäftigung und befristete Dienstverträge dauern bis zum Ablauf der gewährten Frist weiter; sie können nicht verlängert werden,
3. unbefristet abgeschlossene Dienstverträge enden zwölf Monate nach Außerkrafttreten dieses Erprobungsgesetzes, sofern nicht anderes durch Kirchengesetz bestimmt wird.

4 !
4 !
Frage ob (3) rechtlich zulässig

Der Landeskirchenvorstand

Hans Martin Gutmann
Kornmarkt 6
34 Göttingen
0551/41232

Göttingen, 7.5.86

Lieber Hartmut!

Ich könnte mir für ein animierendes Schreiben für unsere Diskussionsveranstaltung folgenden Text vorstellen:

"Die sozioethische Verantwortung der Kirche - Anfragen an ihre Personalpolitik"

Die Personalpolitik der Kirchen soll in einer krisenhaften Situation neu überdacht werden - über diese Notwendigkeit sind sich alle einig, die damit befaßt sind: die Kirchenleitung, zu deren Aufgabenfeld eine verantwortliche Personalplanung gehört; diejenigen, die in der Kirche arbeiten und sich über die sinnvolle Gestaltung des eigenen Arbeitsfeldes ebenso Gedanken machen wie über die Tatsache, daß immer mehr gut ausgebildete Kollegen, "Schwestern" und "Brüder" in der Kirche kein Arbeitsfeld finden können. Und nicht zuletzt diejenigen, die noch mitten in einer theologischen Ausbildung stecken und sich vor verschlossenen Türen sehen. Daß ein Problem besteht, darüber ist Einigkeit herzustellen. Nur: wie es angemessen beschrieben werden kann und welche Lösungsmöglichkeiten bestehen, darüber muß gründlich nachgedacht und offen miteinander geredet werden.

Wir möchte Sie herzlich einladen, sich mit uns zusammen auf diesen Weg zu begeben und aus ihrer besonderen Verantwortung heraus eine Stellungnahme abzugeben.

Um eine solche Stellungnahme in einem Gesprächsfeld verorten zu können, sollen nun zwei Möglichkeiten der Problembeschreibung und der Problemlösung skizziert werden. Es handelt sich in beiden Fällen um sinnvoll möglich und auch tatsächlich gebrauchte Argumentationsmuster:

1) Trotz aller Anstrengung der Kirchen, in den nächsten Jahren noch möglichst viele Bewerber in den kirchlichen Dienst aufzunehmen, wird faktisch nur ein Teil der Betroffenen in den kirchlichen Dienst übernommen werden können. Dieser wird von der Mehrheit der Landeskirchen auf 40-50% der Bewerber geschätzt.

Die begrenzte Aufnahmekapazität zwingt dazu, unter den Bewerbern auszuwählen. Hier werden die Kriterien der Eignung, Qualifikation und der Leistungsfähigkeit ein stärkeres Gewicht bekommen als bisher. Dies wird Konsequenzen schon für die theologische Ausbildung haben: weder Theologie noch Pfarramt können als Schonraum verstanden werden. Es ist nicht verantwortbar, daß theologische Examina eine niedrigere Durchfallquote vorwiesen als andere akademische Fächer. Den Lernenden muß die Bedeutung des Leistungsaspekts stärker als bisher zu Bewußtsein gebracht werden, und es muß m.B. durch Testate und Zwischenprüfungen eine stärkere und realistischere Einschätzung des eigenen Leistungsvermögens ermöglicht werden.

Grundsätzlich kann sich die Kirche in der Situation eines Überangebots an Bewerbern nicht anders verhalten als andere Arbeitgeber auch: das Kriterium der persönlichen Eignung und beruflichen Befähigung entscheidet über die Aufnahme in den kirchlichen Dienst.

Dabei ist die Kirchenleitung durchaus offen für die Erprobung neuer Anstellungsformen (Teilzeitbeschäftigung, Stellenteilung). Allerdings dürfen die Probleme solcher Versuche nicht aus dem Blick geraten: neben Versicherungs- und arbeitsrechtlichen Fragen muß die Schwierigkeit gesehen werden, daß sich eine "negative Selektion" durchsetzen könnte: minder geeignete Bewerber könnten z.B. auf eine Teilzeitstelle drängen, während persönliche souveränere Bewerber(innen) sich die Ausfüllung einer ganzen Stelle eher zumuten.

Auch die Grenze zwischen Theologiestudium und zweiter, kirchlicher Ausbildungsphase muß deutlicher gesehen werden. Alle Bewerber(innen) ins Vikariat zu übernehmen, ist nicht nur wegen der Überlastung der Predigerseminare schwer möglich; es würden auch bei den Betroffenen vielfach unbegründete Hoffnungen geweckt. Vielmehr sollte aufgrund des ersten Exams und des persönlichen Eindrucks eine gezieltere Auswahl unter den Bewerbern vorgenommen werden, die etwa 20-25% über dem tatsächlichen Bedarf liegen könnte. Dies hat Vorteile für die anstellende Kirche ebenso wie für die Bewerber: es wäre eine flexible und bedarfsgerechte Steuerung des Angebotes möglich, und für die Betroffenen ergäbe sich ein höherer Grad an Klarheit und Beruhigung in Hinblick auf die persönliche Zukunft, wenn auch eine "Sekuritas" vermieden wird.

Insgesamt muß die Kirche die jetzige Situation auch als eine missionarische Chance verstehen

Das Potential an ausgebildeten, aber nicht in der Kirche angestellten Theolog(in)nen wird wachsen; damit es aber als "theologisches Ferment" in der Gesellschaft wirksam wird und nicht zu einem Kristallisationspunkt antikirchlichen Engagements, sind Möglichkeiten zu überlegen, wie diese Menschen in geeigneter Form an die Kirche gebunden werden können.

2) In einer zweiten möglichen Denkperspektive werden die Probleme ähnlich beschrieben, jedoch werden andere Entscheidungs- und Handlungsschwerpunkte gesetzt. Auch hier wird wahrgenommen, daß mehr Bewerber als Stellen für Berufsfelder in der Kirche zur Verfügung stehen; auch hier werden berufs- und versicherungsrechtliche Probleme nicht einfach übersehen, die einer Veränderung der Stellenbeschreibungen oder der Arbeitszeitstruktur in kirchlichen Berufen im Wege stehen.

Zugleich werden jedoch einige Überlegungen ins Spiel gebracht, die das kirchliche Handeln angesichts der Arbeitslosigkeit kirchlicher Mitarbeiter anders bestimmen wollen, als es im ersten Argumentationsmuster versucht wird:

- Die Kirche nimmt ihre sozialetische Verantwortung nicht ernst, wenn sie die Arbeitslosigkeit allein zum Problem der betroffenen Menschen macht und jede Veränderung von Arbeitsfeldern und Gehaltsstrukturen abwehrt. Die Kirche kann nicht glaubwürdig eine "Solidarität zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen" fordern (so der Titel der Arbeitslosigkeits Denkschrift 1982), wenn in den Bereichen eine solche Solidarität nicht spürbar ist, in denen die Kirche selbst Arbeitgeber ist.
- Das Problem läßt sich nicht so beschreiben, daß in den Gemeinden und kirchlichen Arbeitsfeldern die Arbeit ausgeht. Pastoren und kirchliche Mitarbeiter sind oft überlastet, Arbeitsbereiche liegen brach, weil keine Kraft da ist, sie auszufüllen. Es gibt nicht zu wenig Arbeit; es gibt zu wenig Stellen. Hier liegt ein weites Feld, in den Gemeinden und in den Kirchenvorständen in ein Gespräch einzusteigen: an welchen Stellen können wir uns eine Intensivierung von Bereits vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten vorstellen? Wo sind Notwendigkeiten, die bisher wegen Arbeitsüberlastung brachliegen (z.B.: Konfirmandenelternarbeit, Besuchsdienste).
- Die Kirche wird ihre sozialetische Verantwortung dadurch wahrnehmen, daß sie in der Erprobung von alternativen Anstellungsformen (wie z.B. Teilzeitarbeit, Stellenteilung) die Fehlentwicklungen in der Wirtschaft nicht wiederholt. Es geht nicht darum, "ungeschützte" Arbeitsverhältnisse einzurichten, in denen Menschen mit geringerer Bezahlung und mit minderen Rechten auf Dauer arbeiten und leben müssen - und "gesicherte" Stellen durch solche "ungesicherten" Arbeitsverhältnisse zu gefährden. Hier muß die kirchliche Öffentlichkeit vielmehr sensibilisiert werden, um auch außerhalb des kirchlichen Bereiches solche Fehlentwicklungen wahrzunehmen. ~~Somit~~ Es muß als Ziel darum gehen, Arbeit und Einkommen in der Kirche insgesamt so zu verteilen, daß die kirchliche Gemeinschaft nicht in Gesicherte und Ungesicherte, Bevorrechtigte und Minderberechtigte zerfällt.

Soweit; viele herzliche Grüße und alles Gute für die Diskussion am Montag, Dein

H. Weid-Neub

Termin 24.6.

⇒ Kontakt zu Stadtkern

⇒ Kontakt zu ^{Zellitz} ~~Stadtkern~~ : Stellvertreter

Magret :

Teilhaberarbeiten

Uwe
Christoph

"

Aktion Arbeitslosen-Abgabe

Braunschweig, d. 5.5.1986

Sehr geehrte Damen und Herren !

Hiermit laden wir Sie herzlich ein zur nächsten Mitgliederversammlung am

Montag, d. 12. Mai um 20.00 Uhr

im Amt für Jugendarbeit

Wolfenbüttel, Neuer Weg 15

Tagesordnung:

1. Genehmigung des Protokolls

2. Vorbereitung des öffentlichen Hearings zum Thema " Die sozial-ethische Verantwortung der Kirche - Anfragen an ihre Personalpolitik "

am 24. Juni

dazu:

Arbeit und Geld teilen

Kurzreferat von W. Steen

3. Verschiedenes

Mit freundlichen Grüßen

gez. K. Hempel

Klebung am 24.6. im HKD 2002

Zielgruppe Vikare

Ref TV : Fischer Wundersleb
Berber?
v. Bülau
Frost

Referent: Falbush aus Ham
15-20 min Referat

Protokoll der Mitgliederversammlung der Aktion-Arbeitslosen-
Abgabe Braunschweig e.V. am 12. Mai 1986 in Wolfenbüttel

Anwesend: Die Damen Camerer, Picht, Stöckmann-Wrede und die
Herren Steen, Guisehard, Binder, Padel

1. Das Protokoll der Mitgliederversammlung vom 17.03.1986 wird genehmigt.
2. Herr Padel (1. Vorsitzender) berichtet über die bisherige Planung zum "Hearing" am 24. Juni 1986 :
 - Das "Hearing" wird am 24. Juni um 20.00 Uhr im "Haus kirchlicher Dienste" stattfinden.
 - Herr Prof. Fahlbusch hat zugesagt, ein Kurzreferat zum Thema "Die sozial-ethische Verantwortung der Kirche - Anfragen an ihre Personalpolitik" zu halten.
 - Vertreter der von diesem Thema betroffenen Gruppen sollen besonders eingeladen werden und gebeten werden, ein kurzes Statement vorzubereiten und dieses bei Gelegenheit in die Diskussion einzubringen. Einige Vertreter sind bereits telefonisch informiert worden.

In der Diskussion um die weitere Planung ergibt sich :

- Vertreter folgender Gruppen sollen gebeten werden, ein Statement in die Diskussion einzubringen : LKA (Finanzreferat) (Personalreferat), Synode, Pfarrer (dienstrechtl. Kommission), Vikare, kirchl. Mitarbeiter, Theologiestudenten, Diak. Werk.
 - Die allgemeine Einladung zum "Hearing" soll möglichst breit gestreut werden, um die Mitglieder der betroffenen Gruppen und die Öffentlichkeit zu erreichen. Es wird vorgeschlagen, vor dem Hearing eine Art Pressekonferenz zu veranstalten, bei der unsere konkreten Fragen schon vorher öffentlich werden sollen!
3. Herr Steen hält ein Kurzreferat zum Thema "Hoffnung auf ein neues Verständnis von Arbeit". Außerdem :
Ein Beispiel, der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, ist die "Reformstrategie" von Josef Huber, die Steen wie folgt zusammenfaßt:
 - a. Der technologisch-industrielle Strukturwandel muß vorangetrieben werden.
 - b. Verteilung des Produktionszuwachses weniger in Geld - mehr durch freie Zeit.
 - c. Verbilligung der Arbeit und Verteuerung der Umwelt und des Verbrauches (Rohstoff-, Energie-, Abfall-, Abwasser- und Emissionsabgaben, auch Wertschöpfungssteuer bzw. Maschinensteuer).
 4. Diskussion um unsere Position und unsere konkreten Fragen für das Hearing. Folgende Problemkreise haben sich dabei herauskristallisiert:
 - Stellenteilung in allen denkbaren Formen - warum ist das so schwer möglich ?
 - Welche Chancen hätte der Angestelltenstatus für Pfarrer ? (Abkoppelung vom Beamtenstatus)
 - Wie können Initiativen zur "Arbeitsplatzvermehrung", zur Förderung "alternativen Arbeitens" unterstützt werden - Investitionsprogramme ?
 - Die Einkommensstruktur innerhalb der Kirche - antasten oder lieber nicht ?

- Welche Ideen gibt es in anderen Landeskirchen ?

Wichtig bleibt :

Teilen von Arbeit + Einkommen

durch Stellen mit eingeschränktem Dienstauftrag, durch Stellen-
teilung (bzw. Drittelung) und durch freiwillige Abgaben zur
Schaffung neuer Stellen.

Termine :

- 05. Juni 1986 20 Uhr in WF Ajab: Vorbereitung des Hearings für
Interessierte
- 24. Juni 1986 20 Uhr : Hearing im Haus kirchlicher Dienste

Hanna Stöckmann-Wrede

Aktion Arbeitslosen-Abgabe

Braunschweig, 26. Mai 1986

Liebe Mitglieder !

Zu unserem nächsten Treffen am

Donnerstag, dem 5. Juni 1986 um 20.00 Uhr
im Amt für Jugendarbeit, Wolfenbüttel

möchten wir Sie herzlich einladen.

Wir wollen an diesem Abend unsere große Veranstaltung am 24. Juni (20.00 Uhr HKD) weiter vorbereiten, d.h. die Fragen, die wir den Experten und Betroffenen stellen wollen, beraten und präzisieren und unsere Strategie für diesen Abend festlegen. (Vorüberlegungen dazu im beiliegenden Protokoll)

Außerdem haben wir ein Papier von H.-M. Gutmann beigelegt, das als Diskussionsgrundlage für den 24. Juni dienen soll.

Mit freundlichem Gruß

Im Namen des Vorstands

gez. K. Hempel

P.S. Wir möchten Sie noch darauf hinweisen, daß wir auch auf dem Landesjugendtreffen vom 13. - 15. Juni in Wolfenbüttel vertreten sind (Werkstatt Frieden + Gerechtigkeit).

Arbeitspapier für die Vortrags- u. Diskussionsveranstaltung
der Aktion Arbeitslosen-Abgabe am 24.06.1986 im Haus kirch-
licher Dienste in Braunschweig

"Die sozial-ethische Verantwortung der Kirche -
Anfragen an ihre Personalpolitik "

Die Personalpolitik der Kirchen soll in einer krisenhaften Situation neu überdacht werden. Über diese Notwendigkeit sind sich alle einig, die damit befaßt sind: die Kirchenleitung, zu deren Aufgabenfeld eine verantwortliche Personalplanung gehört; diejenigen, die in der Kirche arbeiten und sich über die sinnvolle Gestaltung des eigenen Arbeitsfeldes ebenso Gedanken machen wie über die Tatsache, daß immer mehr gut ausgebildete Kräfte in der Kirche kein Arbeitsfeld finden können. Und nicht zuletzt diejenigen, die noch mitten in einer theologischen Ausbildung stecken und sich vor verschlossenen Türen sehen. Daß ein Problem besteht, darüber ist Einigkeit herzustellen. Nur: wie es angemessen beschrieben werden kann und welche Lösungsmöglichkeiten bestehen, darüber muß gründlich nachgedacht und offen miteinander geredet werden.

Im folgenden werden zwei Möglichkeiten der Problembeschreibung und der Problemlösung skizziert. Es handelt sich in beiden Fällen um mögliche und auch tatsächlich gebrauchte Argumentationsmuster.

1) Trotz aller Anstrengung der Kirchen, in den nächsten Jahren noch möglichst viele Bewerber in den kirchlichen Dienst aufzunehmen, wird faktisch nur ein Teil der Betroffenen in den kirchlichen Dienst übernommen werden können. Die begrenzte Aufnahmekapazität zwingt dazu, unter den Bewerbern auszuwählen. Hier werden die Kriterien der Eignung, Qualifikation und der Leistungsfähigkeit ein stärkeres Gewicht bekommen als bisher. Dies wird Konsequenzen schon für die theologische Ausbildung haben: weder Theologie noch Pfarramt können als Schonraum verstanden werden. Es ist nicht verantwortbar, daß theologische Examina eine niedrigere Durchfallquote vorweisen als andere akademische Fächer. Den Lernenden muß die Bedeutung des Leistungsaspekts stärker als bisher zu Bewußtsein gebracht werden, und es muß z.B. durch Testate und Zwischenprüfungen eine stärkere und realistischere Einschätzung des eigenen Leistungsvermögens ermöglicht werden. Grundsätzlich kann sich die Kirche in der Situation eines Überangebotes an Bewerbern nicht anders verhalten als andere Arbeitgeber auch. Das Kriterium der persönlichen Eignung und beruflichen Befähigung entscheidet über die Aufnahme in den kirchlichen Dienst. Dabei ist die Kirchenleitung durchaus offen für die Erprobung neuer Anstellungsformen (Teilzeitbeschäftigung, Stellenteilung). Allerdings dürfen die Lösungsversuche nicht aus dem Flick geraten. Neben versicherungsrechtlichen und arbeitsrechtlichen Fragen muß die Schwierigkeit gesehen werden, daß sich eine "negative Selektion"

durchsetzen könnte. Kindergeeignete Bewerber könnten z.B. auf eine Teilzeitstelle drängen, während souveränere Bewerber/innen sich eher die Ausfüllung einer ganzen Stelle zumuten. Auch die Grenze zwischen Theologiestudium und zweiter, kirchlicher Ausbildungsphase muß deutlicher gesehen werden. Alle Bewerber/innen ins Vikariat zu übernehmen, ist nicht nur wegen der Überlastung der Predigerseminare schwer möglich; es würden auch bei den Betroffenen vielfach unbegründete Hoffnungen geweckt. Vielmehr sollt aufgrund des ersten Examins und des persönlichen Eindrucks eine gezieltere Auswahl unter den Bewerbern vorgenommen werden, die etwa 20-25% über dem tatsächlichen Bedarf liegen könnte. Dies hat Vorteile für die anstellende Kirche ebenso wie für die Bewerber: es wäre eine flexible und bedarfsgerechte Steuerung des Angebotes möglich, und für die Betroffenen ergäbe sich ein höherer Grad an Klarheit und Beruhigung in Hinblick auf die persönliche Zukunft. Insgesamt muß die Kirche die jetzige Situation auch als eine missionarische Chance verstehen. Das Potential an ausgebildeten, aber nicht in der Kirche angestellten Theologen/innen wird wachsen. Damit es aber als "theologisches Ferment" in der Gesellschaft wirksam wird und nicht zu einem Kristallisationspunkt antikirchlichen Engagements, sind Möglichkeiten zu überlegen, wie diese Menschen in geeigneter Form an die Kirche gebunden werden können.

2) In einer zweiten möglichen Denkperspektive werden die Probleme ähnlich beschrieben, jedoch werden andere Entscheidungs- und Handlungsschwerpunkte gesetzt. Auch hier wird wahrgenommen, daß mehr Bewerber als Stellen für Berufsfelder in der Kirche zur Verfügung stehen; auch hier werden berufs- und versicherungsrechtliche Probleme nicht einfach übersehen, die einer Veränderung der Stellenbeschreibungen oder der Arbeitszeitstruktur in kirchlichen Berufen im Wege stehen.

Zugleich werden jedoch einige Überlegungen ins Spiel gebracht, die das kirchliche Handeln angesichts der Arbeitslosigkeit kirchlicher Mitarbeiter anders bestimmen wollen, als es im ersten Argumentationsmuster versucht wird:

- Die Kirche nimmt ihre sozial-ethische Verantwortung nicht ernst, wenn sie die Arbeitslosigkeit allein zum Problem der betroffenen Menschen macht und jede Veränderung von Arbeitsfeldern und Gehaltsstrukturen abwehrt. Die Kirche kann nicht glaubwürdig eine "Solidarität zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen" fordern (so der Titel der Arbeitslosigkeits-Denkschrift 1982), wenn in den Bereichen eine solche Solidarität nicht spürbar ist, in denen die Kirche selbst Arbeitgeber ist.

- Das Problem läßt sich nicht so beschreiben, daß in den Gemeinden und kirchlichen Arbeitsfeldern die Arbeit ausgeht. Pastoren und kirchliche Mitarbeiter sind oft überlastet, Arbeitsbereiche liegen brach, weil keine Kraft da ist, sie auszufüllen. Es gibt nicht zu wenig Arbeit, es gibt zu wenig Stellen. Hier liegt ein weites Feld, in den Gemeinden und in den Kirchenvorständen in ein Gespräch einzusteigen. An welchen Stellen können wir uns eine Intensivierung von bereits vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten vorstellen? Wo sind Notwendigkeiten, die bisher wegen Arbeitsüberlastung brachliegen (z.B. Konfirmandenelternarbeit, Besuchsdienste)?

- Die Kirche wird ihre sozial-ethische Verantwortung dadurch wahrnehmen, daß sie in der Erprobung von alternativen Anstellungsformen (wie z.B. Teilzeitarbeit, Stellenteilung) die

Fehlentwicklungen in der Wirtschaft nicht wiederholt. Es geht nicht darum, "ungeschützte" Arbeitsverhältnisse einzurichten, in denen Menschen mit geringerer Bezahlung und mit minderen Rechten auf Dauer arbeiten und leben müssen - und "gesicherte" Stellen durch solche "ungesicherten" Arbeitsverhältnisse zu gefährden. Hier muß die kirchliche Öffentlichkeit vielmehr sensibilisiert werden, um auch außerhalb des kirchlichen Bereiches solche Fehlentwicklungen wahrzunehmen. Es muß als Ziel darum gehen, Arbeit und Einkommen in der Kirche insgesamt so zu verteilen, daß die kirchliche Gemeinschaft nicht in Gesicherte und Ungesicherte, Bevorrechtigte und Minderberechtigte zerfällt.



1. Juli 1986

Liebe Mitglieder!

Nach unserer recht gut besuchten Veranstaltung am 24. Juni im Haus Kirchlicher Dienste, die erfreulicherweise auch Beachtung über unseren Kreis hinaus gefunden hat, möchte ich Ihnen vor der Sommerpause noch einige Informationen zukommen lassen.

Unsere nächste Mitgliederversammlung findet am Montag, dem 18. August 1986, um 20 Uhr im Amt für Jugendarbeit, Neuer Weg 15, 3340 Wolfenbüttel statt.

An diesem Abend wollen wir die Impulse, die der 24. Juni 1986 gebracht hat, aufnehmen und über weitere Schritte unserer Aktion beraten. Eine gesonderte Einladung ergeht nicht mehr. Bitte merken Sie sich den Termin vor und sagen Sie ihn bitte auch anderen weiter.

Hier noch eine wichtige Mitteilung wegen unserer Spenden:

Das Finanzamt Braunschweig-Altewiekring hat nun doch Bedenken, unsere Spenden steuerlich anzuerkennen, nachdem es von uns einen Nachweis über die Verwendung unserer Gelder erhalten hat. Nach Meinung des Sachbearbeiters wird unsere Vergabep Praxis nicht durch die Abgabenordnung §53,2 (mildtätige Zwecke) abgedeckt. Wir stehen miteinander in Verhandlung und das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. Ich habe mittlerweile eine Steuerberaterin hinzugezogen, die mit dieser speziellen Problematik Erfahrungen hat. Leider ist es nicht ganz auszuschließen, daß das Finanzamt unsere Spenden als nicht steuerlich absetzbar einstuft. Sollte dies bei jemandem von Ihnen bereits geschehen sein, so sollten Sie auf jeden Fall Einspruch erheben; denn zur Zeit ist die Sache noch nicht entschieden.

Ich hoffe, im August mehr sagen zu können.

Der bei liegende Prospekt soll eine kleine Ermunterung sein, neue Freunde für unsere Aktion zu gewinnen.

Mit freundlichem Gruß

H. Pahl

Protokoll der Mitgliederversammlung der Aktion Arbeitslosen-Abgabe
am 18. 8. 1986 in Wolfenbüttel

Anwesend: Die Damen Camerer, Ermerling, Schöning, Spennhoff-Mandry,
Stöckmann-Wrede
Die Herren Binder, Fay, Hempel, Padel, Silber, Steen

Tagesordnung: 1. Begrüßung und Genehmigung des Protokolls
2. Nachbesprechung der öffentlichen Veranstaltung
im Haus Kirchlicher Dienste am 24.06.1986
3. Gespräch mit Frau Meier vom Diakonischen Werk
wegen Unterstützung von ARM-Stellen
4. Besprechung einer Förderungsmaßnahme in Salzdahlum
5. Steuerliche Absetzbarkeit von Spenden für die AAA
6. Verschiedenes

1. Weil die beiden letzten Treffen im Zusammenhang mit der Veranstaltung am 24.06.1986 ohne Protokoll abgehalten wurden, lag der Versammlung nur das Protokoll der Sitzung vom 12.05.1986 vor, das ohne Einwand genehmigt wurde.

2.a. Einige Eindrücke von Teilnehmern an der Veranstaltung am 24.06.
Pastor Fay: "Die Veranstaltung war gut besucht. Sie gab ein positives Feedback für die Aktion Arbeitslosen-Abgabe. Vielleicht hätte man die Chance nutzen sollen, noch mehr Mitgliederwerbung zu betreiben. Bedauerlich war, daß das Landeskirchenamt nicht vertreten war. Deshalb erscheint eine weitere anknüpfende Veranstaltung erforderlich."

Frau Schöning: "Das Referat von Prof. Fahlbusch war wichtig, denn es machte auf den höher werdenden Sockel an Arbeitslosen aufmerksam."

Herr Binder: "Das Referat brachte nicht viel Neues. Es ist nicht näher darauf eingegangen worden, wie die Kirchengemeinden konkret mit den Problemen der Arbeitslosigkeit umgehen sollen."

Pastor Padel: "Erstaunlich war es, aus dem Munde eines synodalenpräsidenten die Forderung zu hören, die Kirche solle ihre Reserven angreifen."

Pastor Steen: "Die Veranstaltung, während der es zu Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Auslegung des "Loccumer Vertrages" kam, machte offenkundig, daß wir uns in speziellen Fragen sachkundiger und kompetenter machen müßten." - "Für eine Veranstaltung mit dem Landeskirchenamt müßten danach konkretere Fragen überlegt werden. Möglicherweise könnte hierzu ein Treffen mit Prof. Fahlbusch in kleinerem Rahmen hilfreich sein."

Pastor Fay machte aufmerksam auf die abwehrende Argumentation einiger Teilnehmer, die ihm auch im Zusammenhang mit dem Thema:

"Schaffung von Arbeitsplätzen durch Abgabe von Religionsunterrichtsstunden" schon aufgefallen sei und ihm irgendwie nicht einleuchtend sei. Zuviel Zeit sei auch damit vertan worden, daß einige bereits bekannte Positionen zu sehr ausgebreitet wurden.

Herr Binder drängte mit seiner Frage "Was kann in den Gemeinden noch mehr und intensiver getan werden?" auf eine Auflistung von konkreten Vorhaben in den Gemeinden, wie es im Goslarer Konvent schon angeklungen ist.

Frau Stöckmann wies darauf hin, daß das Argument der AAA "Arbeit und Geld teilen" verständlicherweise auf Abwehr stoße, weil es um Besitzstände gehe und Positionen verteidigt würden. Auch bräuchten sich Leute nicht zu rechtfertigen, warum sie spendeten oder nicht.

2.b. Der Vorstand zieht aus der Veranstaltung folgende Konsequenzen:

1. Das Gespräch mit dem Landeskirchenamt wird vorläufig nicht gesucht.

2. Mitglieder der AAA sollen sich erstmal sachkundiger machen,

2.b.2. Phantasie entwickeln und neue Denkmodelle entwerfen.

3. Ende Oktober soll ein Studientag stattfinden, zu dem Prof. Fahlbusch eingeladen werden soll.

Diese Konsequenzen des Vorstandes weckten die Forderung nach einem Anwalt bzw. Rechtskundigen in den eigenen Reihen, jemanden, der in rechtlichen und finanziellen Dingen spezialisiert ist. Daraufhin wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die AAA Hannover schon größere Erfahrungen habe und bereits Tagungen in Loccum abgehalten habe. Möglicherweise könnte auch aus dieser Gruppe noch jemand eingeladen werden.

Nun wurde die Frage nach der Richtung der AAA Braunschweig laut. Wohin steuert sie mit ihren Förderungs- und Unterstützungsmaßnahmen? Was bewirkt sie damit? Nicht nur kurzfristiges Flickwerk sondern langfristige Perspektiven seien erforderlich!

Pastor Steen machte auf Probleme in der Realität aufmerksam, die oftmals in der Einschätzung der Arbeitslosen bzw. in der Persönlichkeitsstruktur von Arbeitslosen begründet lägen, so daß trotz aller schönen Modelle manchem kaum geholfen werden kann.

Auch machte er auf den Strukturplan der Kirche bis zum Jahr 2030 aufmerksam, in dem die Richtung schon angegeben sei, wonach wegen der Annahme zurückgehender Mitgliederzahlen Stellen in den übergemeindlichen Diensten abgebaut werden sollen. Diese defensive, auf Absicherung bedachte Strategie kann ihrerseits den angenommenen Trend noch verstärken, deshalb müsse der Blick mehr auf die Aufgaben in den Gemeinden gerichtet werden, um den Mitgliederschwund aufzuhalten.

Die Forderung nach einer Auflistung der noch nicht oder nur unzureichend erledigten Aufgaben in den Gemeinden wurde wieder laut. Anknüpfend an die Konsequenzen des Vorstandes wurde vorgeschlagen, über verschiedene interessierende Themen nach und nach in den Mitgliederversammlungen Kurzreferate von interessierten Mitgliedern vortragen zu lassen, um den Informationsstand der Teilnehmer zu erweitern. Mögliche Themen: "Loccumer Vertrag", "Denkschrift der EKD zur Arbeitslosigkeit" etc.

Die Diskussion ergab, daß beim nächsten Treffen ein Kurzreferat über die EKD-Denkschrift von Herrn Silber gehalten wird und daß zu dem Studientag auch ein rechtskundiger, erfahrener Vertreter der AAA Hannover eingeladen werden soll.

3. Frau Meier stellte in groben Zügen ihr Tätigkeitsfeld beim Diakonischen Werk vor. Sie organisiert seit November 1985 in Zusammenarbeit mit Sozial- und Arbeitsämtern und Kirchengemeinden die Einrichtung von ARM-Stellen in den Bereichen der Kinder-, Jugend- und Sozialarbeit und im handwerklichen Bereich (z.B. Modernisierung von Gemeinderäumen, Gartenpflege, Waldaufräumarbeiten etc.) innerhalb der Landeskirche. Träger von ARM-Stellen sind überwiegend Kirchengemeinden. Seit Nov. 1985 sind bisher 55 ARM-Stellen eingerichtet worden.

In Helmstedt und Goslar werden wegen bestimmter fehlender Voraussetzungen die Maßnahmen nur zu 80 % gefördert. Die restlichen 20% werden gegebenenfalls vom Landeskirchenamt oder den Kirchengemeinden getragen.

In diesem Zusammenhang bot sich die AAA an, Maßnahmen, die wegen fehlender finanzieller Mittel zu scheitern drohen, zumindest teilweise zu unterstützen, auch wenn es sich um Projekte handelt, die nicht unter das Stichwort "Mildtätigkeit" fallen.

Anschließend folgte eine Diskussion über den möglichen Stellenwert von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Einerseits wird mit ARM-Stellen, Kirchengemeinden, die für einige Aufgaben kein Geld haben, und befähigten Arbeitslosen, die Berufserfahrung sammeln, Kontakte knüp-

3. fen und Geld verdienen wollen, geholfen. Andererseits ist die Kurzfristigkeit für beide Seiten manchmal problematisch und unwirtschaftlich, weil erworbene Kenntnisse nicht weiter genutzt werden können. Es besteht die Gefahr bei der zunehmenden Einrichtung von ABM-Stellen, daß sich ein 2-Klassensystem von Beschäftigungen ergibt und daß Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen als Mittel zur Ausbeutung dienen.
Nichtsdestotrotz machten die noch folgenden Gesprächsbeiträge deutlich, daß die AAA die Tätigkeit von Frau Meier unterstützen wird und mit ihr zu kooperieren gedenkt.
4. Pastor Steen berichtete über den Entwicklungsstand einer geplanten ABM-Stelle für eine arbeitslose Diakonin im Pfarrbezirk Salzdahlum. Diese Stelle wird voraussichtlich zu 80% vom Arbeitsamt gefördert. Es käme auf die AAA ein monatlicher Zuschuß von 300 DM zu. Die Besprechung ergab, daß die Genehmigung von einer noch zu erstellenden Konzeptions- und Tätigkeitsbeschreibung abhängig gemacht werden soll.
5. Die Frage der steuerlichen Absetzbarkeit von Spenden für die AAA ist noch nicht endgültig geklärt. Es bleibt ein Gespräch zwischen Herrn Padel und seiner Steuerberaterin abzuwarten.
Mögliche Problemlösungsansätze:
 1. Die AAA bemüht sich den Status der Gemeinnützigkeit zu erreichen.
 2. Die AAA schlüpft unter das Dach des Diakonischen Werkes.
 3. Die AAA mutet ihren Mitgliedern zu, nicht abzugsfähige Spenden abzugeben.
6. Nächste Mitgliederversammlung: 29. 9.1986 im Landesjugendpfarramt in Wolfenbüttel.
Die Werbemaßnahmen für die AAA sollen verständiger und eingängiger werden, um mehr Unterstützung aus den Kirchengemeinden zu erhalten. Frau Camerer erklärt sich bereit, ein Schreiben an die Kirchenvorstände zu entwerfen.
Herr Fay will der Frage nachgehen, ob durch Abbau von Religionsunterricht, der durch Pfarrer erteilt wird, noch Möglichkeiten für stellenlose Theologen geschaffen werden können.

gez. Silber

gez. Padel



An die Mitglieder

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit laden wir ein zur nächsten Mitgliederversammlung
am Montag, 29. 9. 1986 um 20 Uhr
im Landesjugendpfarramt in 3340 Wolfenbüttel, Neuer Weg 15

Tagesordnung

1. Protokoll der letzten Sitzung
2. Referat über die EKD-Denkschrift
"Solidargemeinschaft von Arbeitenden und Arbeitslosen -
Eine Studie zur Arbeitslosigkeit" (Referent: W. Silber)
3. Vergabe von Mitteln an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen
4. Verschiedenes

Zum Schluß noch 2 Hinweise:

1. Etliche unserer Spender sind keine Mitglieder unseres Vereines.
Vielleicht sind Sie sich dessen nicht bewußt. Wir legen für die-
jenigen, von denen sich keine entsprechende Beitrittserklärung
bei unseren Akten befindet, einen Vordruck für eine solche bei.
Falls Sie Mitglied werden wollen, was außer den sowieso schon
von Ihnen überwiesenen Spenden weiter keine finanzielle Verpflich-
tung bedeutet, schicken oder geben Sie uns bitte die unterschriebene
Erklärung zurück.
2. Unter Zfr 2 b 3. des Protokolls finden Sie den Hinweis auf einen
Studientag. Dieser wird nun - anders als vorgesehen - am Samstag,
den 17. 1. 1987 ganztägig stattfinden. Für diesen Tag haben wir
eine Zusage von Prof. Fahlbusch. Der Arbeitstitel : "Die Arbeits-
losigkeit als Herausforderung der Ortsgemeinde".
Bitte merken Sie sich diesen Tag vor.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Vorstand

gez. Padel

Protokoll der Mitgliederversammlung
"Aktion Arbeitslosen-Abgabe"
vom 29. September 1986

Nach der Begrüßung durch Herrn Padel wird das Protokoll der Sitzung vom 18. 8. 1986 genehmigt.

TOP 1 Referat EKD-Studie

Herr Silber hält ein ausführliches Referat über die EKD-Denkschrift "Solidargemeinschaft von Arbeiten und Arbeitslosen." (1982)

Der Text des Referats wird an die Anwesenden verteilt, Interessierte können ihn auf Abruf erhalten.

TOP 2 Arbeitsloseninitiative Königslutter

Es wird beschlossen, der Propstei Königslutter für die Monate September 86 bis Februar 87 je DM 200,-- (= DM 1.200,--) für ein Projekt zur Betreuung Arbeitsloser (durch AB-Maßnahme) zur Verfügung zu stellen.

TOP 3 Verschiedenes

a) in Sachen Projekt P. Meerheimb (Wolfenbüttel) gibt es keine faktischen Neuigkeiten zu berichten.

b) Frau Stöckmann-Wrede berichtet von einer Idee der Vikare: Ein Pfarrstelleninhaber nimmt einen arbeitslosen fertig ausgebildeten Theologen mietfrei ins Pfarrhaus auf. Dieser erzielt ein kleines Einkommen aus bezahlten Tätigkeiten in der Gemeinde (Referent, KU ...) und wird durch die Kirchengemeinde und AAA unterstützt.

Bedenken bestehen vor allem im Abhängigkeitsverhältnis des so Beschäftigten vom offiziellen Pfarrstelleninhaber. Möglicherweise wäre dieses Modell als kurzfristige Überbrückung denkbar.

c) Die nächste Mitgliederversammlung findet am Montag, d. 17. November 1986 um 20.00 in Wolfenbüttel statt.

gez. Padel

gez. Hempel



Einladung zu unserer nächsten Zusammenkunft

Sehr geehrte Damen und Herren!

Hiermit lade ich Sie zur nächsten Zusammenkunft der
Aktion Arbeitslosenabgabe ein.

Sie findet statt am

Montag, dem 17. November 1986 um 20.00 Uhr

im Amt für Jugendarbeit, Wolfenbüttel, Neuer Weg 15

Besprechungspunkte sind:

1. Das Protokoll der letzten Sitzung (wird am 17. 11. nach
gereicht)
2. Bericht über den Stand unserer Arbeit
3. Vorbereitung des Seminartages mit Professor Fahlbusch.
(Dieser Seminartag findet am Sonnabend, dem 17. Januar
1987 in der Zeit von 9.30 bis 17.00 Uhr im Haus Kirch-
licher Dienste -HKD - in Braunschweig statt, Bitte den
Termin vormerken!)
4. Vergabep Praxis
5. Verschiedenes

Sodann noch eine Bitte um Hilfe: Herr Silber hat in München eine
Arbeitsstelle gefunden. Es ist schön, daß er nun nicht mehr zu
der großen Zahl der Arbeitslosen gehört. Wir aber haben nun
damit unseren "Sekretär" verloren. Wir haben die Bitte, daß
Sie uns bei der Suche nach einer neuen Hilfskraft helfen.
Anfallende Arbeiten sind: Schreiben von Einladungen und Protokol-
len und Versand derselben. Das sind vor jeder Sitzung etwa
3 bis 4 Stunden Arbeit.

Mit freundlichem Gruß
im Namen des Vorstandes

H. Pahl

PROTOKOLL DER MITGLIEDERVERSAMMLUNG "AKTION ARBEITSLOSEN-ABGABE"
AM MONTAG, DEM 17. NOVEMBER 1986 IM AMT FÜR JUGENDARBEIT WOLFENBÜTTEL

Anwesend: Frau Dr. Camerer, Frau Schöning, Frau Somogyvar,
die Herren Deichmann, Fay, Kelchheuser (Gast), Padel,
Steen.

Der Vorsitzende, Herr Padel, begrüßt die Anwesenden und teilt mit,
daß sich eine Reihe von Mitgliedern bei ihm entschuldigt hat.

TOP 1: Protokoll

Das Protokoll der Mitgliederversammlung am 29.9.1986 ist von Herrn
Hempel erstellt worden, der leider verhindert ist. Es wird nachgereicht.

TOP 2: BERICHT ÜBER DEN STAND DER ARBEIT

Herr Padel gibt einen kurzen Überblick über den Stand der Aktivitäten
der AAA.

Die Steuerfragen konnten noch nicht geklärt werden, da die angefragte
Steuerberaterin für längere Zeit nicht zu erreichen war.

Unser "Sekretär", Herr Wolfgang Silber, hat in München Arbeit gefunden
und ist nach dort umgezogen. Herr Padel wünscht ihm alles Gute.
Die Umfrage in der letzten Einladung hat ergeben, daß Frau Lüders-Mönch
aus der reformierten Gemeinde in Braunschweig bereit wäre, uns bei
Büroarbeiten zu helfen. Herr Padel wird sich mit Frau Lüders-Mönch
in Verbindung setzen.

Projektunterstützung:

1. Propsteijugendbüro Liebenburg

Herr Dipl. Soz.päd. Ulf Kelchheuser berichtet von seiner Arbeit in
den Kirchengemeinden Liebenburg, Othfresen, Döhren und Dörnten.
Seine Arbeitsstelle ist von der Aktion Arbeitslosen-Abgabe in den
Jahren 1985 und 1986 gefördert worden.

Besondere Schwerpunkte sind:

- Schulung von ehrenamtlichen Mitarbeitern für Kinderarbeit;
- Mitarbeit im Jugendtreff Dörnten und Liebenburg;
- Jugend- und Kinderarbeit in den betreffenden Gemeinden;
- Verwaltungsarbeit im Propsteijugendbüro in Liebenburg.

Herr Kelchheuser würdigt die Initiative der genannten Kirchengemein-
den und des Propsteijugendbüros, eine zusätzliche halbe Stelle für
einen Diplom-Sozialpädagogen im Anerkennungsjahr zu schaffen.
Allerdings tauchen auch Probleme auf: Niedrige Bezahlung,
zu viele Einsatzstellen, diffuse Anforderungen der Gemeinden.

Grundsätzlich aber ist - laut Herrn Kelchheuser - der Einsatz von
Hauptamtlichen in der pädagogischen Arbeit in ländlichen Gebieten
gerade heute besonders geboten. Gruppen von Kindern und Jugendlichen,
entstehende Jugendtreffs benötigen Bezugspersonen, die einen guten
Überblick haben, die Verwaltungsarbeit übernehmen und Kontakte
zu freien und öffentlichen Trägern halten.

2. Diakonische Beratungsdienste Goslar

Herr Steen gibt einen Überblick über den Stand des Projektes Obere Schildwache 6a (anhand des Erfahrungsberichtes zum 1. Werkstattprojekt).

Herr Padel ergänzt den Bericht durch Eindrücke bei einem Besuch in Goslar.

3. Arbeitsloseninitiative Königslutter

Diese Initiative von Arbeitslosen im Raum Königslutter soll mit 2.000 DM aus Mitteln der AAA unterstützt werden. Ein Bericht über diese Initiative soll von einer Mitarbeiterin auf einer der nächsten Mitgliederversammlungen erstattet werden.

4. Rundbrief an Kirchenvorsteher

Frau Dr. Camerer verliert den Entwurf eines Schreibens an die Kirchenvorsteher im Bereich der Landeskirche.

Dieser Brief soll mit einem überarbeiteten Prospekt Anfang Januar 1987 versandt werden. Herr Padel bemüht sich um die Adressen im HKD.

Das Treffen der AAA, um die Versandarbeiten zu erledigen, soll stattfinden

am Montag, dem 5. Januar 1987,
um 19 Uhr im Amt für Jugendarbeit,
Neuer Weg 15, 3340 Wolfenbüttel

TOP 3: Vorbereitung des Seminartages am 17. Januar 1987

Thema: Arbeitslosigkeit als Herausforderung der Ortsgemeinde.

Dabei sollen folgende Fragestellungen Beachtung finden:

- Was will die Kirche in einer Zeit der Arbeitslosigkeit?
- Hat sie nur einen geistlichen Auftrag?
- Wie kann sie die Fülle der Begabungen und Fähigkeiten, die in ihr enthalten sind, einsetzen?
- Welche Wege kann die Gemeinde heute angesichts der Arbeitslosigkeit gehen?
- Was soll sie an Fähigkeiten entwickeln?

Aufgaben, die Gemeinden übernehmen könnten:

- Arbeitslose im Gebiet der Gemeinde entdecken
- Betreuung von Arbeitslosen
- Seelsorge an Arbeitslosen
- Arbeitslosen helfen, daß sie wieder arbeiten lernen
- vorhandene Arbeit besser verteilen.

Herr Padel wird mit dem Referenten, Herrn Fahlbusch, das Programm besprechen.

TOP 4: Vergabepaxis

Herr Padel schlägt vor, daß der Vorstand der AAA ermächtigt wird, Zuschüsse bis zur Höhe von 2.000 DM zu beschließen. Der Mitgliederversammlung ist anschließend zu berichten.

Diese Regelung findet die Zustimmung der Anwesenden.

Wolfenbüttel, am 29. November 1986

Witfried Steen



Braunschweig, im Dezember 1986

Liebe Mitglieder und Freunde der Aktion Arbeitslosenabgabe!

Zum Ende des Jahres möchten wir Ihnen, die Sie unser Anliegen durch Ihre Spenden und durch Ihre Mitarbeit tatkräftig unterstützt haben, herzlich danken. Wir haben in diesem Jahr bis jetzt DM 26.624,- an Spenden bekommen. Die Zahl unserer Spender beträgt 54, von denen noch nicht alle als Mitglied eingetragen sind. Neben den Spenden ist aber auch die Mitarbeit, das Mitdenken und Mitentscheiden in den Vollversammlungen ganz wichtig. Die Zahl derer, die unsere Zusammenkünfte besuchen, ist - gemessen an der Zahl der Spender - nicht sehr groß. Wir wünschten uns da manches Mal mehr Beteiligung; denn wir verstehen uns ja nicht als ein Verein, der lediglich Spenden entgegennimmt und weitergibt, sondern wir sehen unser Ziel darin, die Aufgaben, die unserer Kirche und ihren Gemeinden durch die Arbeitslosigkeit gestellt sind, aufzugreifen und an ihrer Lösung mitzuwirken. Das zu Ende gehende Jahr hat uns gezeigt, daß diese Aufgabe gar nicht so leicht ist und daß ein Vorstand das allein nicht schaffen kann.

Ein Schritt in dieser Richtung war der Vortragsabend mit Professor Fahlbusch aus Hannover. Dieser Abend litt etwas darunter, daß in der Diskussion sehr unterschiedliche Standpunkte und Interessen vertreten wurden und zu wenig Zeit war, das ausdiskutieren. Außerdem fehlte - aus welchen Gründen auch immer - die Kirchenleitung als Gesprächspartner. Die erfreuliche große Beteiligung jedoch zeigte, daß für unser Anliegen Interesse besteht.

Während es an diesem Abend um Anfragen an die Kirche in ihrer Gesamtheit ging, hat sich in den Gesprächen bei unseren weiteren Zusammenkünften der Schwerpunkt etwas verlagert. Wir haben entdeckt, daß es von entscheidender Bedeutung ist, daß die Ortsgemeinde die mit der Arbeitslosigkeit gegebenen Probleme aufgreift. Darum lautet das Thema unseres Studientages im Januar "Die Arbeitslosigkeit als Herausforderung der Ortsgemeinde". Alles weitere zu diesem Studientag wollen Sie bitte dem beiliegenden Blatt entnehmen.

Das Gespräch mit der Kirchenleitung haben wir darüber nicht aus dem Auge verloren. Im Anschluß an den Abend mit Professor Fahlbusch hat es verschiedene Gespräche des Vorsitzenden mit dem Landeskirchenamt gegeben. Es kann sein, daß wir uns im neuen Jahr erneut der Frage stellen müssen, was mit den Pfarramtskandidaten nach dem 2. Examen geschieht, die zunächst oder endgültig keine Anstellung bekommen. Das hängt davon ab, welche Entscheidungen die Kirchenregierung in dieser Frage trifft.

Von den Spenden haben wir in diesem Jahr folgende Vorhaben unterstützt:

Arbeitsloseninitiative Königslutter
(Zuschuß zu den Personalkosten der ABM-Stelle)

Jugendarbeit einiger Gemeinden um Liebenburg
(Zuschuß zu einer zeitlich begrenzten Stelle
für ein Anerkennungspraktikum)

Zuschuß zu dem Projekt Arbeit und Lernen
der Diakonischen Beratungsdienste Goslar,
Obere Schildwache 6 a

Zuschuß zu dem Projekt Arbeit und Lernen
der Propstei Schöppenstedt (Materialkosten
für den Ausbau eines Jugendheimes in Seinstedt)

Die Zahl der Projekte, die wir unterstützen ist noch nicht sehr groß. Das liegt auch daran, daß wir noch nicht sehr bekannt sind. Hier brauchen wir die Unterstützung aller unserer Förderer und Mitglieder. Wenn Sie von einem Arbeitslosenprojekt oder Vorüberlegungen zu einem solchen erfahren - sei es in einer Gemeinde oder einer Propstei - dann machen Sie die Initiatoren bitte auf unseren Verein aufmerksam.

Sehr hilfreich in dieser Hinsicht war ein Gespräch mit Frau Meier vom Diakonischen Werk in Braunschweig, die die Gemeinden bei der Einrichtung von ABM-Stellen berät.

Ganz allgemein finden wir, daß das uns gespendete Geld nicht sofort wieder ausgegeben werden muß. Es kann der Zeitpunkt kommen- und damit rechnen wir -, daß ein Projekt einmal eine größere Unterstützung braucht. Dann ist es gut, dafür entsprechende Mittel verfügbar zu machen.

Zum Schluß noch ein Hinweis: Am 5. Januar treffen wir uns um 19.30 Uhr im Amt für Jugendarbeit in Wolfenbüttel, Neuer Weg 15. Wir wollen dort eine große Sendung an Briefen, die wir an alle Kirchenvorstandsmitglieder unserer Landeskirche verschicken wollen, postfertig machen: Es müssen etwa 3.000 Briefe entweder direkt an die einzelnen Kirchenvorsteher oder auf dem Wege über die Pfarrämter versandt werden.

Nun wünschen wir Ihnen ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes Neues Jahr. Denen, die Arbeit haben wünschen wir, daß ihnen diese samt dem damit verbundenen Einkommen erhalten bleibt, denen, die keine Arbeit haben, daß sie eine solche finden und beiden Gruppen, daß sie einander zugewandt bleiben.

Der Vorstand der Aktion Arbeitslosenabgabe

Hartmut Padel, Kay Hempel, Wilfried Steen und Hanna Stöckmann-Wrede



**Aktion
Arbeitslosen
Abgabe**
In Braunschweig

Protokolle und Materialien 1987



E i n l a d u n g

zu einem Studientag mit Professor Fahlbusch Hannover
am Sonnabend, d. 17. Januar 1987 von 9.30 bis 17.00 Uhr
im Haus Kirchlicher Dienste in Braunschweig-Riddagshausen

Thema:

DIE ARBEITSLOSIGKEIT ALS HERAUSFORDERUNG DER ORTSGEMEINDE
=====

Verlauf:

Vormittag: Einführendes Referat zum Thema Prof. Fahlbusch

Diskussion im Plenum

Kleingruppen zu folgenden Themen:

- Arbeitslosigkeit - eine Anfrage an die Theologie und das Selbstverständnis der Kirche
- Arbeitslose in der Gemeinde entdecken und begleiten (Projekte mit Arbeitslosen)
- Arbeit und Anstellungsmöglichkeiten für Arbeitslose im Bereich einer Gemeinde

Nachmittag: Kurzreferat: Jugendarbeitslosigkeit als Anfrage an die Jugendarbeit der Kirche E. Binder

Diskussion im Plenum und ggf.

Fortsetzung der Gespräche in den Kleingruppen

Ziel des Studientages:

Ausgehend von der Grundsatzfrage, wie die Ortsgemeinde in der heutigen Situation dem ganzen Menschen dienen kann, wollen wir danach fragen, welche konkreten Aufgaben der Gemeinde daraus angesichts der Arbeitslosigkeit erwachsen und welche Erfahrungen in diesem Aufgabenbereich bisher gemacht wurden.

Vertreter verschiedener Projekte werden unter uns sein.

Organisatorisches:

Tagungsbeitrag zur Deckung der Unkosten: DM 5,--

In den Pausen wird Kaffee oder Tee gereicht. Wir sorgen dafür, daß in einem der benachbarten Lokale ein einfaches Mittagessen bereitgehalten wird. (Nicht im Tagungsbeitrag inbegriffen)

Anmeldung erbeten an: Padel, Theodor-Francke-Weg 47, 33 Braunschweig
Tel.: 0531- 51 11 82



Braunschweig, 2. Febr. 1987

Liebe Mitglieder!

Zu unserer nächsten Mitgliederversammlung am

Montag, den 16. Februar 1987
20.00 Uhr im Amt für Jugendarbeit, Wolfenbüttel
Neuer Weg 15

laden wir Sie herzlich ein.

Tagesordnung:

1. Begrüßung, Protokoll
2. Nachbesprechung unseres Studientages am 17. Jan.,
der eine sehr positive Resonanz gefunden hat,
und Aspekte für die Weiterarbeit, z. B.
Planung eines weiteren Studientages in diesem
Jahr mit langfristiger Vorbereitung
3. Finanzbericht und Wahl von zwei Kassenprüfern
4. Anträge auf Vergabe von Mitteln
von a) Seinstedt
b) Königsleutert
c) Verein Hubeta Braunschweig
d) Arbeitslosenzeitung Braunschweig
5. Bericht über die Verhandlungen mit dem Finanzamt
über die Spendenabzugsfähigkeit und Satzungs-
änderung.
(Leider können wir unsere Spenden doch nicht von
der Steuer absetzen. Darum dürfen wir für 1986
auch keine Spendenbescheinigung ausstellen. Für
1987 werden wir höchstwahrscheinlich die Ge-
nehmigung dafür erhalten.)
6. Verschiedenes

An der Zahl der Anträge wird deutlich, daß unser Verein in der
Region immer bekannter wird. Wir freuen uns, daß unsere Arbeit
Fortschritte macht, würden es aber sehr begrüßen, wenn unsere
Entscheidungen und Planungen von möglichst vielen Mitgliedern
auf unseren Versammlungen mitgetragen werden könnte.

Bis zum 16. Februar

Mit freundlichem Gruß

gez. K. Hempel

PROTOKOLL DER MITGLIEDERVERSAMMLUNG "AAA" IN BRAUNSCHWEIG B.V.

AM MONTAG, DEN 16. FEBR. 1987 IM AMT FÜR JUGENDARBEIT, WOLFENBÜTTEL

Anwesend: Frau Camerer, Frau Ende, Frau Dinke, Frau Picht, Frau Schmauks, Frau Stöckmann-Wrede, die Herren Binder, Hempel, Jordens-Höke, Mercker, Padel, Pramann, Steen, *Quitte*

1. Begrüßung - besonders der Gäste Frau Linke, Herr Quitte und Herr Pramann. Nach kurzer Überlegung, welche Dinge für die Versammlung anliegen, wird die Tagesordnung wie folgt umgestellt:
2. Die Protokolle vom 29. Sept. und 17. Nov. 1986 werden genehmigt.
3. Für das Arbeitslosen-Projekt und den Arbeitslosen-Verein in Königslutter erläutern und begründen Frau Linke und Herr Quitte ihre Anträge auf Vergabe von Mitteln durch die AAA:
 - a. 2400,-DM als Personalkostenzuschuß für die ABM-Stelle ab März 1987. Die Stelle wird für Frau Linke ein zweites Jahr eingerichtet. Das Arbeitsamt trägt 60%, die restlichen 20% teilen sich verschiedene Kostenträger.
 - b. Antrag auf Tendenzbeschuß zur Beteiligung an Mietkosten. Es handelt sich um günstig gelegene Räumlichkeiten, die für die Arbeit mit Arbeitslosen in Königslutter nötig sind - als eine zentrale "Anlaufstelle". Die monatl. Kosten dafür werden 600,-DM betragen.
4. Herr Pramann vom Verein Hubeta stellt zunächst die Arbeit des Vereins vor. Der Verein hat sich aus einer Arbeitslosen-Initiative in der Gemeinde Alt-Lehndorf, Braunschweig gebildet. Er hat noch wenige Mitglieder. Geplant sind vor allem: Betreuung von Kranken und Hilfsbedürftigen in Form einer Hauspflege, ein Café, eine Schneiderei. Bisher hat es eine Sammlung von Altkleidern gegeben. Die Pläne für die Zukunft sind noch nicht sehr konkret. Langfristig sollen die Projekte des Vereins sich selber tragen bzw. sogar wirtschaftlich arbeiten. Für den Anfang benötigt Hubeta allerdings Startkapital, das sich der Verein von verschiedenen Trägern erbittet. Herr Pramann wird um konkretere Angaben gebeten. Zwei Dinge werden dabei deutlich, für die Hubeta Geld benötigt und von der AAA erbittet:
 - a. Zuschuß zu den Mietkosten für schon vorhandene, aber noch nicht angemietete Räumlichkeiten. Die Kosten werden monatlich 825,-DM betragen.
 - b. Für die Hauspflege ist eine Berufshaftpflicht notwendig, die jährlich 940,-DM kosten wird.
5. Von Projekt Arbeit und Lernen in Seinstedt liegt ein schriftlicher Antrag auf Vergabe von 3000,-DM vor. Dieses Geld wird benötigt, um schon verausgabte Materialkosten zu decken, die von der Bezirksre-

- gierung nachträglich nicht genehmigt wurden.
6. Frau Stöckmann-Wrede legt den Finanzbericht für das Jahr 1986 vor (s. Anlage). Sie erläutert ihn und bemerkt, daß die geringen Ausgaben dadurch zustande kommen, daß die für 1986 genehmigten Gelder für die Projekte in Goslar und Seinstedt erst im Dezember 1986 angefragt und erst im Januar 1987 überwiesen wurden. Die Ausgaben für 1986 betragen daher eigentlich 13 543, 33 DM! Als Kassensprüfer werden Frau Picht und Herr Jordens-Höke gewählt. Herr Binder fragt an, ob die Gelder der AAA nicht bei einer anderen Bank als der Nord/ID angelegt werden können, da letztere Geschäfte mit Südafrika mache. Der Vorstand soll diese Frage bedenken.
 7. Abstimmung über die verschiedenen Anträge:
 - a) Der Zuschuß zu den Personalkosten für die ABM-Stelle in Königslutter in Höhe von 2400,-DM (s. 3.a.) wird mehrheitlich genehmigt.
 - b. Ein Zuschuß zu den Mietkosten für die Räumlichkeiten in Königslutter (s. 3.b.) wird tendenziell genehmigt, sofern sich der Verein um andere bzw. weitere Kostenträger bemüht.
 - c. Dem Verein Hubeta betreffend (s. 4.) wird die Übernahme seiner Kosten für die Berufshaftpflicht in Höhe von 940,-DM jährlich genehmigt, wenn Hubeta den Pflegedienst tatsächlich eröffnet.
 - d. Weiterhin wird mehrheitlich zugestimmt, daß die AAA bereit ist, im Rahmen eines festeren Finanzierungsplanes von Hubeta einen Zuschuß zu deren Mietkosten zu gewährleisten. Der Vorstand wird ermächtigt, nach Rücksprache mit Hubeta maximal einen Zuschuß in Höhe von drei Monatsmieten zu bewilligen.
 - e. Dem Antrag aus Seinstedt (s. 5.) wird tendenziell zugestimmt. Allerdings sollte vor Vergabe des Geldes noch geklärt werden, ob sich nicht ein Finanzierungsträger findet, der von dem durch das eingesetzte Material entstandenen Wertzuwachs profitiert (z.B. die Propstei).
 8. Herr Padel berichtet über die Verhandlungen mit dem Finanzamt: Im Moment - konkret für das Jahr 1986 - sind die Spenden für die AAA nicht abzugsfähig. Die Freistellung für AAA beruht auf Mildtätigkeit (vgl. Satzung). Diese kann aber nur in ganz wenigen Fällen eingehalten und nachgewiesen werden. Ziel der Verhandlungen mit dem Finanzamt ist es, die Spendenabzugsfähigkeit zu erlangen, indem der Verein AAA als gemeinnützig anerkannt wird. Hier aber scheint es Schwierigkeiten zu geben. Mehrere Möglichkeiten werden erwogen:
 - a. Mit dem Finanzamt weiter um die Gemeinnützigkeit verhandeln (Steuerberaterin hinzuziehen!)

- b. Anschluß von AAA an das Diakonische Werk
- c. Den Sitz des Vereins wechseln, da andere Finanzämter die Gemeinnützigkeit offenbar leichter anerkennen.
- d. Auf die Spendenabzugsfähigkeit verzichten.
- 9. Im Oktober 1987 ist wieder ein Studientag geplant. Schon ab März soll dieser Tag vorbereitet werden.
- 10. Das Arbeitsamt ist bereit, eine ABM-Stelle für die AAA zu genehmigen. Über diese Möglichkeit soll weiter nachgedacht werden.
- 11. Die nächste Sitzung (Mitgliederversammlung) findet am Montag, den 27. April um 20 Uhr im Amt für Jugendarbeit, Wolfenbüttel statt.

Braunschweig, den 20. Februar 1987

Hanna Stadmann - Wrede

FINANZBERICHT für das Jahr 1986

Aktion Arbeitslosen Abgabe Braunschweig e.V.

1. Übersicht

Einnahmen gesamt 1986:	29 654,26 DM
Ausgaben gesamt 1986:	<u>3 073,90 DM</u>
Rest 1986:	26 580,36 DM
Haben Vorjahre:	<u>35 056,23 DM</u>
Haben Ende 1986:	<u>61 636,59 DM</u>
vgl. Kontostände Ende 1986:	
Postgirokonto Nr. 493877-307:	20 429,47 DM
Termingeld Nord/LB Nr. 1020057787:	10 843,78 DM
Termingeld Nord/LB Nr. 1020057806:	10 363,34 DM
Zertifikat Nord/LB Nr. 7031544842:	<u>20 000,- DM</u>
	61 636,59 DM

2. Aufschlüsselung der Einnahmen und Ausgaben

a. <u>Einnahmen:</u>	<u>29 654,26 DM</u>
Spenden:	28 721,- DM
Kollekten:	234,- DM
Zinsen:	<u>699,26 DM</u>
	29 654,26 DM
b. <u>Ausgaben:</u>	<u>3 073,90 DM</u>
Verwaltung:	707,90 DM
Projekte	
Unterstützung Herr Silber	426,- DM
Königslutter	1 200,- DM
Liebenburg	740,- DM
Goslar (erst im Jan 1987 überwiesen)	{ 9 810,- DM)
Seinstedt (erst im Jan 1987 überwiesen)	{ 660,- DM)
	<u>3 073,90 DM</u>

AKTION ARBEITSLOSEN-ABGABE IN BRAUNSCHWEIG
SULZBACHER STR. 41
3300 BRAUNSCHWEIG
POSTGIROKONTO HANNOVER 493877-307



Aktion Arbeitslosen-Abgabe

An Frau/Herrn *Eckehard Binder*
Vorsfelder Str. 21
3332 Grasleben

Wir bestätigen hiermit, daß Sie im Jahr 1986 für die
Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig e.V. einen
Betrag in Höhe von *470,-* DM gespendet haben.
Für Ihr finanzielles Engagement möchten wir uns ganz
herzlich bedanken.

Braunschweig, den 30. März 1987

Storckmann Ored



Braunschweig, 8. April 1987

Liebe Mitglieder!

Zu unserer nächsten Mitgliederversammlung am Montag, d. 27. 4. 1987
um 20.00 Uhr im Amt für Jugendarbeit, Neuer Weg 15, Wolfenbüttel,
möchten wir Sie wieder ganz herzlich einladen.

Tagesordnung

1. Verabschiedung des Protokolls der letzten Sitzung
2. Berichte und Informationen
3. Anträge auf Zuschüsse von
 - a) Projekt Goslar
 - b) ~~Erwerbslosen-Zeitung Braunschweig~~ *Sarstedt*
4. ABM-Kraft für die AAA
5. Vorbereitung des Studientages im Oktober
6. Sonstiges *- Siedepfanne*
- Finanzamt

Mit freundlichem Gruß

gez. K. Hempel

Protokoll der Mitgliederversammlung der "AAA" in Braunschweig E. V.
vom Montag, den 27. 4. 87 im Amt für Jugendarbeit in Wolfenbüttel.

Anwesend: Frau Camerer, Frau Ende, Frau Meyer (Diakonisches Werk),
Frau Schmauks, Frau Stöckmann-Wrede, Herr Binder, Herr Hempel,
Herr Hille, Herr Koch (Projekt Seinstedt), Herr Padel, Herr Röpke
(Projekt Goslar), Herr Steen

1. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 16. 2. 87

2. Berichte und Informationen (einschließlich Anträge auf Zuschüsse):

- a) Herr Padel berichtet, daß in Braunschweig-Lehndorf ein Verein
"Lehndorfer Jugendwerkstatt" gegründet wurde, dem er selbst auch als
Mitglied angehört. Ähnlich wie in Goslar ist die Tätigkeit des Vereins
darauf gerichtet, schwer vermittelbaren Jugendlichen zu helfen. Es ist
geplant, ein renovierungsbedürftiges Haus zu pachten und mit ca. 12 Ju-
gendlichen zu renovieren. Dafür wird handwerkliche und pädagogische
Betreuung benötigt. Das Arbeitsamt hat ABMKräfte in Aussicht gestellt.
Eventuell wird die "AAA" später um Unterstützung gebeten werden.
- b) Projekt Goslar: Zur Zeit läuft das 2. Werkstattprojekt mit 20
Jugendlichen (Sept. 86-Juli 87). Das Projekt gliedert sich in Arbeit
(25 Std) und Lernen (15 Std), wobei vor allem Bewerbungen und Einstellungs-
test mit den Jugendlichen geübt werden. 10 Jugendliche arbeiten auswärts
in Heimen etc.

Antrag an "AAA": Wegen Kürzung der Landesmittel wird ein Betrag von
10000 DM zur Restfinanzierung einer Tischlerstelle benötigt. Der Be-
trag wird in Aussicht gestellt, kann nach Bedarf abgerufen werden.

c) Projekt Seinstedt: Das Projekt - Ausbau des Pfarrhauses zum Jugend-
zentrum läuft jetzt im 3. Jahr. Jugendliche ohne Hauptschulabschluß
arbeiten 24 Stunden und besuchen 16 Stunden einen Volkshochschulkurs, um
den Hauptschulabschluß nachzuholen, was ca. 50% schaffen. Das Arbeits-
amt kümmert sich danach um die weitere Betreuung.

Antrag an "AAA": Es geht noch einmal um den Betrag von DM 3000.-, der
von der Bezirksregierung nicht genehmigt wurde (s. Protokoll der Sitzung
vom 16. 2. 87). Bei der Abstimmung über den Antrag ergibt sich ein Ver-
hältnis von 4 Stimmen dafür, 3 dagegen, 3 Enthaltungen. Wie sich bei
einer nachträglichen juristischen Überprüfung herausstellte, ergab sich
damit keine Mehrheit für den Antrag. Er muß daher wiederholt werden.
Inzwischen wird der Betrag vom Amt für Jugendarbeit, Wolfenbüttel, vor-
gestreckt.

d) Erwerbslosenzeitung: zur Zeit wird kein Geld benötigt.

3. ABMKraft für die "AAA": Das Arbeitsamt stimmt grundsätzlich zu,

schlägt aber eine Absprache mit dem Diakonischen Werk vor, das ja auch eine entsprechende Kraft (z. Zt. Frau Meyer) hat. Ein Gespräch mit dem Diakonischen Werk in dieser Angelegenheit soll geführt werden. Im übrigen soll die geplante ABMKraft mehr Projekte begleiten als sich um Einzelpersonen kümmern, die Bewußtseinsbildung in den Gemeinden zum Thema Arbeitslosigkeit verbessern, Anstöße geben. Sie soll der "AAA" einen Teil der Geschäftsführung abnehmen und über alle Zuschußmöglichkeiten informiert sein.

4. Studientag: Mit diesem Studientag sollen vor allem Kirchenvorstandsmitglieder angesprochen werden und für die Ziele von "AAA" gewonnen werden. Mit der Vorbereitung befaßt sich ein Ausschuß aus den Mitgliedern der "AAA" Ende, Padel, Stöckmann-Wrede sowie Frau Meyer.

5. Spenden abzugsfähigkeit: Gemeinnützigkeit wird vom Finanzamt anerkannt, wenn bestimmte Gruppen (Z.B. Jugendliche, Behinderte) gefördert werden. Damit würde sich die "AAA" aber in ihrer Tätigkeit einschränken lassen. Da aber nicht alle Spender Wert auf Spenden abzugsfähigkeit legen, bestünde eventuell die Möglichkeit, die Spenden in frei verfügbare Gelder und Gelder, die im Sinne der amtlichen Gemeinnützigkeit verwendet werden, aufzuteilen. Sonst käme noch der Anschluß an das Diakonische Werk in Frage.

6. Als Bank, die keine Geschäfte mit Südafrika macht, wurde die Evangelische Kreditgenossenschaft in Hannover ermittelt. Es wurde beschlossen, einen Teil der Gelder wegen der schnelleren Verfügbarkeit doch auf einer Braunschweiger Bank zu belassen, einen Teil auf die Bank in Hannover zu übertagen.

7. Das nächste Treffen soll am 22. 6., voraussichtlich in Braunschweig, stattfinden.

Braunschweig, den 1. Mai 1987

Luitgard Camerer



EINLADUNG

zur Mitgliederversammlung der Aktion Arbeitslosenabgabe

Sehr geehrte Damen und Herren!

Hiermit lade ich Sie zur nächsten Mitgliederversammlung unseres Vereins ein:

am Montag, d. 22. Juni 1987 um 20.00 Uhr.

Dieses Mal in Braunschweig im Gemeindesaal der Magni-Gemeinde, Hinter der Magni-Kirche 7.

Tagesordnung:

1. Protokoll der letzten Sitzung
(Dieses liegt zusammen mit dem Protokoll der vorletzten Sitzung, das allerdings schon angenommen worden ist, bei.)
2. Mitgliedschaft unseres Vereins im Diakonischen Werk
3. Bericht der Kassenprüfer und Entlastung des Vorstands
4. Studientag am 24. Oktober 1987 im Haus kirchlicher Dienste. Folgende Fragen sollen an diesem Tag behandelt werden:
Wie gehen wir in unseren Gemeinden mit Arbeitslosigkeit um? Wie kommen Arbeitslose in unseren Gemeinden vor?
Dazu wollen wir Arbeitslose aus verschiedenen Arbeitslosenprojekten und -zusammenschlüssen einladen.
5. Bericht über Zuwendungen
6. Verschiedenes

Zu der in der letzten Sitzung beschlossenen ABM-Stelle unseres Vereins ist zu sagen, daß die Wicherngemeinde in Braunschweig bereit ist, dem auf diese Stelle zu berufenden Menschen in ihren Räumen einen Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen. Er wird im Wichernhaus im Kanzlerfeld seinen Sitz haben. Aber zunächst muß jetzt erst einmal diese Stelle beantragt werden. Das soll jetzt geschehen.

Der TOP 2 hängt mit der Frage der Absetzbarkeit unserer Spenden vom zu versteuernden Einkommen zusammen. Da diese Frage für unsere Mitglieder und Spender nicht ganz unwichtig ist, möchte ich sie - so kurz das geht - aufgreifen. Viele von Ihnen haben in letzter Zeit eine Steuernachforderung ihres Finanzamtes bekommen (oder werden sie bekommen). Damit hat es folgende Bewandnis:

Ursprünglich hatten wir mit dem Finanzamt ausgehandelt, daß wir als mildtätiger Verein anerkannt sind. Das aber entspricht, wie sich schon bei der ersten Prüfung durch das Finanzamt ergab, unserer Aufgabenstellung ganz und gar nicht. Wir hätten dann nur Einzelpersonen unterstützen dürfen, die - bezogen auf die entsprechenden Sozialhilfesätze - eine bestimmte Höchstgrenze an Sozialhilfe nicht überschritten haben. Und für jede dieser von uns unterstützten Personen hätten wir außerdem einen Nachweis ihrer Bedürftigkeit im Sinne der Abgabenordnung des Einkommensteuergesetzes beibringen müssen.

Eine Unterstützung von Arbeitslosenprojekten und Zuschüsse an Gemeinden für die Einstellung eines Arbeitslosen wäre nach der Einstufung als mildtätiger Verein nicht möglich gewesen.

Was wir brauchen ist die Anerkennung der Gemeinnützigkeit. Die aber bekommt ein Verein wie der unsrige nur in der allgemeinen Form (Befreiung von der Körperschaftsteuer) nicht aber in der speziellen Form (Berechtigung zur Ausstellung von Spendenbescheinigungen für die Finanzämter) zugesprochen. Das hat seinen Grund darin, daß Unternehmungen zur Überwindung von Arbeitslosigkeit im Katalog der Gemeinnützigkeit (noch?) nicht vorkommen oder allgemeiner gesagt, Arbeitslosigkeit als Ziel gemeinnütziger Tätigkeit nicht anerkannt wird. Es ginge allenfalls, wenn wir uns ausschließlich arbeitslosen Jugendlichen oder Behinderten zuwenden, dann aber nicht wegen der Arbeitslosigkeit sondern der anderen Merkmale wegen. Wir haben erwogen unsere Satzung dahingehend zu ändern. Das aber würde uns in dieser Hinsicht wieder sehr einengen.

So wollen wir nun einen anderen Weg versuchen. Bei den anerkannten Wohltätigkeitsverbänden stellt sich diese Frage in dieser Konkretheit gar nicht. Sie sind allgemein anerkannt und haben in dem, was sie im einzelnen tun, viel mehr Freiheit, als ein kleiner Verein, wie wir es sind. Bei uns schaut das Finanzamt viel genauer hin als dort. Darum haben wir vorgefühlt, ob uns das Diakonische Werk als Mitglied aufnehmen würde. Es scheint dazu bereit zu sein.

Mit dieser Frage wollen wir uns am 22. 6. 1987 beschäftigen. Dieser Schritt hätte allerdings nur Sinn, wenn wir auf diesem Wege die Zuerkennung der besonderen Gemeinnützigkeit erlangten. Das werden wir bis zum 22. 6. geprüft haben.

Ich schreibe Ihnen das so ausführlich, weil ich damit auf die verschiedentlich an mich gerichteten Fragen eine etwas ausführlichere Antwort geben und zugleich erläutern wollte, was sich hinter dem TOP 2 verbirgt.

Aus den oben angeführten Gründen bekommen Sie nun auch keine Bescheinigung sondern nur eine Bestätigung des von Ihnen im Jahr 1986 gespendeten Betrages.

Mit freundlichem Gruß

H. Padel

Protokoll der Mitgliederversammlung der "AAA" e. V. in Braunschweig vom 22. 6. 1987 im Gemeindehaus der Magni-Gemeinde in Braunschweig

Anwesend: Fr. Camerer, Fr. Picht, Fr. Schöning, Fr. Schmauks, Hr. Binder, Hr. Fay, Hr. Padel

1. Genehmigung des Protokolls der vorigen Sitzung und Feststellung der Beschlußfähigkeit

2. Studientag der AAA: Der Studientag soll am 24. Oktober des Jahres im Haus kirchlicher Dienste in Braunschweig-Riddagshausen stattfinden. Zielvorstellung ist die inhaltliche und informelle Koordination der Arbeit von Arbeitslosengruppen. Zielgruppe sollen besonders Arbeitslose in den Gemeinden und Arbeitslosengruppen sein.

Thema: "Wie gehen wir in unseren Gemeinden mit Arbeitslosen und dem Phänomen "Arbeitslosigkeit" um?"

Die Werbung für die Teilnahme am Studientag kann über "Kirche von unten" laufen, darüberhinaus sollen einzelne Mitarbeiter in den Gemeinden konkret angesprochen werden. Es ist zudem geplant, eine Stellwand mit Informationen über die Arbeit der AAA anzufertigen, die im HKD aufgestellt werden soll.

Folgende Vorschläge zur inhaltlichen Planung wurden gemacht:

Wie werden Arbeitslosengruppen in Gemeinden gegründet?

Wie läßt sich Problembewußtsein wecken, bzw. vertiefen?

Informationen über Modalitäten beim Antrag auf Arbeitslosengeld, bzw.-hilfe, Modalitäten über Vermittlung bei Arbeitslosigkeit.

Wie kann und soll Kirche an Arbeitslose herantreten? Stichwort: Betreuungskirche, Helfergefälle.

Erwarten Arbeitslose überhaupt Hilfe von der Kirche, bzw. von ihrer Gemeinde? Stichwort: Schwellenangst

Erfahrungsaustausch von Arbeitsloseninitiativen

Frau Picht skizzierte in diesem Zusammenhang die Situation in der Langelsheimer Region und will die dortige Problemlage in den Studientag miteinbringen.

Angesichts der komplexen Problematik sollen die Inhalte des Studientages folgendermaßen strukturiert werden: (Leitend sind dabei die unterschiedlichen Stadien des Problembewußtseins)

a) Arbeitslose berichten von ihrer individuellen sozialen Situation, Informationen über sozialen Status

b) Arbeitslosigkeit als Thema der Kirchengemeinden, und Darstellung verschiedener Stadien von Problembewußtsein

c) Erwartungen von Arbeitslosen an Kirche und Gemeinde

3. Der Antrag auf Entlastung des Kassenwartes wird einstimmig angenommen und gleichzeitig gebeten, Belege und Quittungen sorgfältig beizubringen.

4. Die Mitgliedschaft der AAA im Diakonischen Werk soll durch Herrn Padel beantragt werden. Bei Mitgliedschaft im Diakonischen Werk wären die Spenden für die AAA steuerlich abzugsfähig.

Das Verfahren stellt sich wie folgt dar:

a) Die AAA stellt einen Antrag auf Mitgliedschaft im DW.

b) Es muß ein Passus in die Satzung der AAA aufgenommen werden, aus dem hervorgeht, daß die AAA im Sinn des DW arbeitet, d. h. Ziele desselben in bezug auf den eigenen Arbeitsbereich teilt.

c) Bei Auflösung der AAA geht die verbleibende Finanzmasse an das DW über.

Dem Antrag auf Beantragung der Mitgliedschaft im DW der AAA wird einstimmig zugestimmt.

5. Bericht über Zuwendungen:

a) Beschlußfassung über Zuwendungen an das Projekt in Seinstädt wird vertagt

b) "Hubeta" erhält vom Arbeitsamt und Sozialamt AB-Stellen und von der AAA Unterstützung

c) Es besteht eine weitere Anfrage von seiten eines Goslarer Altenheimers, das einen Zuschuß der AAA zur Finanzierung einer AB Kraft erhalten soll. (1500 DM). Der Vorstand erteilte die Genehmigung.

d) Das Finanzvolumen der diakonschen Beratungsdienste (Werkstattprojekt) in Goslar beträgt z. Zt. 535000 DM, die AAA gibt eine Summe von 10000 DM für eine AB-Stelle.

Frau Camerer weist darauf hin, daß es langfristiges Ziel der AAA sein müßte, feste Arbeitsverhältnisse für die Unterstützten zu schaffen, bzw. anzustreben.

Die nächste Sitzung der AAA soll am 11. August 1987 im ajaß in Wolfenbüttel um 20.00 Uhr stattfinden.

Der Termin, an dem die Satzungsänderung zum Beschluß kommen soll, vgl. Punkt 4b oben) soll der 28. September 1987 sein.

Susanne Schwantes

AKTION ARBEITSLOSEN-ABGABE IN BRAUNSCHWEIG
SULIBACHER STR. 41
3500 BRAUNSCHWEIG
POSTGIROKONTO HANNOVER 493877-307



Aktion Arbeitslosen-Abgabe

11. Sept. 1987

EINLADUNG ZUR MITGLIEDERVERSAMMLUNG

am Montag, dem 28. September, um 20 Uhr

im Amt für Jugendarbeit, Neuer Weg 15, 3340 Wolfenbüttel

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Vertretung von Herrn Padel, der in Urlaub ist, lade ich Sie herzlich zu uns nach Wolfenbüttel ein.

Folgende Tagesordnung wird vom Vorstand vorgeschlagen:

1. Verabschiedung des Protokolls der Sitzung vom 22.6.87
2. Beschlußfassung über die Änderung der Satzung
(ein Entwurf liegt bei)
3. Nachwahl von Vorstandsmitgliedern
4. Beratung und Beschlußfassung über einen Antrag auf Bezuschussung der Jugendwerkstatt Lehdorf
5. Studientag am 24. Oktober 1987
6. Verschiedenes

Zu TOP 2:

Ich bitte herzlich und dringend um "zahlreiches" Erscheinen, denn laut Satzung müssen "mindestens 20 % aller Mitglieder anwesend sein, um Satzungsänderungen zu beschließen.

Zu TOP 3: Diakon Kay Hempel wird in Zukunft in Bremerhaven arbeiten und scheidet deshalb als Vorstandsmitglied aus. Außerdem ist Hans-Martin Gutmann verzogen. Wir benötigen daher zwei neue Vorstandsmitglieder. Wer ist dazu bereit? Vorschläge bitte frühzeitig an mich durchgeben!

Zu TOP 5:

Jeder sollte sich schon unseren Studientag am 24. Oktober 1987 im Wichernhaus, Kanzlerfeld in Braunschweig vormerken!
Wir wollen an diesem Tag von 9.00 Uhr bis ca. 17.00 Uhr zusammenkommen.

Unser Programm:

1. Erfahrungsaustausch: Wo und wie begegnen uns Arbeitslose in der Gemeinde?
2. Arbeitslose berichten von ihrer Situation, ihren individuellen und sozialen Problemen, von ihren Erwartungen an Kirche.
3. Helmut Metzger, Geschäftsführer der Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Hannover, gibt einen Bericht über die dortige Arbeit, besonders über Gemeindeprojekte mit und von Arbeitslosen.
4. Welche Erwartungen haben Arbeitslose an Kirchengemeinden? Ergeben sich daraus Möglichkeiten für unsere Arbeit?

Mit herzlichen Grüßen
Ihr gez. Wilfried Steen

Anlagen



Braunschweig, den 12. 11. 87

Protokoll der Mitgliederversammlung vom 28. 09. 87 in Wolfenbüttel

Anwesend: Frau Camerer, Herr Fay, Herr Binder, Frau Picht, Frau Schmauks, Frau Somogywar, Frau Mohr, Herr Steen, Frau Steen, Frau Stöckmann-Wrede

1. Genehmigung des Protokolls der Mitgliederversammlung vom 22.6.87

Das Protokoll wird mit folgendem Zusatz genehmigt: "Die Versammlung ist sich einig, daß eine ABM-Kraft von der AAA eingestellt werden soll. Der Vorstand erhält den Auftrag, möglichst bald beim Arbeitsamt einen entsprechenden Antrag zu stellen. Die Aufgaben der ABM-Kraft sollen schwerpunktmäßig darin liegen, Gemeinden bei Projekten mit und von Arbeitslosen zu beraten, zu unterstützen und anzuregen. Einen Raum (=Arbeitsplatz) stellt die Wicherngemeinde zur Verfügung."

2. Beschlußfassung über Satzungsänderung

- a) Der geänderte Satzungstext wird durchgegangen und diskutiert. Information: Die AAA bleibt auch als Mitglied des Diak. Werkes ein selbständiger Verein so wie eine selbständige juristische Person.
- b) Die Satzungsänderung wird einstimmig angenommen.

3. Nachwahl von Vorstandsmitgliedern

Diese ist noch nicht möglich, da sich bisher noch keine Kandidaten/innen zur Verfügung gestellt haben. Es sollen vor allem nichttheologische kirchliche Mitarbeiter/innen gefragt werden.

4. Bezuschussung von Projekten

- a) Das Projekt "Alte Ziegelei" in Lehndorf wird kurz vorgestellt. Eine Beschreibung des Projektes sowie ein Finanzierungsplan liegen schriftlich vor. Die "Alte Ziegelei" beantragt einen Zuschuß in Höhe von DM 10.000,--. Diesem Antrag wird zugestimmt.
- b) Ein "Projekt" in der Propstei Schöppenstedt sieht vor, eine ABM-Kraft für die Jugendarbeit in 3 Dörfern sowie Schöppenstedt einzustellen. Die Maßnahme soll mit einer Lehrerin besetzt werden, die nur zu 80 % gefördert wird. Daher beantragt die Propsteijugend einen Zuschuß in Höhe von ca. DM 9.000,--. Der Antrag wird diskutiert: Grundsätzlich wollen die Mitglieder auch Einzel-AB-Maßnahmen wie in diesem Fall fördern. Aber zunächst müßte auch bei Landeskirchenamt, bei Gemeinden und der Propstei um Zuschüsse gefragt werden. Nach Einholung näherer Informationen und Rückfrage wegen anderer Finanzierungsträgern wird ein Zuschuß in Höhe von DM 2.500 - DM 3.000,-- bewilligt.

5. Studientag am 24. 10. 1987

Inhaltlich ist der Studientag geplant. Es müssen noch Einladungen an die Mitglieder sowie an die Kreisstellen des Diak. Werkes verschickt werden.

6. Die nächste Mitgliederversammlung findet am Montag, den 23.11.87 um 20.00 Uhr im Ajab in Wolfenbüttel, Neuer Weg 15, statt.

gez. Hanna Stöckmann-Wrede



Braunschweig, 7. Okt. 1987

E i n l a d u n g

zum 2. Studientag 1987 am 24. Oktober 1987 von 9.00 bis 17.00 Uhr
im Wichernhaus Kanzlerfeld

Thema: Wie gehen wir in unseren Gemeinden mit Arbeitslosen und
dem Phänomen Arbeitslosigkeit um?

Verlauf:

Vormittags ab 9.00 Uhr

1. Erfahrungsaustausch zum Thema
eingeleitet durch Kurzbeiträge.
2. Arbeitslose berichten von ihrer Situation.
3. Diskussion dazu -ggf. in Gruppen-.

Mittagspause (es gibt ein einfaches Mittagessen im Wichernhaus)

Nachmittags ab 14.00 Uhr

4. Herr Metzger, Geschäftsführer der AAA Hannover, berichtet von
der dortigen Arbeit.
5. Gespräch (ggf. in Gruppen) über die Frage: Welche Projekte
sind bei uns möglich und wie müssen sie aussehen, damit sie
nicht nur vorübergehende Hilfsmaßnahmen sind.

Wir erbitten einen Unkostenbeitrag von DM 5,--.

Anmeldung auf anhängendem Zettel oder telefonisch bei
H. Stöckmann-Wrede Tel. 0531-74044 oder
W. Steen Tel. 05331-76016
bis spätestens zum 21. 10. 1987.

Zu dieser Tagung lädt ganz herzlich ein
die Aktion Arbeitslosen-Abgabe

hier abtrennen

An
Aktion Arbeitslosen-Abgabe
Sulzbacher Str. 41
3300 Braunschweig

Ich/Wir kommen zum Studientag am 24. 10. 1987 mit Personen.
Ich/Wir nehme(n) am Mittagessen teil/nicht teil.

Name: _____ Anschrift: _____

Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig
Sulzbacher Str. 41
3300 Braunschweig

Braunschweig, d. 12. 11. 87

Liebe Freunde!

Hiermit lade ich Sie zur nächsten Mitglieder-
versammlung unseres Vereins ein.
Sie findet statt am Montag, dem 23. 11. 1987,
um 20.00 Uhr im Amt für Jugendarbeit in
Wolfenbüttel, Neuer Weg 15.

Folgende Dinge sollen verhandelt werden:

1. Protokoll der letzten Sitzung
2. Wahlen zum Vorstand: Herr Kay Hempel ist
zum 1. Oktober 1987 aus dem Vorstand aus-
geschieden. Außerdem ist die Stelle des
Beisitzers schon seit längerem vakant.
Als Kandidatin schlägt der Vorstand
Frau E. Schöning vor. Wir bitten um
weitere Vorschläge.
3. Aufgabenbeschreibung für den Inhaber
der ABM-Stelle. (Aller Voraussicht nach
bekommen wir vom Arbeitsamt eine ABM-
Stelle zum 1. 1. 1988 bewilligt.)
4. Auswertung der Tagung vom 24. 10. 1987
(S. beiliegenden Bericht, der in der
letzten Ausgabe der "Kirche von unten"
abgedruckt war.)
5. Bericht über die Propstei-Synode in Braun-
schweig, die am 14. 11. 1987 zum Thema Ar-
beitslosigkeit stattfand.

6. Verschiedenes
Mit freundlichen Grüßen

gez. H. Padel

Wie gehen wir in unseren Gemeinden mit Arbeitslosen
und dem Phänomen der Arbeitslosigkeit um?

Ein Bericht über eine Tagung der Aktion Arbeitslo-
senabgabe Braunschweig am 24. 10. 1987

Hartmut Padel

Das war eine bunt zusammengesetzte Gruppe, bestehend
aus Menschen von verschiedenem Herkommen und Ver-
tretern unterschiedlichster Gruppen, die sich am Sonn-
abend, dem 24. 10. im Wichernhaus im Kanzlerfeld zu-
sammengefunden hatten, insgesamt rund 25 Teilnehmer.
Schon diese Teilnehmerzahl ermutigte uns als Veran-
stalter sehr, hatten wir doch mit einer solchen Zahl
nicht zu rechnen gewagt. Und daß dann gleich Vertre-
ter aus drei Arbeitsloseninitiativen aus Kirchengem-
einden gekommen waren und unsere Zusammenkunft ent-
scheidend prägten, gab uns erst recht Auftrieb. Wie
sehr die Teilnehmer gewillt waren, das Seminar aktiv
mitzugestalten, zeigte sich in der gleich zu Beginn
geäußerten Kritik an unserem Thema. Darin komme noch
ganz deutlich das Gefälle von denen, die Arbeit haben,
zu denen, die eben keine haben, zum Ausdruck. Daß es
auch ganz anders sein kann, hat der Tag gezeigt; und
das war für mich sehr beglückend.

Für den Vormittag hatten wir bewußt auf ein Einfüh-
rungsreferat verzichtet. Wir hatten das Programm so
angelegt, daß die Vertreter der einzelnen Gruppen
aus ihren persönlichen Erfahrungen und von ihren
Gruppenaktivitäten berichten konnten. Davon wurde
dann auch reichlich Gebrauch gemacht, sehr zum Ge-
winn für die Tagung. So entrollte sich vor uns ein
buntes Bild: Es gab bewegende Schilderungen vom Le-
ben von Sozialhilfeempfängern und erfrischende Be-
richte aus den Selbsthilfegruppen, wie sie sich nach
und nach eine Position gegenüber den Ämtern erworben
haben. Aber es gab nicht nur Erfolgsberichte. Ein
Teilnehmer berichtete von einem Projekt mit arbeits-
losen Jugendlichen ("Arbeit und Lernen"), das er sel-
ber mit entwickelt hatte, und das nach einem Jahr we-
gen der ungünstigen Startbedingungen und Auflagen und
wegen erschwerender Begleitumstände abgebrochen werden
mußte. Darüber hinaus gab es viele Äußerungen von Ver-

tretern von Pfarrämtern und Kirchenvorständen darüber, wie außerordentlich schwer es doch sei, die Aufgaben, die uns als Kirche und Gemeinden mit der Arbeitslosigkeit gestellt seien, zu erkennen und anzugreifen.

Drei Themen waren es, die sich durch den Tag hindurchzogen und in verschiedener Weise immer wieder zur Sprache kamen:

1. Arbeitslosengruppen brauchen ihre Selbständigkeit. Dieses Thema klang in vielen Variationen an. Für die Kirchengemeinden z. B. bedeutet das, daß sie lernen müssen, ihre Betreuungsmentalität zu überwinden. Arbeitslose sind Partner, die - sind sie von einer Gemeinde erst einmal entdeckt worden - eine wichtige Gruppe im Leben der Gemeinde bilden. Die in Gruppen zusammengeschlossenen Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger sehen es letztlich viel lieber, wenn nicht für sie etwas getan wird, sondern wenn sie selber befähigt werden, ihre Sache in die Hand zu nehmen und zu vertreten.

Eine Gruppe berichtete, daß sie es geschafft habe, auf die für sie angestellte ABM-Kraft nach einem Jahr zu verzichten und ihre Gruppe mit eigenen Kräften selbständig zu führen.

2. Arbeitslose und Arbeitslosengruppen brauchen einen Platz in der Gesellschaft, und den können ihnen Kirchengemeinden besonders gut geben. Ebenso brauchen Arbeitslosengruppen - und das ist kein Gegensatz zu dem unter 1. Gesagten - Starthilfe und Begleitung. So bedarf es oft schon vieler Mühe, Arbeitslose aus ihrer Zurückgezogenheit und Vereinzelung herauszuholen. Zu der Starthilfe gehört auch ein eigener gemütlicher Raum, wobei die Gemütlichkeit durchaus mit Möbeln aus dem Sperrmüll hergestellt werden kann. Die Voraussetzung dafür, daß eine Kirchengemeinde ihre Aufgaben gegenüber den Arbeitslosen wahrnehmen kann, ist, daß sie sich mit ihren Führungsgremien der Problematik der Arbeitslosigkeit stellt und sich in die Situation der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger hineinzudenken versucht.

3. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) sind zwar nützlich und werden von Kirchengemeinden zunehmend entdeckt und in Anspruch genommen. Es darf aber nicht

übersehen werden, daß mit diesem Programm der Bundesanstalt für Arbeit das Problem der Arbeitslosigkeit nicht gelöst sondern überdeckt wird. Es ist unbestritten, daß mit ABM vielen Menschen im Augenblick geholfen werden kann. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß der einzelne auf diesem Wege nur vorübergehend und befristet Arbeit bekommt, und daß ABM dem Träger einer solchen Maßnahme besonders im sozialen Bereich viel Kopfschmerzen und ein hohes Maß an Unsicherheit bereiten. So gilt für den sozialen Bereich, daß alle mit ABM-Kräften geleistete Arbeit durch den strukturell bedingten Personenwechsel leidet. Hat sich eine ABM-Kraft gerade so richtig eingearbeitet und kennt sie ihr Arbeitsfeld so einigermaßen, so muß sie wieder aufhören. Gerade heute, wo unendlich viele Sozialarbeit durch ABM-Kräfte geleistet wird, wäre es an der Zeit, viele der ABM-Stellen in Dauerstellen umzuwandeln. Wer aber soll diese Aufgabe anpacken, und bei welchem Sozialpolitiker findet man dafür Gehör?

Es wäre von der Tagung am 24. Oktober noch viel zu erzählen. Auf keinen Fall darf ein Dank an Herrn Metzger von der AAA Hannover fehlen. Er berichtete uns am Nachmittag von dem, was sich besonders in der Stadt Hannover tut. Interessant war es zu hören, daß sich die vielen Arbeitslosengruppen mit weiter gesteckten politischen Zielen nicht gehalten hätten. Ein besonderer Schwerpunkt der Arbeit in Hannover liegt bei der Unterstützung von Projekten für Jugendliche und bei der Beratung von Arbeitslosen.

Schließen möchte ich meinen Bericht, den ich ganz bewußt aus der Sicht eines Veranstalters geschrieben habe, mit einem herzlichen Dank an alle Teilnehmer besonders aber an die Vertreter der Arbeitsloseninitiativen. Von ihnen ging eine sich der ganzen Versammlung mitteilende Ermutigung aus. Wir haben sie als die erlebt, die sie selber sein möchten: Partner in den Bemühungen, der Arbeitslosigkeit mit Menschlichkeit zu begegnen.

Wir von der AAA hatten am Schluß des Tages durchaus das Gefühl, mit dieser Tagung einen Schritt in die richtige Richtung getan zu haben.

Protokoll der AAA-Sitzung vom 23. 11. 1987 im ajab

Anwesend die Damen: Kammerer, Schmauks, Spenhoff-Mandry und
die Herren: Brzoska, Hoffmann, Padel, Steen

Das Protokoll der letzten Sitzung wird angenommen.

1. Der Vorstand soll durch Zuwahl erweitert werden.
 - a) Zur Kandidatur sollen befragt werden die Damen: Dedekind, Imfeld, Schmauks und Herr Merker.
 - b) Die zur Wahl anstehende Kandidatin Frau Schöning wurde einstimmig gewählt.
2. Eine ABM-Stelle (Anbindung an die Wichern-Gemeinde in Braunschweig), deren Einrichtung für den 1. 1. 1988 avisiert wurde, wird erst im Februar, aber mit großer Wahrscheinlichkeit bewilligt werden. Vorschläge für die Stellenbeschreibung dieser ABM-Stelle im Rahmen der Arbeit der AAA:
 - a) Vorstellung der Arbeit der AAA in den Kirchengvorständen und kirchlichen Gruppen und Veranstaltungen aller Art
 - b) Vermittlung von Problemen von Arbeitslosen
 - c) Transfer von Informationen zwischen den einzelnen Gruppen der AAA und Arbeitslosen-Initiativen.
3. Zum letzten Treffen der AAA am 24. 10. 1987: Speziell an dem Bericht von Herrn Metzger wurde eine gewisse Ernüchterung bemerkt gegenüber solchen Zielen wie politische Arbeit in den Kommunen und der Schaffung neuer Arbeitsplätze ("Neue Arbeit"). Erfreulich und bestärkend wirkte dagegen die engagierte Mitarbeit von arbeitslosen Gruppenmitgliedern und ABM-Mitarbeitern. -
Perspektiven für die weitere Arbeit:
 - Zunahme der sozialdiakonischen Aufgaben für Langzeitarbeitslose
 - Kritik an der Anstellungspraxis von nebenamtlichen Religionslehrern, weil dadurch die Einrichtung fester Stellen verhindert werden könnte
 - Sammlung der arbeitslosen Religionslehrer und Vertretung ihrer Interessen gegenüber der Landeskirche
 - vorbeugende Maßnahmen gegen Diskriminierung von Arbeitslosen/ Sozialhilfeempfängern in den Gemeinden
 - konkreter Vorschlag : Über Frau Schwarz bzw. Herrn Mercker erfragen, ob die Gruppe Alt-Lehndorf bereit wäre, kirchliche Mitarbeiter (besonders Pfarrer) einzuladen, um ihnen den Vorgang der Kontaktaufnahme mit Arbeitslosen in den Gemeinden zu schildern, zu erleichtern, zu üben.
4. Verschiedenes:
 - Bei den Vikarsgruppen soll wieder für die AAA geworben werden (evtl. bei KDA-Studienwochen, Einführungswochen, Vollversammlungen).
 - Anfrage an die diesmal abwesenden Mitglieder: Sollten Sitzungen der AAA künftig tagsüber stattfinden? (Rückmeldung erbeten.)
 - TOP für die nächste Sitzung: Teilnahme der AAA auf dem nächsten Landeskirchentag?

Die nächste Sitzung findet am 25. 1. 1988 um 20.00 Uhr im Haus des Vereins Hubeta in Braunschweig statt.

gez. Brzoska



**Aktion
Arbeitslosen
Abgabe**
In Braunschweig

Protokolle und Materialien 1988



An unsere
Mitglieder und Spender

Liebe Mitglieder und Spender!

Zu Beginn des neuen Jahres sollen Sie mit der Einladung zur nächsten Mitgliederversammlung einen kurzen Bericht über unsere Tätigkeit bekommen.

Die nächste Mitgliederversammlung

Sie findet am Montag, dem 25. 1. 1988 um 20.00 Uhr statt; dieses Mal in Braunschweig in den Räumen des Vereins Hubeta, Ottweilerstr. 4. (Die Ottweilerstraße liegt auf der Grenze zwischen Alt-Lehdorf und der Siedlung Lehdorf. Am besten zu erreichen über die Hildesheimer Str.)

Tagesordnung: 1. Protokoll der letzten Sitzung
2. Kassenbericht
3. Information über Hubeta, einen Selbsthilfe-Verein von Arbeitslosen
4. Anträge auf Zuschüsse
5. Planungen
6. Verschiedenes

Kurzer Bericht über das Jahr 1987

1. Mitgliederstand

Unser Verein zählt 46 Mitglieder. Außerdem haben wir noch eine ganze Anzahl regelmäßiger Spender. Es kann sein, daß sich diese Letzteren zwar als Mitglieder verstehen, aber versäumt haben, jemals einen Antrag auf Mitgliedschaft zu stellen. Eine entsprechende Anfrage an diese Personengruppe blieb ohne jedes Echo. Wir haben daraus gefolgert, daß die Betroffenen uns ihre Spenden vertrauensvoll zuwenden, ohne selber an den Entscheidungen über die Vergabe beteiligt sein zu wollen.

2. Werbeaktion bei den Kirchenvorständen

Im Januar des vergangenen Jahres haben wir allen Kirchenvorstandsmitgliedern in unserer Landeskirche über die Pfarrämter geschrieben. Ziel der Aktion war es, unter den ehrenamtlichen Mitarbeitern der Kirche neue Mitglieder zu werben und überhaupt auf uns und unsere Arbeit aufmerksam zu machen. Der Erfolg der Aktion war minimal. Wir haben lediglich ein neues Mitglied gewonnen.

3. Studientage

Im Januar und Oktober des vergangenen Jahres haben wir je einen Studientag durchgeführt. An beiden Tagen befaßten wir uns mit der Frage, welche Aufgabe des Ortsgemeinden durch die Arbeitslosigkeit erwachsen. Während im Januar vornehmlich Gemeindemitarbeiter gekommen waren, war die Oktobertagung sehr stark von Betroffenen selber besucht. Die Frage, was die Ortsgemeinden gegen die Arbeitslosigkeit und für die Arbeitslosen tun können, wird uns noch weiter beschäftigen müssen.

4. Mitgliedschaft im Diakonischen Werk

Im Sommer hatten wir beschlossen, einen Antrag auf Mitgliedschaft im Diakonischen Werk zu stellen. Diesem Antrag hat das Diakonische Werk im September entsprochen. Im Zusammenhang mit diesem Vorgang haben wir unsere Satzung ein wenig geändert. Die neue Fassung, die wir Anfang dieses Jahres dem Amtsgericht vorlegen werden, schicken wir Ihnen auf Anforderung gern zu.

5. Spendenbescheinigung

Die Mitgliedschaft im Diakonischen Werk hat das Problem des Ausstellens von Spendenbescheinigungen nicht ohne weiteres gelöst. Es besteht jedoch Aussicht, daß für 1987 unsere Spenden als absetzbar anerkannt werden. Das entscheidet sich noch vor Ablauf dieses Monats. Spendenbescheinigungen schicken wir Ihnen dann sofort zu.

6. ABM-Stelle

Im Herbst haben wir beim Arbeitsamt Braunschweig einen Antrag auf Zuweisung einer ABM-Stelle gestellt. Nach Auskunft der zuständigen Mitarbeiterin des Arbeitsamtes können wir mit ziemlicher Sicherheit damit rechnen, diese Stelle Anfang Februar genehmigt zu bekommen. Durch diese Stelle soll unsere Arbeit intensiviert werden. (Siehe beiliegendes Protokoll Ziffer 2.)

7. Spenden und ihre Verwendung

Die Höhe der eingegangenen Spendengelder betrug im Jahr 1987 DM 25.950,--, aus Kollekten bekamen wir DM 1.540,--.

Wir haben folgende Arbeitslosen-Initiativen unterstützt:

- Die Jugendwerkstatt der Diakonischen Beratungsdienste in Goslar e.V.
- Pfarrhaus-Ausbau Seinstedt
- Arbeitsloseninitiative Königslutter e.V.
- Hubeta, Hilfe und Betreuung ambulant e.V.
- Kirchlicher Verein für Evang. Gemeindepflege e.V. in Goslar
- Lehdorfer Jugendwerkstatt e.V.

Ein genauer Bericht über die Finanzen des Jahres 1987 wird auf der nächsten Mitgliederversammlung vorgelegt.

8. Unsere Bankverbindungen

Wir haben unsere Verbindung mit der Nord LB gelöst und haben unsere Gelder bei der Evangelischen Kreditgenossenschaft Hannover angelegt. Wir bitten jedoch bei Spenden weiterhin unser Post-Giro-Konto Hannover 493 877 - 307 zu benutzen.

9. Wechsel im Vorstand

Anstelle von Kay Hempel, der wegen seines Fortzuges aus dem Verein und dem Vorstand ausgeschieden ist, ist Elisabeth Schöning als Schriftführerin gewählt worden.

10. Terminplanung

Für alle diejenigen, die langfristig planen, nennen wir hier die nächsten bereits feststehenden Termine:

- Am Freitag, dem 15. April 9.30 Uhr Mitgliederversammlung in den Räumen der Lehdorfer Jugendwerkstatt, Braunschweig, Saarbrückener Straße 256 (in der Nähe der Autobahnüberführung).

- Am Montag, dem 6. Juni 20.00 Uhr Mitgliederversammlung im Amt für Jugendarbeit in Wolfenbüttel.
- Am Sonnabend, dem 29. Oktober von 9.30 Uhr bis 17.00 Uhr Studientag. (Ort und Thema werden noch bekanntgegeben.)

Wir beabsichtigen zwischen diesen Terminen noch die eine oder andere Vortrags- und Diskussionsveranstaltung durchzuführen.

Ich grüße Sie im Namen des Vorstandes
und wünsche Ihnen ein gutes erfolgreiches und gesegnetes
Neues Jahr

H. Padu

Protokoll siehe Rückseite

**Protokoll der Mitgliederversammlung
der Aktion Arbeitslosen-Abgabe
am 25. Januar 1988 in den Räumen von HUBETA e.V.**

Anwesend: Binder, Dr. Camerer, Ende, Mercker, Padel, Schöning, Steen, Stöckmann-Wrede

Anwesende Gäste: Mitglieder des Vorstandes von HUBETA e.V und Mitarbeiterinnen, Herr Dogan von der Arbeitsloseninitiative Königslutter

Hartmut Padel begrüßt als Vorsitzender Mitglieder und Gäste und dankt für die Gastfreundschaft von HUBETA e.V.

Anschließend findet eine Besichtigung der Räumlichkeiten statt, die weitgehend von den Mitgliedern der HUBETA in Eigenarbeit ausgebaut und renoviert wurden. Die Mitglieder der AAA nehmen zustimmend zur Kenntnis, daß Spendenmittel der AAA sinnvoll und gut verwendet worden sind.

TOP 1: Protokoll

Das Protokoll der MV am 23.11.87 wird mit Dank an den Protokollanten, Herrn Pastor Brzoska vom Predigerseminar, verabschiedet. Die knappe und präzise Gestaltung wird vom Vorsitzenden begrüßt.

TOP 2: Bericht über HUBETA e.V.

Frau Braun berichtet über den derzeitigen Stand. Folgende Aktivitäten werden vom Verein hauptsächlich durchgeführt:

1. Pflegedienst: Übernahme von Pflegeaufgaben aller Art, auch Nachtwachen. Der Stundensatz entspricht den anderen Hauspflegestationen in der Stadt. Dieser Dienst wird gut angenommen. Da genug Nachfrage vorhanden ist, bildet HUBETA keine neue Konkurrenz.
2. Reparaturdienst: Ein Mitarbeiter auf ABM-Basis führt auf Anfrage Kleinstreparaturen außer Haus durch. Er ist gleichzeitig auch eingesetzt zur Instandhaltung der Räume von HUBETA.
3. Kindergruppenarbeit: Genügend Anmeldungen für eine Kindergruppe von Dreijährigen liegen vor. Die bestehenden Kindergärten empfinden HUBETA nicht als Konkurrenz. Allerdings hat die Stadt bisher keine Zuschüsse für die täglich stattfindende Gruppe bewilligt, obwohl der Verein sich verausgabt hat beim Ausbau und der Einrichtung der Räume gemäß den Richtlinien.
4. Untervermietung der Räumlichkeiten des Vereins an die Volkshochschule bringt zusätzlich kleine Einnahmen.

TOP 3: Kassenbericht

Hanna Stöckmann-Wrede erstattet den Kassenbericht. Einnahmen (Spenden, Kollekten, Zinsen) konnten in Höhe von 29.094,68 DM erzielt werden.

Ausgaben wurden in Höhe von 39.885,97 DM getätigt.

Folgende Projekte konnten gefördert werden:

Diakonische Beratungsdienste Goslar
Kirchlicher Verein für Gemeindepflege Goslar
Propstei Schöppenstedt
Arbeitsloseninitiative Königslutter
HUBETA Braunschweig
Werkstattprojekt für jugendliche Arbeitslose
"Alte Ziegelei Lehdorf" in Braunschweig

Die Mitgliederversammlung nahm dankend zur Kenntnis, daß keine Spendenmittel für Verwaltung ausgegeben werden mußten. Die Verwaltungsausgaben in Höhe von 1.386,97 DM konnten voll und ganz aus Zinserträgen bestritten werden.

Zu Kassenprüferinnen wurden bestellt:
Frau Dr. Camerer und Frau Ende.

TOP 4: Zuschußanträge

Drei Zuschußanträge wurden behandelt:

1. Antrag Arbeitsloseninitiative Königslutter

Der Initiative wird zur Finanzierung der Personalrestkosten für eine ABM-Kraft ein Zuschuß bis zu 3.500 DM gewährt. Allerdings soll geprüft werden, ob Propstei und Kirchengemeinden nicht stärker in Pflicht genommen werden können. Die ABM-Kraft soll ab 1.3.88 tätig werden.

2. Antrag HUBETA e.V.

Ein Sachkostenzuschuß in Höhe von 1.500 DM wird für 1988 gewährt. Da der Verein in diesem Jahr keine öffentlichen Zuschüsse für den Kindergruppenbereich bekommt, stellt die AAA einen Zuschuß von 8.500 DM zu den Personalkosten für eine Erzieherstelle zur Verfügung. Der Zuschuß wird ausgezahlt, wenn diese Stelle eingerichtet ist.

3. Antrag Kreuzgemeinde Alt-Lehndorf

Die AAA gewährt einen Personalkostenzuschuß zur Stelle von Frau Ilsabe Schwarz (Kreuzgemeinde Lehndorf) in Höhe von bis zu 10.000 DM für 1989. Die MV gibt die Zusage zu einem Zuschuß auch für ein weiteres Jahr.

Ziel ist die Einrichtung einer unbefristeten vollen Stelle für die Arbeit mit Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern im Bereich der Propstei Braunschweig. Da noch nicht alle Verhandlungen zur Einrichtung dieser Stelle abgeschlossen sind, wird der Vorstand von der MV ermächtigt, den Zuschuß gegebenenfalls auch schon 1988 auszuführen.

TOP 5: Verschiedenes

1. Bericht über den Stand der Verhandlungen mit dem Finanzamt: Leider konnte bisher trotz vieler Gespräche nicht erreicht werden, daß Spenden an die AAA von der Steuer absetzbar sind. Der Vorsitzende wird in dieser Sache an die Oberfinanzdirektion schreiben. Die MV ist sich einig, daß hier eine schnelle Klärung vonnöten ist, damit Spender nicht auf Steuerersparnisse verzichten müssen.

2. Weiterhin bleiben arbeitslose kirchliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Blick. AAA muß in der Lage sein, Angebote zu machen, falls es nötig wird. Im Frühjahr könnten akute Notlagen entstehen. Es müssen allerdings noch Entscheidungen der Kirchenregierung abgewartet werden.

Wolfenbüttel, den 31. Januar 1988
gez. Wilfried Steen



FINANZBERICHT für das Jahr 1987

1. Übersicht

Einnahmen gesamt 1987:	29 094,68 DM
Ausgaben gesamt 1987:	<u>39 885,97 DM</u>
Rest/Defizit 1987:	- 10 791,29 DM
Haben Vorjahre:	<u>61 636,59 DM</u>
Haben Ende 1987:	<u><u>50 845,30 DM</u></u>
vgl. Kontostände Ende 1987:	
Postgirokonto Nr. 493877 - 307	20 491,55 DM
Termingeld BKK Nr. 007 062517 5	10 000,00 DM
Termingeld BKK Nr. 017 062517 5	20 000,00 DM
Girokonto BKK Nr. 062517 5	<u>353,75 DM</u>
	<u><u>50 845,30 DM</u></u>

2. Aufschlüsselung der Einnahmen

Spenden:	25 951,70 DM
Kollekten u.ä.:	1 540,84 DM
Zinsen:	<u>1 602,14 DM</u>
	29 094,68 DM

3. Aufschlüsselung der Ausgaben

Projekte:	
Goslar (für 1986 und 1987):	19 810,00 DM
Seinstedt (für 1986):	660,00 DM
Königsutter:	2 400,00 DM
Hubeta eV:	4 079,00 DM
Kirchl. Verein für Gemeindepflege:	1 550,00 DM
"Alte Ziegelei" Lehndorf:	<u>10 000,00 DM</u>
	38 499,00 DM
Verwaltung:	<u>1 386,97 DM</u>
	39 885,97 DM



Satzungsänderungsentwurf

§1 ohne Änderung

§2 Ziele des Vereins

1. Der Verein will den Gedanken fördern, daß Pastoren, kirchliche Mitarbeiter, Gemeindeglieder und Gemeinden Arbeit und Geld teilen. In erster Linie sollen jugendliche Arbeitslose, aber auch andere schwervermittelbare wie körpergeschädigte, psychisch belastete, suchtfgefährdete und ältere (ab 58 Jahre) Arbeitslose Anteil an den Aufgaben in der Kirche und Gesellschaft erhalten; sie sollen ideell und finanziell unterstützt werden. Bestehende Vorurteile gegenüber Arbeitslosen will der Verein abbauen helfen.

2. ohne Änderung

3. Der Verein unterstützt finanziell und mit dem Angebot einer inhaltlichen Mitarbeit die Vorbereitung und Durchführung von Projekten in Einzelgemeinden, in übergemeindlicher Arbeit und freier Trägerschaft, in deren Rahmen jugendliche, körpergeschädigte, psychisch belastete, suchtfgefährdete und ältere Arbeitslose

a) in einer Gruppe oder ^{durch} Einzelberatung Hilfe und Unterstützung erhalten,

b) eine Berufsausbildung oder -fortbildung abschließen können,

c) selbst angestellt werden.

ohne Änderung ab Satz 2: „Der Verein wird sich dabei besonders bemühen, ...“

4. ohne Änderung bis 4 c)

4 d) entfällt

§3 - §14 ohne Änderung



Satzungsänderungsentwurf

§ 1 Name und Sitz des Vereins

(schon
beschlossen)

1. ohne Änderung
2. Der Verein ist Mitglied des Diakonischen Werkes der Ev. luth. Landeskirche in Braunschweig und dadurch dem Diakonischen Werk der Evangelischen Kirchen in Deutschland angeschlossen.

§ 2 Ziele des Vereins

(Erneute
Neufassung
s. handschr.
Entwurf)

1. Der Verein will den Gedanken fördern, daß Pastoren, kirchliche Mitarbeiter, Gemeindeglieder und Gemeinden Arbeit und Geld teilen. In erster Linie sollen jugendliche Arbeitslose, aber auch andere schwervermittelbare wie körpergeschädigte, psychisch belastete, suchtgefährdete und ältere (ab 58 Jahre) Arbeitslose Anteil an den Aufgaben in der Kirche und Gesellschaft erhalten; sie sollen ideell und finanziell unterstützt werden. Bestehende Vorurteile gegenüber Arbeitslosen will der Verein abbauen helfen.
2. Der Verein tut seine Arbeit im Sinne evangelischer Diakonie als Wesens- und Lebensäußerung der Evangelischen Kirche und in praktischer Ausübung christlicher Nächstenliebe. Er bemüht sich dabei um die Zusammenarbeit mit anderen innerkirchlichen und außerkirchlichen Gruppierungen, die eine ähnliche Zielsetzung verfolgen.
3. Der Verein unterstützt finanziell und mit dem Angebot einer inhaltlichen Mitarbeit die Vorbereitung und Durchführung von Projekten in Einzelgemeinden, in übergemeindlicher Arbeit und freier Trägerschaft, in deren Rahmen jugendliche, körpergeschädigte, psychisch belastete, suchtgefährdete und ältere Arbeitslose
 - a) in einer Gruppe oder durch Einzelberatung Hilfe und Unterstützung erhalten,

(schon
beschlossen)

(Erneute
Neufassung
s. Entwurf)

- b) eine Berufsausbildung oder -fortbildung abschließen können,
- c) selbst angestellt werden.

(Änderung)

(Ziffer 4 alt entfällt und wird ersetzt durch 4 neu.)

4. Der Verein wird sich dabei besonders bemühen, die Einrichtung neuer Arbeitsbereiche und neuer Stellen zu unterstützen. Er wird sich dabei von dem Gedanken leiten lassen,
- a) die finanzielle und inhaltliche Zusammenarbeit mehrerer Gemeinden in der Durchführung von Projekten zu fördern,
 - b) die soziale Absicherung der in den Projekten angestellten Mitarbeiter zu gewährleisten.

(Änderung)

5. In Ziffer 5 entfällt d)

§ 3 bis § 9 ohne Änderung

§ 10 Bekenntniszugehörigkeit der Mitarbeiter

Alle Mitarbeiter der Diakonie sind dem kirchlichen Auftrag zur Diakonie verpflichtet. Sie sollen darum einer Kirche angehören, die in der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) mitarbeitet. Mitarbeiter in leitender Stellung sowie Persönlichkeiten, die ehren- oder hauptamtlich in den satzungsmäßigen Organen der Einrichtung tätig sind, müssen einer christlichen Kirche, in der Regel einer Landes- oder Freikirche evangelischen Bekenntnisses angehören.

(schon
beschlossen)

§§ 10 bis 13 werden nun die §§ 11 bis 14.

§ 14 Auflösung des Vereins

.....

4. Im Falle der Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall seines bisherigen Zweckes, fällt das Vereinsvermögen an die Diakonischen Beratungsdienste Goslar e.V. Diese haben es wiederum unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke möglichst im Sinne dieser Satzung zu verwenden.

(schon
beschlossen)



FINANZBERICHT für das Jahr 1987

1. Übersicht

Einnahmen gesamt 1987:	29 094,68 DM
Ausgaben gesamt 1987:	<u>39 885,97 DM</u>
Rest/Defizit 1987:	- 10 791,29 DM
Haben Vorjahre:	<u>61 636,59 DM</u>
Haben Ende 1987:	<u><u>50 845,30 DM</u></u>
vgl. Kontostände Ende 1987:	
Postgirokonto Nr. 493877 - 307	20 491,55 DM
Termingeld BKK Nr. 007 062517 5	10 000,00 DM
Termingeld BKK Nr. 017 062517 5	20 000,00 DM
Girokonto BKK Nr. 062517 5	<u>353,75 DM</u>
	<u><u>50 845,30 DM</u></u>

2. Aufschlüsselung der Einnahmen

Spenden:	25 951,70 DM
Kollekten u.ä.:	1 540,84 DM
Zinsen:	<u>1 602,14 DM</u>
	29 094,68 DM

3. Aufschlüsselung der Ausgaben

Projekte:	
Goslar (für 1986 und 1987):	19 810,00 DM
Seinstedt (für 1986):	660,00 DM
Königsutter:	2 400,00 DM
Hubeta eV:	4 079,00 DM
Kirchl. Verein für Gemeindepflege:	1 550,00 DM
"Alte Ziegelei" Lehdorf:	<u>10 000,00 DM</u>
	38 499,00 DM
Verwaltung:	
	<u>1 386,97 DM</u>
	39 885,97 DM

Hanna Stöckmann-Wrede (Schatzmeisterin)



E I N L A D U N G

ZU

einer MITGLIEDERVERSAMMLUNG in GOSLAR !!
am Donnerstag, dem 3. März 1988 20 Uhr
in den Räumen der Diakonischen Beratungsdienste
Goslar, Obere Schildwache 6 a

Liebe Mitglieder!

Diese zusätzliche Mitgliederversammlung haben wir bei unserer letzten Zusammenkunft am vergangenen Montag, dem 25. Januar 88 beschlossen.

Sie wird nötig, weil wir uns noch einmal mit unserer Satzung befassen müssen. Das Finanzamt kann sich mit der derzeitigen Fassung immer noch nicht zufrieden geben. Wir stehen erneut mit dieser sehr genauen Behörde in Verhandlung. Wir werden - so steht zu hoffen - am 3. März einen Satzungstext vorlegen können, der die Voraussetzung für die Anerkennung unserer Spenden im Blick auf die Einkommens- oder Lohnsteuer schafft.

Damit wir nicht nur von dieser leidigen Satzungsangelegenheit reden, tagen wir in Goslar, um uns dort die mittlerweile sehr ansehnliche Arbeit der Diakonischen Beratungsdienste anzusehen.

In der Hoffnung viele der Mitglieder am 3. März in Goslar begrüßen zu können - es müssen etwa 15 Mitglieder zur Beschlußfähigkeit in dieser Angelegenheit anwesend sein - grüße ich Euch herzlich

H. Pahl

PS.: Das Protokoll der letzten Sitzung mit dem Kassenbericht 87 und die zu beschließenden Änderungen in unserer Satzung werden wir noch vor der Sitzung am 3. März verschicken.

Protokoll der Mitgliederversammlung der Aktion Arbeitslosenabgabe
am 3. 3. 1988 in Goslar

Anwesend:

Frau Ermeling, Dr. Camerer, Schmauks, Stöckmann-Wrede, Schöning
Herr Jordens-Höke, Kingreen, Padel, Steen, Fischer, Meyer-Siebert,
Binder

TOP 1: Das Protokoll der letzten Sitzung wird genehmigt.

TOP 2: Die Kassenführerin wird einstimmig entlastet, nachdem die Kassenprüfung durch Frau Ende und Frau Camerer keine Beanstandungen ergeben hat.

TOP 3: Über die geplante Änderung der Satzung wird ausführlich und z. T. kontrovers diskutiert. Die Änderung wird notwendig, weil die Aufnahme der AAA in das Diakonische Werk nicht die erhoffte Anerkennung des Finanzamtes gebracht hat. Arbeitslosigkeit kommt im Katalog der Gemeinnützigkeit des Finanzamtes nicht vor. Die bisher vorgelegten Änderungen der Satzung genügen dem Finanzamt noch nicht, vor allem sollen die Ziele der AAA noch konkreter formuliert werden. Es wird beschlossen, noch einen Versuch zu machen, die Satzung so konkret zu gestalten, daß das Finanzamt zustimmt. Folgende Formulierung wird einstimmig beschlossen:

Die Satzung der Aktion Arbeitslosenabgabe vom 13. Mai 1985 wird wie folgt geändert:

§ 1 (Name und Sitz des Vereins) erhält eine neue Ziffer 2:

2. Der Verein ist Mitglied des Diakonischen Werkes der Ev. luth. Landeskirche in Braunschweig und dadurch dem Diakonischen Werk der Evangelischen Kirchen in Deutschland angeschlossen.

§ 2 (Ziele des Vereins) erhält folgende Neufassung:

§ 2 Ziele des Vereins

1. Der Verein "Aktion Arbeitslosenabgabe" will dazu beitragen, daß die mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit auf die Kirche und ihre Mitarbeiter zukommenden Aufgaben erkannt und Wege zu ihrer Überwindung gesucht werden.

2. Der Verein tut seine Arbeit im Sinne evangelischer Diakonie als Wesens- und Lebensäußerung der Evangelischen Kirche und in praktischer Ausübung christlicher Nächstenliebe. Er bemüht sich dabei um die Zusammenarbeit mit anderen innerkirchlichen und außerkirchlichen Gruppierungen, die eine ähnliche Zielsetzung verfolgen.
3. Um seine Ziele verwirklichen zu können, erhebt der Verein Mitgliedsbeiträge und nimmt Spenden entgegen.
4. Mit den ihm zugewandten Beiträgen und Spenden unterstützt der Verein Arbeitslosentreffs, Arbeitslosenzentren und Initiativen, in denen jugendliche, körperbehinderte, psychisch belastete, suchtgefährdete und ältere Arbeitslose betreut oder beschäftigt werden, indem sie
 - in einer Gruppe oder durch Einzelberatung Hilfe und Unterstützung erhalten,
 - eine Berufsausbildung oder Fortbildung abschließen können,
 - selbst angestellt werden, wobei die soziale Absicherung gewährleistet sein muß.

Neben der finanziellen Unterstützung bietet der Verein auch -soweit es in seinen Kräften steht- inhaltliche Mitarbeit bei den genannten Projekten an.

Bei den zu unterstützenden Initiativen handelt es sich entweder um kirchliche Projekte oder um solche in der Trägerschaft von gemeinnützigen Einrichtungen und Vereinen.

Es wird ein neuer § 10 aufgenommen:

§ 10 Bekenntniszugehörigkeit der Mitarbeiter

Alle Mitarbeiter der Diakonie sind dem kirchlichen Auftrag zur Diakonie verpflichtet. Sie sollen darum einer Kirche angehören, die in der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) mitarbeitet. Mitarbeiter in leitender Stellung sowie Persönlichkeiten, die ehren- oder hauptamtlich in den satzungsmäßigen Organen der Einrichtung tätig sind, müssen einer christlichen Kirche, in der Regel einer Landes- oder Freikirche evangelischen Bekenntnisses angehören.

Die §§ 10 bis 13 erhalten die Ziffern 11 bis 14

Im § 14 (neue Zählung) werden in Ziffer 4 die Worte "an die 'AAA' Hannover" ersetzt durch "an die Diakonischen Beratungsdienste". Somit lautet § 14, Ziffer 4 im vollen Wortlaut:

4. Im Falle der Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall seines bisherigen Zweckes, fällt das Vereinsvermögen an die Diakonischen Beratungsdienste Goslar e.V.. Diese haben es wiederum unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke möglichst im Sinne dieser Satzung zu verwenden.

Außerdem hat Herr Padel in einem Brief an die Oberfinanzdirektion darauf hingewiesen, daß der Spendenfond der Landeskirche die gleichen Ziele verfolgt wie die AAA und vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt ist. Eine Antwort steht noch aus.

TOP 4: Es liegt ein Antrag der Lehndorfer Jugendwerkstatt auf Förderung mit DM 10.000,-- für 1988 vor. In der Jugendwerkstatt sind z. Z. 16 Personen angestellt, davon 12 Jugendliche. Das Arbeitsamt fördert mit DM 494.000,--. Die Bezirksregierung bezahlt Baumaterialien zu 80 % und gibt einen, allerdings geringen, Zuschuß für Handwerkszeug. Die Stadt hat bisher DM 20.000,-- gegeben, DM 40.000,-- für 1988 versprochen. Es bleibt eine geschätzte Lücke von DM 30.000,--. Bei weiteren potentiellen Spendern ist angefragt worden. Der Antrag wird bewilligt, allerdings wird gleichzeitig von der AAA eine Abrechnung für 1987 angemahnt.

TOP 5: Vom Arbeitsamt ist eine mit 100 % geförderte ABM-Stelle für die AAA genehmigt. Findet sich allerdings kein Bewerber, der geeignet ist und die Voraussetzung für eine 100 %ige Förderung erfüllt, müßte die AAA bei 80 % Förderung die restlichen 20 % = ca. DM 10.000,-- + ca. DM 3.000,-- Sachkosten übernehmen. Es wird beschlossen, möglichst jemanden einzustellen, der zu 100 % gefördert wird, notfalls aber auch einen Bewerber, der nur zu 80 % gefördert wird, falls sonst kein geeigneter Bewerber gefunden wird.

Außerdem wird beschlossen, daß die AAA für 1988 einen Voranschlag erarbeitet, der erkennen läßt, wie die zur Verfügung stehenden Gelder voraussichtlich verteilt werden sollen.

TOP 6: Im Anschluß an die Beratungen werden die Einrichtungen der Diakonischen Beratungsdienste in der Oberen Schildwache 6 a in Goslar, insbesondere die Werkstatt, besichtigt.

Braunschweig, den 20. 3. 1988

gez. Luitgard Camerer

AKTION ARBEITSLÖSEN-ABGABE IN BRAUNSCHWEIG
SULZBACHER STR. 41
3300 BRAUNSCHWEIG
POSTGIROKONTO HANNOVER 493877-307



Aktion Arbeitslosen-Abgabe

Braunschweig, den 5. April 1988

Liebe Mitglieder und Spender!

Zu unserem nächsten Treffen am Freitag, den 15. April 1988
um 10 Uhr (vormittags!) in der Lehndorfer Jugendwerkstatt, in
Braunschweig, Saarbrückener Straße 256, laden wir Sie herzlich
ein.

Wir wollen die Jugendwerkstatt 'Alte Ziegelei' besichtigen und
kennenzulernen, für die wir ja bereits zweimal einen Zuschuß be-
willigt haben.

Außerdem wird sich Herr Christian Teichmann vorstellen, der ab
1. 5. 1988 die ABM-Stelle unseres Vereins übernehmen wird und
dann vormittags im Wichernhaus (Braunschweig-Kanzlerfeld) zu
erreichen sein wird.

Im beiliegenden Protokoll der letzten Sitzung hat die Satzung
im § 2 einige kleine, formale Änderungen bekommen, die sich
durch Gespräche mit dem Finanzamt ergeben haben. Wir bitten alle,
die bei der Beschlußfassung dabei waren, innerhalb von einer
Woche Einspruch zu erheben, falls sie nicht mit dem Protokoll
einverstanden sind.

Wir hoffen, daß wir mit dem Vormittagstermin denen von Ihnen
entgegenkommen, die abends häufig am Kommen verhindert sind
durch berufliche Verpflichtungen.

Ich grüße Sie im Namen des Vorstandes

gez. Elisabeth Schöning

PS. Stadtplanausschnitt s. Rückseite

AKTION ARBEITSLOSENABGABE IN BRAUNSCHWEIG e.V.



Th.-Francke-Weg 47

3300 Braunschweig

Datum 3. Mai 1988

Liebe Spenderinnen und Spender für die AAA!

Nach jahrelangen langwierigen Auseinandersetzungen mit dem Finanzamt Braunschweig-Altweiekering ist es uns endlich gelungen, diese Behörde von der Tatsache zu überzeugen, daß unsere Aktion Arbeitslosenabgabe sehr wohl berechtigt ist, Spendenquittungen auszustellen, die steuerlich absetzbar sind. Leider ist dies erst geglückt, nachdem wir Finanzministerium und Oberfinanzdirektion eingeschaltet haben.

Wir bedauern, Sie alle so lange im Ungewissen gehalten zu haben. Nun können wir Ihnen Ihre Spendenquittung für das Jahr 1987 zusenden.

Wir danken Ihnen für Ihre Spenden und hoffen, daß Sie auch weiterhin dazu beitragen, daß unsere Aktion Arbeitslosenabgabe Arbeitslosenprojekte in unserer Region, vor allem aber im Bereich unserer Landeskirche, unterstützen kann.

Mit herzlichen Grüßen

Wilfried Hees
stellv. Vorsitzender

Herrn Pfarrer
Eckehard Binder
Vorsfelder Str. 21

3332 Grasleben



Aktion Arbeitslosen-Abgabe

Braunschweig, 13. Mai 1988

Liebe Mitglieder der AAA! Liebe Freundinnen und Freunde der AAA!

Mit diesem Brief möchte ich Euch/Ihnen von einigen Veränderungen und Neuerungen innerhalb des Vereins berichten: Eine Äußerlichkeit vorweg: Wie aus dem Briefkopf ersichtlich, haben wir eine neue Geschäftsstelle, in der wir zu den angegebenen Bürozeiten erreicht werden können. Und die AAA hat seit dem 1. Mai 1988 einen Angestellten!

Wie schon aus dem Protokoll der Mitglieder-VV vom 15. 3. 1988 zu erfahren war, sind die Verhandlungen mit dem Arbeitsamt um die Genehmigung einer ABM-Stelle bei der AAA erfolgreich gewesen. So bin ich seit dem 1. Mai bei der AAA angestellt.

Ehe ich in Stichworten meine Arbeitsfelder in der AAA umreiße, möchte ich mich erst persönlich vorstellen:

Ich heiße Christian Teichmann, habe das zweite theologische Examen bestanden, bin nach Meinung der Kirchenregierung grundsätzlich für das Pfarramt geeignet, (stehe momentan auf Platz 2 der Warteliste) und warte seit Februar 1987 auf die Übernahme als Pfarrer in den Probendienst der BS-Landeskirche. In der Zeit vom 1. März 1987 bis 29. Februar 1988 war ich bei der Landeskirche als 'Theologischer Mitarbeiter' in einem 28/40 Angestelltenarbeitsverhältnis, finanziert aus Mitteln des Spendenfonds der Landeskirche, zuerst in Othfresen-Heißum, danach in Lengde und Wiedelah als 'Ersatzpfarrer' eingesetzt. Die Landeskirche konnte oder wollte Ende Februar mein Arbeitsverhältnis weder verlängern, noch sah mich die Kirchenregierung für die Übernahme in den Probendienst zum 1. Mai 1988 vor. So machte ich ab März eigene Erfahrungen, was es heißt, nicht mehr in einer bezahlten Beschäftigung Geld zu verdienen.

Angestellt bin ich bei der AAA als Mitarbeiter für Öffentlichkeitsarbeit. Es wird meine Aufgabe sein, den Verein, seine Anliegen und Projekte, in der Öffentlichkeit bekannter zu machen. Basis sind für uns die persönlichen Kontakte, um die ich mich, gerade auch in meiner 'Erkundungsphase', bemühen werde. In Gesprächen mit Menschen in Institutionen, die Partner und Multiplikatoren unserer Arbeit werden können, möchte ich die AAA bekannter machen. Ich möchte die Projekte, die mit Mitteln der AAA unterstützt werden, besuchen.

Wir können uns an eine größere Öffentlichkeit wenden, je mehr wir für die Öffentlichkeit anzubieten haben. Auch dafür haben wir die Geschäftsstelle. Uns steht im Wichern-Haus vormittags das Büro zur Verfügung; hier können Informationen zusammenfließen, hier können wir uns auch treffen und von hier aus kann, was zusammenläuft, wie-

Vorstand: Hartmut Padel, Vorsitzender; Wilfried Steen, stellvertret. Vorsitzender
Hanna Stöckmann-Wrede, Schatzmeisterin; Elisabeth Schöning, Schriftführerin
Konto: Postgiro Hannover 4938 77 - 307

Herrn
Eckehard Binder
Vorsfelder Str. 21
3332 Grasleben



Aktion Arbeitslosen-Abgabe

Braunschweig, den 25.07.1988

Betr.: Einladung zur Mitgliederversammlung der AAA am Freitag, dem 19.08.88, 20 Uhr im Wichern-Haus-Gemeindezentrum, BS-Kanzlerfeld, David-Mansfeld-Weg 8

Liebe Mitglieder,
die große Urlaubszeit ist vorbei, erholt und gestärkt wollen wir die Aufgaben angehen, die vor uns liegen. So wollen wir uns zur Mitgliederversammlung am 19.08.88 treffen und hoffen angesichts der umfangreichen und anspruchsvollen Tagesordnung auf zahlreiches Erscheinen.

T A G E S O R D N U N G

1. Protokoll der Mitgliederversammlung vom 03.03.88 = verschickt in der Einladung zum 15.04.88 = Besichtigung der "Alten Ziegelei".
2. Anträge auf Bezuschussung
 - Diakonische Beratungsdienste Goslar
 - ABM-Restfinanzierung in der Propstei Vechelde = Einrichtung einer Stelle einer Beauftragten für Umwelt in der Propstei
 - ggf. weitere Anträge.
3. Teilnahme am DEKT, Berlin, 07.-11.06.89 mit einem Stand auf dem Markt der Möglichkeiten.
4. Studientag der AAA am 29.10.88.
5. Planung eines Gesprächs mit dem Kuratorium des Spendenfonds der Landeskirche und mit dem LKA über Perspektiven für arbeitslose Theologen und andere für kirchliche Berufe Ausgebildete.
6. Anfrage der Braunschweiger Theologiestudenten wegen Unterstützung von Kandidaten der Theologie, die das 1. Examen wiederholen müssen.
7. Verschiedenes.

An
die Mitglieder der AAA



Braunschweig, 10.10.88

Liebe Mitglieder!

Wir hatten geplant, am Sonnabend, dem 29. dieses Monats, einen Studientag durchzuführen. Das möchten wir zu diesem Zeitpunkt aus verschiedenen Gründen noch nicht tun. Mehrere Vorstandsmitglieder waren und sind durch ihre berufliche und familiäre Situation so beansprucht, daß die Vorbereitung darunter sehr gelitten hat. Weiter haben sich bei den Vorbereitungsgesprächen sehr neue Gesichtspunkte ergeben, daß wir meinten, dem vor einem Studientag gründlicher nachgehen zu müssen.

Es handelt sich kurz gesagt darum, daß wir dabei sind, die AAA wieder stärker in das personalpolitische Gespräch innerhalb der Landeskirche zu bringen. Erste Schritte dazu haben wir schon unternommen. So finden zur Zeit Gespräche mit Vertretern des Landeskirchenamtes und des Spendenfonds statt, die aber noch nicht abgeschlossen sind. Weiterhin sind in anderen Landeskirchen (z.B. in Berlin und Bayern) neue Entwicklungen zur Frage der Teilung von Geld und Arbeit unter Pfarrern zu beobachten.

Darum planen wir als nächstes anstelle des Studientages eine Zusammenkunft am Freitag, dem 04. 11. 88 um 8.30 Uhr in der St. Matthäus-Gemeinde, Herzogin-Elisabeth-Str. 80, 3300 Braunschweig. Einziger Gesprächspunkt ist die Frage: "Welchen Beitrag kann die AAA leisten, daß wir in unserer Landeskirche auf dem Wege der Teilung von Arbeit und Geld einen Schritt weiterkommen." Zu dieser Sitzung ist jedes Mitglied herzlich willkommen! Den Studientag werden wir im Laufe des Winters nachholen.

Mit freundlichem Gruß im Namen des Vorstands

Padel

b.w.

Zusammenkunft 04.11.88

Teilnehmer:

U.Hennig, E. Schöning, J. Brzoska, O.Hesse, A. Fay, H. Meyer, H.-M. Gutmann, H. Padel, C. Teichmann, W. Steen, E. Binder, R. Mercker.

Kommen abgesagt: H.-M. Brackhahn

Zusammenfassung der Voten

Feststellung Schöning u. Hennig: Gegenwärtig ist Arbeitslosigkeit nicht das brennende Thema bei Diakon/Innen. Es gibt in der Region im Prinzip keine arbeitslosen Kolleg/Innen. Wer keine Stelle bekommt, bewirbt sich weg aus dem Gebiet der Landeskirche. Das heißt nicht, daß Arbeitslosigkeit bei dieser betreffenden Berufsgruppe kein Problem werden kann.

Gegenwärtig starkes Problem: der schleichende Stellenabbau im Arbeitsbereich der Diakon/Innen. Vermutete Tendenz hinter dieser Stukturentwicklung: Stärkere Hinwendung in der Personal- und Stellenplanung zum "Alleskönner-Pfarrer".

Auflistung Brzoska: Arbeitslosigkeit bei Theolog/Innen mit 2. Examen, Stand 01.11.88: Es warten 3 Leute, = Niemann, Examen I / 88, Eggeling, Examen I ≠ 88, Kremling, Examen II / 88. Ihnen ist nicht definitiv gesagt worden vom LKA, was aus ihnen werden soll im Dienst oder nicht im Dienst der Landeskirche. Dazu Teichmann, Examen I / 87, mit anderen Aussichten, weil seine Einstellung in den Probendienst nach bis der dahin gültigen Regelung geschieht.

Fakt heute: durch Warten kann niemand seine Chance, in den Probendienst zu kommen, aufbessern.

Gegenwärtig im 2. Examen: 7 Leute, davon 6 Leute mit "ausreichend" im 1. Examen. Kein "Überflieger-Durchgang", die Wahrscheinlichkeit ist nicht so groß, daß viele aus diesem Durchgang sofort in den Probendienst übernommen werden.

Die Zahlen der Vikarskurse sind verrückt klein, ebenso die Zahlen der Leute, die mit bestandenem 1. Examen in den Vorbereitungsdienst "drängen". Kopffzahlen der Kurse: 8 / 7 / 6 / 7 / 6

Vermutung Brzoska: Bevor Überlegungen in WF angestellt werden über die Zahl und die Einsatzorte der künftigen Probendienstler, wird abgewartet, wie das 2. Examen ausfällt: Ist das Examen insgesamt ganz gut, nehmen sie mehr Leute in Probendienststellen, geht es nicht so gut aus, dann wird gemauert mit Probendienststellen.

Votum Binder: Die Verlängerung des Probendienstes ergibt für das persönliche Unterbewußtsein eine zusätzliche Belastung. Die Vergabe von Stellen für den Probendienst ist ebenfalls ein Geheimnis Wfs. Während des 3 jährigen Probendienstes ganz stark auf sich gestellt.

Votum Gutmann: Von der Prakt. Theologie an der Uni sind neue Arbeitsfelder angegangen worden, die dem Pfarrer zusätzlich aufgesattelt werden. Im Studium schon größerer Leistungsdruck und entsprechende Belastbarkeit derer, die aus dem Studium kommen.

2 Themenkreise für die Weiterarbeit haben sich herausgestellt:

1.) Was kann von unten, den Gemeinden, Innovatives auf den Weg gebracht werden? = Mercker-Anliegen

Aufgabenstellung bis zur nächsten Zusammenkunft:

Zusammen mit Teichmann das innovative Element der AAA-Aktivitäten in den AAA geförderten Projekten herausarbeiten und darstellen. Material: Hubeta und Selbsthilfegruppe Alt-Lehndorf, Stelle von Frau I. Schwarz

2.) Arbeitsmöglichkeiten für Theologen / Diakone ohne Stellen anfordern; Ansprechpartner: LKA, Spendenfondskuratorium - muß ganz konkretes Nahziel sein für Leute, die jetzt schon draußen stehen. Mittelfristig ins Gespräch kommen mit denselben Gremien über Strukturveränderungen, Änderung am Spendenfondsgesetz, in diese Gremien mit Vorschlägen kommen, auf die geantwortet werden muß.

Braunschweig, den 25.11.88

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer unseres Arbeitskreises vom 04.11.88,

dieser knappe Brief soll als Gedächtnisstütze aufgefaßt werden:

- a) über den Gesprächsstand am Ende des 04.11.88;
- b) als Erinnerung an den Termin, den wir für die nächste Zusammenkunft ausgemacht hatten:

Freitag, den 02.12.88, 8.30 Uhr in der Matthäus-Gemeinde, BS, mit Frühstück am Beginn der Zusammenkunft!

Die personelle Zusammensetzung des Arbeitskreises soll weitgehend dieselbe bleiben, so daß wir in die beiden o.g. Themenbereiche einsteigen können, zu denen einführende Kurzvorträge uns den Wiedereinstieg in das Gespräch erleichtern sollen.

Bis zum Freitag mit herzlichen Grüßen

Christian Teichmann

Protokoll der Mitgliederversammlung der Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig e.V.
vom 19.08.88 im Wüchernhaus, Braunschweig-Kanzlerfeld, David-Mansfeld-Weg 8,
Beginn der Sitzung: 20.00 Uhr.

Anwesend (Mitglieder) : Frau Camerer, Frau Schöning, Frau Stöckmann-Wrede, Herr Binder, Herr
Hesse, Herr Mercker, Herr Steen, Herr Teichmann;
(Gäste) : Frau Braun, Frau Kausche, Frau Meisen, Frau Schwarz, Frau Stöter,
Herr Blanke, Herr Markgraf, Herr Strohkirch.

TOP 1 Genehmigung des Protokolls der Mitgliederversammlung vom 03.03.88
Das Protokoll der MV vom 03.03.88 wird genehmigt.

TOP 2 Anträge auf Bezuschussung

Frau Kerstin Kausche erläutert den Antrag der Propstei Vechelde: Die Propstei Vechelde hat, ange-
regt durch die Initiative des AK Umwelt und Schöpfung, ab 01.07.88 eine 80% ig geförderte ABM-
Stelle für eine "Beraterin für Umweltfragen" eingerichtet. Diese Tätigkeit sieht vor, in der
Jugendarbeit und in anderen Gemeindekreisen innerhalb der Propstei Vechelde durch Aktionen, Vor-
träge und andere Arbeitsformen das Verständnis für die Anliegen des Umweltschutzes anzubahnen
und zu verstärken.

Zur Finanzierung: Der Landkreis Peine hat eine Übernahme der Restfinanzierung in Höhe von 10%
zugesagt. Die restlichen 10% der Maßnahme sollen durch die AAA übernommen werden.

In der Mitgliederversammlung wurde mit Kritik zur Kenntnis genommen, daß ein finanzielles
Engagement der Propstei, einzelner Kirchengemeinden oder der Landeskirche nicht auszumachen sei.
Ebenso wurde von der MV kritisch angemerkt, daß der Vorstand der AAA eine Zusage für die Über-
nahme der 10% igen Restfinanzierung gegeben hat, ohne ein stärkeres finanzielles Engagement
der Propstei oder anderer kirchlicher Träger zu verlangen.

**Die Mitgliederversammlung beschließt: Die für 1988 gegebene Zusage (ab 01.07.88 bis 31.12.88)
nicht zurückzunehmen, doch die Bezuschussung für das kommende Jahr 1989 mit der Auflage zu ver-
binden, daß ein stärkeres finanzielles Eintreten von Kirchengemeinden, Propstei oder der
Landeskirche erkennbar sein muß. Entsprechende Gespräche sollen zwischen AAA-Vorstand und
Propsteivorstand Vechelde geführt werden.**

Frau Rosi Stöter bringt den Antrag der Arbeitslosen-Selbsthilfe-Gruppe Goslar, ASG, vor: Die
ASG möchte die bisher ehrenamtlich geleistete Arbeit, Beratung, Frühstück, Treffpunkt, durch die
Einrichtung einer ABM-Stelle weiterführen und ausbauen. Die vorgesehene ABM-Kraft müßte in den
Räumlichkeiten der ASG, als Ausweitung des bisherigen Angebots, Abendveranstaltungen und Wochen-
endtermine anbieten.

Zur finanziellen Situation: Die finanzielle Ausstattung des als gemeinnützig anerkannten Vereins
ASG erfolgt über Mitgliedsbeiträge von ca. 25 Mitgliedern, Spenden und der ASG gewidmeten Buß-
geldern. Die ASG ist aus eigener Kraft nicht in der Lage, die Restfinanzierung einer mit 80% ge-

förderten ABM-Stelle, wie es das Verhandlungsergebnis mit dem Arbeitsamt vorsieht, zu tragen. Die Stadt Goslar wäre bereit, mit 10% in die Restfinanzierung einzusteigen, wenn andere Förderer die verbleibenden 10% übernehmen.

Die Mitgliederversammlung faßt den Beschluß: Die AAA erklärt sich bereit, für die Monate Oktober 1988 bis Dezember 1988 10% als Restfinanzierung der vorgesehenen ABM-Stelle zu übernehmen.

Die AAA versteht diese Zusage für die Kostenbeteiligung als eine Art Starthilfe, die dem Verein als Grundlage für Verhandlungen mit weiteren Stellen, die für eine Beteiligung an der Restfinanzierung in Frage kommen, eingesetzt werden können. Die MV empfiehlt, alle Möglichkeiten der Kooperation mit sozialen, kirchlichen und diakonischen Einrichtungen hinsichtlich finanzieller Hilfeleistung wie auch hinsichtlich inhaltlicher Zusammenarbeit für die dann tätige ABM-Kraft auszunutzen.

Herr Peter Markgraf gibt für die Selbsthilfe "Neue Armut" Erläuterungen zu dem gestellten Antrag: Beantragt wird ein Zuschuß in der Höhe von DM 3 000,00, mit dem 10 Arbeitsexemplare einer Dokumentation einer Ausstellung im Dom und des weiteren der Gesamtsituation von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern erstellt werden können. Diese 10 Arbeitsexemplare sollen Verlagen zugeschickt werden, die die Frage der Veröffentlichung in deren Verlagsprogramm prüfen sollen, damit die bisher für dieses Projekt aufgebrauchte Arbeit zu einem befriedigenden Ergebnis geführt werden kann. Die hohen Druckkosten trotz der geringen Auflage ergeben sich aus der kostenintensiven Farbwiedergabe von 29 Plakaten, die Herr Peter Markgraf geschaffen hat.

Die MV versieht den Beschluß, das vorgestellte Projekt aus Mitteln der AAA mit bis zu 3 000,00 DM zu unterstützen, mit Auflagen, die der Selbsthilfe "Neue Armut" schriftlich mitgeteilt werden.

Die AAA bittet um nochmalige Überprüfung des Gesamtkonzeptes des Projekts, ggf. unter Hinzuziehung eines Sachverständigen für das Kunstverlagswesen. Die MV fragt an, ob nicht eine fast durchgängige schwarz-weiße Dokumentation einfacher in der Herstellung, von den Kosten günstiger und für das Ziel einer großen Verbreitung dieser einzigartigen Dokumentation günstiger wäre.

Der schriftliche Antrag der Diakonischen Beratungsdienste Goslar für einen Personalkostenzuschuß für eine ABM-Stelle in Höhe von DM 10 000,00 lag dieser MV nicht vor. (Der Antrag war, wie sich Tage nach der MV herausstellte, Mitte Juni 88 eingegangen, befand sich aber nicht in den Unterlagen des Versammlungsleiters.)

Die MV verständigte sich darauf, daß einem Antrag der Diakonischen Beratungsdienste Goslar in der o.g. Höhe für das Jahr 1988 zugestimmt wird, den Diakonischen Beratungsdiensten somit das Geld dieses Jahr zur Verfügung steht.

Die Frage nach Förderungsmöglichkeiten - ein schriftlicher Antrag lag nicht vor - durch die AAA an den Verein "Pro Labore e.V." wurde von der MV dahingehend diskutiert, daß dieser Verein, der seit Mai 87 ein Gartenbauprojekt in Wolfenbüttel für straffällig gewordene Jugendliche aufgezogen hat, nicht Projektzuschüsse bekommen sollte. Zur Begründung wurden zwei Argumente angeführt: Zum einen sollten neue Projekte erst nach ausführlicher Diskussion über die

Ziele der Geldvergabe durch die AAA geschehen, zum anderen handelt es sich bei dem Projekt des Vereins um einen Arbeitsbereich, für den in erster Linie staatliche Stellen (Niedersächsisches Ministerium der Justiz) als Mitinitiator und Geldgeber gefordert ist.

Zu überlegen wäre, ob durch die Überweisung eines Symbolbetrages dem Verein "Pro Labore" Solidarität bekundet werden könnte.

Im Abschluß dieses Teils der Aussprache wurde der Vorstand ersucht, neu über das Vergabeverfahren für Zuschüsse zu beraten und ein entsprechendes Konzept zu entwickeln. Überlegungen sollten geprüft werden, ob in den nächsten Jahren noch Zuschüsse in der Größenordnung von DM 10 000 geleistet werden können, und wie in der Vergabe von Zuschüssen das Hauptanliegen der AAA, die Schaffung von regelrechten neuen Stellen, stärker verankert werden könnte.

TOP 3 Teilnahme am Deutschen Evangelischen Kirchentag 1989 in Berlin vom 07. - 11.06. 1989
mit einem Stand auf dem Markt der Möglichkeiten

Christian Teichmann unterrichtet die MV, daß die AAA in Kooperation mit anderen Gruppen, die im Bereich der Projekte für Arbeitslose in Niedersachsen tätig sind, die Beteiligung beim DEKT in Berlin 1989 auf dem Markt der Möglichkeiten beantragt hat. Für die Darstellung der Arbeit der AAA wäre es sinnvoll, die AAA könnte auf dem Markt der Möglichkeiten ihre Arbeit einbringen durch gemeinsame Vorbereitungsarbeit mit Mitarbeitern aus Projekten, die durch die AAA Zuschüsse bekommen. Frau Braun, von Hubeta, bekundet Interesse an der Vorbereitungsarbeit.

TOP 4 Studientag der AAA am 29.10.88

Die Vorbereitungen sind noch nicht abgeschlossen. Es wird versucht, an diesem Studientag einen thematischen Schwerpunkt zu behandeln, und am frühen Nachmittag mit einer Aussprache über ein Konzept für die Verteilung von AAA-Mitteln zu schließen.

TOP 5 Bericht über ein Gespräch mit dem Kuratorium des Spendenfonds und mit dem Landeskirchenamt über
Perspektiven für arbeitslose Theologen und andere für kirchliche Berufe Ausgebildete

Ein solches Gespräch hat wohl wegen der Ferienzeit noch nicht stattgefunden, obwohl es seit Anfang Juni angeregt worden ist. Grundsätzlich sollte sich die AAA als die "Lobby" für diejenigen verstehen, die beim Arbeitgeber Landeskirche Arbeit suchen, und mit dem Argument der leeren Kassen nicht in Dienst gestellt werden.

TOP 6 Verschiedenes

Eine Anfrage eines studentischen Hilfsfonds, der versucht finanzielle Härten von Studentinnen und Studenten abzulösen, die das erste theologische Examen nicht bestanden haben, und vor Problemen stehen, finanziell ihr Studium bis zu einer erneuten Examensmeldung zu sichern, nach einer Art

Darlehensgewährung wird kritisch eingeschätzt: Ehe überhaupt Überlegungen, sich auf diese Anfrage einzulassen, von der AAA aufgenommen werden, sollte Klarheit erzielt werden über die Richtlinien, nach denen die AAA Zuschüsse gewährt, und über den Kreis der Empfänger von AAA-Geldern. Damit ist wiederum ein Konzeptpapier für die Vergabepraxis angefragt, wie auch die Frage, in welchem Bereich der Schwerpunkt der Arbeit der AAA liegen soll - in der Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten für für kirchliche Berufe Ausgebildete.

Ende der Sitzung: 22.50 Uhr

gez. Christian Teichmann

H A U S H A L T S P L A N 1988

1) <u>Einnahmen</u>	
Spenden	25 000,00 DM
Kollekten u.ä.	2 000,00 DM
Zinsen	1 000,00 DM
Personalkostenzuschuß vom Arbeitsamt für die ABM-Stelle bei der AAA	27 675,76 DM
	55 675,76 DM
2) <u>Haben aus den Vorjahren</u>	50 845,30 DM
3) <u>Summe</u>	106 521,06 DM
4) <u>Ausgaben</u>	
Verwaltung	1 000,00 DM
Personalkosten der ABM-Stelle bei der AAA	34 594,70 DM
Sachkosten der ABM-Stelle bei der AAA	2 000,00 DM
Projekt Hubeta	10 000,00 DM
Projekt Lehdorfer Jugendwerkstatt	10 000,00 DM
Projekt Diakonische Beratungsdienste Goslar	10 000,00 DM
Projekt Königslutter, Arbeitsloseninitiative	3 450,00 DM
Weitere Projekte	10 000,00 DM
	81 044,70 DM*
5) <u>Rücklagen</u>	25 476,36 DM

* In dieser Summe sind enthalten die Eigenmittel, die die AAA zu den Personalkosten der ABM-Stelle bei der AAA selbst trägt, 1988 in Höhe von DM 9 070,72.

Die in den Ausgaben (Ziffer 4) genannten Zuwendungen an die vier Projekte sind ausgezahlt. Dazu kommen noch ein Betrag von DM 2 300 an die Propstei Vechelde (Fachberaterin für Umweltfragen) und DM 2 000 an den Verein "Pro Labore e.V.", der mit jugendlichen Straftätern, deren Strafe zur Bewährung ausgesetzt ist, arbeitet.

Ein genauer Finanzbericht wird auf der nächsten MV gegeben.

Nordelbien: Gehaltsverzicht

Hamburg (epd/nez). Mit großer Mehrheit hat die vom 22. bis 24. September in Hamburg tagende Nordelbische Synode die Errichtung eines Frauenreferates beschlossen. Dadurch sollen Frauen künftig stärker als bisher in allen Bereichen kirchlichen Lebens beteiligt werden. Dies gilt auch für die Berufung in Leitungsfunktionen oberhalb der Ebene der Kirchengemeindevorstände.

Ein Ausschuß der Kirchenleitung, dem auch Synodale angehören, soll bis Juni 1989 über die inhaltliche Konzeption, Organisation und den genauen Aufgabenbereich des Referates beschlußfähige Vorlagen erarbeiten.

Der bisher von einzelnen Pastoren freiwillig geleisteten Gehaltsverzicht wurde von der Synode für alle Pastoren verbindlich beschlossen. Danach verzichten die rund 1400 Pastorinnen und Pastoren in den kommenden drei Jahren jeweils für vier beziehungsweise sechs Monate auf die tarifmäßige Erhöhung ihrer Bezüge. Das so eingesparte Geld, insgesamt nach Schätzungen 1,9 Millionen Mark, soll in einen Fonds fließen, der es ermöglicht, Gemeinden und Pastoren zu versorgen, für die sonst keine Mittel zur Verfügung stehen würden. Dadurch hofft man Arbeitslosigkeit von ausgebildeten Theologen zu vermeiden.

Die Synode bestätigte den Schleswiger Bischof mit großer Mehrheit für weitere drei Jahre im Amt. Bischof Stoll wird auf eigenen Wunsch mit Erreichung der Altersgrenze für Pastoren 1992 aus dem Amt scheiden.

EZ
2. Okt.
88
Nr.
40



Aktion Arbeitslosen-Abgabe

Braunschweig, den 19. Dezember 1988

Liebe Mitglieder und Freunde der AAA!

Zum Jahresende sollen Sie wieder einen kurzen Bericht über das, was in der AAA geschehen ist, bekommen. Dabei handelt es sich um Dinge, die denjenigen, die unsere Mitgliederversammlungen besuchen oder unsere Post lesen, weithin bekannt sind. Aber es ist ganz gut, alles noch einmal zusammengefaßt vor Augen zu haben.

1. Seit dem Frühjahr dieses Jahres - genau genommen mit dem Schreiben des Finanzamtes Braunschweig vom 23.3.88 - sind wir als voll gemeinnützig anerkannt mit der Berechtigung steuerwirksame Spendenbescheinigungen auszustellen.
2. Seit dem 1.5. haben wir in Christian Teichmann einen "Geschäftsführer". Das bedeutet für den Vorstand und besonders für den Vorsitzenden eine wesentliche Entlastung. Außerdem hat uns die Zuarbeit, die Christian Teichmann leistet, ein gutes Stück vorangebracht. Ich möchte ihm auf diesem Wege ganz herzlich für seine sorgfältige und gründliche Arbeit, die er für uns tut, danken.
3. Was unsere Finanzen anlangt, so wurde auf der MV am 3.3. in Goslar der Vorschlag gemacht, eine Übersicht über die verfügbaren Gelder und über die in Aussicht genommenen Zuwendungen aufzustellen. Das haben wir dann gleich noch für 1988 gemacht. Der Haushaltsplan 1988 liegt als Anlage diesem Schreiben bei. Von den in dieser Übersicht ausgewiesenen Geldern haben wir in diesem Jahr eine große Summe ausgegeben, weil wir der Meinung waren, daß es nicht gut sei, zu viel Geld zu horten. Sofern es sich um Summen über DM 2.000,-- handelt, sind diese Beträge durch die Mitgliederversammlungen beschlossen worden. Bei den Zuwendungen ist noch zu erwähnen, daß wir für die Jahre 1989 und 1990 für eine bei der Propstei Braunschweig zu errichtende Stelle "Für Arbeit mit Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern" eine Garantie von DM 10.000,-- pro Jahr übernommen haben. Das war nötig, um die Einrichtung dieser Stelle dem Arbeitsamt gegenüber zu garantieren. So konnten für das Jahr 1988 noch ABM-Mittel beansprucht werden.

In der letzten Mitgliederversammlung wurde ein Kriterienkatalog für die künftige Vergabe von Zuschüssen durch die AAA angefragt. Einen solchen wollen wir auf der nächsten Mitgliederversammlung zur Diskussion stellen.

4. An Stelle des im Oktober ausgefallenen Studententages hat sich ein Arbeitskreis gebildet, der nun schon zweimal getagt hat. Dieser Kreis befaßt sich mit der Frage, welchen Beitrag die AAA leisten kann, in unserer Landeskirche auf dem Wege der Teilung von Arbeit und Geld einen Schritt weiterzukommen. Es ist unser Ziel, eine Art Richtlinie zu erarbeiten, nach der die AAA in der nächsten Zeit handeln kann. Bei unseren Sitzungen haben sich zwei Bereiche herauskristallisiert:

- a) Suche nach Möglichkeiten im Rahmen der bestehenden Gehaltsstrukturen - ggf. mit Hilfe von Verordnungen und Gesetzen - durch einen gewissen Gehaltsverzicht wirklich neue Stellen zu schaffen. Hier sind wir im Gespräch mit dem LKA und dem Spendenfonds. Wir verweisen dazu auf die beiliegende Pressemitteilung aus der nordelbischen Kirche-s. Rückseite vom Haushaltsplan. Wir haben uns genauer informiert und u. a. erfahren, daß es gelungen ist, zu dieser Regelung eine breite Zustimmung der Pfarrerschaft zu erlangen. Wenn wir ein Stück in dieser Richtung weiterkommen wollen, ist einmal eine gründliche Aufklärungsarbeit unter den Pfarrern nötig und zum anderen muß erreicht werden, daß die Kirchenleitungen sich dafür öffnen, daß nicht nur Stellen eingespart, sondern daß auch neue Stellen geschaffen werden müssen.
- b) Wie können im Umkreis von Kirchengemeinden neue Tätigkeitsfelder erschlossen werden, deren Finanzierungsmöglichkeiten außerhalb der kirchlichen Haushalts- und Stellenpläne liegen?
Zu denken wäre an eine Zusammenarbeit zwischen Kirchengemeinden und eingetragenen Vereinen. In der Kreuzgemeinde BS-Altlehndorf haben sich mit dem eingetragenen Verein "Hubeta" und der Selbsthilfegruppe für die Arbeit mit Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern zwei Zusammenschlüsse gebildet, die in satzungsmäßig vorgesehener Verbindung mit der Kirchengemeinde sozial-diakonische Arbeit zu ihren Aufgaben gemacht haben. Auf diesem Wege sind einmal sozial abgesicherte Arbeitsverhältnisse entstanden, zum anderen haben Betroffene aus eigener Initiative in Verbindung mit der Kirchengemeinde einen Impuls gegeben, in der Gemeindestruktur das Element der Selbstorganisation zu stärken.

5. Mit diesem Schreiben wollen wir zugleich zur nächsten Mitgliederversammlung am 25. 1. 1989 um 20.00 Uhr ins Amt f. Jugendarbeit (Ajab), Neuer Weg 15, Wolfenbüttel, einladen.

Folgende Tagesordnung soll behandelt werden:

1. Protokoll der MV vom 19.8.88 (liegt dem Schreiben bei)
2. Bericht über die Arbeit im o.g. Arbeitskreis ggf. Verabschiedung von in diesem Kreis erarbeiteten "Richtlinien"
3. Kriterienkatalog für die Vergabe von AAA-Zuschüssen
4. Haushaltsplan 1989 und Finanzbericht 1988
5. Vorbereitung einer MV im April 89 zur Vorstandswahl, die in diesem Frühjahr überfällig ist
6. Verschiedenes

Es ergeht die herzliche Bitte, sich diesen Termin im neuen Kalender zu reservieren, eine gesonderte Einladung erfolgt nicht!

Nun bleibt mir noch die angenehme Pflicht, erstens für die Spenden dieses Jahres und weitere tatkräftige Unterstützung unserer Arbeit herzlich zu danken, und zweitens eine frohe, mutmachende und "gnadenbringende" Weihnachtszeit und ein "seliges neues Jahr" zu wünschen

Im Namen des Vorstands



PS: Der beiliegende Prospekt soll eine Hilfe für den Fall sein, daß Sie auf unseren Verein angesprochen werden.

Zusammenkunft 04.11.88

Teilnehmer:

U. Hennig, E. Schöning, J. Brzoska, O. Hesse, A. Fay, H. Meyer,
H.-M. Gutmann, H. Padel, C. Teichmann, W. Steen, E. Binder,
R. Mercker.

Kommen abgesagt: H.-M. Brackhahn

Zusammenfassung der Voten

Feststellung Schöning u. Hennig: Gegenwärtig ist Arbeitslosigkeit nicht das brennende Thema bei Diakon/Innen. Es gibt in der Region im Prinzip keine arbeitslosen Kolleg/Innen. Wer keine Stelle bekommt, bewirbt sich weg aus dem Gebiet der Landeskirche. Das heißt nicht, daß Arbeitslosigkeit bei dieser betreffenden Berufsgruppe kein Problem werden kann.

Gegenwärtig starkes Problem: der schleichende Stellenabbau im Arbeitsbereich der Diakon/Innen. Vermutete Tendenz hinter dieser Stuktorentwicklung: Stärkere Hinwendung in der Personal- und Stellenplanung zum "Alleskönner-Pfarrer".

Auflistung Brzoska: Arbeitslosigkeit bei Theolog/Innen mit 2. Examen, Stand 01.11.88: Es warten 3 Leute, = Niemann, Examen I / 88, Eggeling, Examen I ≠ 88, Kremling, Examen II / 88. Ihnen ist nicht definitiv gesagt worden vom LKA, was aus ihnen werden soll im Dienst oder nicht im Dienst der Landeskirche. Dazu Teichmann, Examen I / 87, mit anderen Aussichten, weil seine Einstellung in den Probendienst nach bis der dahin gültigen Regelung geschieht.

Fakt heute: durch Warten kann niemand seine Chance, in den Probendienst zu kommen, aufbessern.

Gegenwärtig im 2. Examen: 7 Leute, davon 6 Leute mit "ausreichend" im 1. Examen. Kein "Überflieger-Durchgang", die Wahrscheinlichkeit ist nicht so groß, daß viele aus diesem Durchgang sofort in den Probendienst übernommen werden.

Die Zahlen der Vikarskurse sind verrückt klein, ebenso die Zahlen der Leute, die mit bestandenem 1. Examen in den Vorbereitungsdienst "drängen". Kopffzahlen der Kurse: 8 / 7 / 6 / 7 / 6

Vermutung Brzoska: Bevor Überlegungen in WF angestellt werden über die Zahl und die Einsatzorte der künftigen Probendienstler, wird abgewartet, wie das 2. Examen ausfällt: Ist das Examen insgesamt ganz gut, nehmen sie mehr Leute in Probendienststellen, geht es nicht so gut aus, dann wird gemauert mit Probendienststellen.

Votum Binder: Die Verlängerung des Probendienstes ergibt für das persönliche Unterbewußtsein eine zusätzliche Belastung. Die Vergabe von Stellen für den Probendienst ist ebenfalls ein Geheimnis WFs. Während des 3 jährigen Probendienstes ganz stark auf sich gestellt.

Votum Gutmann: Von der Prakt. Theologie an der Uni sind neue Arbeitsfelder angegangen worden, die dem Pfarrer zusätzlich aufgesattelt werden. Im Studium schon größerer Leistungsdruck und entsprechende Belastbarkeit derer, die aus dem Studium kommen.

Zusammenkunft 04.11.88

Teilnehmer:

U.Hennig, E. Schöning, J. Brzoska, O.Hesse, A. Fay, H. Meyer,
H.-M. Gutmann, H. Padel, C. Teichmann, W. Steen, E. Binder,
R. Mercker.

Kommen abgesagt: H.-M. Brackhahn

Zusammenfassung der Voten

Feststellung Schöning u. Hennig: Gegenwärtig ist Arbeitslosigkeit nicht das brennende Thema bei Diakon/Innen. Es gibt in der Region im Prinzip keine arbeitslosen Kolleg/Innen. Wer keine Stelle bekommt, bewirbt sich weg aus dem Gebiet der Landeskirche. Das heißt nicht, daß Arbeitslosigkeit bei dieser betreffenden Berufsgruppe kein Problem werden kann.

Gegenwärtig starkes Problem: der schleichende Stellenabbau im Arbeitsbereich der Diakon/Innen. Vermutete Tendenz hinter dieser Stuktumentwicklung: Stärkere Hinwendung in der Personal- und Stellenplanung zum "Alleskönner-Pfarrer".

Auflistung Brzoska: Arbeitslosigkeit bei Theolog/Innen mit 2. Examen, Stand 01.11.88: Es warten 3 Leute, = Niemann, Examen I / 88, Eggeling, Examen I ≠ 88, Kremling, Examen II / 88. Ihnen ist nicht definitiv gesagt worden vom LKA, was aus ihnen werden soll im Dienst oder nicht im Dienst der Landeskirche. Dazu Teichmann, Examen I / 87, mit anderen Aussichten, weil seine Einstellung in den Probendienst nach bis der dahin gültigen Regelung geschieht.

Fakt heute: durch Warten kann niemand seine Chance, in den Probendienst zu kommen, aufbessern.

Gegenwärtig im 2. Examen: 7 Leute, davon 6 Leute mit "ausreichend" im 1. Examen. Kein "Überflieger-Durchgang", die Wahrscheinlichkeit ist nicht so groß, daß viele aus diesem Durchgang sofort in den Probendienst übernommen werden.

Die Zahlen der Vikarskurse sind verrückt klein, ebenso die Zahlen der Leute, die mit bestandenem 1. Examen in den Vorbereitungsdienst "drängen". Kopfzahlen der Kurse: 8 / 7 / 6 / 7 / 6

Vermutung Brzoska: Bevor Überlegungen in WF angestellt werden über die Zahl und die Einsatzorte der künftigen Probendienstler, wird abgewartet, wie das 2. Examen ausfällt: Ist das Examen insgesamt ganz gut, nehmen sie mehr Leute in Probendienststellen, geht es nicht so gut aus, dann wird gemauert mit Probendienststellen.

Votum Binder: Die Verlängerung des Probendienstes ergibt für das persönliche Unterbewußtsein eine zusätzliche Belastung. Die Vergabe von Stellen für den Probendienst ist ebenfalls ein Geheimnis WFs. Während des 3 jährigen Probendienstes ganz stark auf sich gestellt.

Votum Gutmann: Von der Prakt. Theologie an der Uni sind neue Arbeitsfelder angegangen worden, die dem Pfarrer zusätzlich aufgesattelt werden. Im Studium schon größerer Leistungsdruck und entsprechende Belastbarkeit derer, die aus dem Studium kommen.

2 Themenkreise für die Weiterarbeit haben sich herausgestellt:

1.) Was kann von unten, den Gemeinden, Innovatives auf den Weg gebracht werden? = Mercker-Anliegen

Aufgabenstellung bis zur nächsten Zusammenkunft:

Zusammen mit Teichmann das innovative Element der AAA-Aktivitäten in den AAA geförderten Projekten herausarbeiten und darstellen. Material: Hubeta und Selbsthilfegruppe Alt-Lehndorf, Stelle von Frau I. Schwarz

2.) Arbeitsmöglichkeiten für Theologen / Diakone ohne Stellen anfordern; Ansprechpartner: LKA, Spendenfondskuratorium - muß ganz konkretes Nahziel sein für Leute, die jetzt schon draußen stehen. Mittelfristig ins Gespräch kommen mit denselben Gremien über Strukturveränderungen, Änderung am Spendenfondsgesetz, in diese Gremien mit Vorschlägen kommen, auf die geantwortet werden muß.

Braunschweig, den 25.11.88

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer unseres Arbeitskreises vom 04.11.88,

dieser knappe Brief soll als Gedächtnisstütze aufgefaßt werden:

- a) über den Gesprächsstand am Ende des 04.11.88;
- b) als Erinnerung an den Termin, den wir für die nächste Zusammenkunft ausgemacht hatten:

Freitag, den 02.12.88, 8.30 Uhr in der Matthäus-Gemeinde, BS, mit Frühstück am Beginn der Zusammenkunft!

Die personelle Zusammensetzung des Arbeitskreises soll weitgehend dieselbe bleiben, so daß wir in die beiden o.g. Themenbereiche einsteigen können, zu denen einführende Kurzvorträge uns den Wiedereinstieg in das Gespräch erleichtern sollen.

Bis zum Freitag mit herzlichen Grüßen

Christian Teichmann



**Aktion
Arbeitslosen
Abgabe**
In Braunschweig

Protokolle und Materialien 1989

Modell Freiburg: Pastoralreferenten teilen Arbeit und Geld
Auftrag und Elend theologischer Mitarbeiter in der Landeskirche

Kann das Diakonische Werk eine Regiestelle für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen einrichten?

Herrn
Eckehard Binder
Vorsfelder Str. 21
3332 Grasleben



Braunschweig, den 28.02.89

Liebe Mitglieder und Freunde der AAA!

Hier bekommen Sie

- ein Papier zum Teilen von Arbeit und Geld, das ich Ihrer besonderen Aufmerksamkeit empfehle,

und

- die Spendenbescheinigung für 1988 (sofern Sie zu den Spendern gehören).

Bei der Gelegenheit möchte ich allen, die uns im vergangenen Jahr mit Spenden bedacht haben, herzlich danken. Beim Unterschreiben der Bescheinigung ging mir so verschiedenes durch den Kopf: Angefangen bei der Geschichte "Vom Scherflein der Witwe" bis hin zu einem "Alle Achtung!".

Herzlichen Dank.

Mit freundlichem Gruß



P.S.: Bitte merken Sie sich schon den Termin der nächsten Vollversammlung vor: Mittwoch, 12.04.89 (20.00 Uhr).

Eine Einladung erfolgt gesondert.

Wichtigster TOP: Neuwahl des Vorstands.

An die
Mitglieder und Freunde
der AAA



- Aufruf -

Unser Ziel ist Arbeit und Geld zu teilen. Diesem Ziel haben wir uns im letzten halben Jahr wieder stärker zugewandt und auch schon erste Schritte getan.

Eine Arbeitsgruppe der AAA hat das umseitig abgedruckte Papier erarbeitet, das in der letzten Vollversammlung verabschiedet wurde. Jedoch ein Papier alleine bewegt noch nichts, es sei denn, es wird gelesen, sich zu eigen gemacht und in Taten umgesetzt.

Dazu möchten wir alle Mitglieder und Freunde der AAA aufrufen.

- Bitte lesen Sie das Papier genau und lassen Sie uns wissen, was Sie davon halten.
- Überlegen Sie bitte, wen Sie persönlich ansprechen und für die Sache gewinnen können.
- Bringen Sie unsere Sache in Ihren Arbeitskreisen, Kirchenvorständen, Pfarrkonventen, Propsteisynoden zur Sprache.
- Nicht zuletzt ist es wichtig, daß wir uns darüber klar werden, daß bei dieser Frage auch eigene Widerstände zu überwinden und noch manche Frage zu klären sind.

Der Vorstand der AAA hat mittlerweile Gespräche mit dem Vorsitzenden des Spendenfonds der Landeskirche und mit verschiedenen Oberkirchenräten im Landeskirchenamt geführt. Als nächstes planen wir ein Gespräch am runden Tisch mit kirchenleitenden Persönlichkeiten und eine größere öffentliche Veranstaltung.

Hoffentlich bringen uns diese Bemühungen ein Stück voran.

Braunschweig, den 28.02.89

Der Vorstand der Aktion Arbeitslosen-Abgabe

b.w.

Vorstand: Hartmut Padel, Vors.; Wilfried Steen, stellvertr. Vors.; Hanna Stöckmann-Wrede, Schatzmeisterin; Elisabeth Schöning, Schriftführerin; Hans-Martin Gutmann

Konto: Post giro Hannover 4938 77 - 307 (BLZ 250 100 30)

Matthias Berg

Ein Tropfen auf den heißen Stein

Modellversuch von sieben Pastoralreferentinnen/referenten zur Schaffung einer zusätzlichen Arbeitsstelle.

Die Erzdiözese Freiburg erprobt als erste deutsche Diözese ein Modell zur Schaffung einer zusätzlichen Pastoralreferentenstelle durch Lohnverzicht und Freizeitausgleich. Sieben Pastoralreferenten/Pastoralreferentinnen verzichten seit Sept. 1987 für sieben Jahre auf 14% ihres Gehaltes und stehen damit in einem Teilzeitbeschäftigungsverhältnis von 86% - soweit nichts Ungewöhnliches. Das Neue dieses Projektes besteht darin, daß die dem verminderten Gehalt entsprechende Arbeitszeit nicht pro Woche oder pro Jahr reduziert wird, sondern in einem einjährigen Langzeiturlaub ausgeglichen wird.

Wie kam es zu dieser Initiative?

Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg zeigen, daß selbst bei günstigen wirtschaftlichen Entwicklungen die Arbeitslosigkeit auch im Jahr 2000 hoch sein wird ¹. Arbeitslosigkeit baut sich also sicher nicht allein durch die vielbeschworenen Selbstheilungskräfte des Marktes ab. Wer auf sie vertraut, nimmt Millionen Arbeitslose in Kauf. Nötiger als die Sorge um wirtschaftliches Wachstum ist daher die Ausarbeitung konkreter Modelle zur Neuverteilung der vorhandenen und zukünftigen Arbeit und der damit zusammenhängenden Einkommen. Gefordert ist heute mehr denn je tätige Solidarität zwischen Arbeitenden und Arbeitssuchenden, das Teilen von Arbeit und Einkommen, damit alle durch eigene Arbeit ihren Lebensunterhalt erwerben können. Von diesem Ruf nach tätiger Solidarität sind auch die Angestellten des kirchlichen Dienstes und die Kirchenleitungen in ihrer Rolle als Arbeitgeber nicht ausgenommen.

Unter dem großen Heer der Arbeitslosen befinden sich zunehmend Frauen und Männer mit einem theologischen Hochschulabschluß.

Darauf weisen allein schon die konstant hohe Zahl von Theologiestudierenden an der Freiburger Katholischen Fakultät (Anlage 1) und die nahezu jährlich ansteigende Zahl von Bewerbern/Bewerberinnen für die pastoral-praktische Berufseinführung als Pastoralassistent in der Erzdiözese Freiburg (Anlage 2) hin.

Vor diesem Hintergrund sah sich der "Verband der Pastoralreferenten/Pastoralreferentinnen der Erzdiözese Freiburg e.V." gefordert, eigene konstruktive Vorschläge zu entwickeln und für sie einzustehen, um mehr Theologen/Theologinnen eine Anstellung als Pastoralreferent/Pastoralreferentin zu ermöglichen. Zur Entwicklung eines konkreten Modells waren zwei Veröffentlichungen der "Initiative für Arbeitsumverteilung e.V." äußerst hilfreich (Anlage 3). Hierin wurde unter den Stichworten "Solidarjahr" bzw. "Sabbatjahr" eine Regelung vorgestellt, die andernorts bereits mit Erfolg praktiziert wurde und uns auch für den kirchlichen Bereich praktikabel zu sein schien.

Fragen, die einer eingehenden Klärung bedurften, waren:

1. die finanzrechtliche Regelung des Projekts;
2. die Frage, wie sichergestellt werden kann, daß das Geld vom Ordinariat für eine zusätzliche Pastoralreferentenstelle verwendet wird;
3. die Frage nach sozialversicherungsrechtlichen Konsequenzen dieses Projektes für die Beteiligten.

Zu 1.: Die Schwierigkeit lag darin, das Projekt so zu konzipieren, daß der finanzielle Verzicht der Pastoralreferenten steuerrechtlich anerkannt wird, d.h. daß die Lohn- bzw. Einkommensteuer nur noch auf der Grundlage des reduzierten Gehaltes berechnet wird. Dafür ist es notwendig

- daß die Verzichtenden keine Einflußmöglichkeit und keinen Anspruch auf eine bestimmte Verwendung der Gelder haben, die durch den Gehaltsverzicht zusammenkommen;
- daß das Geld, das durch den Verzicht zusammenkommt, nicht in einem besonderen Fond gesammelt wird;
- über die Verwendung des gesammelten Geldes nur im Rahmen des normalen Haushaltsvollzuges entschieden wird, d.h. das Ordinariat kann und darf den Beteiligten gegenüber keine rechtlich bindende Zusage machen, wofür es das gesammelte Geld verwenden wird. Der Verzicht wird in

seiner rechtlichen Wirkung allerdings nicht in Frage gestellt, wenn vorab das Ordinariat eine Erklärung (auch schriftlicher Art) über die beabsichtigte Verwendung der eingesparten Gelder abgibt.

- Zu 2.: Dadurch ergab sich für uns die Frage, wie wir einigermaßen sicherstellen können, daß das von den Pastoralreferenten zur Verfügung gestellte Geld und die freie Zeit auch tatsächlich einem/einer weiteren Pastoralreferenten/referentin zu Gute kommen wird. Hierfür entwickelte das Erzbischöfliche Ordinariat folgendes Modell: Für die sieben Jahre, in denen das Projekt läuft, wird im Stellenplan der Erzdiözese Freiburg in der Gruppe der Pastoralreferenten eine zusätzliche Planstelle mit dem Vermerk "künftig wegfallend" ausgewiesen. Auf diese Weise kann am ehesten dokumentiert werden, daß das Versprechen, eine zusätzliche Planstelle einzurichten, eingehalten wird. Wie oben aus Punkt 1 jedoch schon deutlich wird, kann und darf es in diesem Punkt keine rechtlich abgesicherte Regelung geben; an dieser Stelle ist vielmehr das gegenseitige Vertrauen aufgrund der wechselseitigen kirchlichen Dienstgemeinschaft gefordert.
- Zu 3.: Es wurde festgehalten, daß Krankenversicherung und Arbeitslosenversicherung keine Probleme darstellen, da deren Leistungen in vollem Umfang auch bei reduziertem Beitrag erhalten bleiben. Bei der Rentenversicherung und entsprechend der Zusatzversorgung ist eine leichte Reduzierung des Rentenanspruchs zu erwarten (nach heutiger Bemessungsgrundlage wären es maximal DM 40,-- pro Monat); Bei Frührentnern würde es sich stärker auswirken. Die bestehenden Wege, durch eine freiwillige Höherversicherung den Rentenanspruch zu erhöhen, wurden als zu unattraktiv angesehen (Auskünfte für den Einzelfall erteilen die verschiedenen Geschäftsstellen der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte; allgemeine Hinweise sind in der BfA, Information Nr.2: Die Höherversicherung in der Angestelltenversicherung, enthalten).

Das vereinbarte Modell

Eineinhalb Jahre nach dem ersten Gespräch zwischen Pastoralreferenten/Pastoralreferentinnen und Vertretern des Erzbischoflichen Ordinariates Freiburg wurde folgender Modellversuch vereinbart:

- Sieben Pastoralreferenten/Pastoralreferentinnen beteiligen sich an diesem Projekt und verpflichten sich durch einen Vertrag darauf.
- Jeder der Teilnehmer/Teilnehmerinnen arbeitet sechs Jahre in vollem Umfang, erhält aber in dieser Zeit nur eine reduzierte Vergütung in Höhe von 86% der vollen Vergütung. Das dabei eingesparte Geld soll zur Finanzierung einer zusätzlichen Pastoralreferentenstelle verwendet werden.

- Die von den einzelnen in den sechs Jahren im Vergleich zur Vergütung geleistete Mehrarbeit wird in einem siebenten Jahr durch Freizeit (mit ebenfalls reduzierter Vergütung wie in den anderen sechs Jahren) ausgeglichen.
- Von den am Projekt beteiligten Personen nimmt in der Regel jeweils eine pro Jahr den Freizeitausgleich. Die Wiederaufnahme der Tätigkeit nach dem einsatzfreien Jahr erfolgt an einer neuen Stelle, da die vorausgehende Stelle bereits anders besetzt wird.
- Die an diesem Projekt Beteiligten bleiben auch während des einsatzfreien Jahres Angestellte der Erzdiözese Freiburg.

In einem Nachtragsvertrag (Anlage 4) wurde diese Vereinbarung arbeitsrechtlich umgesetzt. Im September 1987 begann das Projekt "Schaffung einer zusätzlichen Pastoralreferentenstelle durch Lohnverzicht und Freizeitausgleich" in der Erzdiözese Freiburg.

Welche Vorteile hat dieses Modell?

Das Modell ist zeitlich und in seiner Handhabung überschaubar. Alle Ansprüche des Arbeitnehmers (außer Rente) bleiben in vollem Umfang bestehen. Der finanzielle Verzicht beträgt wegen der Steuerprogression netto weniger als 14%. Mehr als bei Modellen, in denen Spenden im Vordergrund stehen, wird erkennbar, daß es um ein Teilen miteinander geht. Dies ist sicher humaner und christlicher, als immer mehr Menschen zu Sozialhilfeempfängern und Almosenempfängern zu machen. Mit dem Verlust an Einkommen ist zugleich ein Gewinn an freier Zeit zur eigenen Verfügung gegeben. Durch den Stellenwechsel nach dem einsatzfreien Jahr wird dem stark personal geprägten Arbeitsstil pastoraler Arbeit Rechnung getragen und eine kontinuierliche Beschäftigung an einer Einsatzstelle ermöglicht.

Welche Nachteile und Risiken ergeben sich?

Wer sich an diesem Modell beteiligt, muß sich für sieben Jahre dazu verpflichten und seine Planungen darauf ausrichten.

Wer sieben Jahre lang 14 % weniger verdient, erwirbt für diese Zeit auch um 14 % verminderte Rentenansprüche (gegenüber den gesetzlichen Rentenversicherungsanstalten als auch gegenüber evtl. vorhandenen Zusatzversorgungen). Gravierender kann dies werden, wenn ein Pastoralreferent zum Frührentner wird, da in diesem Fall die ohnehin geringe Rente noch weiter gekürzt wird. Bei der Krankenversicherung kann es passieren, daß der einzelne unter die Beitragsbemessungsgrenze rutscht und damit (wieder) der gesetzlichen Versicherungspflicht unterliegt.

Wie kann es weitergehen?

Diese Initiative kann natürlich nicht das Problem der Massenarbeitslosigkeit lösen; ebensowenig kann sie dafür sorgen, daß alle Pastoralreferenten-Bewerber eine kirchliche Anstellung finden. Wir wissen, daß diese Initiative zunächst ein "Tropfen auf den heißen Stein" bleibt. Dennoch glauben wir, daß wir mit dieser Initiative in eine Richtung weisen, in der noch sehr viele Möglichkeiten entdeckt werden können. Zum einen sicher eine Vielzahl von Variationsmöglichkeiten des zuvor beschriebenen Modells (Anlage 5): Das Modell kann auch von Einzelpersonen durchgeführt werden; die Höhe der Gehaltsreduzierung kann individuell und flexibel gestaltet werden (z.B. 5, 10, 15 oder 20 %); die Dauer der einsatzfreien Zeit kann variabel festgelegt werden (z.B. von 3 bis 36 Monate). Zum anderen kann dieser Modellversuch hoffentlich einen sachlichen Beitrag leisten bei der Beschäftigung mit konkreten Vorstellungen zur Neuverteilung von Arbeit und Einkommen. Die heftige Diskussion um Arbeitszeitverkürzung mit oder ohne vollen Lohnausgleich bedarf m.E. solcher konkreten Erfahrungen und Versuche. Daß mit diesem Projekt aber nur der äußerste Rand eines sehr viel größeren Problembereiches angekratzt wurde, verdeutlicht der Diskussionsbeitrag von Dr. Wolfgang Neitzel (Anlage 6), dessen Überlegungen weit über diese Modellversuche hinausweisen und dennoch in einer inneren Logik zu diesem Projekt stehen.

Anmerkung 1

Vergleiche die Mitteilung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 1/1985 "Arbeitsmarktperspektiven der Achtziger und Neunziger Jahre". Die günstigste Arbeitsmarktentwicklung beschert uns demnach 1990 4,3 Mio Arbeitslose (einschließlich der Stillen Reserve), davon 2,7 Mio registrierte Arbeitslose und im Jahr 2000 immer noch 3,2 Mio Arbeitslose (einschließlich der Stillen Reserve), davon 2,0 Mio registrierte Arbeitslose.

Freiburg im Breisgau, Oktober 1988

Kontaktadresse: Matthias Berg, Katholische Hochschulgemeinde
- Studienbegleitung -
7800 F r e i b u r g , Lorettostr. 20a

Anlage 1

	Zahl der Theol. Studierenden im Hauptfach	davon: im Diplom- studiengang	im Staatsex. studiengang mit Theol. als 1. od. 2. Hauptfach	im Studien- gang für das kirchl. Examen
WS 1982/83	1.116 (100%)	434 (38,89%)	391 (35,04%)	207 (18,55%)
WS 1984/85	1.136 (100%)	466 (41,02%)	383 (33,71%)	212 (18,66%)
WS 1986/87	1.072 (100%)	501 (46,74%)	281 (26,21%)	209 (19,50%)
WS 1987/88	1.046 (100%)	496 (47,42%)	251 (24,00%)	195 (18,64%)

Anlage 2

	Bewerber um Aufnahme in die pastoral-praktische Ausbildung als PA	vom Ordinariat in Ausbildung als PA übernommen
1983	17	12
1984	19	10
1985	22	12
1986	24	11
1987	38	12
1988	25	9

entnommen aus:

Initiative für Arbeitsumverteilung e.V.
Geschäftsstelle: Uffhauser Str. 4, 7800 Freiburg
Tel.: 0761/ 474746

Info 3 2. Fassung / Juli 1985

S O L I D A R J A H R nach dem Rottweiler Modell

Vorschlag zur Arbeitsmarktsituation im öffentlichen Dienst

Das Seminar für Schulpädagogik in Rottweil ist beteiligt an der Ausbildung der angehenden Gymnasiallehrer und wird deshalb mit dem Problem, daß nur wenige von diesen in den Schuldienst übernommen werden, ständig hautnah konfrontiert.

Im Februar 1983 wurde der nachstehende Vorschlag von der Schulkonferenz dieser Bildungseinrichtung ausgearbeitet und den zuständigen Stellen der Landesregierung und anschließend auch der Öffentlichkeit übergeben:

(1) Ausgangspunkt

Unseren Vorschlägen liegen folgende - heute wohl allgemeinen - Erkenntnisse zur Arbeitsmarktsituation zugrunde:

- * In den nächsten zehn Jahren wird jeder zehnte Erwerbsfähige ohne Arbeit sein.
- * Nach allen Prognosen wird auch ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von vier Prozent wenig ändern.
- * Im öffentlichen Dienst wird die Last der Arbeitslosigkeit fast ausschließlich auf die jungen Arbeitssuchenden abgewälzt. Diese haben keine nennenswerten Ausweichmöglichkeiten.

(2) Vorschlag

Deshalb machen wir den Vorschlag, im öffentlichen Dienst ein Solidarjahr einzuführen. Jeder im öffentlichen Dienst Tätige wird alle zehn Jahre für ein Jahr beurlaubt.

(3) Wirkungen

Dieser Vorschlag bewirkt:

- * Die Last der zehnpromentlichen Arbeitslosigkeit wird auf alle im öffentlichen Dienst Beschäftigten verteilt.
- * Für die nachrückende Generation werden zehn Prozent Arbeitsplätze freigemacht.

Im Unterschied zu anderen Modellen der Arbeitszeitverkürzung erreichen wir mit unserem Vorschlag zusätzlich folgende Ziele:

- * Durch die Einbeziehung der starken Beschäftigungsjahrgänge wird sofort eine große Zahl von Arbeitsplätzen verfügbar.
- * Durch das Wechselintervall von zehn Jahren werden Übergabeprobleme auch bei Arbeitsplätzen mit komplexen Aufgaben weitgehend vermieden.
- * Die organisatorischen und finanziellen Auswirkungen des Modells sind berechenbar.

(4) Finanzielle Regelungen

Ein Solidarjahr ohne Bezüge ist unseres Erachtens unzumutbar. Ein Solidarjahr bei reduzierten Bezügen erscheint unter bestimmten Voraussetzungen möglich. Wir schlagen vor, das Solidarjahr bei gleichbleibenden Bezügen auf folgende Weise zu finanzieren:

- * Jeder Beschäftigte leistet einen Eigenbeitrag zur Finanzierung seines Solidarjahrs. Höhe und Form des Eigenbeitrags müssen so gestaltet werden, daß bei unterschiedlichen Regelungen für die verschiedenen Gruppen die Gesamtbelastung für alle gleich ist. (Zum Beispiel könnte der Vorschlag der Kürzung des 13. Monatsgehalts aufgegriffen werden. Bereits zwei Drittel des Weihnachtsgelds würden die Hälfte des im Solidarjahr zu zahlenden vollen Einkommens ausmachen).
- * Der ergänzende Anteil der öffentlichen Hand reduziert sich um die Beiträge, die als Zuschüsse zur Arbeitslosenversicherung und als Kosten der Sozialhilfe eingespart werden.

Sowohl bei der Regelung der Finanzierungsanteile zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wie auch bei der Festsetzung der Höhe der Bezüge während des Solidarjahres müssen soziale Gesichtspunkte berücksichtigt werden.

(5) Anmerkungen

Das Konzept einer durch Gesetz oder Tarifvertrag verordneten generellen Einführung von Sabbat- oder Solidarjahren etwa für den öffentlichen Dienst stellt ohne Zweifel sowohl vom organisatorischen als auch vom

beschäftigungspolitischen Standpunkt ein außerordentlich vielversprechender Weg zur Arbeitsumverteilung dar. Allerdings kann dieser Weg nur im öffentlichen Dienst und bei anderen Beschäftigungsverhältnissen mit beamtenähnlichem Status (etwa bei Kirchen) mit kurzfristigen Auswirkungen auf die Beschäftigungslage begangen werden. Wenn die betroffenen Arbeitnehmer in einem auf Dauer angelegten Beschäftigungsverhältnis stehen, können nämlich sofort nach Inkrafttreten einer solchen Solidarjahr-Regelung die ersten zehn Prozent der Beschäftigten (beginnend mit den Dienstältesten) bereits ihr Urlaubsjahr antreten, ohne das während dieser Zeit zu beziehende Einkommen angespart zu haben. Die Ansparung erfolgt erst in den neun Arbeitsjahren im Anschluß an das Urlaubsjahr. Die zweiten zehn Prozent gehen im zweiten Jahr in Urlaub, haben also ein Jahr lang angespart und müssen dann in den auf den Urlaub folgenden acht Jahren den Rest ansparen usw. usw.

Bei Beschäftigungsverhältnissen, die nicht notwendigerweise auf Dauer angelegt sind, wie in der freien Wirtschaft üblich, wäre es nicht zu umgehen, das Solidarjahr erst dann zuzugestehen, wenn voll angespart ist. Beschäftigungspolitisch träte der positive Effekt erst nach Ablauf der Ansparfrist, also erst nach fünf bis zehn Jahren (je nach Länge der Ansparfrist) ein.

Vorteilhaft am Rottweiler Solidarjahr-Konzept ist, daß das Wechselintervall sehr lang ist (neun Jahre) und die Übergabeprobleme nur einmal in dieser langen Zeitspanne auftreten, so daß selbst komplexe Aufgaben und verantwortungsvolle Positionen in das Programm einbezogen werden könnten.

Die langen Wechselintervalle würden die Organisation kaum zusätzlich belasten. Neue Planstellen müßten trotz der erweiterten Mitarbeiterzahl nicht eingerichtet werden. Die vorhandenen Planstellen werden lediglich im Langzeitzyklus abwechselnd besetzt, wobei für jeweils neun Planstellen zehn Mitarbeiter beschäftigt würden, von denen jeweils einer oder eine im Urlaub wäre. Bei 80.000 Lehrern in Baden-Württemberg z.B. wären also 8000 ständig im Urlaub, deren Aufgaben durch neu anzustellende Junglehrer übernommen würden.



INITIATIVE FÜR ARBEITSUMVERTEILUNG E.V.

Ich war arbeitslos,
und ihr habt mich nicht beschäftigt.
(frei nach Matthäus 25)

Arbeitsumverteilung in den Kirchen

Wie in fast allen Industrieländern und erst recht in den Ländern der Dritten Welt ist die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik anhaltend erschreckend hoch. Über zwei Millionen weist die offizielle Statistik aus, und wenn wir die sogenannte stille Reserve, die Zwangsfrührentner und die in aussichtslosen Fortbildungsprogrammen Beschäftigten hinzurechnen, dann kommen wir zu einer Zahl von rund dreieinhalb Millionen Menschen, die eine Erwerbsarbeit suchen. Die Aussichten für die Zukunft sind düster. Die demographische Entwicklung, der anhaltende technische Fortschritt und das, was realistischereweise mittelfristig an wirtschaftlichem Wachstum erwartet werden kann, geben kaum Anlaß zur Hoffnung, die Arbeitslosigkeit in überschaubarer Zukunft entscheidend zu verringern. Gesetzgeber und Tarifpartner haben getan und tun, was sie ihren Vorstellungen entsprechend verantworten und durchsetzen können, und jedermann weiß, daß dies zu wenig ist.

Wie stellen sich die Kirchen dieser Situation?

Ihrem Auftrag gemäß, die Stimme für die Schwachen zu erheben, leisten sie mündlich und schriftlich Eindrucksvolles, und diese Verdienste sollen hier auch nicht geschmälert werden. Aber die Kirchen sind nicht nur so etwas wie ein öffentliches Gewissen, sie sind zusammengenommen auch einer der größten Arbeitgeber in unserer Republik und beschäftigten mit allen ihren Verzweigungen rund eine halbe Million Menschen. Sie können sich deshalb der Verpflichtung nicht entziehen, über die verbalen Kraftakte hinaus, die doch vor allem darauf abzielen, anderen gute Ratschläge zu geben, schon um ihrer Glaubwürdigkeit willen in der Nachfolge ihres Herrn und Meisters das Prinzip des Teilens ernst zu nehmen, und Ihn - frei nach Matthäus 25 - nicht als arbeitslosen psychisch verletzenden zu lassen.

Aus dem Kreis der Kirchen entstanden und entstehen eine Vielzahl von Initiativen für Arbeitslose und für freiwillige Abgaben für Arbeitslose. Es gibt Aufrufe, sich mit 2 bis 3 % des Einkommens an der Finanzierung von Arbeitsplätzen zu beteiligen. All diese Bemühungen sind lobenswert, doch sollten wir ehrlich genug sein, angesichts einer Dauerarbeitslosigkeit von zehn Prozent und mehr der Beschäftigungsfähigen einzuräumen, daß all diese Programme eher Almosen als wirkliche Opfer darstellen, und daß sie auch in

ihren Auswirkungen nur Tropfen auf dem heißen Stein sind. Von einem der Situation auf dem Arbeitsmarkt angemessenen Opfer könnte die Rede sein, wenn die Kirchen die Voraussetzungen für die Einrichtung von neuen Arbeitsplätzen in der Größenordnung von zehn Prozent der heutigen Beschäftigungszahlen schaffen würden.

Nun kann weder mit einer nennenswerten Steigerung des Steueraufkommens angesichts der Bonner Pläne zur Senkung der Lohnsteuer und der Tarifpolitik der Gewerkschaften, die letztlich zu Arbeitszeitverkürzungen statt Lohnerhöhungen führt, gerechnet werden. Auch ist nicht zu erwarten, daß die komfortable Kopplung an die Einkommenshöhe und die Tarifgruppen des öffentlichen Dienstes aufgegeben wird. Deshalb kann eine solche Erweiterung des Arbeitsplatzangebots eigentlich nur finanziert werden, wenn sie im wesentlichen von den Mitarbeitern selbst getragen wird. Und das geht natürlich nur über Einkommensverzicht.

Die Freiheit des Menschen ist ein wesentliches Anliegen der Bibel. Da aber die Normierung und Standardisierung der Arbeitszeit auch ein Stück Unfreiheit ist, wäre es nicht nur arbeitsmarktpolitisch erstrebenswert, den Mitarbeitern aller Funktionsbereiche und aller hierarchischen Stufen ein Wahlrecht für Teilzeitarbeit beliebiger Abstufung von der Regelarbeitszeit zugestehen. Da aber viele Funktionen im kirchlichen Dienst nicht an eine feste Regelarbeitszeit gebunden sind und deshalb eine Teilzeitvereinbarung funktionsmäßig oder vom Arbeitsumfang schwierig zu definieren wäre, sollte entweder grundsätzlich mit offener Bezugsperiode gearbeitet werden oder aber von vornherein an die Verwirklichung eines Sabbatjahrkonzepts gedacht werden.

Eine offene Bezugsperiode würde bedeuten, daß unter Berücksichtigung der Eigenart der betreffenden Funktion und der Wünsche des Mitarbeiters die Verkürzung der Regelarbeitszeit auf die Woche, den Monat, das Jahr oder eine Reihe von Jahren (Sabbatjahrzyklus) bezogen und entsprechend vereinbart wird. Dies führt zu einem breiten Spektrum von Möglichkeiten mit verkürzter Tagesarbeitszeit oder freien Tagen in der Woche bzw. im Monat, längerem Jahresurlaub bzw. einem Langzeiturlaub oder einem Sabbatjahr in einem vereinbarten Sabbatjahrzyklus.

Ein 80 % Vertrag mit offener Bezugsperiode böte beispielsweise folgende Möglichkeiten:

- (1) um 20 % verkürzte Tagesarbeitszeit
- (2) zwei halbe oder ein ganzer freier Tag pro Woche
- (3) jede fünfte Woche frei oder entsprechende Urlaubsverlängerung
- (4) bei Abschluß eines Jahresarbeitszeitvertrags Jahresleistung von 80 % der aufs Jahr hochgerechneten wöchentlichen Regelarbeitszeit mit mehr oder weniger beliebig zu vereinbarenden Verteilung der Arbeitszeit über das Jahr
- (5) vier Jahre Vollzeitarbeit, das fünfte Jahr als Sabbatjahr

Bei allen fünf Möglichkeiten wird durchgängig 80 % des vollen Einkommensvergütet, also sowohl in den Arbeits- als auch in den Freizeitphasen. Das gilt auch für den Sabbatjahrzyklus, bei dem dann de facto das Einkommen von vier Jahren auf fünf Jahre verteilt wird.

Bei der Beschränkung auf die Verwirklichung eines Sabbatjahrkonzepts schrumpft natürlich die Zahl der Optionen. Sie beschränkt sich, wie der Name schon aussagt, auf die Einführung von Sabbatjahren, die üblicherweise aber nicht zwingend jeweils ein Jahr dauern. Die Länge des Sabbatjahrzyklus hängt von der vereinbarten Teilzeitregelung ab. Ein 80 % Vertrag führt, wie schon erwähnt, zu einem Sabbatjahrzyklus von fünf Jahren (4 Jahre Vollzeitarbeit mit 80 % der Regelbezüge und ein Jahr Urlaub mit den angesparten $4 \times 20 \% = 80 \%$ des üblichen Einkommens), ein 2/3 Vertrag schließt konsequenterweise zwei Vollzeit-Arbeitsjahre mit 2/3 der Regelbezüge und ein Urlaubsjahr mit Auszahlung der angesparten $2 \times 1/3$ des üblichen Jahreseinkommens ein. Der biblische Sabbatjahrzyklus mit sechs Arbeitsjahren und einem Ruhejahr wäre zu verwirklichen mit 85 % Verträgen, also sechsjähriger Vollzeitarbeit mit 85 % der Regelbezüge und einem Ruhejahr mit den angesparten $6 \times 15 \% = 90 \%$ eines vollen Jahreseinkommens.

Organisatorisch ließen sich Sabbatjahre und die damit verbundene einjährige Stellvertretung leichter bewältigen als jede andere Form der Arbeitszeitverkürzung, die zur Arbeitsplatzteilung führt. Sabbatjahre lassen sich nämlich ohne Veränderung der Planstellenstruktur organisieren, und die Frage der Stellvertretung läßt sich durch Vorbereitung von langer Hand relativ leicht lösen, weil die Zeitpunkte, ab denen eine Stelle jeweils anders zu besetzen ist, schon lange vorher bekannt sind. Ein einfaches Beispiel mit sechs Planstellen 1 ... 6 und sieben Teilnehmern A ... G mit einheitlichem Sabbatjahrzyklus von sieben Jahren mag dies erläutern:

	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991
A	x	1	1	1	1	1	1
B	1	x	2	2	2	2	2
C	2	2	x	3	3	3	3
D	3	3	3	x	4	4	4
E	4	4	4	4	x	5	5
F	5	5	5	5	5	x	6
G	6	6	6	6	6	6	x

Dieses Modell könnte ähnlich wie die Rentenversicherung mit dem Generationenvertrag finanziert werden. Da anfangs die Sabbatjahrvergütungen noch nicht angespart sind, werden sie durch die bei den jeweils Arbeitenden einbehaltenen Einkommensanteile finanziert.

Neben dem organisatorischen Vorteil bringen Sabbatjahrregelungen gegenüber anderen Formen der Arbeitszeitverkürzung einen ungeschmälernten beschäftigungspolitischen Erfolg. Während andere Regelungen einen sogenannten Versicherungseffekt von durchschnittlich etwa 50 % haben, schlagen Sabbatjahrregelungen voll durch, solange die Planstellen nicht gekürzt werden, d.h. bei dem aufgezeigten Modell müßte für sechs Planstellen tatsächlich ein siebter Mitarbeiter angestellt werden, um die lückenlose Besetzung sicher zu stellen. Das wäre ein Beschäftigungseffekt von 16,66 %!

In dem Beispiel findet jeweils nach dem Sabbatjahr ein Arbeitsplatzwechsel statt. Dies muß aber nicht zwingend so sein. Die

Stellvertretung während des Sabbatjahres ließe sich auch durch Springerorganisationen, etwa bei Pfarrern durch Vikare, für die solche Aufgaben gewissermaßen Lehr- und Wanderjahre darstellen könnten.

Komplizierter aber auch flexibler wird es, wenn die Länge des Sabbatjahrzyklus der individuellen Wahl geöffnet wird, und wenn auch der Abstand zwischen den Sabbatjahren trotz gleichbleibender Arbeitszeitvereinbarung veränderlich wäre, z.B. bei einem 80 % Vertrag statt der vertraglichen einheitlichen vier Jahre je nach persönlichen Wünschen und der Stellvertretungsproblematik einmal drei Jahre und dann fünf Jahre. Eine weitere Möglichkeit läge darin, bei Verzicht auf volle Bezüge während des Sabbatjahrs die Abschläge während der Arbeitsphase geringer zu halten. So könnte ein siebenjähriger Zyklus auch mit einem 90 % Vertrag vereinbart werden, wenn der Mitarbeiter während des Sabbatjahrs mit $6 \times 10 \% = 60 \%$ des Regeleinkommens auskommt, was bei franziskanischer Lebensweise im einen oder anderen Fall durchaus möglich sein sollte. Das Spektrum der Möglichkeiten ist also sehr groß.

Die Einführung von Sabbatjahren wäre aber nicht nur aus beschäftigungspolitischen und organisatorischen Gründen empfehlenswert. Es geht auch um andere Aspekte.

Zum einen würden Sabbatjahre der fortschreitenden Verdichtung des Erwerbslebens entgegenwirken. Einerseits verlängert sich die Ausbildungsphase zunehmend, auch durch sogenannte Warteschlangen, die zustandekommen, etwa weil der gewünschte Studienplatz nicht frei ist, oder weil in dem Beruf, auf den die Ausbildung abzielte, keine Stelle zu finden ist. Andererseits wird von fast allen politischen Kräften, die Bundesregierung eingeschlossen, versucht, den arbeitenden Menschen immer früher aus dem Erwerbsleben hinauszudrängen. Sehr viel sinnvoller wäre es, das Erwerbsleben durch längere Ruhephasen, also Langzeiturlaub oder Sabbatjahre, die der Regeneration und der Fortbildung dienen könnten, zu untergliedern. Jedenfalls wären solche Schritte vernünftiger als fortzufahren, das Erwerbsleben am Anfang und am Ende zu beschneiden. Die alten Israeliten scheinen die Bedeutung solcher Ruhephasen schon vor Jahrtausenden erkannt zu haben. In ihren moseischen Gesetzen ist bekanntlich zu lesen: Sechs Jahre sollst du dein Feld bestellen, und im siebten sollst du es ruhen lassen.

Solche Sabbatjahre entsprechen ganz offensichtlich einem natürlichen Langzeitrhythmus des Menschen. Das ist in allen Kulturen zumindest für das Kindheits- und Jugendalter erkennbar, wenn man gewisse zeitliche Toleranzen einräumt: Schulreife und Zahnwechsel mit sieben Jahren, Pubertät und Ende der Hauptschule, Konfirmation und Bar Mizva sowie die Mannbarkeitsriten bei den primitiven Völkern mit vierzehn Jahren, Volljährigkeit bzw. Beginn des Erwachsenenalters mit einundzwanzig. Wissenschaftliche Untersuchungen in den USA bestätigen diesen Zyklus auch über diese Lebensphase hinaus (Levinson, Das Leben des Mannes, Köln 79), und auch die Krise der Lebensmitte (Midlife Crisis) und das Schwabenalter fallen in dieses Zeitraster.

Die Gliederung des Erwerbslebens braucht dringend neue Impulse. Sie ließen sich ideal mit einem Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verbinden, wenn das Sabbatjahrkonzept verwirklicht würde. Die Kirchen könnten dabei Vorreiter sein und dadurch der Gesellschaft neue Wege öffnen.

Nachtragsvertrag

Für den zwischen Herrn/Frau
und dem Erzbistum Freiburg bestehenden Arbeitsvertrag vom
wird für die Zeit vom 01.09.1987 bis 31.08.1994
folgende Sondervereinbarung getroffen:

§ 1

Die Vergütung wird während des o.g. Zeitraumes bei gleich-
bleibender Arbeitszeit auf 86 % reduziert. - Jedoch gewährt
der Arbeitgeber während dieses Zeitraumes einen einjährigen
Freizeitausgleich, dessen Zeitpunkt durch den Dienstgeber
im Wechsel zwischen den Pastoralreferenten/innen :

den

Freiburg, den

Pastoralreferent/in

Rechtsdirektor

in gemeinsamer Absprache festgelegt wird.

§ 2

Herr/Frau
verzichtet im Hinblick auf die gemeinsame Durchführung dieses
Vorhabens mit den o.g. Mitarbeitern auf das Recht der ordent-
lichen Kündigung während dieses Zeitraumes.

§ 3

Scheidet Herr/Frau
während des o.g. Zeitraumes vor Inanspruchnahme des Freizeit-
ausgleiches aus, so verzichtet er/sie auf den ihm/ihr zustehen-
den Teil des Freizeitausgleiches. Hingegen verzichtet das Erz-
bistum im Falle des vorzeitigen Ausscheidens eines Beteiligten
aus dem Dienst infolge von Krankheit, Invalidität oder Tod auf
seinen Anspruch auf eine Ausgleichzahlung.

K L A U S L A U C K
Dipl.-Betriebswirt (FH)

Damit die dringend gebotene Möglichkeit der Mehr- und Neubeschäftigung am schnellsten durch Umverteilung wirksam wird, ist zusätzlich zum Modell des "kontinuierlich-rollierenden Sabbatjahres mit Finanzierung über eine Art Generationsvertrag" (in Ihren Ausführungen Punkt 1) folgende Möglichkeit zu diskutieren:

Jeder Mitarbeiterin wie jedem Mitarbeiter wird folgende Regelung angeboten:

- 1) individuelle Höhe der Ansparung von Langzeiturlaub (z.B. 5, 10, 15, 20 und 25%);
- 2) die Dauer des 'Sabbatjahres' (Ausfallzeit) kann variabel bestimmt werden (z.B. von 3 bis 36 Monate);
- 3) die Höhe der Bezahlung des 'Sabbatjahres' kann individuell nach dem Bedürfnis beantragt werden (z.B. ab 50% bis 100%);
- 4) für noch nicht angesparte Einkommensanteile zur Finanzierung des 'Sabbatjahres' kann im Rahmen eines zu bildenden Fonds 'Kredit' genommen werden.

Zur Erklärung ein freigesähltes Beispiel:

A entschließt sich freiwillig zu einem Teilzeitvertrag in Höhe von 80% zur Ansparung von Langzeiturlaub.

Er arbeitet zwei Jahre zeitlich 100%. Von seinem Einkommen werden 80% ausbezahlt und 20% in einem zu bildenden Fonds einbehalten.

Nach zwei Jahren nimmt A ein 'Sabbatjahr' von 12 Monaten zu einem Einkommen von z.B. 60% (oder 9 Monate zu 80%).

Die Genehmigung hatte A bereits ein Jahr vorher beantragt und erhalten.

Da zum Zeitpunkt des 'Sabbatjahres' A 40% Einkommensanteile angespart hat, erhält er in beiden Fällen auf das Jahr gerechnet einen 'Kredit' von 20%. Diesen tilgt A nach Abschluß seines 'Sabbatjahres' in der Folgezeit.

Für die dargestellte 'Sabbatjahrregelung' bedarf es klarer "Spielregeln". Festgelegt sein müssen u.a.:

- * die Mindestansparsumme
- * die Ankündigungsfrist (zu empfehlen ist, daß die Ankündigungsfrist der Dauer des 'Sabbatjahres' entspricht. Die Genehmigung ist als oberste Priorität von der Funktionsfähigkeit des Arbeitsgebietes abhängig zu machen. Dabei darf der Arbeitgeber natürlich eine mögliche Vertretung nicht willkürlich blockieren.
- * die Bildung eines 'Fonds'.
Der Fonds darf auf keinen Fall über den Verband der Pastoralreferenten oder einen eigens zu bildenden e.V. verwaltet werden.
Der Fonds muß beim Arbeitgeber angesiedelt sein. Das Geld muß bei der Stelle bleiben, die im Regelfall die Gehälter ausbezahlt. Fängt das Geld an zu "fließen", ist es abgabepflichtig, d.h. Einkommenssteuer und Sozialversicherungsbeiträge sind dann sofort (und nicht erst bei Auszahlung im 'Sabbatjahr') zu bezahlen, und die Fondsgelder werden wie Spenden behandelt. Dies ist unbedingt zu verhindern!

Anlage
Solidarität mit Erwerbslosen - Teilen von Arbeit und Einkommen

Von Solidargemeinschaft zwischen Arbeitgeber Kirche, Arbeitnehmern im Kirchlichen Dienst und Erwerbslosen ist wenig zu spüren. Darunter leidet die Glaubwürdigkeit kirchlicher Aufrufe gegen Erwerbslosigkeit erheblich. Kirchliche Stellungnahmen rutschen auf das Niveau folgenloser Sonntagsreden hinab, bei denen alle Zuhörer beifällig nicken, aber jeder weitermacht wie bisher. Wie kann aber die beschworene Solidargemeinschaft lebendig werden?

Grundprinzip muß sein, Arbeit, Zeit und Einkommen miteinander zu teilen. Erwerbslose geben von ihrer erzwungenen Freizeit ab und erhalten Arbeit und Erwerbseinkommen. In der Praxis kann das über kollektive und individuelle Arbeitszeitverkürzung, freiwillige Arbeitsplatzteilung, Sabbatjahre und gleitenden Übergang in den Ruhestand geschehen. (Die verschiedenen Modelle werden als bekannt vorausgesetzt.)

Da bei vielen Dienstleistungen Ertragssteigerungen durch Ratioanisierungsmaßnahmen nicht möglich sind, ist davon auszugehen, daß entsprechend der verkürzten Arbeitszeit auch die jeweiligen Einkommen reduziert werden. Die Beschäftigten geben Arbeit und Einkommen ab und gewinnen Freizeit. Das bedeutet angesichts der heutigen Einkommensunterschiede aber, daß z.B. freiwillige Arbeitsplatzteilung zwar für Pastoren, kaum aber für Küster oder Schreibkräfte durchführbar sind.

Will Kirche also ernsthaft gegen Erwerbslosigkeit angehen, muß auch die gegenwärtige Einkommensverteilung in Frage gestellt werden. Und zwar aus Gründen der Glaubwürdigkeit zuerst einmal im eigenen Haus Kirche.

Stehen nicht alle kirchlichen Mitarbeiter von der Reinigungskraft bis zum Bischof gleichermaßen in der Nachfolge Jesu? Versteht sich kirchlicher Dienst nicht ausdrücklich als *D i e n s t*, bei dem gerade nicht das Prestigestreben den ersten Rang einnehmen soll? "Die Herrscher der Völker schalten und walten über sie, und ihre Großen nutzen ihre Macht gegen sie aus. Bei euch aber ist es nicht so, sondern: Wer unter euch groß sein will, muß euer Diener, und wer unter euch der erste sein will, muß euer Knecht sein." (Matth. 20,25-27) Was für Konsequenzen ergeben sich daraus für kirchliche Gehälter?

Steht die derzeitige Gehaltsdifferenzierung nicht im Widerspruch zur Gleichrangigkeit aller Dienste in der Nachfolge Jesu? Wieso ist der Dienst eines Bischofs so viel wertvoller als der eines Küsters? Sollte Kirche nicht die Erwerbseinkommen konsequent von Einstufungen der Stellen lösen?

Dann bildete die Tätigkeit den Dienst in der Nachfolge, aus dem gegenüber dem Arbeitgeber Kirche ein Anspruch auf Unterhalt entstünde. Die kirchliche Unterhaltszahlung sollte allen Beschäftigten gleichermaßen einen angemessenen Lebensunterhalt sichern. Ihre Höhe ließe sich für heute einfach pragmatisch festlegen, indem die Summe der Bruttoeinkommen aller im Kirchlichen

Dienst Vollzeitbeschäftigten durch die Zahl der Vollzeitbeschäftigten dividiert wird

Bildete das so gewonnene Durchschnittseinkommen das Einkommen aller im Kirchlichen Dienst Tätigen, bestünde für alle Beschäftigten gleichermaßen die Möglichkeit, über Abgabe von Arbeit und Einkommen und Gewinn von Freizeit Solidarität mit Erwerbslosen zu praktizieren. Damit gewänne der kirchliche Aufruf zu solidarischem Handeln Glaubwürdigkeit und Ausstrahlungskraft. Natürlich kann Kirche allein niemals Massenerwerbslosigkeit zum Verschwinden bringen, aber sie könnte und müßte Modell sein, von dem Anstöße für die Gesellschaft ausgehen, Solidarität zu leben. So wirkte Kirche als "Salz der Erde" und könnte sehr viel überzeugender den Vorrang des Menschen vor ökonomischen Interessen einfordern.

Widerstände gegen das Teilen von Arbeit und Geld

Neben einem natürlichen Widerstand gegenüber allem Neuen und Ungewohnten finden die vorgeschlagenen Modelle solidarischen Handelns wohl deshalb wenig Unterstützung in den kirchlichen Verwaltungen, weil sie jeweils eine völlig neue Verteilung von Arbeitsaufgaben, Stellen und Personen erfordern. Der organisatorische Aufwand wird erst einmal gescheut.

Außerdem hält man ein umfassendes Teilen von Arbeit, Zeit und Einkommen für nicht durchführbar, weil es dem einzelnen nicht zuzumuten sei, seinen gegenwärtigen Lebensstandard aufzugeben. Das heißt aber im Klartext, daß den Erwerbslosen ein sehr viel niedriger Lebensstandard sehr wohl zugemutet wird. So wird der gegenwärtige Status mit Macht erhalten und die Not der Erwerbslosen bewußt in Kauf genommen.

Wird Kirche dadurch nicht auch zum Räuber an den Erwerbslosen? Enthalten die besser bezahlten Beschäftigten des Kirchlichen Dienstes nicht den Erwerbslosen Arbeit und Einkommen vor, wenn sie auf ihrem gegenwärtigen materiellen Status bestehen? Verhalten sie sich gegenüber den Erwerbslosen dann nicht wie Räuber? Ist es nicht zumindest unterlassene Hilfeleistung, wenn mir mein jetziger Lebensstandard wichtiger ist als solidarisches Handeln? Habe ich mit Arbeit und Einkommen nicht "zwei Hemden", und steht nicht der Erwerbslose "ohne Hemd" am Straßenrand (Luk. 3,11)?

Über dem Blick auf den Verzicht beim Miteinander-Teilen von Arbeit, Zeit und Geld gerät leicht der Gewinn an freier Zeit in Vergessenheit. Indem ich Arbeit und Einkommen abgebe, erhalte ich freie Zeit, Zeit, über die ich selbst bestimmen kann, gewinne ich mehr Freiheit. Die Massenerwerbslosigkeit ist ein Aufruf an die Kirchen, aus ihren Ordnungen der Gewohnheit und der Bequemlichkeit aufzubrechen, die Angst vor Veränderungen zu überwinden und den Schritt in ein Leben des Miteinander-Teilens zu wagen. Wenn wir als Christen Nachfolge Jesu wirklich praktizieren wollen, können wir auch kirchliches Dienst- und Besoldungsrecht ändern und an neue Anforderungen anpassen.

Auftrag und Elend der Theologischen Mitarbeiter

Seit Ende des Jahres 1984 gibt es in unserer Landeskirche 'Theologische Mitarbeiter', - das sind Theologen, die das 2. Examen erfolgreich abgeschlossen haben, aber aus finanziellen Gründen nicht sofort in den Probendienst übernommen werden. Sie erhalten einen auf ein Jahr befristeten 7/10 Angestelltenvertrag, werden nicht ordiniert und erfüllen in zumeist vakanten Gemeinden die pfarramtlichen Tätigkeiten, bis auf die Geschäftsführung und die Sakramentsverwaltung. Finanziert werden diese Stellen zur Hälfte aus Spenden von Pfarrer/Innen und zur Hälfte aus Mitteln der Landeskirche. (S. a. Amtsblatt 1984, S. 93 f)

Angesichts einer befürchteten Theologenschwemme wurden diese Stellen im Bewußtsein von Solidarität gegenüber ausgebildeten Theologen eingerichtet. Zielrichtung sollte sein, die Wartezeit bis zum Eintritt in den Probendienst sinnvoll zu überbrücken, damit für einzelne eine finanzielle Absicherung zu bieten, und die vorhandene "Vakanznot" in den Gemeinden abzufedern. / aufzufangen

Die Zielsetzung bei der Einrichtung der Theologischen Mitarbeiter-Stellen erscheint uns hinsichtlich der Lernmöglichkeiten und der Erfahrungserweiterung jedes einzelnen, der als Theologischer Mitarbeiter tätig wurde, positiv. Doch haben sich in der Praxis u. M. nach einige eher problematische Gesichtspunkte ergeben, die wir im folgenden darstellen wollen:

- Problematisch finden wir, wenn - wie im Fall von Christian Teichmann - die Einsatzgemeinde mehr als 40 Kilometer vom Wohnort entfernt liegt und darüberhinaus die Erstattung von Fahrtkosten verwehrt wird.
- Ein denkbarer Einzug in die leerstehenden Pfarrhäuser der Einsatzgemeinde erscheint ebenso unsinnig angesichts des befristeten zeitlichen Umfangs des Einsatzes in einer Gemeinde.
- Unzumutbar für eine Gemeinde wie für den Theologischen Mitarbeiter erscheint uns ein Wechsel der Einsatzgemeinde innerhalb eines Jahres.
- Der Theologische Mitarbeiter weckt in vakanten Gemeinden auf jeden Fall und unabhängig von seinem Auftreten eine Hoffnung auf einen neuen Pastor, dargestellt in seiner Person, den er nicht erfüllen soll und kann.
- Wir bezweifeln, ob es im Sinne derer ist, die sich für die Einrichtung dieser Stellen eingesetzt haben, wenn ein Theologischer Mitarbeiter nach einjähriger Tätigkeit in die Arbeitslosigkeit entlassen wird.

Die Situation der Theologischen Mitarbeiter hat sich seit dem Sommer 1987 noch einmal verschärft, was sicherlich nicht im Interesse der Verfechter dieser Stellen liegt, worauf wir aber hier noch aufmerksam machen wollen:

Seit die Übernahme in den Probendienst nicht mehr über eine Warteliste geregelt ist, sondern nach einer sogenannten "Poolregelung" eingestellt wird, werden Theologische Mitarbeiter beschäftigt, für die eine Übernahme in den Probendienst

nicht mehr sichergestellt ist. Es steht zu befürchten, daß bei dieser Regelung jemand, der als Theologischer Mitarbeiter tätig gewesen ist, bei der Bewerbung in den Probedienst bei allen sechs möglichen Bewerbungsanläufen eine niedrigere Punktzahl aus den Examina aufweist als andere Bewerber neuerer Examensdurchgänge. Das heißt in der Konsequenz, daß die Theologischen Mitarbeiter-Stellen ein Hinhalten vor dem endgültigen "Aus" als Pfarrer bedeuten und ein Jahr die Umorientierung auf einen anderen Beruf hinauszögern.

Es ist höchste Zeit, die Zukunft dieser Stellen neu zu überdenken und nach praktikableren Lösungen zu suchen und nicht länger angesichts der Problematik den Kopf in den Sand zu stecken!

An die

Mitglieder der AAA



Aktion Arbeitslosen-Abgabe

Braunschweig, den 20.03.89

Liebe Mitglieder der AAA,

mit diesem Schreiben erhalten Sie die Einladung zur

M I T G L I E D E R V E R S A M M L U N G

am 12. 04. 89 um 20.00 Uhr im Wichernhaus, David-Mansfeld-Weg 8

(Einfahrt Krukenbergstraße), 3300 BS-Kanzlerfeld unter der folgenden

T A G E S O R D N U N G

- 1.) Protokoll der Mitgliederversammlung vom 25.01.89
(liegt als Anlage bei)
- 2.) Neuwahl des gesamten Vorstands der Aktion Arbeitslosen-Abgabe
Erklärung: Da Frau Stöckmann-Wrede und ich (anders als im Protokoll
vermerkt) aus dem Vorstand ausscheiden, müssen auf jeden Fall
ein/e neue/r Vorsitzende/r und ein/e neue/r Schatzmeister/in gewählt werden.
Für die Position des Schatzmeisters kandidiert Christian Teichmann.
Die übrigen Vorstandsmitglieder stellen sich der Wiederwahl.
- 3.) Beschluß der MV über die Verlängerung der ABM-Stelle bei der AAA
unter anderen Voraussetzungen als im Januar bei der Verabschiedung
des Haushalts
- 4.) Kriterien für die Vergabe von AAA-Zuschüssen
- 5.) Anträge auf Bezuschussung
 - ALI Königslutter, ABM-Restkosten
 - Die Wegsteckar e.V. BS, ABM-Restkosten
 - Diakonische Beratungsdienste GS, ABM-Restkosten
 - Propstei Vechelde, Fachberaterin für Umweltfragen, ABM-Restkosten
 - Lehdorfer Jugendwerkstatt "Alte Ziegelei"
- 6.) Verschiedenes

In der Hoffnung, möglichst viele Mitglieder am 12.04.89 begrüßen zu
können, verbleibe ich mit herzlichen Grüßen

**Protokoll der Mitgliederversammlung (MV) der Aktion Arbeitslosen-
Abgabe in Braunschweig e.V. am 12.04.89 im Wichernhaus, David-Mans-
feld-Weg 8, 3300 Braunschweig**

Anwesend (Mitglieder): Elisabeth Schöning, Reinhard Guischar, Hans-
Martin Gutmann, Otmar Hesse, Rudolf Mercker,
Herbert Meyer, Hartmut Padel, Jörg Schmidt,
Wilfried Steen, Christian Teichmann;

(Gäste) : Claudia Fuhrmann, Hans-Jürgen Kopkow, Silke
Mävers, Gabriele Nonnenmacher, Bernd Reuß,
Sabine Wanzel.

Hartmut Padel eröffnet um 20.00 Uhr die Versammlung mit der Begrüßung von Mitgliedern und Gästen. Er schlägt vor, den TOP 5 "Anträge auf Bezuschussung" nach TOP 1 "Protokoll der MV vom 25.01.89" zu behandeln. Der Vorschlag wird von der MV dahingehend präzisiert und beschlossen, daß vor einer Aussprache zu TOP 5 der TOP 4 "Kriterien für die Vergabe von AAA-Zuschüssen" behandelt und mit einem Beschluß versehen werden muß.

TOP 1 "Protokoll der MV vom 25.01.89"

Die auf Seite 2 des Protokolls vom 25,01.89 zugesetzte Fußnote wird als Ergänzung des Protokolls angenommen. Weitere Anmerkungen zum Protokoll bestehen nicht, es ist damit angenommen.

TOP 4 "Kriterien für die Vergabe von AAA-Zuschüssen"

Die MV bespricht eine Tischvorlage über die Kriterien für die Vergabe von AAA-Zuschüssen, die bei Beschlüssen über Anträge auf Bezuschussung bindend gelten sollen. Die Aussprache ergibt Präzisierungen an dem Textentwurf.

Die von der MV angenommene Textfassung liegt diesem Protokoll als Anlage bei.

TOP 5 "Anträge auf Bezuschussung"

Die Arbeitslosen-Initiative Königslutter (ALI): Die finanzielle Situation der ALI ist im Vergleich zur Situation im Januar d.J. besser geworden, da das Diakonische Werk BS die Übernahme von 1/3 der Restkosten der ABM-Stelle zugesagt hat. Das 2. Drittel der ABM-Restkosten wird bei der AAA beantragt, Zuschüsse vonseiten der Stadt Königslutter müßten trotz Ablehnung des Antrags im Verwaltungsausschuß dennoch fließen. Die SPD in Kltr. hat Interesse an der Arbeit der ALI bekommen,

wie auch das Interesse von Kirchengemeinden um Kltr. herum stärker geworden ist.

Die MV faßt den Beschluß, der ALI einen Zuschuß in Höhe von DM 5 500 zu gewähren.

"Die Wegsteckar" e.V., BS: Der Verein ist eine Arbeitslosenselbsthilfegruppe von jungen Erwachsenen, die meist schon länger arbeitslos sind. Sie haben derzeit ihren Treff im Jugendzentrum der Bugenhagenkirchengemeinde, suchen aber, weil der Treff im Jugendzentrum kein Dauerzustand bleiben soll, geeignete Räume in der Umgebung, was aber trotz Zusage der Mietkostenübernahme durch die Stadt BS noch zu keinem positiven Ergebnis geführt hat. Der Verein wird ab 01.05.89 eine ABM-Kraut mit 90% Förderung durch das Arbeitsamt beschäftigen. Die Inhaberin dieser 30-Stunden-Stelle wird für den Verein und die Vereinsmitglieder Büro- und Verwaltungsarbeiten übernehmen. Vorerst wird sie ihre Büroarbeiten im Büro des Jugendzentrums erledigen. Der Antrag an die AAA lautet auf einen Zuschuß in Höhe von DM 3 000 .

Die MV beschließt, dem Antrag in o.g. Höhe (=DM 3 000) zu entsprechen.

Die "Diakonischen Beratungsdienste Goslar" wenden sich an die AAA, damit der Tätigkeitsbereich, in dem ein Jahr lang Arbeitsmöglichkeiten für junge Menschen, die als Schul- oder Berufsversager abgestempelt sind, geschaffen werden, weiterhin aufrecht erhalten werden kann. Die über ABM beschäftigten jungen Menschen arbeiten im handwerklichen (Handwerk) oder hauswirtschaftlichen Bereich, zugleich wird mit dieser Arbeit die Orientierung im lebenspraktischen Bereich verbessert. Der Antrag lautet auf einen Zuschuß in Höhe von DM 8 000 .

Die MV beschließt, die Diakonischen Beratungsdienste 1989 mit DM 5 000 zu bezuschussen.

Die "Lehndorfer Jugendwerkstatt", ein "Arbeit und Lernen-Projekt" in Trägerschaft eines e.Vs. engagierter Lehndorfer Bürgerinnen und Bürgern, beantragt für die Deckung laufender Unkosten (Versicherungen, Berufsgenossenschaft etc.), die von keiner Stelle zuschufähig sind, einen Zuschuß in Höhe von DM 12 000 . Die finanzielle Situation der Lehndorfer Jugendwerkstatt wird sich entspannen, wenn der Europäische Sozialfonds die Lehndorfer Jugendwerkstatt fördern wird; dann wird wohl auch kein Geld von der AAA gebraucht.

Die MV beschließt, der Lehndorfer Jugendwerkstatt 1989 einen Zuschuß in Höhe von DM 6 000 zukommen zu lassen.

Pf. Kopkow als Vorsitzender der Gemeindepflegestiftung an St. Johannis in BS stellt ein Projekt vor, in dem durch die Arbeit einer als ABM-Kraft beschäftigten Pädagogin dem Haus- und Familienpflegenotstand in BS abgeholfen werden soll. Dabei soll ihre Arbeit anleitend auf andere mögliche ehrenamtliche Mitarbeiter/Innen und koordinierend mit anderen in diesem Bereich tätigen Organisationen geschehen.

Die MV nimmt mit Interesse die Entwicklung dieser Arbeit zur Kenntnis, sieht aber keine Möglichkeit, dieses Projekt zu bezuschussen. Die MV erkennt eine wichtige Aufgabe in dieser Arbeit, sieht aber als entscheidend an, daß durch dieses Projekt zwar einer arbeitslosen Pädagogin Arbeit verschafft wird, sie ihre Arbeit aber nicht für oder mit Arbeitslosen versieht.

Der Antrag des Propsteivorstands der Propstei Vechelde auf Übernahme von ABM-Restkosten für die Stelle einer Fachberaterin für Umweltfragen wird von der MV abgelehnt. Ausschlaggebend für diesen Beschluß ist, das nicht ausreichende finanzielle Engagement kirchlicher Stellen für diese ABM und andererseits, daß die notwendige und nützliche Arbeit einer Umweltfachberaterin nicht das Arbeitsgebiet ist, in dem die AAA helfend tätig wird.

TOP 3 "Beschluß der MV über die Verlängerung der ABM-Stelle bei der AAA"
Die MV nimmt zustimmend zur Kenntnis, daß bei der anstehenden Neubesetzung der ABM-Stelle bei der AAA eine Person eingestellt werden soll, die die Voraussetzungen für eine 90% Förderung durch das Arbeitsamt erfüllt. Gegenüber dem für 89 verabschiedeten Haushalt bedeutete dies eine Entlastung der AAA-Finzen in Höhe von ca. 5 000 DM .

TOP 2 "Neuwahl des gesamten Vorstands der AAA"

Hans-Martin Gutmann übernimmt für diesen TOP die Leitung der Sitzung. Hans-Martin Gutmann wird aus dem Vorstand der AAA ausscheiden, da er eine Berufung nach Göttingen annimmt. Hanna Stöckmann-Wrede sieht sich wegen ihrer beruflichen Belastung nicht in der Lage, als Schatzmeisterin mit vollem Einsatz im Vorstand mitzuarbeiten. Hartmut Padel möchte die Doppelbelastung durch den Vorsitz im Verein Lehndorfer Jugendwerkstatt und bei der AAA abgeben und das Amt dabei an eine(n) neue(n) Vorsitzen-

de (n) übergeben, die / der im aktiven Berufsleben steht. Für die Wahl des Vorsitzenden ergibt sich folgendes Problem: Wilfried Steen ist bereit, für den Vorsitz zu kandidieren könnte dieses Amt aber frühestens ab 01.01.90 antreten. Hartmut Padel erklärt sich bereit, den Vorsitz bis zu diesem Termin zu behalten, nach dem 31.12.89 scheidet er aus dem Vorstand aus. Diese Lösung wird von der MV einstimmig angenommen. Da aber zwei Vorstandmitglieder ausscheiden und überhaupt turnusmäßig die **Neuwahl** des Vorstands ansteht, beschließt die Versammlung, eine Neuwahl für zwei Zeiträume vorzunehmen.

Die MV verzichtet auf die Durchführung einer geheimen Abstimmung. Es werden für die Zeit vom 01.05.89 bis 31.12.89 der Reihe nach gewählt:

Die MV wählt Hartmut Padel mit 9 Ja-Stimmen, einer Enthaltung, ohne Gegenstimme zum Vorsitzenden der AAA bis 31.12.89 .

Die MV wählt Wilfried Steen mit 9 Ja-Stimmen, einer Enthaltung, ohne Gegenstimme zum stellvertretenden Vorsitzenden bis 31.12.89 .

Die MV wählt Elisabeth Schöning mit 9 Ja-Stimmen, einer Enthaltung, ohne Gegenstimme zur Schriftführerin bis 31.12.89 .

Die MV wählt Christian Teichmann mit 9 Ja-Stimmen, einer Enthaltung, ohne Gegenstimme zum Schatzmeister der AAA ab 01.05.89 .

In Abwesenheit wählt die MV einstimmig Jürgen Brzoska zum Beisitzer in Nachfolge von Hartmut Martin Gutmann zum 01.05.89 . Die Annahme der Wahl durch J. Brzoska muß eingeholt werden. In einem zweiten Schritt wird der Vorstand für die Zeit ab 01.01.90 gewählt:

Die MV wählt Wilfried Steen mit 9 Ja-Stimmen, einer Enthaltung, ohne Gegenstimme zum Vorsitzenden der AAA ab 01.01.90 .

Die MV wählt Elisabeth Schöning mit 9 Ja-Stimmen, einer Enthaltung, ohne Gegenstimme zum stellvertretenden Vorsitzenden der AAA ab 01.01.90 .

In Abwesenheit wählt die MV einstimmig Eckehard Binder zum Schriftführer der AAA ab 01.01.90 . Die Annahme der Wahl durch E. Binder muß eingeholt werden.

Zum Abschluß dieser Wahlperiode ist eine Entlastung des alten Vorstands nötig. Diese kann nicht durchgeführt werden, da die erforderliche Kassenprüfung zum 30.04.89 noch nicht erfolgt ist, was aber bis zur nächsten MV durchgeführt sein soll. Als Kassenprüfer sollen wieder Frau Camerer und Herr Mercker tätig werden.

TOP 6 "Verschiedenes"

Hartmut Padel nennt der MV einige Gedanken und Anfragen über den weiteren Kurs der AAA-Arbeit. Sein Eindruck ist, daß die Mehrzahl der Mitglieder einverstanden ist mit der Rolle der AAA als "Zuschußvergabeorganisation", darüberhinaus aber nicht die Strukturen kirchlicher Beschäftigungspolitik grundsätzlich in Frage stellen will. Von diesem Fakt muß ausgegangen werden, wenn man die Reaktion auf den Aufruf vom 28.02.89 zugrunde legt.

Hartmut Padel schließt die MV um 22.20 Uhr. Die nächste MV soll am Mi., dem 05.07.89 sein!

Kriterien für die Vergabe von AAA-Zuschüssen

Die AAA versteht ihre Praxis bei der Vergabe von Zuschüssen im Sinne von § 2 ihrer Satzung als einen Beitrag, Projekte zu unterstützen, die Arbeitslosen eine bezahlte und sozial abgesicherte Erwerbstätigkeit ermöglichen. Die AAA versteht ihre Unterstützungsmaßnahmen als unbürokratische Hilfe. Die Mitgliederversammlung beschließt über die Vergabe. Dafür stellt die AAA folgende Regeln auf, an denen Anträge auf Zuschussung beurteilt werden.

- 1.) Die AAA strebt die Schaffung neuer Arbeitsplätze an. Um dieses Ziel zu erreichen, bietet die AAA finanzielle Unterstützung an in den Fällen, in denen durch gemischte Finanzierung von Seiten mehrerer Geldgeber neue Arbeitsplätze, möglichst dauerhafte, eingerichtet werden können.
- 2.) Die AAA prüft bei der Vergabe ihrer Mittel an die Träger von Projekten, ob die Möglichkeiten, die Maßnahme durch Hinzuziehung anderer Finanzierungsquellen durchzuführen, ausgeschöpft worden sind.
- 3.) Die AAA versteht ihre Zuschußmittel an Träger von Projekten als Starthilfe oder Spitzenfinanzierung. Mit der Gewährung eines Zuschusses soll erreicht werden, dem betreffenden Projekt weitere Zuschüsse öffentlicher oder privater Geldgeber zu ermöglichen. Weil die AAA mit ihrer Vergabep Praxis Initialwirkung für neue Projekte haben will, können Zuschüsse nur über maximal drei Jahre vergeben werden.
- 4.) Die AAA will ihre Geldmittel dafür einsetzen, die Selbstorganisation von Menschen zu unterstützen, die von sozialen und gesellschaftlichen Notlagen betroffen sind, und die aus eigener Initiative diese Notlagen angehen. Die AAA setzt sich dafür ein, Projekte der o.g. Art in traditionelle kirchliche Strukturen, besonders Kirchengemeinden, einzubinden. Mit solcher Einbindung ergibt sich die Chance, daß Gemeinden in diesem Bereich lernfähig werden.

Durch die Mitgliederversammlung der AAA vom 12.04.89 beschlossen.

Vorstandssitzung der AAA vom 29.05.91 in SZ-Bad
Anwesend waren: Schöning, Binder, Teichmann, Ulfers

1) Infos

- Urlaub Ulfers vom 17.06. bis 10.07.91
- Brief von Wiebke Stute mit Grüßen an den Vorstand
- der nächsten Ausgabe des Mitgliederrundbriefs des VKM wird die AAA-Broschüre beigelegt (über Braunschmidt, SZ)
- mondo x-Jahresfest am 31.05.91

2) ABM-Veranstaltung

Zur gemeinsam von Zander (DW), Alerdshausen (EEB) und Ulfers organisierten Veranstaltung kamen 14 ABM-Mitarbeiter/innen.

Ein Treffen der kirchl. ABM-Mitarbeiter/innen stieß bei allen auf großes Interesse. Them^{en} waren u.a. die momentanen Schwierigkeiten mit dem Arbeitsamt bzgl. Weiterbewilligung, die generelle Tendenz für ABM aber dann besonders die Situation als "ABM-Kraft" in kirchlichen Einrichtungen. Unter anderem kam dabei auch die oft mangelhafte Anerkennung der Arbeit zur Sprache (was in Einzelfällen bis zur Ausgrenzung führt).

Bei allen Teilnehmer/innen bestand starkes Interesse an einem Folgetreffen. Dieses findet am 27. Juni, 14.00 im HKD statt.

3) 5-Jahresfest der Neuen Armut Lehdorf

Kurzer Bericht von Fr. Schöning und Ulfers über die Veranstaltung in der Kreuzkirche

4) Lehdorfer Jugendwerkstatt

Herr Padel hat angefragt, ob der Kredit der LJW noch in das nächste Jahr verlängert werden könnte, da sie dieses Jahr noch einige hohe Ausgaben zu tätigen hätten. So wurde z.B. der Gehalt für die Sozialpädagogin für mehrere Monate aus eigener Tasche gezahlt (die ABM war ausgelaufen, jetzt wird diese Stelle über ein Landesprogramm finanziert). Der Vorstand bietet der Lehdorfer Jugendwerkstatt an, daß die Hälfte des Kredites (5000.- DM) Ende des Jahres zurückgezahlt wird, der Rest dann in 92. (Dabei ist auch zu berücksichtigen das die LJW für die AAA z.B. die ganzen Lohnabrechnungen erledigt !)

5) Propsteibeirat

Ulfers berichtet über die Konzeption zur Förderung Langzeitarbeitsloser die dem Arbeitsamt vorgestellt wurde.

Die Trägerschaft für diese Maßnahme und die Umsetzung muß im Propsteibeirat entschieden werden. Da das DW nicht die Trägerschaft übernimmt, hat Hüge die Gründung eines Vereins vorgeschlagen. Die AAA würde u.U. beratendes Mitglied in diesem Verein sein; der Vorstand sieht es aber nicht als sinnvoll an, selber Träger dieser Maßnahme zu sein.

Frau Schöning und Herr Ulfers nehmen an der nächsten Beiratssitzung teil.

6) Erweiterte Vorstandssitzungen

Da die Nachfolge für den 1. Vorsitzenden bei der AAA immer noch nicht geklärt ist, sich aber evtl. Interessenten für die Mitarbeit im Vorstand gewinnen lassen (z.B. Nikolaus Lorenz, Reinhold Jordens-Höke), sollen künftig die Vorstandssitzungen in erweiterter Form durchgeführt werden. (wurde aber für die nächste Sitzung nicht endgültig abgeklärt.)

7) Spendenfonds/Anfragen

Falls die Spendenfonds-Änderung bei der letzten Landessynode zur Sprache gekommen ist, bräuchte man keine Anfrage (z.B. über Herrn Kuessner) zu starten. Dies müßte aber noch geprüft werden.

8) Nächste Vorstandssitzung findet am 06. August, 20.00 Uhr bei Frau Schöning statt.

Daniel Ulfers



AKTION ARBEITSLSEN-ABGABE

AAA e.V. David-Mansfeld-Weg 8 3300 Braunschweig

David-Mansfeld-Weg 8

3300 Braunschweig

Tel. 0531/51762

13.08.1991

An das
Diakonische Werk
- Landesverband -
Peter-Joseph-Krahe-Str. 11

3300 Braunschweig

Betr.: Regiestelle für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) beim
Diakonischen Werk -Landesverband-

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Bedauern haben wir zur Kenntnis genommen, daß die o.g. Stelle nach dem Weggang von Herrn Zander nicht wieder besetzt werden soll.

Wie Sie wissen, hat sich die Aktion Arbeitslosen-Abgabe im letzten Jahr beim Landeskirchenamt dafür eingesetzt, daß die Stelle nach Ablauf der ABM-Förderung durch landeskirchliche Zuschüsse weitergeführt werden kann (s. dazu unser Schreiben vom 20.06.90 an das Landeskirchenamt; zur Kenntnis an das Diakonische Werk -Landesverband-).

Die ABM-Regiestelle hat Kirchengemeinden und anderen Einrichtungen und Vereinen im kirchlichen Bereich bei der Erstellung von Anträgen auf Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beraten, der Einsatz von ABM-Mitarbeitern hat zu neuen Initiativen geführt, die sonst nicht möglich gewesen wären.

Aber die Tätigkeit von Herrn Zander beschränkte sich nicht nur auf die Beratung bei ABM-Anträgen; auch bei der Initiierung von "Arbeiten und Lernen"-Maßnahmen wirkte Herr Zander erfolgreich mit.

Da es bisher weder im Bereich der Braunschweiger Landeskirche noch des Diakonischen Werkes einen Referenten/eine Referentin für das Gebiet "Arbeitslosigkeit" gibt, wurden von der ABM-Regiestelle auch Aufgaben in diesem Bereich wahrgenommen.

Im Jahresbericht 1990 des Diakonischen Werkes heißt es dazu: "Über den ABM-Bereich hinaus konnte das Beratungsangebot der Regiestelle auch hinsichtlich weiterer Instrumente zur beruflichen Integration ausgedehnt werden. Informationen zu Lohnkos-

1. Vorsitzender: W. Steen

2. Vorsitzende: E. Schöning

Postgiroamt Hannover (Blz 250 100 30) 4938 77-307

SPENDEN AN DIE AKTION SIND STEUERLICH ABSETZBAR.

tenzuschüssen, Maßnahmen der Hilfe zur Arbeit, dem sogenannten 250-Millionen-Programm, Sonderprogrammen des Landes Niedersachsen sowie zu Mitteln des Europäischen Sozialfonds waren insbesondere von Arbeitslosenprojekten und -initiativen angefragt. Um diesbezüglich einen verstärkten Informationsaustausch sowie eine intensivere Zusammenarbeit zwischen den Arbeitslosenprojekten der Braunschweiger Region zu erzielen, wurde gemeinsam mit der Aktion Arbeitslosen-Abgabe, dem Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt und dem Braunschweiger Arbeitslosenzentrum ein Arbeitskreis "Arbeitslosigkeit" ins Leben gerufen."

was ist
Desweiteren ist Ihnen sicher bekannt, daß Herr Zander zusammen mit dem Mitarbeiter der AAA, Herrn Ulfers, eine Konzeption für gemeindeorientierte Beratungs- und Betreuungsangebote für schwer- und schwerstvermittelbare Langzeitarbeitslose bei evangelischen Kirchengemeinden in der Stadt Braunschweig erarbeitet hat. *Nun wird*
(Herr Ulfers wird die Beratung bei der praktischen Umsetzung dieser Konzeption ~~nun~~ allein weiterführen, allerdings ist auch dies nur befristet möglich, da die ABM-Stelle im Juli 1992 ausläuft und wahrscheinlich keine neue ABM-Stelle für die Aktion Arbeitslosen-Abgabe bewilligt wird.) *7*

Nachdem deutlich geworden ist,
An diesen Beispielen wird deutlich, daß die Tätigkeit der ABM-Regiestelle sich nie auf die reine Beratung in ABM-Angelegenheiten beschränkt hat.

Somit rechtfertigen unseres Erachtens auch die geplanten Streichungen im ABM-Bereich im nächsten Jahr nicht, daß die *so Stelle* ABM-Regiestelle nicht wieder neu besetzt wird.

Im Gegenteil, der mögliche Wegfall von ABM böte die Chance, diese Stelle noch stärker auf den Bereich "Arbeitslosigkeit" auszuweiten.

So wäre es dann möglich, daß das Diakonische Werk Braunschweig genauso wie zahlreiche andere Diakonische Werke auf regionaler und überregionaler Ebene in diesem Bereich tätig und z.B. in der Landesreferentenkonferenz der Diakonischen Werke - Bereich Arbeitslosigkeit - und im Evangelischen Fachverband "Arbeit und soziale Integration" e.V. im Diakonischen Werk der EKD vertreten wäre.

Dieses wäre für uns ein wichtiger Schritt, *dahin, die* daß die Belangen der Arbeitslosen innerhalb des Diakonischen Werkes bzw. *unserer* der Landeskirche stärker Beachtung finden würden. *zu realisieren.*

auf Dauer
Wir hoffen, daß wir Ihnen deutlich machen konnten, wie wichtig unseres Erachtens die Arbeit *der* der ABM-Regiestelle ist und daß sie auf jeden Fall weitergeführt werden sollte, damit die Probleme der Arbeitslosen sowohl im Diakonischen Werk als auch in der Landeskirche stärker Gehör finden.

Mit freundlichen Grüßen

- *₁ Dieses wird allerdings auch nur noch befristet möglich sein, da das zweite Jahr einer ABM-Stelle bei uns im Juli des kommenden Jahres ausläuft und eine Neubesetzung aufgrund der veränderten ABM-Bedingung unwahrscheinlich ist.
- *₂ einer Fachreferentenstelle "Arbeitslosigkeit" im Diakonischen Werk

Aktion Arbeitslosen-Abgabe
Braunschweig e.V.

Kopie

AAA, David-Mansfeld-Weg 8, 3300 Braunschweig, F:51762

20.06.90

Landeskirchenamt
- Referat 20 -
Postfach 1664
3340 Wolfenbüttel

Zur Kenntnis: Diakonisches Werk
-Landesverband-
Peter-Joseph-Krahe-Str. 11
3300 Braunschweig

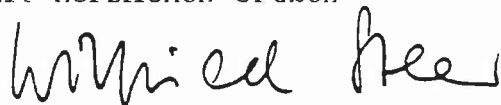
Sehr geehrter Herr Becker!

Am 31.10. 1990 läuft das Projekt "Regiestelle für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen" beim Diakonischen Werk -Landesverband- aus, das bisher mit Herrn Zander besetzt war.

Aus der Sicht der Aktion Arbeitslosen-Abgabe e.V. hat diese Stelle dazu beigetragen, daß Kirchengemeinden und andere kirchliche Einrichtungen und Vereine in die Lage versetzt worden sind, sachlich begründete Anträge auf Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen an das Arbeitsamt zu richten. Damit ist auch das Problem Arbeitslosigkeit in kirchlichen Einrichtungen bekanntgeworden. Der Einsatz von ABM-Kräften hat zu neuen Initiativen geführt, die sonst nicht möglich gewesen wären.

Der Vorstand der AAA bittet dringend darum, daß im landeskirchlichen Etat 91/92 ein Zuschuß bereitgestellt wird, der dem Diakonische Werk die Weiterführung dieses Projektes erlaubt, oder auch die Möglichkeit zur dauerhaften Einrichtung dieser Stelle schafft.

Mit herzlichen Grüßen



Ein gleichlautendes Schreiben richten wir an die Landessynode -Ausschuß für Oekumene, Mission und Diakonie- zHd Frau Sabine Herzog!

Vorsitzender: Wilfried Steen, Yorckstr. 9, 3300 BS F:0531/334890
stv.Vorsitzende: Elisabeth Schöning, Kinzigstr.10, 3300 BS F:0531/845598
Konto: Postgiro Hannover 4938 77-307



An
die Mitglieder der AAA

Braunschweig, den 14. Juni 1989

Liebe Mitglieder der AAA!

Unsere nächste Mitgliederversammlung soll am Mittwoch, 5. Juli 1989 um 20 Uhr im Gemeindehaus der Matthäus Kirche, Herzogin-Elisabeth-Straße 80 a (neben der Kirche) stattfinden.

Dazu möchte ich Sie im Namen des Vorstandes herzlich einladen.

Unsere Tagesordnung sieht folgendermaßen aus:

1. Protokoll der Mitgliederversammlung vom 12. 4. 1989
2. Vorstellung unserer neuen Mitarbeiterin Frau Wiebke Stute (ABM-Stelle)
3. Bericht von der Kassenprüfung und Entlastung des Vorstandes
4. Bericht vom Kirchentag - besonders von unserem Stand beim Markt der Möglichkeiten
5. Besuche und Informationen von der AAA (in den Pfarrerkonventen der Landeskirche durch Mitglieder der AAA)
6. Resonanz auf den Aufruf vom März (Überlegungen einer Arbeitsgruppe zum Teilen von Arbeit und Geld in der Kirche)
7. Verschiedenes

Als Anlagen liegen bei: Protokoll, Infoblatt vom Kirchentag und die Kriterien für die Vergabe von AAA-Zuschüssen, wie sie in der letzten Sitzung beschlossen wurden.

Ich hoffe, daß viele Mitglieder am 5. Juli dabei sein können, denn es wird ja in mehreren Punkten darumgehen, wie wir unsere Initiative intensivieren und auch mehr bekanntmachen können. Dazu werden wir alle gebraucht!

Ich grüße Sie im Namen des Vorstandes.
Ihre

gez. Elisabeth Schöning

Protokoll der Mitgliederversammlung (MV) der Aktion Arbeitslosen - Abgabe in Braunschweig e.V. am 05.07.89 im Gemeindehaus der Matthäuskirche, Herzogin-Elisabeth-Str. 80a, 33 Braunschweig.

Anwesend (Mitglieder) : Jürgen Brzoska, Luitgard Camerer, Rudolf Mercker, Herbert Meyer, Hartmut Padel, Elisabeth Schöning, Wilfried Steen, Hanna Stöckmann-Wrede, Christian Teichmann;

(Gäste) : Wiebke Stute

Die Versammlung wurde um 20.00 hct von H. Padel eröffnet. Er begrüßte die Mitglieder und Gäste und stellte anschließend kurz die neue ABM-Kraft, Frau W. Stute, vor.

TOP 1 "Protokoll der Mitgliederversammlung vom 12.04.89"

Zu Seite 2, Abs. 4, II, die "Lehndorfer Jugendwerkstatt" (LJW) werde wohl keine finanzielle Unterstützung von der AAA benötigen, bemerkte H. Padel, daß die "LJW", selbst wenn der "Europäische Sozialfond" (ESF) sie unterstütze, trotzdem noch das Geld der AAA brauche, für eine zu bildende personelle Rücklage. Diese wird nötig, weil nach einer neuen Verfügung des Landesarbeitsamtes, für die Betreuung der Jugendlichen nur noch 2 statt benötigter 3 Betreuer zugestanden werden.

u TOP 2 : Jürgen Brzoska hat die Wahl angenommen. Die Annahme der Wahl durch E. Binder steht noch aus.

Weitere Anmerkungen zum Protokoll bestehen nicht, es ist damit angenommen.

TOP 2 "Vorstellung unserer neuen Mitarbeiterin Frau Wiebke Stute (ABM - Stelle)

Frau Stute gab einen kurzen Einblick in ihren beruflichen Werdegang (84 - 87 : Fachhochschulstudium an der FH-Braunschweig, Fachrichtung Sozialwesen; 5/87 - 4/88 Anerkennungsjahr im nieders. LKH in Göttingen; 5/88 - 18.05.89 : Arbeitslosigkeit; 19.05.89 - 03.07.89 : rlaubsvertretungim Sozialdienst des ev. Krankenhauses Weende, in 3400 Göttingen; 05.07.89 : Beginn der Arbeit bei der AAA).

Anschließend stellten sich die anwes. Mitglieder mit Namen und Arbeitsstätte bei Frau Stute vor.

Im Anschluß daran wurde überlegt, daß es am besten sei, W. Stute besuche nach und nach Mitglieder des Vereins. Vor allem diejenigen, die direkt Arbeitslosengruppen in ihren Gemeinden o.ä., unterstützten, oder solche Projekte ins Leben rufen wollten.

Desweiteren soll sie bei allen Projekten vorstellig werden, die z.Zt von der AAA unterstützt werden.

Es wurde erwähnt, daß eine Vorsellung in der "LJW" schon erfolgt sei und daß am 09.07.89 um 19.00h im Themengottesdienst in Vorsfelde eine weitere Einführung in das zukünftige Arbeitsgebiet erfolgen sollte.

Herr Steen bekundete Interesse an der Mitarbeit der ABM bei seinem "Gemüsemarkt". R. Mercker stellte das Arbeitsfeld Michaelisgemeinde in der Hugo-Lutter-Str. vor. Hierbei handelt es sich um eine Gemeinde, deren Mitglieder größtenteils sozial benachteiligt sind. Und das heißt nicht nur, daß sie arbeitslos sind. Hier ergäbe sich ein großes Arbeitsgebiet für . Stute. H. Padel stellte fest, daß letztlich W. Stute selbst auswählen sollte, wo sie sich stärker engagieren will.

TOP 3 "Bericht von der Kassenprüfung und Entlastung des Vorstandes"

L. Camerer berichtete, daß es keine Beanstandungen gegeben habe. R. Mercker stellte lediglich ergänzend fest, daß vorgeschlagen wurde, ein festes Heft für die Handkassenführung einzurichten. Dieser Vorschlag wurde aufgegriffen und von C. Teichmann schon in die Tat umgesetzt.

H. Meyer beantragte die Entlastung des Vorstandes. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen und somit diese Aufgabe an Frau S. übergeben.

TOP 4 "Bericht vom Kirchentag - besonders von unserem Stand auf dem Markt der Möglichkeiten"

C. Teichmann zeichnete, trotz aller Schwierigkeiten (geringe Standgröße; später Entschluß am Deutschen evangelischen Kirchentag, kurz DEKT benannt, teilzunehmen und daher nur kurze Vorbereitungszeit; Krankheit des C. Teichmann) ein überwiegend positives Bild vom DEKT.

Die AAA-BS hatte gem. mit der Hubeta und der ZEPRA einen Stand, dem sich auch noch die AAA-Berlin anschloß. C. Teichmann konnte Kontakte zur AAA-B und Stuttgart knüpfen, sowie zu div. anderen Arbeitsloseninitiativen (z.B. "Bremer Arbeitslosencontainer"). Außerdem konnte er Projektberatung betreiben, indem er interessierten Personen, die ähnliches auf die Beine stellen wollen, von Arbeitsweisen und Erfahrungen etc. der hiesigen Arbeitsloseninitiativen berichtete.

Kritische Anmerkungen seitens R. Merckers und anderen anw. Mitgliedern, richteten sich hauptsächlich gegen gewisse Organisations- und Präsentationsmängel des "Unternehmens DEKT".

Einstimmig wurde aber auch selbstkritisch festgestellt, daß das größtenteils daran lag, daß im Vorfeld die Akteure bei der Planung alleingelassen wurden und der Entschluß, die AAA beim DEKT zu präsentieren, zu spät gefaßt wurde.

Fürs nächste Mal soll überlegt werden, ob eine Teilnahme am DEKT sinnvoll ist, wenn kaum einer Zeit hat, die Vorbereitungen zu treffen. Eine Manöverkritik und gleichzeitig eine Arbeitsvorlage für das nächste Mal, wurde von R. Mercker in Form eines Arbeitspapiers vorgelegt. Letztendlich war man sich aber einig, daß es besser war, schlecht vorbereitet teilgenommen und Erfahrungen gesammelt, als hinterm Ofen gehockt zu haben.

TOP 5 "Besuche und Informationen von der AAA (in den Pfarrerkonventen der Landeskirche durch Mitglieder der AAA)"

H. Padel berichtete von einem Pfarrerkonvent auf dem das Thema "Kirche und Arbeitslosigkeit" diskutiert wurde. Hier wurde angeregt über das, von dem auch anwesenden R. Mercker vorgestellte "Mercker-Modell", gesprochen. Inhaltlich geht es darum, daß die Kirche zunehmend Vereinsgründungen unterstützen sollte. Und zwar solche Vereine, die strukturell in die Kirche eingebunden werden können und sollen, ohne jedoch Weisungsempfänger der Kirche zu werden. Sie sollten soziale und kirchliche Tätigkeitsfelder erschließen wollen. Das Bestreben muß sein, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Ein Beispiel hierfür ist der Verein Hubeta, der Arbeitsplätze schaffen konnte. Inzwischen scheinen solche Versuche auch im Landeskirchenamt diskutiert zu werden.

Weiterhin stellte H. Padel fest, daß Appelle an die Solidarität mit Arbeitslosen, auf Pfarrerkonventen kaum fruchteten. Wenn aber die kritikbedürftige Stellenpolitik in der Kirche thematisiert werde, könne Anteilnahme und letztendlich auch Solidarität erreicht werden.

Themen sollten sein :

- Stellenstreichungen und Kürzungen
- die Einspannung ehrenamtlicher Mitarbeiter in Arbeiten, die Hauptamtliche leisten sollten
- die Praxis, junge Abgänger des Predigerseminars, die eigentlich nicht von der LK eingestellt werden sollten, mit Geldern aus dem Spendenfond der

LK ein Jahr zu beschäftigen, um sie dann doch ins "Nichts" zu entlassen.

Es ist die Frage, ob die AAA bzw. deren Mitglieder, die in solchen Konventen sitzen, sich stärker in diese Richtung engagieren sollten.

TOP 6 "Resonanz auf den Aufruf vom März (Überlegungen einer Arbeitsgruppe zum Teilen von Arbeit und Geld in der Kirche)"

H. Padel stellte fest, daß die Resonanz gegen Null tendierte.

TOP 7 "Verschiedenes"

Vorschlag 1 : L. Camerer fragte, ob die Arbeitslosenabgabe, sprich der Beitrag zur AAA, nicht dem gestiegenen Gehalt angeglichen werden sollte. Dieser Vorschlag fand ohne Abstimmung Zustimmung.

Vorschlag 2 : W. Steen stellte fest, daß dem Amtsgericht die neue Zusammensetzung des Vorstandes mitgeteilt werden müßte, bevor diese am 01. 01.90 wieder geändert werde. H. Padel wird Verbindung mit Notar Goltermann aufnehmen.

Vorschlag 3 : C. Teichmann brachte den Vorschlag eines abw. Mitgliedes ein, das fragte, ob es nicht möglich sei, eine Landkarte der LK-BS mit allen Kontakten und unterstützten Projekten der AAA zu verfassen. Es ist! C. Teichmann hat selbige schon verfasst und W. Stute, zwecks Vervielfältigung und Weitergabe an die Mitglieder, überreicht.

Schließung der Sitzung um 22.18h.



Vorsitzender H. Padel



Protokollführerin W. Stute

PROJEKTE in Braunschweig

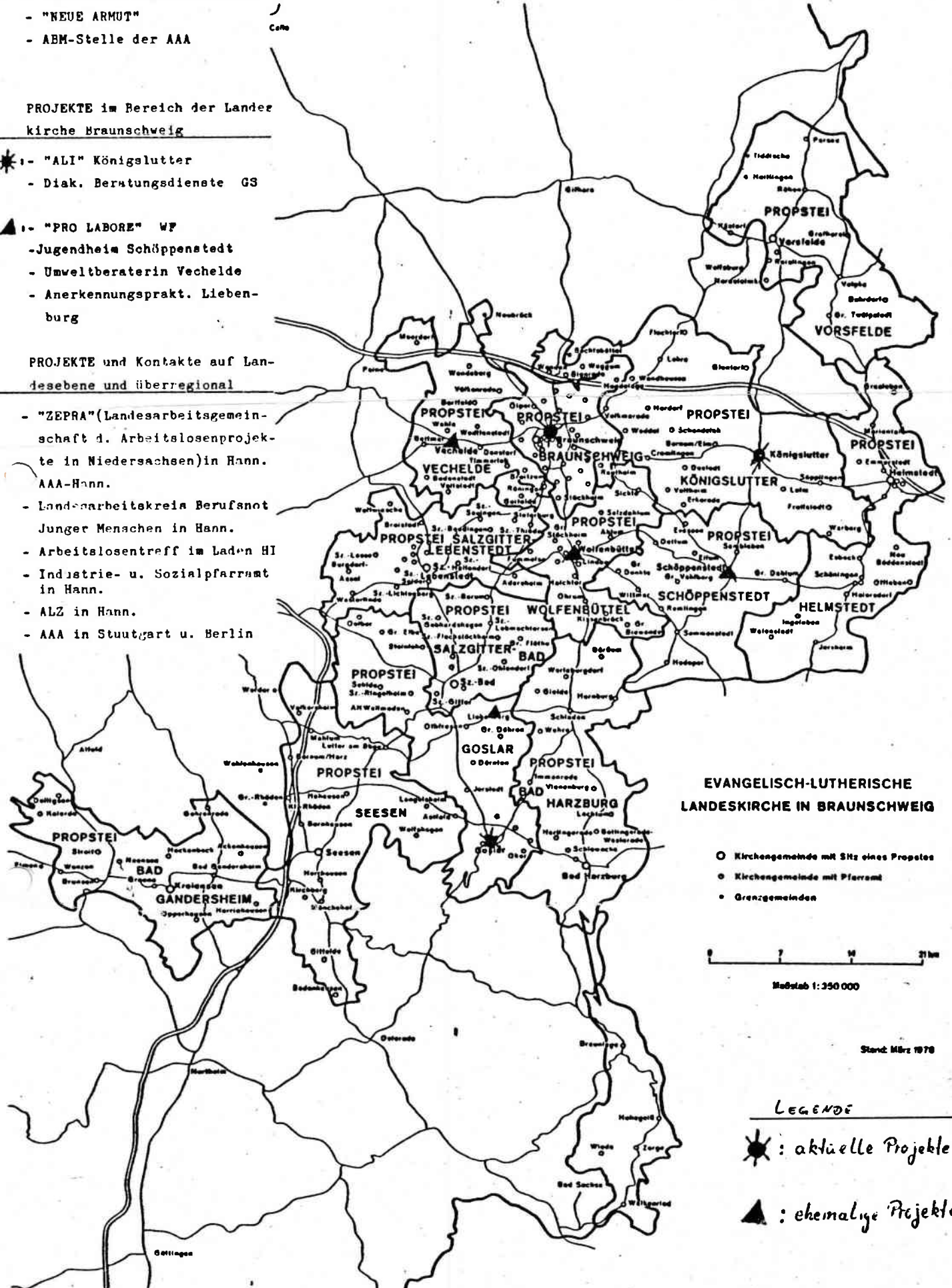
- ☀ :- "WEGSTECKAR" e.V.
- Lehdorfer Jugendwerkstatt
- "NEUE ARMUT"
- ABM-Stelle der AAA

PROJEKTE im Bereich der Landeskirche Braunschweig

- ☀ :- "ALI" Königslutter
- Diak. Beratungsdienste GS
- ▲ :- "PRO LABORE" WF
- Jugendheim Schöppenstedt
- Umweltberaterin Vechelde
- Anerkennungsprakt. Liebenburg

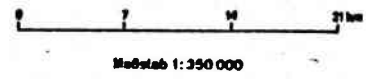
PROJEKTE und Kontakte auf Landesebene und überregional

- "ZEPRA" (Landesarbeitsgemeinschaft d. Arbeitslosenprojekte in Niedersachsen) in Hann. AAA-Hann.
- Landesarbeitskreise Berufsnot Junger Menschen in Hann.
- Arbeitslosentreff im Laden HI
- Industrie- u. Sozialpfarramt in Hann.
- ALZ in Hann.
- AAA in Stuttgart u. Berlin



EVANGELISCH-LUTHERISCHE LANDESKIRCHE IN BRAUNSCHWEIG

- Kirchengemeinde mit Sitz eines Propstes
- Kirchengemeinde mit Pfarramt
- Grenzgemeinden



Stand: März 1978

LEGENDE

- ☀ : aktuelle Projekte
- ▲ : ehemalige Projekte



Aktion Arbeitslosen-Abgabe

3300 Braunschweig, 06.09.89

Hiermit lade ich Sie zur nächsten Mitgliederversammlung ein.
Sie findet statt am Mittwoch, dem 18. Oktober 1989 um 20.00 Uhr
im Gemeindesaal der Matthäus-Gemeinde in Braunschweig, Herzogin-Elisabeth-
Straße, neben der Matthäus-Kirche.

Wir haben Herrn Oberlandeskirchenrat E. Grefe eingeladen, um mit
ihm über Fragen der landeskirchlichen Personalpolitik, den Spenden-
fond und weitere uns interessierende Fragen zu sprechen.

Weiter soll Frau Wiebke Stute, unsere ABM-Mitarbeiterin, aus ihrer
Arbeit für die AAA berichten. Sie arbeitet seit dem 5. Juli für voraus-
sichtlich ein Jahr bei uns.

Wir meinen, daß wir mit diesen beiden Tagesordnungspunkten und
dem, was unter "Verschiedenes" noch eingebracht wird, für diesen Abend
Stoff genug haben werden.

Bitte tragen Sie den Termin sofort ein, damit er nicht durch andere
Verabredungen verdrängt werden kann.

Mit freundlichem Gruß im Namen des Vorstands

Anlagen

Protokoll der Mitgliederversammlung der Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig e.V., vom 18. 10. 1989, 20.00 h in der Matthäusgemeinde, Herzogin-Elisabeth-Str. 80a.

Anwesende Mitglieder : Fey, Guischard, Schöning, Brzoska, Camerer, Steen, Padel.

Außerordentliches Mitglied : Stute

Gäste : Oberlandeskirchenrat Grefe

Herr Padel eröffnete die Sitzung um 20.11 h und begrüßte alle Anwesenden, besonders den heutigen Gast, Herrn Oberlandeskirchenrat Grefe, der etwas zur derzeitigen Personalpolitik der Landeskirche erzählen sollte.

TOP I Bericht zur Personalpolitik der Landeskirche Braunschweig
(von E. Grefe)

In der Landeskirche Braunschweig gibt es ca. 330 Stellen für Pastoren, davon sind ca. 278 Gemeindepfarrstellen. Ca. 5% dieser Stellen sollen permanent freigehalten werden, um Rückkehrern (Freigestellte, Schulpfarrer, etc.) und Versetzungen eine Stelle anbieten zu können. So ergibt es sich manchmal, daß, wie derzeit in SZ - Lebenstedt, 5 Stellen frei sind, die dann von den anderen mit ausgefüllt werden müssen.

Zur Frage, wieviele Examenskandidaten übernommen werden, wurde gesagt, daß 1989 8 Stellen für den Probedienst vorhanden sind. 1990 ständen 17 Bewerber nur 5 durch Pensionierung freiwerdenden Stellen gegenüber. 1991 sei dieses Verhältnis 14:4.

Eine Stellenerweiterung wäre vor diesem Hintergrund dringend notwendig, so zum Beispiel im Bereich der Krankenhausseelsorge,

sei aber derzeit nicht geplant. Andererseits hätte es, trotz des Rückganges der zahlenden Mitglieder von 600.000 auf 500.000, auch keine Stellenstreichungen gegeben, zumindest nicht bei den Pfarrstellen. Die Diakonenstellen seien jedoch an die Mitgliederzahlen gekoppelt und folglich auf jetzt 44 Stellen reduziert worden.

Auf Grund dieser Aussage wurde kurz überlegt, ob es nicht, auch aus Gründen der Solidarität, sinnvoll wäre, wenn Pastoren ab 62 Jahren evtl. freiwillig in den Ruhestand gingen.

Eine andere Überlegung zielte auf ein "Einfrieren der Gehälter" ab. Hierzu wurde gesagt, daß wenn alle in der LK-Braunschweig auf DM 100,- verzichteten, man schon 4 Pfarrstellen einrichten könne.

Die AAA wollte wissen, ob es eine "Pfarrerschwemme" oder eher das Gegenteil geben wird und ob Leute nicht eingestellt würden, weil die Mitgliederzahlen zurückgingen (um 2030 nur noch 4 Mio. Mitglieder).

Zu dieser Thematik, wie auch zu der Thematik "Weg von den öffentlichen Tarifen" sei von Seiten der Planer nichts zu vernehmen, so OLKR Grefe.

Hierauf kam die Frage, ob die Automatik "Mitglieder weg - Stellen weg" nicht ausschlaggebend für ein Sinken der Mitgliederzahlen sei und ob diese Automatik nicht gestoppt werden könne, evtl. durch ein Loslösen vom öffentlichen Dienst.

Dazu sagte Herr Grefe, daß es zwei Strömungen in der Kirche gäbe: Die eine wolle Pfarrstellen, die mit 80 Pkt. bewertet seien, halbieren, die andere, zu der er sich selbst zählt, sei eher

erfreut über diese 80 Pkt.-Stellen, da ihrer Meinung nach dort gute Arbeit geleistet werden könne.

Es wurde dann auf einen Fehlbestand an Religionsunterricht aufmerksam gemacht und gefragt, ob dort nicht eine Möglichkeit wäre, Berufsanfänger vor dem Probendienst einzusetzen. Die erstaunliche Antwort hierauf war, daß die Kirche vermittels Katechetstellen arbeitslose Lehrer per Gestellungsvertrag einsetze.

Der Vorschlag war dann; wenn der Staat offensichtlich Geldmittel für die Erteilung von Religionsunterricht zur Verfügung halte, wäre es sinnvoll, diese auszunutzen und Berufsanfängern dort eine Chance zu geben.

Es wurde darauf hingewiesen, daß die Katholiken, durch Verschiebung von Stelleninhalten, es hinbekämen, daß kein Religionsunterricht ausfiele.

Dazu meinte Herr Grefe, daß man schon gerne ebenso verfahren würde wie die Katholiken, man könne und wolle aber niemanden gegen seinen Willen "verschieben".

Es wurde vorgeschlagen, bei der Bezirksregierung nachzufragen, warum das mit dem Religionsunterricht nicht klappte.

Der Vorstand wird ein Thema daraus machen.

Desweiteren wurde erwähnt, daß in Goslar eine freie Gemeinde ihren Pastor selbst trage. In der evangelischen Kirche werde jedoch nicht geguckt was nötig sei, sondern ob Geld dafür da sei. So hätte man am Beginn der Einrichtung der Diakonischen Beratungsdienste in Goslar auch gesagt, dies Projekt könne nicht durchgeführt werden, dafür sei kein Geld vorhanden. Man fragt sich dabei, ob die Kirche tatsächlich eine Konfrontation Mensch - Jesu

Christi anpeile, oder nicht.

An Goslars Diak. Ber. Die. offenbare sich zum einen eine mögliche Zukunft der Kirche, als auch die derzeitige Tendenz, die eher in eine "Katastrophe" führe. Das "Mercker-Modell" könne eine positive Entwicklung in die Zukunft sein.

Es wurde gesagt, die Kirche solle etwas dankbarer sein, ob der Tatsache, daß in Goslar neue Arbeitsplätze für und in der Kirche geschaffen worden seien.

Ein andere Punkt wurde dann angesprochen. Es wurde festgestellt, daß der Spendenfonds schlecht arbeite. Er sei zu eng auf Pfarramtsanwärter ausgelegt und stelle letztendlich eine zweite Probezeit dar. Man solle doch den schlecht bewerteten Examenskandidaten eine Umorientierung aus dem Spendenfonds bezahlen.

Hierzu teilte Herr Grefe mit, daß viele unzufrieden mit der Arbeit waren und daher eine Rückbesinnung auf die eigentlichen Ziele erfolgen werde, sodaß in Zukunft die Arbeit des Spendenfonds positiver zu bewerten sei.

TOP II Bericht der ABM- Kraft Frau Stute von ihrer Arbeit

Da nicht mehr so viel Zeit zur Verfügung stand, wurde dieser Bericht sehr kurz und wenig ausführlich. Stichpunktartig ist folgendes an Aktivitäten gelaufen:

1. alle derzeitig aktuellen Projekte wurden besucht
2. das bei der letzten Versammlung angesprochene Projekt in der Michaelisgemeinde, Hugo-Lutter-Str., wurde forciert, letztendlich vom Kirchenvorstand jedoch abgelehnt
3. Frau Stute wurde in den Sprecherkreis des ZEPRA (Zusammenschluß der Erwachsenenprojekte für Arbeitslose in Nieder-

sachsen) gewählt und führte als erste "Amtshandlung" gemeinsam mit 2 anderen ein Gespräch mit Sozialminister Schnipkoweit über Langzeitarbeitslosigkeit

4. Mitarbeit an der Vorbereitung eines Aktionstages gegen Jugendarbeits- und Erwerbslosigkeit, der unter anderem aus finanziellen Gründen nicht stattfinden konnte
5. Mitarbeit beim LAK -Berufsnot junger Menschen-, Regionaltreffen und KdA - Initiative '90
6. Initiation und Vorbereitung eines regionalen Arbeitskreises für Mitarbeiter aus Arbeitslosenprojekten und -initiativen, zwecks Austausch von Informationen und Diskussionsmöglichkeit über Probleme bei und mit der Arbeit
7. Gestaltung, Vorbereitung und Durchführung eines Bildungsurlaubes (6. - 11.11.89)
8. Teilnahme an einem Seminar an der Fachhochschule für Sozialwesen : Thema; AfG (Arbeitsförderungsgesetz)
9. diverses

Schließung der Versammlung um 22.10 h.

Padel *Schöning* *Stute*

Padel

Schöning

Stute

Vorsitzender

Schriftführerin

Protokollantin



**Aktion
Arbeitslosen
Abgabe**
In Braunschweig

Protokolle und Materialien 1990



Aktion Arbeitslosen-Abgabe

Braunschweig, den 22. Dezember 1989

An die
Mitglieder der Aktion Arbeitslosenabgabe!

Liebe Freunde!

Hiermit lade ich Sie zu unserer nächsten Mitgliederversammlung ein am
Mittwoch, dem 10. Januar 1989 um 20.00 Uhr im Gemeindesaal der
Matthäusgemeinde in Braunschweig, Herzogin-Elisabeth-Straße (neben der Kirche).

Tagesordnung:

1. Protokoll der letzten Mitgliederversammlung (liegt bei) *< Bericht Padel*
2. Bericht über die Arbeit unserer ABM-Mitarbeiterin, Frau Stute
3. Finanzplan 1990 und Bericht über das Haushaltsjahr 1989 *Rev.-Wahl*
4. Anträge auf Förderung
5. Fragen zur Personalplanung unserer Landeskirche (Nacharbeit der des Gespräches mit OLKR Grefe)
6. Verschiedenes

Während ich diesen Brief unmittelbar vor Weihnachten schreibe, wird in Rumänien auf wehrlose Menschen geschossen, benehmen sich die USA in Panama wie eine imperialistische Kolonialmacht, bereiten sich die Berliner - und nicht nur sie - auf ein Medienspektakel am Brandenburger Tor vor - um nur drei Geschehnisse zu erwähnen.

Weihnachten ist schon ein merkwürdiges Fest.

Mit diesem Brief verabschiede ich mich von Ihnen in meiner Eigenschaft als Vorsitzender der AAA. Ab 1. Januar 1990 übernimmt Wilfried Steen den Vorsitz. Weiter gehören dem Vorstand ab 1. Januar an: Elisabeth Schöning als stellvertretende Vorsitzende, Christian Teichmann als Schatzmeister, Eckehard Binder als Schriftführer und Jürgen Brzoska als Beisitzer. Meine guten Wünsche begleiten den Vorstand bei seinem Tun.

Mit freundlichem Gruß und der Bitte um Gottes Geleit für das kommende Jahr

Euer / Ihr

Hartmut Padel

FINANZBERICHT FÜR DAS JAHR 1989

Übersicht

Einnahmen gesamt 1989	93.469,29 DM
Ausgaben gesamt 1989	86.447,23 DM
Bestand am 31.12.1988	27.627,04 DM
<hr style="border-top: 1px dashed black;"/>	
Bestand am 31.12.1989	34.649,10 DM

vgl. Kontostände Ende 1989

Postgirokonto Nr. 493877-307	8.341,52 DM
EKK-Girokonto Nr. 000062 5175	10.312,54 DM
EKK-Termingeld Nr. 017062 5175	0,00 DM
EKK Wertpapier Nr. 000062 5175	15.995,04 DM
<hr style="border-top: 1px dashed black;"/>	
Gesamtbestand	34.649,10 DM

HAUSHALTSVOLLZUG 1989

1) Einnahmen

Spenden	29.311,33 DM
Zinsen	462,35 DM
Kollekten	1.231,57 DM
Personalkostenzuschuß Arbeitsamt für ABM-Stelle AAA	33.145,00 DM
Einnahmen durch Kontenbewegungen	25.995,04 DM
Rückerstattungen	3.324,00 DM
<hr style="border-top: 1px dashed black;"/>	

2) Bestand am 31.12.1988 27.627,04 DM

3) Bestand und Einnahmen 1989 121.096,33 DM

4) Ausgaben

Personalkosten ABM-AAA	37.779,30 DM
Arbeitsloseninitiative Königsutter	5.500,00 DM
Diak. Beratungsdienste, GS	5.000,00 DM
Kinderspielkreis Matthäusgemeinde, BS	1.500,00 DM
"Die Wegstecker", BS	3.000,00 DM
Fahrtkosten AAA	1.617,48 DM
DEKT	996,84 DM
Verwaltung	1.734,57 DM
Ausgaben durch Kontenbewegungen	25.995,04 DM
Falschzahlungen	3.324,00 DM
noch auszuzahlende Beträge	16.000,00 DM
<hr style="border-top: 1px dashed black;"/>	

Gesamt Ausgaben 102.447,23 DM

5) Bestand am 31.12.1989

~~34.649,10 DM~~

18.649,10
1

Protokoll der Mitgliederversammlung der Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig e.V.; 18.01.1990, 20.00h in der Matthäusgemeinde, Herzogin-Elisabeth-Str. 80a, 3300 Braunschweig.

Anwesende Mitglieder: Lorenz, Teichmann, Brzoska, Schöning, Mohr,
Schmidt, Padel, Hesse, Binder, Steen, Camerer

Außerordentliches Mitglied: Stute

TOP 1: Protokoll

TOP 2: ABM-Bericht

TOP 3: Finanzplan 1990

TOP 3a: Kassenprüferwahl

TOP 4: Anträge auf Förderung

TOP 5: Personalplanung der Landeskirche

TOP 6: Verschiedenes

TOP 1. Protokoll

Das Protokoll wurde angenommen

Anschließend dankte der neue Vorsitzende dem alten Vorsitzenden für die geleistete Arbeit. Dieser gab einen kurzen Bericht über die Entwicklung der AAA während seiner Amtszeit. Er zählte dabei einige Problempunkte der Arbeit mit /für Arbeitslose auf wie z.B.: Schwierigkeiten die Arbeitslosen zu motivieren da sie sich

sehr zurückziehen;

die Arbeit sollte nicht von ABM-Kräften gemacht werden, sondern von Festangestellten;

oftmals fehlt das nötige Geld, um eine sinnvolle Arbeit zu beginnen oder weiterzuführen.

Nach diesem Bericht wurde der alte Vorsitzende Herr Padel von den Mitgliedern entlastet.

TOP 2: ABM-Bericht

Fr. Stute führte die in der letzten MV angesprochenen Punkte etwas ausführlicher an. Sie wies dabei auf die Wichtigkeit der Gremiumsarbeit hin. Diese hätte zwar keinen direkt meßbaren Vorteil für Einzelne, ist aber auch nicht darauf ausgerichtet. Die Gremiumsarbeit ist längerfristig angelegt und zielt auf die strukturellen Ursachen der Arbeitslosigkeit, weniger auf die finanziellen Auswirkungen bei dem Einzelnen. Die ABM-Kraft versteht sich somit auch nicht als Sprecher der Arbeitslosen, sondern möchte gemeinsam mit anderen Mitarbeitern von Arbeitslosenprojekten auf die strukturelle Problematik der Arbeitslosigkeit aufmerksam machen. Sie vertritt die Auffassung, daß stets zweigleisig gefahren werden muß. Zum einen müssen Arbeitslose Beistand erhalten im Umgang mit Behörden, müssen ihre Selbstachtung und -vertrauen zurückgewinnen, müssen während einer Einarbeitungsphase an einem neuen Arbeitsplatz begleitet werden, um dort frühestmöglich Probleme zu beheben, zum anderen muß langfristig daran gearbeitet werden, daß die Ursachen der Entstehung von Arbeitslosigkeit beseitigt werden. Da diese Arbeit Überzeugungsarbeit ist, braucht man dafür soviel Hilfe wie möglich. Daher ist die Zusammenarbeit mit anderen aus diesem und anderen Bereichen so wichtig. Aber auch die Unterstützung seitens der Projektträger, in unserem Fall der der AAA ist hier von Nöten.

An dieser Stelle wurde die Möglichkeit einen Studientag durchzuführen von den Mitgliedern in Betracht gezogen.

Top 3: Finanzplan 1990

Der Finanzplan ist noch nicht erstellt, es wurde lediglich ein

kurzer Überblick gegeben, daher ging es hauptsächlich um die Frage, ob eine neue ABM-Stelle beantragt werden soll, oder nicht. Kriterien waren zum einen die Bezuschussungshöhe, zum anderen der Nutzen für die AAA.

Anhand der Ausführungen von Fr. Stute und der Mitteilung von Herrn Steen, daß die ABM-Kraft den Vorstand sehr entlaste, waren zwei positive Argumente für ein Beibehalten der ABM-Stelle, bzw. einer Neubeantragung, gefunden. Der überwiegende Teil der Mitglieder bewertete zudem die Tatsache positiv, daß die AAA durch die ABM-Stelle viele Kontakte knüpfen konnte, die sonst nicht zustande gekommen wären. Es wurde daher beschlossen, die ABM-Stelle neu zu beantragen, evtl auf 20 Std. Basis, aber unabhängig der entstehenden Kosten. Hierbei soll bevorzugt an die Absolventen des Predigerseminars gedacht werden.

TOP 3a: Wahl der Kassenprüfer

Vorschlag: Fr. Camerer, Hr. Lorenz

Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen, beiderseitig.

TOP 4: Anträge auf Förderung

1. Der Antrag der Diakonischen Beratungsdienste Goslar wurde wegen der Förderrichtlinien abgelehnt. Herr Padel wurde beauftragt einen entsprechenden Brief zu schreiben.
2. Der Antrag der Wegsteckar wurde einstimmig beschlossen. Hr. Steen oder Fr. Schöning werden sich die neuen Räumlichkeiten der Wegsteckar angucken. Evtl. soll Fr. Fuhrmann od. Fr. Wanzelius zur nächsten MV eingeladen werden, oder diese laden die MV zu sich ein. Der Zuschuß für die Wegsteckar für 1990 beträgt 7.000 DM.

TOP 5: Personalplanung der Landeskirche

Dieser Tagesordnungspunkt wurde gestrichen (mangels Zeit).

TOP 6: Verschiedenes

Dieser Tagesordnungspunkt wurde mangels Masse gestrichen.

ENDE der MV: 22.40h



Steen. 1. Vorsitzender



Stute, Protokollantin

TERMINE: -11.3.90, Abendgottesdienst um 18.00h in der Kreuzkirche, dort stellt die „Selbsthilfe Neue Armüt“ ein Buch vor, Titel: „Frieden und Gerechtigkeit für uns alle“. Es wird auch eine Ausstellung zu dem Thema geben.

-28.3.90, Vortrag v. Prof. Dr. B. Kees

Thema: Weg vom Fenster - Arbeitslosigkeit u. ihre Folgen -

Verausalter: ALL-Königslutter u. KDA

Ort: Gemeindehaus Königslutter, An der Stadtkirche

Zeit: 19.30h

Es wird auch eine Ausstellung zu dem Thema geben

**Aktion Arbeitslosen-Abgabe
Braunschweig e.V.**

Herrn u. Frau
E. u. A. Binder
Vorsfelder Str.21
3332 Grasleben

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Mitglieder!

Ich möchte Sie im Namen unseres Vorstandes herzlich einladen zur

Mitgliederversammlung

am Donnerstag, dem 19. April 1990, um 20 Uhr
im Gemeindehaus St. Matthäus, Herzogin-Elisabeth-Str. 80a,
3300 Braunschweig

Unser Vorschlag zur Tagesordnung:

1. Verabschiedung des Protokolls der Sitzung vom 10. Januar 1990
2. Jahresabrechnung 1989:
Bericht der Kassenprüfer und Entlastung des Schatzmeisters
3. Haushaltsplan 1990, Vorlage und Beschluß
4. Bericht des Vereins "Wegstecker":
Erläuterung des Werkstattprojekts.
Gesprächsrunde zum Thema: Was heißt Arbeit?
Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß oder mehr?
5. Übernahme des Spendenfonds der Theologiestudenten
6. Verschiedenes

Herzliche Grüße

Ihr

Wilfried Steen

Anlage: Protokoll

Vorsitzender: Wilfried Steen, Yorckstr. 9, 3300 BS F:0531/334890
stv.Vorsitzende: Elisabeth Schöning, Kinzigstr.10, 3300 BS F:0531/845598
Hauptamtl. Mitarbeiterin: Wiebke Stute, Dipl.Soz.Päd
Konto: Postgiro Hannover 4938 77-307

Protokoll der MV der AAA in Braunschweig e.V. vom 19.04.1990,
20.00h in der Herzogin-Elisabeth-Str. 80a, 3300 Braunschweig

Anwesend : Teichmann, Padel, Schmidt, Binder, Schöning, Camerer,
Steen

Außerordentl. Mitglied : Stute

Gäste : Fuhrmann, Künnecke, Wanzel, von den "Wegsteckar"n

20.06h Eröffnung der Sitzung durch Steen.

TOP1 Annahme des Protokolls

TOP2 Jahresabrechnung '89

TOP3 Haushaltsplan '90

TOP4 Vorstellung der "Wegsteckar" unter dem Aspekt, "Was heißt
Arbeit?"

TOP5 Übernahme des Spendenfonds der Theologiestudenten

TOP6 Verschiedenes

TOP1

Das Protokoll von der letzten MV wurde nicht beanstandet

TOP2

Frau Camerer berichtete von der Kassenprüfung, die unbeanstandet
blieb. Im Anschluß daran wurden die Kassenprüfer entlastet. Auch
der Vorstand wurde einstimmig entlastet.

TOP3

Der Haushaltsentwurf '90 lag vor. Es wurde vorgeschlagen dem Vor-
stand Handlungsfreiheit für die Vergabe von Zuschüssen zu geben.
Die Mitglieder legten im jeweiligen Jahr lediglich die Höhe der
Manövriermasse fest.

Dieser Vorschlag wurde einstimmig beschlossen und die Höhe des
diesjährigen Betrages auf DM 35.000.00 festgelegt.

TOP4

Die "Wegsteckar" e.V. verstehen sich ausschließlich als Selbst-
hilfeprojekt, das durch Eigeninitiative von Arbeitslosen gegrün-
det wurde. Ihr Ziel ist die Schaffung von Arbeitsplätzen für sich,
und die Selbständigkeit. Bis zu diesem Ziel ist es jedoch noch
ein langer Weg, der leider von finanzieller und anderer Abhäng-
igkeit von verschiedenen Stellen gekennzeichnet ist. So sind
viele ABM-Stellen im Bereich des Handwerks von einer Zustimmung
durch die Kreishandwerkerschaft abhängig. Fehlen diese, so müs-
sten notwendige Ausbaumaßnahmen als Vergabearbeit getätigt wer-
den, eine Sache die den finanziellen Rahmen der Wegsteckar
sprengen würde. Da es für viele Zuschüsse und andere Bedingungen
an einer klaren Rechtssituation mangelt, ist diese Form der Al-
ternativen Arbeitsplätze oftmals von dem Goodwill von Politi-
kern, Behörden und anderen öffentlichen Institutionen abhängig.
Hier ergab sich die Frage, ob es einen Infodienst für Projekte
geben sollte, oder ob mehr politische Arbeit in Richtung rechtl.
Absicherung der Projekte stattfinden sollte.

Beides ist durchaus schon vorhanden, muß aber noch ausgebaut
werden. Es wäre zudem schön einen Finanzierungsfond für Alter-
native Arbeitsplätze zu haben, der eine Anschubfinanzierung
ohne Kreditaufnahme ermöglichen könnte. Eine Art Zinsloses Dar-
lehen also.

Die Wegsteckar haben derzeit 7 ABM-Anträge gestellt. Für den

Inneausbau 4, eine Bürohilfe und später sollen nochmals 2 als Anleiter dazukommen. Von der Stadt erhalten sie 30.000 DM für die Miete. Die Bez.reg. hat Sachkosten bewilligt, als Auflage jedoch verlangt, daß unter 25-jährige beschäftigt werden. Sie wollen jetzt noch den Öko-fond und den ESF anschreiben und um Zuschüsse bitten. Es sollen eine Holz-, eine Fahrrad- und eine Siebdruckwerkstatt sowie eine Cafeteria eingerichtet werden. Natürlich soll auch eine Möglichkeit geschaffen werden, damit sich die Mitglieder treffen können, auch das Herumschrauben an Autos soll gegen Entgelt möglich sein. Ein späteres Miteinanderleben ist eine Wunschvorstellung der Wegstecker. Das es bei diesem Projekt in hohem Maß auf Eigenverantwortung ankommt ist ihnen dabei bewußt, auch daß ein paar, die das nicht bewältigen können, sondern lieber ein "normales" Arbeitsverhältnis eingehen, abspringen werden. Sie sind sich auch im Klaren darüber, daß sie lange Zeit Bittsteller sein werden, ständig Gefahr laufen mit den Handwerksvertretern zu kollidieren und letztenendes auch einen sehr langen Atem brauchen werden, um dies alles durchzustehen.

Die AAA könnte in Zukunft eine Aufgabe darin sehen, diese Art der Alternativen Arbeit zu unterstützen, sowohl finanziell als auch ideell.

TOP5

Da das Konto der Theologiestudenten jedes Semester wechselt (Es wird immer das Konto des jeweiligen Vorsitzenden genommen) und dies die Arbeit erschwert, wurde die AAA gefragt, ob sie nicht ihr Konto zur Verfügung stellen kann. Die Beträge für den Spendenfonds sollen extra gekennzeichnet werden und sind somit von AAA-Spenden zu unterscheiden. Diesem Vorschlag seitens des Spendenfonds der Theologiestudenten wurde entsprochen.


TOP6

Es wurde mehr Raum für themenbezogene Diskussionen gefordert. Aus diesem Grund soll auch nur noch eine MV pro Jahr für alle Formalien stattfinden und dem Vorstand mehr Vollmachten (s.TOP3) gegeben werden. Dieser Vorschlag fand rege Zustimmung.

Das Ergebnis, in Form einer Info-Broschüre, der in früherer MV-Sitzung erwähnten KdA-Initiative '90 wurde von Frau Stute vorgelegt. Diese Broschüre kann entweder über den KdA-Hannover, Fr. Weinert, oder bei der AAA, für DM 5.- angefordert werden.



1. Vorsitzender, Steen



Protokollantin, Stute

Etatplanung für die AAA für 1990

zu erwartende Einnahmen

Spenden	31.443,96 DM p.a.
Pers.Zuschuß Arb.Amt	24.040,- DM p.a. (- 6/90)
ABM Ausgleich v. AA	2.095,46 DM einmalig
Zinsen	400,00 DM p.a.
<hr/>	
Gesamt	57.978,22 DM p.a.

+ 18.649,10

laufende Kosten

Pers. Kosten(-6/90)	25.057,50 DM	3.390,15 DM p.m.('89)
Fahrtkosten (-6/90)	1.500,- DM	250,- DM p.m.
Tel.kosten (-6/90)	263,16 DM	43,86DM p.m.
Handkasse (incl. Porto)	400,- DM	
Diak.Werk	70,- DM	
Verw. Ber.Gen.	224,66 DM	
ZEPRA	25,00 DM	
Kontogeb.	108.- DM	
<hr/>		
Gesamt	27.648,32 DM	

W. Stute

Fördermasse '90 35.000

davon 17.000 bereits vergeben

Aufstellung der Lohn- und Lohnnebenkosten
für eine ABM-Stelle der AAA

1. Fall

30 J. ledig, keine Kinder, BAT Vb	Gesamt p.m. 3926,20 DM
Grundgehalt(GG): 2498,94 DM	90% Förd.: 3533,58 DM
Ortszuschlag(OZ): 701,31 DM	<hr/>
TV-Zulage (TV): 100,00 DM	Rest AAA: 274,83 DM p.m.
VwL: 13,00 DM	
<hr/>	
Brutto 3313,25 DM	
x 13 43072,25 DM	
+ 18.5% SV 7968,37 DM	
<hr/>	
Gesamt p.a. 51040,62 DM	

2. Fall

30J., verh., 1Kind, BAT Vb	
GG 2498,94 DM	
OZ 976,97 DM	
TV 100,00 DM	
VwL 13,00 DM	
<hr/>	
Gp.m. 3588,91 DM	
+ 18,5 SV	
Rest AAA 425,28 DM	

4. Fall

wie 2. jed. BAT IVb	
GG 2774,21 DM	
OZ 976,97 DM	
TV 100,00 DM	
VwL 13,00 DM	
<hr/>	
Gp.m. 3864,18 DM	
+ 18,5 % SV	
Rest AAA 457,90 DM p.m.	

3. Fall

wie 1. jed. BAT IVb	
GG 2774,21 DM	
OZ 701,31 DM	
TV 100,00 DM	
VwL 13,00 DM	
<hr/>	
Gp.m. 3588,52 DM	
+ 18.5% SV	
Rest AAA 425,24 p.m.	

pro Kind erhöht sich der OZ um 126,44 DM. Ledige mit Kind erhalten etwa die Hälfte des OZ (verheiratete bekommen). Die Berechnungen gehen von den Tabellen von '89 aus und von ein 38,5 Std. Vertrag bei 90%iger I derung durch das Arbeitsamt.

W. Stuke



AKTION ARBEITSLLOSEN-ABGABE

AAA e.V. David - Mansfeld - Weg 8 3300 Braunschweig

David-Mansfeld-Weg 8
3300 Braunschweig
Tel. 0531/51762

Eckehard Binder
Vorsfelderstr. 21

3332 Grasleben

Herzliche Einladung zur

Erweiterten Vorstandssitzung

am Dienstag, dem 19. Juni 1990, 20 Uhr

Gemeindehaus St. Matthäus, Herzogin-Elisabeth-Str. 80a, 3300 BS

Wir wollen in dieser Sitzung Frau Wiebke Stute verabschieden, die seit Juli 1989 als ABM-Mitarbeiterin die Geschicke unseres Vereins mitbestimmt hat.

Alle Vereinsmitglieder sind dazu herzlich eingeladen!

Viele Grüße!

W. Wiebke Stute

Anlage: Protokoll der letzten Mitgliederversammlung am 19.4.90

Bitte vormerken: Dienstag, 18. September 1990, 19.00 Uhr:

Vortragsveranstaltung mit Jürgen Espenhorst, Dipl. Volkswirt:
Arbeitslosigkeit - Was kann die Kirche tun?

1. Vorsitzender: W. Steen

2. Vorsitzende: E. Schöning

Postgiroamt Hannover (Blz 250 100 30) 4938 77-307

SPENDEN AN DIE AKTION SIND STEUERLICH ABSETZBAR.

Kassenstand (31.08.1990)	28.007,60
zu erwartende Spendeneinnahmen bis Ende 1990	8.300,-
Personalkostenzuschuß für ABM-Stelle der AAA	18.470,-
Rückzahlung der ALI Königslutter	<u>4.000,-</u>
	58.777,60

Ausgaben:

ABM-Stelle "Schwarz"	10.000,-
Ökumenische ALI SZ-Bad	2.000,-
Personalkosten der ABM-Stelle der AAA (4 Monatsgehälter incl. Anteil. Weihnachtsgeld)	17.470,-
Lohn- und Kirchensteuer der ABM-Stelle der AAA	2.890,-
Verwaltungsberufsgenossenschaft (1990)	250,-
Kontogebühren	36,-
Jahresabrechnung Telefon	ca. 400,-
Handkasse incl. Porto	ca. 200,-
Sachkosten für ABM (Fahrtkosten, Seminare etc.)	<u>1.250,-</u>
	34.496,00

	58.777,60
	<u>- 34.496,00</u>
	24.281,60



Liebe Mitglieder,

da mich viele von Ihnen noch nicht kennen, möchte ich den Rundbrief nutzen, um mich kurz vorzustellen.

Ich heiße Rainer Ulfers und bin Dipl.-Sozialarbeiter/-pädagoge.

Seit Ende Juli 1990 arbeite ich als Nachfolger von Wiebke Stute bei der Aktion Arbeitslosen-Abgabe (auf ABM-Basis)

Ich habe an der Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel studiert.

Meine Tätigkeitsfelder waren bisher Kinder- und Jugendarbeit (Kinderkurheim), Heimerziehung (Stiftung Lukas Werk) und berufliche Bildung (Teutloff Schule).

Im letztgenannten Bereich bin ich stark mit dem Problem "Arbeitslosigkeit" konfrontiert gewesen. Ich habe an der Teutloff Schule Jugendliche bzw. junge Erwachsene betreut, die aus verschiedenen Gründen (Lehrstellenmangel, Probleme aufgrund ihrer Sozialisation etc.) auf dem "freien" Markt keinen Ausbildungsplatz gefunden hatten.

Hinzu kommen die eigenen Erfahrungen; ich war selbst längere Zeit arbeitslos und habe mich zu der Zeit intensiv in einer Arbeitslosengruppe mit der Problematik auseinandergesetzt.

Meinen Arbeitsschwerpunkt bei der AAA möchte ich neben der notwendigen Erledigung der verwaltungstechnischen Aufgaben auf die Zusammenarbeit mit anderen Arbeitsloseninitiativen und -projekten legen.

Das bedeutet, daß ich zum einen den Kontakt zu den von der AAA geförderten Einrichtungen intensivieren werde, zum andern aber auch den Austausch und die Zusammenarbeit mit anderen Projekten und Einrichtungen, die sich mit dem Problem "Arbeitslosigkeit" beschäftigen, weiter ausbauen will.

So halte ich die Mitarbeit in der Landesarbeitsgemeinschaft der Arbeitslosenprojekte für Erwachsene in Niedersachsen (ZEPRA) für sehr wichtig; die dort gewonnenen Informationen kommen z.B. auch den Projekten vor Ort wieder zugute (wie z.B. Möglichkeiten der Finanzierung).

Ich bin der Auffassung, daß wir an der Arbeitslosigkeit nur etwas ändern können, wenn die verschiedenen Initiativen und Gruppen gemeinsam agieren.

Sie können mich normalerweise montags bis freitags von 9.00-12.00 Uhr in dem von der Wicherngemeinde zur Verfügung gestellten Büro erreichen (tel. 51762).

Mit freundlichem Gruß

Rainer Ulfers



AKTION ARBEITSLSEN-ABGABE

David-Mansfeld-Weg 8

3300 Braunschweig

Tel. 0531/51762

AAA e.V. David - Mansfeld - Weg 8 3300 Braunschweig

Herrn u. Frau
E. u. A. Binder
Ernst-Reuter-Str. 6
3320 Salzgitter 51

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder,

In Verbindung mit dem Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt möchten wir Sie herzlich einladen zu unserer Veranstaltung

ARBEITSLÖSIGKEIT

Was kann die Kirche tun ?

- ein Abend mit Dipl.-Volkswirt Jürgen Espenhorst -

am Dienstag, dem 18. September 1990 um 19.00 Uhr
im Gemeindehaus St. Matthäus, Herzogin-Elisabeth-Str. 80a
3300 Braunschweig.

Seit vielen Jahren ist Arbeitslosigkeit in unserer Gesellschaft ein bekanntes Problem; eine seit Jahren fast gleichbleibende Zahl von offiziell 2 Millionen arbeitslosen Menschen, die vom sogenannten "Wirtschaftsboom" bisher nichts gespürt haben sondern aufgrund langandauernder Arbeitslosigkeit oftmals noch unter die Armutsgrenze rutschen, wird von der Gesellschaft in der BRD kaum noch wahrgenommen. Dies und die jetzt auch in der DDR zu erwartende hohe Arbeitslosigkeit sollten für uns Herausforderung genug sein zu handeln !

Herr Jürgen Espenhorst ist Mitarbeiter des Sozialamtes der Evangelischen Kirche von Westfalen, Haus Villigst und beschäftigt sich seit langem mit grundsätzlichen Fragen der Arbeitslosigkeit.

Wir erhoffen uns von dem Abend eine lebhafte Diskussion, die uns besonders auch für die Arbeit in den Gemeinden neue Anstöße und Anregungen gibt, wie wir mit dieser Problematik und den davon ursächlich betroffenen Menschen umgehen und zur Veränderung der Situation beitragen können.

Mit freundlichem Gruß

1. Vorsitzender : W. Steen

2. Vorsitzende : E. Schöning

Postgiroamt Hannover (Blz 250 100 30) 4938 77-307

SPENDEN AN DIE AKTION SIND STEUERLICH ABSETZBAR.



AKTION ARBEITSLLOSEN-ABGABE

AAA e.V. David - Mansfeld - Weg 8 3300 Braunschweig

David-Mansfeld-Weg 8

3300 Braunschweig

Tel. 0531/51762

Herrn u. Frau
E. u. A. Binder
Ernst-Reuter-Str. 6
3320 Salzgitter 51

Liebe Mitglieder, liebe Interessierte,

die Veranstaltung mit Herrn Jürgen Espenhorst "Arbeitslosigkeit - was kann die Kirche tun ?" hat sicherlich viele Anregungen gegeben, aber auch neue Fragen aufgeworfen.

Der Ausblick bis über das Jahr 2000 hinaus hat noch einmal verdeutlicht, daß sich das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit weiter verstärken wird und daß die Problematik so vielschichtig ist, daß es nicht die "einzig richtige" Lösung gibt.

Bei einem ständig steigenden Wirtschaftswachstum und einem gleichzeitigen Anwachsen der Probleme der Menschen, die **aus** diesem System herausfallen (Anstieg von Obdachlosigkeit, Drogensucht etc.) müssen auch wir unsere bisherige Arbeitsweise auf ihre Effizienz überprüfen.

Aus diesem Grund laden wir Sie ein, am Mittwoch, dem 24. Oktober 1990 um 20.00 Uhr im Gemeindehaus St. Matthäus die Veranstaltung gemeinsam nachzubereiten und zu überlegen, welcher konkreten Schritte es bedarf, um zur positiven Veränderung der Situation beizutragen.

Mit freundlichem Gruß

1. Vorsitzender : W. Steen

2. Vorsitzende : E. Schöning

Postgiroamt Hannover (Blz 250 100 30) 49 38 77-307

SPENDEN AN DIE AKTION SIND STEUERLICH ABSETZBAR.

KURZER BERICHT über das Jahr 1990

1. Mitgliederstand

Die AAA e.V. hat momentan 55 Mitglieder; hinzu kommen noch einige regelmäßige Spender/innen, die keine Mitglieder sind.

2. Spenden und ihre Verwendung

Die Höhe der eingegangenen Spenden betrug im Jahr 1990 30.533,00 DM, aus Kollekten erhielten wir 228,01 DM.

Folgende Projekte und Initiativen wurden im vergangenen Jahr unterstützt:

Arbeitslosenarbeit Neue Armut Kreuzgemeinde (Frau Schwarz)

Lehndorfer Jugendwerkstatt "Alte Ziegelei"

Arbeitslosenselbsthilfeverein "Die Wegsteckar"

Hubeta e.V. (Hilfe und Betreuung ambulant)

b.i.f.f. (Braunschweiger Institut für Fortbildung und Fachberatung)

Ökumenische Arbeitsloseninitiative Salzgitter-Bad

Ein genauer Finanzbericht über das Jahr 1990 wird auf der nächsten Mitgliederversammlung vorgelegt.

3. Personalwechsel

Seit Ende Juli 1990 arbeitet Rainer Ulfers als Dipl. Sozialarbeiter auf einer ABM-Stelle in der AAA (als Nachfolger von Wiebke Stute).

4. Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen, Außenkontakte

Sowohl die Braunschweiger Zeitung als auch die Evangelische Zeitung berichteten mehrmals über die AAA, z.B. anlässlich der Geldübergabe an Hubeta.

Die AAA führte eine Veranstaltung mit Dipl.-Volkswirt J. Espenhorst (Sozialamt der evang. Kirche in Westfalen, Haus Villigst) zum Thema "Arbeitslosigkeit-was kann die Kirche tun?" durch; dieser Veranstaltung folgte auch ein Nachbereitungstreffen.

Neben informellen Kontakten zu verschiedenen Gruppen und Verbänden ist die AAA aktives Mitglied im Arbeitskreis "Arbeitslosigkeit in Braunschweig", in der Landesarbeitsgemeinschaft der Arbeitslosenprojekte für Erwachsene in Niedersachsen (ZEPRA), beim Regionaltreffen der Arbeitsloseninitiativen sowie im Landesarbeitskreis "Berufsnot junger Menschen (LAK).

5. Wechsel im Vorstand

Zum 01.02.1991 tritt Herr Wilfried Steen als 1. Vorsitzender von seinem Amt zurück; Frau Schöning ist bereit die Geschäfte vorübergehend wahrzunehmen, jedes Mitglied ist aber aufgefordert, sich über die Neubesetzung des Postens des 1. Vorsitzenden bis zur Mitgliederversammlung am 30.01.1991 Gedanken zu machen!!

Mit freundlichem Gruß

Rainer Ulfers



**Aktion
Arbeitslosen
Abgabe**
In Braunschweig

Protokolle und Materialien 1991

- Gemeindeorientierte Beratungs- und Betreuungsangebote für Langzeitarbeitslose
- Projektübersicht
- Gruppen „Neue Armut“ in der Weststadt und der Kreuzgemeinde
- Schreiben an Landessynode und Diakonisches Werk wegen
- Betreuung Langzeitarbeitsloser
- AAA im Synodalausschuss
- Eduard Wörmann in kda: Statt Betreuung Beteiligung der Betroffenen
- Beitrag zu Diakonie – Zeichen der Hoffnung

**Protokoll der Mitgliederversammlung
der Aktion Arbeitslosen-Abgabe im Braunschweig e.V.
vom 31.01.1991, 20.00 Uhr im Gemeindehaus St. Matthäus,
Herzogin-Elisabeth-Str. 80a, 3300 Braunschweig**

Anwesend: Fr. Camerer, Fr. Mohr, Fr. Schöning, Hr. Binder,
Hr. Bronzka, Hr. Hille, Hr. Jordens-Höke, Hr. Lorenz,
Hr. Padel, Hr. Schmidt, Hr. Steen, Hr. Teichmann
als Gäste: Fr. Jürgens, Hr. Ulfers

Tagesordnung

1. Begrüßung, Beschluß der Tagesordnung
2. Verabschiedung des Protokolls vom 19.04.1990
3. Jahresabrechnung 1990, Bericht der Kassenprüfer
4. Entlastung des Vorstands
5. Finanzplanung 1991
6. Wahl des/der 1. Vorsitzenden
7. Verlängerung der ABM-Stelle
8. Inhaltliche Perspektiven der Arbeit der AAA für 1991
9. Verschiedenes

zu 1.
Frau Schöning begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Mitgliederversammlung.
Zur Tagesordnung gibt es keine Änderungsvorschläge.

zu 2.
Das Protokoll der Mitgliederversammlung vom 19.04.1990 wird einstimmig verabschiedet.

zu 3.
Es wird überlegt, ob das EKK-Konto aufgelöst werden soll, da fast alle Geldgeschäfte über das Postgirokonto geführt werden. Da das EKK-Konto besonders für die Festlegung von Termingeldern (Zinsgewinne) vorgesehen ist, soll das Konto vorerst beibehalten werden.
Frau Camerer und Herr Lorenz berichten von der Kassenprüfung; es gibt keine Beanstandungen seitens der Kassenprüfer; die Kasse ist ordnungsgemäß geführt worden.

zu 4.
Der Vorstand wird bei 5 Enthaltungen entlastet.

zu 5.
Es wird überlegt, wie man das Spendenaufkommen vergrößern kann. Eine Zielgruppe könnten die neu eingestellten Probedienstler sein; diese sollen künftig von der AAA auf eine Mitgliedschaft angesprochen werden.
Außerdem sollen vermehrt Gemeindeglieder geworben werden; hierzu

sollen alle Pfarrer/innen, die Mitglied der AAA sind, angeschrieben werden, damit sie in ihrer Gemeinde neue Mitglieder für die AAA werben und evtl. auch verstärkt Kollekten für den Verein bereitstellen.

Hinzu kommt die Überlegung, sich für den Kollektenplan der Landeskirche vormerken zu lassen.
Als beste Werbung für die AAA wird eine möglichst effektive Arbeit und deren Darstellung in der Öffentlichkeit angesehen.

Die vorgesehene Rückzahlung des Kredits der Lehdorfer Jugendwerkstatt zum Ende des Jahres wird von Herrn Padel noch nicht fest zugesichert, da Gespräche mit Bezirksregierung noch nicht abgeschlossen sind und die weitere Förderung über das Land Niedersachsen noch nicht abgesichert ist.

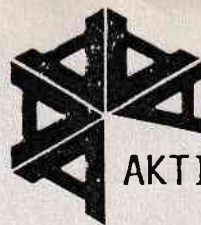
Einstimmig beschlossen wird, daß ca. 25.000 DM im Jahr 1991 an Projekte ausgeschüttet werden sollen.

Die Propstei hat angefragt, ob die AAA noch einmal für die Stelle von Frau Schwarz einen Zuschuß geben kann (die Monate Februar und März sind noch nicht abgesichert, ab April ist Fr. Schwarz auf einer KDA-Stelle). Die MV überläßt die Entscheidung darüber dem Vorstand, weist aber daraufhin, daß für diese Stelle schon sehr viel Geld gegeben wurde und man der Propstei empfehlen sollte an den Spendenfonds heranzutreten.

zu 6.
Da sich bisher niemand für das Amt des/der 1. Vorsitzenden gefunden hat, wird entschieden, daß der 1. Vorsitzende formal bis auf weiteres im Amt bleibt; die Amtsgeschäfte werden aber verstärkt von der 2. Vorsitzenden Frau Schöning und dem Vorstand wahrgenommen.
Parallel dazu sollen die Bemühungen verstärkt werden, jemanden für den Posten des/der 1. Vorsitzenden zu finden.

zu 7.
Einstimmigkeit besteht darin, daß die Verlängerung der ABM-Stelle der AAA beantragt werden soll.

zu 8.
R. Ulfers stellt kurz die Situation in der "Neuen Armut" Weststadt dar, weil hier die Problematik von ABM-Stellen besonders deutlich wird:
vor knapp 2 Jahren wurde in der Weststadt eine Gruppe "Neue Armut" von Herrn Dierks als ABM-Kraft aufgebaut (analog zur "Neuen Armut" Lehdorf). Seitens der Betroffenen (Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Kleinstrentner) besteht ein großes Interesse sowohl an Beratung als auch an Gruppenarbeit. Hier wurde also eine notwendige Lücke geschlossen und gleichzeitig noch ein Bedarf geweckt.
Zum Frühjahr dieses Jahres läuft nun die ABM-Stelle von Herrn



AKTION ARBEITSLSEN-ABGABE

David-Mansfeld-Weg 8

3300 Braunschweig

Tel. 0531/51762

AAA e.V. David-Mansfeld-Weg 8 3300 Braunschweig

Herrn u. Frau

E. u. A. Binder

Ernst-Reuter-Str. 6

3320 Salzgitter 51

Liebe Mitglieder, liebe Spenderinnen und Spender,

hiermit möchten wir Sie zur

Mitgliederversammlung

am 30. Januar 1991 um 20.00 Uhr
im Gemeindehaus St. Matthäus,
Herzogin-Elisabeth-Str. 80a, 3300 Braunschweig

einladen.

Wir haben folgende Tagesordnungspunkte vorgesehen:

1. Begrüßung; Beschluß der Tagesordnung
2. Verabschiedung des Protokolls vom 19.04.1990
3. Jahresabrechnung 1990, Bericht der Kassenprüfer
4. Entlastung des Vorstands
5. Finanzplanung 1991, Beschlußfassung → *Vollzug*
6. Wahl des/der 1. Vorsitzenden
7. Verlängerung der ABM-Stelle
8. Inhaltliche Perspektiven der Arbeit der AAA für 1991
9. Verschiedenes

*Spendenfonds
→ Regiohilfe
1991*

Zur Tagesordnung ist anzumerken, daß die ersten Punkte rein formaler Natur sind und wir den Schwerpunkt auf die inhaltlichen Fragen legen wollen.

Danken möchten wir Ihnen im Namen des Vorstandes der Aktion Arbeitslosen-Abgabe für Ihre Unterstützung im Jahr 1990. Mit Ihrer Hilfe konnte auch im vergangenen Jahr wieder einigen Projekten und Initiativen finanziell unter die Arme gegriffen werden.

Natürlich ist durch unsere Spendentätigkeit das Problem Arbeitslosigkeit nicht aus der Welt zu schaffen; allerdings können wir durch unsere Arbeit besonders kleineren Projekten schnelle unbürokratische Hilfe gewähren. Ebenso wichtig ist es uns aber, dafür Sorge zu tragen, daß die Probleme der vielen erwerbslosen Menschen nicht vergessen werden.

1. Vorsitzender : W. Steen

2. Vorsitzende : E. Schöning

Postgiroamt Hannover (Blz 250 100 30) 4938 77-307

SPENDEN AN DIE AKTION SIND STEUERLICH ABSETZBAR.

Die Weststadt-Gemeinde und ihr Projekt „Neue Armut“

Viele haben Hilfe bitter nötig

Über ihr Projekt „Neue Armut“ hat jetzt die Weststadt-Gemeinde einen Zwischenbericht vorgelegt. Danach sind in dieser Neubausiedlung, in der rund 25 000 Menschen wohnen, etwa 1600 Erwachsene erwerbslos. Schätzungsweise 3200 Menschen beziehen Sozialhilfe. Die gleiche Zahl lebt, wie im Bericht steht, im „Vorfeld der Armut“. Das sind Empfänger von kleinen Renten (bis 800 DM monatlich), Normalverdiener mit vier und mehr Kindern und hoher Mietbelastung.

Das Projekt „Neue Armut“ wurde im März 1989 begonnen. Die eingerichtete Beratungsstelle kümmerte sich bisher um ganz unterschiedliche Fälle. Eine schwer körperbehinderte, von Medikamenten abhängige Frau bat darum, ihr bei der Arbeitssuche zu helfen. Sie wollte nicht länger von der Sozialhilfe leben müssen. Auch wollte sie endlich ihre Schulden abbezahlen und sich einer Therapie unterziehen. Typisch auch: Frauen kommen und fragen, ob sie beim Sozialamt eine Baby-Erstaussstattung beantragen können.

Viele Menschen haben offenbar

große Schwierigkeiten, sich im amtlichen Formularwust zurechtzufinden. Sie lassen sich eher von einer Kirchengemeinde helfen als von einem Verwaltungsbeamten.

Das Thema Armut wird im Konfirmandenunterricht, im Gottesdienst, in vielen Informationsveranstaltungen und bei gemeinsamen Frühstückstreffen angesprochen. Behördengänge werden organisiert, Gemeindebriefe geschrieben, Plakate entworfen.

Innerhalb der Kirchengemeinde (die fast 12 000 Mitglieder hat) werden Angebote zur Nachbarschaftshilfe weitergegeben. Viele alte Menschen sind so schlecht auf den Beinen, daß sie Schwierigkeiten haben, zum SB-Markt zu gehen und ihren Garten in Schuß zu halten.

Die Frage ist allerdings, wie all diese Hilfe bezahlt werden kann. Es fallen jährlich Sachkosten von 9000 DM an. Eine ABM-Stelle wird vom 15. März an nicht mehr vom Arbeitsamt bezahlt. Jetzt hofft die Weststadtgemeinde auf finanzielle Absicherung durch die Propstei und die Landeskirche. -ui-

**BRAUNSCHWEIGER
ZEITUNG**
SALZGITTER-ZEITUNG
WOLFSBURGER NACHRICHTEN



Selbsthilfe "NEUE ARMUT"

INITIATIVE für Erwerbslose, Sozialhilfeberechtigte, Kleinrentenempfänger und andere Menschen in Not.



Adresse

Haus der Kirche, Lichtenberger Straße 22, 3300 Braunschweig in der Ev.-luth. Kirchengemeinde-Weststadt, Tel.: 0531/862267



Sprechzeiten Dienstag und Mittwoch 9.00-11.00 Uhr und nach Vereinbarung.

Persönliche Erreichbarkeit ebenso bei den Gruppentreffen am Montag und Freitag im Haus der Kirche ab 9.30 Uhr.

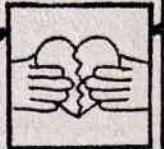
Ansprechpartner Uwe Eberhard Dierks, Dipl.-Sozialarbeiter oder zur Kontaktaufnahme alle anderen haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter der Kirchengemeinde.
Gemeindebüro: 0531/841880



Aktivitäten EINZELBERATUNG und GESPRÄCHE (sozialpädagogische Hilfestellungen bei persönlichen Problemen, Hilfe zur Abklärung rechtlicher Fragen, Unterstützung bei verschiedenen Antrags- und Widerspruchsverfahren, Beratung bei Schulden, Unterstützung der Eigeninitiative bei der Suche nach einem Arbeitsplatz, Kontaktherstellung zu anderen Fachleuten bei besonderen Problemen oder Notlagen).



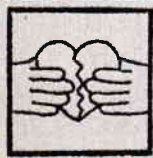
MONTAGSTREFFEN, ab 9.30, Diskussion/Gespräch über ein aktuelles Thema.



Freitagsfrühstück, ab 9.30 Uhr, Treffen von Betroffenen in gemütlicher Runde zur Vorbereitung weiterer Aktivitäten und Gespräche mit Gästen aus Kirche, Politik, Institutionen, anderen Selbsthilfegruppen, ... Motto: "Das Frühstück bietet eine gute Gelegenheit zur Kontaktaufnahme!"

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT durch Zusammenarbeit mit anderen Gruppen und Institutionen, durch Berichterstattung in Ausschüssen und bei Tagungen, durch Kontakte zu Presse und Prominenten, durch Fortbildung und Information.

FREIZEITORIENTIERUNG, gemeinsame Sonntagsspaziergänge in Braunschweig und Umgebung, Besuche von Ausstellungen, Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen, Organisation eigener Feste und Feiern.



Folgende Projekte wurden im Jahr 1990 von der Aktion Arbeitslosen-Abgabe unterstützt:

Selbsthilfegruppe "Neue Armut" Lehdorf
Lehdorfer Jugendwerkstatt "Alte Ziegelei"
Die "Wegstecker" e.V.
Braunschweiger Institut für Fortbildung und Fachberatung
(B.I.F.F.)
Hubeta e.V.
Ökumenische Arbeitsloseninitiative Salzgitter-Bad

Exemplarisch möchten wir Ihnen drei unterschiedliche Projekte genauer vorstellen, damit Sie einen Eindruck über die dort geleistete Arbeit erhalten.

HUBETA

Christlicher Verein e.V.
HUBETA
in Braunschweig



Der Name Hubeta steht für "Hilfe und Betreuung ambulant". Der Verein ist aus der Arbeitsloseninitiative der Kreuzgemeinde Lehdorf entstanden und hat sich zur Aufgabe gemacht, durch Selbsthilfeprojekte jugendlichen und älteren schwervermittelbaren Arbeitslosen eine Beschäftigung zu geben und ihnen den Einstieg in das Berufsleben zu ermöglichen. Begonnen hat der Verein mit der Errichtung eines Hausreparaturdienstes und eines ambulanten Pflege- und Hilfsdienstes. Vom Hausreparaturdienst werden kleinere Reparaturen gegen Erstattung der Unkosten bzw. eine kleine Spende erledigt; hier ist im Moment ein älterer Langzeitarbeitsloser beschäftigt. Der Pflege- und Hilfsdienst betreut kranke, ältere oder hilfsbedürftige Menschen gegen Bezahlung eines festen Satzes (teilweise über Abrechnung mit der Krankenkasse); in diesem Dienst haben bisher arbeitslose Menschen mit breit gefächelter Vorbildung und Berufserfahrung (hauptsächlich Frauen, die auf Stundenbasis arbeiten) einen neuen Wirkungskreis gefunden. Besonders der Pflege- und Hilfsdienst erfreut sich starker Nachfrage. Zu diesen ersten beiden Diensten ist als weiterer großer Bereich ein Kindergarten hinzugekommen, der jetzt auch die städtische Anerkennung erhalten hat. Hier wurden Arbeitsplätze für arbeitslose Erzieherinnen geschaffen. Der Verein ist ständig bemüht vorhandene ABM-Stellen in feste Stellen umzuwandeln. Hierbei werden sie von der Aktion Arbeitslosen-Abgabe unterstützt.

b.i.f.f.

Braunschweiger Institut für Fortbildung und Fachberatung e.V.
Braunschweig 1 1990 Braunschweig tel 0531/690531 oder 61 19 23

Das Braunschweiger Institut für Fortbildung und Fachberatung wurde von zwei arbeitslosen Sozialpädagoginnen gegründet, die aufgrund der Arbeitsmarktsituation aber auch aufgrund der praktischen Erfahrungen im Berufsleben neue Formen der Umsetzung ihrer Ideen entwickeln wollten.

Das b.i.f.f. ist kein Arbeitslosenprojekt im klassischen Sinn, gleichwohl es immer bemüht ist, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das b.i.f.f. bietet zum einen Fortbildungsseminare für Lehrer, Erzieher oder Sozialpädagogen zum anderen laufen innerhalb der Einrichtung verschiedene praktische Projekte, z.B.

- die "aktive Pause"; im Rahmen dieses Projektes arbeiten die Mitarbeiter/innen von b.i.f.f. vor Ort in Schulen und entwickeln zusammen mit Schülern und Lehrern Spielgeräte für die Schulpausen; diese werden dann in der Holzwerkstatt von b.i.f.f. gebaut.
- ein weiterer Bereich ist der Aus- oder Umbau von Kindergärten; hier wurden Ideen entwickelt, wie man Kindergartenräume funktionaler einrichten kann. Das b.i.f.f. hat hierzu eine reichhaltige Palette von Ideen entwickelt, die auch schon mehrfach in die Praxis umgesetzt worden sind. In diesem Bereich gibt es eine sehr starke Nachfrage.

Zu diesen Bereichen kommen laufend neue hinzu, in der Planung ist zum Beispiel ein Projekt, bei dem Grünflächen bei Kindergärten so umgestaltet werden, daß sie für pädagogische Arbeit genutzt werden können (Anbau, Umwelterziehung etc.).

Da die Vielfältigkeit dieser Einrichtung auch immer wieder neue Ideen und Projekte hervorbringt und somit auch immer wieder neue Arbeitsplätze geschaffen werden, wurde diese Einrichtung von der Aktion Arbeitslosen-Abgabe im Jahr 1990 finanziell unterstützt.



MARIENSTR. 34/35

Der Arbeitslosenselbsthilfeverein "Die WegsteckAr" besteht seit Mai 1988; er ist ein Zusammenschluß von arbeitslosen Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die aktiv ihre Situation ändern wollen.

Ziel des Vereins ist die Schaffung eines gemeinsamen Arbeits- und Wohnprojektes; gleichzeitig soll Raum für die Förderung neuer bzw. alternativer kultureller Projekte gelassen werden. Mittlerweile hat der Verein eine 600qm große Halle angemietet und ist mit dem Ausbau beschäftigt. Neben einem Werkstattbereich ist auch eine Cafeteria als "Kontaktcafe" für arbeitslose Menschen gedacht.

Der Ausbau wird in Eigenregie durchgeführt; für diesen Zweck wurden vom Arbeitsamt mehrere ABM-Stellen bewilligt.

Charakteristisch für dieses Projekt ist das Prinzip der Selbstbestimmung, Ziel des Vereins ist es auch neue Formen des Zusammenlebens und des Arbeitens zu entwickeln.

Zur Restfinanzierung der 4 ABM-Stellen hat die Aktion Arbeitslosen-Abgabe im Jahr 1990 einen Zuschuß bewilligt.

ETATPLANUNG 1991

EINNAHMEN

Spenden	30.000,00 DM
Zinsen, Kollekten	500,00 DM
Personalkostenzuschuß (Arbeitsamt)	40.000,00 DM
	<hr/>
	70.500,00 DM
Rückzahlung des Darlehens der Lehndorfer Jugendwerkstatt zum Jahresende	+ 10.000,00 DM
Bestand (31.12.1990)	+ 13.777,49 DM
	<hr/>
	94.277,49 DM

AUSGABEN

Personalkosten ABM (1 Jahr)	50.000,00 DM
Fahrtkosten	1.000,00 DM
Fahrtkosten Vorstand	250,00 DM
Verwaltung	2.200,00 DM
	<hr/>
	53.450,00 DM
	94.277,49 DM
	<hr/>
	53.450,00 DM
	<hr/>
	40.827,49 DM

1991 stehen ca. 40.000,00 DM für Projekte zur Verfügung.

Der Vorstand empfiehlt, ca. 10.000,00 DM als Reserven zurückzulegen.

Außerdem sind vom Etat 1991 schon 2.000,00 DM an Mondo X und 3.000,00 DM an die "Wegsteckar" gezahlt worden.

	40.000,00 DM
-	10.000,00 DM
-	2.000,00 DM
-	3.000,00 DM
	<hr/>
	25.000,00 DM

FINANZBERICHT FÜR DAS JAHR 1990

Bestand am 31.12.1989	34.649,10 DM
Einnahmen gesamt 1990	84.113,40 DM
Ausgaben gesamt 1990	101.545,01 DM
Bestand am 31.12.1990	17.217,49 DM

Kontostände Ende 1990	
Postgirokonto-Nr. 4938 77-307	5.743,00 DM
EKK-Girokonto-Nr. 000 0625175	11.474,49 DM
	17.217,49 DM

HAUSHALTSVOLLZUG 1990

1) EINNAHMEN	
Spenden	30.573,00 DM
Zinsen	161,95 DM
Kollekten	228,01 DM
Personalkostenzuschuß Arbeitsamt für ABM (Wiebke Stute)	24.561,00 DM
Personalkostenzuschuß Arbeitsamt für ABM (Rainer Ulfers)	14.997,00 DM
Rückerstattungen	1147,48 DM
EKK-Festgeld-Zugewinn	1004,96 DM
Rückerstattung ALI Königslutter	8.000,00 DM
Einzahlungen der Theologiestudenten	3.440,00 DM
Einnahmen gesamt	84.113,40 DM
2) Bestand am 31.12.1989	34.649,10 DM
3) Einnahmen und Bestand	118.762,50 DM
4) AUSGABEN	
Personalkosten ABM (Wiebke Stute)	22.184,13 DM
Personalkosten ABM (Rainer Ulfers)	22.019,65 DM
Fahrtkosten W. Stute	1.424,60 DM
Fahrtkosten R. Ulfers	276,56 DM
Fahrtkosten Vorstand	270,72 DM
Verwaltung	2.294,03 DM
Fehlbuchungen (s. Rückerstattungen)	1.075,32 DM
Projekte (gesamt 52.000 DM)	
Propsteistelle Ilsabe Schwarz	20.000,00 DM
Lehdorfer Jugendwerkstatt (davon 10.000 DM als Darlehen)	16.000,00 DM
Die Wegsteckar	7.000,00 DM
b.i.f.f.	2.000,00 DM
Ökum. Arbeitslosenini SZ-Bad	2.000,00 DM
hubeta e.V.	5.000,00 DM
Ausgaben gesamt	101.545,01 DM
5) Bestand am 31.12.1990	17.217,49 DM
abzgl. Einzahlungen der Theologiestudenten	3.440,00 DM
	13.777,49 DM

VEREIN FÜR ARBEITSLÖSE UND SOZIALHILFEEMPFÄNGER E.V.
(SOZIALE SCHULDNERBERATUNG)

Mitglied im
Deutschen
Paritätischen
Wohlfahrtsverband
Niedersachsen



Kommißstraße 5, 3340 Wolfenbüttel
Tel. 05331/2 64 29 II. Stock

Postgiroamt Hannover
BLZ 250 100 30
Kto.-Nr. 223 60-306

Aktion
Arbeitslosenabgabe
z. Hd. Herrn Rainer Ulfers
Wichernhaus
David-Mansfeld-Weg 8
3300 Braunschweig

Wolfenbüttel, 11.01.1991

Sehr geehrte Damen und Herren,
der Verein für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger e. V., Wolfenbüttel
besteht seit dem Jahre 1987, er ist aus einer Selbsthilfegruppe hervor-
gegangen.

Neben der Sozialberatung gehört seit dem 16. Oktober 1989 eine soziale
Schuldnerberatung zu unserem Aufgabenbereich.

Unsere Angebote gliedern sich folgendermaßen:

Wir sind Gesprächspartner bei sozialen und privaten Problemen, wir
geben Hilfesuchenden Informationen über zustehende Sozialleistungen
und Ansprüche gegenüber dem Arbeitsamt, wir begleiten Klienten bei
Behördengängen und helfen verschuldeten Einzelpersonen und Familien,
wo finanzielle Sorgen und aussichtslos erscheinende Überschuldung
zum Mittelpunkt einer Familienproblematik geworden sind. Unsere
Beratung ist kostenlos.

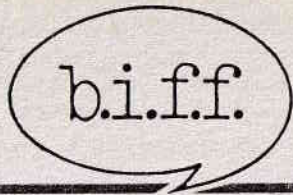
Der Verein beschäftigt seit Oktober 89 einen Dipl. Sozialarbeiter -
pädagogen und halbtags eine Bürokräft. Beide Stellen werden im Rahmen
einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme vom Arbeitsamt mit 90 % gefördert.

Da unsere Mittel für das Haushaltsjahr 1991 sehr begrenzt sind, erbitten
wir von Ihnen eine finanzielle Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

i. V.
H. Lange

Anlage:
Konzeption der Schuldnerberatung
Haushaltsplan 1991



Biff - Borsigstraße 3 - 3300 Braunschweig

Braunschweig, 06.02.1991

An die
Aktion Arbeitslosenabgabe e. V.
David-Mansfield-Weg 8
3300 Braunschweig

Betrifft: Antrag an die Aktion Arbeitslosenabgabe e. V.

Sehr geehrte Damen und Herren!

In Verbindung mit unserem Werkstattausbau hat sich unser Verein im letzten Jahr sehr vergrößert. Biff bietet mittlerweile zwölf bisher Arbeitslosen bzw. Sozialhilfeempfängern einen Arbeitsplatz. Unsere soziale Projektarbeit wird in den sozialen Institutionen Braunschweigs und Umgebung immer mehr geschätzt und verlangt. Dies freut uns und stärkt unsere Überzeugung, auf dem richtigen Weg zu sein und weiterzumachen, verbessert aber nicht erheblich unsere finanzielle Situation. Daß gute Arbeit auch ihren Preis hat, ist im sozialen Bereich nicht selbstverständlich. Wir arbeiten zur Zeit sowohl an unserem Selbstbewußtsein diesbezüglich als auch an der Einstellung der Institutionen, denen wir unsere Arbeit zur Verfügung stellen. Natürlich sind uns dabei auch Grenzen gesetzt. Es geht daher im Moment darum, einerseits den Wert unserer Arbeit darzustellen und andererseits zu erproben, wieviel Geld soziale Einrichtungen dafür bezahlen können, bzw. wieviel sie bereit sind zu zahlen.

Im letzten Jahr ergab sich aus unserer Arbeit die dringende Notwendigkeit, unsere Werkstatt als Arbeitsort gegen Einbruch, Feuer usw. zu versichern, unsere Mitarbeiter bei Arbeitsunfällen abzusichern und unser Risiko bezüglich der Gefahrenquellen, die durch unsere Produkte entstehen gering zu halten. Dies bedeutet für unseren Verein zusätzliche, nicht vermeidbare Kosten, die weder über Leistungen vom Arbeits- und Sozialamt noch über Zuschüsse der Bezirksregierung getragen werden können. Es folgt eine genaue Aufstellung dieser Kosten:

- Jahresbeitrag für die Berufsgenossenschaft. Für 14 Arbeitnehmer im Jahr 1990 mit einem Gesamtarbeitsentgelt von 335000,- DM beträgt dieser Beitrag mindestens 1600,- DM (1989 für vier Arbeitnehmer mit einem Gesamtarbeitsentgelt von 143000,- DM betrug der Beitrag 821,- DM)
- Jahresbeitrag zur Haftpflichtversicherung für 1991 deckend für die Bereiche "Seminar- und Projektarbeit", "Holzbearbeitung" und "Bearbeitungsschäden" (siehe Anlage dazu) über 642,50 DM
- Jahresbeitrag zur Geschäftsversicherung gegen Feuer, Einbruch und Diebstahl für 1991 über 275,30 DM (siehe Anlage)

Es entstehen für uns insgesamt Kosten von mindestens 2500,- DM. Wir möchten Sie bitten, uns bei der Finanzierung dieser Versicherungsbeiträge zu unterstützen, zumal der Versicherungsschutz den Weiterbestand unserer Projektarbeit und letztendlich unserer Arbeitsplätze gewährleistet. Da wir Ihnen gern auch unsere Arbeit in der Projektwerkstatt vorstellen möchten, laden wir Sie ein, uns in der Borsigstraße zu besuchen. Eventuelle Fragen zu unserem Konzept, Zukunftsplanung usw., die Sie bezüglich unseres Antrages noch mit uns klären möchten, könnten wir dann auch beantworten.

Wir hoffen auf Ihre Unterstützung und freuen uns auf Ihre Antwort!

Mit freundlichen Grüßen

St. Huke-Patzelt

i. A. Stefanie Huke-Patzelt,
Dipl.-Sozialpädagogin

**KONZEPTIONELLE ÜBERLEGUNGEN FÜR
GEMEINDEORIENTIERTE BERATUNGS- UND BETREUUNGSANGEBOTE
FÜR
SCHWER- UND SCHWERSTVERMITTELBARE LANGZEITARBEITSLÖSE
BEI EVANGELISCHEN KIRCHENGEMEINDEN
IN DER STADT BRAUNSCHWEIG**

Ausgangssituation

Die Wirtschaft in den alten Bundesländern der BRD scheint die Talsohle der Wirtschaftskrise überwunden zu haben. Vierzehn Jahre steigende bzw. hohe Arbeitslosigkeit (von 1974 bis 1988) haben die Gesellschaft nachhaltig verändert. Am Rande der Gesellschaft entstanden verschiedene Gruppen mit ungewissen bzw. ungesicherten Lebensperspektiven. In diesen Jahren hat sich Massenarbeitslosigkeit als sozialer Tatbestand manifestiert.

Auch das nunmehr anhaltende Wirtschaftswachstum hat nicht zur Verringerung der Massenarbeitslosigkeit beigetragen.

Es zeigt sich, daß die Gruppe der Langzeitarbeitslosen von der verbesserten Beschäftigungsentwicklung völlig abgekoppelt ist. (Selbst in Ballungszentren mit relativ guter Arbeitsmarktsituation hat sich das Phänomen Langzeitarbeitslosigkeit verhärtet.)

Auch in der Region Braunschweig ist die Arbeitslosenquote unverändert hoch.

Obwohl durch die verbesserte Konjunkturlage im Vergleich zu den Vorjahren eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage zu verzeichnen ist, liegt die Arbeitslosenquote für 1990 im Bereich des Arbeitsamtsbezirks Braunschweig um ca. 50% über dem Bundesdurchschnitt. Im Jahresdurchschnitt 1990 waren hier 21167 Erwerbslose registriert.

Vor allem für Arbeitssuchende mit geringem Qualifizierungsniveau werden die Vermittlungschancen immer schlechter.

So waren von 100 Arbeitslosen 43 ohne abgeschlossene Ausbildung, 31 waren länger als 1 Jahr arbeitslos, 25 waren gesundheitlich beeinträchtigt, 21 waren über 55 Jahre alt (Mehrfachnennungen möglich; aus: Daten zum Arbeitsmarkt, Ausgabe 1991, Arbeitsamt Braunschweig).

Zielgruppe

Wenn von Langzeitarbeitslosigkeit gesprochen wird, so sind üblicherweise die Personen gemeint, die ein Jahr und länger ununterbrochen ohne Beschäftigung sind. Zu diesem Kreis muß man aber im weiteren Sinn auch Personen rechnen, die in den letzten Jahren immer wieder länger arbeitslos waren, deren Arbeitslosigkeit nur von Zeiten kurzer Beschäftigung unterbrochen waren. Die Arbeitsmarktstatistik zeigt lediglich die Untergrenze des Gesamtproblems auf, da in ihrer Statistik die Mehrfacharbeitslosen als Langzeitarbeitslose nicht in Erscheinung treten.

Zu den sozialen Gruppen, die von langfristiger Arbeitslosigkeit besonders betroffen sind, zählen vor allem:

- ältere Arbeitnehmer, die besonders im industriellen Bereich unter den Konkurrenzdruck von jüngeren Arbeitskräften geraten und die dem Tempo der Produktion und den neuen Techniken aufgrund ihres Alters, Ausbildungs- und Gesundheitszustandes nicht mehr gewachsen sind,
- Frauen, die teilweise ohne berufliche Qualifizierung, zum Teil aber auch trotz qualifizierter beruflicher Abschlüsse wegen Erziehung der Kinder auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt bleiben,
- (ungelernte) Ausländer, insbesondere mit Sprachschwierigkeiten und Bildungsdefiziten, die ohne Arbeitsnachweis zusätzlich noch oft von Ausweisung bedroht sind und
- junge Erwachsene, die entweder nach beendeter schulischer Ausbildung nicht in eine berufliche Tätigkeit bzw. Ausbildung einmünden oder die nach einer beruflichen Ausbildung längerfristig kein Beschäftigungsverhältnis finden.

Diese Einteilung der Langzeitarbeitslosen in verschiedene Gruppen kann allerdings nur ein Versuch bleiben, dem Problem näherzukommen.

Es hat sich gezeigt, daß der Langzeitarbeitslosigkeit mit den herkömmlichen Möglichkeiten des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) nicht zu begegnen ist; es ist nicht gelungen mit diesen Mitteln (z. B. Fortbildung und Umschulung) die "Problemgruppen des Arbeitsmarktes" zu erreichen.

Dieser Tatsache wurde auch bei der Entwicklung des Programms **Förderung von "Maßnahmen für besonders beeinträchtigte Langzeitarbeitslose und weitere schwerstvermittelbare Arbeitslose"** (250 Mio-Programm) und hier insbesondere bei den Änderungen Rechnung getragen.

Es wurde erkannt, daß die Problematik von Langzeitarbeitslosen über das "Fehlen von Arbeit" hinausgeht.

In den herkömmlichen Maßnahmen des Arbeitsamtes wurde die psychosoziale Situation von Langzeitarbeitslosen kaum bzw. gar nicht berücksichtigt.

Was macht nun die psycho-soziale Situation von Langzeitarbeitslosen aus ?

Grundsätzlich kann man davon ausgehen, daß der "Besitz von Arbeit" in unserer Leistungsgesellschaft einen hohen Stellenwert hat und viele Menschen sich über ihre Arbeit definieren. Hinzu kommt, daß vielfach Arbeitslosigkeit als individuelles Problem betrachtet wird.

Die Folge kann sein, daß bei Verlust des Arbeitsplatzes das Selbstvertrauen oft schwindet und je länger der Mensch arbeitslos ist, das Selbstbewußtsein immer geringer wird.

Eine weitere Auswirkung ist, daß vielfach die sozialen Kontakte nachlassen (z. B. der Kontakt zu ehemaligen Kollegen), aber auch die Fähigkeit, neue Kontakte aufzunehmen, geht aufgrund des geringen Selbstbewußtseins teilweise verloren.

Eine weitere Folge von Arbeitslosigkeit ist die materielle Verarmung, hohe Verschuldung und, was in der letzten Zeit immer stär-

ker wird, drohende oder schon existierende Obdachlosigkeit.

Die materielle Verarmung verhindert zusätzlich teilweise die Teilnahme an vielen kulturellen Veranstaltungen; bei der ständig steigenden Konsumorientiertheit führt die finanzielle Not zusätzlich zu weiterer Stigmatisierung.

Als Reaktion auf diese gesellschaftlichen Umstände antworten viele Menschen mit der Flucht in Süchte (Alkohol-, Drogen-, Medikamenten-, Magersucht), auch psychische Erkrankungen tauchen vermehrt auf.

Dies ist dann der Beginn eines Teufelskreises, da die beschriebenen Folgen ihrerseits wieder die Chancen einer Arbeitsaufnahme verringern.

Es gibt von seiten der Arbeitsverwaltung einen Katalog von Möglichkeiten, die Wiedereingliederung der Arbeitslosen ins Erwerbsleben zu ermöglichen.

Diese Möglichkeiten sind aber bei dem Personenkreis mit den oben beschriebenen psycho-sozialen Folgen nicht anwendbar. Hier ist zuerst eine eingehende Betreuung und Stabilisierung nötig, bevor überhaupt eine berufliche Perspektive eröffnet werden kann und z. B. eine Fortbildungs- oder Umschulungsmaßnahme aufgenommen werden kann.

Gemeindeorientierte Beratungs- und Betreuungsangebote für schwer- und schwerstvermittelbare Langzeitarbeitslose

Ziel der Maßnahme

Das Ziel der Maßnahme soll die **berufliche Wiedereingliederung**, zumindest aber die **Verbesserung der Vermittlungsaussichten** der Teilnehmer, oder auch die Vorbereitung zur Teilnahme an einer **Beschäftigungs- bzw. Qualifizierungsmaßnahme** sein.

Arbeitsweise

Entscheidend für den dem Konzept zugrundeliegenden Beratungsansatz ist, daß die Beratung und Betreuung in dem Lebensraum des/der Arbeitslosen, d.h. gemeindenah bzw. stadtteilorientiert, durchgeführt werden soll.

Vorgesehen ist die Bildung von festen Arbeitslosengruppen in Anbindung an folgende Kirchengemeinden:

- Weststadt
- Kreuzgemeinde Lehdorf
- St. Michaelis (Hugo-Luther-Str., Jahnstr.)
- St. Trinitatis (Rühme mit Veltenhof)
- St. Georg (Siegfriedviertel)
- St. Matthäus/St. Pauli (östl. Ringgebiet)

Die jeweils 12 Klienten umfassenden Gruppen werden von je einer sozialpädagogischen Fachkraft betreut.

Die Beratung und Betreuung soll ganzheitlich durchgeführt werden, d.h., daß der Klient mit seiner ganzen Problematik (wie z.B. Arbeitslosigkeit, Alkoholabhängigkeit, hohe Verschuldung, familiäre Probleme) angenommen wird.

Die angestrebte Stabilisierung setzt eine langfristig angelegte Gruppenarbeit, aber auch intensive Einzelarbeit voraus.

In der **Einzelarbeit** geht es vorrangig darum, die individuellen Problematiken der Klienten herauszufinden, gemeinsam die individuellen Neigungen und Interessen in Bezug auf eine Berufs- oder Beschäftigungsfindung herauszuarbeiten, motivationsfördernd zu wirken, sowie das Selbstbewußtsein und Selbstwertgefühl der Betroffenen zu unterstützen.

Hierbei sollte möglichst auch das nähere Umfeld der Betroffenen (wie z.B. Partner, Familie) mit einbezogen werden.

Die **Einzelarbeit** umfasst:

- Einzelgespräche
- Hausbesuche
- Weitervermittlung in andere Einrichtungen (z.B. Drogenberatung)

Die parallel dazu durchgeführte **Gruppenarbeit** hat folgende Schwerpunkte:

- Förderung der Kontaktfähigkeit
- Vertrautmachen mit verschiedenen Beratungseinrichtungen und Institutionen
- sich gemeinsam über Möglichkeiten der Arbeitssuche zu informieren
- Bewerbungstraining (Schreiben von Bewerbungen, Vorstellungsgespräche im Rollenspiel)
- Planung und Durchführung von Freizeitaktivitäten (hierbei sollten neue bzw. alternative Formen der Freizeitgestaltung im Vordergrund stehen)

Verfahrensgrundsätze

Die Betroffenen kommen auf Vorschlag und/oder Beratung des Arbeitsamtes (u.U. auch des Sozialamtes) auf freiwilliger Basis. Parallel dazu wird in den einzelnen Gemeinden für diese Maßnahmen geworben (z.B. im Gemeindebrief).

Die Teilnahme an der Maßnahme und der Leistungsbezug sind voneinander unabhängig. Es ist jederzeit möglich, aus der Maßnahme heraus eine Qualifizierungsmaßnahme, Fortbildung, Umschulung oder eine Arbeitsaufnahme zu beginnen.

Um die Arbeit in regionale Zusammenhänge einzubinden, d.h. bestehende Beratungsangebote zu nutzen und darüber hinaus eine Begleitung der Gruppen zu gewährleisten, bedarf es einer **Koordination** der einzelnen Gruppen.

Für diesen Zweck wird von der Propstei Braunschweig eine Stelle zur Koordination dieser Maßnahmen eingerichtet.

Die Aufgaben dieser Stelle sind:

- Koordination der einzelnen Gruppen in Hinblick z.B. auf gemeinsame Planung von Aktivitäten

- Öffentlichkeitsarbeit (Bewußtseinsbildung und Information in Kirchengemeinden, um mehr Verständnis für die Situation der Betroffenen zu erreichen)
- Wahrnehmung der Kontakte zum Arbeitsamt, zu anderen kirchlichen und nichtkirchlichen Einrichtungen
- Erfahrungsaustausch für die einzelnen Sozialbetreuer anbieten
- Kontaktpflege mit anderen Beratungseinrichtungen und Selbsthilfegruppen
- Zeitlich begrenzte Begleitung beim Aufbau ähnlicher Gruppen in anderen Propsteien (im Arbeitsamtsbezirk Braunschweig mit Nebenstellen)
- Auswertung der Maßnahmen

Beirat

Zur weiteren Unterstützung und Zusammenarbeit soll ein Beirat gegründet werden, in den Vertreter verschiedener Institutionen auf örtlicher Ebene durch beratende und begleitende Tätigkeiten das gesamte Projekt mittragen.

Schlußbemerkungen

Zu den konzeptionellen Überlegungen ist anzumerken, daß ein derartiges Projekt niemals die Lösung der Langzeitarbeitslosigkeit sein kann.

Es ist eine Möglichkeit, die Situation Langzeitarbeitsloser zu verbessern und ihnen ein adäquates Beratungs- und Betreuungsangebot zu bieten.

Die wirtschaftlichen Gründen für eine seit Jahren fast gleichbleibend hohe Zahl von Langzeitarbeitslosen sowie die Dynamik des permanenten ökonomischen und technologischen Wandels, die für die Entstehung von Arbeitslosigkeit eine Ursache darstellt, kann in einem derartigen Konzept kaum Berücksichtigung finden. Allerdings sind wir der Auffassung, daß ohne grundlegende Veränderungen auf diesem Gebiet, besonders auch im Hinblick auf die Entwicklung in der ehemaligen DDR und der Veränderungen durch den Europäischen Binnenmarkt, eine wirkliche Lösung des Problems "Langzeitarbeitslosigkeit" nicht geschieht.

- Träger des Projektes könnte auch ein Trägerverbund sein

Insgesamt würde das Arbeitsamt Braunschweig das ins Auge gefaßte Projekt und seine Förderung über das "250-Mio-Programm" unterstützen. Eine Konkretisierung der Konzettion in bezug auf den Personenkreis (Zahlen, Erreichbarkeit) ist notwendig, um den Antrag auch bewilligt zu bekommen.

Braunschweig, den 22.05.91

Jander

22.05.91 / Gespräch mit Vertretern des Arbeitsamtes Braunschweig zur Förderung eines Projektes zur Betreuung Langzeitarbeitsloser über das "250-Mio-Programm" der Bundesanstalt für Arbeit

Gesprächsteilnehmer:

Herr Rode (Abschnittsleiter Arbeitsamt Braunschweig)

Frau Heller (Sachgebietsleiterin, zuständig für das Programm)

Herr Ulfers (Aktion Arbeitslosen-Abgabe Braunschweig)

Herr Zander (Diakonisches Werk Braunschweig)

Grundlage des Gespräches bildete das Papier "Konzeptinelle Überlegungen für gemeindeorientierte Beratungs- und Betreuungsangebote für schwer- und schwerstvermittelbare Langzeitarbeitslose bei Evangelischen Kirchengemeinden in Braunschweig".

Die Idee des Projektes wurde nochmals zusammenfassend dargestellt. Dabei wurde auf Erfahrungen im Bereich der Arbeit "Neue Armut" kurz verwiesen.

Herr Rode betonte, daß reine soziale Betreuungsmaßnahmen - wie im Konzept vorgesehen - nach wie vor gegenüber Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen nachrangig in bezug auf die Förderung gestellt seien. Ziel des Programmes sei die Integration Langzeitarbeitsloser auf den sog. ersten Arbeitsmarkt. Es wurde aber auch die Wichtigkeit von Betreuungsmaßnahmen festgestellt und das Interesse des Arbeitsamtes an der Förderung des geplanten Projektes signalisiert. Das Projekt wäre das erste seiner Art im Braunschweiger Raum; andere Konzepte liegen bisher nicht vor. Wie bereits in einem Vorgespräch mit Herrn Taxweiler am 07.03.91 wurde erneut die Wichtigkeit der Stabilisierung und Motivation von Langfristerwerbslosen hervorgehoben.

Hauptgegenstand des Gespräches war die Frage, wie sich ein solches Konzept - insbesondere gegenüber den entscheidenden Instanzen (Verwaltungsausschuß und Landesarbeitsamt) - realisieren läßt. Hier müßten bereits im Vorfeld der Antragstellung folgende Fragen genauer geklärt werden:

- die Zielgruppe, d.h. die zu betreuenden Personen, müßten genauer erfaßt werden. Gemeint ist dabei zum einen die Art der vermittlungshemmenden Kriterien, zum anderen die Zahl der in Frage kommenden Langzeitarbeitslosen. In Braunschweig gibt es etwa 8.000 Langzeitarbeitslose. Das Arbeitsamt kann aber ihre Herkunft in bezug auf einzelne Gemeinden nicht aufschlüsseln. Auch diesbezüglich müßten genauere Voruntersuchungen durchgeführt werden (z.B. im Rahmen einer ABM; Gespräche mit Kirchengemeinden, Selbsthilfegruppen, Sozialamt/ HZA, anderen Einrichtungen und Maßnahmen, die sich mittel- oder unmittelbar an die Zielgruppe wenden).
- das Arbeitsamt würde an der Eingrenzung der Zielgruppe mitwirken, z.B. in einem größeren Gesprächskreis mit Vermittlern, die viele Langzeitarbeitslose haben.
- aus dem Konzept muß deutlich hervorgehen, weshalb das Projekt / die Betreuung nicht über ABM-Stellen erfolgen soll. Das ABM-Antragsverfahren ist abwicklungsmäßig wesentlich einfacher als die Antragstellung über das "250-Mio-Programm". Der Verwaltungsausschuß könnte möglicherweise nahelegen, deshalb mit ABM "zu fahren". Die Abgrenzung zu bisher üblichen ABM-Inhalten (z.B. Betreuung von Arbeitslosengruppen) wäre deshalb notwendig. Hierzu wäre wiederum eine genauere Eingrenzung der Zielgruppe erforderlich.
- die Erfassung der Problemgruppe könnte in einer Vorlaufphase stattfinden: des gleichen auch die Festlegung der räumlichen Schwerpunkte.
- der Antrag sollte spätestens Anfang August dem Verwaltungsausschuß vorgelegt werden. Bis dahin müßten die o.a. Fragen geklärt werden und in ein Konzept gefaßt werden.

VORSTANDSSITZUNG AAA vom 19.03.1991

Anwesend: Schöning, Steen, Binder, Brzoska, Ulfers

1) Verlängerung der ABM "Ulfers"

Ansprechpartner für das Arbeitsamt ist Frau Schöning;

Der Vorstand stimmt dem Antrag auf Höhergruppierung (IVb) zu.

2) Neue Armut-Weststadt (hier: ABM-Stelle "Dierks")

Fr. Schöning schlägt vor, einen Brief an die Landeskirche zu schreiben (mit dem Vorschlag), die Weststadt-Stelle für 5 Jahre mit je 3000.- DM zu fördern, wenn die Landeskirche diese Stelle für 5 Jahre absichert.

Der Brief wird von Fr. Schöning/Ulfers geschrieben.

3) Spendenfonds

Hr. Binder berichtet vom Gespräch mit Herrn Grefe; dieser ist der Auffassung, daß man nur über eine Änderung des Spendenfonds-Gesetzes Gelder dieses "Topfes" für andere Stellen nutzen kann. Ulfers/Steen kümmern sich um Informationen über die Praxis mit dem Spendenfonds (bzw. Beschäftigungsfonds) der Landeskirche Han. Hr. Steen schreibt einen Antrag an die Landessynode auf Änderung des Spendenfonds-Gesetzes.

Hr. Brzoska wendet sich an Hr. Kuessner bzgl. Anfrage in der Landessynode zum Spendenfonds-Gesetz.

4) Ulfers berichtet vom Gespräch mit dem Arbeitsamt (250-Mill-Progr.) und schildert die Überlegungen, hier vielleicht eine Konzeption zu Betreuungsmaßnahmen zu erstellen (in Zusammenarbeit mit Zander-DW, Mey AWQ).

5) Anträge

Antrag b.i.f.f. wird abgelehnt, da sie schon einmal gefördert wurden, außerdem kein originäres Arbeitslosenprojekt.

Antrag "Verein f. Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger Wolfenbüttel" wird zugestimmt und 1500.- bewilligt.

6) Briefe an die Probedienstler werden verschickt (Werbemaßnahme)

NEUER TERMIN VORSTANDSSITZUNG: 23. April 1991, 20.00 Uhr bei Frau Schöning

Ev.-luth. Kreuzgemeinde BS Alt-Lehndorf
Große Str. 13

33 Braunschweig

Braunschweig, 20.2.1991

Selbsthilfe Neue Armut

Kirchenvorstand

An die Aktion Arbeitslosen-Abgabe, Braunschweig

Sehr geehrter Herr Pastor Steen,
sehr geehrter Herr Padel!

Im April werden es 5 Jahre sein, daß in unserer Gemeinde die "Selbsthilfe Neue Armut" gegründet wurde - als eine sozialpädagogisch begleitete, gemeindeintegrierte Soziale Selbsthilfegruppe von Angehöriger der "Neuen Armut".

Seit dieser Zeit haben wir angefangen, aufeinander zuzugehen, voneinander zu lernen, füreinander dazusein und gemeinsam in Kirche und Gesellschaft für eine Zukunft einzutreten, in der es Ausgrenzung, politisch bedingte Armut und Ungerechtigkeit nicht mehr gibt.

5 Jahre sind für eine solche Arbeit eine lange Zeit, in der wir uns mit vielen Problemen auseinandersetzen mußten und in der wir viele neue Erfahrungen machen konnten. Als Gemeinde und als Selbsthilfegruppe haben wir uns dabei verändert; in der Öffentlichkeit konnten wir mit Unterstützung anderer manches erreichen (vor allem mit Unterstützung der Propstei Braunschweig, der Stadt Braunschweig, der "Aktion Arbeitslosenabgabe", der Weststadt- und der Wicherngemeinde, sowie vieler Einzelpersonen).

Am Sonntag, dem 5. Mai wollen wir das 5-jährige Jubiläum unserer Arbeit feiern - und wir laden Sie dazu herzlich ein, bzw. auch weitere Vertreter Ihrer Institution bzw. Einrichtung.

Folgender Ablauf des Tages ist geplant:

10,00 Uhr: Gottesdienst in der Kreuzkirche (Große Str. 13)

mitgestaltet von der "Selbsthilfe Neue Armut", die außerdem eine Ausstellung über ihre Arbeit in der Kirche einrichten wird. Zugang ab 9,30 Uhr. -

Anschließend in der Kirche:

Grußworte und Stellungnahmen zum Problem der "Neuen Armut" und unserer Arbeit - nach Absprache mit uns.

Danach: Begegnung und Gespräch bei einem einfachen Imbiß im Pfarrhaus gegenüber der Kirche. -

Bitte lassen Sie uns bis zum 25. April wissen, ob wir mit Ihrem Kommen rechnen können, bzw. mit dem Erscheinen weiterer Vertreter Ihrer Institution oder Einrichtung.

Mit freundlichem Gruß,

Für die "Selbsthilfe Neue Armut"

Für den Kirchenvorstand

i. A. Schwarz



**ERFAHRUNGSBERICHT
zur ABM Nr. 148/90/211**

(Weiterentwicklung und Verbesserung der Information über Hilfs-
konzeptionen für die Arbeit mit Erwerbslosen)

Name der ABM-Kraft: **Rainer Ulfers**
Träger der ABM: **Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig
e.V., David-Mansfeld-Weg 8, 3300
Braunschweig**
Beginn der Maßnahme: **23. Juli 1990**

In der Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig e.V. (AAA) haben sich kirchliche Mitarbeiter und Gemeindemitglieder aus dem Bereich der evangelischen Landeskirche Braunschweig zusammengeschlossen, um den Gedanken zu fördern, daß Gemeinden und Mitarbeiter Arbeit und Geld teilen, um Arbeitslosen Anteil an einer gerechteren Aufteilung vorhandener Arbeit zu geben. Aus diesem Grund unterstützt die AAA finanziell Projekte und Initiativen, in denen für Arbeitslose bezahlte Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden oder in denen für Arbeitslose Möglichkeiten bestehen, sich mit ihrer Situation auseinanderzusetzen und ihnen helfen, die ungewollte Isolation zu überwinden.

Zu Beginn meiner Tätigkeit stand die Kontaktaufnahme mit den von der AAA unterstützten Projekten wie "Neue Armut" Lehdorf, Ökumenische Arbeitsloseninitiative SZ-Bad, Hubeta e.V., Lehdorfer Jugendwerkstatt "Alte Ziegelei", "Die Wegstecker", Braunschweiger Institut für Fortbildung und Fachberatung e.V., Kinderspielkreise an St. Matthäus, mondo X.

Vorrangig ging es darum, die Projekte kennenzulernen und die Hauptprobleme der Einrichtungen zu erfassen. Eines der größten Probleme aller Projekte ist die Frage der Weiterfinanzierung ihrer Arbeit und die Schwierigkeit, sich neben der alltäglichen Arbeit noch auf regionaler und überregionaler Ebene zu informieren, auszutauschen und zu organisieren.

Die Intensivierung und Fortführung der nachfolgend aufgeführten Gremienarbeit war deshalb ein weiterer Arbeitsschwerpunkt. Beispielshaft zu nennen sind:

- ZEPRA (Landesarbeitsgemeinschaft der Arbeitslosenprojekte für Erwachsene in Niedersachsen)
- Regionaltreffen der Arbeitsloseninitiativen im südlichen Niedersachsen
- Landesarbeitskreis (LAK) Berufsnot junger Menschen.

Die hier gewonnenen Informationen und Anregungen habe ich dann direkt in die Projekte getragen oder aber im Arbeitskreis "Arbeitslosigkeit in Braunschweig und Umgebung" zur Diskussion

gestellt, in dem eine Vielzahl von Initiativen und Projekten aus dem Braunschweiger Raum vertreten sind.

Der Arbeitskreis hat sich zur Aufgabe gemacht, in regelmäßigen Sitzungen gemeinsame Probleme zu erörtern und entsprechende Lösungsstrategien zur Verbesserung der Situation arbeitsloser Menschen in der Region zu entwickeln und umzusetzen.

Zur Zeit arbeite ich mit Kollegen/-innen aus anderen Projekten in diesem Arbeitskreis an der Idee, einen Leitfaden für Arbeitslose (Übersicht über Angebote für Arbeitslose im Braunschweiger Raum, Auflistung aller Arbeitsloseninitiativen und -projekte) zu erstellen.

Seit März 1991 bin ich außerdem als Vertreter der Region Braunschweig im ZEPRA-Vorstand.

Ein weiterer Schwerpunkt meiner Arbeit ist die Planung und Durchführung von Veranstaltungen zur Thematik "Arbeitslosigkeit". Besonders zu erwähnen ist hier die Veranstaltung mit Dipl. Volkswirt Jürgen Espenhorst vom Sozialamt der Ev. Kirche in Westfalen (Haus Villigst) zum Thema "Langzeitarbeitslosigkeit ein Dauerproblem?".

Diese Veranstaltung führte zu verschiedenen Folgetreffen und angeregten und konstruktiven Überlegungen, wie man die Situation langzeitarbeitsloser Menschen verbessern kann.

Aufgrund meiner Initiative ist die Aktion Arbeitslosen-Abgabe an der Vorbereitung der zum Thema "Neue Armut" an der Fachhochschule für Sozialwesen in Braunschweig stattfindenden Hochschultage beteiligt.

Durch meine Teilnahme an verschiedenen Seminaren war es mir möglich, die Projekte und Initiativen im Raum Braunschweig über neue Aspekte der Arbeitslosenarbeit zu informieren.

Erwähnt werden sollen hier zwei Seminare:

- das sozialhilferechtliche Fortbildungsseminar des **Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt** der ev-luth. Landeskirche Hannover
- die **ZEPRA-Jahrestagung** zum Thema "Zukunftswerkstatt: Arbeitslosenprojekte - neue Formen sozialer Arbeit"

Meine Kontakte zu den verschiedenen Arbeitslosenprojekten in der Region aber auch meine Auseinandersetzungen und Diskussionen in den verschiedenen regionalen und überregionalen Gremien haben mein Augenmerk besonders auf die Probleme der Menschen gerichtet, die seit langer Zeit arbeitslos sind; hier ist besonders auffällig, daß sich die Probleme dieser Menschen in den letzten Jahren stark verändert haben.

Während früher die primären Folgen der Arbeitslosigkeit (Arbeitsplatzverlust, Einkommensverlust) in der Arbeit mit Arbeitslosen im Vordergrund standen, treten mittlerweile die sekundären Folgen im psychosozialen Bereich wie Alkoholismus, Drogen- und Medikamentenabhängigkeit, psychische Erkrankungen und ähnliches

immer stärker hervor.

Das heißt auch, daß viele Projekte für Langzeitarbeitslose Unterstützung in der konzeptionellen Neuausrichtung benötigen und neue Projekte für o. g. Problembereich eingerichtet werden müssen.

Zur Zeit arbeite ich mit verschiedenen in diesem Bereich tätigen Kollegen und Kolleginnen an der Entwicklung einer Konzeption für ein Betreuungs- und Beschäftigungsprojekt für Langzeitarbeitslose, wobei besonders die o. g. Veränderungen der Probleme dieses Klientels Berücksichtigung finden sollen.

Es ist aus meiner Sicht mehr als wünschenswert die ABM zu verlängern, damit meine begonnene Arbeit in den verschiedenen Gremien und Projekten weitergeführt werden kann.

Rainer Wlfer

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir freuen uns, daß Sie nun auch in den Probendienst der Landeskirche übernommen worden sind und Ihnen somit nicht wie vielen anderen Ihrer Generation das Schicksal der Arbeitslosigkeit bevorsteht.

Allerdings sehen die Berufschancen nicht für alle Menschen so rosig aus; nicht nur in der ehemaligen DDR sondern auch in den alten Bundesländern ist die Arbeitslosigkeit noch immer ein großes Problem.

Deshalb bitten wir Sie, sich mit der von kirchlichen Mitarbeitern und Gemeindegliedern getragenen **Aktion Arbeitslosen-Abgabe** zu solidarisieren.

Hierbei freuen wir uns sowohl über eine aktive Mitarbeit als auch über eine finanzielle Unterstützung unserer Arbeit.

Die **Aktion Arbeitslosen-Abgabe** hat ein jährliches Spendenaufkommen von ca. 30.000 DM.

Im Jahr 1990 wurden folgende Projekte und Initiativen von uns unterstützt:

- Selbsthilfegruppe "Neue Armut" Lehdorf
- Arbeitslosenselbsthilfeverein "Die Wegstecker"
- Lehdorfer Jugendwerkstatt "Alte Ziegelei"
- Braunschweiger Institut für Fortbildung und Fachberatung (b.i.f.f.)
- Hubeta e.V. (Hilfe und Betreuung ambulant)
- Ökumenische Arbeitsloseninitiative Salzgitter-Bad

Wenn Sie noch weitere Fragen zur **Aktion Arbeitslosen-Abgabe** haben, können Sie sich gerne an Herrn Ulfers im Büro der AAA (Tel. 51762) oder an eines der Vorstandsmitglieder wenden.

Mit freundlichen Grüßen

Friedenszentrum Braunschweig e.V.

Goslarsche Str. 93 · 3300 Braunschweig

0531 / 893033



Aktion Arbeitslosenabgabe (Wichernhaus)
Geschäftsstelle, z. Hd. Herrn Ulfers
M.-Mensfeld-Weg 8
3300 Braunschweig

Postgiroamt Hannover
Sonderkonto 123 87-305
Frieder Schöbel

25. 5. 91

Sehr geehrte Damen und Herren,

Das Friedenszentrum Braunschweig e. V. besteht seit vier Jahren und hat seit drei Jahren ABM-Kräfte beschäftigt. 1991 müssen wir zum erstenmal unsere Verwaltungsangestellten selbst finanzieren, da ABM nur für längstens 3 Jahre gewährt wird. Zwar erhalten wir von der Stadt einen Zuschuß. Dieser reicht jedoch bei weitem nicht aus. Außerdem ist unsere derzeitige ABM-Kraft nur zu 20 % vom Land gefördert.

Bei einem bisher sicheren Einkommen (inklusive Zuschüsse und Spenden) von 35.000 DM benötigen wir aber 50.000 DM allein für das Personal.

Wir möchten Sie daher um einen Zuschuß bitten. Eine bestimmte Summe möchten wir nicht nennen; jede Unterstützung wäre uns sehr willkommen und würde Arbeitsplätze sichern.

Bemerken möchten wir noch, daß unsere Verwaltungsangestellte zudem schwerbehindert und damit schwer vermittelbar ist.

Unsere Finanzen werden besonders ab September knapp sein. Wir wären Ihnen für eine Hilfe sehr dankbar.

Sollte es nicht in Ihren finanziellen Möglichkeiten liegen, dem Braunschweiger Friedenszentrum beizustehen, so bitten wir um rasche Mitteilung. Wir würden uns in diesem Fall dann an die Hannoversche AAA wenden.

Die Hannoversche Gruppe haben die Ehefrau des Unterzeichneten und er selbst 1977 mitgegründet und seit-dem ständig unterstützt, so daß wir uns Hoffnung machen.

Herzlichen Dank für Ihre Bemühungen.
Mit freundlichem Gruß

F. Schöbel
Frieder Schöbel



Vorstandssitzung der AAA vom 27.04.1991, 20.00 Uhr

Anwesend waren: Binder, Schöning, Teichmann, Ulfers

1) Verlängerung der ABM-Stelle

Bezüglich der Verlängerung der ABM-Stelle wird ein Brief an das Arbeitsamt verabschiedet, in dem auf die Bemühungen der AAA hingewiesen wird, die Stelle auch über den Bewilligungszeitraum hinaus finanziell abzusichern.

2) Mitgliederwerbung

Als Reaktion auf den Brief an die Probedienstler hat die AAA bisher ein neues Mitglied gewinnen können (Ina Böhm, Bortfeld). Als neue Initiative zur Mitgliederwerbung ist ein Brief an alle Mitarbeiter/-innen der Landeskirche geplant. Frau Schöning bemüht sich um Namenslisten über den Verein Kirchlicher Mitarbeiter, ansonsten gäbe es noch die Möglichkeiten über LKA, DW, HKD (besorgt R. Ulfers) und über den Stadtkirchenverband (übernimmt Hr. Binder).

3) Mitgliederversammlung

Die für den 15. Mai geplante Mitgliederversammlung wird auf einen Zeitpunkt nach der Urlaubszeit verschoben. Aufgrund der Tatsache, daß z. Zt. zwar viele Dinge angeregt sind, aber noch zu keinen greifbaren Ergebnissen geführt haben (z.B. Änderung des Spendenfondsgesetzes, Konzeption zur Förderung Langzeitarbeitsloser, Verlängerungsantrag der ABM etc.), wäre eine MV zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht.

Die nächste Vorstandssitzung findet am 29. Mai 20.00 (wahrscheinlich bei Hr. Binder in Salzgitter) statt.

4) Spendenfondsgesetz

Herr Steen schreibt einen Brief an den Vorsitzenden der Landessynode bzgl. Änderung des Spendenfondsgesetzes.

5) Antrag des Friedenszentrums

R. Ulfers formuliert einen Brief im Namen des Vorstands, daß z.Zt. kein positiver Bescheid erfolgen kann (wird mit diesem Protokoll verschickt).

6) Verschiedenes

Die AAA hat eine Kollekte über ca. 92,00 DM von der Wicherngemeinde erhalten.

AAA e.V. David-Mansfeld-Weg 8 3300 Braunschweig

David-Mansfeld-Weg 3

3300 Braunschweig

Tel. 0531/51752

Friedenszentrum Braunschweig e. V.
z. Hd. Frieder Schöbel
Goslarsche Straße 93

3300 Braunschweig

Sehr geehrter Herr Schöbel,

bezüglich Ihres Antrages um Bezuschußung des Friedenszentrums können wir Ihnen leider noch keinen positiven Bescheid geben.

Der Vorstand der Aktion Arbeitslosen-Abgabe schätzt die Arbeit des Friedenszentrums; besonders in der heutigen Zeit ist sie notwendiger denn je.

Auch Ihr Bemühen, ABM-Stellen in feste Stellen umzuwandeln, finden wir sehr positiv.

Allerdings sind die finanziellen Möglichkeiten der Aktion Arbeitslosen-Abgabe in diesem Jahr sehr begrenzt. Wir haben jährlich zwischen 20.000 und 30.000 DM zur Unterstützung von Arbeitslosenprojekten zur Verfügung. Aufgrund der Tatsache, daß unser Etat für 1991 schon stark ausgeschöpft ist und wir noch mit einigen Anträgen von Projekten rechnen, ist es uns im Moment nicht möglich, Ihnen eine klare Zusage zu machen; bei der Zuschußvergabe haben Arbeitslosenprojekte natürlich Vorrang.

Wenn überhaupt könnten wir das Friedenszentrum in diesem Jahr nur mit einem Betrag von ca. 1.000 DM unterstützen. Dies können wir allerdings erst im Spätsommer entscheiden.

Aus diesem Grund empfehlen wir Ihnen, sich gleichzeitig an die Hannoversche Aktion Arbeitslosen-Abgabe zu wenden, da deren finanzielle Möglichkeiten weitaus größer als die unseren sind.

Wir bedauern, daß wir Ihnen keine positivere Antwort geben können und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

(Elisabeth Schöning, 2. Vorsitzende)

1. Vorsitzender: H. Steen

2. Vorsitzende: E. Schöning

Postgiroamt Hannover (Blz 250 100 30) 49 38 17-307

SPENDEN AN DIE AKTION SIND STEUERLICH ABSETZBAR.

**Aktion Arbeitslosen-Abgabe
Braunschweig e.V.**

23.04.91

AAA, David-Mansfeld-Weg 8, 3300 Braunschweig, F:51762

An den
Präsidenten der Landessynode
Herrn Gerhard Eckels
Neuer Weg 88-90
3340 Wolfenbüttel

Sehr geehrter Herr Eckels!

Der Vorstand der Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig wendet sich an Sie mit einer dringenden Bitte: Uns beschäftigt nach wie vor die Situation Arbeitsloser in unserer Region sehr. Obwohl sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt teilweise entspannt hat, gibt es noch genügend Fälle, in denen Menschen schon lange Zeit arbeitslos und dazu schwer vermittelbar sind. Gerade Pfarrer und kirchliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen dies in ihrer täglichen Arbeit immer wieder feststellen.

In diesem Zusammenhang ist uns deutlich geworden, daß derzeit Theologinnen und Theologen, Kirchenmusikerinnen und -musiker sowie Diakoninnen und Diakone nicht zu den Arbeitslosen zählen - jedenfalls nicht in unserer Braunschweiger Region.

Wäre es nicht denkbar, daß der Spendenfonds unserer Landeskirche auch die Finanzierung von Stellen im kirchlichen Bereich übernehmen könnte, die nicht für die oben genannten Berufsgruppen bestimmt sind?

Wir denken dabei an arbeitslose Menschen, die in bestimmten Bereichen der Kirchengemeinde oder der Diakonie gut ihren Dienst tun können, aber keine spezielle kirchliche Ausbildung haben. Sie könnten zusätzliche

Vorsitzender: W. Steen, Falkenring 133303 Vechelde F:05302/7271

stv.Vorsitzende: Elisabeth Schöning, Kinzigstr.10,3300 BS F:0531/845598

Konto: Postgiro Hannover 4938 77-307

Die AAA e.V. ist Mitglied des Diakonischen Werkes

Tätigkeiten ausüben, für die sonst keine Zeit ist.

In bestimmten Fällen können für den zusätzlichen Einsatz solcher Kräfte auch Zuschüsse des Arbeitsamtes in Anspruch genommen werden, zum Beispiel aus dem 250-Millionen-Programm. Herr Zander vom Diakonischen Werk - Landesverband - kann hier genauere Auskünfte geben.

Sollten wider Erwarten Theologinnen und Theologen bzw. Kirchenmusikerinnen und Kirchenmusiker oder Diakoninnen und Diakone keine Anstellung finden, so kann das Kuratorium des Spendenfonds rechtzeitig erforderliche Mittel in die Rücklage aufnehmen.

Die rechtlichen Regelungen im Spendenfonds, die bisher eine derartige Vergabep Praxis nicht ermöglichten, könnten entsprechend dem Beschäftigungsfonds der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers -Beschäftigungsfonds-gesetz vom 9. Juli 1984 - gestaltet werden.

Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie dieses Schreiben an die zuständigen Ausschüsse weiterleiten könnten.

Für Gespräche und Überlegungen steht der Vorstand der AAA gern zur Verfügung.

Für den Vorstand
Mit herzlichen Grüßen

Ihr

Wolfgang Steen

*Sehr geehrter Herr Eckels!
Bitte um Rückmeldung!
am Vorstand!
Steen*

EVANGELISCH-LUTHERISCHE LANDESKIRCHE IN BRAUNSCHWEIG

LANDESSYNODE

Wolfenbüttel, den 30.04.1991 - e/sb
Neuer Weg 88 - 90
Postfach 16 64

Herrn Pfarrer
Wilfried Steen
als Vorstand der Aktion
Arbeitslosen-Abgabe e. V.
David-Mansfeld-Weg 8

3300 Braunschweig

Sehr geehrter, lieber Herr Steen,

das Schreiben der Aktion Arbeitslosen-Abgabe Braunschweig e. V. vom 23. April 1991 habe ich erhalten. Ich habe es mit der Anregung, es zunächst im Kollegium des Landeskirchenamtes beraten zu lassen, an den Vorsitzenden der Kirchenregierung weitergegeben. Außerdem habe ich das Schreiben zur Beratung im Ausschuß für Ökumene, Mission und Diakonie an dessen Vorsitzende weitergeleitet.

Mit freundlichen Grüßen



E c k e l s
Präsident

Voraussetzungen für die Begründung eines Beschäftigungsverhältnisses
im Rahmen des Beschäftigungsfonds der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers
- Beschäftigungsfondsgesetz vom 9. Juli 1984 - Kirchl.Amtsbl.5.72 ;
RS Nr. 49 K -

1. Zwischen dem Kirchenkreisvorstand, dem eine über den Beschäftigungs-
fonds zu finanzierende zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeit zugeteilt
werden soll und dem Landeskirchenamt - als der für den Beschäftigungs-
fonds handelnden Stelle - ist (alsbald) eine Vereinbarung nach dem in
doppelter Ausfertigung beigelegten Muster zu schließen.
2. In die Vereinbarung sind die dem Antrag zugrunde liegenden Aufgaben
als Projektbeschreibung (ggf. in Anlage) aufzunehmen. Der anzustellende
Mitarbeiter ist nur mit diesen zusätzlichen Aufgaben zu beschäftigen.

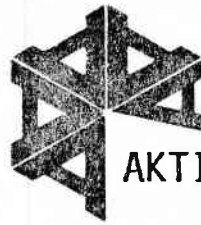
Nach Gegenzeichnung und Rückgabe der Vereinbarung durch das Landeskir-
chenamt ist befristet für die Dauer von drei Jahren eine (kw-) Teilzeit-
Mitarbeiterstelle (s. Abs. 2 des o.a. Schreibens) zu errichten. Der
Beschluß über die Errichtung bedarf der Genehmigung durch das Landes-
kirchenamt.
3. Auf Stellen, die über den Beschäftigungsfonds finanziert werden, sind
nur Bewerber anzustellen, die
 - a) die üblichen Anstellungsvoraussetzungen erfüllen,
 - b) ihre Ausbildung (einschl. Anerkennungsjahr bzw. Berufspraktikum)
ordnungsgemäß abgeschlossen haben,
 - c) in unserer Landeskirche beheimatet sind,
 - d) deren soziale Lage die Begründung eines Dienstverhältnisses geboten
sein läßt.

(Zu Buchst. d) "soziale Lage" verheirateter Bewerber hat das Kuratorium
des Beschäftigungsfonds folgenden Beschluß gefaßt:

"Anstellungsverhältnisse nach dem Beschäftigungsfondsgesetz sollen in
der Regel nur begründet werden, wenn das Gesamteinkommen des anzustellen-
den Mitarbeiters und seines Ehegatten im Zeitpunkt der Anstellung nicht
höher als das Gehalt eines vergleichbaren Hilfspfarrers - Ortszuschlag
Stufe 2 -, zuzüglich 250,- DM für jedes zu unterhaltende Kind, liegen würde.
Bei dem "vergleichbaren Gehalt" handelt es sich z. Zt. um ein Gesamteinkommen
von rd. 3.785,- DM monatlich brutto - zugrunde gelegt sind die ab 1.1.1987

geltenden Grundgehältsätze.)

4. Mittel für zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten können nicht un-
befristet bereitgehalten werden. Die Zuteilung von Mitteln ist nur
dann möglich, wenn innerhalb eines Zeitraums von 6 Monaten nach Ab-
schluß der Vereinbarung ein Beschäftigungsverhältnis mit einem Be-
werber zu den vorgenannten Bedingungen zustande kommt.
5. Mit dem Mitarbeiter ist ein Zeitvertrag für Aufgaben von begrenzter
Dauer abzuschließen. Die von dem Mitarbeiter wahrzunehmenden Aufgaben
sind im Dienstvertrag aufzuführen. Daneben ist in den Dienstvertrag
auch aufzunehmen, daß das Beschäftigungsverhältnis auch deshalb be-
fristet wird, weil Mittel aus dem Beschäftigungsfonds nur für den
Zeitraum von drei Jahren zur Verfügung gestellt werden. (Daraus er-
gibt sich, daß das Ende des Beschäftigungsverhältnisses und das
Ende des Zuteilungszeitraums übereinstimmen müssen.)
6. Wenn es dem Mitarbeiter gelingt, während der Dauer des befristeten
Beschäftigungsverhältnisses ein unbefristetes Anstellungsverhältnis zu
finden, bleibt die Möglichkeit der vorzeitigen Beendigung des befriste-
ten Beschäftigungsverhältnisses unberührt.



AKTION ARBEITSLSEN-ABGABE

AAA e.V. David-Mansfeld-Weg 8 3300 Braunschweig

David-Mansfeld-Weg 8

3300 Braunschweig

Tel. 0531/51762

An die
Pfarrerinnen und Pfarrer,
die Mitglied unserer
Aktion Arbeitslosen-Abgabe sind

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich wende mich mit diesem Brief ganz bewußt an Sie in der Zeit, da den meisten Kirchengemeinden der Kollektenplan für das kommenden Kirchenjahr zugeht. Die Aktion Arbeitslosen-Abgabe ist auf dem Kollektenplan unserer Landeskirche bisher nicht vertreten. Doch möchten wir vom Vorstand anregen, in den Kirchenvorständen zumindestens eine Kollekte für die Aktion Arbeitslosen-Abgabe frei zu bestimmen. Wir halten dieses für notwendig, da die Aufgaben unserer Aktion in nächster Zeit nicht weniger, sondern eher größer werden. Die sich abzeichnenden Änderungen im ABM-Bereich bedrohen den Fortbestand vieler Arbeitslosenprojekte gerade auch im kirchlichen Bereich. Die finanziellen Mittel dafür werden immer knapper.

Nach wie vor stehen wir in der Kirche vor dem Dilemma, daß die vielfältigen und zunehmenden Aufgaben von immer weniger Schultern getragen werden müssen. Wir möchten Sie daher bitten, in Ihrem Kirchenvorstand dafür einzutreten, daß der Gedanke, Arbeit und Geld miteinander zu teilen, durch die Bestimmung einer Kollekte weiter gefördert wird.

Mit freundlichen Grüßen

E. Binder, Mitglied des Vorstandes

1. Vorsitzender : W. Steen

2. Vorsitzende : E. Schöning

Postgiroamt Hannover (Blz 250 100 30) 4938 77-307

SPENDEN AN DIE AKTION SIND STEUERLICH ABSETZBAR.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir freuen uns, daß Sie nun auch in den Probendienst der Landeskirche übernommen worden sind und Ihnen somit nicht wie vielen anderen Ihrer Generation das Schicksal der Arbeitslosigkeit bevorsteht.

Allerdings sehen die Berufschancen nicht für alle Menschen so rosig aus; nicht nur in der ehemaligen DDR sondern auch in den alten Bundesländern ist die Arbeitslosigkeit noch immer ein großes Problem.

Deshalb bitten wir Sie, sich mit der von kirchlichen Mitarbeitern und Gemeindegliedern getragenen **Aktion Arbeitslosen-Abgabe** zu solidarisieren.

Hierbei freuen wir uns sowohl über eine aktive Mitarbeit als auch über eine finanzielle Unterstützung unserer Arbeit.

Die **Aktion Arbeitslosen-Abgabe** hat ein jährliches Spendenaufkommen von ca. 30.000 DM.

Im Jahr 1990 wurden folgende Projekte und Initiativen von uns unterstützt:

- Selbsthilfegruppe "Neue Armut" Lehdorf
- Arbeitslosenselbsthilfeverein "Die Wegstecker"
- Lehdorfer Jugendwerkstatt "Alte Ziegelei"
- Braunschweiger Institut für Fortbildung und Fachberatung (b.i.f.f.)
- Hubeta e.V. (Hilfe und Betreuung ambulant)
- Ökumenische Arbeitsloseninitiative Salzgitter-Bad

Wenn Sie noch weitere Fragen zur **Aktion Arbeitslosen-Abgabe** haben, können Sie sich gerne an Herrn Ulfers im Büro der AAA (Tel. 51762) oder an eines der Vorstandsmitglieder wenden.

Mit freundlichen Grüßen

Protokoll der Vorstandssitzung der Aktion Arbeitslosen-Abgabe vom 06.08.1991

Anwesend waren: Frau Schöning, Herr Binder, Herr Jordens-Höke, *Herr Steen*, Herr Teichmann, Herr Ulfers

1) Infos

Folgende Kollekten bzw. einmalige Spenden sind an die AAA gegangen:

- Kollekte Kirchengemeinde Densdorf	109,00 DM
- Kollekte der reform. Gemeinde	205,71 DM
- Kollekte Trauung "Hartmann-Mingram"	165,00 DM
- Kollekte Trauung "Gräber"	189,41 DM
- einmalige Spende "Foerster"	50,00 DM

Das Diakonische Werk gibt wieder (zuletzt 1983) ein Buch heraus, in dem sich alle Mitgliedseinrichtungen kurz beschreiben.

R. Ulfers überarbeitet die Selbstdarstellung der AAA für diesen Zweck.

Angeregt wird, daß das Engagement der Diakonie bzw. Landeskirche im Bezug auf die Probleme der Arbeitslosen hierin kritisch betrachtet werden sollte.

2) Spendenfonds

Außer der Bestätigung des Eingangs unseres Schreibens hat das Landeskirchenamt bisher noch nicht reagiert.

Gerade auch nach den letzten Presseberichten bzgl. des Mangels an Pfarrer/-innen innerhalb der Landeskirche ist der Spendenfonds (zumindestens in dieser Form) auch in der Öffentlichkeit wohl nicht mehr zu vertreten.

Deshalb sollte die AAA gerade jetzt dort am Ball bleiben und weiter bohren.

Herr Steen fragt bei Frau Herzog vom Ausschuß für Ökumene, Mission und Diakonie an, ob über unsere Anfrage schon entschieden ist.

Außerdem wird Herr Brzoska nochmal angesprochen, da er über Herrn Kuessner eine Anfrage bei der Synode machen wollte.

3) Zuschüsse/Anträge

Der BSer Sozialhilfeverein ist an die AAA herangetreten mit der Bitte um finanzielle Unterstützung (Druckkosten für die Erstellung eines Sozialhilfeleitfadens).

Allerdings liegt noch kein schriftlicher Antrag vor.

Im Vorstand wird diskutiert, ob eine Bezuschußung in diesem Fall noch satzungsgemäß ist, da hier nicht direkt zur Schaffung bzw. Sicherung von Arbeitsplätzen beigetragen wird.

Die Entscheidung wird auf die nächste Vorstandssitzung vertagt, zu der dann auch ein Überblick über die derzeitige finanzielle

Situation der AAA gegeben werden soll.

Bezüglich des Kredits an die Lehndorfer Jugendwerkstatt wird der Beschluß der letzten Vorstandssitzung insoweit korrigiert, daß die L den gewährten Kredit erst 1992 zurückzahlen muß (also auch nicht anteilig in diesem Jahr).

Begründung: - die Jugendwerkstatt ist aufgrund ausstehender Gelder (z.B. des ESF) auf die Kreditverlängerung angewiesen
- die Verwaltung der LJW erledigt alle Gehaltsabrechnungen für die AAA (was normalerweise sehr kostenintensiv wäre)

Bei der Vergabe der Zuschüsse muß berücksichtigt werden, daß die AAA der Weststadt vor längerer Zeit zugesichert hat, bei der Restfinanzierung der neuen ABM in der "Neuen Armut Weststadt" behilflich zu sein.

4) Mitgliederversammlung

Die nächste MV soll am **29. November 91** (Ausweichtermin **30.11.91**) stattfinden. R. Ulfers klärt, ob es im Wichernhaus möglich ist. Inhaltlich gibt es verschiedene Themenschwerpunkte:

- Vorstellung der Konzeption **Betreuung von Langzeitarbeitslosen** (falls sich bis dahin konkreteres ergeben hat)
- Referat und Diskussion zum Bereich **Langzeitarbeitslosigkeit**
- Referat und Diskussion zum Bereich **Kirchliche Sozialarbeit nach der Einschränkung bzw. dem Wegfall von ABM**
- Referat und Diskussion **Arbeitslosigkeit und Kirche** (auch in Hinblick auf die Aktivitäten anderer Landeskirchen)

Für die Referate soll Helmut Metzger vom **Arbeitslosenzentrum Hannover** angesprochen werden.

Genauer wird auf der nächsten Vorstandssitzung geklärt!

5) ABM-Regiestelle beim Diakonischen Werk

Dadurch, daß Thomas Zander eine Festanstellung im Schuldienst erhalten hat, ist o.g. Stelle z.Zt. nicht besetzt und soll wohl auch nicht mehr besetzt werden.

Da Thomas Zander aber neben der Beratung bei ABM-Anträgen auch noch viele Aufgaben im Bereich 'Arbeitslosigkeit' des DW übernommen hatte (u.a. den Arbeitskreis "Arbeitslosigkeit in BS und Umgebung mit aufgebaut hat, zusammen mit R. Ulfers die Konzeption zur Betreuung Langzeitarbeitsloser ausgearbeitet hat) ist sein Weggang ein Verlust für die Arbeit im Bereich "Arbeitslosigkeit; es ist nicht einzusehen, warum diese Stelle nicht wieder neu besetzt werden soll.

Die AAA schreibt einen Brief an das Diakonische Werk, worin begründet wird, warum die Stelle auf jeden Fall neu besetzt werden soll. (Frau Schöning, R. Ulfers formulieren den Brief.)

NÄCHSTE VORSTANDSSITZUNGEN:

04. September 1991, 20.00 Uhr bei Frau Schöning, Kinzigstr 10, Braunschweig

25. September 1991, 20.00 bei Herrn Steen, Falkenring, Vechelde

Protokoll der Vorstandssitzung der AAA BS am 04.09.91

Anwesende: Brzoska, Jordens-Höke, Lorenz, Schöning, Teichmann, Ulfers

1) Kurzinfos

Frau Schöning und Herr Ulfers haben einen Brief an das Diakonische Werk BS geschrieben, in dem die Notwendigkeit einer Neubesetzung der ABM-Regiestelle (nach dem Weggang von Herrn Zander) deutlich gemacht wird.

Ein Brief mit der Bitte, die AAA bei den noch nicht belegten Kollekten zu berücksichtigen, wurde an alle Mitgliedsfarrer/-innen der AAA versandt.

2) nächste Mitgliederversammlung

Die nächste Mitgliederversammlung findet jetzt am **Mittwoch, den 30. Oktober 1991, 20.00 Uhr im Wichernhaus** statt (Raumfrage ist mit der Wicherngemeinde geklärt).
Bezüglich eines/einer Referenten/Referentin wird noch gesucht, da Helmut Metzger vom Arbeitslosenzentrum Hannover leider keine Zeit hat.

3) Etatplanung

Rainer Ulfers gibt eine kurze Übersicht über den Finanzstand der AAA.
Da es im Moment keine aktuellen Anträge gibt, wird entschieden, daß 10.000 DM als Termingeld (mit monatlicher Kündigung) angelegt wird.

Nächste Vorstandssitzung: **25. September 1991, 20.00 Uhr bei Herrn Steen in Vechelde, Falkenring 13 !!!**

P.S. Von der (aufgelösten) Arbeitsloseninitiative Königslutter ist eine weitere Rückzahlung in Höhe von 4270,78 DM auf unserem Konto eingegangen.

Entwurf einer Selbstdarstellung des AAA für das Buch „Diakonie - Zeitscheit der Hoffnung“, in dem die Entwicklung des Diak. Werkes sich vorstellen

In der Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig e. V. (AAA) haben sich kirchliche Mitarbeiter/-innen und Gemeindeglieder aus dem Bereich der Landeskirche Braunschweig zusammengeschlossen.

Die Situation, daß viele Theologen/Theologinnen nach Abschluß ihrer Ausbildung arbeitslos wurden sowie die Diskussion innerhalb der Kirche über das **Teilen von Arbeit und Geld** führten 1984 zur Gründung der AAA.

Hinter der Vereinsgründung stand ursprünglich die Idee, daß bei der Kirche Beschäftigte einen Solidarbeitrag leisten sollten, um dadurch die Einrichtung weiterer Stellen im kirchlichen Bereich zu ermöglichen.

Die Vorstellung, daß die AAA der Landeskirche die Spenden für die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze zur Verfügung stellt, erwies sich aus verschiedenen Gründen als nicht durchführbar.

Somit änderte die AAA ihre Konzeption: mit den Spendengeldern (die Vereinsmitglieder zahlen ca. 1% ihres Bruttoeinkommens) werden jetzt Projekte und Einrichtungen unterstützt, in denen für Erwerbslose bezahlte Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden oder in denen für Erwerbslose Möglichkeiten bestehen, sich mit ihrer Situation auseinanderzusetzen und ihnen helfen, die ungewollte Isolation zu überwinden.

Im Zeitraum 1990/91 wurden folgende Projekte unterstützt:

- Selbsthilfegruppe "Neue Armut" Lehdorf
- Lehdorfer Jugendwerkstatt "Alte Ziegelei"
- Die "Wegstecker" e. V.
- Braunschweiger Institut für Fachberatung und Fortbildung (biff)
- Hubeta e. V.
- Ökumenische Arbeitsloseninitiative Salzgitter-Bad
- Verein für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger Wolfenbüttel

Für die Förderung ist es unerheblich, ob es sich um kirchliche Projekte oder um Projekte freier Träger und Vereine handelt.

Eine weitere Aufgabe sieht die AAA darin, das Problem "Arbeitslosigkeit" verstärkt in die (kirchliche) Öffentlichkeit zu bringen und Ideen und Initiativen zu fördern, die grundsätzlich zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Verbesserung der Situation erwerbsloser Menschen beitragen können.
Dazu arbeiten wir mit anderen Arbeitsloseninitiativen und -projekten auf lokaler und regionaler Ebene zusammen.

Ein Ziel der Arbeit der AAA ^{ist} ~~soll dabei sein~~, die Landeskirche und die Diakonie ^{zu fördern} ~~zu fördern~~; bisher gibt es weder beim Diakonischen Werk noch bei der Braunschweiger Landeskirche eine(n) hauptamtliche(n) Mitarbeiter(in), der/die für den Bereich "Arbeitslosigkeit" tätig ist.

Daran wird deutlich, daß auch hier den Problemen erwerbsloser Menschen noch zu wenig Beachtung geschenkt wird, obwohl die Synode der EKD bereits 1989 darauf hingewiesen hat, daß langzeitarbeitslosen umfassend geholfen werden muß.



AAA e.V. David-Mansfeld-Weg 8 3300 Braunschweig

David-Mansfeld-Weg 8
3300 Braunschweig
Tel. 0531/51762

28.10.1991

Liebe Mitglieder,

eine für Oktober geplante Veranstaltung zum Thema "Langzeitarbeitslosigkeit" mußten wir leider ausfallen lassen, da die beiden Referenten aus beruflichen Gründen kurzfristig abgesagt hatten.

Deshalb haben wir jetzt ein anderes wichtiges Thema **-die Zukunft von ABM (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) im kirchlichen Bereich-** aufgegriffen.

In den letzten Jahren konnten in kirchlichen und diakonischen Einrichtungen über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wichtige soziale Arbeitsfelder abgedeckt bzw. neu etabliert werden.

Im Frühjahr und Sommer dieses Jahres haben sich viele soziale Einrichtungen mit der engeren Auslegung der Richtlinien bei den Entscheidungen zur Bewilligung und Verlängerung von ABM - Maßnahmen konfrontiert gesehen.

Gleichzeitig ist von spürbaren Mittelkürzungen die Rede, von Umschichtungen zugunsten anderer Arbeitsbereiche usw.. Für viele Einrichtungen könnte das das "Aus" von wichtigen Arbeitsbereichen bedeuten.

Um dementsprechende Fragen klären zu können, hat sich freundlicherweise Herr **Weiß** vom **Arbeitsamt Braunschweig** bereit erklärt, zu einem

INFORMATIONSGESPRÄCH
am Mittwoch, den 27. November 1991, 14.00 Uhr
im Wichernhaus
David-Mansfeld-Weg 8
3300 Braunschweig (Kanzlerfeld)

zur Verfügung zu stehen.

Hierzu möchten wir Sie herzlich einladen.

Gleichzeitig möchten wir Sie schon jetzt darauf hinweisen, daß die nächste ordentliche Mitgliederversammlung mit Vorstandswahlen im Januar 1992 stattfinden wird; dazu werden wir noch gesondert einladen.

Mit freundlichen Grüßen

Elisabeth Schöning

(Elisabeth Schöning, 2. Vorsitzende)

1. Vorsitzender : W. Steen

2. Vorsitzende : E. Schöning

Postgiraamt Hannover (Blz 250 100 30) 4938 77-307

SPENDEN AN DIE AKTION SIND STEUERLICH ABSETZBAR.

MITGLIEDERLISTE DER AAA BRAUNSCHWEIG

1)	APELT, Werner	Im Ziegenförth 9	3300	Braunschweig
2)	ARNOLD, Reinhard	Neuer Weg 15	3340	Wolfenbüttel
3)	AUSTEN, Edgar	Isoldestraße 14	3320	Salzgitter 51
4)	BARSNICK, Hartmut	Hans-Böckler-Ring 3	3320	Salzgitter 1
5)	BINDER, Eckehard	Ernst-Reuter-Str. 6	3320	Salzgitter 51
6)	BRACKHAHN, Hans-Martin	Saldersche Str. 34	3320	Salzgitter 1
7)	BRZOSKA, Jürgen	Isoldestr. 19a	3300	Braunschweig
8)	CAMERER, Luitgard	Rosenstr. 7	3300	Braunschweig
9)	CREMER, Bernd	Friedhofsweg 3	3350	Kreiensen
10)	DOCKHORN, Kurt	Kurt-Schuhmacher-Ring 19	3320	Salzgitter 1
11)	DOSE, Johannes	Philosophenweg 3	3340	Wolfenbüttel
12)	ENDE, Ilse	Immegarten 20	3302	Cremlingen/Schandelah
13)	ERCHINGER, Herbert	Jasperallee 14	3300	Braunschweig
14)	ERMERLING, Ute	Kirchtwete 2	3306	Lehre-Flechting
15)	FAY, Albrecht	Hinter der Magnikirche 7	3300	Braunschweig
16)	FINCKE, Eberhard	Johannesweg 4	3300	Braunschweig
17)	FISCHER, Thomas	Unterdorf 9	3370	Seesen 16
18)	FREIESLEBEN, Wolfhart	Engelnstedter Str. 2a	3320	Salzgitter 1
19)	GEPPINGER, Rüdiger	Ludwig-Finckh-Weg 41	7250	Leonberg/Ramtel
20)	GERLOFF, Michael	Adolf-Bingel-Str. 57	3300	Braunschweig
21)	GUISCHARD, Reinhard	Siemensstr. 4	3380	Goslar
22)	GUTMANN, Hans-Martin	Geiststr.	3400	Göttingen
23)	HAEDKE, Anne-Marie	Am Hohen Tore 4a	3300	Braunschweig
24)	HARTMANN, Gabriela	Holwedestr. 11	3300	Braunschweig
25)	HEMPEL, Joachim	Hirschbergstr. 14	3300	Braunschweig
26)	HENNIG, Peter	Hauptstr. 19	3306	Lehre-Wendhausen
27)	HENNIG, Ursula	Vor dem Brauel 29	3302	Cremlingen
28)	HESSE, Otmar	Kaiserbleek 4	3380	Goslar
29)	HILLE, Johannes u. Karin	Weststr. 21	3302	Cremlingen 1
30)	HOFFMANN, Hans-Jürgen	Lindenstr. 24	3181	Rühen
31)	IMFELD, Barbara	Am Atzumer Weg 18	3340	Wolfenbüttel
32)	JORDENS-HÖKE, Reinhold	Gutsstr. 12	3308	Königslutter-Glentorf
33)	KIEL, Arnold	Box 268		Lushoto/Tansania
34)	KOCH, Paul	Seinstedter Str. 25	3341	Hedeper
35)	LAMPRECHT, Heiko	Schulstr. 3	3307	Winnigstedt
36)	LORENZ, Nikolaus	Am Pfarrhaus 3	3304	Wendeburg-Meerdorf
37)	MERCKER, Rudolf	Große Str. 13	3300	Braunschweig

38) MEYER, Herbert	Bernerstr. 3	3300	Braunschweig
39) MEYER, Klaus u. Katharina	Lange Str. 48	3426	Wieda
40) MEYER-SIEBERT, Johann	.-Peter Vor dem Dorfe 4	3180	Wolfsburg 21
41) MOHR, Jutta	Am Kreuzteich 1	3300	Braunschweig
42) PADEL, Hartmut	Theodor-Francke-Weg 47	3300	Braunschweig
43) PICT, Christiane	Möncheholzring 1a	3394	Langelsheim 1
44) PIEPER, Klaus	Hauptstr. 17	3388	Bad Harzburg-Bettingerod
45) SOMOGYVAR, Sigrid	Hermann-Löns-Weg 20	3340	Wolfenbüttel
46) SCHELLBERG, Peter	Sulzbacher Str. 41	3300	Braunschweig
47) SCHMAUKS, Susanne	Justus-vi-Liebig-Str. 1	3340	Wolfenbüttel
48) SCHMIDT, Jörg	Wieblingenweg 6	3300	Braunschweig
49) SCHÖNING, Elisabeth	Kinzigstr. 10	3300	Braunschweig
50) STEEN, Friederike	Yorckstr. 9	3300	Braunschweig
51) STEEN, Wilfried	Yorckstr. 9	3300	Braunschweig
52) STOCKMANN-WREDE, Hanna	Weddeler Str. 7a	3300	Braunschweig
53) TEICHMANN, Christian	Kirchweg 4	3181	Bahrdorf 2
54) WINKLER, Dietrich	Spitzwegstr. 22	3300	Braunschweig
55) SPENNHOF-MANDRY, Annemarie	Querumer Straße 48	3300	Braunschweig
56) ETZOLD, Eckhard	Im Oberdorf 11	3352	Einbeck-Naensen

SPENDER DER AAA

1) DEDEKIND, Konstantin	An der Stadtkirche 6	3308	Königslutter
2) DEDEKIND, Ulrike	An der Stadtkirche 6	3308	Königslutter
3) OHAINSKI, Ralf	Zum Hohen Tor 8	3320	Salzgitter 1
4) SEIDLER, Waltraud	Wilhelmitorwall 38	3300	Braunschweig
5) STOCKMANN, Dietrich	Neuhofstr. 9	3300	Braunschweig
6) WICKE, Johann-Heinrich	Am Schiefen Berge 96	3340	Wolfenbüttel
7) BEHRENS, Wilfried	Anger 4	3303	Vechelde 3
8) MIELCKE, Wolfgang	Tostmannplatz 8	3300	Braunschweig

TOP 5 (vorgezogen)

Herr Steen informiert über die "A A A", die 1985 aufgrund einer Initiative braunschweiger Pastoren gegründet wurde. Mittlerweile konnten 180.000.- DM überwiegend für Initiativen in Landeskirche und Diakonie zur Verfügung gestellt werden. Bei den ca. 60 zahlenden Mitgliedern handelt es sich nicht nur um Pastoren. ABM-Stellen werden nur ganz gering gefördert.

Herr Ulfers erläutert Zahlen aus dem Arbeitsamtbezirk Braunschweig: Im September 1990 gab es 20.000 Arbeitslose = 8,9 %. Diese Quote hat sich damit seit 1982 nur geringfügig verändert. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen, das heißt, Menschen, die länger als 1 Jahr arbeitslos sind, beträgt rund 7.000. Entscheidend ist die Beobachtung einer zunehmenden Tendenz der Langzeitarbeitslosigkeit.

Herr Steen führt des weiteren dazu aus, daß die Arbeitslosigkeit in der Sicht der Gesamtverantwortung der Kirche gesehen werden müsse, er allerdings keine großen, schnellen Änderungen erwarte.

... 2

Eine Möglichkeit bestünde derzeit eventuell darin, eine Variation des Spendenfonds vorzunehmen, damit die Mittel auch für Nichttheologen eingesetzt werden könnten.

Der Verein, der Mitglied im Diakonischen Werk ist, hat bisher gute Erfahrungen bei Angeboten auf Zeit gemacht.

Herr Dr. Fischer antwortet darauf, daß die Spendenfondsfrage im Kuratorium bereits mehrfach beraten wurde (schon unter Pfarrer Padel). Es bestand schon immer die Meinung, daß Sinn und Zweck des Spendenfonds auf kirchliche Mitarbeiter bezogen bleiben, z. B. Umschulung zu Diakonen für Theologen, die ihr Examen nicht geschafft haben. Zur Zeit besteht keine Förderung, da alle aus der Bewerberliste in den Dienst übernommen werden konnten. Im übernächsten Jahr könnte eventuell wieder ein Theologenüberschuß bestehen. Zur Zeit wird der Fonds nur gespeist, Bestand: 410.000.- DM. Das Soll von 58.000.- DM für 1991 wird wahrscheinlich nicht erreicht, da sich viele fragen: "Wozu noch spenden, wenn die Mittel nicht gebraucht werden?" Bei einer Zweckänderung wäre allerdings eine gesetzliche Änderung erforderlich.

Auf die Frage von Herrn Bengsch nach der Höhe der Zinseinnahmen, erklärt Herr Dr. Fischer, daß diese bei ca. 7-8 % rund 32.000.- DM betragen. Herr Bengsch fügt hinzu, daß die Frage bestehe, ob nicht wenigstens die Zinsen woanders eingesetzt werden könnten. Antwort Dr. Fischer: "Möglich ja, aber dazu müßten erst die nötigen Voraussetzungen geschaffen/erfüllt werden."

Auf die Frage von Frau Weitze, ob es feste Anstellungen aus den finanzierten, befristeten Arbeitsverhältnissen gegeben habe, antwortet Herr Becker, daß die Schaffung fester Stellen aus diesen Mitteln nicht bewerkstelligt werden konnte.

Herr Becker fügt hinzu, daß bis April 1993 30 Vikarinnen und Vikare mehr da sein werden. Demgegenüber sind ca. 40 Vakanzen prognostiziert. Trotzdem sollte der Spendenfonds nicht aufgegeben oder zeitlich bedingt ausgesetzt werden.

Überlegung: Eine eventuelle gesetzliche Regelung auf Beschluß des Kuratoriums für gewisse Projekte der "A A A".

Zu der weiteren Frage/Feststellung von Frau Weitze, daß in der Weststadt eine AB-Maßnahme nicht verlängert wurde, äußert Herr Steen, daß eine Fortführung bis auf maximal 5 Jahre hätte möglich sein können.

... 3

TOP 5 (vorgezogen)

Herr Steen informiert über die "A A A", die 1985 aufgrund einer Initiative braunschweiger Pastoren gegründet wurde. Mittlerweile konnten 180.000.- DM überwiegend für Initiativen in Landeskirche und Diakonie zur Verfügung gestellt werden. Bei den ca. 60 zahlenden Mitgliedern handelt es sich nicht nur um Pastoren. ABM-Stellen werden nur ganz gering gefördert.

Herr Ulfers erläutert Zahlen aus dem Arbeitsamtbezirk Braunschweig: Im September 1990 gab es 20.000 Arbeitslose = 8,9 %. Diese Quote hat sich damit seit 1982 nur geringfügig verändert. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen, das heißt, Menschen, die länger als 1 Jahr arbeitslos sind, beträgt rund 7.000. Entscheidend ist die Beobachtung einer zunehmenden Tendenz der Langzeitarbeitslosigkeit.

Herr Steen führt des weiteren dazu aus, daß die Arbeitslosigkeit in der Sicht der Gesamtverantwortung der Kirche gesehen werden müsse, er allerdings keine großen, schnellen Änderungen erwarte.

... 2

Eine Möglichkeit bestünde derzeit eventuell darin, eine Variation des Spendenfonds vorzunehmen, damit die Mittel auch für Nichttheologen eingesetzt werden könnten.

Der Verein, der Mitglied im Diakonischen Werk ist, hat bisher gute Erfahrungen bei Angeboten auf Zeit gemacht.

Herr Dr. Fischer antwortet darauf, daß die Spendenfondsfrage im Kuratorium bereits mehrfach beraten wurde (schon unter Pfarrer Padel). Es bestand schon immer die Meinung, daß Sinn und Zweck des Spendenfonds auf kirchliche Mitarbeiter bezogen bleiben, z. B. Umschulung zu Diakonen für Theologen, die ihr Examen nicht geschafft haben. Zur Zeit besteht keine Förderung, da alle aus der Bewerberliste in den Dienst übernommen werden konnten. Im übernächsten Jahr könnte eventuell wieder ein Theologenüberschuß bestehen. Zur Zeit wird der Fonds nur gespeist, Bestand: 410.000.- DM. Das Soll von 58.600.- DM für 1991 wird wahrscheinlich nicht erreicht, da sich viele fragen: "Wozu noch spenden, wenn die Mittel nicht gebraucht werden?" Bei einer Zweckänderung wäre allerdings eine gesetzliche Änderung erforderlich.

Auf die Frage von Herrn Bengsch nach der Höhe der Zinseinnahmen, erklärt Herr Dr. Fischer, daß diese bei ca. 7-8 % rund 32.000.- DM betragen. Herr Bengsch fügt hinzu, daß die Frage bestehe, ob nicht wenigstens die Zinsen woanders eingesetzt werden könnten. Antwort Dr. Fischer: "Möglich ja, aber dazu müßten erst die nötigen Voraussetzungen geschaffen/erfüllt werden."

Auf die Frage von Frau Weitze, ob es feste Anstellungen aus den finanzierten, befristeten Arbeitsverhältnissen gegeben habe, antwortet Herr Becker, daß die Schaffung fester Stellen aus diesen Mitteln nicht bewerkstelligt werden konnte.

Herr Becker fügt hinzu, daß bis April 1993 30 Vikarinnen und Vikare mehr da sein werden. Demgegenüber sind ca. 40 Vakanzen prognostiziert. Trotzdem sollte der Spendenfonds nicht aufgegeben oder zeitlich bedingt ausgesetzt werden.

Überlegung: Eine eventuelle gesetzliche Regelung auf Beschluß des Kuratoriums für gewisse Projekte der "A A A".

Zu der weiteren Frage/Feststellung von Frau Weitze, daß in der Weststadt eine AB-Maßnahme nicht verlängert wurde, äußert Herr Steen, daß eine Fortführung bis auf maximal 5 Jahre hätte möglich sein können.

... 3

Meine hohen Erwartungen an einen Fachverband allgemein richten sich auf drei Elemente:

1. Er sollte die Beteiligung der durch bestimmte Lebenssituationen oder auch Benachteiligungen besonders Betroffenen ermöglichen oder verbessern. Beteiligung der Betroffenen statt Betreuung ist ein an vielen Stellen, auch in der Diakonie, beherzogter Grundsatz. Schauen Sie aber bitte einmal auch in Papiere der Diakonie, wie häufig dort das Wort „Betreuung“ noch vorkommt. Es ist ein Begriff aus dem Wörterbuch des Unmenschen, wie Dolf Sternberger schon 1945 nachgewiesen hat. Mit ihm wird ein Denken und Handeln bezeichnet, das nur von Mitleid veranlaßt und vor allem dadurch bestimmt ist, daß Schwächere, Ohnmächtigere bevormundet, in Abhängigkeit gehalten werden, daß andere für sie vorentscheiden, was für sie das Beste ist. — Übrigens sind Bürokraten daran zu erkennen, daß sie sehr stark in der Betreuungsmentalität leben, daß es ihnen sehr schwerfällt, sich auf die Beteiligung und d.h. z.B. auf die konkrete Situationsbeschreibung unmittelbar Betroffener einzulassen.

Ein Fachverband muß direktes Sprachrohr der von akuten Problemen und Benachteiligungen Betroffenen sein.

2. Ein Fachverband sollte Fachwissen, fachliche Kompetenz im Hinblick auf die Lebenssituation bestimmter gesellschaftlicher Gruppen und der notwendigen Initiativen zur Veränderung oder Verbesserung dieser Lebenssituation konzentrieren und für gezielte politische Initiativen kurzfristig zur Verfügung stellen.

3. Ein Fachverband sollte Impulse geben zur Verbesserung der Kommunikation und Kooperation in bestimmten diakonischen und gesellschaftspolitischen Aufgabenfeldern. Die anstehenden politischen Aufgaben beispielsweise bei der Bewältigung der Arbeitslosigkeit können nur kooperativ wirksam bewältigt werden. Wir appellieren an die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zur Kooperation.

Gleichzeitig wird innerhalb der Kirche viel Zeit und Energie in formalen Kompetenzstreitereien und in Bemühungen, einen Machtvorteil zu erkämpfen, vergeudet.

Die Aufgabe des Fachverbandes „Arbeit und soziale Integration“ ist bzw. soll sein, Angebote der sozialen Arbeit der Diakonischen Werke für schwer vermittelbare Arbeitslose zu verbessern und zu erweitern. Die enge Verbindung und Zusammenarbeit mit anderen Fachverbänden, die im Umkreis dieses Aufgabenbereichs tätig sind, ist vorgesehen und beabsichtigt. Die berufliche und soziale Integration von

Statt Betreuung: Beteiligung der Betroffenen

Eduard Wörmann zur Gründung des Fachverbandes „Arbeit und soziale Integration“ im Diakonischen Werk der EKD

schwer vermittelbaren Arbeitslosen oder auch Langzeitarbeitslosen in die Arbeitsgesellschaft erfordert einen Verbund unterschiedlicher und gleichzeitiger Hilfen z.B. persönliche Beratung, Entschuldung, Qualifikation. Um einen solchen Verbund zu erreichen, ist auch eine Zusammenarbeit mit kirchlichen Initiativen und Projekten über den Bereich der Diakonischen Werke hinaus erforderlich.

Im Bereich des westfälischen Landeskirche gibt es seit über 15 Jahren Bemühungen und Initiativen in der Auseinandersetzung mit bzw. in der Bekämpfung von Massenarbeitslosigkeit und auch Langzeitarbeitslosigkeit, in der sich die ungenügend bekämpfte Massenarbeitslosigkeit verfestigt hat. Das ist sicherlich auch in anderen Landeskirchen im Rahmen des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt bzw. der landeskirchlichen Ämter für Industrie- und Sozialarbeit der Fall.

Dabei sind jeweils zwei Gestaltungslinien, die sich wechselseitig ergänzen, für diese Bemühungen bestimmend. Einerseits arbeiten wir konzeptionell an der Frage „Zukunft der Arbeit — Leben und Arbeiten im Wandel“. Über die Rolle und das Ausmaß von Arbeit im menschlichen Leben muß neu nachgedacht werden, Leben und Arbeiten muß um der Menschlichkeit des Lebens willen miteinander versöhnt werden. Dazu ist eine gerechtere Verteilung

Auf der Gründungsveranstaltung des Fachverbandes „Arbeit und soziale Integration“ im Diakonischen Werk der EKD hielt der Vorsitzende des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt und Beauftragte der EKD für Fragen der Arbeitslosigkeit, Eduard Wörmann, ein Grundsatzreferat, in dem er zu Konzeptionen der kirchlichen Arbeit mit Arbeitslosen, aber auch zu aktuellen Herausforderungen Stellung bezog. Wir geben seine Ausführungen mit geringfügigen Kürzungen wieder.

von Arbeit und Einkommen notwendig. In verschiedenen Stellungnahmen und Erklärungen der westfälischen Landeskirche, aber auch der EKD sind unter dieser Zielsetzung Arbeitszeitverkürzungen in sozial verträglichen Formen gefordert worden. Auch gibt es in diesem Zusammenhang „Anregungen für einen neuen sozialen Lastenausgleich“, in denen Arbeitszeitverkürzung, Beschäftigungspolitik für Langzeitarbeitslose, neue Initiativen im Umwelt- und

Sozialbereich und nicht zuletzt eine bedarfsorientierte Grundsicherung gefordert werden.

Auf einer anderen Linie verfolge wir das Ziel: Beteiligung der durch Arbeitslosigkeit Betroffenen statt Betreuung. Seit Mitte der 70er Jahre sind gemeinsam mit Arbeitslosen in Gesprächswochen Konzepte für Arbeitslosentreffs und -zentren entwickelt worden. Inzwischen gibt es über 70 solcher Arbeitslosenzentren und -treffs im Bereich der westfälischen Landeskirche. Bei dem Zustandekommen dieser Initiativen und Projekte waren in starkem Maße Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kirchlichen Industrie- und Sozialarbeit beteiligt. In der Konsequenz des Aufbaus von Arbeitslosenzentren sind auch einzelne Beschäftigungsprojekte geschaffen worden. Lassen sie mich das ganz offen ansprechen: Auch im Bereich der westfälischen Landeskirche hat es Konkurrenz- und Positionskämpfe zwischen der kirchlichen Industrie- und Sozialarbeit, der Jugendarbeit und dem Diakonischen Werk gegeben. Die wird es sicherlich auch in gewissem — hoffentlich geregeltem — Umfang weiterhin geben. Was für uns aber — denke ich — gemeinsam wichtig ist: daß in zwei Projektgruppen für Jugendarbeitslosigkeit und für erwachsene Arbeitslose und einer diese Projektgruppen koordinierenden Gruppe, die jeweils von der Kirchenleitung berufen sind, kontinuierlich Absprachen über die Verteilung von kirchlichen Finanzmitteln und auch je länger desto mehr Verständigungen über konzeptionelle und strategische Planungen und Initiativen getroffen werden.

Wenn der Rat der EKD mich kürzlich zum Beauftragten für den Aufgabenbereich Arbeitslosigkeit — Langzeitarbeitslosigkeit berufen hat, so soll damit ein Signal dafür gesetzt werden, daß nach Ansicht des Rates und der Sozialkammer der Ev. Kirche in Deutschland es nicht ausreicht, daß seit Anfang der 80er Jahre Synode und Sozialkammer sich wiederholt in Denkschriften, Studien und Synodalerklärungen zur Dringlichkeit, Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, geäußert haben, sondern daß

der Versuch unternommen werden soll, aufgrund der gemachten Vorschläge und Konzepte arbeitsmarktpolitische Initiativen anzuregen und möglicherweise auch in Gang zu bringen, durch die Arbeitslosen vor allem auch Langzeitarbeitslosen eine dauerhafte Erwerbsarbeit ermöglicht wird und durch die nun auch in beträchtlichem Umfang Arbeitslose, die Erwerbsarbeit suchen, eine entsprechende Chance bekommen.

In der EKD-Studie von 1987 „Gezielte Hilfen für Langzeitarbeitslose“ gibt es drei richtungweisende Anregungen:

1. Unterstützungsleistungen an Arbeitslose sollen in produktive Arbeitsmöglichkeiten transformiert werden.

2. Es soll ein „integrierter Ansatz“ praktiziert werden, d.h. bestehende Finanzierungs- und Zuständigkeitsgrenzen sollen überwunden und gemeinsame Wege beschritten werden. Grenzen sollen zwischen Etats und Instrumenten überschritten werden. Durch enge Koordination und Kooperation zwischen Projekten, Akteuren der Arbeitsmarktpolitik und Finanzprogrammen sollten/könnten nach Vorstellungen der Sozialkammer echte Fortschritte erzielt werden.

3. Vor Ort muß konkret entschieden und gestaltet werden, d.h. es kommt darauf an, die Situation der Arbeitslosen differenziert wahrzunehmen, bisher unerledigte, gesellschaftlich notwendige Aufgaben, die Erwerbsarbeit ermöglichen, zu bestimmen und vor allem im Rahmen von „Runden Tischen“ oder auch Arbeitsmarktgesprächen Kooperationsbeziehungen zwischen Akteuren der Arbeitsmarktpolitik aufzubauen und zu entwickeln.

Gestatten Sie mir einige kurze Anmerkungen zur gegenwärtigen Arbeitsmarktsituation im vereinten Deutschland:

1. Bundespolitiker und die Bundesanstalt für Arbeit müssen sich wohl noch daran gewöhnen, daß es seit dem 3. Oktober ein vereintes Deutschland gibt und daß das auch eine vereinte Arbeitslosenstatistik bedeutet. Zu irgendwelchen euphorischen oder auch bagatellisierenden Bewertungen gibt es keinen Anlaß, wenn man zu den Arbeitslosenzahlen in der bisherigen DDR die Zahlen der Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter hinzuzählt.

2. Inzwischen gibt es auf den verschiedenen Ebenen der Länder, des Bundes und auch der EG zahlreiche Förderungs- und Finanzierungsprogramme. — Ich habe den Eindruck, daß mit den Programmen die Bürokratisierung zunimmt. Es ist nachweisbar, daß die Programme der Bundesregierung z.T. einen so hohen Verwaltungsaufwand auslösen, daß sowohl Träger von Projekten als auch Leute in Arbeitsverwaltungen zumindest zwischenzeitlich blockiert waren, sich auf diese Angebote einzulassen. — übrigens gibt es auch in Landeskirchen, die in größerem Umfang Mittel in dem Aufgabenbereich Arbeitslosigkeit — Langzeitarbeitslosig-

keit zur Verfügung stellen, demotivierende Bürokratisierungsrichtlinien. Gerade da, wo nach unseren Vorstellungen enge Kooperation zwischen kirchlichen und politischen/gesellschaftspolitischen Organisationen und Institutionen notwendig und z.Z. erfreulicherweise in Gang gekommen sind entstehen bei der Zuführung kirchlicher Finanzmittel z.T. unüberwindbare Hindernisse infolge eines kirchlichen Rechts- und Ordnungsdenkens das aus welchen Gründen auch immer in bewußter Distanz zu solchen Projekten und Initiativen bleibt.

3. Immer noch werden Arbeitslose in der bisherigen Bundesrepublik für ihre Situation haftbar gemacht. Das kommt in Veränderungen oder auch Verschärfungen der Zumutbarkeitsregelungen durch die Arbeitslose schneller auf geringere Qualifikationsstufen eingewiesen werden können zum Ausdruck.

Wir haben als Leute der Kirche seit langem auf die zerstörerischen Wirkungen der Langzeitarbeitslosigkeit hingewiesen. Sie ist jetzt vor allem auch bei Langzeitarbeitslosen feststellbar, wenn sie sich nicht kurzfristig zur Annahme von Arbeitsangeboten motivieren oder auch qualifizieren lassen. Für uns jedenfalls muß klar sein, daß zur Vorbereitung auf eine berufliche Integration Langzeitarbeitslose genau so viel Zeit benötigen, wie ihre Arbeitslosigkeit dauert.

4. Bisher ist es noch nicht gelungen, finanzielle Grundlagen für die verschiedenen Institutionen und Projekte, die für den geforderten Verbund unterschiedlicher und gleichzeitiger Hilfen bei der Förderung von Arbeitslosen in Richtung auf eine dauerhafte Beschäftigung erforderlich sind, zu schaffen oder so zu gestalten daß eine Verstetigung dieser Projekte erreicht wird. Eine solche Verstetigung ist im übrigen Voraussetzung für eine qualifizierte Personalausstattung im Kernbereich dieser Projekte. Weil unsere wiederholten Appelle bisher nicht gefruchtet haben, ist zu befürchten daß ein Teil der Projekte nicht weitergeführt werden können, weil der personelle Kern nicht mehr vorhanden ist bzw. nicht mehr angeworben werden kann.

5. In der bisherigen DDR wird es wichtig sein, an den verschiedenen Orten zu nächst einmal mit einzelnen Projekten der Beratung, der Motivierung, der Qualifizierung Zeichen zu setzen, wie der drohenden Massenarbeitslosigkeit entgegengetreten werden kann. Gleichzeitig sollten aber auch dort Ansätze für eine regionale Vernetzung von Arbeitsmarktinstrumenten und Initiativen angedacht werden.

In unserem Bereich mußten die Bemühungen verstärkt werden, regionale Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik durch enge Vernetzung zwischen Projekten, Konzepten, Akteuren und auch Finanzprogrammen zu gestalten bzw. zu praktizieren.

Gemeinsame und konkrete Entscheidungen und Initiativen, in denen Bereitschaft zu Solidarität und politischer Wille zu mehr Gerechtigkeit sichtbar und erfahrbar werden, bestärken Menschen in ihrer Hoffnung und mobilisieren neue Kreativität und Energie. Wirklich nur durch Taten können drohende Perspektivlosigkeit und Resignation gezielt und wirkungsvoll verhindert oder bekämpft werden.

Wichtig ist, daß eine kontinuierliche Wechselwirkung zwischen arbeitsmarktpolitischen Konzepten und Initiativen in der bisherigen Bundesrepublik und in der bisherigen DDR entsteht und bewußt gestaltet wird. Möglichst schnell muß für Menschen, die von Strukturveränderungen oder auch von Arbeitslosigkeit betroffen und bedroht sind, in ihrer Nähe erfahrbar werden, daß koordiniert und kooperativ gehandelt wird. Dabei haben sicherlich auch Projekte mit Signalwirkung eine besondere Bedeutung, in denen — wie im gemeinsamen Papier von DGB und BDA in Aussicht gestellt — Verbesserung der Standortbestimmungen für Wirtschaften, Wohnen und Arbeiten mit der Verhinderung von Arbeitslosigkeit und der Verbesserung von Qualifikationen vor Ort miteinander verbunden werden. Lassen sie mich abschließend meine hohen Erwartungen an den Fachverband „Arbeit und soziale Integration“ noch konkretisieren:

1. Ich sehe bei den Mitgliedern dieses Fachverbandes ein großes Potential an Wissen, Erfahrungen und Fantasie aus jahrelanger Projektarbeit. Sie haben Konzeptionen entwickelt und spezielle Kenntnisse z.B. über Finanzierungsmöglichkeiten, Rechtsfragen usw. erworben. Die Mitglieder dieses Fachverbandes der sozialen Beschäftigungsprojekte der Diakonie — ich spreche lieber von „Erwerbsarbeitsprojekten“ — bilden deshalb ein wichtiges Potential für die politische Diskussion im Bereich und im Auftrag der evangelischen Kirche. Sie bieten Beispiele für exemplarisches Handeln, aus denen Vorstellungen, Vorschläge und auch Forderungen an die Politik zu entwickeln sind.

Neue arbeitsmarktpolitische Instrumentarien müssen entwickelt werden, damit Langzeitarbeitslosigkeit in Zukunft verhindert wird und damit auch in den Strukturveränderungen Menschen vor Arbeitslosigkeit, auch Mehrfacharbeitslosigkeit, bewahrt werden. Für mich ist als EKD-Beauftragter diese arbeitsmarktpolitische Perspektive wichtig, und ich setze mich bewußt dafür ein, weil ich auch deutlich machen will, daß Kirche nicht nur für den „Restbestand“ auf dem Arbeitsmarkt zuständig ist, sondern daß von vornherein auch unter kirchlicher Beteiligung darüber nachgedacht werden muß, daß auf dem einen Arbeitsmarkt mit Hilfe entsprechender Instrumente alle Menschen, die Arbeit suchen, entsprechend ihrem Leistungsvermögen Chancen zu dauerhafter Er-

werbsarbeit und damit zu einer finanziellen Eigenständigkeit bekommen. Ich hoffe bei diesen meinen Bemühungen auf Ihre tatkräftige Unterstützung. Aus meiner Sicht sind die sozialen Beschäftigungsprojekte Teil dieses einen Arbeitsmarktes. Es sollten auch nicht mehr von einem zweiten Arbeitsmarkt reden, weil mit diesem Begriff Vorstellungen oder auch Vorschläge für Abstriche im Tarif- und Arbeitsrecht für bestimmte Beschäftigungsgruppen verbunden werden. Beschäftigte in solchen Erwerbsarbeitsprojekten sind ihrer arbeitsrechtlichen Stellung und ihrer tariflichen Entlohnung allen anderen Arbeitnehmern gleichzustellen. Sie müssen auch an Mitarbeitervertretung und Bildungsurlaub beteiligt sein. — Erwerbsarbeitsprojekte sollen nach meinen Vorstellungen sowohl Zugang zu anderen Betrieben und Verwaltungen ermöglichen, aber auch für bestimmte Gruppen dauerhafte Erwerbsarbeit anbieten. Darum sprechen wir von „Erwerbsarbeitsprojekten mit Brückenfunktion“.

2. Mir ist wichtig, daß in der Praxis der Fachverband die von der Sache her erforderliche Gemeinsamkeit anerkennt und sich nun auch bewußt in diese Gemeinsamkeit hineinbegibt.

Soweit ich höre, gibt es schon in einzelnen Landesbereichen Kompetenzstreitereien, Abgrenzungen und Ausgrenzungen. Träger von Beratungsprojekten, von Arbeitslosentreffen und in der Begleitung von Betroffeneninitiativen befürchten die Gefahr der Spaltung dieser kirchlichen Arbeit. Aus meiner Sicht wäre es unverantwortlich, wenn die wenigen Kräfte, die im Bereich der Kirche immer noch für Arbeitslose eintreten und an der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aktiv teilnehmen, Energie und Kreativität in Kompetenz- und Konkurrenzstreitereien vergeuden würden. Ich bitte Sie dringend und herzlich, deutlich zu machen, daß Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekte des Diakonischen Werkes keinen „Alleinvertretungsanspruch“ in den Landeskirchen oder gegenüber gesellschaftlichen Organisationen und Institutionen erheben. Wenn es immer noch so ist, daß in bestimmten Landeskirchen das Thema Arbeitslosigkeit und die Arbeit mit Arbeitslosen gegeneinander abgeschottet behandelt wird bzw. geschieht, dann sollten vom Fachverband Impulse ausgehen, damit beispielsweise im Rahmen von Projekttagen Erfahrungen ausgetauscht, vor allem aber auch Möglichkeiten der Arbeitsteilung und der gegenseitigen Ergänzung beraten und vereinbart werden.

Ich hoffe sehr, daß schon bei dieser Gründungsversammlung und den dabei erforderlichen Beratungen und Entscheidungen Anstöße zur Schaffung von Querverbindungen oder — besser — von kontinuierlichen Kooperationsverhältnissen gegeben werden.

Vorstandssitzung der AAA vom 21.11.1991

Anwesende: Frau Schöning, Herr Jordens-Höke, Herr Steen, Herr Ulfers

TOP 1: Veranstaltung mit Herrn Weiß vom Arbeitsamt BS

Es wurden nochmal die wichtigsten Punkte für die Veranstaltung am 27.11.1991 durchgesprochen.

TOP 2: Spendenfonds der Landeskirche

W. Steen und R. Ulfers waren am 05.11.91 zur Sitzung des Ausschusses für Ökumene, Mission und Diakonie der Landeskirche BS eingeladen, um etwas zum Antrag der AAA auf Änderung des Spendenfondsgesetzes zu sagen. Steen und Ulfers machten dort deutlich, daß es der AAA um 2 Punkte geht:

- Änderung der Vergabekriterien des Spendenfonds, so daß neben Theologen/-innen, Diakonen/-innen und Kirchenmusiker/-innen auch andere Personen gefördert werden können (wie es z.B. in der Landeskirche Hannover schon Praxis ist).
- stärkere Berücksichtigung des Bereichs "Arbeitslosigkeit" in der Landeskirche; im Moment ist niemand hauptamtlich für diesen Bereich tätig. Ein Teil dieser Aufgaben wurde bisher von Zander beim DW miterledigt.

Zur finanziellen Situation nahm Fischer vom Landeskirchenamt Stellung; der Spendenfonds hat im Moment ein Guthaben von ca. 410.000 DM, zu dem noch die Einnahmen von 91 kommen. Das sind ca. 58.000 DM (davon ca. 30.000 DM aus landeskirchl. Rücklagen).

Den Vorschlag, den Kreis des Klientels des Spendenfonds zu erweitern (z.B. auf soziale Berufe), hält OLKR Becker nicht für praktikabel. Er macht den Vorschlag, daß die AAA ebenso wie der Spendenfonds ca. 30.000 DM aus landeskirchlichen Rücklagen erhält.

Auf der Vorstandssitzung wird der Vorschlag von Becker diskutiert. Gegen diesen Vorschlag sprechen u.a. folgende Punkte:

- es gibt keine Änderung des Spendenfondsgesetzes, somit können auch weiterhin nur Theologen, Diakone u. Kirchenmusiker gefördert werden
- unter Umständen stellt die Landeskirche Bedingungen an die Nutzung des Geldes (können z.B. dann nichtkirchl. Projekte wie die "Wegsteckar" unterstützt werden ?)

Für den Vorschlag spricht generell die Möglichkeit, daß die AAA fast doppelt soviel Geld für Ihre Arbeit zur Verfügung hat. Eine Möglichkeit wäre z.B., mit diesen 30.000 DM die 1/2 Propsteistelle zu einer ganzen Stelle aufzustocken und somit endlich den Bereich "Arbeitslosigkeit" mit einem/einer hauptamtlichen Mitarbeiter/in innerhalb der Landeskirche abzudecken (Vorschlag von W. Steen).

Bei der nächsten Vorstandssitzung, an der möglichst alle teilnehmen sollten, müssen die verschiedenen Möglichkeiten ausführlich diskutiert werden. Weitere Punkte werden die Anträge von "b.i.f.f." und von den "Wegsteckarn" sein.

ARBEITSLOSESELBSTHILFEVEREIN
"DIE WEGSTECKAR" e.V.
Marienstraße 34
3300 Braunschweig

19.11.91

Tel.: 74389

AKTION-ARBEITSLOSEN-ABGABE
in Braunschweig e.V.
David-Mansfeld-Weg 8
z.Hd. Rainer Ulfers
3300 Braunschweig

Betreff: Bitte um weitere Unterstützung im Bereich Personalkosten

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren!

In unserem Arbeitslosenprojekt sind derzeit ein Anleiter und vier Bauhelfer auf ABM Basis beschäftigt. Die Eigenleistung von 10% der Personalkosten sind in diesem Jahr sehr umfangreich. Zudem müssen wir einen Teil der Mietnebenkosten sowie einen Eigenbetrag von mehreren 1000 DM selbst aufbringen, damit wir über die Bezirksregierung den Materialkostenzuschuß erhalten. Gegenwärtig sind wir mit dem Ausbau der Cafeteria beschäftigt, die uns dazu verhelfen soll, selbst Einnahmen zu tätigen, um uns längerfristig selbst versorgen zu können. Unabhängig von den Aktivitäten, die für den eigenen Verein von Wichtigkeit sind und die Sie dem Sachbericht entnehmen können, ist mehreren Jugendlichen und jungen Erwachsenen der Start in den ersten Arbeitsmarkt geglückt. Darüberhinaus hat sich ein großer Anteil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen dazu durchgerungen, noch einmal die Schulbank zu drücken, damit sich ihre Vermittlungschancen erhöhen.

Eigentlich sind wir sehr zuversichtlich, was unsere Zukunft betrifft, und möchten Ihnen für Ihre bereits geleistete finanzielle Unterstützung danken. Es fällt uns nicht leicht, Sie noch einmal zu bitten, uns in diesem Jahr eine Spende von ca. 3000 DM zukommen zu lassen, die wir zur Deckung der Personalkosten dringend benötigen. Wir sind derzeit gezwungen, 3 von 5 ABM Stellen über mehrere Monate vorzufinanzieren, da die Gelder vom Arbeitsamt zwar schon bewilligt, aber noch nicht eingegangen sind. Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie dieses ermöglichen könnten. ✓

Mit frdl. Gruß

Heidi Wanzelius
Heidi Wanzelius

b.i.f.f.

Biff · Borsigstraße 3 · 3300 Braunschweig

Aktion Arbeitslosenabgabe
z. H. Herrn Rainer Ulfers
Mansfeldweg 8

3300 Braunschweig

Mit gleicher Post geht
dieses Schreiben an:

- Aktion Arbeitslosen-
abgabe Hannover,
Frau Gabi Riffel

Braunschweig, 23.09.1991

Finanzieller Zuschuß/Darlehn zur Arbeit in
der biff-Projektwerkstatt

Sehr geehrte Damen und Herren!

Um die Arbeit beim Braunschweiger Institut für Fortbildung und
Fachberatung e. V. vorzustellen, legen wir einen Prospekt und
Zeitungsartikel bei.

Wir haben zum 01. August/01. September 1991 acht neue Mitarbeiter/
innen auf ABM-Basis eingestellt, weil es bzgl. unserer Projektar-
beit viele Anfragen gab und gibt, die den Bedarf deutlich machen.
Wir freuen uns über diese Entwicklung, da sie die Möglichkeit
schafft, mehr Arbeitslosen eine Chance zur Rückkehr ins Erwerbs-
leben und zur beruflichen Qualifizierung gibt.
Fünf neue Werkstatthelfer (3 Jugendliche, 2 Langzeitarbeitslose)
machen den Ausbau der Werkstatt notwendig. Das stellt uns vor ein
finanzielles Problem, bei dessen Lösung wir Sie bitten uns be-
hilflich zu sein.

Wir sind mit ca. DM 30.000 noch vom Aufbau der Werkstatt (1990)
belastet, die wir aber mittels Projektarbeit 1992 aufbringen
können. Auch die mtl. Betriebskosten von ca. DM 2.000 sind zu
erwirtschaften.

Problem macht uns die Vorfinanzierung der ABM-Gehälter, da das
Arbeitsamt den 1. Monat nicht zahlt. Diese "Außenstände" be-
tragen bisher ca. DM 30.000 und werden aufgrund der Neuein-
stellungen ca. DM 63.000 im Januar 1992 betragen. Diese Gelder
übersteigen unser Kreditvolumen von derzeit DM 60.000 bei der
Bank.

- 2 -

Braunschweiger Institut für Fortbildung und Fachberatung e.V.

Borsigstraße 3, 3300 Braunschweig, tel. 0531/69 05 21 oder 61 19 23

biff

Blatt 2: Finanzieller Zuschuß/Darlehn
biff-Projektwerkstatt

Wir müssen ca. DM 14.000 Kreditzinsen erwirtschaften, anstatt
dieses Geld wie beabsichtigt zur Schaffung fester Arbeits-
plätze zu nutzen.

Darum bitten wir Sie um ein zinsloses Darlehn in Höhe von
DM 8.500 für die Dauer von 1 Jahr, mit dem wir die ABM-Vor-
finanzierung der Gehälter für die drei Jugendlichen leisten
können. Zudem beantragen wir einen Zuschuß in Höhe von
DM 6.000 für die Einrichtung der Arbeitsplätze sowie den
notwendigen Werkstatt-Ausbau. Ein entsprechender Finanzierungs-
plan liegt bei.

In der Hoffnung über einen positiven Bescheid verbleiben wir
mit freundlichen Grüßen

B. Vaupel

B. Vaupel
(Geschäftsführerin)

3 Anlagen

2000,-

**KURZPROTOKOLL DER
AAA-VORSTANDSSITZUNG VOM 19.12.1991**

Anwesende: Binder, Brzoska, Lorenz, Schöning, Steen, Ulfers

Tagesordnung:

1. Anträge (b.i.f.f. und "Wegsteckar")
2. ordentl. Mitgliederversammlung; Kassenprüfung, Spendenbescheinigungen
3. ABM-Stelle
4. Spendenfonds

zu 1.

Es wird entschieden, sowohl der b.i.f.f. als auch den "Wegsteckarn" jeweils 3.000 DM zu überweisen.

Nach Möglichkeit soll die Zeitung zwecks Scheckübergabe angesprochen werden. Bei der Bewilligung der Zuschüsse wird auch über die Möglichkeit der verstärkten Vergabe von Darlehen diskutiert.

R. Ulfers informiert sich bei der AAA Hannover über deren Erfahrungen.

zu 2.

R. Ulfers macht mit Frau Camerer einen Termin bzgl. Kassenprüfung.

Spendenbescheinigungen werden von Fr. Schöning unterschrieben.

Die ordentliche Mitgliederversammlung findet am 03. März 1992, 20.00 Uhr statt.

Themen für die MV sind u.a.: Regularien, Jahresplanung, Vorstandswahlen, Kurzbericht über das geplante Projekt zu Langzeitarbeitslosigkeit.

Als mögliche Orte kommen St. Petri, St. Magni oder Wichern in Frage; Frau Schöning fragt bei den betreffenden Gemeinden nach.

R. Ulfers verschickt Anfang 92 die Spendenbescheinigungen incl. kurzem Jahresbericht, Termin für die MV incl. Hinweis auf Vorstandswahlen.

zu 3.

Aufgrund des Gesprächs mit Herrn Weiß vom Arbeitsamt ist zu prüfen, ob die AAA noch einmal eine ABM beantragen soll. Es ist davon auszugehen, daß keine weitere ABM-Stelle für einen Sozialpädagogen bewilligt wird; unter Umständen käme eine Teilzeit-ABM (z.B. für die Verwaltungsarbeit) in Frage.

Der Vorstand muß auf jeden Fall vor der nächsten MV diesen Punkt klären, da die Mitglieder darüber entscheiden müssen.

Frau Schöning/Herr Ulfers führen im Vorfeld ein Gespräch mit Herrn Weiß.

zu 4.

Es muß geprüft werden, ob die Zusage von OLKR Becker bezüglich der Förderung der AAA aus landeskirchl. Rücklagen noch Bestand hat.

Herr Steen schreibt einen Brief an Becker, in dem um eine eindeutige Zusage gebeten wird.

Gleichzeitig bittet Herr Steen den Ausschuß für Ökumene, Mission und Diakonie um einen Protokollauszug der letzten Sitzung.

Nächste Vorstandssitzung: 04. Febr. 92, 20.00 bei Frau Schöning, Kinzigstr. 10, Braunschweig (Vorbereitung der MV)

EIN FROHES WEIHNACHTSFEST WÜNSCHT IHNEN

R. Ulfers

DIAKONISCHES WERK



- INNERE MISSION UND HILFSWERK - DER EV.-LUTH. LANDESKIRCHE IN BRAUNSCHWEIG E.V.

Der Direktor

Peter-Joseph-Krahe-Straße 11

3300 Braunschweig

Tel. (0531) 7 10 43

Fax (0531) 7 10 48

An den
Vorstand der Aktion
Arbeitslosenabgabe e. V.
David-Mansfeld-Weg 8

3300 Braunschweig

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

Unser Zeichen

Datum

v. B. / Kg.

28.11.1991

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Binder,

in Ihrem Schreiben vom 23. August gehen Sie ausführlich auf die Tatsache ein, daß die Regiestelle für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nach Weggang unseres Mitarbeiters nicht wieder besetzt worden ist. Ich danke Ihnen für die Würdigung dieses Arbeitsbereiches, vor allem des Einsatzes von Herrn Zander.

Auch wir bedauern, die Stelle nicht wieder besetzen zu können, sind aber nicht in der Lage, unseren Stellenplan auszuweiten. Dennoch sehen wir wie Sie die Notwendigkeit, daß über die Arbeit einer ABM-Regiestelle hinaus die Probleme, die mit dem Themenfeld "Arbeitslosigkeit" zusammenhängen, aufgearbeitet werden müssen. Da alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Hauses ausgelastet sind, kann niemandem eine zusätzliche Aufgabenstellung zugemutet werden.

Dennoch hoffe ich sehr, zu Beginn des Jahres 1992 die Arbeit fortsetzen zu können. Vorgespräche mit dem Arbeitsamt für eine neue ABM-Regiestelle in unserem Hauses mit dem Aufgabenkreis: "Arbeitslosigkeit" haben begonnen, die Arbeitsplatzbeschreibung sollte dem entsprechen, wie wir sie in unserem Jahresbericht 1990 zitieren. Ein wichtiges Problem dabei ist die Stellenbesetzung. Auch Sie wissen, daß es nicht einfach ist, einen geeigneten Bewerber oder eine geeignete Bewerberin zu finden. Falls Sie uns dabei behilflich sein könnten, wären wir Ihnen sehr dankbar - vorausgesetzt, daß uns die Stelle bewilligt wird.

Gewisse Probleme entstehen bei der Restfinanzierung der Personalstelle. Diese aber hoffen wir überwinden zu können.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

(v. Bülow)

Geschäftsstelle
Nord/LB Braunschweig 202 630 (BLZ250 500 00)
Postgroamt Hannover 1304-309 (BLZ250 100 30)
Ev Kreditgen Kassel 625 019 (BLZ250 607 01)

BROT FÜR DIE WELT - Kur/Erholungsfürsorge
Nord/LB Braunschweig 822858 (BLZ250 500 00)
Postscheck Hannover 104188 308 (BLZ250 100 30)

FINANZÜBERSICHT (Stand: 16.12.1991)

EINNAHMEN

37.434,84	Spenden
47.877,74	Zinsen, Kollekten, Personalzuschüsse
<u>17.217,49</u>	Bestand 31.12.1990
102.530,07	
<u>- 3.926,86</u>	Theologiestudenten
98.603,21	

AUSGABEN

67.782,18	Projekte/Personalkosten
<u>1.874,36</u>	Verwaltung
69.656,54	

28.946,67 Bestand 16.12.1991

gezählte Zuschüsse

1985	14.740,-
1986	1.940,-
1987	38.499,-
1988	37.750,-
1989	15.000,-
1990	52.000,-
1991	8.000,-

Aktion Arbeitslosen-Abgabe Braunschweig e.V.

AAA, David-Mansfeld-Weg 8, 3300 Braunschweig, F:51762

**Diakonisches Werk
Landesverband eV.
Peter-Joseph-Krahe-Str. 11
3300 Braunschweig**

Beitrag für "Diakonie - Zeichen der Hoffnung":

In der Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig e.V. (AAA) haben sich kirchliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Gemeindemitglieder aus dem Bereich der Landeskirche zusammengeschlossen.

Drei Gründe führten 1984 zur Gründung der AAA:

- die bedrückend hohe Zahl von Arbeitslosen, insbesondere auch unter jungen Menschen;
- die Diskussion innerhalb der Kirche über das Teilen von Arbeit und Geld zwischen Arbeitslosen und denen, die in gutbezahlten und unkündbaren Arbeitsverhältnissen stehen;
- die Aussicht, daß viele Theologinnen und Theologen nach Abschluß ihrer Ausbildung keine Stelle im kirchlichen Dienst bekommen würden.

Die Grundidee der AAA ist die Mitfinanzierung neuer Arbeitsplätze im kirchlichen Bereich durch einen Solidarbeitrag. Da dies sich nicht als praktikabel erwies, wurde die Konzeption abgewandelt:

Mit den Spendengeldern (die Vereinsmitglieder zahlen ca. ein Prozent ihres Bruttoeinkommens) werden Projekte und Einrichtungen unterstützt, in denen Erwerbslose bezahlte Arbeitsmöglichkeiten haben, in denen sie sich mit ihrer Situation auseinandersetzen und die ungewollte Isolation überwinden können.

Im Zeitraum 1990/91 wurden folgende Projekte unterstützt:

- "Selbsthilfegruppe "Neue Armut" Lehdorf
- Lehdorfer Jugendwerkstatt "Alte Ziegelei"
- die "Wegstecker" e.V.
- Braunschweiger Institut für Fachberatung und Fortbildung (biff)
- HUBETA e.V.
- Oekumenische Arbeitsloseninitiative Salzgitter-Bad
- Verein für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger Wolfenbüttel

Gefördert werden sowohl Projekte kirchlicher als auch anderer freier Träger.

Eine weitere Aufgabe sieht die AAA darin, das Problem "Arbeitslosigkeit" in die (kirchliche) Öffentlichkeit hineinzutragen. Der Verein will Ideen und Initiativen fördern, die grundsätzlich zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Verbesserung der Situation erwerbsloser Menschen beitragen. Dies geschieht in Zusammenarbeit mit anderen Arbeitsloseninitiativen und -projekten auf lokaler und regionaler Ebene.

Insgesamt ist es Ziel der Arbeit der AAA, Kirche und Diakonie an ihre besondere Verantwortung zu erinnern, den Problemen erwerbsloser Menschen Beachtung zu schenken. Die AAA verweist auf die Stellungnahmen der EKD, insbesondere auch auf die Stellungnahme der Kammer der EKD für soziale Ordnung : Gezielte Hilfen für Langzeitarbeitslose.

Die AAA ist sich der Grenzen eigener Möglichkeiten bewusst. Das komplexe Aufgabenfeld "Arbeitslosigkeit" ist auf die Dauer ehrenamtlich nur sehr schwer zu bearbeiten. Es wäre ein wichtiges Zeichen, wenn in der ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig oder im Diakonischen Werk eine hauptamtliche Stelle für den Bereich Arbeitslosigkeit eingerichtet werden könnte.

Wilfried Steen

Vorsitzender: Wilfried Steen, Falkenring 13, 3303 Vechede, F:05302/7271
stv.Vorsitzende: Elisabeth Schöning, Kinzigstr.10,3300 BS F:0531/845598

Konto: Postgiro Hannover 4938 77-307

Die AAA ist Mitglied des Diakonischen Werkes



**Aktion
Arbeitslosen
Abgabe**
In Braunschweig

Protokolle und Materialien 1992

- Einstellung Spendenfonds der Landeskirche zur Anstellung arbeitsloser Theologinnen und Theologen sowie Mitarbeitenden
- Initiative Berlin
- EKD-Synode zu Arbeitslosigkeit



AAA e.V. David-Mansfeld-Weg 8 3300 Braunschweig

David-Mansfeld-Weg 8
3300 Braunschweig
Tel. 0531/51762

Herrn u. Frau
E. u. A. Binder
Ernst-Reuter-Str. 6
3320 Salzgitter 51

Liebe Spenderinnen und Spender,

Im Namen des Vorstandes der Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig e.V. möchten wir uns für Ihre Spenden im Jahr 1991 recht herzlich bedanken.

Gerade in einer Zeit, in der eine Flut von Spendenaufrufen uns erreicht, sind wir natürlich froh, daß Sie ein offenes Ohr für die Probleme der Erwerbslosen haben.

Wir wissen alle, daß die vielen brisanten Probleme (wie z.B. die Not in Rußland, Jugoslawien) nicht allein durch Spenden gelöst werden können.

Spendenaufrufe können aber auf die Notsituationen aufmerksam machen, vielleicht für erste schnelle Hilfe sorgen und ein Stück Solidarität einfordern.

In diesem Zusammenhang sehen wir auch die Spenden für die Aktion Arbeitslosen-Abgabe:

- sie können schnelle, unbürokratische Hilfe für Projekte sein (Sach- oder Personalkostenzuschüsse),
- sie können gleichzeitig teilweise Signalfunktion für größere Geldgeber sein, dieses Projekt auch zu unterstützen (Anschubfinanzierung).

Folgende Einrichtungen wurden im Jahr 1991 mit Ihren Spenden unterstützt:

- **mondo X:** Beratung u. Treff für Jugendliche; Arbeit mit Arbeitslosen Jugendlichen
- **Die Wegstecker e.V.:** Arbeitslosenselbsthilfeverein
- **Verein für Arbeitslose u. Sozialhilfeempfänger e.V. Wolfenbüttel:** Beratung u. Schuldnerberatung für Arbeitslose u. Sozialhilfeempfänger
- **Propstei Braunschweig -Arbeitslosenarbeit:** Beratung u. Betreuung v. Erwerbslosen und Sozialhilfeempfängern
- **Braunschweiger Institut f. Fortbildung u. Fachberatung (biff):** Seminar und Projektarbeit im Bereich Kinder- u. Jugendarbeit, Beschäftigung von Erwerbslosen

Da eine seit Jahren andauernde, fast gleichbleibend hohe Arbeitslosigkeit von unserer Gesellschaft mittlerweile als fester Bestandteil des Alltags hingenommen wird, ist es immer wieder notwendig, auf die Probleme erwerbsloser Menschen aufmerksam zu machen.

Hierbei ist besonders zu berücksichtigen, daß sich die Schwierigkeiten Erwerbsloser bei länger andauernder Erwerbslosigkeit massiv verstärken und verändern.

Ist es zu Beginn "nur" das Fehlen der Arbeit, so ist ihre weitere Lebenssituation gekennzeichnet durch die Auswirkungen der sozialen Isolierung und des materiellen und sozialen Abstiegs, d.h. Verarmung, Überschuldung, psychische Belastungen, gesundheitliche Beeinträchtigungen. Die Verschuldung hat in den letzten Jahren - noch verstärkt durch die immer stärker zunehmende Konsumorientierung der Gesellschaft - so rapide zugenommen, daß dieses Problem durch die herkömmlichen Beratungseinrichtungen nicht mehr bewältigt werden kann.

1. Vorsitzender: U. Breen

2. Vorsitzende: E. Schöning

Postgironummer Hannover (BLZ 250 100 30) 6938 77-307

SPENDEN AN DIE AKTION SIND STEUERLICH ABSETZBAR.

In Braunschweig gibt es derzeit lt. Aussage von Dr. Gröttrup, Sozialdezernent der Stadt Braunschweig allein 2.500 Langzeitarbeitslose, die von Sozialhilfe leben (BZ v. 17.01.1991). Die genannten Punkte machen deutlich, warum die AAA sich neben der Unterstützung einzelner Projekte auch besonders der Thematik der Langzeitarbeitslosigkeit annimmt. Innerhalb des "Beirates für die Arbeitsstelle mit Arbeitslosen in der Propstei Braunschweig" ist die Aktion Arbeitslosen-Abgabe an der Realisierung eines stadtteilbezogenen Projektes zur Beratung und Betreuung Langzeitarbeitsloser beteiligt.

Weiterhin bleibt ein Anliegen der AAA, innerhalb der Landeskirche auf die Probleme Erwerbsloser aufmerksam zu machen.

Aus diesem Grund hat die AAA verschiedentlich darauf hingewiesen, daß sich jetzt endlich jemand in der Landeskirche hauptamtlich mit dem Aufgabenfeld "Erwerbslosigkeit" beschäftigen muß.

In diesem Zusammenhang ist auch die Initiative der AAA zu sehen, eine Änderung des Spendenfondsgesetzes der Landeskirche zu erwirken. Dieses würde ermöglichen, die im Moment nicht genutzten Gelder (es gibt zur Zeit keine arbeitslosen Theologen) zur Einrichtung befristeter Stellen im sozialen Bereich einzusetzen.

Diese Forderung wurde seitens der AAA vor dem Ausschuß für Ökumene, Mission und Diakonie begründet.

Mit einem Schreiben an alle Probeprediger in der Landeskirche und an die Mitglieder des VKM (Verein kirchl. Mitarbeiter) hat die AAA erneut um neue Spender geworben.

Neben der innerkirchlichen Arbeit ist es auch weiterhin wichtig und notwendig über diesen Rahmen hinaus mit anderen Initiativen und Gruppen zusammenzuarbeiten.

Neben der Tätigkeit im Vorstand von ZEPRA (Landesarbeitsgemeinschaft der Arbeitslosenprojekte in Niedersachsen) arbeiten wir auch im Arbeitskreis "Arbeitslosigkeit in Braunschweig und Umgebung" aktiv mit.

Die Wichtigkeit der Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen und Institutionen wurde auch in einer von der AAA durchgeführten Veranstaltung zur Zukunft von ABM mit Herrn Weiß vom Fachvermittlungsdienst des Arbeitsamtes Braunschweig deutlich.

In diesem Sinn wollen wir unsere Arbeit auch im Jahr 1992 fortsetzen; eine genauere Vorstellung unserer Planung für das laufende Jahr haben wir für die nächste Mitgliederversammlung vorgesehen, die am 03. März, um 20.00 Uhr im Gemeinderaum der St. Magni-Gemeinde, Hinter d. Magnikirche 7 in Braunschweig stattfindet.

Als weitere Tagesordnungspunkte sind bisher die Wahl eines neuen Vorstandes sowie der Bereich "Langzeitarbeitslosigkeit" vorgesehen.

Bis dahin verbleiben wir mit freundlichen Grüßen und den besten Wünschen für das begonnene Jahr

Elisabeth Schöning

Elisabeth Schöning
(2. Vorsitzende)

Rainer Ulfers

Rainer Ulfers
(Dipl.-Sozialarb./-päd.)

FINANZBERICHT FÜR DAS JAHR 1991

Bestand am 31.12.1990	17.217,49 DM
Einnahmen gesamt 1991	85.688,96 DM
Ausgaben gesamt 1991	72.717,34 DM
Bestand am 31.12.1991	30.189,11 DM

Kontostände Ende 1991	
Postgirokonto-Nr. 4938 77-307	18.401,40 DM
EKK-Girokonto-Nr. 000 0625175	11.787,71 DM
	30.189,11 DM

HAUSHALTSVOLLZUG 1991

1) Einnahmen	
Spenden	29.593,00 DM
Zinsen	313,22 DM
Kollekten	806,90 DM
Personalkostenzuschuß des Arbeitsamtes für ABM (Ulfers)	50.237,00 DM
Rückerstattungen (Fehlbuchungen)	11,20 DM
Rückerstattung ALI Königsutter	4270,78 DM
Einzahlungen der Theologiestudenten	456,86 DM
Einnahmen gesamt	85.688,96 DM
2) Bestand am 31.12.1990	17.217,49 DM
3) Einnahmen und Bestand (1+2)	102.906,45 DM
4) Ausgaben	
Personalkosten ABM (Ulfers)	59.398,00 DM
Fahrtkosten (Ulfers)	876,06 DM
Verwaltung	1.432,08 DM
Fehlbuchungen (s. Rückerstattungen)	11,20 DM
Projekte (gesamt 11.000 DM)	
mondo x	2.000,00 DM
"Wegsteckar" e. V.	3.000,00 DM
Propsteistelle (Frau Schwarz)	1.500,00 DM
Verein f. Arbeitslose und Sozialhilfe- empfänger Wolfenbüttel	1.500,00 DM
b.i.f.f.	3.000,00 DM
Ausgaben gesamt	72.717,34 DM
5) Bestand am 31.12.1991	30.189,11 DM
abzgl. Einzahlungen und Bestand der Theologiestudenten	3.896,86 DM
	26.292,25 DM

ETATPLANUNG 1992

EINNAHMEN:

Spenden	30.000,-	DM
Zinsen/Kollekten	1.000,-	DM
Personalkostenzuschuß (Arbeitsamt)	30.000,-	DM
Bestand 31.12.1991	<u>26.292,-</u>	DM
	87.292,25	DM

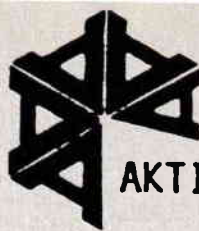
AUSGABEN:

Personalkosten	34.000,-	DM
Fahrtkosten	1.000,-	DM
Verwaltung	2.000,-	DM
	<u>37.000,-</u>	DM
	87.292,25	DM
	<u>37.000,00</u>	DM
	50.292,25	DM

1992 stehen ca. 50.000 DM für Projekte zur Verfügung.
Vom Etat 1992 sind schon 3.000,- DM für die "Wegsteckar" und
3.000,- DM für das "Jugendzentrum Drachenflug - Hilfe für Lang-
zeitarbeitslose" ausgezahlt worden.

	50.000,-	DM
-	3.000,-	DM
-	3.000,-	DM
	<u>44.000,-</u>	DM

Es können somit ca. 44.000,- DM für die Bezuschußung von Projek-
ten eingesetzt werden (die zu erwartende Rückzahlung des Darle-
hens der Lehndorfer Jugendwerkstatt in Höhe von 10.000. könnte
dann als Reserve zurückgelegt werden).



AKTION ARBEITSLÖSEN-ABGABE

AAA e.V. David-Mansfeld-Weg 8 3300 Braunschweig

David-Mansfeld-Weg 8
3300 Braunschweig
Tel. 0531/51762

Herrn u. Frau
E. u. A. Binder
Ernst-Reuter-Str. 6
3320 Salzgitter 51

Liebe Mitglieder, liebe Spenderinnen und Spender,
hiermit möchten wir Sie zur

MITGLIEDERVERSAMMLUNG

**am 03. März 1992 um 20.00 Uhr
im Gemeinderaum der St. Magni-Gemeinde,
Hinter der Magnikirche 7 in Braunschweig**

einladen.

Wir haben folgende Tagesordnungspunkte vorgesehen:

1. Begrüßung; Beschluß der Tagesordnung
2. Verabschiedung des Protokolls vom 30.01.1991
3. Jahresabrechnung 1991; Bericht der Kassenprüfer;
Entlastung des Vorstandes
4. Finanzplanung '92, Beschlußfassung
5. Satzungsänderung (s. unten)
6. Wahl des Vorstandes; Wahl der Kassenprüfer
7. Neubeantragung einer ABM-Stelle, Beschlußfassung
8. Jahresrückblick '91; Vorstellung des geplanten Projektes
(der Propstei BS) zur Betreuung Langzeitarbeitsloser
9. Verschiedenes

Auch für dieses Mal ist geplant, den Schwerpunkt des Abends auf die inhaltlichen Punkte zu legen. So ist vorgesehen, daß zum Punkt 8 (Vorstellung des geplanten Projektes) eine kurze Beschreibung des Problemfeldes "Langzeitarbeitslosigkeit" gegeben wird.

Aufgrund der guten Erfahrung mit einer Erweiterung des Vorstandes schlägt der Vorstand folgende Satzungsänderung vor:

1. Vorsitzender : W. Steen

2. Vorsitzende : E. Schöling

Postgiroamt Hannover (Blz 250 100 30) 4938 77-307

SPENDEN AN DIE AKTION SIND STEUERLICH ABSETZBAR.

alt:

§ 9 Der Vorstand

1. Der Vorstand besteht aus Vorsitzendem, stellvertretendem Vorsitzenden, Schatzmeister, Schriftführer und einem weiteren Beisitzer.

neu:

§ 9 Der Vorstand

1. der Vorstand besteht aus Vorsitzendem, stellvertretendem Vorsitzenden, Schatzmeister, Schriftführer und drei weiteren Beisitzern.

Wir würden uns über Ihre Teilnahme an der Mitgliederversammlung freuen, verbleiben mit freundlichen Grüßen

Elisabeth Schöning

(E. Schöning, 2. Vorsitzende)

Protokoll der Mitgliederversammlung
der Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig e. V.

vom 03.03.1992, 20.00 Uhr im Gemeinderaum der St. Magni-Gemeinde,
Hinter der Magnikirche 7 in Braunschweig

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung; Beschluß der Tagesordnung
2. Verabschiedung des Protokolls der MV vom 30.01.1991
3. Jahresabrechnung 1991; Bericht der Kassenprüfer
Entlastung des Vorstandes
4. Finanzplanung '92; Beschlußfassung
5. Satzungsänderung
6. Wahl des Vorstandes; Wahl der Kassenprüfer
7. Neubeantragung einer ABM-Stelle, Beschlußfassung
8. Jahresrückblick '91; Vorstellung des geplanten Projektes (der Propstei
BS) zur Betreuung Langzeitarbeitsloser
9. Verschiedenes

zu 1.

Herr Steen begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Mitgliederversammlung.
Die vorgeschlagene Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

zu 2.

Das Protokoll der Mitgliederversammlung vom 30.01.1991 wird ohne Änderungen
einstimmig verabschiedet.

zu 3.

Herr Ulfers erläutert den Finanzbericht und Haushaltvollzug 1991.
Frau Camerer und Herr Lorenz berichten von der Kassenführung; es gibt keine
Beanstandungen, die Kasse ist ordnungsgemäß geführt worden.
Der Vorstand der AAA wird mit 7 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen entlastet.

zu 4.

Herr Ulfers berichtet, daß 1991 etwas weniger an Zuschüssen als geplant
ausgegeben wurde. Es wird damit begründet, daß weniger Projekte Anträge
gestellt haben.

Gründe dafür sind:

- das bisher meistens praktizierte Verfahren, Projekte nicht öfter (als ein-
bis zweimal) zu unterstützen,
- daß besonders im letzten Jahr kaum neue Projekte entstanden sind, was auch
besonders auf die unsichere bis schlechte Lage der Finanzierung (Streichung
bei ABM, andere Kürzungen) zurückzuführen ist.

Es wird entschieden, sich auf die neue Situation einzustellen und evtl. Pro-
jekte auch öfter zu bezuschußten.

Frau Schöning weist darauf hin, daß evtl. Anträge von den neu zur Landeskirche
hinzugekommenen Gemeinden der ehem. DDR gestellt werden könnten.

Herr Binder weist auf die halbe Stelle für den Bereich "Arbeitslosigkeit"
bei der Propstei hin, die wahrscheinlich demnächst neu zu nutzen ist (wird

z. Zt. noch von Fr. Schwarz besetzt); hier wäre ja durch verschiedene Geldgeber (Landeskirche u.a.) eine Aufstockung zu einer vollen Stelle möglich. Auch hier müßte sich die AAA überlegen, ob sie sich, falls nötig, beteiligt. Desweiteren muß mit der Lehdorfer Jugendwerkstatt abgeklärt werden, ob der von der AAA gewährte Kredit in diesem Jahr zurückgezahlt werden kann. Unter Berücksichtigung der genannten möglichen Aktivitäten der AAA entscheidet die Mitgliederversammlung, daß im Jahr 1992 ca. 40.000.- DM an Zuschüssen ausgegeben werden können (in der Regel in kleineren Einheiten). Die Entscheidung über die Vergabe in dieser Höhe wird dem Vorstand übertragen.

zu 5.

Die in der Einladung zur MV angekündigte Satzungsänderung (Erweiterung des Vorstandes) kann nicht entschieden werden, da die für eine Satzungsänderung notwendige Anzahl anwesender Mitglieder nicht erfüllt ist (es fehlte ein Mitglied).

zu 6.

Die Leitung der Wahl übernimmt Herr Fay.

Vorschläge für die einzelnen Vorstandsposten sind:

- 1. Vorsitzender - Christian Teichmann
- 2. Vorsitzende - Elisabeth Schöning
- Schriftführer - Eckehard Binder
- Schatzmeister - Nikolaus Lorenz
- Beisitzer - Jürgen Brzoska

Jede/r der vorgeschlagenen Kandidaten wird mit jeweils 9 JaStimmen, 1 Enthaltung und 0 Nein-Stimmen gewählt.

Alle Kandidaten nehmen die Wahl an.

Da es schon sehr gute Erfahrungen mit einem erweiterten Vorstand gibt, ernennt die Mitgliederversammlung Reinhold Jordens-Höke und Wilfried Steen als zusätzliche Beisitzer.

Frau Camerer und Frau Mohr werden als Kassenprüferinnen gewählt (jeweils 9 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung, keine Nein-Stimmen).

zu 7.

Da die ABM-Stelle von Rainer Ulfers im Juli '92 beendet ist, muß überlegt werden, in welcher Form die Arbeit fortgeführt werden kann.

Zur ABM-Situation ist zu sagen, daß in Braunschweig im Jahr 1992 50-70% weniger ABM-Stellen genehmigt werden.

Im Bereich Sozialarbeit/-pädagogik werden nur in Ausnahmefällen neue ABM-Stellen eingerichtet.

Aus diesem Grund diskutiert die Mitgliederversammlung verschiedene Möglichkeiten, wie zumindest ein Teil der anfallenden Arbeiten erledigt werden kann.

a) Es wird überlegt, eine ABM für den Bereich der Bürotätigkeiten als Halbtagsstelle zu beantragen; lt. Auskunft des Arbeitsamtes wird eine Teilzeit-ABM nur mit 75% gefördert.

Bei einer evtl. Beantragung muß die AAA verantwortlich prüfen, ob eine Teilzeit-ABM überhaupt sinnvoll (für die/den Betroffene/n) sein kann.

b) Eine andere Möglichkeit besteht darin, jemanden über die speziellen Förderungsmöglichkeiten für über 50-Jährige einzustellen.

c) Die dritte aber am wenigsten aussichtsreichste Möglichkeit wäre der erneute Versuch eine ABM im Bereich "Sozialarbeit/pädagogik" zu beantragen. Die Mitgliederversammlung beschließt, daß der Vorstand alle Varianten mit dem Arbeitsamt abklärt und danach entscheidet.

zu 8.

R. Ulfers gibt einen kurzen Überblick über die Aktivitäten der AAA 1991. 1991 wurden folgende Projekte unterstützt:

- mondo X
- "Wegstecker" e. V.
- Propsteistelle (Ilsabe Schwarz)
- Verein f. Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger Wolfenbüttel
- Braunschweiger Institut für Fachberatung u. Fortbildung (biff)

Die AAA setzte sich im vergangenen Jahr stark für die Änderung des Spendengesetzes der Landeskirche ein, damit nicht nur Theologen /Theologinnen gefördert werden können (arbeitslose Theologen/Theologinnen gibt es in der Landeskirche auf absehbare Zeit nicht), um somit z.B. im sozialen Bereich zumindest einige befristete Stellen zu schaffen (analog zum Beschäftigungsfonds der LK Hannover); bisher sind die Bemühungen allerdings von der landeskirchl. Bürokratie blockiert worden.

Im Frühjahr 1991 organisierten Zander (Diak. Werk), Alerdshausen (Haus kirchl. Dienste) und Ulfers (AAA) ein Treffen für kirchl. Mitarbeiter/-innen in ABM. Es gab versch. Werbeaktionen für die AAA:

- Beilage im Mitgliederinfo des Vereins kirchl. Mitarbeiter (VKM)
- Brief an alle Probeprediger der Landeskirche
- Brief an alle Mitgliedspfarrer/-innen zwecks Berücksichtigung der AAA bei den Kollekten

Eine geplante MV zum Thema "Langzeitarbeitslosigkeit" mußte aus Termenschwierigkeiten der Referenten erst einmal abgesagt werden.

Eine Veranstaltung mit Herrn Weiß vom Fachvermittlungsdienst des Arbeitsamtes BS zum Thema "Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im kirchl. Bereich" fand im November 91 in der Wicherngemeinde statt.

Die AAA ist weiterhin im "Arbeitskreis Arbeitslosigkeit in BS und Umgebung" sowie in ZEPRA (Landesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosenprojekte f. Erwachsene in Niedersachsen) und im Propsteibeirat "Arbeit mit Arbeitslosen" aktiv vertreten.

R. Ulfers erläutert das geplante Projekt "Gemeindeorientierte Beratungs- und Betreuungsangebote für Langzeitarbeitslose":

das Projekt richtet sich vorrangig an die Erwerbslosen, die von der über ein Jahrzehnt anhaltenden Massenarbeitslosigkeit körperlich und seelisch verletzt und oftmals in eine für sie ausweglos erscheinende Situation gebracht worden sind.

Langzeitarbeitslose sind lt. Arbeitsamt diejenigen, die 1 Jahr und länger arbeitslos sind.

So waren im Arbeitsamtsbezirk BS Ende 1990 von den 21.036 erwerbslos Gemeldeten ca. ein Drittel (6.834) 1 Jahr u. länger arbeitslos.

Die psycho-soziale Situation Langzeitarbeitsloser ist oftmals gekennzeichnet

durch materielle Verarmung (hohe Verschuldung, drohende Obdachlosigkeit) aber auch durch sinkendes Selbstbewußtsein, Kontaktverluste, Beziehungsprobleme. Als Reaktion auf diese gesellschaftlich bedingten Umstände antworten viele Menschen mit der Flucht in Süchte (Alkohol-, Drogen-, Medikamenten-, Spielsucht, Eßstörungen etc.); auch psychische und psychosomatische Erkrankungen tauchen vermehrt auf.

Auf diesem Hintergrund und aus der Überlegung heraus, wie Erwerbslosenberatung/-betreuung dauerhafter finanziert werden kann, haben Thomas Zander (Diak. Werk) und Rainer Ulfers (AAA) o.g. Konzeption für ein Projekt erarbeitet, das über das sogenannte 490-Mio-Programm der Bundesregierung gefördert werden kann.

Auf Empfehlung des Arbeitsamtes wurde zuerst eine ABM beantragt, die damit beauftragt werden soll, Schwerpunkte innerhalb des Stadtgebietes für gemeinde-nahe Beratungs- und Betreuungsgruppen zu eruieren.

Der Propsteibeirat hat die Realisierung dieses Projektes als Schwerpunkt seiner Arbeit übernommen. Die ABM-Kraft wird höchstwahrscheinlich zum 01.04.92 mit der Arbeit beginnen.

Der Beirat plant dazu die Gründung eines Vereins, in dem Kirchengemeinden Mitglied werden und somit die Arbeit finanziell und ideell unterstützen.

Die Mitgliederversammlung der AAA beschließt diesem Verein ebenfalls beizutreten.

Für weitere Informationen zum Projekt steht R. Ulfers zur Verfügung.

zu 9.

Es wird angeregt, die Werbung für die AAA über den engen innerkirchlichen Rahmen hinauszubringen.

Es sollen besonders auch Gemeindemitglieder und nicht nur kirchl. Funktionsträger gewonnen werden; hierzu wird der Vorschlag gemacht, eine DIN A5- Seite für die diversen Gemeindebriefe zu entwerfen.

Christian Teichmann

(Christian Teichmann, 1. Vorsitzender)

Rainer Ulfers

(Rainer Ulfers, Protokollführer)

Eckehard Binder

(Eckehard Binder, Schriftführer)

**KURZPROTOKOLL
VORSTANDSSITZUNG DER AAA VOM 23.04.1992**

Anwesende: Binder, Brzoska, Steen, Schöning, Teichmann, Ulfers

1) Termine etc.

Die MV des Diak. Werkes findet am 30.04.92 statt; R. Ulfers nimmt für die AAA daran teil. Das Protokoll der letzten MV der AAA wird demnächst verschickt. Die AAA hat ein neues Mitglied (Herta Holz) und einen neuen Spender (Martin Granse). Der Vertrag von R. Ulfers läuft zum 22.07.92 aus, letzter Arbeitstag ist der 26.06.92 (Rest ist Jahresurlaub).

2) evtl. geplante Veranstaltung

Auf der letzten MV wurde bereits die Idee kurz angerissen, in Verbindung mit Diskussionen im Gesprächskreis zur Dritten Welt eine Veranstaltung zum Thema "Teilen" durchzuführen; die Idee muß auf einer der nächsten Vorstandssitzungen konkretisiert werden.

3) Antrag Lehndorfer Jugendwerkstatt

Die Lehndorfer Jugendwerkstatt beantragt, den gewährten Kredit von 10.000 DM in einen Zuschuß umzuwandeln. Der Vorstand beschließt, daß der Kredit als Zuschuß eingeplant wird, eine endgültige Entscheidung darüber muß aber in der nächsten MV gefasst werden.

4) AAA-Stelle

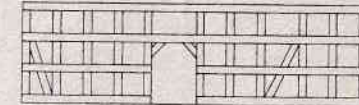
R. Ulfers informiert über die Gespräche mit dem Arbeitsamt bzgl. einer neuen ABM. Aufgrund der Kürzungen im ABM-Bereich und Verschärfungen der Förderkriterien (momentan werden nur noch vom Arbeitsamt initiierte ABM finanziert) ist eine Neubeantragung einer ABM auch im Bürobereich sehr unrealistisch; ähnlich sieht es mit Lohnkostenzuschüssen für ältere Mitarbeiter aus. Es werden dann verschiedene Überlegungen angestellt:

- Büroarbeiten können durch eine Honorarkraft erledigt werden (hier gibt es schon eine Interessentin)
- es wird nochmal eine ABM im sozialen Bereich beantragt, da vielleicht noch Gelder über einen Nachtragshaushalt bewilligt werden
- die AAA setzt sich dafür ein, daß die 1/2 Popsteinstelle (ehemals Frau Schwarz) zu einer ganzen Stelle aufgestockt wird; somit wäre dann eine Stelle in der Landeskirche für den Bereich "Arbeitslosigkeit" vorhanden; hierdurch könnten viele Tätigkeiten, die im Moment von R. Ulfers erledigt werden (Gremienarbeit, Kontakte zu anderen Initiativen, Fortentwicklung von Konzeptionen etc.) abgedeckt werden. Hierüber muß im Propsteibeirat verhandelt werden.

Nächste Vorstandssitzung: 02. Juni 1992, 20.00 Uhr bei Herrn Brzoska, Isoldestr. 19a, BS.

Lehndorfer Jugendwerkstatt e.V. „Alte Ziegelei“
Theodor-Francke-Weg 47 · 3300 Braunschweig

ALTE ZIEGELEI



An die
Aktion Arbeitslosenabgabe
David - Mansfeld - Weg 8

3300 Braunschweig

Ihr Zeichen	Ihre Nachricht	Unser Zeichen pa/herk	Datum
			19.03.92

Liebe Damen und Herren,

ich stelle den Antrag, uns das freundlicherweise zinslos geliehene Darlehen in Höhe von DM 10.000,- in einen verlorenen Zuschuß umzuwandeln.

Unser Verein bewegt zwar eine Menge Geld, aber das bedeutet nicht, daß wir keine Finanzierungsprobleme haben.

So müssen wir in diesem Jahr an Personalkosten aus eigenen Mitteln ca. DM 60.000,- aufbringen. Außerdem müssen wir auch die Mittel für die Verwaltung und den sonstigen lfd. Betrieb aufbringen, für die wir von der Stadt einen Zuschuß von DM 50.000,- bekommen, durch welche die anfallenden Kosten aber nicht ganz abgedeckt werden.

So reißt die Tatsache, daß wir für die bisher anstandslos bewilligte 100-prozentige ABM - Förderung teilweise nur 75 % bekommen, eine uneingeplante Finanzierungslücke von DM 15.000,- bis DM 30.000,- je nach dem, wieviel Stellen, eine große Hilfe.

Mit freundlichem Gruß

H. Padel

Nord / LB
BLZ 250 500 00
Konto-Nr. 1 620 020

Vorstand: Vorsitzender Hartmut Padel, stellv. Vorsitzende Gertrud Raßler-Large,
Schatzmeister ~~Wolfgang~~, Schriftführer Eckhart Neander,
Beisitzer Helmut Völker (alle Braunschweig).

der
weg

Verein für gemeindenahere
sozialpsychiatrische Hilfen e.V.

Husarenstr. 32 Telefon (0531) 340238
3300 Braunschweig

DER WEG Husarenstraße 32 3300 Braunschweig

Geschäftsstelle der
Aktion ARBEITSLOSEN-ABGABE
David-Mansfeld-Weg 8

3300 Braunschweig



Mitglied im Dachverband psychosozialer Hilfsverbände e.V.
Bundesverband der Angehörigen psychisch Kranker e.V.



Braunschweig, den 16.04.92

Antrag auf Bezuschussung der Teestubenarbeit

Sehr geehrte Damen und Herren!

Mit diesem Schreiben bitten wir um Ihre Unterstützung und möchten Ihnen kurz unsere Situation schildern:

Der Verein DER WEG bietet psychisch kranken Menschen in Braunschweig vielfältige Hilfen und Unterstützung bei der Bewältigung ihrer Krankheit. Unser Angebot umfaßt Einzel- und Gruppenberatungen; Angehörigen-Seminare; betreutes Einzelwohnen und Wohngemeinschaften; unterstützende Maßnahmen bei der beruflichen Wiedereingliederung; Hilfen beim Aufbau sozialer Kontakte und tagesstrukturierende Angebote in der Tagesstätte.

Im Arbeitsbereich der Tagesstätte waren seit Eröffnung 1984 ausschließlich ABM-Kräften beschäftigt. Erst in diesem Jahr können wir erstmals für eine ABM eine feste Stelle einrichten. Zur langfristigen Absicherung der Kontaktstelle ist darüberhinaus die Übernahme der Personalkosten einer weiteren ABM-Stelle für den Haushalt 1993 vorgesehen.

Auf dem Hintergrund dieser positiven Entwicklung konnten wir, trotz der drastischen Kürzungen der ABM-Mittel, die Verlängerung einer ABM-Stelle ins 3. Jahr erreichen; allerdings lediglich mit einer Förderhöhe von 75% (die bisher über ABM finanzierte dritte Fachkraft wurde auf Grund der knappen Mittel ersatzlos gestrichen)

...

- 2 -

Die verbleibende Eigenleistung von 25 %, ca. 15.000,- DM, ist in unseren Haushaltsmitteln nicht enthalten und muß daher aus Spendenmitteln aufgebracht werden. Dies bedeutet für einen so kleinen Verein wie dem unsrigen natürlich eine enorme finanzielle Belastung und Unabwägbarkeit.

Das Angebot der Kontaktstelle/Tagesstätte, ein wesentlicher Bestandteil der gemeindeintegrierten Versorgung psychisch kranker Menschen in Braunschweig, kann nur bei Erhalt einer zweiten Personalstelle weitergeführt werden. Auch der bevorstehende, seit langem geplante Umzug der Tagesstätte in größere, geeignetere Räumlichkeiten wird ohne eine Absicherung der Personalstellen seinen Sinn verlieren.

In dieser schwierigen finanziellen Situation wenden wir uns daher mit der Bitte an Sie zu prüfen, ob Sie Möglichkeiten sehen uns mit einem Zuschuß zu unterstützen und damit die Fortführung der Tagesstättenarbeit zu ermöglichen.

Über einen positiven Bescheid würden wir uns sehr freuen,

mit freundlichen Grüßen
Verein DER WEG

B. Hethier

Beate Hethier
(Geschäftsführerin)

Zur Kenntnisnahme für
die nächste Vorstandssitzung
am 02. Juni 92, 2000
bei Herrn Borzaska.

R. Lefers

Kurzprotokoll der Vorstandssitzung v. 02.06.92

Anwesend waren: Brzoska, Jordens-Höke, Steen, Teichmann, Ulfers

1) Infos

Die AAA hat 2 Kollekten erhalten: Wicherngemeinde (163,38 DM), St. Magni (385,57 DM).

R. Ulfers gibt einen kurzen Überblick über den Diskussionsstand im Propsteibeirat: das geplante Projekt (Beratungs- und Betreuungsangebote für Langzeitarbeitslose) muß erst einmal auf Eis gelegt werden, da das Förderprogramm der Bundesregierung, über das diese Maßnahme finanziert werden sollte, im Rahmen der Sparmaßnahmen z.Zt. keine neuen Projekte mehr fördert.

Die in Absprache mit dem Arbeitsamt beantragte ABM als Vorlauf für das Projekt wurde allerdings noch besetzt (Frau Uhde, Dipl.-Pädagogin hat ihr Büro in der Kreisstelle der Diakonie BS). Herr Mercker ist als Vorsitzender des Beirats zurückgetreten. Frau Wallmann und Herr Harburg (beide Weststadt) nehmen jetzt diese Aufgabe war.

2) Anträge

Es wurden zwei Anträge behandelt:

a) der Antrag vom "Weg" grundsätzlich wurde dem Antrag auf Personalkostenzuschuß zugestimmt; allerdings wurde zu Bedenken gegeben, daß unter Umständen in der nächsten Zeit verstärkt ähnliche Anträge auf die AAA zukommen, da im ABM-Bereich stark gekürzt wird. Die AAA müßte dann grundsätzlicher darüber beraten, wie sie in solchen Fällen reagiert, weil es nicht Aufgabe des Vereins sein kann, die unsozialen Kürzungen der Bundesregierung auszugleichen.

Dem "Weg" werden 2.000 DM überwiesen

b) Antrag von "Zeptra", der Landesarbeitsgemeinschaft der Arbeitslosenprojekte für Erwachsene in Niedersachsen gestellt an alle 3 AAAs (BS, H, OL)

ZEPRA bittet um Fahrtkostenunterstützung für einen Sonderzug nach Bonn am 17. Juni, um dort gegen den Sozialabbau und speziell gegen die ABM-Kürzungen zu demonstrieren.

Geplant ist diese Aktion von der "AG-Zündstoff" aus Hamburg, einem Zusammenschluß von Projekten und Initiativen aus dem Sozial-, Gesundheits- und Kulturbereich, die sich speziell als Reaktion auf die ABM-Streichungen zusammengesetzt haben, denn gerade für kleinere Projekte bedeuten die Streichungen gleichzeitig das Ende jahrelanger Arbeit.

ZEPRA unterstützt die Aktion finanziell und ideell und rührt niedersachsenweit die Werbetrommel.

Da auch aus BSer Projekten Leute bei der Aktion mitmachen wollen, unterstützt die AAA den Sonderzug mit 300 DM.

3) Sonstiges

Vom Arbeitskreis "Arbeitslosigkeit in BS und Umgebung" ist ein

Treffen geplant, daß analog zur AG-Zündstoff in Hamburg versucht, die verschiedenen Initiativen aus dem Sozial-, Gesundheits- und Kulturbereich zusammenzuholen, um an weiteren Schritten zu überlegen bzw. sich erst mal einen Überblick über die Situation im Hinblick auf die Kürzungen bei ABM und anderen Fördertöpfen zu verschaffen.

R. Ulfers stellt einen ABM-Antrag für die AAA-Stelle (auch wenn das wenig Erfolg verspricht).

Beim Sozialamt wird gleichzeitig nochmal bzgl. einer HzA-Stelle nachgefragt.

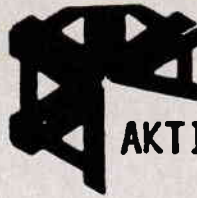
Frau Krause (Lehndorfer Jugendwerkstatt) wird angesprochen, ob sie evtl. bei Nichtbesetzung der Stelle auf Honorarbasis die Buchungen etc. für die AAA erledigt.

Nächste Vorstandssitzung (und meine letzte) ist am **23. Juni, 14.00 Uhr bei Frau Schöning !!**

Es war aufgrund Urlaubszeit etc. kein Termin zu finden, an dem alle Vorstandsmitglieder können.

Liebe Grüße

R. Ulfers



AKTION ARBEITSLLOSEN-ABGABE

AAA e. V. David-Mansfeld-Weg 8 3300 Braunschweig

David-Mansfeld-Weg 8
3300 Braunschweig
Tel. 0531/51762

25.06.92

Liebe Mitglieder, liebe Spenderinnen und Spender,

da meine ABM-Stelle bei der Aktion Arbeitslosen-Abgabe im Juli zuende geht, möchte ich dies zum Anlaß nehmen, mich bei Ihnen für Ihre Unterstützung zu bedanken.

Durch Ihre Spenden wurden und werden ja nicht nur Projekte bezuschußt sondern auch die Restfinanzierung meiner ABM sichergestellt und somit erst meine Arbeit ermöglicht.

Die 2 Jahre bei der AAA boten mir die Möglichkeit meine bisherigen Berufserfahrungen, aber auch die eigenen Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit in die Tätigkeit einzubringen.

Daneben wurde ich mit neuen Aspekten sozialer Arbeit konfrontiert, konnte aber auch selbst neue Wege beschreiten und ausprobieren.

Ein Schwerpunkt meiner Arbeit war neben der Kontaktaufnahme und -pflege der bezuschussten Projekte die Förderung der Kommunikation und Vernetzung der unterschiedlichen Initiativen und Projekten.

Dazu rechne ich meine Mitarbeit im Arbeitskreis Arbeitslosigkeit in Braunschweig und Umgebung und in der Landesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosenprojekte für Erwachsene in Niedersachsen (ZEPRA) e.V. .

Besonders meine Vorstandstätigkeit bei ZEPRA hat mir immer wieder neue Impulse und Ideen gegeben, die ich dann in die Projekte vor Ort getragen habe.

So habe ich z.B. mit Kolleginnen und Kollegen aus Niedersachsen ein Fortbildungsprogramm konzipiert und durchgeführt, das sich an Sozialberater/innen in Erwerbslosenprojekten wendet.

Die Mitarbeit in diesen beiden Arbeitskreisen hat für mich gezeigt, daß für die Effektivität der Arbeit ein regelmäßiger Kontakt und Austausch unter den Projekten und Initiativen zwingend notwendig ist.

Ein weiterer Bereich meiner Arbeit war die Mitarbeit im Beirat für die Arbeitsstelle mit Arbeitslosen der Propstei Braunschweig und hier insbesondere die Entwicklung einer Konzeption für ein geplantes Projekt zur "Beratung und Betreuung schwervermittelbarer Langzeitarbeitsloser".

Dieses Projekt, daß auch beim Arbeitsamt auf großes Interesse gestossen ist und mit viel Elan vom Beirat unterstützt wurde, kann leider momentan nicht in die Praxis umgesetzt werden.

Geplant war eine Finanzierung über das "490-Millionen-Programm" der Bundesregierung; im Zuge der Sparmaßnahmen hat die Bundesregierung die Gelder für Neuanträge erst einmal eingefroren.

Allerdings wurde für die Vorarbeit eine ABM-Stelle bewilligt

1. Vorsitzender: Christian Teichmann

2. Vorsitzende: Elisabeth Schöning

Postfiliale Hannover (BLZ 260 100 30) Kto-Nr. 4938 77-307

SPENDEN AN DIE AKTION SIND STEUERLICH ABSETZBAR.

und besetzt (Dipl.-Pädagogin Frau Uhde), sodaß auf Propsteiebene weiterhin zur Thematik (Langzeit-)Arbeitslosigkeit gearbeitet werden kann.

Meines Erachtens ist es für die nächsten Jahre besonders wichtig, sich verstärkt mit der Situation langzeitarbeitsloser Menschen auseinanderzusetzen und hier nach neuen Wegen Ausschau zu halten. Aus der Erfahrung in den letzten Jahren ist deutlich geworden, daß eine intensive Beratungs- und Betreuungsarbeit nicht mit ABM-Stellen zu bewältigen ist.

Um eine längerfristige, kontinuierliche und an den Menschen orientierte Arbeit sicherzustellen, müssen auf jeden Fall feste Stellen geschaffen werden.

An diesem Punkt ist auch die Landeskirche gefordert, endlich den Synodenbeschlüssen und anderen verbalen Unterstützungen Taten folgen zu lassen.

Realistisch betrachtet wird sich die Situation vieler Projekte und Initiativen in der nächsten Zeit verschärfen, da allein im Arbeitsamtsbezirk Braunschweig ca. 700 ABM-Stellen gestrichen werden sollen.

Dies bedeutet für viele Einrichtungen, Projekte und Initiativen das Aus bzw. extrem schwierige Arbeitsbedingungen und verlangt eine breite Diskussion und Neuorientierung auch innerhalb der Kirche darüber, wie die bisher geleistete Arbeit (nicht nur im Erwerbslosenbereich) fortgesetzt werden kann.

Hierbei darf auch nicht an finanzpolitischen Grundsätzen der Landeskirche Halt gemacht werden. Die bisher "gefahrene" Rücklagenpolitik muß in ihrer jetzigen Form zur Disposition gestellt werden.

Es würde mich reizen, mich an diesen Diskussionen zu beteiligen; da ich aber plane Braunschweig zu verlassen, werde ich die Entwicklung wohl nur aus der Entfernung betrachten.

Abschließend möchte ich mich noch einmal beim Vorstand der Aktion Arbeitslosen-Abgabe herzlich bedanken.

Durch engagierte Diskussionen mit dem Vorstand wurde ich in meiner Arbeit ermutigt; gleichzeitig wurde mir viel Raum gelassen meine Arbeit selbstbestimmt und eigenverantwortlich anzupacken. Ganz besonders möchte ich mich an dieser Stelle bei Frau Schöning bedanken, die mich mit ihrem überaus großen Engagement in meiner täglichen Arbeit bestärkt hat und die viel Zeit in gemeinsame Gespräche, Besprechungen und Arbeitsplanungen investiert hat. Der Aktion Arbeitslosen-Abgabe wünsche ich viele aktive Mitglieder und viele Spenderinnen und Spender, die die Arbeit der AAA ideell und finanziell unterstützen.

Ich bedanke mich ganz herzlich bei Ihnen und wünsche Ihnen und der Aktion Arbeitslosen-Abgabe alles Gute!

Rainer Ulfers

(Rainer Ulfers, Dipl.-Sozialarbeiter/-pädagoge)

Kurzprotokoll der Vorstandssitzung vom 23.06.92

Anwesend waren Frau Schöning, Herr Steen, Herr Teichmann, Herr Ulfers

Die Aufgabenverteilung innerhalb des Vorstandes war nicht möglich, da einige Vorstandsmitglieder fehlten.

Bis auf weiteres wird Nikolaus Lorenz die Kassenbuchführung übernehmen.

Frau Schöning vertritt weiterhin die Adressen der AAA im Propsteibeirat.

Die Post geht per Nachsendeantrag an Frau Schöning.

Herr Steen hakt noch einmal beim Ausschuß für Ökumene, Mission und Diakonie bezüglich unserer Anfrage zum Spendenfonds nach, da wir immer noch keine Antwort haben.

Auf der nächsten Vorstandssitzung, die gleich nach der "Sommerpause" stattfinden muß, ist ein Thema die nächste Mitgliederversammlung.

Dabei wurde vordiskutiert, daß ein Thema "Langzeitarbeitslosigkeit" sein kann; Herr Steen fragt bei Herrn Fahlbusch; FH Hannover an; Frau Schöning erkundigt sich bzgl. Referenten bei Herrn Kittler (ZEPRA).

Ein weiterer Tagesordnungspunkt muß der Antrag der Lehndorfer Jugendwerkstatt auf Änderung des Darlehens (von 10.000 DM) in einen Zuschuß sein.

Herr Teichmann nimmt Kontakt mit dem "Weg" bzgl. offizieller Übergabe unseres Zuschusses auf.

Schlüssel für das Wichernbüro sind bei Frau Schöning.

Liebe Grüße

Rainer Ulfers



David-Mansfeld-Weg 8
3300 Braunschweig
Tel. 0531/51762

AAA e. V. David-Mansfeld-Weg 8 3300 Braunschweig , 19.08.92

An die Mitglieder
des Vorstandes der
A A A

Liebe Kollegin, liebe Kollegen,
absprachegemäß und damit Ihr auf gleichen Diskussionsstand
bleibt, verschicke ich das folgende Kurzprotokoll der
letzten Vorstandssitzung vom 12.08.92 bei Elisabeth Schöning.
Die Einladung verfolgte kurzfristig und telefonisch, als
Gast eingeladen Frau Regina Rosenkranz, BS, zum Kennenlernen
und zur Vorstellung als Honorarmitarbeiterin für die Buch-
führung. Entschuldigt nicht erschienen: Reinhold Jordens-Höke
und Nikolaus Lorenz.

* Nach kurzer Aussprache nach der Vorstellung von Frau Rosen-
kranz entschließt sich der Vorstand, Frau Rosenkranz die Buch-
führung der Vereinsarbeit zu übertragen, ihr ein Stundenhonorar
von DM 15,00 zu zahlen und einen Termin mit ihr und Herrn Ulfers
zur Einweisung in die Arbeit zu verabreden. (Di., 18.08. vorm.
Wichernhaus.) Jürgen Broska bittet einen befreundeten Richter,
einen "Dienstvertrag" aufzusetzen.

* Zu einer Förderungsanfrage des Gemeindepflegevereins St. Georg,
BS, wird beschlossen: Der vorliegende, relativ pauschale Antrag
wird "nett" abgelehnt und in Aussicht gestellt, einen neuen An-
trag mit Berücksichtigung der AAA-Vergaberichtlinien (Stellen-
schaffung für Arbeitslose) an den Vorstand zu richten, wenn der
Gemeindepflegeverein in diese Richtung etwas unternimmt. Elisabeth
Schöning will unser Mitglied P. Edgar Austen telefonisch darüber
unterrichten.

1. Vorsitzender: Christian Teichmann

2. Vorsitzende: Elisabeth Schöning

Postgiraamt Hannover (BLZ 250 100 30) Kto-Nr. 4938 77-307

SPENDEN AN DIE AKTION SIND STEUERLICH ABSETZBAR.

* Elisabeth Schöning setzt den Vorstand in Kenntnis über ihre Bemühungen für die im Herbst geplante Mitgliederversammlung, bei der ein kompetenter Referent zum Problem der Langzeitarbeitslosigkeit sprechen soll. Als Ergebnis der Aussprache ist festzuhalten: Eine Mitgliederversammlung zum o.g. Themenbereich wird für Montag, den 19. Oktober 1992 um 20.00 Uhr in die Gemeinderäume der St. Petri-Gemeinde BS eingeladen. Als Referent hat zugesagt der Geschäftsführer der "ZEPRÄ" (Landesarbeitsgemeinschaft der Arbeitslosen in Niedersachsen) Klaus Kittler. Mit Herrn Kittler ist als Arbeitsthema verabredet worden: "Langzeitarbeitslose haben keine Perspektive ohne Hilfe der Kirche".

Christian Teichmann wird zur nächsten Vorstandssitzung ein entsprechendes Einladungsschreiben als Arbeitsgrundlage mitbringen. Als "Fleißaufgabe" käme in Frage, an die Mitglieder des Pfarrervereins unter Bezugnahme auf den Brief, in dem die Einstellung des Spendenfonds mitgeteilt wurde, anzuschreiben, und auf die AAA und die AAA-Veranstaltung hinzuweisen.

* Die Mitgliederversammlung am 19.10.92 muß den Vorstandsbeschluß, das 10 000 DM-Darlehen an die Lehndorfer Jugendwerksatt in einen Zuschuß umzuwandeln, beschließen!

*** Die anwesenden Vorstandsmitglieder einigen sich auf den
02.09.92, 20.00 Uhr
bei Elisabeth Schöning
als Termin für die nächste Vorstandssitzung!**

In der Hoffnung, die wesentlichen Dinge festgehalten zu haben und Euch zur nächsten Mitgliederversammlung am 02.09.92 bei Elisabeth Schöning empfangen zu können, mit vielen Grüßen

Christian Teichmann



AAA e. V. David-Mansfeld-Weg 8 3300 Braunschweig

Christian Teichmann

Königsplatz
3181 Rahstedt 2 - Salzgitter, 10.09.92
Tel. 051387 130

Herrn
Erichard Binder
Gust-Renter-Straße 6
3320 Salzgitter

Protokoll der Vorstandssitzung der AAA vom 02.09.92 bei Elisabeth Schöning, Kinzigstr. 10 in BS.

Anwesendes Vorstandsmitglieder:

Jürgen Brzoska, Elisabeth Schöning, Wilfried Steen, Christian Teichmann

ad 1: in einem Dienstvertrag mit Frau R. Rosenkranz wird festgehalten, daß Frau Rosenkranz monatlich "bis zu 20 Stunden bei der AAA beschäftigt ist." Nach der Erfahrung mit der Aufarbeitung der Rechnungsbuchungen reichen diese 20 Stunden im Monat aus, daß Frau Rosenkranz für die AAA auch die Korrespondenz und den Versand von z.B. Rundbriefen und Einladungsschreiben an die Mitglieder übernimmt.

Eine Dienstvertragsunterzeichnung soll vorgenommen werden, wenn eine Zustimmung der Bezirksregierung für Frau Rosenkranz' Honorartätigkeit vorliegt.

Elisabeth Schöning nimmt die Lohnsteueranmeldung beim Finanzamt für die Monate August + September vor. Die weitere Steueranmeldung kann nach den tatsächlich geleisteten Stunden event. durch Frau Rosenkranz selbst nach Einarbeitung erfolgen.

ad 2: Es müßte eine informelle Mitteilung an P. Michael Gerloff erfolgen, daß Frau Elisabeth Schöning noch bis auf weiteres einen Schlüssel für das Büro im Wichernhaus hat, Christian Teichmann soll seinen persönlichen Draht zu Michael Gerloff einsetzen!

ad 3: Der Briefkopf unseres Briefbogens muß der gegenwärtigen Situation angepaßt werden: David-Mansfeld-Weg, BS soll verschwinden, die Namen und Tel.-Nr. von 1. + 2. Vors. sollen stattdessen erscheinen.

1. Vorsitzender: Christian Teichmann

2. Vorsitzende: Elisabeth Schöning

Postfiliale Hannover (BLZ 250 100 30) Kto-Nr. 4938 77-307

SPENDEN AN DIE AKTION SIND STEUERLICH ABSETZBAR.

ad 4: Einladungsschreiben zur Mitgliederversammlung am 19.10.92 wird mit Korrekturen versehen und gebilligt; am 19.10.92 findet eine Veranstaltung der AAA zum Thema Langzeitarbeitslosigkeit statt, damit wirklich nur inhaltlich zu diesem Thema gesprochen wird und die Veranstaltung nicht durch zig Regularien eine organisatorische Vollbremsung erfährt.

ad 5: Eine mögliche "Fleißaufgabe" an Frau Rosenkranz: Eine Kopiervorlage für Adressenetiketten von den Mitgliedern der BS-Pfarrervereins erstellen anhand es grünen Anhangs zum Pfarramtskalender.

ad 6: "Aus der Beiratsarbeit:" Die Vereinsgründung ist von seiten der Landeskirche genehmigt, die AAA kann nicht Mitglied in diesem Verein werden, doch muß eine satzungmäßige Verankerung der Mitarbeit seitens der AAA in diesem Verein gefunden werden.

Verschiedenes: Nikolaus Lorenz und Reinhold Jordens-Höke möchten bitte wieder regelmäßig zu den Vorstandssitzungen kommen.

Absprache über die nächste Vorstandssitzung: A) Mi., 07.10.92, 20.00h
bei E. Schöning
B) Di., 06.10.92 20.00h
bei C. Teichmann

Einladung und genaue Absprache muß noch erfolgen!!.

In der Hoffnung, kurz und klein die wesentliche Dinge der Vorstandssitzung notiert und protokolliert zu haben, lese ich das Ding auch nicht noch einmal auf Rechtsschreibfehler durch, sondern jage es durch den Kopierer und bringe es zum einmal täglich geleerten Briefkasten in Saalsdorf. (Es ist jetzt 23.45h, ich bin hundemüde und muß morgen wieder um 8.00 auf der Matte stehn.)

Macht's gut bis zum Wiederhörer/Wiedersehen

Christan Thielmann



AKTION ARBEITSLLOSEN-ABGABE

AAA e. V. David-Mansfeld-Weg 8 3300 Braunschweig

1.Vors.: Christian Teichmann
Tel. 05358 / 736

2.Vors.: Elisabeth Schöning
Tel. 0531 / 845598

An die
Pfarrer / - innen und die Emeriti
der Evang.- luth. Landeskirche
in Braunschweig

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Aktion Arbeitslosen-Abgabe Braunschweig e.V. wendet sich an Sie in einer Zeit, die für Langzeitarbeitslose nahezu aussichtslos ist. Die meisten ABM-Stellen - auch im kirchlichen Bereich - werden gestrichen oder sind schon abgelehnt. Öffentliche Zuschüsse für Arbeitslosenprojekte sind dahingeschmolzen.

Auch wenn es unbequem ist, müssen wir den Finger auf diese Wunde in unserer Gesellschaft legen. Auch wenn andere Themen im sozialen Bereich brennender erscheinen, dürfen wir nicht einfach wegsehen.

Jetzt werden Sie fragen:

Ganz recht, ganz meine Meinung, aber was kann ich tun, was können wir denn tun? Mit moralischen Appellen ist es doch nicht getan!

Ganz sicher nicht. Darum erlauben Sie uns, einen Wunsch zu äußern. Bitte unterstützen Sie unsere Aktion Arbeitslosen-Abgabe! Wir bieten Ihnen eine sinnvolle Verwendung Ihrer Abgabe im Sinne einer Förderung von Arbeitslosenprojekten für Langzeitarbeitslose.

Der Vorsitzende des Braunschweiger Pfarrerinnen- und Pfarrervereins, Pfarrer Jürgen Frisch, hat kürzlich in einem Rundschreiben darauf hingewiesen, daß im Augenblick Einzahlungen in den landeskirchlichen

Vorsitzender: Christian Teichmann, Kirchweg 4, 3181 Bahrdorf 2
stv.Vorsitzende: Elisabeth Schöning, Kinzigstr.10, 3300 Braunschweig

Konto: Postgiro Hannover 4938 77-307

Die AAA e.V. ist Mitglied des Diakonischen Werkes

SPENDEN AN DIE AKTION SIND STEUERLICH ABSETZBAR.

Spendenfonds nicht erforderlich seien, da arbeitslose Theologinnen /Theologen bzw. Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter erst wieder 1994 vor der Tür der Landeskirche stünden und vorhandene Stellen nicht ausreichen.

Lassen Sie die Zeit bis 1994 nicht tatenlos verstreichen! Stellen Sie einen Teil Ihres Einkommens für die zur Verfügung, die über keine Arbeit verfügen.

Die Aktion Arbeitslosen-Abgabe fördert Projekte im Bereich unserer Kirche und darüber hinaus, die vor allem Langzeitarbeitslosen zugute kommen. Bisher hat die Aktion schon weit über 100.000 DM allein aus Spendenmitteln für solche Projekte zur Verfügung gestellt. Zum Beispiel: Diakonische Beratungsdienste Goslar, "Neue Armut" in der Kreuzgemeinde Lehdorf, Jugendwerkstatt Lehdorf, Arbeitslosenprojekte in Seinstedt, Königslutter, Braunschweig.

Rufen Sie uns ruhig an, wenn Sie nähere Informationen wünschen:

- Christian Teichmann, Tel.: 05358/736
- Elisabeth Schöning, Tel.: 0531/ 845598
- Eckehard Binder, Tel. 05341/35728
- Nikolaus Lorenz, Tel.: 05171/17587
- Jürgen Brzoska, Tel.: 0531/16051(d) 323231(p)
- Reinhold Jordens-Höke, Tel.: 0365/311
- Wilfried Steen, Tel.: 0511/2796213(d) oder 05302/7271(p)

Außerdem laden wir Sie hiermit herzlich ein zu unserer Veranstaltung

"Langzeitarbeitslose haben keine Perspektive ohne
Hilfe der Kirche"

am Montag, dem 19.10.92 um 20.00h in den Gemeinderäumen der
Petrigemeinde, Lange Straße in Braunschweig. Referent ist
Klaus Kittler, Geschäftsführer von "ZEPRÄ", der Landesarbeits-
gemeinschaft der Arbeitslosenprojekte in Niedersachsen. Nach
dem Vortrag wird zu einer Aussprache Gelegenheit gegeben werden.

Mit freundlichem Gruß

Christian Teichmann



AAA e. V. David-Mansfeld-Weg 8 3300 Braunschweig, im Sept. 1992

1.Vors.: Christian Teichmann
Tel. 05358 / 736

2.Vors.: Elisabeth Schöning
Tel. 0531 / 845598

An die
Mitglieder der
Aktion Arbeitslosen-Abgabe

Liebe Mitglieder der AAA!

Wer aufmerksam Stimmen zur wirtschaftlichen Entwicklung verfolgt, bekommt den Eindruck, statt "Aufschwung Ost" wird es einen "Abschwung West" geben. Wir alle wissen ja, daß eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation immer mit zusätzlicher Arbeitslosigkeit verbunden ist. Und das Verhängnisvolle an der sich abzeichnenden Situation ist, daß der Bundesanstalt für Arbeit (d.h. den Arbeitsämtern) immer mehr Instrumente genommen worden sind, um aktiv für Beschäftigung, besonders auch für Langzeitarbeitslose zu sorgen.

Was in diesen Sätzen so nüchtern die gegenwärtige Entwicklung umschreibt, verdeckt aber nur, daß hinter allen Statistiken, Tabellen und Prognosen Lebensschicksale einzelner Menschen stehen. Wer Einblick in die Arbeit der z.B. von der AAA unterstützten Projekte nimmt, wird der These zustimmen, die wir als Thema unserer Veranstaltung am Montag, dem 19.10.92 um 20.00h in den Gemeinderäumen der Petriemeinde, Lange Straße in Braunschweig bestimmt haben:

"Langzeitarbeitslose haben keine Perspektive ohne Hilfe der Kirche".

Unser Referent, Klaus Kittler, ist ein Fachmann, er ist Geschäftsführer von "ZEPRA", der Landesarbeitsgemeinschaft der Arbeitslosenprojekte in Niedersachsen, der "Lobby" der Initiativen und Projekte, die in unserer Ziesetzung arbeiten.

Wir möchten unsere Mitglieder zu dieser Veranstaltung zum o.g. Termin und Thema einladen. Wir verzichten bewußt auf die Einberufung einer ordentlichen Mitgliederversammlung, damit wir in aller Ruhe und Ausführlichkeit dem Referenten und seinem Thema sowie einer anschließenden Aussprache unsere Aufmerksamkeit widmen

können.

Geben Sie sich also einen "Ruck", lassen "Pastorensontag" "Pastorensontag" sein und Kommen Sie zu unserer Veranstaltung in die Räume der Petrigemeinde in Braunschweig, die uns dankenswerter Weise ihre Räume zur Verfügung stellt.

In der Hoffnung, Sie alle am 19. Oktober 1992 begrüßen zu können, mit herzlichem Gruß

Ulrich Ferdinand

P.S.: Als Parkplätze für Autofahrer kommen die Parkflächen in der Straße "An der Petrikerche" in Frage sowie die Parkflächen am Eulenspiegelbrunnen.





AKTION ARBEITSLSEN-ABGABE

AAA e. V. David-Mansfeld-Weg 8 3300 Braunschweig

1.Vors.: Christian Teichmann
Tel. 05358 / 736

2.Vors.: Elisabeth Schöning
Tel. 0531 / 845598

Braunschweig, den 9.10.92

Sehr geehrte

Protokoll der Vorstandssitzung der AAA vom 06.10.92 bei Elisabeth Schöning, Kinzigstr. 10 in BS.

Anwesende: Elisabeth Schöning Vorstandsvorsitzende
Christian Teichmann
Regine Rosenkranz

1. Das Wichtigste soll zuerst erwähnt werden: Die nächste Vorstandssitzung findet statt am 26.11.92 um 20 Uhr
bei Frau Schöning, Kinzigstr.10 in Braunschweig!

Alle Vorstandsmitglieder werden hiermit eindringlich gebeten, zu der Sitzung zu erscheinen!

2. Als Vorbereitung zur Veranstaltung am 19.10.92 wird Frau Schöning Kontakt mit Herrn Pastor Hille aufnehmen wegen der Bewirtung und atmosphärischen Gestaltung. Herr Teichmann will die inhaltliche Absprache mit dem Referenten Herrn Kittler sowie die Gesprächsleitung am Vortragsabend selbst übernehmen.
3. Bei der Durchsicht der Spendenliste sind wir auf Lücken gestoßen, die zum Teil durch Umzüge bedingt sein könnten. In einem Brief zum Jahreswechsel sollen die betreffenden Mitglieder an die Änderung ihres Dauerauftrages erinnert werden.
4. Bei den übrigen versiegten Spendenquellen sollen die Vorstandsmitglieder ihre Beziehungen nutzen und in Privatgesprächen an die Spendenbereitschaft appellieren. (Nähere Angaben können Frau Schöning bzw. Herr Teichmann geben.)
5. Weiter entfernt verzogene Mitglieder werden aus der Adressenliste gestrichen wie z.B. Hans-Jürgen Hoffmann (nach Cloppenburg) und Jörg Schmidt (ab Jan. nach Wuppertal).
6. Die WegsteckAr e.V. hatte der AAA eine Einladung zu einem Hoffest geschickt, was Frau Schöning zu Erkundigungen über die Finanzbedürfnisse dieser Organisation angeregt hat. Frau Schöning wurde

Aktion Arbeitslosen-Abgabe

in Braunschweig e.V.
Postgiraamt Hannover (BLZ 250 100 30) Kto-Nr. 4938 77-307

SPENDEN AN DIE AKTION SIND STEUERLICH ABSETZBAR.

an "balz" verwiesen, wo sie Näheres über die Finanzlage der "WegsteckAr" klären wird.

7. Es wurde bedauernd festgestellt, daß aus Gründen der Finanzknappheit wenig neue Projekte zur Arbeitslosenunterstützung entstehen.
8. Die endgültige Ablehnung einer neubeantragten ABM- Kraft liegt schriftlich vor.
9. Frau Rosenkranz hat die schriftliche Genehmigung der Bezirksregierung über eine begrenzte Nebentätigkeit vorgelegt und ihren Arbeitsvertrag mit der AAA unterschrieben, der Buchführung und Versand von Einladungen, Korrespondenzen etc. vorsieht.
10. Ein Protokollexemplar von den Vorstandssitzungen wird in der Akte im Büro David-Manfeld-Weg abgeheftet u. dort einzusehen sein.
11. Zu guter Letzt soll nochmals an die nächsten Veranstaltungen erinnert werden:

am 19.10.92 um 20 Uhr in der Petrigemeinde Vortrag: 'Herr Kittler von ZEPRA

am 26.11.92 um 20 Uhr bei Frau Schöning, Kinzigstr. 10, Braunschweig, Vorstandssitzung

Mit freundlichen Grüßen!

Regine Rosenkranz



AAA e. V. David-Mansfeld-Weg 8 3300 Braunschweig

1.Vors.: Christian Teichmann
Tel. 05358 / 736

2.Vors.: Elisabeth Schöning
Tel. 0531 / 845598

Braunschweig, den 27.11.92

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren!

Protokoll der Vorstandssitzung der AAA vom 26.11.92 bei Elisabeth Schöning, Kinzigstr. 10, BS.

Anwesende: Elisabeth Schöning, Christian Teichmann (Vorstandsvorsitzende),
Eckehard Binder, Jürgen Brzoska, Reinhold Jordens-Höke,
Nikolaus Lorenz, Wilfried Steen, Regine Rosenkranz.

Sehr erfreulich - der Vorstand war vollzählig vertreten!

Nächster Sitzungstermin: Donnerstag, den 17.12.92 wieder bei Fr. Schöning
20 Uhr

Folgende TOPs wurden abgehandelt:

1. Zu der Voranfrage der ZEPRA, Lange Laube 22, Hannover, nach finanzieller Unterstützung für ihre Sach- u. Personalkosten will Herr Lorenz klären, ob durch Mitgliedschaft u. beiträge der AAA 1993 bei ZEPRA eine indirekte finanzielle Unterstützung der bessere Weg sei, da - so wurde zu bedenken gegeben - es sich bei ZEPRA mehr um einen Dachverband als um ein den Vergaberichtlinien der AAA entsprechendes direktes Arbeitslosenprojekt handelt. Über die Beitragshöhe kann noch verhandelt werden. Die Mitgliederversammlung der AAA soll über den Beitritt zu ZEPRA abstimmen.
2. Für das Jugendzentrum Drachenflug e.V. zur Förderung der offenen Jugendarbeit wurde einstimmig die weitere Gewährung eines Zuschusses von 2000,-DM zur Unterstützung von Bildungsseminaren beschlossen, die Langzeitarbeitslosen Computer-Grundwissen zusätzlich zu den bisherigen Trainingskursen anbieten.
Laut Kassenbuch, S.40, war "Drachenflug" bereits im Februar 1992 ein Betrag von 3000,-DM zugekommen.
3. Bei der Gründungsversammlung der "Aktion Brückenbau" in BS Anfang Dezember wird Frau Schöning feststellen, ob die AAA als künftiges Vorstandsmitglied dieses Vereins Erfahrungen wird einbringen können oder ob wenigstens eine Persönlichkeit des AAA-Vorstandes in den Beirat von

Aktion Arbeitslosen-Abgabe

in Braunschweig e.V.
Postfach Hannover (BLZ 250 100 30) Kto-Nr. 4938 77-307

SPENDEN AN DIE AKTION SIND STEUERLICH ABSETZBAR.

"Brückenbau" berufen werden kann.

4. Frau Schöning will sich um Verlängerung des Post-Nachsendeantrages bemühen, der Mitte Dezember ausläuft.
5. Herr Steen will mit Herrn Gerloff besprechen, ob das Büro in der Geschäftsstelle David-Mansfeld-Weg 8 wird bestehen bleiben können.
6. Das Sozialamt bietet als Nachfolgerin für die Geschäftsstellenarbeit des als ABM - Kraft ausgeschiedenen Herrn Ulfers eine Sozialarbeiterin für 1 Jahr an. Mit Frau Kappellmann, die Sozialhilfe empfängt und deren Stelle zu 100% durch die Stadt bezuschußt wird, wird Anfang Dezember ein Vorstellungsgespräch mit Vorstandsmitgliedern stattfinden, worüber auf der nächsten Vorstandssitzung am 17.12.92 berichtet werden soll. Über eine mögliche Form der Zusammenarbeit mit Frau Rosenkranz während der eventuellen Einarbeitungszeit der Frau Kappellmann ab 1.1.93 müßte dann noch beraten werden.

Eine besinnliche Adventszeit wünscht Ihnen

Ihre

Regine Rosenkranz

Wilfried Steen

Falkenring 13
3303 Vechelde
Tel. 05302/7271

27. 11. 92

Liebe AAA - Vorstandsmitglieder,
ich schicke Ihnen / Euch den letzten
Beschluss der EKD - Synode zum
Thema Arbeitslosigkeit. Die For-
derungen finde ich wichtig und
unterstützenswert. Wir sollten
unseren Mitgliedern diesen Be-
schluss beim nächsten Rund-
brief mitteilen.

Herzliche Grüße
Wilfried Steen

Anlage

BESCHLUSS

der 8. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland

auf ihrer 3. Tagung

zur

Lastenverteilung und Hilfen für Arbeitslose

Mit der Wiedergewinnung der staatlichen Einheit ist in Deutschland die Überwindung der krassen Unterschiede zwischen West und Ost zur überragenden sozialen Herausforderung geworden. Im Vordergrund steht die Situation der vielen Menschen, die arbeitslos geworden sind. Massenarbeitslosigkeit und zunehmende Langzeitarbeitslosigkeit dürfen nicht schicksalhaft hingenommen werden. Diese Aussagen aus dem Bericht des Rates der EKD hat die Synode zum Anlaß genommen, folgende Erklärung abzugeben:

Die menschlichen und gesellschaftlichen Probleme aufgrund der Arbeitslosigkeit spitzen sich in Deutschland zu, insbesondere in den neuen Bundesländern. Aber auch in den westlichen Bundesländern wächst die Zahl der Arbeitslosen. Es bedeutet für die Betroffenen und ihre Familien Perspektivlosigkeit, Resignation, Ausgrenzung, Benachteiligung und Ohnmachtserfahrungen. Es droht eine konflikträchtige Spaltung der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer des deutschen Einigungsprozesses.

Die Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes soll nach dem Willen der Bundesregierung die Forderung umsetzen, in der Arbeitsverwaltung in Zukunft ohne Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt auszukommen. Damit entzieht sich die Bundesregierung ihrer Verantwortung für die Arbeitsmarktpolitik. Der Weg, sich angesichts knapper Mittel auf die Arbeitslosenversicherung und Lohnersatzleistungen zu konzentrieren, geht voll zu Lasten derer, die ohnehin am Arbeitsmarkt benachteiligt sind. Verfestigung von Langzeitarbeitslosigkeit und Ausgrenzung statt Integration sind die absehbaren Folgen.

Wenn es notwendig ist, öffentliche Mittel einzusparen, dann müssen sozial akzeptable Prioritäten gesetzt werden. Es muß verhindert werden, daß gerade Arbeitslose zu Opfern der Sparpolitik werden.

Die Lasten sind schon jetzt einseitig verteilt. Es tragen sie vor allem die von Arbeitslosigkeit selbst Betroffenen, die Beitragszahler und -zahlerinnen im sozialen Sicherungssystem. Diese Einseitigkeit muß dringend beseitigt werden.

Aktive Arbeitsmarktpolitik muß höchste Priorität in der Haushaltspolitik haben. Notwendig ist eine "überbrückende Arbeitsmarktpolitik", die Menschen vor den zerstörerischen Folgen von Arbeitslosigkeit bewahrt. Sie erhält die in Zukunft notwendigen Quali-

fikationen und sichert gleichzeitig die in den verschiedenen Regionen vorhandenen. Statt Arbeitslosigkeit muß Arbeit finanziert werden. Vorhandene Konzepte im Bereich von Umwelt, sozialen und kulturellen Einrichtungen sind zu realisieren. Nur dadurch kann Langzeitarbeitslosigkeit eingedämmt werden.

Demgegenüber ist unverständlich, daß die jetzt vorgesehene Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes fast nur als Sparmaßnahme der öffentlichen Haushalte vorgesehen ist. Nicht Reduzierung, sondern qualitativer und quantitativer Ausbau von Arbeitsförderungsmaßnahmen ist erforderlich:

- Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen als flexibelstes und wirksamstes Instrument aktiver Arbeitsmarktpolitik müssen ausgeweitet werden.
- Die starren Kriterien einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme sind so zu ändern, daß dringend erforderliche Arbeit ermöglicht wird. Bereits vorliegende Modelle sollten geprüft, Haushaltsordnungen die dem entgegenstehen, entsprechend verändert werden.
- Arbeitslosenprojekte und -initiativen müssen längerfristig finanziert werden. Dies gilt insbesondere für die "Stammkräfte".
- Eine bessere inhaltliche und zeitliche Abstimmung der Förderprogramme aufeinander ist erforderlich, denn nur durch sinnvoll aufeinander bezogene Maßnahmeketten ist das Ziel beruflicher Wiedereingliederung zu erreichen.
- Konkrete Maßnahmen gegen Frauenarbeitslosigkeit sind von besonderer Bedeutung.
- Die Arbeitsmarktakteure müssen in Runden Tischen sozialer Verantwortung vor Ort zusammenwirken.

"Teilung muß durch Teilen überwunden werden" - dieser Appell hat bislang den erhofften Aufschwung nicht erbracht. Nicht nur Geld, auch Arbeit, Märkte, Aufträge sind damit gemeint.

Suhl, den 6. November 1992

Der Präses der Synode
der Evangelischen Kirche in Deutschland



EVANGELISCH-LUTHERISCHE LANDESKIRCHE IN BRAUNSCHWEIG

LANDESKIRCHENAMT

Landeskirchenamt · Postfach 1664 · 3340 Wolfenbüttel

3340 WOLFENBÜTTEL, 15.12.1992

Neuer Weg 88-90

Fernruf (05331) 802-0

Durchwahl (05331) 802-142

Telefax (05331) 802-220

An alle
Pfarrerinnen und Pfarrer
sowie alle Mitarbeiterinnen
und Mitarbeiter im Dienst
der Ev.-luth. Landeskirche
in Braunschweig

Ref. 40 Dr.Fi/Wo

(Vorstellendes Aktonzeichen bitte bei Beantwortung angeben)

Betreff
Spendenfonds

Sehr geehrte Damen und Herren,

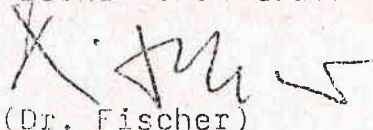
all denjenigen Spenderinnen und Spendern, die auch im ablaufenden Jahr 1992 Zahlungen an den Spendefonds nach dem Spendefondsgesetz der Landeskirche geleistet haben, sei sowohl im Namen des Kuratoriums und besonders seines Vorsitzenden, Herrn Pfarrer Frisch, herzlich gedankt.

Nachdem seit 1985 sechzehn Theologen sowie ein Kirchenmusiker gemäß dem Spendefondsgesetz Vergütungen erhalten konnten, hat es in den beiden letzten Jahren keine Anforderungen mehr an den Spendefonds gegeben.

Aus diesem Grunde hat das Kuratorium sich mehrmals mit der Frage beschäftigt, wie weiterhin mit dem Spendefonds verfahren werden soll. Das Kuratorium hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, die Spender über den Stand der Dinge zu informieren, ihnen zu danken und sie zu bitten, ihre Spenden ab 1993 vorläufig einzustellen bzw. ihren Abbuchungsauftrag bei der ZGAST zurückzunehmen, da einschließlich der landeskirchlichen Rücklagemittel, die ergänzend zu den Spenden in den Spendefonds fließen, derzeit ein Betrag von 580.000,-- DM vorhanden ist, und nach Angaben des Personalreferates des Landeskirchenamtes erst im Jahre 1994 möglicherweise wieder ein Bedarf entstehen wird. Dieser Bedarf soll dann zunächst aus den vorhandenen Mitteln bestritten werden, ehe erneut über eine Aktivierung des Spendefonds durch entsprechende Bitten an die Spender beraten wird.

Die Kirchenregierung hat diesem Beschluß des Kuratoriums zugestimmt und möchte ihrerseits allen Spenderinnen und Spendern sehr danken.

Mit freundlichen Grüßen



(Dr. Fischer)

Oberlandeskirchenrat

Perspektiven der Weiterarbeit:

Mit der Wiedervereinigung der Ev. Kirche in Berlin-Brandenburg wurde die Ost-Region auch zur Übernahme des westlichen Staatskirchenrechts einschl. Kirchensteuer- und Besoldungssystem genötigt. Spezifische Lernvorgänge in einer Diasporakirche wurden abgebrochen. Mehr als vor der Wende hängen die östlichen Landeskirchen am Tropf der EKD.

Unsere Initiative sucht Zusammenarbeit mit den ökumenischen Basisbewegungen in der Ex-DDR und Osteuropa sowie Vernetzung mit ähnlichen westdeutschen Gehaltsinitiativen. Wir arbeiten zusammen mit der "5% Initiative" im Ostbereich unserer Landeskirche. Da der Zusammenbruch des volkskirchlichen Systems in Gesamtdeutschland langfristig absehbar ist, möchten wir zur Entwicklung von Perspektiven und Strukturen einer ökumenisch solidarischen Kirche beitragen.

Auf der Weltkonferenz für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in Seoul 1990 und der ORK-Vollversammlung in Canberra 1991 hat der Süden der Erde unüberhörbar gemacht, wie er sich in der Entwicklung zur Weltmarktgesellschaft mehr denn je an den Rand gedrängt sieht.

Wir möchten in einigen Fällen Notwehraktionen und Zusammenschlüssen von Verelendeten unmittelbare Hilfe gewährleisten.

Ursula Urban
1/38 Dubrowstr. 35
Tel.: 801 61 36

Heidi Walsdorff
1/45 Am Pfarracker 48
Tel.: 772 20 47

Monika Weber
1/44 Fuldastr. 48/49
Tel.: 623 11 59

Klaus Wiesinger
1/20 Obstallee 22e
Tel.: 363 00 34

Kontaktpersonen:

Gerhard Niederstucke
1/41 Karl-Stieler-Str. 8a
Tel.: 795 85 91

Claus-D. Schulze
1/33 Hittorfstr. 21
Tel.: 831 53 07



Initiative

PfarrerInnengehalt/
Ökumenisches Teilen

Kirchlicher MitarbeiterInnen
in Berlin West

"Wenn die Kirchen im Norden nicht auch gegen die Strukturen und ungerechten Systeme des Nordens kämpfen, kann es keine echte Solidarität geben."

Dr. George Minan - Weltkonsultation für Ökumenisches
Miteinanderteilen in El Eskorial, Spanien 1987



Wer wir sind - was wir wollen:

Wir sind eine Initiative gutverdienender kirchlicher MitarbeiterInnen, die Kirche als Gemeinschaft von Geschwistern verstehen. Da Frieden und Gerechtigkeit nur in einer Weltgesellschaft gedeihen, in der die Güter der Erde gerechter verteilt werden, sollen sich auch die Besoldungs- und Dienstrechtsstrukturen in unserer Kirche an biblischen und ökumenischen Kriterien orientieren.

Mit diesem Interesse haben sich seit 1988 ca. 100 Westberliner PfarrerInnen, PastorInnen, VikarInnen, LaiInnen und Pensionäre zu einer Initiative zusammengeschlossen, deren Mitglieder 5% ihres Nettogehaltes für Projekte ökumenischen Teilens und die Erhaltung/Schaffung kirchlicher und kirchennaher Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Das ist die Hälfte der biblischen Regel des Zehnten die vermutlich die meisten Engagierten für sich gelten lassen. Das Hinzukommen kirchlicher MitarbeiterInnen, hauptamtlich wie ehrenamtlich, die einkommensmäßig ähnlich gut gestellt sind, tut uns willkommen. Wir haben Verständnis dafür, daß Mitglieder (z.B. Getrenntlebende) den Prozentsatz nicht voll erreichen, andere (z.B. Doppelverdiener oder mit einem '14 Monatsgehalt' durch Zinseinkünfte und Steuererstattungen) ihn überschreiten.

Die Initiative zielt auf die Veränderung der Gehaltsstruktur innerhalb der verfaßten Kirche. Da dies bisher über Synodenanträge nicht erreicht werden konnte, möchte die Initiative stellvertretend ein Zeichen setzen.

Wir setzen uns ein für:

- mehr Besoldungsgerechtigkeit. Unser Ziel ist ein einheitliches Dienstrecht für alle kirchlichen MitarbeiterInnen und Gehaltsangleichung auf mittlerem Niveau.

- die Absenkung kirchlicher Spitzengehälter (ab A 13) und im Zusammenhang damit für Stellenerhaltung oder -errichtung für wichtige kirchliche Aufgaben.

Wir unterstützen ökumenische und ökologische Projekte im Rahmen des konzi-liaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.

Wir vernetzen uns mit ähnlichen Initiativen in Ost- und West-Deutschland.

Die christliche Kirche hat mit ihrer Botschaft wie mit ihrer Ordnung zu bezeugen, daß sie allein Jesu Christi Eigentum ist, als dürfe die Kirche die Gestalt ihrer "Wir werfen die falsche Lehre, als dürfe die Kirche die Gestalt ihrer Botschaft und ihrer Ordnung ihrem Belieben oder dem Wechsel der jeweils herrschenden weltanschaulichen und politischen Überzeugungen überlassen." aus der 3. These der Barmer Theologischen Erklärung von 1934

Konkretionen:

Wir finanzier(ten) 1990-1993 u.a.:

- 1) Die landeskirchliche 1/2-Stelle der Redakteurin von "pro terra" (Zeitschrift des Umweltforums der Ev. Kirche Berlin-Brandenburg)
- 2) Ein Projekt für Landfrauen in Thailand
- 3) Das ökumenische Büro Berlin
- 4) Ein Projekt für landlose in Brasilien
- 5) Ein Projekt für Flüchtlinge in Südindien
- 6) Kindergruppenarbeit in Berlin - West
- 7) Eine halbe Stelle für einen Berater im Flüchtlingsrat Berlin.
- 8) Einen ökumenischen Friedensarbeiter für Rüstungskonversion
- 9) Ein Vikarsgehalt der Niederländisch-Ökumen. Gemeinde
- 10) Ausbildung von Mocambiquanern in der Ex-DDR
- 11) Materialien der Burundi-Solidarität
- 12) Arbeitsstelle "Ökonomie und Kirche"
- 13) Zwei Halbedeckungsstellen in Gemeinden
- 14) Kuba-Projekt

Einzahlungen bitte auf das Konto 'Johannes Müller - Sonderkonto Strukturreform', Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 20500, Kontonr. 3 0 4 9 5 0 0

Ich bin bereit, 5% meines Nettogehaltes im Rahmen der Initiative 'PfarrerInnengehalt / ökumenisches Teilen' auf das o.a. Sonderkonto zu überweisen. In bin interessiert, an folgenden Themenbereichen mitzuarbeiten:

Name

Adresse

Unterschrift

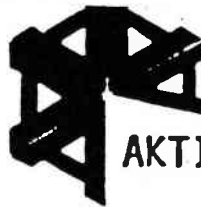
Abchnitt bitte zurücksenden an: Johannes Müller, Adolf-Scheidt-Platz 20, 1/42



**Aktion
Arbeitslosen
Abgabe**
In Braunschweig

Protokolle und Materialien 1993

Bericht zur Lehndorfer Jugendwerkstatt - einem langjährigen Partner der AAA



AKTION ARBEITSLÖSEN-ABGABE

AAA e. V. Poststraße 4 3302 Cremlingen 3

1.Vors.: Christian Teichmann

Tel. 05306 / 2207

2.Vors.: Elisabeth Schöning

Tel. 0531 / 845598

Schandelah, im Januar 1993

- Jahresbericht an die Mitglieder der AAA -

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder der AAA,

Unsere guten Wünsche für Sie im Jahr 1993 möchten wir mit herzlichem Dank für Ihre hohe Spendenbereitschaft 1992 verbinden. Wir hoffen auch weiterhin auf Ihre Unterstützung, denn trotz schwieriger Umorganisationen, die der AAA-Vorstand seit Mitte letzten Jahres zu meistern hatte, konnten vielen Arbeitslosenprojekten Zuschüsse zukommen wie z.B. an "Die Wegsteckar e.V.", b.i.f.f., Drachenflug (Hilfe für LZA), ZEPRA und "Der WEG".

Der Vorstand der AAA bemüht sich, die Folgen der Umbruchsituation so gering wie möglich zu halten, die im Juli 1992 entstanden ist, als Herrn Ulfers ABM-Stelle auslief und uns keine neue ABM-Kraft bewilligt wurde.

Als Schriftführerin konnte im August Frau Rosenkranz eingesetzt werden, die aus familiären Gründen vorübergehend vom Schuldienst beurlaubt ist und die Schreibarbeit auf Honorarbasis zu Hause in enger Absprache mit dem AAA-Vorstand durchführt.

Da das Büro im David-Mansfeld-Weg nicht mehr zu halten war, ist die Geschäftsstelle der AAA ab 20. Januar 1993 nach Schandelah in die Poststr. 4 verlagert worden, meiner neuen Pfarrstelle.

Unser Absenderstempel wird erst geändert, wenn ab Februar '93 die neuen Postleitzahlen bekanntgegeben werden.

Anfang März werden Sie eine Einladung zur Mitgliederversammlung erhalten, die am 23.3.93 um 20 Uhr in der Trinitatisgemeinde, Wendenturmstr. 1 stattfinden wird. (Braunschweig - Rühme)

Auf weiterhin gute Zusammenarbeit verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen!

Aktion Arbeitslosen-Abgabe
in Braunschweig e.V.

Ihr

Christian Teichmann

PGA Hannover (BLZ 250 100 30) Kto-Nr. 4938 77-307

SPENDEN AN DIE AAA SIND STEUERLICH ABSETZBAR.

Bitte unsere neue Anschrift beachten!

S.O.



AAA e. V. Poststraße 4 3302 Cremlingen 3

1.Vors.: Christian Teichmann

Tel. 05306 / 2207

2.Vors.: Elisabeth Schöning

Tel. 0531 / 845598

Braunschweig, den 24.1.93

Protokoll der Vorstandssitzung der AAA

vom 14.1.93 bei Fr. Schöning, Kinzigstr.10, 3300 Braunschweig

Anwesende: E. Schöning, Ch.Teichmann (Vorsitzende), R.Jordens-Höke,
J.Brzoska, W.Steen.

R.Rosenkranz (Schriftführerin)

Nächster Sitzungstermin: Dienstag, den 23. Februar 1993 20 Uhr bei
Herrn Brzoska, Isoldestr.19, 33 BS.

Wir bitten alle Vorstandsmitglieder zu erscheinen (notfalls mit Pappnase), da es u.a. um die Vorbereitung der ersten Mitgliederversammlung des Jahres 1993 Ende März gehen wird.

1. Nachdem Fr. Schöning viel Post erläutert u. nach ihrer Wichtigkeit geordnet hatte, wurde als neue offizielle Postanschrift der AAA die neu übernommene Pfarrstelle Christian Teichmanns beschlossen:

Poststr. 4

3302 Cremlingen 3

Tel.05306/2207

Nach Abschluß der Umzugsarbeit sollen demnächst die Unterlagen aus dem verwaisten Büro vom David-Manfeld-Weg bei Christian Teichmann in Schandelah archiviert werden.

2. Die Kontoauszüge von der EKK und der Postbank werden zukünftig zu Frau Rosenkranz, Ernst-Abbe-Weg 16, 33 BS geschickt werden.

3. Frau Rosenkranz erhielt den Auftrag, noch im Januar die Spendenbescheinigungen für 1992 zusammen mit einem Jahresbericht an alle Mitglieder zu schicken.

4. Der von Frau Rosenkranz erstellte vorläufige Finanzbericht wurde besprochen u. mit kleinen Änderungen versehen. Herr Steen schlug vor, eine übersichtlichere Neueinteilung der Einnahmen u. Ausgaben zu erstellen als die bisher übliche. Herr Steen hat diese Aufgabe selbst übernommen.

5. Herr Teichmann trug eine Anfrage von Herrn Dose vor, der in der Martin-Luther-Gemeinde Wolfenbüttel einen Förderverein für Arbeitslosengeldlose Jugendliche gegründet hat. Die Förderungs- in Braunschweig e.V.



AAA e. V. Poststraße 4 3302 Cremlingen 3

Forts. Protokoll vom 14.1.93

1.Vors.: Christian Teichmann

Tel. 05306 / 2207

2.Vors.: Elisabeth Schöning

Tel. 0531 / 845598

würdigkeit dieses Vereins nach den Richtlinien der AAA wird Herr Teichmann in einem persönlichen Gespräch prüfen.

6. Frau Schöning berichtete von der gut angelaufenen "Aktion Brückenbau". Da alle dem Diakonischen Werk angehörenden Vereine dort Mitglieder werden können, wurde dieses auch für die AAA möglich.

In den Vorstand der "Aktion Brückenbau" wurden als Vertreterin der AAA Frau Schöning gewählt; u.a. gehören zu den 7 Vorstandsmitgliedern auch Thomas Becker u. Johannes Hille.

An die "Aktion Brückenbau" sind 500,-DM zu zahlen. (Jahresbeitrag)

7. Bei der nächsten Mitgliederversammlung soll eine Spende in Höhe von 10.000,-DM zur Genehmigung vorgeschlagen werden. Dieses Geld soll als Zuschuß gezahlt werden, um Frau Uhde mit Hilfe einer halben Propsteistelle nach Auslaufen des ABM-Vertrages eine Fortsetzung ihrer erfolgreichen Arbeit zu ermöglichen. (Vorbereitende Koordination Aktion

8. Ab Mitte Februar '93 können die neuen Postleitzahlen erfragt werden, so daß erst danach ein neuer Adressenstempel für Schandelah in Auftrag gehen wird. Bis dahin bleibt schon offizielle Adresse der

AAA: Poststr. 4

3302 Cremlingen 3

Tel. 05306/2207

9. Als vorläufiger Termin für die Mitgliederversammlung wurde der 16.3.93 vorgesehen. Nach telefonischen Absprachen mit dem Gastgeber Thomas Becker und nicht anwesenden Vorstandsmitgliedern wurde der Termin nun endgültig auf Dienstag, den 23.3.93 verschoben. Ort der Veranstaltung soll das Gemeindehaus der Trinitatisgemeinde in Rühme, Wendenturmstr.1 sein. Eine genaue Einladung u. Wegbeschreibung erhalten Sie Anfang März.

+ beim Diakonischen Werk

Mit freundlichen Grüßen!

Ihr

Aktion Arbeitslosen-Abgabe
in Braunschweig e.V.

PGA Hannover (BLZ 250 100 30) Kto-Nr. 4938 77-307

SPENDEN AN DIE AAA SIND STEUERLICH ABSETZBAR.



AAA e. V. Poststraße 4 3302 Cremlingen 3

1.Vors.: Christian Teichmann

Tel. 05306 / 2207

2.Vors.: Elisabeth Schöning

Tel. 0531 / 845598

Schandelah, den 24.02.93

Protokoll der Vorstandssitzung der AAA vom 23.02.93 bei Herrn Brzoska,
Isoldestr.19a, 3300 Braunschweig

Anwesende: E.Schöning, Ch. Teichmann (Vorsitzende); R.Jordens-Höke,
J. Brzoska, E.Binder, N.Lorenz; R.Rosenkranz (Schriftf.)

Nächster Sitzungstermin: Donnerstag, den 22.April '93 20 Uhr bei
Fr. Schöning, Kinzigstr.10, 33 Braunsch.

Erstellung des Finanzplanes 1993:

Montag, den 15.März '93 16 Uhr bei Fr. Ro-
senkranz, Ernst-Abbe-Weg 16, 3300 Braunsch.
durch Herrn Lorenz u. Herrn Teichmann.

1. Zu Gast war Pastor Johannes Dose von der Martin-Luther-Gemeinde in Wolfenbüttel, der seinen Antrag zur finanziellen Unterstützung des 1992 gegründeten Fördervereins der Martin-Luther-Gemeinde erläuterte. Als Ziele des Vereins nannte Dose christlich orientierte Projekte, um Jugendlichen sinnvolle Zukunftsperspektiven aufzuzeigen. Die sozialen Probleme im Umfeld der Martin-Luther-Gemeinde, von denen Dose berichtete (Kaputte Elternhäuser, Verführung durch Neo-nazistische Gruppen, Drogenprobleme, Ziel- u. Wertelosigkeit) verdeutlichten die Notwendigkeit guter Jugendarbeit als Präventivmaßnahme gegen soziales Abrutschen u. Arbeitslosigkeit. Herr Dose überließ es dem Vorstand der AAA, zu prüfen, inwieweit eine Unterstützung den Zielen unseres Vereins entspräche u. in welcher Höhe eine Zuwendung erfolgen könnte. Es würde ein Betrag von ca. 10.000,-DM benötigt, um ab Sept.'93 eine Diakonin im Anerkennungsjahr zu beschäftigen. Die regelmäßigen Spendeneinnahmen von 1.500,-DM reichten zur Bezahlung dieser Arbeitskraft nicht aus. Außerdem sei erst noch zu klären, welche Zuschüsse vom Landeskirchenamt zu erwarten sind.

In der anschließenden Diskussion wurde die Förderungswürdigkeit dieses Antrages festgestellt u. die grundsätzliche Spendenbereit-

Aktion Arbeitslosen-Abgabe

in Braunschweig e.V.

PGA Hannover (BLZ 250 100 30) Kto-Nr. 4938 77-307

schaft beschlossen. Gedacht ist dabei an eine Zu-

SPENDEN AN DIE AAA SIND STEUERLICH ABSETZBAR.



AAA e. V. Poststraße 4 3302 Cremlingen 3

1.Vors.: Christian Teichmann

Tel. 05306 / 2207

2.Vors.: Elisabeth Schöning

Tel. 0531 / 845598

wendung zwischen 2.000,- DM und 5.000,-DM in der zweiten Hälfte 1993. Eine eventuelle Wiederholung einer solchen Zahlung 1994 könnte noch beschlossen werden. Voraussetzung einer konkreten Zusage über die Höhe der Finanzmittel sei Herrn Doses Gespräch mit H. Becker über die Ausschöpfung aller Unterstützungsmöglichkeiten seitens der Landeskirche. Die AAA gibt als zusätzlichen Ratschlag, den Spendenfonds auf die Notwendigkeit des Engagements für soziale Probleme dieser Art hinzuweisen, um eine Erweiterung des Zuständigkeitsbereiches beim Spendenfonds zu erreichen.

2. Der Antrag Pastor Mingners von der Evang.Luther. Gemeinde St. Bartholomäus in Blankenburg auf Mitfinanzierung einer ABM-Kraft wurde aus Gründen der Solidarität mit einer östlichen Gemeinde mit wenig Rücklagen bewilligt. Für Ende '93 wurde ein Betrag in Höhe von 5.000,-DM vorgeschlagen, dem Anfang '94 weitere 5.000,-DM folgen könnten, wenn Frau Schöning gesprächsweise geklärt hat, daß die ABM-Kraft schwerpunktmäßig soziale Aufgaben bekommt.

3. Nach Frau Schönings Bericht über Anfangsprobleme bei "Aktion Brückenbau" wurden die Leistungen Frau Uhdes für Arbeitslosenprojekte gewürdigt und beschlossen, der Mitgliederversammlung im März die Summe von 10.000,- DM zur Bewilligung vorzuschlagen, um durch eine Übergangsfiananzierung die Weiterbeschäftigung Fr. Uhdes zu sichern, deren Vertrag zum 1. März '93 ausläuft. Die Kontakte Frau Uhdes könnten auch für die AAA von Nutzen sein. Die Zuwendung an die "A. BrückeBau" bleibt zweckgebunden für diese Arbeitsstelle, d.h. sie bleibt auch für eine evtl.Ersatzkraft für Fr. Uhde gültig.

Es soll an "Aktion Brückenbau" nur auf Anfrage gezahlt werden. Der Jahresbeitrag von 500,-DM bleibt davon unberührt.

4. In der Mitgliederversammlung am 23.3.93 soll für "Aktion Brückenbau" ein stimmberechtigtes Mitglied und dessen Stellvertreter gewählt werden.

*Ich hoffe, das wichtigste unserer Notkassen
an die im Laufe Sitzungsabend*

Aktion Arbeitslosen-Abgabe
in Braunschweig e.V.

PGA Hannover (BLZ 250 100 30) Kto-Nr. 4938 77-307

*mit festgehaltene, viele Grüße
Sten*

SPENDEN AN DIE AAA SIND STEUERLICH ABSETZBAR.



AAA e. V. Poststraße 4 3302 Cremlingen 3

1.Vors.: Christian Teichmann

Tel. 05306 / 2207

2.Vors.: Elisabeth Schöning

Tel. 0531 / 845598

Einladung zur ordentlichen Mitgliederversammlung

1993

Schandelah, den 3.3.93

Liebe Mitglieder, liebe Spenderinnen und Spender,
hiermit laden wir Sie zur ordentlichen Mitgliederversammlung 1993
herzlich ein.

Wann? Am Dienstag, den 23.3.93 um 20 Uhr

WO? Im Gemeindehaus der Trinitatisgemeinde in Rühme,
Am Wendenturm 1
3300 Braunschweig

Wo liegt das? An der Endstation der Straßenbahnlinie 2,
vgl. auch beigegefügte Kopie des Stadtplanes!

TOPs: Folgende Tagesordnungspunkte haben wir vorgesehen:

1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung.
2. Verabschiedung des Protokolls von der letzten Mitgliederversammlung am 3. März 1992 in der Magnisgemeinde.
3. Jahresrückblick 1992 u. Erläuterung neu geförderter Projekte.
4. Jahresabrechnung 1992; Bericht der Kassenprüferinnen vom 27.1.93; Antrag auf Entlastung des Vorstandes u. der Kassenführerin; Wahl der neuen Kassenprüfer.
5. Erläuterung der Arbeit der neugegründeten "Aktion Brückenbau".
6. Vorstellung des Finanzplanes 1993: - Projekt Blankenburg, Projekt Martin-Luther-Gemeinde Wolfenbüttel, Aktion Brückenbau Braunschweig, Umwandlung des Darlehens an die Lehnaorfer Jugendwerkstatt in einen Zuschuß.
7. Wahl des stimmberechtigten Mitgliedes u. seines Stellvertreters bei "Aktion Brückenbau".

Wir danken im voraus für Ihre Mitarbeit und verbleiben mit freund-

Aktion Arbeitslosen-Abgabe
in Braunschweig e.V.

PGA Hannover (BLZ 250 100 30) Kto-Nr. 4938 77-307

lichen Grüßen!

Christian Teichmann

SPENDEN AN DIE AAA SIND STEUERLICH ABSETZBAR.

PROTOKOLL DER MITGLIEDERVERSAMMLUNG
DER AKTION ARBEITSLOSENABGABE IN
BRAUNSCHWEIG E.V.

vom 23.03.1993, 20 Uhr im Gemeinderaum der St. Trinitatisgemeinde
in Rühme, Am Wendenturm 1, in Braunschweig:

Tagesordnung:

1. Begrüßung; Beschluß der Tagesordnung
2. Verabschiedung d. Protokolls d. MV vom 03.03.92
3. Jahresrückblick 1992 u. Erläuterung geförderter Projekte
4. Jahresabrechnung 1992; Bericht d. Kassenprüferinnen vom 27.01.93;
Antrag auf Entlastung d. Vorstandes u. d. Kassenführerin; Wahl
d. neuen Kassenprüfer.
5. Erläuterungen zu "Aktion Brückenbau"
6. Finanzplanung '93 - Vorstellung geplanter Projekte: Blankenburg
(ABM-Kraft); Martin-Luther-Gemeinde Wolfenbüttel; Umwandlung d.
Darlehens an die Lehdorfer Jugendwerkstatt in e. Zuschuß - Be-
schlußfassung
7. Wahl d. stimmberechtigten Mitgliedes u. seines Stellvertreters
bei "Aktion Brückenbau"
8. Verschiedenes

Anwesende:

Ch.Teichmann; E.Schöning; N.Lorenz; J.Brzoska; R.Jordens-Höke (Vor-
stand) J.Hille, H.Padel, Th.Becker, J.Mohr, L.Camerer;
R. Rosenkranz (Schriftführerin) = 10 stimmberechtigte Mitglieder.

zu 1) Herr Teichmann begrüßte die Anwesenden u. eröffnete die Mit-
gliederversammlung; die vorgeschlagene Tagesordnung wurde einstim-
mig angenommen. Herr Padel berichtete von der schwierigen Situation
der Lehdorfer Jugendwerkstatt, deren erfolgreiche 5-jährige Arbeit
mit 18 Jugendlichen, 2 Werkstätten (Tischler, Schlosser; Ziel: Haus-
bau) u. guter personeller Besetzung mit Hilfe der Landesregierung
von nun an durch die Streichung der ABM-Stellen ab Ende des Jahres
stark gefährdet sein wird. Nun muß über andere Träger nachgedacht,
evtl. verpachtet oder verkauft werden. Da Landeszuschüsse nur im
Mai u. Sept. gezahlt werden, müssen die Kosten in den übrigen Mo-
naten vorfinanziert werden u. genügend finanzieller Spielraum zum
Einholen neuer Aufträge da sein. (z.B. Kinderheim in Vahlberg) Des-
wegen u. wegen des großen Verwaltungsaufwandes bei hohen Fehlzeiten
u. häufigem Wechsel in der Lohnbuchhaltung wäre ein Zuschuß seitens
der AAA willkommen. vgl. 6)

zu 2) Das Protokoll der Mitgliederversammlung vom 03.03.93 wurde ohne
Änderungen einstimmig verabschiedet.

zu 3) Jahresrückblick '92: Herr Teichmann erläuterte, daß er die Wahl
zum 1. Vorsitzenden der AAA aufgrund seiner früheren Betroffenheit
durch Arbeitslosigkeit angenommen habe u. wegen seiner langjährigen
Erfahrung seit der Gründung der AAA. - Der Wegfall d. ABM-Kräfte u.
besonders d. erfolgreichen Mitarbeit Herrn Ulfers führte 1992 zu e.
Umbruchsituation u. e. Existenzkampf um die Projektförderung: Auf-
lösung d. Geschäftsstelle- Aufteilung d. Projektbetreuung u. Ver-
waltung auf die Vorstandsmitglieder u. die Honorarkraft Fr. Rosen-
kranz (20 Std. pro Monat). Teichmann erläuterte, welche Projekte
trotz der schwierigen Lage bezuschußt werden konnten:

Die Wegsteckar e.V. mit ihrer Werkstatt in der Marienstraße; Das Braunschweiger Institut für Fortbildung u. Beratung e.V. (b.i.f.f.) mit Werkstattbeschäftigung (Hilfe z. Arbeit u. ABM); Drachenflug - Selbsthilfeorganisation im sozialen Brennpunkt der Frankfurter Str.-Hugo-Luther-Str., deren Ziele ähnlich wie bei "Der Weg" u. "Mondo X" Beratung, Weiterverweis, aber auch Betreuung u. Beschäftigung d. Langzeitarbeitslosen sind.

Zu ZEPRA = Landesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosenprojekte für Erwachsene in Niedersachsen, also der Dachorganisation aller Arbeitslosenselbsthilfevereine, gab es Kontakte über Herrn Ulfers zu Herrn Kittler, der im Okt. 92 einen Vortrag bei der AAA gehalten hat.

zu 4) Nach Vorstellung des Finanzberichtes '92 u. nachdem die Kassenprüferinnen (Mohr, Camerer) von der Führung des Kassenbuches ohne wesentliche Beanstandungen berichtet hatten, wurde die Kassenführerin (R. Rosenkranz) einstimmig entlastet. Der Vorstand wurde mit 4 Ja-Stimmen u. 6 Enthaltungen entlastet. Fr. Mohr u. Fr. Camerer erklärten sich erneut als Kassenführerinnen bereit u. wurden einstimmig wiedergewählt.

zu 5) Fr. Schöning, die die Gründungsarbeit der "Aktion Brückenbau" begleitet hatte u. mit Herrn Hille u. Th. Becker dort Vorstandsmitglied ist, erläuterte die Notwendigkeit einer Bezuschussung der Personalkosten für eine zweite Arbeitskraft, die bei der Vernetzung der Arbeitslosenarbeit in weiteren Gemeinden helfen soll. Bisher sind 5 Gemeinden, die Propstei BS, die Kreisstelle des Diakonischen Werkes u. die AAA Mitglieder bei Aktion Brückenbau. Abzuwarten bleiben zuvor noch Bewilligung u. Höhe der Finanzierungsmittel seitens der Landesregierung. Als kleine Änderung im Finanzierungsplan der AAA für '93 unter 3a) beschloß die MV, den Begriff neutral "Personalkostenzuschuß in Höhe von 10.000 DM" zu nennen, ohne ihn auf Fr. Uhde zu beschränken, deren Weiterbeschäftigung als ganztägige Arbeitskraft aber vorrangiges Ziel bleibt. (Fr. Uhdes ABM-Stelle läuft z. 31.3.93 aus; sie hat sich als hervorragende Mitarbeiterin bei der Arbeitslosenarbeit bewährt.)

zu 6) Bei dem vorgelegten Finanzplan '93 gab es gegen die Projektförderung für Wolfenbüttel u. Blankenburg keine Einwände. Das Darlehen für die Lehndorfer Jugendwerkstatt soll aufgrund der momentanen Unklarheiten s.o. verlängert u. noch nicht in einen Zuschuß verwandelt werden. (10.000,- DM bei 3a) im Finanzplan gestrichen). Als weitere Änderung wurde für unvorhergesehene Projektförderung statt der 15.000,-DM ein Betrag von 30.000,-DM eingesetzt; dafür kürzte die MV die Personalkostenrücklage bei 3d) von 10.000,-DM auf 5.000,-DM, so daß sich im Finanzplan nunmehr folgende Summen ergeben haben: Ausgaben '93:

3a) Projektförderung:

- Wolfenbüttel	5.000,-DM
- Blankenburg (ABM)	5.000,-DM
- Aktion Brückenbau (Person.kostenzusch.)	10.000,-DM
- weit. Projektförderung	30.000,-DM

50.000,-DM

3d) Übertrag Ausgaben '93
von S. 1)

59.460,-DM

Personalkostenrücklage 5.000,-DM

Mit diesen Änderungen wurde der Finanzplan '93 von der MV einstimmig beschlossen. Zusatz: Für d. Förderverein d. M.-Luther-Gem. Wolfenbüttel behält sich der Vorstand e. Spielraum zw. 2.000,- -5.000,-DM offen.

zu 7) Fr. Schöning wurde als stimmberechtigtes Mitglied im Vorstand der "Aktion Brückenbau" per Akklamation bestätigt. Als ihre Stellvertreterin wurde Fr. Dr. Camerer per Akklamation gewählt.

Nachtrag zu 4)

Herr Brzoska erklärte sich auf Anfrage bereit, Kontakt zum Vorstand der Theologiestudenten aufzunehmen, um sich über den Stand des Spendenfonds für Theologiestudenten zu informieren, der im Kassenbuch der AAA geführt wird.

Sämannes Zahl AAA 92

- Herbert Eicher
- Ute Ewerling
- Gerhard Fricke
- Arnold Kief
- ~~Christiane~~



AKTION ARBEITSLSEN-ABGABE

AAA e. V. Poststraße 4 3302 Cremlingen 3, d.4.5.93

1.Vors.: Christian Teichmann

Tel. 05306 / 2207

2.Vors.: Elisabeth Schöning

Tel. 0531 / 845598

Protokoll der Vorstandssitzung vom 22.04.93 um 20 Uhr bei
Fr. Schöning, Kinzigstr. 10, BS

Anwesende: E.Schöning, CH.Teichmann, E.Binder, R.Jordens-Höke;
R.Rosenkranz.

Nächste Sitzung: Do., d.5.8.93, 20 Uhr, Kinzigstr.10

1. Fr. Schöning berichtete folgende Neuigkeiten von "Aktion Brückenbau":
 - 1.1. Positiv entschieden: Der Zuschuß von 10.000,-DM kann an Fr.UHde gezahlt werden, da ihre Stelle für ein weiteres Jahr gesichert worden ist: a) 50% der Gehaltskosten übernehmen Bezirks-u. Landesregierung. b) 13.000,- DM gewährt die Landeskirche. c) Der Rest wird über Stadt BS, Diakonisches Werk u. AAA finanziert.
 - 1.2. Aktion Brückenbau verlangt eine schriftliche Bestätigung über die Wahl Fr. Dr. Camerers als Stellvertreterin Fr. Schönings im Vorstand.
 - 1.3. Frau Kuhlmann-Garbers, die Dienstvorgesetzte Frau Uhdes, soll zur nächsten Vorstandssitzung der AAA eingeladen werden, um über die Konzepte der Aktion Brückenbau in den sozialen Brennpunkten, wie z.B. in der Weststadt, zu berichten.
2. Fr. Schöning legte einen Antrag auf finanzielle Hilfe von "balz" u. "wegsteckar e.v." vor, die folgende Tagung in BS geplant haben:

"Tagung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Initiativen
gegen Arbeitslosigkeit u. Armut in BS"
vom 17. -20. Juni 1993 (Hilfe zur Selbsthilfe)

Der Vorstand der AAA bewilligte einen Beitrag zur Restfinanzierung im Rahmen von 2.000 - 3.000 DM; zuvor muß die Höhe eines Zuschusses vom Sozialministerium noch geklärt werden.
Fr. Kuhlmann-Garbers wird über diesen Vorschlag zunächst telefonisch unterrichtet; eine schriftliche Mitteilung folgt später.
3. Hr. Mingner aus Blankenburg bedankte sich in einem Brief über die Unterstützungsbereitschaft der AAA zur Mitfinanzierung einer ABM-Stelle ab Sept. '93 (Fr. Schäfer). Auf die entscheidende Bestätigung des Arbeitsamtes (70%) zur Fortsetzung dieser ABM-Stelle will die AAA noch warten, bevor die 5.000 DM überwiesen werden können.
4. Herr Dose (M.-Luther-Gemeinde Wolfenbüttel) teilte der AAA mit, daß ihr Geld im Augenblick nicht in Anspruch genommen zu werden braucht, da die Landeskirche aus dem Fonds für Praktikantinnen eine Anschubfinanzierung von 20.000 DM zugesagt hat.
5. Bei Durchsicht der Spenderliste der AAA '92 fielen einige säumige Mitglieder auf, die nicht mehr zahlen. Sie werden entweder persönlich oder durch ein Anschreiben um Stellungnahme gebeten. Dieses Anschreiben soll zusammen mit dem Protokoll der Mitgliederversammlung vom März '93 verschickt werden, auf dem auch eine gekürzte Fassung des Finanzberichtes von 1992 abgedruckt sein soll.

Aktion Arbeitslosen-Abgabe
in Braunschweig e.V.

Mit freundlichem Gruß!

Christian Teichmann

PGA Hannover (BLZ 250 100 30) Kto-Nr. 4938 77-307

SPENDEN AN DIE AAA SIND STEUERLICH ABSETZBAR.



AKTION ARBEITSLLOSEN-ABGABE

AAA e. V. David-Mansfeld-Weg 8 3300 Braunschweig

1.Vors.: Christian Teichmann
Tel. 05358 / 736

2.Vors.: Elisabeth Schöning
Tel. 0531 / 845598

**Aktion
Arbeitslosen-Abgabe e.V.**

Poststraße 4
38162 Cremlingen
Telefon 0 53 06 / 22 07

Braunschweig, den 29.07.93

Sehr geehrter Herr *Binder!*

Hiermit möchte ich Sie in Herrn Teichmanns Auftrag an die nächste Vorstandssitzung bei Frau Schöning, Kinzigstr. 10 erinnern, die am Donnerstag, den 05.08.93 um 20 Uhr stattfinden soll.

Wir bitten um pünktliches Erscheinen, da Frau Kuhlmann-Garbes zunächst zwischen 20 und 21 Uhr über die Tagung der Arbeitsloseninitiativen berichten wird.

Als weitere TOP's sind vorgesehen:

- Anträge
- Spenderliste und Berichte über die Kontaktaufnahmen mit säumigen Mitgliedern
- Referat über die Mitgliedsversammlung des Diakonischen Werkes
- Vertragsverlängerung mit Frau Rosenkranz
- Verschiedenes

Mit freundlichen Grüßen!

Ihre

R. Rosenkranz



AAA e. V. Poststraße 4 38162 Crömlingen, den 16.08.
1993

1.Vors.: Christian Teichmann
Tel. 05358 / 736
2.Vors.: Elisabeth Schöning
Tel. 0531 / 845598

PROTOKOLL DER VORSTANDS-
SITZUNG DER AAA VOM 05.08.93

Tagesordnung:

1. Gespräch mit Frau Kuhlmann-Garbes (K.-G.)
2. Anträge
3. Spenderliste u. Berichte über die Kontaktaufnahmen mit säumigen Mitgliedern
4. Bericht über die Mitgliederversammlung des Diakonischen Werkes (DW)
5. Vertragsverlängerung mit Frau Rosenkranz

Anwesende:

Fr. Schöning, Hr. Binder, Hr. Brzoska, Hr. Jordens-Höke, Hr. Steen, Hr. Teichmann und als Gast Fr. Kuhlmann-Garbes.

Hr. Teichmann, der 1. Vorsitzende, eröffnete die Sitzung.

- zu 1) Thema des Gespräches mit Fr. K.-G. war vor allem die Arbeit der "Aktion Brückenbau" (Aktion B.). Dazu einige Notizen:
- a) Dank der Aktion B. für unseren Zuschuß zur Stelle von Fr. Uhde.
 - b) Aktion B. beschäftigt hauptamtlich zur Zeit 2 Personen: Fr. Uhde u. Fr. K.-G. (1/2 Stelle).
 - c) Demnächst steht der Aktion B. ein eigenes, kleines Büro in der Petri-Gemeinde in BS zur Verfügung.
 - d) "Standbein" der Arbeit von Aktion B. ist z.Zt. die kirchliche Arbeit mit Arbeitslosen, die seit Jahren in der Weststadt-Gemeinde besteht. Hauptamtliche waren Hr. Dirks, Fr. K.-G. und Fr. Uhde.
Was dort geschieht: Freitags Arbeitslosnfrühstück, ein Beratungstag in der Woche, Einzelfallhilfe, Vermittlung zu anderen Beratungsdiensten, Gruppenarbeit (z.Zt. 12-15 Pers., vorwiegend Frauen), Öffentlichkeitsarbeit (u.a. auch Gesprächsangebot an alle anderen Gemeindegruppen, sich u. die eigene Arbeit vorzustellen).
 - e) Ein Konzept für eine neue Gruppe im Norden Braunschweigs ist bereits erstellt. In der St. Trinitatis-Gemeinde in Rühme sind dafür auch schon Räumlichkeiten gefunden worden. Der dortige Pastor, Th. Becker, ist Vorstandsmitglied der Aktion B. und bemüht, das Projekt in seiner Gemeinde bekanntzumachen. Es wird angestrebt, weitere Gemeinden für diese Initiative gewinnen zu können. (z.Zt. sind erst 10 Gemeinden Braunschweigs Mitglied bei der Aktion B.)
Die Konzeption für die neue Gruppe basiert im wesentlichen auf den Erfahrungen der Arbeit in der Weststadt.



AAA e. V. Poststraße 4 38162 Cremlingen

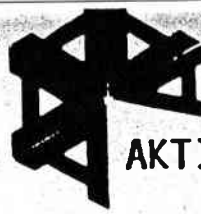
1.Vors.: Christian Teichmann

Tel. 05358 / 736

2.Vors.: Elisabeth Schöning

Tel. 0531 / 845598

- f) Die Aktion B. steht auch vor der schwierigen Aufgabe der Grenz-
ziehung, welche Arbeit mit der kleinen Zahl von Hauptamtlichen
geleistet werden kann.
Der Protokollant meint, es wäre durchaus noch einmal zu überle-
gen, ob zu Beginn der Arbeit im "Norden" nicht zumindest eine
1/2 Stelle zu schaffen sei. Nach Auskunft von Fr. K.-G. wäre
das Land Niedersachsen bereit, 50% der Personalkosten zu über-
nehmen. Wir verfügen z.Zt. über Spendenmittel, die ausreichen,
einen Gutteil der Restkosten abzudecken. (Darüber sollten wir
noch einmal sprechen!)
- g) Apropos Finanzen: Die Stelle für Fr. Uhde wird wie folgt finanziert:
(Für 1 Jahr) 50% Land Niedersachsen
DM 10.000,- AAA
DM 13.000,- Landeskriche
DM 10.000,- Diakonisches Werk
DM 10.000,- Stadt BS (soweit die Zusage; gezahlt wurden bisher
erst 6.600,- DM)
- h) Zusammenarbeit:
- Aktion B. ist Mitglied bei BALZ, ZEPRA, bundesweitem Zusammen-
schluß von Arbeitsloseninitiativen
- auf übergemeindlicher Ebene ist die Zusammenarbeit mit der Lehn-
dorfer Arbeitsloseninitiative gut
- der Verband dankte Fr. K.-G. für das gute Gespräch, dessen Fort-
setzung erwünscht ist.
- zu 2) A) Antrag von "Refugium", Flüchtlingshilfe e.V., Helmstedter Str.
144, 38102 BS
Refugium beantragt, die AAA möge die geringfügige Beschäftigung
(ca. 500,-DM monatl.) finanzieren, und zwar von Fr. Christina
Mariana Tara, Rumänin, die seit kurzem als politischer Flüchtling
anerkannt ist. Fr. Tara ist als Übersetzerin tätig. Der Antrag
enthält keine Frist für die Finanzierungshilfe.
Der Vorstand diskutierte den Antrag und beschloß für 1993 eine
Finanzierungshilfe in Höhe von DM 3000,- zu leisten und gab dem
Vorsitzenden, Herrn Teichmann, den Auftrag, schriftlich Fr. S.
Probst, Flüchtlingshilfe e.V. in Kenntnis zu setzen.
- B) Antrag von ZEPRA e.V., Lange Laube 22, Hannover.
ZEPRA beantragt einen Zuschuß in Höhe von DM 1000,- zur Veröffent-
lichung eines Tagungsprotokolls mit dem Titel "Neue Projektansätze
in der Arbeitslosenwelt".
Der Vorstand diskutierte den Antrag und beschloß, Herrn Kittler
zu bitten, uns einen (Vor-) Entwurf der geplanten Veröffentlichung
zuzusenden. Dieser Entwurf soll an Fr. K.-G. weitergeleitet werden
mit der Bitte um wohlwollende Prüfung, ob sie diese Veröffentli-
chung für sinnvoll erachtet. Bei positiver Entscheidung von Fr. K.-G.
gewähren wir ZEPRA einen Zuschuß in Höhe von DM 1000,-.



AAA e. V. Poststr.4 38162 Cremlingen

1.Vors.: Christian Teichmann
Tel. 05358 / 736

2.Vors.: Elisabeth Schöning
Tel. 0531 / 845598

- Zu 3) Das Ergebnis der Umfrage, wie die säumigen Mitglieder es mit ihrer Mitgliedschaft in der AAA künftig halten wollen: Wenige haben bereits wieder Spenden überwiesen. Andere haben nicht reagiert. Deshalb sollen folgende Namen nicht mehr als Spender/ Mitglieder geführt werden:
H.Erdinger, E.Fincke, J. Hempel, P.Hennig, Ehepaar Dedekind, Ehepaar Ohainski, W.Freiesleben, R. Guischar, J.-H. Wicke.
- zu 4) Frau Schöning berichtete kurz über die Mitgliederversammlung des Diakonischen Werkes. Der neue Direktor des DW, Herr Landespfarrer Berner, hielt ein Einführungreferat zum Thema "Standortbestimmung der Diakonie."
- zu 5) Der Vorstand äußerte seine große Zufriedenheit mit der Arbeit von Frau Rosenkranz.
Der Vorstand beschloß die Verlängerung des Arbeitstages um ein Jahr.
Unverändert blieb die Obergrenze der Arbeitszeit (max. 20 Std./ Monat). Erhöht wird der Stundenlohn: bisher: 15,-DM; jetzt: 18,-DM.
Die nächste Vorstandssitzung wurde festgesetzt auf den
21.10.93, Donnerstag, 20 Uhr
bei Frau Schöning.

Protokollant: R. Jordens - Höke

Mit freundlichen Grüßen!

Christian Teichmann

Vorstandsvorsitzender

Aktion
Arbeitslosen-Abgabe e.V.

Poststraße 4
38162 Cremlingen
Telefon 0 53 06 / 22 07

Braunschweig, 8.10.93

EINLADUNG

Liebe Mitglieder des Vorstandes der AAA,

hiermit möchten wir freundlich daran erinnern, daß
unsere nächste VORSTANDSSITZUNG am

21.10.93 um 20 Uhr

bei Fr. Schöning, Kinzigstr. 10

stattfinden wird. Wir bitten um rege Teilnahme und sehen
folgende TOPs vor:

1. Bericht über laufende Anträge
2. aktualisierte neue Mitgliederkartei
3. Vorüberlegungen zu einem Rahmenthema für die nächste
Mitgliederversammlung Anfang 1994
4. Verschiedenes

Anbei senden wir das Protokoll der letzten Vorstandssitzung
vom 05.08.93 sowie die neue Mitgliederliste zum Einlesen
gleich mit.

Mit freundlichen Grüßen!

Christa Feldmann
Vorstandsvorsitzender

Regine Rosenkranz
Schriftführerin

Ev. Pfarrsprengel Aspenstedt
Hartmut Barsnick, Pfarrer
Poststr. 2
38822 Athenstedt
Tel.039427/266

den 15.8.93

An die Aktion
Arbeitslosenabgabe
in Braunschweig e.V.
z.Hd. Herrn Pfarrer
Eckehard Binder
_ Schriftführer -
Ernst-Reuter-Str.6
38259 Salzgitter-Bad

Liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Schwestern und Brüder,

nachdem ich in der Aktion Arbeitslosenabgabe einige Jahre mitgearbeitet habe und auch das eine oder andere Schärfflein beigetragen habe, möchte ich nunmehr einen Antrag stellen, eine Angelegenheit zu bezuschussen, die ansonsten keine Chance hat, von irgendwoher bezahlt zu werden.
Ich bin Pfarrer von fünf Kirchengemeinden in 6 Dörfern im Kreis Halberstadt (Aspenstedt, Athenstedt, Danstedt, Sargstedt und Ströbeck mit Mahndorf). Diese fünf Kirchengemeinden haben insgesamt 930 Mitglieder (vor einem Jahr: 600). Die einzigen hauptamtlichen Mitarbeiter sind der Pfarrer (ich selber) und die Sozialarbeiterin, die auch für Christenlehre und Jugendarbeit zuständig ist (meine Frau mit einer 75% Stelle).

Die Gemeinden sind sehr überschaubar. Aber wegen der "Diktatur der Chancen" im Blick auf Antragsstellung, um Fördermittel für die Erhaltung von wertvollen Kirchen, Pfarrhäusern, Orgeln usw. zu erhalten, gibt es ungeheuer viel Schreibarbeiten, die ohne eine stundenweise angestellte Mitarbeiterin nicht zu bewältigen sind.

Die Aktion Arbeitslosenabgabe wird ganz herzlich und dringend gebeten zu prüfen, ob es möglich ist, einen Zuschuß für eine Schreibkraft im Pfarrsprengel Aspenstedt zur Verfügung zu stellen. Uns wäre mit einer Summe von 2.000 DM für einen Zeitraum von 12 Monaten z.B. vom 01.11.93 - 31.10.94 sehr geholfen.

Es gibt auf unseren Dörfern sehr viele Frauen, die in die Arbeitslosigkeit abgerutscht sind, aber im Bereich Büro und Verwaltung Erfahrungen und Vorbildung haben und nicht nur bereit und willens wären, stundenweise für die Kirchengemeinden zu arbeiten, sondern für sich selber darin eine große Hilfe sähen. Die Arbeitslosigkeit im Kreis Halberstadt (offiziell: 19%) liegt in Wirklichkeit bei 40-50%, und immer mehr Frauen gehen dazu über, sich gar nicht mehr arbeitslos zu melden, wie überhaupt viele Menschen in unserem Bereich immer mehr dazu übergehen, sich nur noch fallenzulassen und verzweifelt zu sein.

Mit einem Zuschuß würde die Aktion Arbeitslosenabgabe also sowohl einem konkreten Menschen helfen, wieder ein wenig mehr Selbstwertgefühl zu haben - als auch dem Pfarrsprengel Aspenstedt bei seiner Not, aus eigenen Finanzen keine Schreibkraft finanzieren zu können.

Ganz herzliche Grüße aus der östlichen Nachbarschaft

Ihr/Euer

Albert Zander

PROTOKOLL DER VORSTANDSSITZUNG DER AAA e.V.
BRAUNSCHWEIG VOM 21.10.93 bei Fr. Schöning,
Kinzigstr. 10

Anwesende: Ch. Teichmann, E. Schöning (Vorsitzende);
N. Lorenz, J. Brzoska, E. Binder, R. Jordens-Höke;
R. Rosenkranz (Schriftführerin)

Nächste Sitzung: Freitag, den 26.11.93 um 19.30 Uhr!
bei Herrn Lorenz in Wendeburg-Meerdorf,
Am Pfarrhaus 3.

Übernächste Sitzung: 25.01.94 (Ort wird noch festgelegt)

Termin für die Mitgliederversammlung: 03.03.94 "

Nach einigen Interna (u.a. Verlesen eines Briefes vom ehemaligen Mitarbeiter R. Ulfers, z.Zt. Sozialpädagoge in Hamburg) eröffnete Herr Teichmann die Sitzung mit dem Bericht über zwei Anrufe von der Lehndorfer Jugendwerkstatt. Herr Lorenz übernahm dort die Abholung eines Ordners, der noch Gehaltsabrechnungen verschiedener Mitarbeiter der AAA von früher enthält. Herr Teichmann wird sich telefonisch über die augenblickliche Lage der Lehnd. Ju. erkundigen (vgl. Bericht des Herrn Padel über Krise bei der letzten Mitgliederversammlung im März -93).

zu TOP 1: Anträge:

a) Herr Binder verlas einen Antrag H. Barsnicks (z.Zt. Betreuer von 6 Gemeinden in Athenstedt/Krs. Halberstadt). Es wurde ein Zuschuß für eine stundenweise Schreibkraft in Höhe von 2.000,-DM für 1 Jahr beantragt. In der Besprechung ergab sich zunächst die Notwendigkeit einer genaueren Klärung über Umfang u. weitere Finanzierung dieser vorgesehenen Stelle; darüberhinaus wird sich Herr Binder über die Perspektiven dieses Vorhabens u. konkrete Namensangabe erkundigen. In Athenstedt soll die grundsätzliche Spendenbereitschaft der AAA signalisiert werden; die beiden Vorstandsmitglieder wurden bevollmächtigt, über ein Zuschußangebot bis maximal 5.000,-DM zu entscheiden.

Frau Schöning fügte ergänzend hinzu, daß im Falle Blankenburgs noch auf den positiven Bescheid einer 2. Antragsstellung beim Arbeitsamt für Frau Schäfer gewartet wird, bis man auch in dieser Sache tätig werden kann.

Grundsätzlich wurde im Vorstand bekräftigt, daß noch mehr Initiativen ausgehen müßten, um neue Anträge zu bekommen.

b) Herr Teichmann trug einen Antrag vor von INJAB (= Institut für Jugend, Arbeitsmarkt u. Bildungsfragen IG, d.H. in Gründung.

Im August 1993 wurde dort ein Presse-Info-Dienst gegründet, der 3x monatlich Blätter über arbeitsmarktpoliti-sche Neuigkeiten zB. auch seitens der Landesregierung verbreiten soll. Für dieses unabhängige, überparteiische Info-Blatt benötigt der leitende Redakteur Dr. Henning Schierholz (Kontakte zu ZEPRA) eine Anschubfinanzierung von den AAAs aus Hannover, Oldenburg u. Braunschweig jeweils in Höhe von 1.000,-DM (eine Kostenkalkulation von über 10.000,-DM, die nicht allein durch Abonnentenzahlungen zu tragen sind, lag vor). Mit einer Stimmenthaltung wurde der Antrag angenommen.

c) zu Aktion Brückenbau:

Frau Schöning berichtete von der Ablehnung der Anschubfinanzierung für die Büroeinrichtung. Allerdings hat das Land Niedersachsen seine Bereitschaft zu erkennen gegeben, Fr.Uhdes Stelle ein 2.Jahr lang mitzufinanzieren. An der 2.Gehaltshälfte soll sich die AAA in Höhe von 10.000,-DM beteiligen. Dieses Geld wäre im Mai '94 nötig.

(Verteilung: 13.000,-DM Land Niedersachsen

10.000,-DM Stadt Braunschweig

10.000,-DM diakonisches Werk

10.000,-DM AAA

Der Vorstand der AAA schlug eine Aufstockung auf 20.000,-DM vor, was zuvor noch auf der Mitgliederversammlung im März '94 zu bewilligen wäre. Außerdem wäre es wünschenswert, durch eine Presse-notiz die Öffentlichkeit wie Gemeinden, diakonisches Werk u. Landeskirche auf die positiven Ansätze von "Aktion Brückenbau" aufmerksam zu machen, um allgemein die Spendenbereitschaft für Arbeitslose zu erhöhen. Es wurde mehrfach bedauernd festgestellt, daß durch öffentliche Finanzprobleme Arbeitslosenprojekte zunehmend einzuschlafen drohen.

zu ToP 2 Mitgliederkartei:

Die Anzahl der Mitglieder ist auf 49 gesunken. Herr Binder will die Adresse A.Kiels in Berlin heraussuchen. Weitere Mitglieder anzuwerben, ist notwendig. (Evtl. Pfarrer Deneke aus Oker).

zu 3) Rahmenthe ma für die nächste Mitgliederversammlung:

Es wurden drei Ideen genannt: a) eine Angestellte vom Arbeitsamt referieren zu lassen; Fr. Schöning kennt Fr. Kistner-Krichhoff)

b) H.Padel soll abschließend von der Lehndorfer Jugendwerkstatt berichten. c) Die hoffnungstragende Arbeit von "Aktion Brückenbau" soll inhaltlich detaillierter vorgestellt werden in der Hoffnung,

daß sie Nachahmung in anderen Gemeinden findet.
Näheres zur Mitgliederversammlung soll auf der nächsten Vorstandssitzung am 26.11.93 bei Herrn Lorenz abgestimmt werden.
Bis dahin verbleiben mit freundlichen Grüßen

Ihre

Christian Teichmann

Christian Teichmann
(Vorsitzender)

Regine Rosenkranz

Regine Rosenkranz
(Schriftführung)

MITGLIEDERLISTE DER AAA BRAUNSCHWEIG

1)	APELT, Werner,	Im Ziegenförth 9	38108 Braunschweig
2)	ARNOLD, Reinhard	Neuer Weg 15	38302 Wolfenbüttel
3)	AUSTEN, Edgar	Isoldestr. 14	38106 Braunschweig
4)	BARSNICK, Hartmut	Poststr. 2	38822 Athenstedt
5)	BECKER, Henje	Justus-v.-Liebig-Str.7	38302 Wolfenbüttel
6)	BECKER, Thomas	Am Wendenturm 1	38112 Braunschweig
7)	BINDER, Eckehard	Ernst-Reuter-Str. 6	38259 Salzgitter
8)	BÖHM, Ina	Katzhagen 8	38176 Wendeburg
9)	BRACKHAHN, Hans-Martin	Sterntaler 34	38226 Salzgitter
10)	BRZOSKA, Jürgen	Isoldestr. 19a	38106 Braunschweig
11)	CAMERER, Luitgard	Rosenstr. 7	38102 Braunschweig
12)	CREMER, Bernd	Heckenbeck 2	37581 B. Gandersheim
13)	DOCKHORN, Kurt	Petritorwall 30a	38118 Braunschweig
14)	DOSE, Johannes	Philosophenweg 3	38 300 Wolfenbüttel
15)	ENDE, Ilse	Immegarten 20	38162 Schandelah
16)	ERMERLING, Ute	Adolfstr. 36	38102 Braunschweig
17)	ETZOLD, Eckhard	Im Oberdorf 11	37574 Einbeck-Naensen
18)	FAY, Albrecht	Hinter d. Magnikirche 7	38100 Braunschweig
19)	FISCHER, Thomas		Zürich
20)	GEPPINGER, Rüdiger	Ludwig-Finckh-Weg 41	71229 Leonberg/Ramtel
21)	GERLOFF, Michael	Adolf-Bingel-Str. 57	38116 Braunschweig
22)	GUTMANN, Hans-Martin	Geiststr.	37073 Göttingen
23)	HAEDKE, Anne-Marie	An Hohen Tore 4a	38118 Braunschweig
24)	HARTMANN-MINGRAM, Gabriela	Königsberger Str. 20	30938 Burgwedel
25)	HENNIG, Ursula	Vor dem Brauel 29	38162 Cremlingen
26)	HESSE, Otmar	Kaiserbleek 4	38640 Goslar
27)	HILLE, Johannes u. Karin	Lange Str. 33	38100 Braunschweig
28)	HOLZ, Herta	Kolpingstr. 4	38302 Wolfenbüttel
29)	IMFELD-PINKEPANK, Barbara	Am Atzumer Weg 18	38300 Wolfenbüttel
30)	JORDENS-HÖKE, Reinhold	Gutsstr. 12	38154 Königslutter- Glentorf

31) KIEL, Arnold		
32) KOCH, Paul	Hauptstr. 34	38170 Uehrde
33) LAMPRECHT, Heiko	Schulstr. 3	38170 Winnigstedt
34) LORENZ, Nikolaus	Am Pfarrhaus 3	38176 Wendeburg- Meerdorf
35) MERCKER, Rudolf	Große Str. 13	38116 Braunschweig
36) MEYER, Herbert	Bernerstr. 3	38106 Braunschweig
37) MEYER, Klaus u. Katharina	Lange Str. 48	37447 Wieda
38) MEYER-SIEBERT, Johann-Peter	Heidehöhe 28	38126 Braunschweig
39) MOHR, Jutta	Am Kreuzteich 1	38104 Braunschweig
40) PADEL, Hartmut	Theodor-Francke-W. 47	38116 Braunschweig
41) PICHT-BUESCHER, Christiane	St. Johannesstr. 7	38159 Vechelde
42) PIEPER, Klaus	Adolfstr. 14	38102 Braunschweig
43) SCHMAUKS, Susanne	Berlinstr. 4-6	29223 Celle
44) SCHÖNING, Elisabeth	Kinzigstr. 10	38120 Braunschweig
45) SPENNHOFF - MANDRY, Annemarie	Querumer Str. 48	38104 Braunschweig
46) STEEN, Wilfried u. Friederike	Falkenring 13	38159 Vechelde
47) STÖCKMANN-WREDE, Hanna	Weddeler Str. 7a	38104 Braunschweig
48) TEICHMANN, Christian	Poststr. 4	38162 Cremlingen- Schandelah
49) WINKLER, Dietrich	Feuerbachstr. 11	38106 Braunschweig

SPENDER DER AAA

1) SEIDLER, Waltraud	Wilhelmitorwall 38	38118 Braunschweig
2) STÖCKMANN, Dietrich	Neuhofstr. 9	38104 Braunschweig
3) BEHRENS, Wilfried	Anger 4	38159 Vechelde
4) MIELCKE, Wolfgang	Tostmannplatz 8	38108 Braunschweig
5) GRANSE, Martin	Mammutring 7	38226 Salzgitter- Lebenstedt
6) ADAM, Dieter	Frankfurter Str. 36	38304 Wolfenbüttel

Braunschweig, im November '93

Liebe Mitglieder der Aktion Arbeitslosen-
abgabe e.V. Braunschweig!

Mit diesem Schreiben wollen wir Sie ganz frühzeitig über
den Termin einer thematischen Mitgliederversammlung informieren.
Der Vorstand plant eine solche Mitgliederversammlung am
Donnerstag, den 03.03.1994 um 20 Uhr.

Dort möchten wir uns in einem Rundgespräch zusammenfinden,
um Möglichkeiten zu erörtern, ob und in welcher Form das Pro-
jekt der Propstei Braunschweig "Aktion Brückenbau" auf andere
Regionen unserer Landeskirche zu übertragen seien.

Experteninformationen über die aktuelle Arbeitsmarktlage
werden derzeit abgefragt und bei der genannten Versammlung
vorgestellt werden.

Selbstverständlich werden wir noch mit genauer Themenangabe
und Nennung des Veranstaltungsortes einladen.

Bitte reservieren Sie diesen Termin für die AAA während
Ihrer Jahresplanung für 1994.

Mit freundlichem Gruß!

Christian Ferdinand

(Vorstandsvorsitzender)



N.PLZ.: 38162

AAA e. V. Poststraße 4 38162 Cremlingen X

1.Vors.: Christian Teichmann

Tel. 05306 / 2207

2.Vors.: Elisabeth Schöning

Tel. 0531 / 845598

PROTOKOLL DER VORSTANDSSITZUNG DER AAA am 26.11.93 in Meerdorf

Anwesend: E. Schöning, W. Steen, N. Lorenz, E. Binder, R. Jordens-Höke, C. Teichmann

Nächste Vorstandssitzung: Dienstag, 25.01.94, 20.00 h wegen Fahrerei (Vorschlag) nicht in Schandelah, sondern (wie so oft) bei Elisabeth Schöning!

1.) Information durch N.Lorenz zur "Abwicklung" der Lehndorfer Jugendwerkstatt. Fortführung mit neuem Konzept unter neuer Regie, durch "Bildungswerk der nds. Volkshochschulen", maßgeblich Herrn Pohle, SZ-Calbecht. S.a. anliegenden Bericht von H. Padel, Rückblick auf 6 1/2 Jahre: Krise nach einem wichtigen Abschnitt, gefragt ist der Projektmanager, ein ehrenamtlich arbeitender Vorstand konnte diese Arbeit nicht leisten. (Das 10 000,00 DM-Darlehen sollte nach Möglichkeit vom neuen Träger zurückgefordert werden.)

2.) Antrag der Werk-statt-Schule Northeim auf Bezuschussung einer laufenden Maßnahme im Bereich Arbeit, allgemeinbildende Qualifikation und sozial-pädagogischer Betreuung von benachteiligten Jugendlichen in Höhe von DM 5 000,00. Zuerst Diskussion im Grundsätzlichen über die Krisen von auch schon etablierten Projekten wegen Streichung von Zuschüssen der öffentlichen Hand. Eigentlich müßten sich Organisationen wie die AAA verweigern, Nothilfe mit einer Art Tropf zu leisten, stattdessen müßte politischer Druck auf Kommunen, Kreise etc. ausgeübt werden, den unser Vorstand gegenwärtig auch nicht leisten kann. Ende der Diskussion, folgender Beschluß:

C. Teichmann nimmt Kontakt zur AAA Hannover auf, fragt nach dem Ruf der Werk-statt-Schule Northeim, wenn von dort keine Bedenken angemeldet werden, werden die DM 5 000,00 bewilligt, sonst nochmalige Vorlage im Vorstand. Vollzug: Telefonat mit K. Kittler, ZEPRA, und H. Metzger, AAA Hannover: AAA Hannover ist momentan nicht liquide, Werk-statt-Schule ist "seriöses" Unternehmen, Zuschuß befürwortet.

Aktion Arbeitslosen-Abgabe

in Braunschweig e.V.

PGA Hannover (BLZ 250 100 30) Kto-Nr. 4938 77-307

SPENDEN AN DIE AAA SIND STEUERLICH ABSETZBAR.

3.) Information über ABM Blankenburg: DM 5 000,00 sind geflossen; die genannte Frau Schäfer konnte nicht die ABM-Stelle antreten, es mußte ein Neuantrag für eine neue Kraft im Bereich der Arbeit mit Aussiedlern (Behördengänge etc.) gestellt werden. Pfr. Minkner hat sich tief in die Beantragungsfomalitäten hineingekniet, Fachaufsicht durch Mitglieder des KV. in Blankenburg soll gewährleisten, daß die ABM-Kraft auch die Arbeit macht, für die sie beantragt worden ist.

4.) Info: Frau Camerer hat sich beurlauben lassen aus arbeitsmarktbedingten Gründen: Folge, Reduzierung ihrer Mitgliedsbeiträge, aber auf Anfrage und Bitte Mitarbeit im AAA-Vorstand, wenn sie Kapazitäten frei haben sollte. E. Schöning stellt telefonisch Kontakt her.

Info: Themensynode BS-Landeskirche zum Oberthema "Gerechtigkeit"; Möglichkeit zur Selbstdarstellung auf dieser Themensynode sollte angefragt werden, denn AAA ist ein Zusammenschluß, der seit fast 10 Jahren sich mit dem Thema Arbeitslosigkeit und den Folgen befaßt. Ansprechpartner auf Synodenseite: Dr. Peter Voss, Propstei Bad Gandersheim.

Info: Aktion Brückenbau, letzte Vorstandssitzung wieder "Auftritt" von A. Hüge: Wo bleibt das Konzept? Was machen die Mitarbeiterinnen? Wozu geben wir das ganze Geld aus? Hektische Überreaktion, etwas Verzögerungen wegen Krankheit von Frau Kuhlmann-Garbes. Aber die Arbeit von Brückenbau soll nicht klein geredet werden, im Gegenteil, wenn Mittel der Landeskirche in 1994 ausbleiben sollten, bleibt Brückenbau vorderstes Anliegen der AAA.

5.) Mitgliederversammlung: als Diskussionsteilnehmer angefragt: D. Harburg zur Geschichte der Aktion Brückenbau. Anfrage an Mitarbeiterin des Arbeitsamtes, Frau Kistner-Kirchhoff oder andere Fachreferentin, erfolgt, wenn deren Urlaub beendet sein wird.

Idee, einen Praktiker wie o.g. Herrn Pohle einzuladen, sein Thema: "Managementtätigkeit im 2. Arbeitsmarkt nach eingetretener Stabilisierung eines Projektes", wenn ehrenamtliche Tätigkeit überfordert ist. Weitergehender Gesichtspunkt: Geht unter heutigen Bedingungen nur noch die Verbindung von sozialer Stabilisierung und Arbeitsbeschaffung, wenn ein Projekt eine bestimmte Größe und finanzielle Potenz hat?

Immer wieder im Gespräch halten, daß die sozialen Kosten von Arbeitslosigkeit mit allen Auswirkungen viel höher sind, als würden Mittel bereit gestellt, Menschen in eine bezahlte (und bezuschusste) Arbeitsstelle zu bringen. (Uraltes Argument, das noch nichts von seiner Gültigkeit verloren hat!)

Protokoll: C. Teichmann

BERICHT DES VORSTANDES ÜBER DIE EINRICHTUNG, ENTWICKLUNG UND ARBEIT DER LEHDORFER JUGENDWERKSTATT SEIT DER GRÜNDUNG DES VEREINS

(Vorgetragen auf der Mitgliederversammlung am 11. 10 1993)

Meine Damen und Herren,

da wir nun beschlossen haben, unsere Jugendwerkstatt in die Hände des Bildungswerkes der Niedersächsischen Volkshochschule zu übergeben, und wir damit unsere Arbeit beenden, ist es an der Zeit, in gebotener Kürze einen Bericht über die verflossenen 6½ Jahre zu geben.

Diese Zeit gliedert sich in drei Abschnitte:

- Die Vorbereitungen bis zur Gründung des Vereins und bis zum Beginn der Arbeit in der "Alten Ziegelei"
- Die Arbeit in der Werkstatt bis zum Ende des vergangenen Jahres
- Die Schlußphase im Jahr 1993

DIE ERSTE PHASE

Die Idee zur Arbeit mit arbeitslosen Jugendlichen wurde im Lehdorfer Turm geboren. Mitte der achtziger Jahre gab es unter den Besuchern des Turmes eine ganze Anzahl arbeitsloser Jugendlicher, die kaum Aussicht hatten je zu einer befriedigenden Arbeit zu kommen. In den Sitzungen des Beirates dieser Jugendeinrichtung haben wir oft davon gesprochen, daß etwas für diese jungen Leute getan werden müßte. Wir wollten es aber nicht bei diesen Worten lassen, sondern wir wollten konkret etwas tun. Besuche von Jugendwerkstätten im Lande Niedersachsen, Gespräche mit Freunden, und Vorfühlungen in den Ämtern haben dann dazu geführt, daß wir im April 1987 im Lehdorfer Turm den Verein aus der Taufe heben konnten. Auf diesen entscheidenden ersten Schritt folgte nun ein halbes Jahr mit vielen Verhandlungen und Gesprächen. Dank des großen Entgegenkommens der Mitarbeiter der Ämter (des Arbeitsamtes, der Bezirksregierung, und der Stadt) und nach zähen Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern bis zum Abschluß des Pachtvertrages, konnten wir dann zum 1. Oktober 1987 4 ABM-Kräfte (eine Sozialpädagogin, einen Architekten, einen Tischler und eine Verwaltungskraft) und zum 1. November aus einer Zahl von etwa dreißig, uns vom Arbeitsamt benannten Jugendlichen zwölf einstellen.

War es die Aufgabe des Vorstandes bis zum Beginn der Arbeit hier in diesem Haus die äußeren Voraussetzungen für dafür zu schaffen, so mußten wir nun das in den Blick nehmen, was in der Jugendwerkstatt selber geschehen sollte: Ich zitiere Einiges aus dem ersten Bericht an die Vereinsmitglieder vom 19. Nov. 1987:

- Es mußte ein pädagogisches Konzept .. entwickelt werden.
- Es war eine genaue.. Bauaufnahme anzufertigen als Voraussetzung für die Materialbedarfslisten
- Es mußte der Werkzeugbedarf ermittelt werden... und die ersten Werkzeugeinkäufe getätigt werden.
- Es mußten die Voraussetzungen für eine reibungslose Lohn- und Gehaltszahlung, für die Buchführung und die übrigen Verwaltungsarbeiten geschaffen werden.«

Das alles war verbunden mit vielen Gesprächen zwischen dem Vorstand und dem Team und im Team selber. Darum war es gut, daß die Mitarbeiter eine Zeit der Vorbereitung von vier Wochen hatten, ehe die Jugendlichen anrückten.

DIE ZWEITE PHASE

Die nun einsetzende Arbeit mit und an den Jugendlichen hatte zwei Schwerpunkte, die zueinander in einer gewissen Spannung standen, was sich aber durchweg als fruchtbar für die Arbeit erwies: Der eine Schwerpunkt war die Arbeit am Haus. Das war nicht nur handwerkliche Arbeit sondern dazu gehörte zunächst einmal viel Aufräumarbeit bis im folgenden Frühjahr dann mit den Bauarbeiten am Haus begonnen werden konnte. Die erste Zeit in der Jugendwerkstatt war gekennzeichnet durch eine verhältnismäßig hohe Effizienz im Baubereich. Die Sanierung des Hauses ging ziemlich flott voran. Schon im Sommer 1988 konnten wir den ersten Bauabschnitt, den mittleren Teil des Haus, den wir des Schwammes wegen bis auf das Fundament abtragen mußten, wieder richten und zum Anfang des Winters vollenden. Die anderen drei Bauabschnitte, - Ostteil, Westteil und zum Schluß den Ausbau des Dachgeschosses - folgten jeweils im Abstand eines Jahres. Eine nicht ganz geringe Schwierigkeit ergab sich daraus, daß beim Ausbau des Hauses alle Bauhandwerksbereiche gefragt waren, zu unserem Team aber nur zwei Baufachleute gehörten, die beide aus dem Holzbereich kamen. Glücklicherweise hatten sie aber auch Erfahrung in den anderen Bereichen. Wir haben im Laufe der Jahre auch Handwerker aus anderen Bereichen als aus dem Holzfach beschäftigt, so einmal einen Mauerer, und hintereinander zwei Installateure.

Vom Herbst 1990 stellte sich uns die Frage, wie es mit der Jugendwerkstatt weitergehen solle, wenn das Haus fertiggestellt sein würde. Die Klärung dieser Frage war wichtig, weil wir die Jugendlichen auch noch nach diesem Zeitpunkt mit sinnvoller Arbeit beschäftigen wollten, und wir auf diesem Wege etwas zur Finanzierung der Werkstatt beitragen wollten. Wir hatten zu dem Zwecke zeitweise eine kleine Kommission aus Vereinsmitgliedern berufen, die sich viel Mühe gab brauchbare Vorschläge zu machen. Wenn es uns bis heute nicht recht gelungen ist, hierbei zu praktikablen Lösungen zu kommen, so lag das nicht an

dieser Kommission, sondern das hat vornehmlich innerbetriebliche Gründe, unter anderen auch den, daß der Hausausbau uns sehr viel länger beschäftigt hat als wir ursprünglich angenommen haben.

Der andere Schwerpunkt war die Pädagogik. Sie hat in unserer Arbeit natürlich eine große Rolle gespielt. In unserer Satzung heißt es: Der Zweck des Vereins ist die Förderung von solchen Jugendlichen, die in der Arbeitswelt - aus welchen Gründen immer - benachteiligt oder schwer vermittelbar sind. Diesen Zweck, die Jugendlichen zu fördern haben wir vornehmlich über die handwerkliche Arbeit zu erreichen versucht. Das fing bei der Anleitung zur Pünktlichkeit, zur Zuverlässigkeit, zu Genauigkeit an und ging weiter bei der Vermittlung von handwerklichen Grundfertigkeiten. Der Förderung diente aber auch der Unterricht, den die Jugendlichen bekamen, um dadurch ihre schulischen Defizite ein wenig abbauen zu können. Zur Förderung der Jugendlichen gehörte wesentlich die persönliche Betreuung durch die Sozialpädagogen.

Nach unserer Statistik können wir sagen, daß wir bei ca 44 Prozent der Jugendlichen das uns gesetzte Ziel, ihnen bei der Eingliederung in die Arbeitswelt zu helfen, mehr oder minder gut erreicht haben. In den sechs Jahren vom 1. November 1987 bis zum vor uns liegenden 31 Oktober werden 91 Jugendliche unsere Werkstatt durchlaufen haben. Die längste Zeit, die ein Jugendlicher bei uns arbeiten konnte, betrug nach der ABM-Regelung 2 Jahre. Etliche sind aber schon vor Ablauf der Zweijahresfrist ausgeschieden. Wir vom Vorstand waren bemüht, die Verweildauer so kurz wie möglich zu halten. Von diesen 91 Jugendlichen sind 24 20 - 24 Monate in der Werkstatt gewesen, 8 ca 1½ Jahre (14 - 19 Monate), 20 etwa ein Jahr (8 - 13 Monate), und der Rest von 38 Jugendlichen kürzer als 8 Monate..

Die genannten 44 % der Jugendlichen waren solche, die ausschieden weil sie eine Ausbildung begonnen haben (20%), weil sie einen festen Arbeitsplatz bekamen oder zur Bundeswehr gingen (19%) und weil sie heirateten oder Erziehungsurlaub nahmen (5%) Soweit die positive Seite der Statistik. Die restlichen 56 Prozent verteilen sich auf solche Jugendliche, die ihrerseits kündigten ohne eine neue Arbeit gefunden zu haben, solche, die wegen Krankheit ausschieden, und solche, die von uns entlassen werden mußten, weil sie untragbar waren, oder wir keine Möglichkeit mehr sahen, sie irgendwie fördern zu können.

Soweit die statistischen Ergebnisse unserer Arbeit, die - verglichen mit anderen Einrichtungen ähnlicher Art - so schlecht nicht sind. Dennoch muß einiges Kritische zu unserer Arbeit gesagt werden, wobei die strukturellen Schwierigkeiten, mit denen der Vorstand und unsere Mitarbeiter ständig zu kämpfen hatten, nicht außer Acht gelassen werden dürfen. Da ist vor allem die hohe Fluktuation unter den Mitarbeitern zu nennen. Wir haben im Verlauf der sechs Jahre insgesamt 23 Mitarbeiter beschäftigt, bei einer durchschnittlichen Verweildauer von

willigten Gelder vom Arbeitsamt und von der Bezirksregierung immer pünktlich zum Termin der fälligen Gehalts- und Lohnzahlungen ein-treffen?

- Ein letzter nicht unwesentlicher Grund war und ist, daß die vom Vorstand geleistete Arbeit auf Dauer von ehrenamtlichen Kräften nicht durchzuhalten ist. Unser Betrieb erfordert einen Geschäftsführer. Für die Schaffung einer Stelle für einen solchen ist die Werkstatt aber nicht groß genug.

Die von mir jetzt noch einmal genannten Gründe führten, wie Sie wissen zu der Erkenntnis, daß wir uns nach einem neuen Träger umsehen mußten. Ich brauche die Geschichte des letzten halben Jahres nicht noch einmal nachzuzeichnen. Wir sind froh, daß wir die Werkstatt - wie durchaus zu befürchten war - nicht schließen müssen, sondern an einen erfahrenen Träger mit einem ebenso erfahrenen Geschäftsführer übergeben können. Das wird zwar einen Einschnitt für die Arbeit bedeuten. (Herr Pohle hat dazu schon einiges gesagt.) aber die Arbeit geht weiter.

Zum Schluß dieses kurzen Berichtes möchte ich im Namen des Vorstandes Ihnen allen, die Sie jeder auf seine Weise zum Gelingen der Arbeit in der Jugendwerkstatt beigetragen haben, danken. Wir danken den Mitarbeitern in der Werkstatt, wir danken den Mitgliedern des Vereines, die uns durch Rat und Tat, durch Ihre Beiträge und auch Spenden wesentlich geholfen haben. Wenn es den Verein nicht gegeben hätte, gäbe es keine LJW. Wir danken den Ämtern und Behörden und den für unsere Arbeit zuständigen Mitarbeitern für ihre große Unterstützung und ihr großes Entgegenkommen. Wir danken den Politikern, die unsere Arbeit begleitet haben. Und ich persönlich möchte diesem Dank des Vorstands noch meinen Dank an Sie, die jetzigen und früheren Vorstandsmitglieder anfügen. Sie haben viel Zeit und Kraft für diese Arbeit aufgebracht.



**Aktion
Arbeitslosen
Abgabe**
In Braunschweig

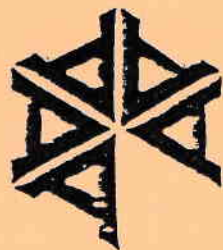
Protokolle und Materialien 1994

Nikolaus Lorenz: 10 Jahre AAA

Bitte um Aufnahme in den Kollektenplan der Landeskirche

Folgerungen aus der Arbeit der Gruppe 5 der Landessynode zum
Thema: "Gemeinsam unterwegs zu mehr Gerechtigkeit"

AKTION ARBEITSLOSENABGABE IN BRAUNSCHWEIG E.V.



10 Jahre -
Erfahrungssammeln im Teilen von Arbeit und Geld

In der Aktion - Arbeitslosen - Abgabe habe sich kirchliche MitarbeiterInnen und Gemeindeglieder aus der Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig zusammengeschlossen, um Arbeit und Geld zu teilen und so Arbeitslosen Anteil an einer gerechteren Aufteilung vorhandener Arbeit zu geben.

Geschichte

Drei Problemkreise führten am 11. 7. 1984 dazu, aus dem Rahmen der Friedensinitiative hervorzutreten und einen eingetragenen Verein zu gründen:

- * die bedrückend hohe Zahl von Arbeitslosen, insbesondere unter Frauen und jungen Menschen.
- * die Diskussion innerhalb der Kirche über das Teilen von Arbeit und Geld zwischen Arbeitslosen und denen, die in gut bezahlten und unkündbaren Arbeitsverhältnissen stehen und keine Sozialabgaben zahlen.
- * die Aussicht, daß TheologInnen und DiakonInnen nach Abschluß ihrer Ausbildung keine Stelle im kirchlichen Dienst bekommen würden (sog. 'Theologenschwemme').

Die Grundideen der Aktion-Arbeitslosen-Abgabe fassen die drei Worte zusammen, die Name und Motto zugleich sind:

- Aktion** = Die Idee Arbeit zu teilen und durch Mitfinanzierung neue Arbeitsplätze im Bereich der Kirche zu schaffen, um vernachlässigte oder verwaiste Arbeitsbereiche zu entdecken und zu fördern.
- Arbeitslosen** = Zielgruppe sollten zunächst kirchliche MitarbeiterInnen sein, die als DiakonInnen oder PfarrerInnen ausgebildet und qualifiziert sind, aufgrund besetzter Stellen und fehlender Finanzmittel nicht angestellt werden können. Sehr schnell weitete sich die Zielgruppe auf den außerkirchlichen Bereich aus.

Abgabe = Mit einem Solidarbeitrag erklären sich die MitgliederInnen bereit, auf einen Teil (ca. 1% des Bruttogehaltes) zu verzichten, um so auftretende Finanzierungslücken schließen zu können.

Einmal in der zehnjährigen Geschichte ist die Aktion-Arbeitslosen-Abgabe in diesem 'ursprünglichen' Bereich tätig gewesen. So konnten wir einem Theologen helfen, die Zwischenzeit bis zur Übernahme in den kirchlichen Dienst zu nutzen, um im Bereich Arbeitslosigkeit und Kirche zu arbeiten.

Dennoch zeigte sich schnell, daß die ehrgeizigen Ziele zu hoch gesteckt waren. Zum einen fanden sich zu wenig MitarbeiterInnen, die bereit waren Arbeit und Geld zu teilen und über neue Formen kirchlicher Arbeit nachzudenken. Zum anderen erwies sich die sog. 'Theologenschwemme' als Gespenst, das - wohl Schrecken verbreitete - sich aber zunehmend in Luft auflöste.

Arbeitslosigkeit erwies sich allerdings nicht als Gespenst, im Gegenteil: Es nimmt gespenstische Ausmaße an!

Neue Herausforderungen

Ein neues Profil mußte gesucht und gefunden werden. Ideen und Initiativen sollten gefördert werden, die zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Verbesserung der Lebensmöglichkeiten erwerbsloser Menschen beitragen. Dies geschieht in Zusammenarbeit mit anderen Arbeitsloseninitiativen und -projekten auf lokaler und regionaler Ebene.

Seit dieser Zeit unterstützen wir Projekte und Einrichtungen, in denen Erwerbslose Möglichkeiten haben, sich mit ihrer Situation auseinanderzusetzen, die ungewollte Isolation aufbrechen können und - wenn möglich - eine Chance zur Eingliederung in den Erwerbsprozeß finden. Dabei versuchen wir mit unseren bescheidenen Mitteln, Finanzhilfe und Begleitung anzubieten.

Nun schlägt aber der abbröckelnde Sozialstaat auch auf die einzelnen Initiativen und Einrichtungen durch. Das Wegfallen oder die eingeschränkte Möglichkeit von AB - Maßnahmen schränkt die finanzielle und personelle Potenz vieler Initiativen ein und gefährdet sie. Auch wir als Verein kommen schon längst nicht mehr in den Genuß einer solchen Förderung und sind auf unsere 'nebenberuflichen' Kapazitäten angewiesen. Gleichwohl häufen sich die Anfragen an uns nach finanzieller Unterstützung.

Wie es jetzt aussieht

1994 bringen 50 MitgliederInnen und 10 Spender ein Spendenaufkommen von ca. DM 30 000,- auf, zusammen mit Darlehnsrückzahlungen haben wir eine Projektförder-

summe von DM 53 400,-. Damit lassen sich gewiß keine großen Sprünge machen, aber wir können damit helfen, Personalkosten mit- und Restkosten einer AB - Maßnahme zu finanzieren.

Im laufenden Jahr 1994 unterstützen wir:

* die St. Bartholomäus-Kirchengemeinde Blankenburg	5 000,-
* den Pfarrsprengel Aspenstedt/Halberstadt	3 440,-
* die Friedenskirchengemeinde SZ-Lebenstedt(Jugendarbeitslosigkeit)	10 000,-
* die Martin-Luther-Kirchengemeinde Wolfenbüttel	5 000,-
* Aktion Brückenbau, Braunschweig	10 000,-
* ZEPRA (Dachverband der Arbeitsloseninitiativen in Niedersachsen)	4 000,-

Weitere Finanzierungsnachfragen sind vorhanden, müssen allerdings noch geprüft werden. Aller Voraussicht nach können wir in diesem Jahr nicht alle Nachfragen positiv entscheiden, weil unsere Finanzmittel an ihre Grenzen stoßen. Das zeigt uns, daß wir zur Zeit trotz unserer beschränkten Kapazitäten auf dem richtigen Weg sind.

Arbeitslosigkeit und Kirche

Eine weitere Aufgabe sieht die Aktion-Arbeitslosen-Abgabe darin, daß Problem Arbeitslosigkeit in die (kirchliche) Öffentlichkeit hineinzutragen. In verschiedenen thematischen Veranstaltungen haben wir versucht, Diskussionsforen zu bieten, zB.

- * Personalplanung der Landeskirche (1990)
- * Arbeitslosigkeit - was kann die Kirche tun (1991)
- * Langzeitarbeitslose haben keine Perspektive ohne Kirche? (1992)
- * Aktion Brückenbau (1993)
- * Die Zukunft der Arbeitslosen im abbröckelnden Sozialstaat - Beratung - Beschäftigung - Betreuung und... ?

Dabei sind wir uns unserer Grenzen bewußt. Dem komplexen Aufgabenfeld Arbeitslosigkeit ist auf die Dauer ehrenamtlich und nebenberuflich nur schwer gerecht zu werden. Es wäre ein wichtiges Zeichen, wenn in unserer Landeskirche oder im Diakonischen Werk eine hauptamtliche Stelle für den Bereich 'Arbeitslosigkeit' eingerichtet werden könnte.

Solange das noch Zukunftsmusik ist, laden wir ein zur Mitarbeit

- * durch eine einmalige Spende
- * durch Mitgliedschaft und regelmäßige Spenden in selbstgewählter Höhe
- * durch Einbringung von Ideen und Plänen für neue Projekte
- * durch eigene Beiträge zu der Frage, wie Arbeitslosigkeit als wichtige

Aufgabe von Kirche und Diakonie Gestalt gewinnen kann.

Nikolaus Lorenz

Kontaktadressen:

Christian Teichmann (Vorsitzender), Poststr.4, 38162 Cremlingen-Schandelah
Tel: 05306/~~2207~~ 970276

Elisabeth Schöning, Kinzingstr.10, 38120 Braunschweig, Tel: 0531/845598

Nikolaus Lorenz, ~~Am Pfarrhaus 3 38176 Wendeburg Meerdorf, Tel: 05171/17587~~
~~An der Bogenhagenkirche 4 38704 BS, Tel: 0537/372500~~

Konto: Postbank Hannover 4938 77-307 (BLZ 250 100 30)

Nikolaus Lorenz.

Drei Wochen Arbeit, eine Woche Urlaub

Teilungsmodell der Müllabfuhr von Arhus löst in Dänemark eine heftige Debatte aus

Ein Mann vorn am Steuer, zwei hinten am Wagen zur Leerung der Tonnen — so rollen die Fahrzeuge der kommunalen Müllabfuhr durch Dänemarks zweitgrößte Stadt Arhus. Künftig sollen die Teams aus vier Leuten bestehen. Dieser Vorschlag zur Arbeitsplatzbeschaffung hat in dem nördlichen Nachbarland eine heftige Debatte ausgelöst.

Der Plan sieht nicht vor, daß künftig vier Leute den Müll wegschaffen sollen, den bisher drei bewältigt haben. Vielmehr ist daran gedacht, die Arbeit mit erwerbslosen Kollegen zu teilen. Auch künftig wird nur einer am Steuer des Müllwagens sitzen, auch künftig werden zwei Mann hinten den Inhalt der Abfallcontainer in den Schacht kippen. Der vierte hat frei, eine Woche lang. Die folgende Woche ist ein anderer dran und so weiter. Drei Wochen Arbeit, eine Woche Urlaub, das schafft Platz für einen vierten Mann im Dreierteam.

Die Voraussetzung dafür liefert ein neues Urlaubsgesetz, das die dänische Mitte-Links-Regierung angesichts einer Arbeitslosenquote von zwölf Prozent verabschiedet hat. Wer sich aus dem Arbeitsstreß auskoppeln will, um sich weiterzubilden oder einem Hobby nachzugehen, eine Weltreise zu machen oder die Kinder zu hüten, zu meditieren oder einfach auszuspannen, der kann dies bis zu ein Jahr lang tun und dafür eine Summe kassieren, die 80 Prozent des Arbeitslosengeldes beträgt.

Dieses System wollen die Müllwerker

von Arhus nun nutzen, um ihren Kollegen einen Job und sich selbst mehr Freizeit bei erträglichen Lohneinbußen zu sichern. Und das Modell macht Schule. Schon hat Kopenhagens kommunale Busgesellschaft angeboten, die angekündigte Entlassung von 500 Fahrern zurückzunehmen, wenn sich deren Kollegen bereit erklären sollten, die Arbeit zu teilen. Unter den Chauffeuren ist die Stimmung gespalten. Viele hätten nichts gegen extra Urlaubswochen, wenn sie damit Arbeitsplätze bewahren können. „Tausend Kronen brutto“ (rund 250 Mark) im Monat, netto also rund die Hälfte, würde sich eine Fraktion das kosten lassen. Doch nicht alle können und wollen einen solchen Verzicht üben.

Gespalten sind auch die Kommentare von Politikern und Organisationen. Für „ganz hervorragend“ hält die sozialdemokratische Arbeitsmarktministerin Jytte Andersen, die Architektin des Urlaubsgesetzes, die Idee der Müllarbeiter von Arhus. Die liberale Wirtschaftsministerin Marianne Jelved hingegen warnt davor, die Arbeitsteilung für ein Patentrezept zu halten. „Fast den ganzen Lohn für drei Viertel der Arbeit — das ist eine Verteuerung der Produktionskosten, die wir uns nicht leisten können.“ Vorbehalte melden sowohl Arbeitgeber als auch Gewerkschaften an. Arbeitszeitverkürzung mit öffentlich finanziertem Lohnausgleich halten die einen für einen Irrweg. Und die anderen monieren, daß sie für einen freiwilligen Lohnrückgang nicht ge-

kämpft hätten, auch wenn sie Arhus als Einzelfall gelten lassen würden.

Die Anhänger dieses Modells verweisen darauf, daß es dem Staat keine Extrakosten bereitet. Wohl muß er die Urlaubsentschädigung bezahlen, doch er erspart sich gleichzeitig das (höhere) Arbeitslosengeld. „Kostenneutral ist das Modell nur in Zeiten mit extrem hoher Arbeitslosigkeit“, warnt der sozialdemokratische Finanzminister Mogens Lykketoft dennoch. Das Ziel der Wirtschaftspolitik müsse weiterhin die Schaffung von neuen Stellen sein, nicht die Teilung der bestehenden. Doch weil es in Dänemark 350 000 Arbeitslose gibt und von Aufschwung vorerst nur in den Prognosen der Regierung die Rede ist, kann die Jobteilung, die Lykketoft als „vernünftige Überbrückungsordnung“ bezeichnet, rasch zur Dauerlösung werden.

Wie auch das Urlaubsgesetz, das zunächst drei Jahre lang gelten soll. Seine Attraktivität ist unumstritten. 100 000 Dänen und Däninnen haben ihr Interesse angemeldet. Doch ob es die Zahl der Arbeitsplätze erhöht, ist umstritten. Zahlreiche Unternehmer haben erklärt, Personallücken ohne Neueinstellungen überbrücken zu wollen. Und jene, bei denen die neue Möglichkeit zum staatlich bezahlten Luftschnappen auf besonders fruchtbaren Boden zu fallen scheint, sind Krankenschwestern und Kindergärtnerinnen. Gerade in diesen Mangelberufen sollte aber das Arbeitskräfteangebot nicht noch mehr verknappt werden. gam

PROTOKOLL DER VORSTANDSSITZUNG DER AAA e.V.

BRAUNSCHWEIG vom 25.01.94, 20 Uhr bei

Frau Schöning, Kinzigstr. 10

Anwesende: E.Schöning, Ch.Teichmann (Vorsitzende); N.Lorenz, J.Brzoska, E.Binder, R. Jordens-Höke; Dr. Camerer; R. Rosenkranz.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 16.02.94 um 16Uhr bei Schriftführerin Rosenkranz, Am Tafelacker 10, 38104 Braunschweig

Oberster TOP: Vorbereitung der Mitgliederversammlung am 03.03.94 im Gemeindehaus der St. Petrigemeinde, Lange Str.33, 38100 Braunschweig.

1. Herr Teichmann begrüßte Fr. Dr.Camerer als neues ehrenamtliches Mitglied im Vorstand der AAA.
2. In der Synode zum konziliaren Prozeß vom 26-28.5.94 wird sich u.a. eine Arbeitsgruppe mit dem Problem "Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Nichtseßhaftigkeit" beschäftigen. Es soll zum "Teilen und etwas tun in der Gemeinde" für diese Betroffenen aufgerufen werden. Von der AAA sollen zwei Gäste zu dieser Veranstaltung eingeladen werden. Fr. Schöning erklärte sich schon zur Teilnahme bereit, um zusammen mit Fr. Kuhlmann-Garbes von der "Aktion Brückenbau" über die Arbeit der AAA zu berichten.
3. Nach engagierter Diskussion wurde als Oberthema für die Mitgliederversammlung folgendes festgelegt:

"Die Zukunft der Arbeitslosen im abbröckelnden Sozialstaat-
Beratung- Beschäftigung- Betreuung und ...?"

Von den vier Referenten, die ihre Teilnahme an dieser Veranstaltung schon zugesagt hatten, wurde zunächst Herr Pohle genannt, der vom Bildungswerk Niedersächsischer Volkshochschulen in Salzgitter, das als neuer Träger die Behndorfer Jugendwerkstatt übernommen hat, Möglichkeiten u. Grenzen einer Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen (LZA) in einem "zweiten Arbeitsmarkt" darlegen soll. Herrn Harburg als Mitbegründer von "Aktion Brückenbau" will man auffodern, seine persönlichen Erfahrungen u. die Resonanz seitens der Kirchengemeinde auf sein intensives Engagement für die LZA als Pfarrer der Braunschweiger Weststadt zu berichten.

Von Frau Kuhlmann-Garbes als Mitarbeiterin von "Aktion Brückenbau" erwartet der AAA-Vorstand konkrete Probleme der Motivation in der Beratungstätigkeit mit LZA zu nennen.

Frau Kistner vom Arbeitsamt Braunschweig ist für die Vermittlung von LZA zuständig u. soll in ihrem Lagebericht über die Arbeitsmarktentwicklung auch darstellen, wodurch die Begleitung der be-

der betroffenen Alters- und Berufsgruppen im Vergleich zu früher heute erheblich erschwert wird.

4. Es wurde beschlossen, die Abhandlung der satzungsmäßig vorgeschriebenen Regularia wie Jahresrückblick '93, Abrechnung u. Bericht der Kassenprüferinnen, Entlastung des Vorstandes u. der Kassenführerin sowie Vorstellung des Jahresplanes für 1994 möglichst kurz zu gestalten; damit ergibt sich die Notwendigkeit, den Mitgliedern die entsprechenden Unterlagen bereits vor der Mitgliederversammlung zuzusenden.

5. Von den vier vorliegenden Anträgen wurde nur ein Darlehnsantrag von ZEPRA über 12.000,-DM bis April zustimmend verabschiedet.

Ein Zuschuß für eine Pfarrstelle von 3.000,-DM bei einer Weiterbeschäftigung einer ungelernten Bürokraft seitens ZEPRA sowie der Antrag vom Fredenberg, Salzgitter, wo offene Jugendarbeit die Erweiterung einer Stelle um 10.000,-DM notwendig macht, wurden aus Zeitgründen bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Mit freundlichen Grüßen!

PROTOKOLL DER VORSTANDSSITZUNG DER AAA e.V.

BRAUNSCHWEIG vom 16.02.94, 20 Uhr bei Regine
Rosenkranz, Am Tafelacker 10, 38104 Braunschweig.

Anwesende: Hr. Steen, Hr. Brzoska, Hr. Teichmann, Hr. Lorenz, Fr. Dr. Camerer,
Hr. Lorenz, Fr. Rosenkranz.

Zunächst wurden Formalien für die MV am 3.3.94 festgelegt und aufgeteilt, wer an die Referenten und einen interessierten Personenkreis zusätzliche Einladungen verschicken soll. (Hr. Teichmann - Hr. Rohde vom Arbeitsamt, Abteilungsleiter von Fr. Kistner; Hr. Brzoska - Hr. Meyer vom Fonds der Theologiestudenten; Hr. Binder - Hr. Pohle von der VHS Salzgitter; die übrigen Referenten lädt Fr. Schöning ein.)

Anschließend erläuterte Hr. Lorenz Jahresbericht '93 u. Auszug aus dem Haushaltsvollzug. Beide Unterlagen wurden unverändert angenommen.

Bei der Ergänzung des Jahresplanes '94 wurde die Anschaffung einer neuen elektrischen Schreibmaschine für die Büroarbeiten beschlossen.

(Auftrag für Hr. Teichmann, Preis ca. 300,-DM)

Anträge: Hr. Teichmann trug einen Antrag Hr. Barsnicks aus Halberstadt vom 14.1.94 vor, der einen Zuschuß von ca. 3000,-DM zur Finanzierung einer stundenweisen Schreibkraft für die Kirchenbuchführung im Pfarrsprengel Aspenstedt benötigt. Der AAA-Vorstand erklärte sich bereit, eine Teilzeit-Beschäftigung der bisher arbeitslosen Fr. Niehoff durch eine Zahlung von 1.800,-DM pro Jahr + 200,-DM Sachkosten zu ermöglichen, damit diese Versicherungskauffrau gewisse Berufserfahrungen gewinnt u. damit ihre Wiedereinstellung später erleichtert werden könne. Die zusätzlichen Zahlungen, die Hr. Barsnick wünschte, hielt die AAA nicht für satzungsgemäß. Deshalb muß Hr. Barsnick zunächst einen neuen Antrag

formulieren, der nur die stundenweise Beschäftigung der zur Zeit arbeitslosen Schreibkraft für max. 1 Jahr im Rahmen von 2.000,-DM inklusive Sachkosten beinhaltet.

In einem zweiten Antrag wünscht sich Pfarrer Werner Müller von der Friedenkirche Salzgitter - Lebenstedt 10.000,-DM als Zuschuß zur Erweiterung einer 30 Stunden- auf eine 38,5 Stundenstelle für eine Sozialarbeiterin in der offenen Jugendarbeit im Problemgebiet "Am Fredenberg". Die AAA plant nur für das Jahr 1994 eine Unterstützung dieses Projektes ein, sofern der Antrag projektbezogen formuliert würde, d.H. die Unterstützung arbeitsloser Jugendlicher schwerpunktmäßig hervorgehoben wird. Folgeverpflichtungen lehnt die AAA in diesem Falle ab.

Das Selbsthilfewerk e.V. Wolfsburg beantragte eine Unterstützung von 3.000,-DM für Verwaltung u. eine Beratungsstelle in ihren Jugendarbeitslosenhilfsprojekten wie "Cafeéxtrem, Schreibbüro u. Fahrradwerkstatt. Die AAA gibt dafür zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Zusage, da diese Projekte in den Zuständigkeitsbereich der AAA Hannover fallen. Für das Jahresende behält sich der AAA-Vorstand noch eine Entscheidung vor.

ZEPRA erhält 1.000,-DM Druckkostenzuschuß für ihre Informationsbroschüre; die Gewährung eines Zuschusses über 1.000,-DM für eine 2. Personalstelle hielt der AAA-Vorstand augenblicklich für nicht möglich.

Bei der MV wird Hr. Teichmann den Jahresbericht '93 geben und Hr. Lorenz den thematischen Teil mit den Referenten leiten, nachdem er bereits in der 1. halben Stunde des Abends den Haushalt vorgestellt haben wird.

Als Termin der nächsten Vorstandssitzung wurde Dienstag, der 12.04.94 um 20 Uhr

bei Fr.Schöning, Kinzigstr. 10, 38120 Braunschweig festgelegt; dann sollen u.a. neue rote Handzettel der AAA inhaltlich erarbeitet werden.

Mit freundlichen Grüßen!

R. Rosebaum

Schriftführerin



AAA e. V. Poststraße 4 3302 Cremlingen 3

1.Vors.: Christian Teichmann

Tel. 05306 / 2207

2.Vors.: Elisabeth Schöning

Tel. 0531 / 845598

Einladung

Schandelah, den 10.02.94

zur ordentlichen Mitgliederversammlung 1994

Liebe Mitglieder, liebe Spenderinnen und Spender,
hiermit laden wir Sie sehr herzlich zur ordentlichen Mitgliederver-
sammlung 1994 ein. Sie findet statt

am Donnerstag, den 03.03.94, 19.30 Uhr im Gemeindehaus der
St. Petrigemeinde, Lange Str. 33 38100 Braunschweig

Wir möchten mit Ihnen über ein wichtiges Thema diskutieren, zu dem
uns vier Referenten die notwendigen Informationen geben werden:

"Die Zukunft der Arbeitslosen im abbröckelnden Sozialstaat-
Beratung - Beschäftigung - Betreuung und ... ?"

Die geladenen Fachleute sind:

1. Herr Pohle - (Salzgitter) vom Bildungswerk Niedersächsischer Volks-
hochschulen (u. neuer Träger der Lehndorfer Jugendwerk-
statt) wird über Möglichkeiten u. Grenzen einer Beschäf-
tigung von Langzeitarbeitslosen in einem "zweiten Ar-
beitsmarkt" sprechen.
2. Herr Harburg - als Mitbegründer der "Aktion Brückenbau" wird seine
persönlichen Erfahrungen u. die Resonanz seines in-
tensiven Engagements für die Langzeitarbeitslosen in
der Weststadtgemeinde in Braunschweig erläutern.
3. Frau Kuhlmann-
Garbes - als hauptamtliche Mitarbeiterin von "Aktion Brücken-
bau" kann uns konkrete Probleme der Motivation in
ihrer Beratungstätigkeit mit den Betroffenen nennen.
4. Frau Kistner - wird aus ihrer Vermittlungsposition für LZA im Ar-
beitsamt Braunschweig die Entwicklung von früheren
zu heutigen Verhältnissen darstellen und durch An-
gaben über Altersstruktur, Geschlecht u. Berufsgruppen
der Hauptbetroffenen konkretisieren können.

Um die folgenden notwendigen Regularia möglichst schnell erledigen zu
können, werden Ihnen die erforderlichen Unterlagen zu Ihrer Information
vorab noch zugeschickt werden. (Jahresrückblick '93; -Abrechnung'93; Be-
richt d. Kassenprüferinnen; Antrag auf Entlastung d. Vorstandes u. d.
Kassenführerin; Wahl neuer Kassenprüfer; Finanzplan '94).

Wir danken für Ihre Mitarbeit!

Aktion Arbeitslosen-Abgabe Mit freundlichen Grüßen!
in Braunschweig e.V.

PGA Hannover (BLZ 250 100 30) Kto-Nr. 4938 77-307

SPENDEN AN DIE AAA SIND STEUERLICH ABSETZBAR.



AAA e. V. Poststraße 4 38162 Cremlingen 3

1.Vors.: Christian Teichmann

Tel. 05306 / 2207

2.Vors.: Elisabeth Schöning

Tel. 0531 / 845598

Sehr geehrte Mitglieder der AAA,
mit dieser neuen Briefsendung erhalten Sie - wie angekündigt -
Sitzungsunterlagen für die Mitgliederversammlung am **3. März**.
Wir beabsichtigen die satzungsmäßigen und vereinsrechtlich not-
wendigen Regularien bei unserer Mitgliederversammlung in
der Zeit zwischen **19.30 und 20.00 Uhr** zu erledigen, damit wir
pünktlich um 20.00 Uhr die thematische Aussprache mit unseren
Referentinnen und Referenten beginnen können.

In der Erwartung, daß Sie mit diesem Verfahren einverstanden
sind, grüße ich Sie bis zu unserer Mitgliederversammlung
mit herzlichem Gruß Ihr *Christian Teichmann*

Auszug aus dem Haushaltsvollzug
der AAA 1993:

Bestand am 31.12.92: 64.688,26 DM

Bestand am 31.12.93: 64.936,24 DM

Einnahmen 1993: insgesamt 32.862,92 DM
Spenden/Kollekten 31.586,70 DM
Zinsen 1.276,22 DM

Ausgaben 1993: insgesamt 32.862,92 DM
Personalkosten 4.292,34 DM
Sachkosten/Verwaltung 1.022,60 DM
Rücklagen 247,98 DM
Mitgliedsbeiträge 600, - DM

Projektförderung:

- BAG - Tagung 2.000, - DM
- Aktion Brückenbau 10.000, - DM
- Flüchtlingshilfe e.V. BS 3.000, - DM
- Bartholomäusgen. Blankenburg 5.000, - DM
- IHJAB-INFO-Hannover 1.000, - DM
- Werkstattschule Northeim 5.000, - DM

26.000, - DM

10

Aktion Arbeitslosen Abgabe e.V.
Braunschweig

FINANZPLAN 1994:

1.	<u>Bestand am 31.12.93:</u>	64.936,24 DM
	abzüglich Darlehn an Bildungswerk Niedersächsischer VHS (früher Lehndorfer Jug. werkstatt)	10.000, - DM
		<hr/> 54.936,24 DM
	" Spendenfonds der Theolo- giestudenten	3.296,86 DM
		<hr/> 51.639,38 DM
	Kontobestand am 31.12 93:	
	Post-Girokonto Nr. 4938-77-307	30.920,72 DM
	EKK-Termingeldkonto Nr.000 0625175	24.015,52 DM
		<hr/> 54.936,24 DM
2.	<u>Einnahmen 1994:</u>	
	Spenden	30.000, - DM
	Zinsen	1.100, - DM
	Kollekten	300, - DM
	Forderungen:	
	Darlehn an Lehndorfer Jugendwerkstatt	10.000, - DM
	Rückzahlung Darlehn ZEPRA	12.000, - DM
		<hr/> 53.400, - DM
	Bestand 1993 + Einnahmen 1994: (1 u. 2) (ohne Spendenfonds d. Theologiestudenten)	51.639,38 DM
		+ 53.400, - DM
		<hr/> 105.039,38 DM
		<hr/> 105.039,38 DM

Fortsetzung Finanzplan 1994

3. Ausgaben 1994:

a) Projektförderung:

- Darlehen an ZEPRA	12.000, - DM
- St. Bartholomäus Gemeinde Blankenburg	5.000, - DM
- Aktion Brückenbau	10.000, - DM
- Pfarrsprengel Aspenstedt/Halberstadt	2.000, - DM
- Friedenskirche Salzgitter - Lebenstedt	10.000, - DM
- ZEPRA Druckkostenzuschuß	1.000, - DM
- weitere Projektförderung	
	<u>21.523,86 DM</u>

61.523,86 DM

b) Mitgliedsbeiträge:

- Aktion Brückenbau	500, - DM
- Diakonisches Werk	100, - DM
- ZEPRA, Beiträge '93 u. '94	100, - DM
	<u>700, - DM</u>

c) Personalkosten:

- Beschäftigung	4.500, - DM
- Lohn- u. Kirchensteuer	500, - DM
- Versicherung Berufsgenossenschaft	300, - DM
	<u>5.300, - DM</u>

d) Sachkosten:

- Fahrtkosten	1.000, - DM
- Verwaltungskosten	2.000, - DM
	<u>3.000, - DM</u>
- Inventar, Büro, Anschaffung	500, - DM
	<u>3.500, - DM</u>

e) Umwandlung des ehemaligen Darlehens an die Lehndorfer Jugendwerkstatt in einen Zuschuß 10.000, - DM

f) Rücklagen: Termingeld EKK v.31.12.93 24.015,52 DM

Ausgaben 1994 insgesamt: 105.039,38 DM

Einnahmen '94 + Bestand '93 105.039,38 DM

abzüglich Ausgaben 1994 insgesamt 105.039,38 DM

0 DM

PROTOKOLL DER MITGLIEDERVERSAMMLUNG
DER AKTION ARBEITSLOSENABGABE BRAUNSCHWEIG e. V.

vom 03.03.94, 19,30 Uhr im Gemeindehaus der St. Petrigemeinde, Lange Str.33,
38100 Braunschweig.

Tagesordnung:

1. Teil: Regularien:
- 1.1. Begrüßung; Beschluß der Tagesordnung
 - 1.2. Erläuterung des Haushaltsvollzugs 1993 u. neuer Projekte
 - 1.3. Bericht der Kassenprüferinnen vom 3.1.1994; Antrag auf Entlastung des Vorstandes u. der Kassenführerin; Wahl neuer Kassenprüfer
 - 1.4. Vorstellung des Finanzplanes 1994 mit Projektförderungen und dazugehöriger Abstimmung
2. Teil: Referate zum Thema: "Die Zukunft der Arbeitslosen im abbröckelnden Sozialstaat - Beratung - Beschäftigung - Betreuung und ..."

Zu 1.: Herr Teichmann begrüßte die 18 Teilnehmer der MV und erläuterte anhand der 33.000,-DM Einnahmen sowie der Ausgaben in etwa gleicher Höhe den gut ausgeglichenen Haushalt 1993, wobei sich der Bestand leicht erhöht habe. Anschließend gab der Vorsitzende Erklärungen zu den Projektförderungen des letzten Jahres ab.

Frau Dr. Camerer berichtete, daß die Kassenprüferinnen ein ohne Beanstandungen geführtes Haushaltsbuch und eine ordnungsgemäß abgerechnete Handkasse vorgefunden haben.

Herr Padel beantragte daraufhin Entlastung des Vorstandes, die einstimmig bei 5 Enthaltungen der Vorstandsmitglieder angenommen wurde.

Per Akklamation wurden Frau Mohr und Frau Dr. Camerer als Kassenprüferinnen für 1994 wiedergewählt.

Dann stellte Herr Lorenz den bereits zuvor verschickten Finanzplan 1994 vor. Bei der Frage, was mit dem Darlehen an die Lehndorfer Jugendwerkstatt zu geschehen habe, wies Herr Padel auf einen Schreibfehler hin; d.h. das Darlehen gehöre noch der Lehnd. Jugendwerkstatt, bei deren Endabrechnung möglicherweise mit einem Rest des Darlehens von ca. 6.000,- DM zu rechnen sei; es wäre zu begrüßen, wenn dieser eventuelle Überschuß an den neuen Träger, das Bildungswerk Niedersächsischer Volkshochschulen übergeben werden könnte, da dieses großzügig alte finanzielle Verpflichtungen der L.J. übernommen hatte und, wie Herr Pohle aus Salzgitter erwähnte, bereits stark unter den Kürzungen im Arbeitsförderungsgesetz zu leiden habe, d.h. schon dicht an der Zahlungsunfähigkeit gewesen sei. Der Antrag Herrn Teichmanns, das Darlehen in einen nicht zurückzahlenden Zuschuß von 10.000,- DM zu verwandeln, wurde einstimmig angenommen. Herr Binder schlug vor, zum Ausgleich dafür die Rücklage im Haushaltsplan zu streichen, was auf Zustimmung stieß.

Als bereits vorliegende Anträge für Projektförderungen, die noch zu prüfen seien, wurden "Drachenflug" und "Wolfenbüttel" genannt.

Der Vorschlag Herrn Harburgs, die AAA in den Kollektenplan mitaufzunehmen, wurde von Herrn Oberlandeskirchenrat Becker aufgegriffen, der der AAA riet, dieses Auf-

nahmegesuch an ihn persönlich zu richten.

Der Finanzplan 1994 wurde mit einer Enthaltung einstimmig angenommen.

Zu 2: Herr Lorenz ergänzte den Einstieg in das obige Rahmenthema u.a. durch die Fragen, wie die Perspektiven für die Arbeitslosenbetreuung zur Zeit seien und welche Konsequenzen für die Kirchengemeinden aus der Situation zu ziehen seien. An Herrn Pohle vom Bildungswerk Niedersächsischer Volkshochschulen wandte Lorenz sich mit der Frage, ob es sich bei der Beschäftigung von Arbeitslosen um einen zweiten Arbeitsmarkt handle, ob es in gewisser Weise Konkurrenz zum normalen Arbeitsmarkt geben könnte und ob dieser Weg Zukunft habe? Herr Pohle beantwortete diese Fragen - um es gleich vorwegzunehmen - sehr positiv, denn bei dem sehr anschaulich dargestellten Projekt "Umwelt und Recycling" in Salzgitter, das vor vier Jahren zunächst als Beschäftigungsinitiative für Langzeitarbeitslose gegründet wurde, handelt es sich um einen gut florierenden Betrieb, der sich ab 1.1.95 selbst tragen soll. Damit wird er aus dem 2. Arbeitsmarkt aussteigen; neben dem Bereich Gartenbau u. Kompostierung für Naturschutzbehörden, Krankenhäuser u. Kirchen gibt es die spektakuläre Abteilung "Purkauf" im Kaufhaus "Hertie": eine Kombination von Dienstleistungen, Handwerk u. Verkauf, d.h. Abtransport und Aufarbeitung von Gebrauchtmöbeln in einer eigenen Tischlerei mit anschließendem Verkauf im Haus "Hertie". 1995 müssen die Beschäftigten zu 50% feste Angestelltenverträge erhalten; einige haben soviel berufliche Qualifizierung erhalten, daß sie in andere Arbeitsverhältnisse überwechseln können. Ziel soll es bleiben, Langzeitarbeitslose wieder für den 1. Arbeitsmarkt zu befähigen. Es besteht eine Vereinbarung mit Möbelgroßmärkten, beim Neukauf alte Möbel entrümpeln zu lassen. Diese Recycling-Projekte sind in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt BS ins Leben gerufen worden u. über die Stadt Salzgitter, das Land Niedersachsen u. den europäischen Sozialfonds finanziert worden.

Pastor Harburg gab als Hauptgrund für die Möglichkeit, sich in der Weststadtgemeinde schwerpunktmäßig mit den Arbeitslosenproblemen auseinandersetzen zu können, die gute Besetzung mit 4 Pastoren an. Auf Harburgs Betreiben hin wurde durch Ausstellungen und Gottesdienstgestaltung auf die sozialen Brennpunkte in der Weststadt aufmerksam gemacht; neben der Öffentlichkeitsarbeit und den Behördenkontakten gab es zunächst Erfahrungsaustausch in Gruppen. Der Kirchenvorstand unterstützte dann die Anforderung einer qualifizierten Sozialpädagogin für die individuelle Beratungstätigkeit. Leider wurde keine Planstelle genehmigt, sondern es gab nur befristete ABM-Verträge für zwei Mitarbeiterinnen, von denen eine später nach Wolfenbüttel abgezogen wurde.

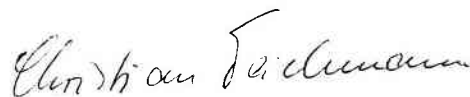
Frau Kuhlmann-Garbes blieb und trug die schwierige Gründung des Vereins "Aktion Brückenbau" mit, der sich die Vernetzung zu anderen Gemeinden u. Arbeitslosenini-

tiativen vorgenommen hat. Zu der Beratungsgruppe in der Weststadt kam noch eine weitere im Norden (BS-Rühme) hinzu; im Osten u. Süden der Stadt werden sich weitere Schwerpunkte der Arbeitslosenbetreuung einrichten lassen. Frau Kuhlmann-Garbes gab als Ziele der jeweils vierwöchigen Krisenbegleitung von Arbeitslosen die Ermutigung zu neuen Aktivitäten auf der Ebene von Kultur, Weiterbildung z.B. in Volkshochschulen u.a. Freizeitangeboten. Die Teilnahme an den Gesprächen mit anderen Betroffenen soll Hemmnisse abbauen helfen, das Selbstwertgefühl stärken u. durch ein Gemeinschaftsgefühl Wege aus der Isolation, der Verschuldung oder dem unregelmäßigen Tagesablauf aufzeigen. Die Persönlichkeit des Arbeitslosen soll Stabilisierung finden, indem Geldnot, Ehe- u. Erziehungsprobleme nicht mehr als eigene "Schuld" u. Einzelfall erkannt werden. An weitere Beratungsstellen wie Schuldnerberatung, Ehe- u. Familienhilfe oder sozialen Dienst wird dann weitergeleitet. In der Öffentlichkeit muß um mehr Verständnis für diese wachsende Gruppe geworben werden. Leider scheitert die feste Anstellung weiterer Mitarbeiter immer wieder an Finanzproblemen. Ein Vorstandsmitglied der Aktion Brückenbau dankte der AAA für ihre großzügige Unterstützung.

Wie Herr Rohde vom Arbeitsamt Braunschweig schilderte, nimmt das Arbeitslosenproblem dramatische Formen an: die Zahl der Arbeitslosen im Arbeitsamtsbereich BS (Salzgitter u. Wolfenbüttel) ist seit 1980 um das Zehnfache gestiegen auf nunmehr 30.000. Demgegenüber steht ein immer enger werdender finanzieller Rahmen bei der Bundesanstalt für Arbeit. Die beruflichen Bildungsmaßnahmen mußten in den letzten Jahren schon um 25% beschnitten werden; eine weitere Halbierung erfolgte 92/93. Seit dem 1.1.94 gibt es keinen Rechtsanspruch mehr auf Förderung durch berufliche Bildung. Die ABM-Maßnahmen sind von 13.000 auf 400 Stellen zurückgegangen; nach 2 Jahren laufen die Verträge aus, es gibt selten Übernahmen in feste Beschäftigungsverhältnisse. Um so mehr wird in Zukunft der psychologischen Betreuung dieser Menschen in der Krisensituation Gewicht zukommen.

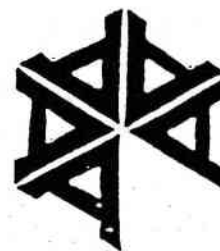
Nach einigen Diskussionspunkten fand dieser sehr informative Abend seinen Abschluß mit der Hoffnung auf weitere Unterstützungsmöglichkeiten.

Mit freundlichen Grüßen!



Pastor Teichmann, Vorstandsvorsitzender

AKTION ARBEITSLLOSENABGABE IN BRAUNSCHWEIG E.V.



Liebe Mitglieder, liebe Spenderinnen und Spender !

In der Anlage schicken wir Ihnen das Protokoll der Mitgliederversammlung vom 3.3. des Jahres. Ich lege es Ihnen zur Lektüre an's Herz. Unserem Schreiben fügen wir eine Bitte an.

Das Profil der AAA hat sich in den letzten Jahren gewandelt.

Zuerst war unser Anliegen, kirchlichen MitarbeiterInnen eine Überbrückung Ihrer Arbeitslosigkeit und ein Arbeiten in ihrem Beruf zu ermöglichen. Einmal sind wir in den vergangenen Jahren in diesem Bereich gefragt gewesen.

Die Beschäftigung mit dem Thema Arbeitslosigkeit hat uns gezeigt, daß kirchliche und außerkirchliche Initiativen auf Finanzhilfe und Begleitung angewiesen sind. Beides konnten wir in den vergangenen Jahren bieten.

Nun schlägt aber der abbröckelnde Sozialstaat auf die einzelnen Initiativen durch. Das Wegfallen oder die eingeschränkte Möglichkeit von AB-Maßnahmen schränkt die finanzielle Potenz der Initiativen ein und gefährdet sie. Auch wir als Verein kommen schon längst nicht mehr in den Genuß einer solchen Förderung. Gleichwohl häufen sich die Anfragen an uns nach finanzieller Unterstützung.

Aus dem Haushaltsplan ersehen sie, daß wir DM 62 000,- für die Projektförderung eingesetzt haben. Ein lange laufendes Darlehen in Höhe von DM 10 000,- haben wir jetzt in eine Spende umgewandelt. Noch verbleiben uns DM 22 000,- zur Projektförderung. Inzwischen haben wir allerdings so viele Anfragen, daß wir in diesem Jahr - aller Voraussicht nach - zum ersten Mal abschlägige Antworten geben müssen.

Das zeigt uns, daß wir mit unseren bescheidenen Möglichkeiten und Kapazitäten auf dem richtigen Weg sind. Es ermutigt uns, Ihnen unsere Bitten vorzutragen:

Wir bitten Sie, zu prüfen:

1. Entspricht Ihr Mitgliedsbeitrag noch Ihren finanziellen Verhältnissen und Ihrem jetzigen Einkommen? Prüfen Sie bitte, ob Ihnen eine Erhöhung möglich ist. Nett wäre es, wenn Sie es uns wissen lassen, dann können wir schon in diesem Jahr anders planen.
2. Eine freie Kollekte oder eine Kollekte aus Amtshandlungen der AAA zur Verfügung zu stellen. Eine 'Kollektenerklärung' liegt bei.
3. Überlegen Sie bitte, ob Sie aus Ihrer Diakoniekasse der AAA eine einmalige Spende zu kommen lassen können. Solche Spenden sind als 'ökumenische Diakonie' möglich.
4. Überlegen Sie, ob Sie für die AAA bei Ihren MitarbeiterInnen werben können. Es liegt uns sehr daran, in kirchlichen Kreisen bekannter zu werden. Ein neuer Handzettel liegt bei.
5. Gerne sind wir bereit, zu einer Dienstbesprechung oder in Ihre Gremien zu kommen, um die AAA vorzustellen.

Trotz der enger werdenden Fianzmittel bitten wir Sie, unser Anliegen wohlwollend zu prüfen. Vielleicht mögen Sie ja jetzt mal in's Protokoll schauen. Es erklärt die Dringlichkeit unserer Bitte.

Es grüßt Sie im Namen des Vorstandes ganz herzlich

Ihr

Nikolaus Lorenz

Nikolaus Lorenz
(Kassenwart)

AAA in Braunschweig e.V., Poststr. 4, 3302 Schandelah
Konto Nr.: 4938 - 307 bei Postgiro Hannover
1. Vorsitzender: Christian Teichmann

PROTOKOLL DER VORSTANDSSITZUNG DER AAA

VOM 12.04. 94 BEI FR.SCHÖNING, KINZIGSTR.10,BS

Anwesende: Fr.Schönig,Fr.Dr.Camerer, Hr.Teichmann, Hr.Lorenz,Hr.Brzoska,
Hr.Jordens-Höke, Fr.Rosenkranz.

Termin der nächsten Vorstandssitzung: Donnerstag,den 23.06.94, 20 Uhr bei
Fr.Schönig.

- 1.) Nach kleinen Korrekturen am Protokoll der MV vom 03.03.94 wurde beschlossen, dieses mit einem Anschreiben von Hr.Lorenz an alle Mitglieder zu verschicken.
- 2.) Änderung des Finanzplanes 94: Lorenz schlug vor, S.1 des Finanzplanes unverändert zu lassen, aber auf S.2 bei der Ausgabenrubrik unter 3e) statt "Rücklagen" die 10.000,-DM Zuschuß an das Bildungswerk Niedersächsischer Volkshochschulen einzusetzen, nachdem auf der MV die Umwandlung des Darlehens an die Lehndorfer Jugendwerkstatt beschlossen worden war. Unter 3f) sollen als Rücklagen die Termin-geldsumme vom EKK-Kontostand des 31.12.93 über 24.015,52 DM eingesetzt werden; somit erhöht sich die Ausgabensumme insgesamt auf 105.039,38 DM.
- 3.) Anträge: a) Folgende Überweisungen sollen sofort erfolgen:
 - an **Blankenburg** den 2.Teil der Gesamtsumme von 10.000,-DM in Höhe von 5.000,-DM. (Fr.Schönig)
 - an **Friedenskirche Salzgitter-Lebenstedt** 10.000,- DM; Teichmann wird schriftlich bestätigen.
- b) Ein Antrag von **Drachenflug** über 3.000,-DM für die Anschaffung neuen Mobiliars bzw. neuer Geräte in einen Seminarraum zur Weiterbildung der Arbeitslosen im Bereich Weststadt/ Frankfurter Str. (von 45 Arbeitslosen konnten durchschnittlich 36 in Beschäftigungsverh. vermittelt werden = beachtliches Ergebnis!) Fr.Schönig wird im Antwortschreiben vorschlagen, im 4. Quartal erneut nachzufragen, da die AAA augenblicklich den wirklichen Umfang der Spendeneinnahmen noch nicht genau überblicken kann.
- c) Pastor Dose fragte für die **Martin Luther-Gemeinde Wolfenbüttel** nach einem Restfinanzierungsbetrag von 5.000,- DM für die Verlängerung der Stelle einer Diakonin im Anerkennungs-jahr. Letztes Jahr hatte Dose den bereits bewil-ligten Zuschuß er AAA nicht in Anspruch genommen. Diese 5.000,-DM sollen nun sofort überwiesen werden, damit die Angestellte weiterhin Gelegenheit zum Sammeln erster Berufserfahrungen erhält. Teichmann wird schriftlich bestä-tigen.
- d) Das **Frauzentrum in Blankenburg** , das arbeitslose Frauen mit Kindern betreut, benötigt zur Finanzierung einer ABM-Kraft noch 3.000,-DM als Pesonalkostenzu-schuß. Zuständig ist hier der Landesverband der Frauenhilfe, bei dem Fr.Schönin

weitere Informationen (Finanzpläne) über andere Unterstützungsmöglichkeiten einholen soll.

e) Die **Kontaktstelle Arbeitsmarkt** in Salzgitter (Trägerin: Stadt Salzgitter) fragte nach einem Finanzierungszuschuß von 2.000,-DM, um die Weiterarbeit der Verwaltungskraft zu ermöglichen, deren bisherige ABM-Stelle nicht verlängert wird. Es handelt sich um Unterstützung arbeitsloser Frauen u. Männer zusätzlich zum Arbeitsamt. Problem: Städtische Zuschüsse werden zurückgezogen. Die Entscheidung über diesen Antrag wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt, damit E.Binder in der Zwischenzeit weitere Recherchen unternehmen kann. Bei der Stadt Salzgitter sollte zunächst nachgefragt werden, warum dieser kleine Unterstützungsbetrag nicht mehr möglich sein sollte.

4. Teichmann soll außerdem zwei weitere Ablehnungen verschicken:

1. an ZEPRA über die 1.000,-DM Zuschuß für die 2. Personalstelle (siehe Protokoll von der letzten Vorstandssitzung vom 16.2.94);
2. an Wolfsburg, das sich an die AAA Hannover wenden soll.

Fr. Dr. Camerer schlug vor, die Mitglieder der AAA in dem Anschreiben aufzufordern, die Höhe ihrer Spenden der geänderten Situation (Gehaltssituation, Inflation, vermehrt auftretende Anträge) anzupassen.

5. Die roten Handzettel der AAA sollen neu gestaltet werden:

Aktualisierung der Adressen mit den neuen Postleitzahlen,
folgende aktuelle Projekte sollen genannt werden:

- Aktion Brückenbau, Blankenburg, ABM-Stelle Mingener,
- Friedenskirche Salzgitter-Lebenstedt

Hr. Brzoska will den Blocksatz für den roten Zettel auf Computer erarbeiten.

Bis zum nächsten Mal am 23.06.94 verbleibt mit freundlichen Grüßen

Ihr
Christa Teichmann

Meerdorf, den 30.6.1994

Liebe Mitglieder, liebe Spenderinnen und Spender!

Heute schicke ich Ihnen die versprochenen und angekündigten Info-Falt-Blätter der Aktion-Arbeitslosen-Abgabe. Leider lagen sie zum Verschicken des letzten Rundbriefes noch nicht vor. Das ist eine bedauerliche Panne. Geben Sie doch bitte die Info-Falt-Blätter an Ihre MitarbeiterInnen weiter. Und: Wir stehen zu einer Information in Ihrem Mitarbeiterkreis zur Verfügung. Weitere Info-Blätter zum Verteilen können über Christian Teichmann, Poststr.4, 38162 Schandelah bezogen werden.

Gleichzeitig möchte ich Sie durch dieses Schreiben über die jüngste Entwicklung informieren:

- * 3.000,- DM stellen wir der ZEPRA zur Verfügung. Die ZEPRA richtet eine Stelle mit einer ABM-Kraft ein, die einzelne Initiativen begleiten, verknüpfen und innovativ anschieben soll in den Bereichen Oldenburg, Göttingen und Braunschweig. Diese Aufgabe hatte Herr Ulfers übernommen, den wir als ABM-Kraft angestellt hatten. Seitdem diese Stelle gestrichen wurde, hatten wir niemanden, der diese wichtige begleitende und stützende Arbeit übernehmen konnte; vielleicht kommen wir damit jetzt einen Schritt weiter.
- * 1.440,- DM stellen wir als "Personalkosten einer Teilzeitbeschäftigung" im Pfarrsprengel Aspenstedt zur Verfügung. Damit kann einer Arbeitslosen geholfen werden, im kirchlichen Bereich den 1. Schritt zu gehen, um in eine gesicherte berufliche Existenz zu kommen.
- * 3.000,- DM erbittet die Ev. Frauenhilfe für das 'Frauzentrum in Blankenburg' zur Stützung einer ABM-Kraft. Hier muß allerdings noch der Finanzierungsplan geprüft und abgeklärt werden, ob das Landeskirchenamt und andere kirchliche Träger sich an der Finanzierung beteiligen und tatsächlich der genannte "Rest" bleibt.

Sie merken. als Kassenwart geht es immer wieder um Geld. Auch in den vergangenen Wochen konnten wir Initiativen und Kirchengemeinden finanziell helfen. So erlaube ich mir freundlichst, Ihnen meinen letzten Brief in Erinnerung zu bringen mit unserer Bitte:

- * Prüfen Sie, ob die Höhe Ihrer Spende mit dem jetzigen Einkommen noch übereinstimmt oder ob Sie Ihre Spende erhöhen können.
- * Gewinnen Sie MitgliederInnen für die Aktion-Arbeitslosen-Abgabe. Helfen Sie uns, im Bereich unserer Landeskirche bekannter zu werden.

Ich wünsche Ihnen eine erholsame und gesegnete Ferien- und Urlaubszeit.

Ihr

Nikolaus Lorenz

Nikolaus Lorenz (Kassenwart)

PROTOKOLL DER VORSTANDSSITZUNG VOM 23.06.94

BEI FRAU SCHÖNING, KINZIGSTR.10, BRAUNSCHWEIG

ANWESENDE: Schöning, Camerer, Rosenkranz, Teichmann, Lorenz, Brzoska, Binder, Jordens-Höke

TERMIN DER NÄCHSTEN SITZUNG: MITTWOCH, DEN 31.08.94 20 UHR BEI SCHÖNING

Als neues Mitglied wurde aufgenommen: Ilsabe Schwarz, Ottweilerstr. 25, 38116 BS.

1. ANTWORTSCHREIBEN: Pastor Dose von der Martin-Luther-Gemeinde Wolfenbüttel

erwähnte in seinem Dankschreiben für den Zuschuß vom 30.05.94 (5.000,-DM), daß das Dankopfer seiner Gemeinde ab Oktober 94 für 1 Monat der AAA zukommen soll

2. Anträge:

2a) Es lag erneut ein Antrag von ZEPRA, Hannover vor: es ist eine Stelle eingerichtet worden für die Begleitung und Koordination der einzelnen regionalen Arbeitsloseninitiativen in den Bereichen Weser-Ems, Hameln, Bad Pyrmont und Braunschweig. Diese zu 90% von der Landesregierung geförderte Stelle benötigt noch einen Restbetrag von 6.000,-DM für Personalkosten, von denen 3.000,-DM von der AAA BS erbeten worden sind. nach längerer Diskussion über die grundsätzliche Wichtigkeit einer solchen überregionalen Koordinationsstelle für die Arbeitsloseninitiat. wurde dieser Antrag mehrheitlich bewilligt unter der Bedingung, daß diese/r Angestellte sich nachweislich besonders intensiv um den Braunschweiger Arbeitskreis kümmert und der AAA am Jahresende einen Rechenschaftsbericht über die Betreuungsfortschritte abgibt. Fr. Schöning wird sich von Zeit zu Zeit durch den Kontakt mit Fr. Kuhlmann-Garbes über den Verlauf der Zusammenarbeit erkundigen.

2b) In Bezug auf den bei der letzten Vorstandssitzung vertagten Antrag für ein Frauenprojekt in Blankenburg für eine ABM-Kraft ist durch zwischenzeitliche Recherchen deutlich geworden, daß ein Großteil des Geldes von einzelnen Frauenhilfen eingetrieben worden ist. Über Fr. Gersch von der Frauenhilfe BS soll darüber hinaus geprüft werden, woher die noch zu schließende Finanzierungslücke von 3.000,-DM stammt. Außerdem muß dringend darauf hingewiesen werden, daß dieser eventuelle Zuschuß seitens der AAA im Finanzplan nicht unter der Rubrik "Eigenmittel" erscheinen darf; bis diese Fragen geklärt u. schriftlich beantwortet worden sind, wurde die Zustimmung zu diesem Antrag vertagt.

2c) Von den beantragten 2.000,-DM für die Beschäftigung einer weiteren arbeitslosen Person im Pfarrsprengel Aspenstedt (Barsnick) wurden nicht die Sachkosten, wohl aber satzungsgemäß 1440,-DM Personalkosten bewilligt.

2d) Für die Konfliktstelle für Arbeitslose in Salzgitter-Lebenstedt hat -wie Herr Binder recherchierte- die Stadt Salzgitter nur die Trägerschaft ausdrücklich ohne Kostenübernahmebereitschaft übernommen. Drei bisher laufende Stellen werden über das 490-Mio.-Programm der BFA finanziert; bei der AAA BS wurde der noch fehlende Personalkostenzuschuß von 2.000,-DM beantragt für eine Schreibkraft, die ab Herbst 94 mit dem "FASS-Programm für über 50-Jährige" finanziert werden soll. Dieser Antrag wurde mit der Begründung abgelehnt, daß hier zunächst die Stadt Salzgitter Zahlungsverpflichtung hätte, um diesen verhältnismäßig geringen Betrag zu ergänzen. Auf dieses problematische Verhalten der Stadt S. möchte Pfarrer Binder auch den Probst u.a. Pastoren in Lebenstedt aufmerksam machen.

3. Sonstiges: Herr Brzoska übernimmt die schriftliche Vorstellung der AAA bei dem neuen Landesbischof Krause.

Herr Lorenz wird an Oberlandeskirchenrat Becker schreiben, damit die AAA im Herbst '94 im neuen Kollektenplan für 1996 mit berücksichtigt wird. Außerdem soll mit Herrn Becker das Problem der Mitgliederwerbung u. die Frage nach finanziellen Unterstützungsmöglichkeiten durch die Landeskirche erörtert werden.

Herrn
OLKR Becker
Referat 20
Postfach 1664

38299 Wolfenbüttel

Bitte um Aufnahme der Aktion Arbeitslosenabgabe in den
Kollektenplan 1996-

Sehr geehrter Herr Becker,

auf der letzten Vorstandssitzung der Aktion Arbeitslosenabgabe am 23.6.94 hat der Vorstand noch einmal bekräftigt, Sie anzusprechen mit der Bitte um Aufnahme in den Kollektenplan 1996.

Der Vorstand hat mich beauftragt, mit Ihnen Kontakt aufzunehmen.

Wir sind uns bewußt, daß wir beim Aufstellen des Kollektenplanes in Konkurrenz mit vielen anderen Initiativen treten, die auch mit einer Bitte an Sie herantreten.

Dennoch bitte ich Sie um wohlwollende Prüfung. Mehr denn je wird unsere Arbeit gebraucht.

Das Profil Arbeitslosenabgabe hat sich in den letzten Jahren gewandelt. Zuerst war ja unser Anliegen, kirchlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Überbrückung ihrer Arbeitslosenzeit und ein Arbeiten in ihrem Beruf zu ermöglichen. Einmal sind wir in diesem Bereich gefragt gewesen.

Die Beschäftigung mit dem Thema Arbeitslosigkeit hat uns gezeigt, daß kirchliche und außerkirchliche Initiativen auf Finanzhilfe und Begleitung angewiesen sind. Beides konnten wir in den letzten Jahren bieten. Mehr denn je wird es aber für die einzelnen Initiativen schwieriger, den Einsatz aufrecht zu erhalten. Das Wegfallen oder die eingeschränkten Möglichkeiten von AB-Maßnahmen schränkt die finanzielle Potenz der Initiativen ein und gefährdet sie. Hier konnten wir manchmal überbrückend und helfend einspringen. In dem Haushalt für 1994 haben wir DM 62.000,00 für die Projektförderung eingesetzt. Ein lange laufendes Darlehen von DM 10.000,00 haben wir jetzt in eine Spende für die Lehndorfer Werkstatt umgewandelt. Zur Zeit fördern wir folgende Initiativen:

- ZEPRA (Zusammenschluß der Erwachsenenprojekte für Arbeitslose in Niedersachsen) mit 2 Projekten
- St.-Bartholomäus Blankenburg: ABM-Stelle
- Friedenskirche Salzgitter-Lebenstedt: Projekt mit arbeitslosen Jugendlichen
- Martin-Luther Wolfenbüttel: Jugendarbeitprojekt
- Aktion Brückenbau Braunschweig
- Werkstattschule Northeim
- Pfarrsprengel Aspenstedt

Weitere drei Anträge liegen zur Beratung dem Vorstand vor.

Schon jetzt ist abzusehen, daß die verbleibende Summe für die Projektförderung in diesem Jahr nicht ausreichen wird, allen Anfragen gerecht zu werden. So müssen wir in diesem Jahr - aller Voraussicht nach - zum ersten Mal abschlägige Antworten geben. Das zeigt uns, daß wir mit unseren bescheidenen Möglichkeiten und Kapazitäten auf dem richtigen Weg sind. Deshalb überlegen wir, wie wir neue Finanzquellen aufschließen können.

Ich erlaube mir, in der Anlage, Ihnen einen Vorschlag für eine Kollektenankündigung mitzuschicken.

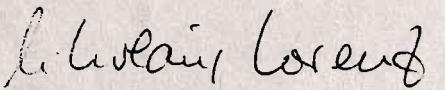
Natürlich stehe ich und auch Christian Teichmann für ein Gespräch zur Verfügung. Wenn Sie noch weiteres Material oder Informationen benötigen, bitte ich Sie, sich an mich zu wenden.

Gleichzeitig bittet der Vorstand der Aktion Arbeitslosenabgabe um ein Gespräch mit Ihnen. Zwei Punkte liegen uns dabei am Herzen:

1. Mitgliederwerbung: Auf der letzten Landessynode ist uns deutlich geworden, daß wir noch immer relativ unbekannt sind. Wir würden gerne mit Ihnen darüber sprechen, welche Möglichkeiten es für und gibt, noch bekannter zu werden.
2. Gleichzeitig möchten wir mit Ihnen über eine finanzielle Unterstützungsmöglichkeit durch die Landeskirche sprechen.

Ich werde mich, um mit Ihnen einen Termin abzusprechen, in der nächsten Woche bei Ihnen melden.

Mit freundlichen Grüßen


Nikolaus Lorenz, Pfarrer.

Anlagen

Folgerungen aus der Arbeit der Gruppe 5 der Landessynode
zum Thema: "Gemeinsam unterwegs zu mehr Gerechtigkeit"

Arbeitsthema: Armut, Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit

Die Niedersächsische Erklärung zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung sagt unter Punkt 25:

"Als Glieder der weltweiten Kirche haben wir alle in gleicher Weise teil an Gottes Schalom, wie er in Jesus Christus erschienen ist. Darum verpflichtet uns Jesu Weisung, die uns anvertrauten Güter des sozialen, wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und religiösen Lebens gerecht mit allen Menschen zu teilen und dabei vorrangig für Lebensrecht und Würde der Armgemachten dieser Erde einzutreten."

In unserem Land nehmen Armut, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit beängstigende Ausmaße an. Die Kirche muß stärker als bisher ihre Stimme gegen den Abbau sozialer Leistungen erheben und darauf dringen, daß die in Not Geratenen an einem menschenwürdigen Leben in der Gesellschaft teilhaben.

Die Landessynode möge deshalb die folgenden Beschlüsse der Arbeitsgruppe 5 umsetzen:

1. Der bisher praktizierte Vorrang des Verkaufs leerstehender kirchlicher Wohngebäude ist zugunsten einer Schaffung von Wohnraum aus sozialen Gründen zu überprüfen und gegebenenfalls aufzugeben.
Dazu sind zuerst die leerstehenden Immobilien durch das Landeskirchenamt zu erfassen. Außerdem sollte in den Gemeinden erfragt werden, ob Möglichkeiten zum Ausbau von Wohnungen in kirchlichen Gebäuden (z. B. Dachausbau) bestehen. Im Haushalt 1995/96 ist ein Titel "Vergabe zinsgünstiger Darlehen für Zwecke der Wohnraumschaffung und -erhaltung" einzusetzen.
2. Bei der Veräußerung kircheneigenen Baugeländes ist darauf zu dringen, daß ein Teil der zukünftigen Bebauung für Wohnungsnotfälle vorgehalten wird (z.B. 10 %).
3. Das Landeskirchenamt erfragt in den Gemeinden und Werken, wo Gruppen/Projekte in den Bereichen "Obdachlosigkeit" und "Arbeitsloseninitiativen" bestehen. Anschriften und Kurzbeschreibungen der Projekte sind innerhalb eines Jahres in einer Broschüre zusammenzustellen. Sie wird zur Anregung für kreative Arbeit an die Gruppen und Initiativen verteilt und ist für Interessenten im IPS abrufbar. Die Broschüre wird im zweijährigen Turnus aktualisiert.
4. Die Kirchengemeinden werden gebeten, Dienstleistungen von Arbeitslosenprojekten vorrangig in Anspruch zu nehmen (z. B. Gartenarbeiten, Möbelrestaurierung, Partyservice u.a.).
5. Die Landeskirche wird gebeten, Mitarbeiterinnen, Mitarbeitern und Kirchengemeinden zu ermutigen und zu unterstützen, die nach Möglichkeiten suchen, Arbeitslose wieder einzugliedern. Die Kirchengemeinden sollten sich bei praktischen Schritten der Sachkenntnis von Arbeitsloseninitiativen bedienen.



**Aktion
Arbeitslosen
Abgabe**
In Braunschweig

Protokolle und Materialien 1995

Brennpunkt „westliches Ringgebiet Braunschweig“:

JUGENDZENTRUM „Drachenflug“ und „Hilfe für Arbeitslose“

Arbeitspapier der Vikarsvollversammlung „Wir wollen die Kirche –
will die Kirche uns?“



AAA e.V. Poststraße 4 38162 Cremlingen

1.Vors.: Christian Teichmann

Tel. 05306 / 2207

2.Vors.: Elisabeth Schöning

Tel. 0531 / 845598

Mitglieder und Spender/innen
der Aktion Arbeitslosen-Abgabe

Januar 1995

Liebe Spenderinnen und Spender,
liebe Mitglieder!

Mit diesem Schreiben versenden wir an Sie die Spendenbescheinigungen für das Jahr 1994. Und wir möchten Sie schon auf den Termin unserer Mitgliederversammlung 1995 hinweisen, die wir am Dienstag, dem 25. April 1995 um 20.00 Uhr einberufen wollen. Eine Einladung mit ausführlicher Tagesordnung (Vorstandswahlen stehen an) und Jahresrückblick 1994 und Haushaltsvorlage 1995 werden noch versendet.

Damit Sie aber diesen Termin in ihrem Kalender eintragen können, wollten wir ihn Ihnen schon nennen.

Auf ein gutes Jahr 1995
mit herzlichem Gruß

Christian Teichmann

AAA - FINANZBERICHT FÜR DAS JAHR 1994:

1. Bestand am 31.12.1993:

- Kassenbestand: (Betriebs-, Projektmittel- u. Personalkostenrücklage)	51.639,38 DM
- Bestand Hilfsfonds der Theolo- giestudenten	3.296,86 DM
- Forderung; Darlehen an Lehndorfer Jugend- werkstatt=Bildungswerk Nieders. VHS	10.000,00 DM
insgesamt 1993	<u>64.936,24 DM</u> =====

2. Bestand am 31.12.1994:

- Kassenbestand: (Betriebs-, Projektmittel- u. Personalkostenrücklage)	41.136,87 DM
- Hilfsfonds der Theologiestudenten	3.016,86 DM
	<u>44.153,73 DM</u> =====

3. Kontobestand am 31.12.1994:

Postgirokonto Nr. 493877307	19.294,06 DM
EKK - Konto Nr. 000 062 5175 (Termingeld)	24.859,67 DM
	<u>44.153,73 DM</u> =====

4. Einnahmen 1994:

Spenden	30.922, 00 DM
Zinsen	844, 15 DM
Kollekten	847, 02 DM
Theologiestudentenfonds	1.520, 00 DM
Rückzahlung Darlehen von ZEPRA	12.000, 00 DM
insgesamt Einnahmen 1994	<u>46.133, 17 DM</u>

Übertrag Finanzbericht 1994 S.1; Einnahmen 1994: 46.133,17 DM

5. Ausgaben 1994:

a) Projektförderung:

- Umwandlung des Darlehens^{*} an Lehndorfer (* 1990)
Jugendwerkstatt in e. Zuschuß 10.000, - DM
- Darlehen an ZEPRA 12.000, - DM

Zuschüsse an

- Pfarrsprengel Aspenstedt 3.440, - DM
- Bartholomäus-Gemeinde-Blankenburg 5.000, - DM
- ZEPRA 4.000, - DM
- Friedenskirche Salzgitter 10.000, - DM
- Martin-Luther-Gemeinde Wolfenbüttel 5.000, - DM
- Drachenflug 3.000, - DM
- Aktion Brückenbau 6.500, - DM

insgesamt Ausgaben 1994 für Projektförderung 58.940, - DM

b) Mitgliedsbeiträge:

- Diakonisches Werk 109, - DM
- Aktion Brückenbau 500, - DM
- ZEPRA 100, - DM

709, - DM

c) Auszahlung Hilfsfonds Theologiestudenten 1.800, - DM

d) Personalkosten:

- Rosenkranz (Teilzeit/Honorare) 3.836, - DM
- Lohn - u. Kirchensteuer 419,90 DM
- Berufsgenossenschaft Versicherung 129,12 DM
- Fahrtkosten 87, - DM

4.482,02 DM

e) Sachkosten:

- Anschaffung Schreibmaschine 250, - DM
- Verwaltungskosten 734, - DM

984,66 DM

insgesamt Ausgaben 1994 66.915,68 DM

1 + 4 Bestand vom 31.12. 1993 64.936,24 DM
+ Einnahmen 1994 = 111.069,41 DM 46.133,17 DM
- Ausgaben 1994 - 66.915,68 DM
= Bestand am 31.12.1994: 44.153,73 DM 111.069, 41 DM

W. Wolanig Lorenz

(Kassenwart)

Protokoll

der AAA-Vorstandssitzung vom 31.01.95 bei "Jugendzentrum
Drachenflug", Frankfurter Str. 253, 38122 Braunschweig

Anwesende: Frau Schöning, Frau Dr.Camerer, Frau Kuhlmann-Garbes,
Frau Rosenkranz, Herr Teichmann, Herr Steen, Herr Lorenz
Herr Jordens-Höke.

Gastgeber: Herr Michael Neufert = Leiter des Juze "Drachenflug"
Herr Wilm = Leiter der "Hilfe für Arbeitslose"

Termine: 1.Nächste Vorstandssitzung am Dienstag,den 14.02.95 um 20Uhr
bei Frau Dr.Camerer, Rosenstr.7 !

2.Mitgliederversammlung am Dienstag, den 25.04.95 in St.Magni

Anhand eines ausführlichen Datenpapiere informierten die Herren Neufert und Wilm über die problematische soziale Situation im "Brennpunkt" "Westliches Ringgebiet", das die Stadtplanungsbereiche Wilhelmitor-Nord und -Süd umfaßt. Dort wohnen im Vergleich zu anderen Braunschweiger Stadtgebieten die meisten Sozialhilfeempfänger und Erwerbslosen. Der Anteil kinderreicher Familien der unteren Mittelschicht und der Ausländeranteil sind dort am höchsten.

Es gibt hier keine Spiel- und Erholungsflächen; die Folgen der Armut sind schlechte Wohn-, Gesundheits- und Arbeitsverhältnisse. Seit 1990 hat sich die Situation der arbeitslosen Jugendlichen zwischen 20 und 30 Jahren laufend verschlechtert; das gegenwärtige Problem der "2.Schwelle" entstand dadurch, daß nach abgeschlossener Berufsausbildung immer weniger Übernahmen im Ausbildungsbetrieb stattfinden und kaum Einstellungschancen in Fremdbetrieben bestehen, die höchstens einige eigene Lehrlinge übernehmen.

Weitere Folgen der Langzeitarbeitslosigkeit, mit denen die Sozialarbeit im Westl.Ringgebiet zu tun hat, sind Verschuldung, interfamiliäre Konflikte, Gewaltbereitschaft, Jugendkriminalität, Verzweiflung, Alkohol-und Drogenprobleme.

Träger des Juze "Drachenflug" ist der "Verein zur Förderung der offenen Jugendarbeit...e.V."; die Betriebskosten werden durch städtische Mittel gedeckt; für das "Projekt zur Betreuung von Erwerbslosen" werden neben den immer spärlicher fließenden Landesmitteln auch Spenden z.B. von der AAA dringend benötigt.

Schwerpunkte der Erwerbslosenarbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind neben Freizeitangeboten gezielte Beratungen und Hilfen beim Umgang mit Behörden, Gerichten, Banken, Arbeitgebern und Vermietern.

Durch die Unterstützung bei der Formulierung und Vervielfältigung von Bewerbungsschreiben bzw. der Lehrstellensuche sowie durch Fortbildungsseminare sollen die Jugendlichen Berufsqualifikation erlangen und möglichst in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden. Die engagierte Sozialarbeit der letzten Jahre im Westlichen Ringgebiet hatte durch enge Kontakte mit Betriebsräten, Politik und Verwaltung einige erfreuliche Erfolge zu verzeichnen: (von 83 LZA konnten 63 in eine Arbeitsstelle vermittelt werden; 23 davon in HZA- und Umschulungsmaßnahmen). Die Notwendigkeit zur Betreuung der gemeinnützigen Arbeitsaufträge in der Jugendgerichtshilfe hat sich in dem letzten Jahrzehnt verzehnfacht.

Durch Stadtteilzeitung und -feste werden Kontakt- u. Informationsmöglichkeiten für die Bewohner des Westl. Ringgebietes angeboten.

Leider ist in Zukunft noch eine weitere Verschlechterung der Erwerbslosensituation zu erwarten, da in Braunschweig neben den konjunkturellen auch strukturelle Ursachen der Arbeitslosigkeit zunehmen.

Meistens geht es nur noch um den Erhalt bestehender Arbeitsplätze; für die Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten fehlen zur Zeit Geldmittel und politische Durchsetzungskraft für innovative Ansätze.

Es gilt, immer mehr psychosoziale Folgeprobleme aufzufangen.

Notwendig erscheint es, das öffentliche Bewußtsein stärker auf diese Lage zu lenken; Neufert und Wilms werden sich an einem Treffen der regionalen Arbeitskreise verschiedener Arbeitsloseninitiativen beteiligen; auch die Teilnahme an der nächsten AAA-MV wurde zugesagt.

Verständlicherweise sind allerdings neben dem beruflichen Engagement in der beschriebenen Sozialarbeit zusätzlichen Aufgaben aus zeitökonomischen Gründen Grenzen gesetzt.

Der AAA-Vorstand wird auf den nächsten Sitzungen Möglichkeiten der Initiierung eines "runden Tisches" mit Industrie- u. Gewerkschaftsvertretern erörtern. Das Hilfsangebot des Bischofs dafür ^{sollte} ebenso genutzt werden wie die Einbeziehung eines Studenten- oder Sozialpfarrers.

Mit freundlichen Grüßen!

Christa Eidemann

R. Reschhaus

(Vorstandsvorsitzender)

(Protokoll)

PROTOKOLL DER AAA-VORSTANDSSITZUNG VOM 14.02.95, 20 UHR
BEI FRAU DR. CAMERER, ROSENSTR. 7, 38100 BRAUNSCHWEIG

Anwesende: Fr. Dr. Camerer, Fr. Schöning, Fr. Rosenkranz,
Hr. Teichmann, Hr. Bänder, Hr. Brzoska, Hr. Steen
Hr. Jordens-Höke, Hr. Lorenz.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 14.03.95, 20 Uhr bei Schöning,
Kinzig-str. 10, 38120 Braunschweig.

Antrag: Herr Teichmann erläuterte einen telefonischen-Antrag Herrn Barsnicks; er will die Verträge seiner beiden Schreibkräfte für den **Pfarrsprengel Aspenstedt** um ein weiteres Jahr verlängern lassen u. beantragt bei der AAA einen Personalkostenzuschuß von 2 x 120 DM / mtl. € 1.440,-DM x2= 2.880,-DM. Ein schriftlicher Antrag soll folgen. Der Vorstand der AAA genehmigte den Antrag einstimmig.

Vorbereitung der AAA-Mitgliederversammlung am 25.04.95 in St. Magni:

Auf Herrn Lorenz Vorschlag hin wurde das Vorhaben, einen "rundenTisch" mit Vertretern der Gewerkschaften, IHK, Arbeitgebern usw. zu initiieren, zu dem Bischof Krause Herrn Lorenz noch einmal ausdrücklich seine Unterstützung zugesichert hat, auf einen späteren Zeitpunkt in diesem Jahr verschoben; die Kontaktaufnahme zu einflußreichen Vertretern wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen und sollte weitgehend über den Bischof erfolgen.

Für eine AAA-MV erschien dieses Thema augenblicklich noch nicht ergiebig genug. Statt dessen strebt der AAA-Vorstand an, über einen Referenten der ÖTV Hintergründe und Ziele der Einsparungstendenzen im Öffentlichen Dienst genauer erfahren zu können. Herr Jordens-Höke will Herrn Salzmann, den Sozialsekretär vom **Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt KDA** nach einem geeigneten Referenten für die MV zu dem Thema fragen:

Welche Tendenzen der Lohn- und Arbeitsmarktpolitik bestehen derzeit im Öffentlichen Dienst?

- Welche Ziele haben neue Modelle zum "Teilen von Arbeit"?
- Werden "verordnete" Einsparungen mehr Beschäftigung sichern können?
- Wie werden die Auswirkungen auf kirchliche Mitarbeiter sein, und wird es eine Abkoppelung vom Öffentlichen Dienst geben?
- An welchen Stellen kann der KDA Einfluß nehmen?

Herr Salzmann könnte außerdem zu einer der kommenden Vorstandssitzungen der AAA eingeladen werden.

Herr Brzoska wird sich um eine **Fortbildungsveranstaltung** bemühen, zu der Herr **Wöhrmann** als Beauftragter des Rates der EKD für die Arbeitslosen (zur Zeit in Schwerte-Villigst/Westfalen) eingeladen werden soll.

Da bei der MV **Vorstandswahlen** anstehen, sollen als neue Kandidaten Edgar Austen, Michael Gerloff und Herbert Meyer geworben werden.

Weitere Termine: ZEPRA lädt zum Regionaltreffen der Arbeitslosen-
initiativen am 28.02.95, 10 Uhr bei "Aktion
Brückenbau" Lange Str, 33 ein. (Teilnehmer:Lorenz u.
Teichmann).
Vorsitzender

Mit frdl. Grüßen!

Christine Biedner

Rosenkranz

Protokollführerin

PROTOKOLL
DER VORSTANDSSITZUNG VOM 14.03.95
bei Fr. Schöning, Kinzigstr. 10, Braunschweig

Anwesende: Schöning, Camerer, Kuhlmann-Garbes, Rosenkranz, Teichmann, Lorenz,
Jordens-Höke, Brzoska.

Termin der nächsten Vorstandssitzung: Dienstag, den 23. oder 30.05.95
entweder bei Schöning oder bei Camerer (wird am 25.04.95 auf der MV
festgelegt)

H. Teichmann erläuterte 3 Anträge:

1. H. Barsnick übergab telefonisch seine Danksagung für die Überweisung und schlug eine Einladung des AAA-Vorstandes nach Aspenstedt vor, um eine persönliche Information vor Ort über Situation und Projekte zu ermöglichen.

2. ZEPRA beantragte bei der AAA BS eine anteilige Übernahme der Tagungskosten ("Armut im Reichtum" vom 9.-11.01.95) von insgesamt 6.500,-DM. als Teilbetrag sollen die AAA Hannover, Oldenburg u. BS je 2.000,-DM finanzieren.

Der Vorstand beschloß, zunächst nachzufragen, ob ein Zuschuß überhaupt noch notwendig sei.

3. H. Dose von der Martin-Luther-Gemeinde Wolfenbüttel beantragte einen Zuschuß für die Weiterbeschäftigung der Diakonin in der Jugendarbeit: der AAA-Vorstand steht einer solchen Unterstützung zwar offen gegenüber, möchte aber wissen, wie die Stelle in Zukunft finanziert werden soll; denn als Dauerregelung kann die AAA diese Stelle nicht übernehmen, da sie nur indirekt mit Arbeitslosigkeit zu tun hat.

I. Zur Mitgliederversammlung:

1. Thema: Vorstandswahl:

H. Jordens-Höke stellt sich als Wahlvorstand zur Verfügung; die vorgeschlagenen neuen Vorstandskandidaten Herbert Meyer, Edgar Austen u. Michael Gerloff erklärten sich aus verschiedenen Gründen nicht dazu bereit.

H. Lorenz schlug vor, bei der MV nach freiwilligen Kandidaten für die Vorstandswahl zu fragen.

Fr. Camerer wird Herrn Fay als Hausherr der Magnigemeinde persönlich einladen u. fragen, ob er zur Kandidatur bereit wäre.

2. Inhaltliches Thema:

Man einigte sich im Gespräch auf das Thema:

"Sozialabbau-Arbeitsplatzsicherung-Tarifpolitik" im Öffentlichen Dienst; zu dieser Thematik sollen VertreterInnen der ÖTV-Braunschweig eingeladen werden und zu Zukunftsplänen Stellung nehmen.

Im Kern wird die Frage wichtig sein, ob durch Einsparungsstrategien und Gehaltskürzungen im Öffentlichen Dienst zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen oder nur bestehende gesichert werden sollen.

H. Jordens-Höke berichtete von den Vorgesprächen mit ÖTV-Vertretern; zum Zeitpunkt der Vorstandssitzung war noch ungeklärt, ob die ÖTV jemanden zur Mitgliederversammlung schicken wird. F. Kuhlmann-Garbes (auch ÖTV-Mitglied) u. Fr. Schöning wollten ebenso wie H. Jordens-Höke mit Fr. Pöppe von der ÖTV weitere Gespräche führen.

Inzwischen wurde für die Teilnahme der ÖTV an der MV entschieden; somit kann das Alternativ-Programm , der Bericht Herrn Barsnicks vom Pfarrsprengel Apenstedt, für einen späteren Zeitpunkt aufgehoben werden.

II. Thema: Fortbildung für AAA-Mitglieder u. andere kirchliche Mitarbeiter über EKD-Beauftragte zum Thema "Praktizierte Modelle der Arbeitslosenunterstützung im kirchlichen Bereich"

H. Brzoska berichtete von seinen Vorgesprächen: Herr Theilemann erklärte eine solche Fortbildung grundsätzlich für möglich; Herr Wöhrmann vom KDA-Westfalen in Schwerte-Villigst geht im Mai in Pension; Herr Brzoska benötigte konkrete Themenvorgaben seitens der AAA für e. Fortbildungsantrag über Herrn Theilemann; (s.o.) als Zeitdauer wurde 9-12.30 Uhr vorgeschlagen.

III. Thema: Runder Tisch:

Fr. Kuhlmann-Garbes informierte über Gespräche mit Herrn Hahne (ÖTV-BS Gewerkschaftssekretär), daß von der Gewerkschaft ein runder Tisch mit DGB, Innenministerium, Stadt BS u.a. in Vorbereitung sei zum Thema Arbeitsbeschaffung in der Region BS; der AAA-Vorstand beabsichtigt, dort mitzuarbeiten, denn der große Arbeitgeber Kirche darf dort nicht fehlen, Herr Lorenz wird diese Initiative über den Landesbischof einleiten.

Ansonsten wurde ein Termin beim Pfarrhaus Teichmann in Schandelah zur Aktendurchsicht u. -archivierung vereinbart u. besprochen, daß der Einladung zur MV Finanzbericht '94 u. -plan 95 beigelegt werden sollen.

Mit freundlichen Grüßen

Christian Theilemann

P. Rosulius (Protokollführer)

AAA - FINANZBERICHT FÜR DAS JAHR 1994:

1. Bestand am 31.12.1993:

- Kassenbestand: (Betriebs-, Projektmittel- u. Personalkostenrücklage)	51.639,38 DM
- Bestand Hilfsfonds der Theolo- giestudenten	3.296,86 DM
- Forderung; Darlehen an Lehndorfer Jugend- werkstatt=Bildungswerk Nieders. VHS	10.000,00 DM
insgesamt 1993	<u>64.936,24 DM</u> =====

2. Bestand am 31.12.1994:

- Kassenbestand: (Betriebs-, Projektmittel- u. Personalkostenrücklage)	41.136,87 DM
- Hilfsfonds der Theologiestudenten	3.016,86 DM
	<u>44.153,73 DM</u> =====

3. Kontobestand am 31.12.1994:

Postgirokonto Nr. 493877307	19.294,06 DM
EKK - Konto Nr. 000 062 5175 (Termingeld)	24.859,67 DM
	<u>44.153,73 DM</u> =====

4. Einnahmen 1994:

Spenden	30.922, 00 DM
Zinsen	844, 15 DM
Kollekten	847, 02 DM
Theologiestudentenfonds	1.520, 00 DM
Rückzahlung Darlehen von ZEPRA	12.000, 00 DM
insgesamt Einnahmen 1994	<u>46.133, 17 DM</u>

Übertrag Finanzbericht 1994 S.1; Einnahmen 1994: 46.133,17 DM

5. Ausgaben 1994:

a) Projektförderung:

- Umwandlung des Darlehens* an Lehndorfer (+ 1990) Jugendwerkstatt in a. Zuschuß	10.000, - DM
- Darlehen an ZEPRA	12.000, - DM

Zuschüsse an

- Pfarrsprengel Aspenstedt	3.440, - DM
- Bartholomäus-Gemeinde-Blankenburg	5.000, - DM
- ZEPRA	4.000, - DM
- Friedenskirche Salzgitter	10.000, - DM
- Martin-Luther-Gemeinde Wolfenbüttel	5.000, - DM
- Drachenflug	3.000, - DM
- Aktion Brückenbau	6.500, - DM

**insgesamt Ausgaben 1994 für Projektför-
derung** 58.940, - DM

b) Mitgliedsbeiträge:

- Diakonisches Werk	109, - DM
- Aktion Brückenbau	500, - DM
- ZEPRA	100, - DM
	<u>709, - DM</u>

c) Auszahlung Hilfsfonds Theologiestudenten 1.800, - DM

d) Personalkosten:

- Rosenkranz (Teilzeit/Honorare)	3.836, - DM
- Lohn - u. Kirchensteuer	419,90 DM
- Berufsgenossenschaft Versicherung	129,12 DM
- Fahrtkosten	87, - DM
	<u>4.482,02 DM</u>

e) Sachkosten:

- Anschaffung Schreibmaschine	250, ⁶⁶ DM
- Verwaltungskosten	734, - DM
	<u>984,66 DM</u>

insgesamt Ausgaben 1994 66.915,68 DM

1 + 4 Bestand vom 31.12. 1993		64.936,24 DM
+ Einnahmen 1994	= 111.069,41 DM	46.133,17 DM
- Ausgaben 1994	= 66.915,68 DM	
= Bestand am 31.12.1994:	<u>44.153,73 DM</u>	111.069, 41 DM

Handwritten signature

(Kassenwart)

FINANZPLAN 1995

1.) Bestand am 31.12.94:

- Kassenbestand (Betriebs- Projektmittel- Personalkostenrücklage)	41.136,87 DM
- Hilfsfonds der Theologiestudenten	3.016,86 DM
	<u>44.153,73 DM</u>

Kontobestand am 31.12.94:

-Postgirokonto Nr. 493 77-307	19.294,06 DM
-EKK-Konto Nr. 027 062517 5	24.859,67 DM
	<u>44.153,73 DM</u>

2.) Einnahmen 1995:

Spenden	28.000, - DM
Zinsen	800, - DM
Kollekten	5.000, - DM
	<u>33.800, - DM</u>

1.u.2.) Bestand '94 u. Einnahmen 95:

(ohne Spendenfonds Theologiestudenten)	41.136,87 DM
	+ 33.800, - DM
	<u>74.936,87 DM</u>

3.) Ausgaben 1995:

a) Projektförderung:

-Pfarrsprengel Aspenstedt	2.800, - DM
-Aktion Brückenbau	10.000, - DM
-weitere Projektförderung	28.538,20 DM
	<u>41.418,20 DM</u>

b) Mitgliedsbeiträge:

- Aktion Brückenbau	500, - DM
- Diakonisches Werk	109, - DM
- ZEPRA	50, - DM
	<u>659, - DM</u>

c) Personalkosten:

- Beschäftigung Personal	4.500, - DM
- Lohn- u. Kirchensteuer	807, - DM
- Versicherung Berufsgenossenschaft	150, - DM
	<u>5.500, - DM</u>

Finanzplan der AAA 1995 - Fortsetzung

Ausgaben:

a) Sachkosten:

- Fahrtkosten	500, - DM
- Verwaltungskosten	1.500, - DM
- weitere Betriebsmittel	500, - DM
	<u>2.500, - DM</u>

e) Rücklagen:

Termingeld EKK vom 31.12.1994	<u>24.859,67 DM</u>
-------------------------------	---------------------

Ausgaben 1995 insgesamt:

74.936,87 DM

Einnahmen '95 + Bestand '94

abzüglich Ausgaben 1995 insgesamt: 74.936,87 DM



AAA e.V. Poststraße 4 38162 Cremlingen

1.Vors.: Christian Teichmann

Tel. 05306 / 2207

2.Vors.: Elisabeth Schöning

Tel. 0531 / 845598

Schandelah, den 29.03.1995

Liebe Mitglieder, liebe Spenderinnen und Spender,

wie wir Ihnen schon mitteilten, soll unsere **Mitgliederversammlung** am Dienstag, den 25. April 1995 im **Gemeindehaus Hinter der Magnikirche 7** stattfinden.

Wir beabsichtigen, die satzungsgemäßen und vereinsrechtlich notwendigen Regularien in der **Zeit von 19 -20 Uhr** zu erledigen, damit wir pünktlich um 20 Uhr mit der thematischen Arbeit beginnen können.

So ergibt sich folgende **Tagesordnung**:

I. 19 Uhr Ordentliche Mitgliederversammlung

1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung ✓
2. Genehmigung des Protokolls der MV vom 03.03.1994 ✓
3. Jahresrückblick 1994
4. Jahresabrechnung 1994 - Bericht der Kassenprüferinnen - Entlastung des Vorstandes und der Kassenführerin - Finanzplan 1995
5. Wahlen des Vorstandes und der Kassenprüferinnen
6. Verschiedenes

II. 20 Uhr **Einführungsthesen von VertreterInnen der ÖTV Braunschweig**

zum Thema

**"Sozialabbau - Arbeitsplatzsicherung -
Tarifpolitik"**

mit anschließender Diskussion.

Dies soll eine Informationsmöglichkeit über von der ÖTV angestrebte Zukunftspläne und -entwicklungen sein.

Wir laden Sie zu unserer Mitgliederversammlung herzlich ein und hoffen, daß Sie teilnehmen können!
Auch Gäste sind willkommen!

Im Namen des Vorstandes grüße ich Sie!

Christian Teichmann

Vorstandsvorsitzender



AAA e.V. Poststraße 4 38162 Cremlingen

1.Vors.: Christian Teichmann

Tel. 05306 / 2207

2.Vors.: Elisabeth Schöning

Tel. 0531 / 845598

3. Mai 1995

Veröffentlichung eines Kurzartikels

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit möchte ich Sie bitten, folgenden Kurzartikel in einer Ihrer nächsten Ausgaben zu veröffentlichen:

Neuer Vorstand bei der Aktion Arbeitslosen-Abgabe

Auf der diesjährigen Mitgliederversammlung der Aktion Arbeitslosen-Abgabe am 25. April 1995 in den Räumen der Braunschweiger St.-Magni-Gemeinde wurde ein neuer Vorstand gewählt.

Erster Vorsitzender wurde Pfarrer Christian Teichmann aus Schandelah. Zur zweiten Vorsitzenden wurde Frau Elisabeth Schöning aus Braunschweig und zu weiteren Vorstandsmitgliedern Pfarrer Nikolaus Lorenz aus Meerdorf, Pfarrer Eckehard Binder aus Salzgitter-Bad und Frau Dr. Luitgard Camerer aus Braunschweig gewählt.

In der Aktion Arbeitslosen-Abgabe haben sich kirchliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Gemeindeglieder aus dem Bereich der Braunschweiger Landeskirche zusammengeschlossen. Sie zahlen jeden Monat freiwillig einen bestimmten Prozentsatz ihres Einkommens, um damit Arbeitslosenprojekte und den Gedanken zu fördern, daß innerhalb der Kirche Geld und Arbeit geteilt wird, damit Arbeitslose einen Anteil an einer gerechteren Aufteilung vorhandener Arbeit erhalten.

Mit freundlichen Grüßen


Pfarrer E. Binder

PROTOKOLL
DER MITGLIEDERVERSAMMLUNG DER AKTION-ARBEITSLOSENABGABE-BRAUNSCHWEIG
E.V.

vom 25.04.95 19 Uhr im Gemeindehaus St. Magni, Hinter der Magnikirche 7, 38100 Braunschweig.

Tagesordnung:

I. Ordentliche Mitgliederversammlung:

1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls der MV vom 03.03.1994
3. Jahresrückblick 1994
4. Jahresabrechnung 1994 - Bericht der Kassenprüferinnen - Entlastung des Vorstandes und der Kassenführerin - Finanzplan 1995
5. Wahlen des Vorstandes und der KassenprüferInnen
6. Verschiedenes

II. Einführungsthesen von VertreterInnen der ÖTV-Braunschweig zum Thema:

"Sozialabbau - Arbeitsplatzsicherung - Tarifpolitik"

mit anschließender Diskussion.

Zu I. 1./2.: Herr Teichmann begrüßte die 11 Teilnehmer der MV; Tagesordnung und Protokoll der MV vom 03.03.94 wurden einstimmig genehmigt ohne Enthaltung und Gegenstimme.

3. Im Jahresrückblick 1994 hob T. hervor, daß mehr Anfragen nach Unterstützung als geplant an die AAA herangetragen worden waren; es waren viele Projekte in finanzielle Schwierigkeiten geraten; es mußte einige Ablehnungen geben, da auch die Finanzdecke der AAA dünner geworden ist. Deswegen hat sich der Vorstand um Steigerung der Öffentlichkeitsarbeit bemüht - bei Oberlandeskirchenrat Becker mit dem Erfolg, daß an einem Julisonntag '94 die Kollekte ausschließlich für die Aktionen Brückenbau u. AAA bestimmt worden waren, außerdem wurde die AAA in den Kollektenplan für 1996 aufgenommen. Ein Vorstellungsgespräch bei dem neuen Landesbischof Krause stieß auf reges Gegeninteresse u. ergab die Unterstützungszusage für die Initiierung eines "runden Tisches" mit Politikern, Arbeitgebervertretern, Gewerkschaften u. Kirche zu möglichen Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit. In den Publikationen "Dialog" u. "Kirche von unten" stellte sich die AAA ebenso vor, leider bisher ohne Resonanz.

Der sehr informative Besuch beim "Jugenzentrum Drachenflug" ergab den Wunsch, auch 1995 mehr direkte Kontakte vor Ort mit den Projekten aufzunehmen u. die Bemühungen um den "runden Tisch" fortzusetzen

Da neue Wege u. Dialogpartner gesucht werden, erwartet die AAA auch von den eingeladenen Gewerkschaftsvertretern Möglichkeiten der Zusammenarbeit.

4. Die **Jahresabrechnung 1994** wurde von Herrn Lorenz erläutert; die reichlichen Umsätze entsprachen der Planung - eine kleine Tippfehlerkorrektur auf S.2 des Finanzberichtes muß lauten: 250,66 DM! Die vorgeschlagene Entlastung der Kassenführung u. des Vorstandes wurden einstimmig ohne Enthaltungen angenommen.

Der **Finanzplan 1995** wurde ebenfalls einstimmig u. ohne Enthaltung angenommen. Die leicht zurückgehenden Spendeneinnahmen werden durch die höheren Kollekteneinnahmen ausgeglichen werden.

5. Herr Fay leitete die **Wahl des Vorstandes** :

Als **1. Vorsitzender** wurde Herr **Teichmann** einstimmig wiedergewählt

Als **2. Vorsitzende** wurde Frau **Schöning** einstimmig wiedergewählt.

Als **Kassenwart** wurde Herr **Lorenz** einstimmig wiedergewählt.

Als **Schriftführer** wurde Herr **Binder** einstimmig wiedergewählt.

Als **Beisitzerin** wurde diesmal **Frau Dr. Camerer** gewählt. (Vorher Herr Brzoska).

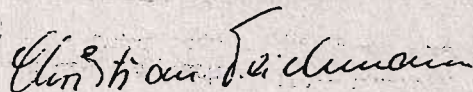
Herr Brzoska, Herr Steen u. Frau Kuhlmann-Garbes bleiben als beratende Mitglieder weiterhin im Vorstand.

Als **KassenprüferInnen** wurden einstimmig **Frau Mohr** wieder- u. Herr **Jordens-Höke** einstimmig neugewählt.

II. Von der **ÖTV** erschienen die **Sozialsekretäre** Herr Heinrich u. Frau Pöppe, die langjährige einschlägige Erfahrungen in Kirche, Gesundheits- u. Sozialwesen haben.

Beide ÖTV-Vertreter informierten ausführlich über Probleme u. Konflikte in den Bereichen der Mitarbeitervertretung und der Verteidigung der Tarifautonomie sowie natürlich über die Positionen der Gewerkschaft zum Problemkreis Arbeitslosigkeit. Die Forderungen der ÖTV auf politischer und auch auf überregionaler Ebene wurden verdeutlicht und anschließend mit dem AAA-Vorstand lebhaft diskutiert. Vor allem mit Herrn Heinrich, der u.a. mit der Mitarbeitervertretung des Diakonischen Werkes BS zusammenarbeitet, will die AAA weiter im Kontakt bleiben.

Mit freundlichen Grüßen!



Christian Teichmann
Vorstandsvorsitzender

R. Rosebraun (Protokoll)

**Protokoll
der Vorstandssitzung vom 23.05.95
bei Fr. Dr. Camerer, Rosenstr. 7, 38102 Braunschweig**

Anwesende: Schöning; Camerer; Kuhlmann-Garbes; Teichmann; Lorenz; Binder; Jordens-Höke; Rosenkranz.

TOPs: -Mehrere Anträge
-Nachfolgerin für Fr. Rosenkranz (Buchführung)
-Fortbildung zum Thema "Teilen von Arbeit u. Geld..."
-Nachbereitung der Mitgliederversammlung vom April 1995

Die nächsten Termine:

- | | |
|---|--|
| 1.) Donnerstag, den 08.06.95 um 11 Uhr | (Nur für Vorstandsvorsitzende)
Übergabe der Buchführung an die Nachfolgerin bei Rosenkranz,
Am Tafelacker 10 38104 Braunschweig. |
| 2.) Donnerstag, den 20.07.95 um 19 Uhr | Gemeinsames Abendessen des Vorstandes in der "Waldklause" in
Riddagshausen. |
| 3.) Freitag, den 22.09.95 9-12.30 Uhr | Fortbildung im HKD Riddagshausen zum Thema: "Möglichkeiten
der Teilung von Arbeit u. Geld in Kirche..."
(Ausweichtermin: 08.09.95) |
| 4.) Dienstag, den 26.09.95 um 20 Uhr | Vorstandssitzung bei Fr. Camerer |
| 5.) Donnerstag, den 09.11.95 | Vorstandssitzung mit Klaus Kittler u. Thomas Eden (ZEPRA) |

Nach der Begrüßung und Nennung der Tagesordnungspunkte durch den Vorstandsvorsitzenden wurden Vorschläge über die mögliche Nachfolge von Fr. Rosenkranz als Buch- u. Schriftführerin diskutiert, da Fr. Rosenkranz nach den Sommerferien in den Schuldienst zurückkehren möchte. - Man entschied sich dafür, die freiwerdende Stelle zunächst der Freundin von Fr. Kuhlmann-Garbes anzubieten, einer Sozialpädagogin u. ehemaligen Kindergartenleiterin - Fr. Petra Keil-Fischer - , der nach einer Familienpause die Möglichkeit eines beruflichen Wiedereinstiegs über diese stundenweise Honorartätigkeit wegen des Schulbeginns ihrer Zwillinge zeitlich gelegen kommen könnte. Fr. K.-G. wird den Kontakt herstellen, und den AAA-Vorstand über die Einverständniserklärung Fr. Keil-Fischers benachrichtigen.

Fr. Schöning hätte für den Fall einer Ablehnung der ersten Kandidatin eine weitere Möglichkeit ins Auge gefaßt, es handelt sich ebenfalls um eine Mutter mit Erfahrungen in einem Büroberuf, der man nach der Familienpause die AAA-Stelle als Start in die berufliche Rückkehr anbieten könnte.

Darüber hinaus gibt es noch weitere in Frage kommende Kandidatinnen, u.a. eine Buchhalterin im Ruhestand, die Fr. Mohr vermitteln könnte. - Die Übergabe der Unterlagen und die Einarbeitung wird bei Fr. Rosenkranz am oben angegebenen Termin zusammen mit den Vorstandsvorsitzenden stattfinden.

Anträge:

- 1.) Herrn Doses Antrag, die Restfinanzierung mit 4.000,-DM einer halben Stelle der Diakonin in der Jugendarbeit der Martin-Luther-Gemeinde Wolfenbüttel über die AAA sicherzustellen , wurde genehmigt mit dem Hinweis darauf, daß aus dieser Zusage keine Verpflichtung für spätere Jahre entstehen kann.
- 2.) Klaus Kittler, der sich auf einer der nächsten Vorstandssitzungen der AAA-BS für die bisherige Unterstützung der ZEPRA bedanken möchte (Termin s.o.), beantragt einen Sachkostenzuschuß für das 2. ABM-Jahr des Regionalkoordinatorers für BS, Hannover u. Oldenburg, Thomas Eden, in Höhe von 4.000,- DM. Da diese Arbeit für die Arbeitslosenprojekte sehr wichtig ist u. ein Gegengewicht zur AAA Hannover schafft, wurde der Antrag bewilligt; zuvor muß allerdings die genaue Höhe des Betrages telefonisch geklärt werden, da die Formulierungen nicht eindeutig sind. - Von der Hauptversammlung der ZEPRA am 07.06.95 von 10-16.30 Uhr in Hannover und dem Vortrag über "Auswirkungen einer ökologischen Steuerreform" wird Fr. K.-G. berichten.

Zu der Fortbildung über Herrn Wöhrmann in Schwerte-Villigst, die die Kirche als Arbeitgeber mit Vorbildfunktion zum Thema haben soll, will Herr Teichmann Herrn Theilemann zwei Termine vorschlagen, s.o. Zu dieser Fortbildung, die als Titel "Möglichkeiten der Teilung von Arbeit und Geld in Kirche und anderen Bereichen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze" tragen und im Haus kirchlicher Dienste in Riddagshausen stattfinden soll, werden noch vor den Sommerferien an mehrere Gremien Einladungen verschickt, und zwar an

alle AAA-Mitglieder, an ÖTV-Mitglieder und den "Arbeitskreis kirchlicher Mitarbeiter" über Fr. K.-G. sowie über H. Binder an den Verband kirchlicher Mitarbeiter.

Wegen einer möglichen Fahrt nach Aspenstedt im August wird Kontakt mit H. Barsnick aufgenommen.

Bei der Nachbereitung der MV mit den ÖTV-Mitgliedern war man sich über den im wesentlichen positiven atmosphärischen Verlauf einig und auch darüber, daß der Dialog mit den beiden ÖTV Sozialsekretären fortgesetzt und intensiviert werden muß. Allerdings vermißte man an dem Abend innovative Gedanken zur Verringerung der Langzeitarbeitslosigkeit; der Schwerpunkt lag zu sehr auf den Thesen der Gewerkschaft zur Verteidigung der Tarifautonomie in der gegenwärtigen Gefahr der Aushebelung der ABM-Verträge. Fr. Pöppe ließ über Fr. K.-G. ausrichten, daß laut Angaben des Arbeitsamtes in BS bei den ABM-Verträgen keine weiteren Kürzungen unter die 90% geplant seien. - Aus dem Arbeitsamtsbericht BS geht leider auch hervor, daß wir zur Zeit das höchste Arbeitslosenniveau seit dem Krieg haben und trotz ansteigender Konjunktur der Sockel der 40% LZA weiterhin bestehen bleiben wird. Das Verhältnis der Arbeitslosen zu offenen Stellen hat sich seit 1991 auf 18:1 verdoppelt. (Bericht von Fr. K.-G.)

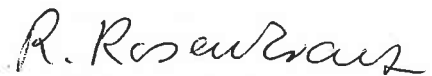
Lorenz u. K.-G. treffen sich regelmäßig in einem vorbereitenden Gremium für den "runden Tisch". Von dortigen Überlegungen trug Lorenz die provokante These vor, ob wir nicht angesichts gleichbleibender Arbeitslosenzahlen u. der Wahrscheinlichkeit, daß bestimmte Menschen in unserer Gesellschaft keinerlei Chancen auf eine Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt bekommen werden, zusätzlich zu der Forderung des "Rechts auf Arbeit" auch das Bewußtsein verändern müssen für ein "Recht auf Arbeitslosigkeit"! Damit wäre die finanzielle Sicherstellung des Existenzminimums dieser Personengruppen eine Voraussetzung dafür, daß auch der Zustand der Erwerbslosigkeit als Chance für ein sinnvolles, erfülltes Leben betrachtet werden sollte, und zwar sowohl von den Betroffenen selbst als auch im Bewußtsein des gesellschaftlichen Umfeldes allgemein. (Vermutlich steht dahinter auch der Gedanke, daß der einseitige Materialismus einer Wohlstands- und Konsumgesellschaft weniger seligmachende Folgen als inhumane Gefahren in sich birgt (Anmerkung der Protokollführerin).

H. Jordens-Höke hatte inzwischen die Information, daß die AAA im Kollektenplan für 1996 am drittletzten Sonntag im Kirchenjahr (Nov.) vorgesehen wurde.

Mit freundlichen Grüßen



Vorstandsvorsitzender



Protokollführerin



AAA e.V. Poststraße 4 38162 Cremlingen

1.Vors.: Christian Teichmann

Tel. 05306 / 2207

2.Vors.: Elisabeth Schöning

Tel. 0531 / 845598

Ergebnis-Protokoll der Vorstandssitzung vom 20.7.95
in der Waldklause in Riddagshausen

- Die Einladungsschreiben zur Fortbildungsveranstaltung am 22.9.95 mit Herrn Wörmann sind verschickt.
- Frau Schöning hat sich bereit erklärt, Kontakt zur Vikarsvollversammlung zwecks Vorstellung des Vereins und seiner Ziele, aufzunehmen.
- Herr Teichmann wird den Kontakt zu Herrn Thomas Meyer, zwecks Kontaktaufnahme zu den Vikarinnen und Vikaren, aufnehmen.
- Die nächste Vorstandssitzung findet am Dienstag, den 26.9.95 um 20 Uhr bei Frau Dr. Camerer in der Rosenstr. 7 statt.

Mit freundlichen Grüßen

Christian Teichmann

Aktion Arbeitslosen-Abgabe

in Braunschweig e.V.

PGA Hannover (BLZ 250 100 30) Kto-Nr. 4938 77-307

SPENDEN AN DIE AAA SIND STEUERLICH ABSETZBAR.



AAA e.V. Poststraße 4 38162 Cremlingen

1.Vors.: Christian Teichmann

Tel. 05306 / 2207

2.Vors.: Elisabeth Schöning

Tel. 0531 / 845598

PROTOKOLL DER VORSTANDSSITZUNG VOM 26.9.95

BEI FRAU DR. CAMERER, ROSENSTR. 7

ANWESEND: C.Teichmann, C.Kuhlmann-Garbes, P.Keil-Fischer,
E.Binder, Dr.L.Camerer, R.Jordens-Höke, W.Steen

**TERMIN DER NÄCHSTEN VORSTANDSSITZUNG: DONNERSTAG, DEN 9.11.95
UM 20 UHR BEI FRAU SCHÖNING**

ZU GAST: Klaus Müller und Thomas Eden von ZEPRA
(Gespräch und Austausch)

TERMINÜBERBLICK:

- 31.10.95 Diskussion mit Minister Hiller im BALZ 16-17Uhr
- 3.11.95 Gespräch mit Bundesabgeordneten zu denBSHG-
Kürzungen im Haus kirchlicher Dienste 10-12 Uhr
(Offizielle Einladungen werden verschickt)
- 4.11.95 Einführung von Nikolaus Lorenz in die
Bughagen-Kirche Brg.-Gliesmarode um 17 Uhr

Demonstration in Bonn
- 9.11.95 Vorstandssitzung bei Frau Schöning um 20 Uhr,
Kinzigstr. 10
- 28.11.95 Vorstandssitzung bei Frau Keil-Fischer um20 Uhr
Zuckerbergweg 10, 38124 Braunschweig
(als Gast Industrie-und Sozialpfarrer
Herbert Erchinger)
- 5.12.95 Veranstaltung mit dem DGB-Wirtschafts-und
Beschäftigungspolitik in Südost-Niedersachsen

Aktion Arbeitslosen-Abgabe
in Braunschweig e.V.

PGA Hannover (BLZ 250 100 30) Kto-Nr. 4938 77-307

SPENDEN AN DIE AAA SIND STEUERLICH ABSETZBAR.

ANTRAGSTELLUNG AUF FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG:

1. -Der Verein Stütze e.V. (früher Sozialhilfeverein Brg.) hat eine Anfrage auf finanzielle Unterstützung gestellt, in dem es um 3000 DM für Sachkosten geht.

ERGEBNIS: Die Vereinssatzung der A.A.A. sagt aus, daß nur Personalkosten finanziert werden. Außerdem ist die Projektplanung von 4 Monaten zu kurzfristig. Der Antrag wird daher abgelehnt.

2. -Aktion Brückenbau stellt einen Antrag zur Übernahme der Personalkosten von 5000 DM (ABM-Stelle).

ERGEBNIS: Dem Antrag wird stattgegeben, es sollte aber zur nächsten Vorstandssitzung ein schriftlicher Antrag mit Haushaltsplan vorliegen.

Wilfried Steen verfügt über einen großen Fundus an Informationen über Aufhebung starrer dienstrechtlicher Vorschriften und Strukturen, mit dem Ziel mehr kirchliche MitarbeiterInnen einzustellen. z.B. Sabbatjahrregelung
Im Zusammenhang all dieser Maßnahmen werden informelle Kontakte zu folgenden Institutionen angeregt.

- Verband kirchlicher MitarbeiterInnen (VICM)
- Braunschweiger Pfarrerinnen und Pfarrerverein
- Pfarrerausschuß der Landeskirche
- Mitglieder des Spendenfonds

Aufgrund der positiven Rückmeldungen der Fortbildung v. 29.9.95 (Wege aus der Arbeitslosigkeit) soll Herrn Theilemann der Vorschlag gemacht werden, auch 1996 ähnliche Fortbildungen anzubieten. z.B. Fortbildungsveranstaltung mit ZEPRA
Organisatorische Unzulänglichkeiten sollten im Vorfeld der Fortbildung mit dem Amt für Fortbildung geklärt werden.

Protokollführerin:

P. Kail - Fischer

Aktion gegen Arbeitslosigkeit in der Kirche

Die Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig hat auf einer Fortbildungstagung des Pastoralkollegs neue Wege zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit in der Kirche vorgeschlagen. Pfarrer Eduard Wörmann Beauftragter des Rates der EKD für Arbeitslosigkeit, gab einen Einblick in das brisante Thema. Er forderte alle kirchlichen Gremien auf, ihren Einsatz für Arbeitslose zu verstärken und über das Angebot von Frühstückstreffen hinaus auch politisch das Thema aufzugreifen.

Wie in der nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche kürzlich beschlossen wurde, regt die Aktion Arbeitslosen-Abgabe auch in Braunschweig eine Sabbatjahr-Regelung für Pastorinnen und Pastoren an. Diese sieht vor, daß Pfarrer drei Jahre lang arbeiten und ein Jahr frei bekommen - bei jeweils nur 75 Prozent Gehalt. Ähnliche Regelungen wären auch in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche in Braunschweig anzuwenden.

Außerdem könnte bei einem Überhang an Bewerberinnen und Bewerbern für Pfarrstellen in Braunschweig auch die neue Regelung in Nordelbien als Vorbild dienen, daß "Senioren" unter den Pfarrern fünf Jahre vor ihrem Ruhestand ihre Pfarrstelle mit einem "Junior-Pastor" teilen. Die Aktion Arbeitslosen-Abgabe regt an, daß die Braunschweiger Synode im Rahmen der Konföderation niedersächsischer Kirchen entsprechende Initiativen ergreifen soll, damit solche Möglichkeiten zum Teilen von Arbeit und Einkommen auch in der Ev.-Luth. Landeskirche in Braunschweig praktiziert werden können.

Für Aktion Arbeitslosen-Abgabe stellen über 60 Personen, hauptsächlich kirchliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Spendenmittel zur Verfügung, damit Projekte für Arbeitslose gefördert werden können. Seit Gründung der Aktion 1985 sind insgesamt schon 350.000 DM zusammengekommen.



AAA e.V. Poststraße 4 38162 Cremlingen

1.Vors.: Christian Teichmann

Tel. 05306 / 2207

2.Vors.: Elisabeth Schöning

Tel. 0531 / 845598

**PROTOKOLL DER VORSTANDSSITZUNG VOM 9.11.95
BEI HERRN LORENZ, AN DER BUGENHAGEN KIRCHE 4**

ANWESEND: Dr. L. Camerer, C. Kuhlmann-Garbes, P. Keil-Fischer,
N. Lorenz, E. Schöning, E. Binder, C. Teichmann

als Gäste: Klaus Kittler und Thomas Eden von ZEPRA (Zusammen-
schluß d. Erwachsenenprojekte für Arbeitslose
in Niedersachsen)

1. VORSTELLUNG DER ARBEIT VON ZEPRA:

s. Infofaltblatt von ZEPRA

Die beiden MA von ZEPRA berichteten, daß es z.Zt. in Süd-
west-Niedersachsen (z.B. Lüneburger Heide) soziale Projekte
nur in Verbindung mit der katholischen Kirche gibt.
Im übrigen Niedersachsen gibt es bisher Arbeitskreise von
Arbeitslosenprojekte in den Regionen Hannover, Weser-Ems
und Braunschweig, mit dem Ziel einer thematischen Zusammen-
arbeit. Diese sogenannten Regio-Treffs finden regelmäßig statt.
In Braunschweig befindet sich die Zusammenarbeit von verschie-
denen Arbeitslosenprojekten- und Initiativen derzeit noch im
Entstehungsprozeß. Dieser gestaltet sich aufgrund von Selbst-
darstellungs- und Profilierungsbedürfnis einzelner Personen
(BALZ, neue Armut) schwierig, welches besonders bei der Um-
setzung der Arbeit, im Planen von Aktivitäten zum Tragen kommt.

Beim Gesprächsaustausch fiel das Stichwort **Social-Sponsoring**.
Die Anwesenden stellten fest, daß wir uns in Zukunft noch
intensiver mit diesem Thema befassen müssen.
Die Auseinandersetzung damit, birgt sowohl Vorteile, die kon-
struktiv umgesetzt werden können als auch Nachteile, die aufge-
fangen werden müßten.

2. VIKARS-VOLLVERSAMMLUNG:

Die Vikare und Vikarinnen treffen sich jede Woche und suchen

Aktion Arbeitslosen-Abgabe
in Braunschweig e.V.
PGA Hannover (BLZ 250 100 30) Kto-Nr. 4938 77-307

SPENDEN AN DIE AAA SIND STEUERLICH ABSETZBAR.

dringend AnsprechpartnerInnen. Gesprächswunsch wäre, alternative Arbeitsmodelle zu erläutern.
E. Binder übernimmt zusammen mit H. Stöckmann-Wrede die Koordinierung der Vikars-Vollversammlung und hält den Kontakt.

3. SPENDENFOND-KURATORIUM:

C. Teichmann wird am 22.11.95 an einem Treffen vom Kuratorium des Spendenfonds teilnehmen.

Bei dieser Gelegenheit wird er versuchen, einige neue Ideen und Vorstellungen der A.A.A. einzubringen.

z.B. - Spenden nicht nur für Pfarrer und Pfarrerinnen, sondern auch für andere kirchliche MA (Diakone, Sozialpädag.) einzusetzen

- grundsätzliche Gedanken zur Arbeitslosigkeit

- wie werden neue Stellen geschaffen?

- welche alten Beschränkungen sollten aufgehoben werden, um Platz für neue Konstruktionen zu schaffen

- welche Arbeit ist vorhanden, wo ist es besonders wichtig, jemanden einzusetzen

4. ANTRAGSTELLUNG DER WERKSTATTSCHULE NORDHEIM:

Die Werkstattschule Nordheim (Frauenberatungsstelle für Arbeitslose) stellt einen Antrag von 3500 DM für die Finanzierung ihres Beratungsprojektes.

ERGEBNIS:

Dem Antrag wird stattgegeben.

**TERMIN DER NÄCHSTEN VORSTANDSSITZUNG: DIENSTAG, DEN 28.11.95
UM 20 UHR BEI FRAU KUHLMANN-GARBES, WABESTR. 8a**

**Termin der übernächsten Vorstandssitzung findet
am Dienstag, den 23.1.96 um 20 Uhr bei Frau Keil-Fischer,
Zuckerbergweg 10 statt.**

PROTOKOLLFÜHRERIN:

P. Keil-Fischer



AAA e.V. Poststraße 4 38162 Cremlingen

1.Vors.: Christian Teichmann

Tel. 05306 / 2207

2.Vors.: Elisabeth Schöning

Tel. 0531 / 845598

PROTOKOLL DER VORSTANDSSITZUNG VOM 28.11.95

BEI FRAU KUHLMANN-GARBES, WABESTR. 8a

ANWESEND: C. Teichmann, Dr. L. Camerer, R. Jordens-Höke,
E. Binder, C. Kuhlmann-Garbes, W. Steen,
P. Keil-Fischer

als Gast: Sozial- und Industriepfarrer Herbert Erchinger

1. ZUSAMMENARBEIT VON KDA UND A.A.A.:

Herr Erchinger als Vertreter des KDA (kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt) stellte die Frage in den Raum, ob Ansatzpunkte zum gemeinsamen Handeln vorhanden seien. Es wurden zwei Schwerpunkte diskutiert.

1. Begleitung und Unterstützung von Arbeitsloseninitiativen
2. Solidarität mit zukünftigen Berufskollegen- und kolleginnen, das Problem der Arbeitslosigkeit umfassend sehen.

Da die finanziellen Mittel der Kirche immer knapper werden, wird es in Zukunft noch schwieriger werden, allen angehenden Pfarrern und Pfarrern Stellen zu verschaffen. Andererseits müßte es aber durch die Sparzwänge möglich sein, bestimmte "Spar-Modelle" zu realisieren. Aus der Diskussion entsteht die Idee ein Hearing über die Arbeitslosigkeit in der Kirche, zu veranstalten.

2. ERGEBNIS DER KURATORIUMSSITZUNG:

C. Teichmann berichtet, daß Herr Becker sich leider von Herrn Fischer vertreten lassen mußte und die ganze Sitzung dadurch andere Vorzeichen bekam. Die Idee, den Spendenfond breiter zu verteilen wurde abgelehnt. Es besteht die Befürchtung, daß der Spendenzweck nicht mehr erfüllt wird. (Der Spendenzweck wird auch bei Umschulung von Theologen und kirchlichen MA nicht erreicht).

Aktion Arbeitslosen-Abgabe
in Braunschweig e.V.

PGA Hannover (BLZ 250 100 30) Kto-Nr. 4938 77-307

SPENDEN AN DIE AAA SIND STEUERLICH ABSETZBAR.

3. PLANUNG UND VORBEREITUNG EINES HEARINGS:

Die Planung eines Hearings bedarf einer langen Vorlaufzeit und genauer Aufgabenteilung.

Presse und Medien müssen rechtzeitig angesprochen werden. E. Binder will am 6. Dezember die Idee des Hearings in die Vikars-Vollversammlung einbringen.

Das Hearing wird von KDA und A.A.A. als gemeinsame Aktion verstanden.

Auf einer Fortbildung, die in Verbindung mit dem Amt für Fortbildung stattfinden soll, wird es um das Thema "Modelle praktizierter Arbeitsteilung in der Kirche" gehen.

Aufgabe bis Januar: Informationen zu dem Thema sammeln, C. Teichmann wird Herrn Becker ansprechen.

**TERMIN DER NÄCHSTEN VORSTANDSSITZUNG: DIENSTAG, DEN 23.1.96
UM 20 UHR BEI FRAU KEIL-FISCHER, ZUCKERBERGWEG 10**

PROTOKOLLFÜHRERIN:

P. Keil - Fischer

Vollversammlung der Vikarinnen und Vikare
in der Evang.-luth. Landeskirche Braunschweig
- SprecherInnenrat -
Predigerseminar 22

38100 Braunschweig

An alle Vikarinnen und Vikare!

sowie zur Kenntnisnahme an:
Herrn OLKR Kollmar; Herrn Studiendirektor Liersch;
Herrn Studienleiter Naumann; Hausdame Frau Busch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wir laden Euch ganz herzlich ein zu unserer nächsten

VVV am 6. Dezember 1995
um 19.00 Uhr ins Predigerseminar

Vorläufige Tagesordnung:

- Top 1: BAP und Festlegung des zeitlichen Rahmens der VVV.
- Top 2: Informationsaustausch mit Herrn Liersch und Herrn Naumann.
- Top 3: Bericht von der Landessynode durch Herrn Liersch.
- Top 4: Wir erwarten Gäste von der Aktion Arbeitslosen Abgabe.
- Top 5: Als Vertreterin des Pfarrausschuß begrüßen wir
Pastorin Pia Dittmann-Saxel.
- Top 6: Bericht der VVV-Kommission zur Stellensituation.
- Top 7: Wahlen (SprecherIn und VertreterIn für Landessynode).
- Top 8: Berichte aus Gremien - IVELKD
- Studierenden-Tagung.
- Top 9: Studientag am Mittwoch, den 28.2.1996.
- Top 10: Verschiedenes.

Wir freuen uns wie immer über ein zahlreiches Erscheinen und
hoffen, daß wir Beschlüsse auf einer breiten Basis fassen können.
Und, wachet auf, seid aufmerksam: **Der Nikolaus kommt!**
-"Die zarteste Versuchung, seid es Schokolade gibt."-

Die Sitzung ist nicht öffentlich. Gäste werden zu einzelnen
Tagesordnungspunkten gesondert eingeladen.

Die nächste VVV im Neuen Jahr wird sein am 18. Januar 1996.
All denen, die am Nikolausi nicht kommen werden, wünschen wir ein
gutes und segenreiches Neues Jahr.
Der SprecherInnenrat:

Britta Busch Sasie Citterkop / Sabine Falke

5. BESTAND 1994 U. EINNAHMEN 1995:

-Bestand 94	44.153,73 DM
-Einnahmen 95	40.415,85 DM
	<u>84.569,58 DM</u>

AUSGABEN 1995:

a) Projektförderung:

- Ev.Kirchenkreisamt Halberst.- Athenstedt	2.880,- DM
- ZEPRA	4.000,- DM
-Förderverein Ev.luth.Mart.	4.000,- DM
-Werkstatt-Schule Nordheim	3.500,- DM
-Aktion Brückenbau	5.000,- DM
	<u>19.380,- DM</u>

b) Mitgliedsbeiträge:

-ZEPRA	100,- DM
-Diakonisches Werk	238,- DM
-Aktion Brückenbau	500,- DM
	<u>838,- DM</u>

c) Personalkosten:

- ROSENKRANZ/KEIL-FISCHER (TEILZEIT/HONORARE)	2.836,52 DM
- LOHN-U.KIRCHENSTEUER	304,20 DM
- BERUFSGENOSSENSCHAFT VERSICHERUNG	125,87 DM
	<u>3.266,59 DM</u>

AAA - FINANZBERICHT FÜR DAS JAHR 1995

1. BESTAND AM 31.12.94

-Kassenbestand: (Betriebs-, Projektmittel-u. Personalkostenrücklage)	41.136,87 DM
-Hilfsfonds der Theologiestudenten	3.016,86 DM
	<hr/>
	44.153,73 DM

2. KONTOBESTAND AM 31.12.94

Postgirokonto Nr.493877307	19.294,06 DM
EKK-Konto Nr.000 062 5175 (Termingeld)	24.859,67 DM
	<hr/>
	44.153,73 DM

3. BESTAND AM 31.12.95

Postgirokonto	34.926,22 DM
EKK-Konto	25.647,57 DM
	<hr/>
	60.573,79 DM

4. EINNAHMEN 1995:

Spenden	28.749,00 DM
Zinsen	787,90 DM
Kollekten	10.358,95 DM
Theologiestudentenfonds	520,00 DM
	<hr/>
insgesamt Einnahmen 1995	40.415,85 DM

d) Sachkosten:

- Verwaltungskosten	94,09 DM
- weitere Betriebsausgaben	417,11 DM

e) Rücklagen:

- Termingeld EKK vom 31.12.95	25.647,57 DM
-------------------------------	--------------

insgesamt Ausgaben 1995 49.643,36 DM

Einnahmen (Bestand 1994 +
Einn. 1995) 84.569,58 DM

Bestand am 31.12.95 60.573,79 DM

Die Vollversammlung der VikarInnen
der Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig
- Der SprecherInnenrat -
Predigerseminar
Schützenstraße 22

38100 Braunschweig

An die
Aktion Arbeitslosen Abgabe
Herrn Pfarrer Eckehard Binder
Ernst-Reuter-Str. 6

38529 Salzgitter

Ihre Kenntnisnahme
und mit guten Wünschen
für ein gesegnetes Weihnachtsfest
(mit nicht allzu viel Stress)
und das neue Jahr

Ihre
Ecki Binder

Braunschweig, den 15.12.1995

Sehr geehrter Herr Binder,

auf der Vollversammlung der VikarInnen am 13.12.1995 wurde die beiliegende
Stellungnahme verabschiedet. Sie soll der Information über unsere Situation *inner-*
halb der Kirche dienen und ist *noch nicht* für die außerkirchliche Öffentlichkeit
bestimmt.

Wir möchten Ihnen das Papier zur Kenntnisnahme übersenden und Ihnen nochmals
herzlich dafür danken, daß Sie sich die Mühe gemacht haben, uns auf der VVV von
Ihren Erfahrungen zu berichten.

Mit freundlichen Grüßen und den besten Wünschen für ein frohes Weihnachtsfest
und ein gesegnetes Neues Jahr,

i. A. *Witt.*

Der SprecherInnenrat der VikarInnen

Anlage

WIR WOLLEN DIE KIRCHE! - WILL DIE KIRCHE UNS?

Zwischen Kirchenaustritten und der derzeitigen Lage der Kirche auf der einen und der Stellensituation der VikarInnen auf der anderen Seite besteht ein Zusammenhang. Gleichzeitig sehen wir, daß Lösungsmöglichkeiten unserer Stellensituation mit notwendigen Strukturveränderungen der Kirche zu tun haben. Wir nehmen unsere bedrohliche Stellensituation zum Anlaß, Ihnen unsere Überlegungen mitzuteilen. Wir hoffen auf Ihre Solidarität und sind auf Ihr Interesse angewiesen.

Inhalt:

- I: Die Stellensituation der VikarInnen
- II: Vorschläge zur Strukturreform der Kirche im Zusammenhang mit der Stellenproblematik
- III: Motivierte PfarrerInnen als Zukunftschance
- IV: Die besondere Verantwortung der Kirche als Arbeitgeberin
- V: Möglichkeiten zur Lösung des Stellenproblems

I

Seit längerer Zeit ist die Zukunft unserer Kirche Gesprächsthema. Die zunehmende Zahl von Kirchenaustritten wird in allen Gremien und Ebenen als Zwang zum Handeln aufgefaßt. Auch wir, die VikarInnen der Landeskirche Braunschweig, haben diese Entwicklung interessiert und engagiert schon im Studium verfolgt und nehmen jetzt, im Vikariat, die Möglichkeit wahr, uns sowohl an der Suche nach Lösungen für die schwierige Stellensituation zu beteiligen, als auch die Kirche aktiv, so wie wir sie uns vorstellen, mitzugestalten.

Leider ist unsere Situation dadurch erheblich belastet, daß seit Jahren erstmals zwei unserer Kollegen nicht in den Probendienst übernommen werden konnten, sondern für ein Jahr befristet angestellt und auf eine BewerberInnenliste gesetzt wurden. Nach Berechnungen von Referat 10 des Landeskirchenamtes [LKA] werden von den z.Zt. 38 VikarInnen nur etwa die Hälfte in den Dienst übernommen werden; gleiches wird nach diesen Berechnungen in den nächsten zehn Jahren auch für die bis dahin examinierten Studierenden gelten. Bis zum Jahr 2002 ergibt sich nach diesen Berechnungen ein Verhältnis von 96 BewerberInnen auf 36 freie Stellen. Im gleichen Zeitraum sind Mindereinnahmen in Höhe von 10% zu erwarten, die nach Auffassung des LKA durch eine Reduzierung der Personalkosten um 10% im gleichen Zeitraum - das entspricht 30-35 Stellen - kompensiert werden müßten. Das LKA hat sich bemüht, in den Gremien über die Situation zu informieren und hat bereits eine Überbrückungsmaßnahme (Reaktivierung des Spendenfonds) ergriffen - allerdings unter der Voraussetzung, daß nicht *alle* VikarInnen übernommen werden, und daß ein wesentlicher Beitrag zur Bewältigung des sinkenden Kirchensteueraufkommens die *Stellenkürzung* ist.

Wir machen uns nicht nur Gedanken um unsere private Zukunft, sondern um die Zukunft der Kirche, die sicher Antworten auf eine finanzielle Krise finden muß, dies aber nicht auf der rein finanz- und stellenpolitischen Ebene tun darf. An drei Bereichen möchten wir beispielhaft verdeutlichen, wo VikarInnen ihren Reichtum an Gaben, an Wissen und an Ideen zur Lösung des Problems der Kirchenaustritte einbringen könnten. Wir wollen in dieser Kirche arbeiten, weil wir unseren Beitrag leisten wollen zu einer Gemeinschaft von Menschen, die willens und in der Lage sind, Strukturen zu verändern, die Gaben der einzelnen Menschen zu unterstützen und Arbeit gerecht zu verteilen. Eine solche Gemeinschaft verstehen wir als verantwortungsvolle und kreative Mitarbeit am Reich Gottes.

1. Strukturveränderung durch verstärkte Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamtlichen

Übereinstimmend mit der Reformsynode nehmen auch wir wahr, daß eine bessere Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen MitarbeiterInnen und deren verstärkte Beteiligung in der Gemeindegarbeit wünschenswert und nötig ist. Wir meinen, daß durch einen größeren Kreis von Ehrenamtlichen weit intensiver gearbeitet werden kann und weit mehr Menschen erreicht werden. Kritik an einem pfarrerInnenzentrierten Gemeindebild, das nicht der Idee des Priestertums aller Gläubigen entspricht, wie sie Luther formuliert hat, sollte sich aber nicht in Pfarrstellenkürzungen ausdrücken.

Gerade die intensive Begleitung und Beratung von Ehrenamtlichen ist ein verantwortungsvolles Arbeitsfeld, das viel Zeit kostet. Daher brauchen und fordern auch Ehrenamtliche noch mehr gut ausgebildete Hauptamtliche, die für diese Aufgabe zur Verfügung stehen.

2. Kirchengaustrittsstopp durch neue Identifikationsmöglichkeiten

Mit Erschrecken und Nachdenklichkeit beobachten wir die hohen Kirchengaustrittszahlen. Wir sind davon überzeugt, daß den jährlich 6000 Kirchengaustritten mit Kreativität und Engagement begegnet werden *kann* und *muß*. Die flächendeckende Versorgung durch das Netz der Kirche darf gerade auch im ländlichen Raum nicht aus Kostengründen aufgegeben werden. Zweifellos sind Sparmaßnahmen und Strukturreformen nötig, doch wenn die Kirche ihre Arbeit weiter ausdünn, verliert sie Mitglieder, statt sie zu halten oder neue zu gewinnen. Das Evangelium ist die gute Nachricht, die die Kirche den Menschen ausrichten soll, und Menschen warten - trotz z.T. leerer Kirchen - darauf, daß ihnen die Kirche dieses Wort sagt. Die Stärke der Kirche liegt darin, daß sie eine Gemeinschaft verschiedenster Menschen mit unterschiedlichen Begabungen, Fähigkeiten und Bedürfnissen ist. Um diese Vielfalt zu gewährleisten, ist es nötig, daß sie für alle ihre Glieder offen ist und sorgt.

Menschen, die aus der Kirche austreten, tun dies in der Regel nicht nur aus finanziellen Gründen, sondern auch, weil sie sich von der Kirche nicht vertreten, in ihr nicht aufgehoben fühlen. Dem könnte stärker begegnet werden, indem Angebote speziell für diese Gruppen geschaffen würden (z.B. Arbeit mit jungen Familien, Single-Arbeit, neue Rituale für veränderte Lebensvollzüge etc.). Dazu brauchen wir verstärkt Menschen, die diese Lebensvollzüge kennen und teilen.

Wenn wir morgen noch Kirche sein wollen, müssen wir viele verschiedene Brücken bauen zu den jüngeren Generationen und ihren Lebensbedingungen. Die VikarInnen stellen sich dieser Herausforderung. Sie sind nahe am "Puls der Zeit", haben einen relativ unkomplizierten Zugang zu Jugendlichen und jungen Erwachsenen und entwickeln gemeinsam Formen der Spiritualität.

Zusätzlich sind dies die ersten Vikariatsjahrgänge, die zur Hälfte aus Frauen bestehen. Dies ist eine Chance für die Kirche; es wäre fatal, sie nicht zu nutzen.

3. Gerechtere Verteilung von Arbeit

Einerseits sind viele PfarrerInnen von den vielfältigen Aufgaben ihres Berufes übermäßig stark belastet und können zunehmend dringenden seelsorgerlichen Aufgaben nicht nachkommen. Daran ändern die Kirchengaustritte nichts.

Andererseits stehen hochqualifiziert ausgebildete und motivierte VikarInnen vor der Tür.

Arbeit ist genug da. Geld eigentlich auch. Was wir brauchen, sind neue Strukturen. Uns ist klar, daß die Kirche auch wirtschaftlich funktionieren muß, aber sie sollte nicht zuerst im Personalhaushalt sparen. Kirche lebt von Menschen, nicht nur von Gebäuden. Wir sind daher interessiert an der Diskussion um die Struktur unserer Kirche, z.B. bezüglich der Fragen um das Verhältnis der verschiedenen MitarbeiterInnen untereinander, Gemeindegarbeit und

gemeindeübergreifende Aufgabenfelder, Kooperationsmöglichkeiten, Verwaltungsstruktur etc. Wir möchten unsere Ideen in den Reformprozeß einbringen und gemeinsam mit Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen und unseren KollegInnen Konzepte entwickeln und umsetzen.

III

Motivierte PfarrerInnen als Zukunftschance

Der Beruf PfarrerIn ist kein "Job", der gegen jede beliebige andere Erwerbsquelle eingetauscht werden kann. Junge Menschen, die - von Gott angesprochen - sich auf den Weg in diesen Beruf machen, bringen vielfältige Gaben und Chancen mit, die für ein lebendiges Gemeindeleben erforderlich sind.

Wenn manche von uns auch zögern, das Wort "Berufung" für sich in Anspruch zu nehmen, so sind wir doch überzeugt, daß wir den weiten Weg durch Studium, Vikariat und Examen nicht ohne Gottes Hand gehen.

Die innere Überzeugung, die Menschen zu diesem Beruf führt, nehmen wir ernst und wollen allen BewerberInnen nach dem bestandenen 2.Examen den Weg ins Pfarramt ermöglichen. Daß dafür Opfer und Zugeständnisse von allen Beteiligten nötig sind, ist uns klar. Mit einer Gegenstimme hat sich die Vollversammlung der VikarInnen [VVV] vom 15.11.95 dafür ausgesprochen, daß zur Not alle VikarInnen mit 50%-Stellen ins Pfarramt gehen würden, wenn so *alle* BewerberInnen eine Anstellung erhalten würden.

IV

Besondere Verantwortung der Kirche als Arbeitgeberin

Wir sehen eine besondere Verantwortung der Kirche als Arbeitgeberin für diejenigen, die sich auf eine hochspezialisierte, auf die Kirche zugeschnittene und z.T. bei ihr absolvierte Ausbildung eingelassen haben. Wir mußten uns auf diese spezielle Ausbildung einlassen, um uns für bestimmte Berufe im kirchlichen Dienst zu qualifizieren. Zur besonderen Verantwortung gehört auch die Ausbildung bis zur freien Bewerbungsfähigkeit (Probendienst und Ordination bzw. Anerkennungsjahr).

V

Möglichkeiten zur Lösung des Stellenproblems:

Es gibt verschiedene Vorschläge, wie diesem Problem begegnet werden kann. Viele dieser Lösungsmodelle werden schon in anderen Landeskirchen erfolgreich erprobt. Wir setzen dabei jedoch voraus, daß die so eingesparten Gelder ausschließlich in den Personalhaushalt einfließen. Dabei ist zu beachten, daß die Modelle als Alternativen zu verstehen sind, die sich z.T. gegenseitig ausschließen bzw. nicht beliebig kombiniert werden können. Folgende Lösungsvorschläge machen bzw. unterstützen wir.

- Junior/Senior-Modell:

Eine PfarrerIn, die auf den Ruhestand zugeht ("SeniorIn"), und eine ProbendienstlerIn ("JuniorIn") teilen sich eine Stelle. Fünf Jahre vor dem Ende ihres Dienstes verzichtet die SeniorIn auf 25% ihres Gehaltes (ohne daß die Ruhestandsbezüge davon berührt werden). Die übrigen 25% des Gehaltes der JuniorIn werden aus einem landeskirchlichen Fonds aufgestockt. Die JuniorIn übernimmt die Stelle der SeniorIn, wenn diese in den Ruhestand geht.

- **Sabbatjahr:**
Eine PastorIn verzichtet vier Jahre lang auf 25% ihrer Bezüge, bei vollem Dienst. Dafür steht das 4. Jahr als Sabbatjahr zur Verfügung. Während des Sabbatjahres versieht eine KollegIn ohne Stelle den Dienst.
- **PropsteispringerInnenstellen:**
PfarrerInnen einer Propstei finanzieren durch Gehaltsverzicht gemeinsam eine SpringerIn, die Gottesdienste und Amtshandlungen vertritt und für andere Entlastungen bereitsteht.
- **Gehaltsreduzierung:**
Die ProbepredigerIn verzichtet auf 75% des Gehaltes im Probepredigt bei voller Stelle.
- **Verzicht auf Gehaltszuschläge:** Weihnachts-, Urlaubsgeld bzw Verzögerung der Dienstaltersstufen.
- **Schaffung von Teilzeitstellen (50%; 66%; 75%)** mit der Ermöglichung von Nebenverdienst. Die Stellenteilung Nichtverheirateter muß ermöglicht werden.
- **Früheruhestand ermöglichen:**
Das Recht von PfarrerInnen, vorzeitig in den Ruhestand zu gehen, gilt momentan nur für bestimmte Jahrgänge. Diese Regelung sollte verlängert werden. Dabei ist uns wichtig, daß niemand zum Vorruhestand "gezwungen" wird, diese Möglichkeit aber verstärkt angeboten wird.

Unser Ziel ist es, daß alle VikarInnen eine Pfarrstelle erhalten können. Solange die Voraussetzungen dafür nicht bestehen, halten wir es für unverzichtbar, daß

1. die Examensnoten neu gewichtet werden: 1.Examen: 25%, 2.Examen 75% (statt bisher 1 : 1), da das 1.Examen die Fähigkeit, wissenschaftlich zu arbeiten, das 2.Examen eher die praktischen Fähigkeiten überprüft;
2. als zusätzliches Kriterium neben den Examensnoten auf der BewerberInnenliste Wartepunkte eingeführt werden. Außerdem soll jede BewerberIn die Möglichkeit haben, selbst zu entscheiden, wie lange sie auf der Liste stehen bleiben will, d.h.: keine automatische Streichung nach vier Jahren;
3. alle in der Ausbildung Befindlichen regelmäßig und mit konkreten Zahlen über die aktuelle Personalsituation informiert werden.

Die Vollversammlung der VikarInnen der Landeskirche Braunschweig.
Braunschweig, den 13.12.1995



**Aktion
Arbeitslosen
Abgabe**
In Braunschweig

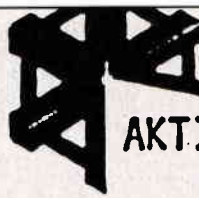
Protokolle und Materialien 1996

AAA-Tagung „Arbeitsplatz Kirche – Chance für Modelle“

Reaktionen und Pressemitteilungen

Entwurf des Personalreferats des LKA:

Überlegungen für die Einrichtung zusätzlicher Stellen für
Pfarrerinnen, Pfarrer, Diakoninnen, Diakone, Kirchenmusikerinnen
und -musiker auf Zeit.



AAA e.V. Poststraße 4 38162 Cremlingen

1.Vors.: Christian Teichmann

Tel. 05306 / 2207

2.Vors.: Elisabeth Schöning

Tel. 0531 / 845598

PROTOKOLL DER VORSTANDSSITZUNG VOM 23.1.96

BEI FRAU KEIL-FISCHER, ZUCKERBERGWEG 10

ANWESEND: C. Teichmann, E. Schöning, E. Binder, L. Camerer,
C. Kuhlmann-Garbes, R. Jordens-Höke, N. Lorenz,
P. Keil-Fischer

TERMIN DER NÄCHSTEN VORSTANDSSITZUNG: FREITAG, DEN 9.1.96
UM 9UHR 30 BEI FRAU KEIL-FISCHER, ZUCKERBERGWEG 10

1. ANTRAGSTELLUNG AUF FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG:

-ZEPRA stellt einen Antrag zur Übernahme der Restfinanzierung von 2000 DM für die Arbeitsstelle von Thomas Eden.
Dem Antrag wird stattgegeben.

- die Friedenskirche Salzgitter-Fredenberg stellt einen Antrag zur Übernahme eines Personalkostenzuschusses von 5000 DM für MitarbeiterInnen in der offenen Jugendarbeit.
Dem Antrag konnte noch nicht zugestimmt werden.
Klärungsbedürftig ist, ob vorgesehene MA aus dem Personenkreis derer eingestellt werden sollen, die die Kriterien einer Förderung durch die A.A.A., erfüllen.
Dann wäre ein Zuschuß möglich.
Personalkostenzuschüsse sehen unsere Vergaberichtlinien nicht vor.

2. EXPERTENHEARING "ZUKUNFT DER SOZIALEN SICHERHEIT"

Mit äußerstem Befremden wurde aufgenommen, daß VertreterInnen von Selbsthilfegruppen- und Initiativen nicht zu einer Konsultation am 29.1.96 im Diakonischen Werk in Braunschweig eingeladen worden sind, auf der in einer Expertenrunde über die finanzielle Zukunft der sozialen Sicherungssysteme informiert und diskutiert werden soll. C. Kuhlmann-Garbes hatte als Mitglied des Vorstandes von ZEPRA eine Einladung zu der Veranstaltung erhalten und informierte uns darüber.
Bis zum 29.1.96 sollte alles versucht werden, daß VertreterInnen der A.A.A. als Gäste dieser Veranstaltung, daran teilnehmen können.

Die Nachfrage, warum z.B. die A.A.A. und andere Gruppen bei der Einladung unberücksichtigt blieben ergab, daß die "hochkarätigen" Experten unter sich bleiben wollen.

3. NÄCHSTE MITGLIEDERVERSAMMLUNG:

Bei der Diskussion um das Thema der nächsten Mitgliederversammlung wurde deutlich, daß es inhaltlich nicht zu leisten ist, die neugewählten Mitglieder der Landessynode zu dieser Veranstaltung einzuladen, um mit ihnen über praktizierte Arbeitsmodelle zu sprechen. Stattdessen wird unter Hinzuziehung der neuen Mitglieder der Landessynode, eine Fortbildung vorraussichtlich am Samstag, den 24.8.96 (oder 31.8.96), veranstaltet.

N.Lorenz nimmt Kontakt mit Herrn Theilemann auf.

4. HEARING:

Die Großveranstaltung "Hearing" mit VertreterInnen möglichst aller Betroffenen wird vorraussichtlich Ende Oktober/Anfang November stattfinden.

5. VIKARS-VOLLVERSAMMLUNG:

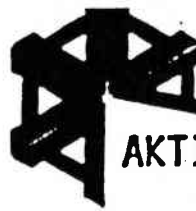
In der letzten Vikars-Vollversammlung nahm E.Binder als Gast teil und stellte dabei die A.A.A. und ihre Planungen vor und bot die A.A.A. als Bündnispartner an.

6. TERMINÜBERBLICK:

- Nächste Vorstandssitzung am Freitag, den 9.2.96 um 9 Uhr 30 bei Frau Keil-Fischer
- Nächste Mitglieder-Versammlung am Dienstag, den 12.3.96 um 19 Uhr 30 im Gemeindehaus der Bugenhagen-Kirche 4
- Fortbildung am Samstag, den 24.8.96 (31.8.96)
- Hearing Ende Oktober/Anfang November 96

Protokollführerin:

P. Keil - Fischer



AAA e.V. Poststraße 4 38162 Cremlingen

1.Vors.: Christian Teichmann

Tel. 05306 / 2207

2.Vors.: Elisabeth Schöning

Tel. 0531 / 845598

PROTOKOLL DER VORSTANDSSITZUNG VOM 9.2.96
BEI FRAU KEIL-FISCHER, ZUCKERBERGSTR. 10

ANWESEND: C. Teichmann, E. Schöning, E. Binder, L. Camerer,
C. Kuhlmann-Garbes, R. Jordens-Höke, N. Lorenz,
P. Keil-Fischer

1. Modifizierter Antrag der Friedenskirche Salzgitter-Fredenber^{WEG}g - Zuschuß von Personalkösten

Dem Antrag konnte nicht zugestimmt werden.

Es wird eine offene Ausschreibung für die betreffenden Stellen (pädagogische Arbeit in der offenen Jugendarbeit) gewünscht, damit allen in Frage kommenden BewerberInnen eine Chance gegeben werden kann.

Es besteht die Befürchtung, daß Sozialpädag. und Diakone aus bestimmten Bereichen der Arbeit in der Kirche, verdrängt werden.

2. Fortbildung zum Thema "Arbeitsplatz Kirche"

Der Termin der Fortbildung ist für den **31.8.96** vorgesehen, der zusätzliche Termin **7.9.96** soll aber weiterhin offen bleiben.

Ganz wichtig ist es, den entgeltigen Termin an die Presse weiterzugeben!

Herr Theilemann unterstützt die Fortbildung und übernimmt die Einladung und Finanzierung der Referenten.

N. Lorenz wird alles weitere mit Herrn Theilemann besprechen, auch zwecks Veröffentlichung.

In erster Linie ist es vorrangig, konkrete Kontakte und Verbindungen, als Vorbereitung für die Fortbildung, aufzubauen.

- Nordelbien
- KDA Hannover
- Senat Berlin
- Nordrhein-Westfalen/Berlin "Lehrer-Sabbatjahr"
- Kontakte mit dem Rheinland

3. Zusammensetzung und Überblick der "Expertenrunde" folgt.

Aktion Arbeitslosen-Abgabe Schriftführerin:
in Braunschweig e.V.
PGA Hannover (BLZ 250 100 30) Kto-Nr. 4938 77-307

P. Keil-Fischer

SPENDEN AN DIE AAA SIND STEUERLICH ABSETZBAR.

FINANZPLAN 1996

1. Bestand am 31.12.95

-Postgirokonto	34.926,22 DM
-EKK-Konto	25.647,57 DM
	<u>60.573,79 DM</u>
-Hilfsfond Theologiestud.	3.536,86 DM
	<u>57.036,93 DM</u>

2. Einnahmen:

Spenden	25.000, - DM
Zinsen	700, - DM
Kollekten	5.000, - DM
	<u>30.700, - DM</u>

3. Bestand am 1.1.96 + Einn.96: 87.736,93 DM

(ohne Spendenfonds Theologie-
studenten)

Ausgaben:

a) Projektförderung

- ZEPRA	12.200,- DM
- AktionBrückenbau	10.000,- DM
-weitere Projektföredering	43.455,67 DM
	<u>54.655,67 DM</u>

b) Mitgliedsbeiträge:

- Diakonisches Werk	238,- DM
- Aktion Brückenbau	500,- DM
- ZEPRA	100,- DM
	<u>838,- DM</u>

c) Personalkosten:

- Keil-Fischer	4.000, - DM
- Lohn-u. Kirchensteuer/ Solidarit.beitrag	928, - DM
- Berufsgenossenschaft	130, - DM
	<u>5.058, - DM</u>

d) Sachkosten:

- Erwerb Vermögenswirksamer Sachen	500, - DM
- Verwaltungskosten	1.000, - DM
- Fahrtkosten	500, - DM
- weitere Betriebsmittel	325,59 DM
	<u>1.500, - DM</u>

	2.325,59 DM

e) Rücklagen:

- EKK-Konto	24.859,67 DM
- insgesamt Ausgaben	<u>87.736,93 DM</u>



AAA e.V. Poststraße 4 38162 Cremlingen

1.Vors.: Christian Teichmann
Tel. 05306 / 2207
2.Vors.: Elisabeth Schöning
Tel. 0531 / 845598

JAHRESRÜCKBLICK VON 1995

1. Folgende Projekte wurden unterstützt:

1. Ev.Kirchenkreisamt Halberstadt-Athenstedt	- 2880DM
2. ZEPRA	- 4000DM
3. Förderverein Ev.luth.Mart.	- 4000DM
4. Werkstatt-Schule Nordheim	- 3500DM
5. Aktion Brückenbau	- 5000DM

19380DM

2. Inhaltliche Schwerpunkte des letzten Jahres:

I.Kontakte mit der Gewerkschaft bei der MV 1995(s.Protokoll vom 25.4.95)

II.Nikolaus Lorenz nimmt als Vorstandsmitglied im"Arbeitskreis Arbeitslosigkeit in Braunschweig"teil.
Der Arbeitskreis Arbeitslosigkeit setzt sich aus Erwerblosen-initiativen aus dem Raum BS,Salzgitter,WOB zusammen.
Dieser wurde durch die Initiative von ZEPRA und dem Mitarbeiter Thomas Eden wieder ins Leben gerufen.

III.

Die A.A.A. erhielt die Möglichkeit,sich bei einer Veranstaltung des Männerwerks der Landeskirche "Wieviel Arbeit braucht der Mann",darzustellen.

IV.

Durch unsere Initiative,wurde mit dem Amt für Fortbildung (Herr Theilemann) eine Fortbildung zum Thema "Wege aus der Arbeitslosigkeit"mit dem Referenten Herrn Wörmann (ehemaliger Leiter des Sozialamtes der Westfälischen Kirche) veranstaltet. Die weitere Zusammenarbeit mit dem Amt für Fortbildung ist für 1996 geplant.

V.

Der 1. Vorsitzende Christian Teichmann,erhielt eine Einladung zur Kuratoriumssitzung des 1995 wiederaufgelegten Spendenfonds der Landeskirche. Neue Möglichkeiten der Kooperation mit dem Spendenfond ergaben sich bis jetzt nicht.

Aktion Arbeitslosen-Abgabe
in Braunschweig e.V.

PGA Hannover (BLZ 250 100 30) Kto-Nr. 4938 77-307

SPENDEN AN DIE AAA SIND STEUERLICH ABSETZBAR.

VI.

Eckehard Binder wurde als Vorstandsmitglied zur Vikars-Vollversammlung am 6.12.95 eingeladen.
Er stellte dabei die A.A.A. und ihre Planungen vor und bot die A.A.A. als Bündnispartner an.

VII.

In einer Vorstandssitzung nahm Herr Herbert Erchinger als neuer Leiter des Industrie-und Sozialparramtes teil.
Im Gespräch ergaben sich Möglichkeiten für eine spätere Zusammenarbeit.

VIII.

Seit August 1995 haben wir eine neue Mitarbeiterin, Frau Petra Keil-Fischer.
Frau Rosenkranz erhielt zum Schuljahresbeginn 1995 eine Stelle als Lehrerin.

Der Vorstand plant für den 31.8.96 eine Veranstaltung, in der unterschiedliche Modelle von Arbeitsteilung in anderen Landeskirchen, vorgestellt werden sollen.
Unter anderem, soll diese Mitgliederversammlung zur Vorbereitung dieser Veranstaltung, dienen.



AKTION ARBEITSLLOSEN-ABGABE

AAA e.V. Poststraße 4 38162 Cremlingen

1.Vors.: Christian Teichmann

Tel. 05306 / 2207

2.Vors.: Elisabeth Schöning

Tel. 0531 / 845598

Braunschweig, den 24.2.96

**EINLADUNG ZUR MITGLIEDERVERSAMMLUNG AM DIENSTAG, DEN 12.3.96
UM 20 UHR IM GEMEINDEHAUS DER BUGENHAGENKIRCHE 4**

LIEBE MITGLIEDER, LIEBE SPENDERINNEN UND SPENDER !

Mit diesem Schreiben laden wir Sie herzlich zu unserer jährlich stattfindenden Mitgliederversammlung ein.

Neben den notwendigen Regularien, wollen wir uns mit einem aktuellen Thema beschäftigen:

"Wo steht die A.A.A. in den Augen ihrer Mitglieder, innerhalb der Diskussion um den Arbeitsplatz Kirche?"

So ergibt sich folgende Tagesordnung:

1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls der MV vom 25.4.95
3. Jahresrückblick 1995
4. Jahresabrechnung 1995 - Bericht der KassenprüferInnen - Entlastung des Vorstandes und der Kassenführerin - Finanzplan 1996
5. Verschiedenes
6. Aussprache zu obengenannten Thema

In der Hoffnung, Sie zahlreich begrüßen zu können, grüße ich Sie im Namen des Vorstandes

Vorstandsvorsitzender

Christian Teichmann

Aktion Arbeitslosen-Abgabe
in Braunschweig e.V.

PGA Hannover (BLZ 250 100 30) Kto-Nr. 4938 77-307

SPENDEN AN DIE AAA SIND STEUERLICH ABSETZBAR.



AAA e.V. Poststraße 4 38162 Cremlingen

1.Vors.: Christian Teichmann

Tel. 05306 / 2207

2.Vors.: Elisabeth Schöning

Tel. 0531 / 845598

PROTOKOLL

DER MITGLIEDERVERSAMMLUNG DER AKTION-ARBEITSLSENABGABE BRSCHWG. E.V.

vom 12.3.96 20 Uhr im Gemeindehaus der Bugenhagen Kirche 4,
38104 Braunschweig

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls der MV vom 25.4.1995
3. Jahresrückblick 1995
4. Jahresabrechnung 1995-Bericht der KassenprüferInnen-
Entlastung des Vorstandes und der Kassenführerin
-Finanzplan 1996
5. Verschiedenes
6. Inhaltliche Aussprache

Zu 1/2: Herr Teichmann begrüßte die 15 TeilnehmerInnen der MV.
Vorstellung der Mitglieder der A.A.A.

Die erschienenen Gäste, der SprecherInnenrat der Vikarsvoll-
versammlung, brachte in die MV eine persönliche Betroffenheits-
erklärung ein.

Tagesordnung und Protokoll der MV vom 25.4.95 wurden einstimmig
ohne Enthaltung und Gegenstimmen genehmigt.

Zu 3: Erläuterungen zum Jahresrückblick 1995 (lag jedem schrift-
lich vor).

Zu 4: Die KassenprüferInnen Frau Mohr und Herr Jordens-Höke
wünschen sich im Kassenbuch mehr Übersichtlichkeit.

Frau Keil-Fischer hatte diesbezüglich schon Vorschläge einge-
bracht und wird diese im neuen Kassenjahr 1996 umsetzen.

Die Entlastung der Kassenführung und des Vorstandes wurde ohne
Gegenstimmen angenommen.

-Frau Mohr möchte das Amt der Kassenprüfung nicht weiter führen.

-Mit Übereinstimmung wurde Thomas Meyer als neuer Kassenprüfer
ernannt.

-Der Finanzplan 1996 wurde von Herrn Lorenz erläutert.

Er erinnerte an die Kollekten für den 4.8. und 10.11.96.

Es sei wichtig, hierauf das Landeskirchenamt anzusprechen, da die die Abrechnung über das Diakonische Werk erfolge. Bei der Frage nach der Rücklage (EKK) wurde deutlich, daß kein Bedarf nach einer Änderung vorhanden sei. Der Finanzplan 1996 wurde einstimmig ohne Gegenstimmen angenommen.

Zu 5: Die Aktion Brückenbau e.V. bedankt sich bei der A.A.A. für die Unterstützung.

Zu 6: Beantwortung gezielter Fragen nach der Entstehung der A.A.A.

Aus der inhaltlichen Aussprache bildete sich eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Fortbildung "Arbeitsplatz Kirche", die aus Mitgliedern der A.A.A. und Vikarinnen und Vikaren besteht.

Diese Arbeitsgruppe trifft sich am Donnerstag, den 2.5.96 um 20 Uhr im Gemeindehaus der Bugenhagen Kirche 4.

Im Vorfeld wird Herr Binder Kontakte zu

- Nordelbien
- Hessen-Nassau
- "das Netz"
- Hannover-Hoya
- Rheinland

aufnehmen, die unterschiedliche Arbeitsteilungsmodelle praktizieren.

Die verschiedenen Aufgabenbereiche für die Vorbereitung der Fortbildung werden unterteilt in:

- Planungsvorbereitungen
- Einladungen für die Diakoninnen und Diakone
- im April Referentinnen und Referenten einladen

Die Fortbildung "Arbeitsplatz Kirche" findet am **31.8.96** im Gemeindehaus der Bugenhagen Kirche statt.

Mit freundlichen Grüßen

Christian Teichmann

Christian Teichmann
Vorstandsvorsitzender

Petra Keil-Fischer

Protokoll



AAA e.V. Poststraße 4 38162 Cremlingen

1.Vors.: Christian Teichmann

Tel. 05306 / 2207

2.Vors.: Elisabeth Schöning

Tel. 0531 / 845598

NACHTRAG DER VORSTANDSSITZUNG VOM 22.5.96

AN DER BUGENHAGEN KIRCHE 4

ANWESEND: T.Meyer, E.Binder, L.Camerer, R.Jordens-Höke,
C.Teichmann, C.Kuhlmann, E.Schöning, P.Keil-Fischer

1.Aktuelle Stellensituation von Aktion Brückenbau-2ABM Stellen

Am 30.6.96 endet die erste Stelle.

Es wurde ein Antrag zur Finanzierung dieser Stelle bei der Bezirksregierung Braunschweig im Rahmen des FAS-Programms (Förderungs-Programm für Arbeitslosen- und Sozialhilfeinitiativen) gestellt. Gilt aber nur ein Jahr.

Die zweite ABM-Stelle wurde für das zweite Halbjahr nicht mehr bewilligt.

Es wurde ein Antrag auf finanzielle Unterstützung durch einen Zuschuß von 10.000 DM gestellt.

Die Restfinanzierung übernehmen die evangelische Landeskirche und das Diakonische Werk.

Dem Antrag wurde stattgegeben.

VORSTANDSSITZUNG VOM 11.9.96, AN DER BUGENHAGEN KIRCHE 4

ANWESEND: E. Schöning, L.Camerer, R.Jordens-Höke, N.Lorenz,
C.Teichmann, P.Keil-Fischer

1. Dem Antrag von Drachenflug zur Übernahme eines Zuschusses von 3000 DM Honorarkosten wurde zugestimmt.

2. Kritikpunkte zur Veranstaltung Arbeitsplatz Kirche "Chance für Modelle" :

Es fehlten z.B. bei "dem Netz" die Anknüpfungspunkte zu anderen Modellen. Es wäre sinnvoll gewesen, ein einzelnes Projekt herauszunehmen und detailliert vorzustellen.

Aktion Arbeitslosen-Abgabe
in Braunschweig e.V.

PGA Hannover (BLZ 250 100 30) Kto-Nr. 4938 77-307

SPENDEN AN DIE AAA SIND STEUERLICH ABSETZBAR.

Ansonsten wurde die Tagung als sehr positiv beurteilt.

3. Es soll eine Dokumentation zur Tagung erstellt werden.
Diese beinhaltet:

1. die Beiträge von den Referenten
2. Protokolle der beiden Arbeitsgruppen
3. Wandtafeln und Papiere
4. Auswertung der Tagung (dafür wird von Mitgliedern des Vorstandes der A.A.A. eine Stellungnahme schriftlich erarbeitet) ^{bis zum 24.9.}
Zusätzlich wird mit Herrn Theilemann ein Gesprächstermin vereinbart (N. Lorenz, C. Teichmann) für eine Stellungnahme.

Weitere Themen für die nächste Vorstandssitzung sind:

- Stand der November-Synode - Was soll konkret beschlossen werden?
- Gespräch mit dem Pfarrerausschuß im Hinblick auf die Synode.

Die nächste Vorstandssitzung findet am Dienstag, den 24.9.96 um 9 Uhr 30 an der Bugenhagen Kirche 4 statt.

Protokollantin:

P. Kail - Fischer

Amt für Fortbildung
Postfach 2335

38013 Braunschweig

Wer wir sind.....

Aktion-Arbeitslosen-Abgabe

1984 haben sich Pfarrerinnen und Pfarrer, Diakoninnen und Diakone zusammengetan, um Arbeit und Geld zu teilen.

Schon vor 12 Jahren war unsere Landeskirche in der Situation, daß es zu viele Bewerberinnen und Bewerber für die freien Stellen gab.

Ziel der AAA war es, Kolleginnen und Kollegen zugewinnen, die bereit waren, einen Teil ihres Gehaltes anderen zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig haben wir diese Situation als eine Chance verstanden, mit vorhandener und neu aufzugreifender Arbeit anders umzugehen.

Kurzzeitig mußte die AAA in dieser Funktion tätig werden, was sich in der Folgezeit dann aber erübrigte.

Die gespendeten Gelder wurden verschiedenen Initiativen zur Verfügung gestellt, die im kirchlichen Bereich Arbeit mit Arbeitslosen aufnahmen und "Restfinanzierungen" mit eigenen Mitteln selten allein leisten konnten.

1996 stehen wir vor vergleichbaren Problemen. Auch jetzt kann die Situation als innovatorische Chance verstanden oder vertan werden.

Es bleibt weiter unser Ziel die Schaffung neuer Stellen anzuregen und dabei mitzubestimmen.

Nikolaus Lorenz

Arbeitsplatz Kirche -

Chance

für Modelle?

Modelle zur Stellenteilung.
Teilung von Arbeit und Geld
auf dem Prüfstand

Samstag, 31. August 1996

11.00 - 17.00 Uhr

**Gemeindehaus
der Bugenhagenkirche
Braunschweig**

Aktion - Arbeitslosen - Abgabe

in Zusammenarbeit mit dem

Amt für Fortbildung

ANMELDUNG

an das Amt für Fortbildung, Klostergang 66, 38104 Braunschweig, Tel.: 0531-2379-0

An dem Studientag „Arbeitsplatz Kirche - Chance für Modelle?“ 31.08.1996,
Gemeindehaus der Bugenhagenkirche, Braunschweig
nehme ich teil.

Name, Vorname:

Anschrift:

Telefon:

Dienststelle:

An dem gemeinsamen Mittagessen nehme ich teil: nehme ich nicht teil:

Datum, Unterschrift:

Tagungsverlauf:

- 11.00 Uhr Begrüßung - Einführung
Hinweis auf die vorbereiteten
Schautafeln
a) Finanzsituation
b) Stellenentwicklung / Personal-
planung)
11.30 Uhr Referat 1 Herr Hamann
11.50 Uhr Referat 2 Herr Holzbrecher
Kaffeepause
12.30 Uhr Referat 3 Herr Kristoffersen
12.50 Uhr Referat 4 Herr Braun
13.10 Uhr Referat 5 Herr Leh
Mittagessen
14.30 Uhr Arbeitsgruppen
16.30 Uhr Plenum

Arbeitsgruppen:

- AG 1: Herr Hamann Ressourcperson
Moderation: Herr Becker
AG 2: Herr Holzbrecher
Moderation: Ehepaar Ohainski
AG 3: Herr Kristoffersen
Moderation: Vikar/Vikarin
AG 4: Herr Braun
Moderation: Herr Jordens Höke
AG 5: Herr Leh
Moderation: Herr Binder

Referenten:

- Andreas **Hamann**, 75% Krankenpfleger,
25% Pfarrer
Burghardt **Leh**, Verein "Das Netz"
Frank **Holzbrecher**, Dipl.-Psych. Forschungs-
projekt Pfarrstellenteilung
Hessen-Nassau
Alf **Kristoffersen**, Pfarrer "Senior - Junior Modell"
Herr **Braun**, Pfarrer, Wolfsburger Modell
Pia **Dittmann-Saxel**, Pfarrerin, Pfarrerausschuß BS

Arbeitsplatz Kirche - Modellen eine Chance geben

Die Finanzmittel der Kirche werden immer knapper. Überall muß gespart werden - auch im Bereich des Personals. Die vorhandenen Stellen in der Kirche - wie sicher sind sie?

Gleichzeitig suchen genügend - andere sagen zu viele - Vikarinnen, Vikare, Diakone Diakoninnen, und andere kirchliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen einen Arbeitsplatz. Gibt es zukunftssträchtige "Modelle" Arbeit und Geld zu teilen?

Nicht alle Ideen und "Modelle" müssen wir uns selber ausdenken. Mit Pfarrerinnen, Pfarrern anderer Landeskirchen, die bereits eigene Erfahrungen mit "ihrem" Modell haben, wollen wir ins Gespräch kommen. Ziel ist es, abzuwägen, was auf die Situation unserer Landeskirche übertragbar und machbar ist. Das versetzt uns in die Lage, nicht nur zu jammern sondern auch gestalterisch mit dieser Situation umzugehen.

Arbeit und Geld teilen - das kann auch eine Chance sein!

Und: Es geht uns darum, vorhandene Stellen im Bereich unserer Kirche zu sichern und neue Stellen zu schaffen.

Dazu laden wir ein, miteinander ins Gespräch zu kommen.

Tagungsleitung:
Pfarrer Dr. Wilfried Theilemann,
Leiter des Amtes für Fortbildung
Pfarrer Nikolaus Lorenz, Braunschweig
Aktion-Arbeitslosen-Abgabe

Anmeldung erbitten wir bis zum **15.08.1996**
an das Amt für Fortbildung

Anmerkungen zum Studientag

„Arbeitsplatz Kirche - Chance für Modelle?“

Positiv: Sachliche Vorstellung der Modelle ohne direkten Bezug auf Situation in BS fand ich gut.

1. Die wichtigsten Modelle für mich:

a Senior - Junior Modell

b Modell des doppelten Berufes: 75% Kranken-
pflege - 25% Pfarrer

c Wolfsburger Modell
Für diese Modelle sehe ich die größten Chancen zur Verwirklichung „vor Ort“

2. Wenn „Das Netz“ zeigte auch wichtige Perspektiven, die in unserer AAA zu bedenken wären, aber Vereine sind immer nur eine blinde Aktion!

3. Pfarrstellenleitung ist als Modell in Hessen-Nassau „gewachsen“ - es braucht ähnliche Umwandlungen und Überlegungen, wie es „vor Ort“ zu verwirklichen ist.

Negativ:

Die Zeit war sehr knapp (zusätzlich durch die Zugverspätungen für die Referenten)
Die Referenten hielten sich nicht alle an die Zeitvorgaben, dadurch wurden die Vorstellungen über Modelle zu umfangreich.
Eine knappere Vorstellung hätte m. M.

die Gespräche in den Arbeitsgruppen konsentrierter werden lassen und den Beginn der Überlegungen bringen können, wie die Umsetzung in BS aussehen könnte.

Durch die knappe Zeit konnte nicht auf die Wandzeitungen hingewiesen werden - so verloren sie die Bedeutung, die wir in der Vorbereitung geplant hatten.

Anregungen: Es muß weitergearbeitet werden, damit eine Umsetzung in BS möglich wird. Sehr zu bedenken ist, wie die Bereitschaft zur Umsetzung geweckt werden kann, denn die geringe Teilnehmerzahl zeigt die geringe Bereitschaft zum Teilen von Arbeit und Geld.

Für das Modell des doppelten Berufes mußte überlegt werden, wie erreicht werden kann, daß trotz 1/4 Pfarrerstelle eine Bewältigung ~~volle Verantwortung für den Pfarramtteil~~ Fähigkeit für eine Pfarrstelle besteht ~~erreicht werden kann~~ - Verhandlungen mit der VELKD!

Bei der Umsetzung der Modelle muß mehr überlegt werden, daß nicht nur Theologen und evtl. kirchlich ausgebildete Mitarbeiter daran beteiligt sind, sondern auch andere Berufsgruppen (Soz. Päd., Erzieherinnen, Bürofachkräfte wie Pfarramtsekretärinnen), die viel stärker von Arbeitslosigkeit betroffen sind, durch Zeitverträge Arbeitsmöglichkeiten bekommen. Teilweise könnten dann noch andere Arbeitsfelder (Jugendhäuser, Arbeit mit Arbeitslosen u. v. v.) abgedeckt werden durch von der Kirche bezahlte Kräfte. Das könnte eine Gegenwirkung der Streichung von DBM-Mitteln sein!

Elisabeth Schöning

Kommentar zur Fortbildung "Arbeitsplatz Kirche"

Grasleben, 23. 9. 1996

Aus den engagiert vorgetragenen Referaten und der Gruppenarbeit über die verschiedenen Arbeitsmodelle bleiben vor allem folgende Einsichten:

- Veränderungen der bestehenden traditionellen Arbeitsplatzformen in der Kirche gehen nicht von kirchenleitenden Gremien aus, sondern von der Basis, vor allem von den direkt Betroffenen.
- Kirchenleitende Statements, daß diese und jene Idee noch rechtlich abgeklopft und Erfahrungen anderer Landeskirchen ausgewertet werden müßten, erweisen sich angesichts der teils jahrelangen Praxis anderer Landeskirchen mit eben diesen Modellen als bloße Hinhaltenaktik (s. z.B. die Aussagen von OLKR Fischer zum Junior-Senior-Modell bezüglich der Verminderung der Pensionshöhe und die gegenteilige Aussage des LKA Hannovers ...).

Daraus ergeben sich als Konsequenzen:

- Wer in der Kirche von Arbeitslosigkeit (oder Arbeitsüberlastung) bedroht ist, muß sich gemeinsam mit den anderen Betroffenen in Eigeninitiative für die Durchsetzung von Arbeitsplatzmodellen einsetzen, die die vorhandene Arbeit (und Gehälter) gerechter verteilen und so mehr Arbeitsplätze ermöglichen.
- Unsere Kirchenleitenden Gremien müssen mit den konkreten positiven Erfahrungen anderer Landeskirchen mit entsprechenden Modellen konfrontiert werden.
- Ohne die Bereitschaft, als einzelne/r zeitlich und finanziell in die Verwirklichung solcher Modelle zu investieren, wird sich in unserer Landeskirche nichts bewegen.

Thomas Meyer

Persönliches Statement:

Vorsatz der Modelle - beinhalten die Vielfältigkeit der
Arbeitsmodelle
Franko - alle Modelle basieren 100% auf Pflichten

Arbeitsleistungsmodelle verhindern Arbeitslosigkeit von Parteien;
für sie führt sich die Lesende verantwortlich - nicht dass sie
noch für sich kümmern

Anderer Berufsgruppen kommen bei der Führung der Lesende nicht vor.
Für andere Berufsgruppen sorgt der Arbeitsamt nicht aber die Lesende
z.B. Spendenfond der beste Beispiel dafür.

Entscheidend die Wege heraus - sowohl bei den Stellenin-
habern wie bei den Stellenanwärtinnen.

Nach Formen bilden, um auf die Notwendigkeit von Arbeitskraft
aufmerksam zu werden.

Wichtig: Einladungen kommen mit der Umkleekarte, zeigen damit
unter

zu wenig Pochenarbeit, Bz nicht informiert

Netz = Form der
Selbsthilfe
vergl. mit ADH
mit Absichten
+ beweist: Thomas Mayo
Statement

Es gibt

Bei der Tagung wurde deutlich, daß die Dinge des
vorgestellten Modelle auch auf die Situation
in BS übertragbar waren.

Voraussetzung dafür ist, mehr Flexibilität
und Auseinandersetzung mit dem Berufs-
status Pfarrer.

- z. B. Halbestellen-Freiheit
- Leistungskriterien für Pfarrern
- Projekte geben wichtige Impulse, Möglichkeiten
daraus neue Modelle zu entwickeln.

Arbeitslose Theologin wird "Helferin im Pfarramt"

Kirchenkreis Wolfsburg finanziert die Stelle aus Spenden

Wolfsburg (epd). Neue Wege bei der Anstellung von Theologen beschreitet der evangelisch-lutherische Kirchenkreis Wolfsburg: Andrea Janßen, die im März nach ihrem zweiten theologischen Examen arbeitslos geworden war, arbeitet jetzt in den Wolfsburger Gemeinden als "Helferin im Pfarramt". Finanziert wird die Stelle überwiegend aus Spenden, erläuterte Pastor Horst-Ulrich Braun vom Kirchenkreisvorstand auf einer Pressekonferenz.

Der Kirchenkreis reagiere damit auf die Finanz- und Stellennot in der hannoverschen Landeskirche, sagte Braun. Die Anstellung

ist auf ein Jahr befristet. Die Theologin hat die Aufgabe, Pastorinnen und Pastoren im Kirchenkreis Wolfsburg zu vertreten. Zunächst arbeitet sie überwiegend als Schwangerschaftsvertretung in der Stephanusgemeinde. Janßen berichtete, von 48 Absolventen ihres Predigerseminar-Kurses habe die Landeskirche nur sechs in eine Pfarrstelle übernommen.

Um die befristete Anstellung zu ermöglichen, spenden nach Angaben Brauns 25 der 32 Pastorinnen und Pastoren des Kirchenkreises Wolfsburg monatlich zwischen 50 und 125 Mark, davon die meisten 125 Mark. Hinzu kom-

men 15.000 Mark von der örtlichen "Aktion Arbeitslosen-Abgabe" und 10.000 Mark aus Mitteln des Kirchenkreises, der auch Anstellungsträger für die "Helferin im Pfarramt" ist.

Im Januar startet im Kirchenkreis Wolfsburg ein weiteres Projekt, mit dem die Personalkosten in Höhe einer halben Pfarrstelle eingespart werden sollen, ohne eine Stelle zu streichen. Von sechs Pfarrstelleninhabern in Fallersleben und Umgebung wollen dann abwechselnd immer zwei für jeweils ein Jahr nur eine Dreiviertelstelle in Anspruch nehmen. (b2772/5.9.1996)

Ältere Pfarrer teilen mit „Junioren“ Arbeit und Geld

Modell aus Nordelbien wird jetzt auch in Braunschweig diskutiert

Braunschweig (epd). „Gibt es zukunftssträchtige Modelle, Arbeit und Geld zu teilen?“ Dieser Frage gingen in Braunschweig die rund 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmer eines Studententages „Arbeitsplatz Kirche“ nach, darunter auch der Personalreferent, Oberlandeskirchenrat Henje Becker, und die Frauenbeauftragte der Evangelisch-lutherischen Landeskirche in Braunschweig, Ulrike Block-von Schwartz.

Auch in Braunschweig konnten jetzt erstmals Theologinnen und Theologen nach dem Vikariat nicht in den Pfarrdienst übernommen werden, sagte Pfarrer Nikolaus Lorenz von der kirchlichen „Aktion-Arbeitslosen-Abgabe“. Dies sei der Anlaß, um Projekte und Erfahrungen anderer Landeskirchen mit der „Theologenschwemme“ auf den Prüfstand zu stellen. Das „Junior-Senior-Modell“ der nordelbischen Kirche

stellte „Junior-Pfarrer“ Alf Kristoffersen vor. Hierbei werden die Bezüge und die Arbeitszeit eines Pfarrers oder einer Pfarrerin fünf Jahre vor Eintritt in den Ruhestand eingeschränkt, um damit einem oder einer Berufsanfängerin den Einstieg in diese Pfarrstelle zu ermöglichen. Dieses Modell funktioniert allerdings nur unter dem Einsatz zusätzlicher Fördermittel.

Nach Angaben Kristoffersens arbeiten bereits 16 oder 17 Gemeinden mit „Junioren“, die ältere Pfarrer entlasten. Eine der beiden Arbeitsgruppen der Tagung sprach sich anschließend dafür aus, das „Junior-Senior-Modell“ auch für die braunschweigische Landeskirche zu favorisieren. Eine weitere Möglichkeit sahen die Tagungsteilnehmer darin, Theologen für besondere Projekte wie einen „Laden Kirche“ einzustellen.

Burghardt Leh aus Königswinter vom Verein „Das Netz“ be-

richtete von Pfarrern, die zugunsten junger Theologen zehn Prozent ihres Grundgehältes abgeben. Horst-Ulrich Braun aus Fallersleben stellte ein Sparmodell des Kirchenkreises Wolfsburg der hannoverschen Landeskirche vor. Ab Anfang nächsten Jahres werden dort jeweils zwei von sechs Pfarrstelleninhabern für ein Jahr nur eine Dreiviertelstelle in Anspruch nehmen.

Frank Holzbrecher vom Forschungsprojekt Pfarrstellenteilung der hessen-nassauischen Kirche gab zu bedenken, daß eine große Vielfalt von Arbeitsplatzmodellen in seiner Landeskirche zu einem „ziemlichen Chaos in der Personalabteilung“ geführt habe. Außerdem sei es „sehr fragwürdig“, einen Berufsstand in der Kirche zu bevorzugen und Pfarrerinnen und Pfarrer von der Arbeitslosigkeit auszunehmen. (b2739/2.9.1996)

E n t w u r f - Stand 21. 05. 1996

Überlegungen über eine allgemeine und grundsätzliche Möglichkeit der Teilung voller Pfarrstellen, um

- **neue Möglichkeiten für eine vermehrte Anstellung von Pfarrerinnen und Pfarrern zu eröffnen**
- **für Stellenteilung von Pfarrerehepaaren eine Alternative zu schaffen.**

1. Diese Möglichkeit könnte geschehen im Rahmen des Erprobungsgesetzes. Dies könnte bedeuten, daß auch Pfarrverbände auf Zeit geteilt werden können im Sinne von 2 Stellen im Umfang von jeweils 50%. Die Zahl ist zu begrenzen und wird festgesetzt von der Kirchenregierung je nach kirchlichen Situationen und Bedarf.

2. Die Frage der Gehaltsnebenkosten ist zu klären.

3. Zu klären ist ebenfalls eine Erweiterung der gesetzlichen Bestimmungen für die Möglichkeit von Nebentätigkeiten.

4. Die Kirchenregierung wird gebeten, unter Beteiligung des Rechtsausschusses und des Finanzausschusses, entsprechende Gesetzesvorlagen zu Beratung und Beschlußfassung in die Landessynode einzubringen.

5. Es wird zu prüfen sein, wie weit in Konsequenz einer neuen Pfarrstellenbewertung weitere Stellen im Umfang von 50% (75%) zur Besetzung freigegeben werden können. Dabei ist die Klärung der Fragen unter Punkt 2 und 3 einzubeziehen.

6. Das Landeskirchenamt und die Kirchenregierung werden gebeten, unter Prüfung und Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte gesetzliche Regelungen vorzubereiten.

Wolfenbüttel,

LKA / BmV .

Entwurf - Stand 21. 05. 1996

Überlegungen die Einrichtung zusätzlicher Stellen für Pfarrerinnen, Pfarrer, Diakoninnen, Diakone, Kirchenmusikerinnen und -musiker auf Zeit

1. Um Vorsorge zu treffen für eine Situation, in der durch Ruhestand eintretende Vakanzen nicht mehr durch Absolventen des 2. theologischen Examens in unserer Landeskirche wie auch durch Diakoninnen und Diakone, Kirchenmusikerinnen und -musiker aus unserer Landeskirche ausreichend besetzt werden können - wie auch als Maßnahme, mehr jungen und entsprechend ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den Zugang zum Beruf zu ermöglichen, werden

10 - 15 Stellen für Pfarrerinnen und Pfarrer in der Rechtsform von Stellen für besondere Dienste

2 - 3 Stellen für Diakoninnen und Diakone

1 Stelle für Kirchenmusikerinnen und Kirchenmusiker eingerichtet.

~~(Die Kirchenregierung wird gebeten, eine entsprechende Kirchenverordnung zu erlassen.)~~

2. Die Einrichtung dieser Stellen geschieht für einen Zeitraum von 10 Jahren.

3. Diese Stellen werden von der Kirchenregierung einzeln freigegeben - abhängig von der Zahl der Bewerberinnen und Bewerber für solche Dienste- wie auch nach der Dringlichkeit solcher zusätzlicher Stellen für den kirchlichen Dienst.

4. Diese Stellen werden den Propsteien bzw. in Braunschweig den Senioraten zugeordnet. Die Dienstaufsicht und Fachaufsicht führt im Rahmen der entsprechenden kirchlichen Gesetze die Pröpstin/der Propst/der Senior. Diese Stellen sind mit speziellen Arbeitsaufträgen zu beschreiben und auszuschreiben. In diese Stellen können auch mit Pfarrerinnen und Pfarrern auf Probe entsandt werden.

21A. 6. 10. 1995

Referat 10 - be/ru

Anlage zu TOP I.1.

Personalentwicklung Pfarrer/Pfarrerinnen in der Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig
Stand: Oktober 1995

Die Darstellung der Personalentwicklung Pfarrer/Pfarrerinnen in unserer Landeskirche hängt von einer Reihe von Faktoren ab, die unterschiedlich genau zu bestimmen sind.

Das bedeutet, daß solch eine Darstellung nicht nur ständig aktualisiert werden muß, sondern mindestens jährlich einmal zu überprüfen ist. Und auch dann entzieht sich vieles den Planungen.

Grundlagen sind jedoch die statistische Angaben im Ist-Zustand. Überlegungen kirchenleitender Gremien im Blick auf Veränderungen werden einbezogen (Blankenburger Bereich).

In der Landeskirche sind zur Zeit 289 zu besetzende Pfarrstellen in Kirchengemeinden, 27 Pfarrer und Pfarrerinnen arbeiten im gesamtkirchlichen Bereich auf landeskirchlicher- oder Propsteiebene. In Schulen im Bereich unserer Landeskirche arbeiten 12 Schulpfarrer- und Schulpfarrerinnen.

Mit Stand 31.12.1995 sind 17,5 Pfarrstellen vakant. Dazu kommt eine Theologenstelle im Landeskirchenamt.

Zu den einzelnen Faktoren:

1) Mit Stand Abschluß Wintersemester 1994/95 umfaßt die Zahl der Theologiestudierenden unserer Landeskirche zur Zeit eine Zahl von 89, die ein Pfarramt in unserer Kirche anstreben. Bedingt durch die Vakanz der Leitung des Referates 22 liegen für das Sommersemester 1995 und für das Wintersemester 1995/96 kaum Angaben vor.

Statistische Erfahrungen zufolge führt bei bis zu 10 % der Studierenden das Studium nicht zum ersten Examen. Da der Abbruch des Studiums bekanntermaßen in den ersten Semestern besonders stark ist, gehen wir von einer Abbruchrate von 5 % aus. Das bedeutet, daß mit 34 Studierenden zu rechnen ist, die sich zum ersten Examen in unserer Landeskirche melden werden.

Nach der vorliegenden Statistik beträgt eine durchschnittliche Studiendauer 7 Jahre (meist einschl. eines Examenssemesters). Das bedeutet, daß in den nächsten 7 Jahren von einem durchschnittlichen Zugang zum ersten Examen von 12 Kandidaten- und Kandidatinnen auszugehen ist.

Dazu kommen 4 Damen und Herren, die nach bestandem ersten Examen sich zur Zeit in Promotionsverfahren befinden.

Ein Wechsel von Theologiestudierenden zwischen den Landeskirchen ist (bedauerlicherweise!) nur noch in Ausnahmefällen möglich. Dieser Ausnahmefall ist bei einer Eheschließung zwischen Theologiestudierenden gegeben. Dabei ist dann eine Aufnahme möglich, wenn der Studierende aus der eigenen Landeskirche als erster das erste theologische Examen macht.

2.) Vikarinnen und Vikare

Es befinden sich 39 Vikare und Vikarinnen der Landeskirche in der Ausbildung. Von ihnen arbeiten zur Zeit 3 in verschiedenen Funktionen theologischer Fakultäten. Zwei Vikare befinden sich im Auslandsvikariat.

Die durchschnittliche Ausbildungszeit beträgt 2 ½ Jahre (einschl. Examen). Unter den 39 Vikaren und Vikarinnen ist eine Gastvikarin aus Bayern. Die Ehepartner von 5 Vikaren/innen sind bereits

Pfarrer/innen unserer Landeskirche. Drei Ehepaare sind gemeinsam im Vikariat.

Es ist davon auszugehen, daß sich alle Vikare/innen unserer Landeskirche nach bestandenen 2. Examen um die Aufnahme in den Probendienst bewerben werden.

3) Pensionierungen von Pfarrern und Pfarrerinnen unserer Landeskirche

Einschließlich Jahrgang 1937 ist eine Pensionierung ab dem 62. Lebensjahr ohne Kürzung der Versorgung möglich. Im Zeitraum von 1996 bis zum Jahre 2002 (Jahrgang 1937) vollenden 37 Pfarrer und Pfarrerinnen in der Landeskirche das 65. Lebensjahr. Dazu kommen 18 ½ Vakanzen, die im Oktober 1995 bestehen. Die jahrgangsmäßige Verteilung der Pensionierung richtet sich nach den Entscheidungen der Pfarrerschaft. Ab dem Jahr 2003 (Jahrgang 1938) erfolgt die Pensionierung mit Vollendung des 65. Lebensjahres. Vom Jahr 2002 bis 2010 (Jahrgänge 1938 bis Jahrgang 1945) vollenden 79 Pfarrer- und Pfarrerinnen das 65. Lebensjahr.

In der Pensionierungszahl der Jahre zwischen 1995 und 2010 sind 16 Pfarrverwalter- und Pfarrverwalterinnen enthalten.

Ferner sind in dieser Zahl im Zeitraum 1995 bis 2010 fünf Schulpfarrer- und Schulpfarrerinnen enthalten. Es ist kaum damit zu rechnen, daß diese Stellen wieder besetzt werden können.

In diesem Pensionierungszeitraum ist mit 2 Pensionierungen aus dem Bereich Blankenburg zu rechnen. Es ist nicht geplant, diese Stellen wieder zu besetzen.

4.) Rückkehr beurlaubter Pfarrer/Pfarrerinnen

Zur Zeit sind 18 Pfarrer und Pfarrerinnen der Landeskirche beurlaubt zu einem Dienst außerhalb unserer Landeskirche. Bei der Feststellung der Personalentwicklung unserer Landeskirche ist ihre Reintegration genau zu beachten. Es ist damit zu rechnen, daß nicht alle diese Pfarrer und Pfarrerinnen in den Dienst der Landeskirche zurückkehren. Ebenfalls ist mit Verlängerungen über die jetzige Beurlaubungszeit hinaus zu rechnen.

Zum Zeitpunkt der Feststellung der Personalentwicklung befinden sich 13 Pfarrer- und Pfarrerinnen im Erziehungsurlaub, der verschieden limitiert ist. Fünf von den im Erziehungsurlaub Befindlichen werden sich vermutlich nach einer evtl. Rückkehr in das Pfarramt mit ihrem Ehepartner eine Stelle teilen, für fünf zur Zeit im Erziehungsurlaub Befindliche muß eine Stelle bereitgestellt werden, eine davon im Umfang von 50 %.

4.) Pfarrverwalter- und Pfarrverwalterinnen

In Gemeinden unserer Landeskirche arbeiten zur Zeit 18 Pfarrverwalter und Pfarrverwalterinnen. Bezogen auf die Zahl der in Gemeinden arbeitenden Pfarrer und Pfarrinnen bedeutet dies einen Prozentsatz von etwas mehr als 6 Prozent.

Bezogen auf die Gesamtpfarrerzahl in der Landeskirche einschl. im nichtgemeindlichen Dienst bedeutet dies einen Prozentsatz von 5 und 6 Prozent.

Aus verschiedenen, auch aus theologischen Gründen ist es für unsere Kirche wichtig, weiter den Zugang über den 2. Bildungsweg in das Pfarramt zu erhalten. Nach Möglichkeit sollte der 6 %ige Anteil gehalten werden. Die Zahl der Pfarrverwalter- und Pfarrverwalterinnen sollte aber nicht unter 5 Prozent fallen, entsprechende Beschlüsse werden vorgeschlagen. Bei der Personalplanung ist dieses zu beachten.

6.) Schulpfarrer/Schulpfarrerinnen

Unsere Landeskirche hat zur Zeit 12 Schulpfarrer und Schulpfarrerinnen im schulischen Dienst, drei von ihnen arbeiten mit einem 50 %igen Auftrag. Ihr Dienst wird auch weiter wichtig sein. Fraglich ist allerdings, ob bei der Finanzentwicklung wie auch der Lehrerentwicklung in unserem Staate die Zahl von 12 Stellen gehalten werden kann, abgesehen davon, daß es oft nicht einfach ist, geeignete Bewerber und Bewerberinnen dafür zu gewinnen. Bei der Personalplanung sollte höchstens mit einer Zahl von 6 Pfarrer- oder Pfarrerrinnenstellen als besetzbar ausgegangen werden.

7.) Übernahme von rückkehrenden Missionaren des ELM

Ohne daß eine gesetzliche Verpflichtung besteht, erwartet das Missionswerk von uns als Träger Kirche, daß wir uns an der Übernahme rückkehrender Missionare in den pfarramtlichen Dienst beteiligen. Dazu sind wir letztlich im Rahmen unserer Gesamtverantwortung für das ELM verpflichtet. Leider vergeblich ist das ELM von Seiten der Braunschweiger Landeskirche seit vielen Jahren darauf hingewiesen worden, daß die Frage der Entsendung aus dem Missionsseminar und damit die Ausbildung im Missionsseminar überprüft werden mußte auch im Blick auf Rücknahmemöglichkeiten durch die Trägerkirche. Die Erwartung der ausgesandten Missionare, von den Trägerkirchen übernommen zu werden, ist groß.

Ich schlage vor, daß wir uns jedes dritte Jahr bereiterklären, einen zurückgekehrten Missionar zu übernehmen.

8.) Stellenteilung durch Theologen-Ehepaare

Dreizehn Theologen-Ehepaare teilen sich in unserer Landeskirche eine Pfarrstelle. Dadurch war es letztlich möglich, daß bislang in unserer Landeskirche noch keine Bewerberliste für den Probedienst nach dem zweiten

- 4 -

Examen eingerichtet werden mußte. Die Diskussion über die Frage der Stellenteilung ist von einigen neu angeregt worden. Eine auch nur teilweise Veränderung dieser Stellenteilung würde auf die Personalentwicklungsplanung unserer Landeskirche erhebliche Auswirkungen haben.

Schlußfolgerungen

Beschreibung und Kurzanalyse der wichtigsten Faktoren für die Feststellung einer Personalentwicklung haben gezeigt, wie schwierig es ist, eine einigermaßen verlässliche Personalentwicklung aufzuzeigen. Unsicherheitsfaktoren sind weiterhin die Konsequenzen aus der finanziellen Entwicklung der Landeskirche, die mit Sicherheit zur Zurücknahme von Stellen führen muß. Unsicher sind allerdings auch die Zahlen der Theologiestudierenden; dem Trend nach scheinen sie weiter zurückzugehen. Deutlich wird, daß erhebliche Überhänge der Bewerberzahlen da sein werden. Das bedeutet eine große Belastung für die Betroffenen, aber auch für unsere Kirche. Wenn nicht die Theologiestudierenden-Zahlen erheblich zurückgehen werden, werden diese Überhänge bis in das 3. Jahrtausend hineingehen, ja ein Ende ist nicht abzusehen. Dies darf aber nicht dazu führen, daß der Zugang zum Pfarramt sich auf den ersten Bildungsweg verengt. Auch die Übernahme von rückkehrenden Missionaren wird weiterhin nötig sein. Es ist nicht auszuschließen, daß hin und wieder auch einzelne Pfarrer und Pfarrerinnen aus anderen Landeskirchen für spezielle Aufgaben übernommen werden müssen.

Um ein Wechseln zwischen den Pfarrstellen der Landeskirche weiter zu ermöglichen und auch Pfarrstellen offen zu halten für Rückkehrende, sollten nach Möglichkeit 12 Gemeindepfarrstellen jeweils freigehalten werden. Es ist allerdings zu prüfen, ob diese Zahl nicht verringert werden muß in Zeiten, in den viele die Aufnahme in den Probendienst beantragen. Eine Zahl von 17 sollte aber nicht überschritten werden.

H. G. O. W.

9.10.1991

Aufnahme in den Probendienst zum 01.01.1996

2. Theol. Examen Oktober 1995

31.12.95:18,5 Vakanzen

6 Bewerbungen Aufnahme in den Probendienst

7 Anträge Aufnahme in die Bewerberliste

Es wird vorgeschlagen, 4 Kandidatinnen/Kandidaten in den Probendienst zu übernehmen, um im Blick auf die große Zahl der Rückkehrerer Bewerber/innen die Zahl für den Probendienst 1996 nicht ganz auszuschöpfen.

Als am dringendsten zu besetzen wird benannt:

Braunlage Bez. II,

St. Mariae Jakobi Bez. I in Salzgitter-Bad

Seesen Bez. I (Nord)

Harlingerode - Greene - St. Jakobi BS - Meerdorf

Beschlußvorlage: bis 7 Bewerber/innen werden in die Bewerberliste aufgenommen
4 Kandidaten/innen werden in den Probendienst aufgenommen .

Stand Bewerberliste: 3

Stand Vakanzen: 14,5

Aufnahme in den Probedienst 01.07.1996

2. Theol. Examen April 1996

18,5 Vakanzen

3,5 Rückkehren aus Schuldienst, Erziehungsurlaub

9 Examensabsolventen, Aufnahme in Bewerberliste-Probedienst

davon:

1 Ehepaar,

1 Ehepartner

2 Bewerber aus Bewerberliste

11 Bewerbungen

Es wird vorgeschlagen, 3 Vakanzen zur Besetzung freizugeben - falls möglich durch Platz auf der Bewerberliste - können Ehepartner zusätzlich übernommen werden.

Dabei ist grundsätzlich zu klären, nach welcher Modalität Ehepartner bei Stellenteilung aufgenommen werden können. Ehepartner/Ehepaare dürfen keine Vorteile vor anderen haben, die evtl. examensmäßig stärker sind. Ansonsten würde auch die Zahl der Pfarrer/innen sich erhöhen - schwierig bei der unsicheren Rechtslage der Stellenteilung bei Ehepaaren. Auf der anderen Seite geht es um die Besetzung von Vakanzen. Falls ein/e Bewerber/Bewerberin, dessen Ehepartner bereits eine Stelle hat, nach Platz in der Bewerberliste aufgenommen werden kann, wird dies der Zahl der besetzbaren Vakanzen hinzugefügt.

Vakanzzahl nach Besetzung: 12

Stand Bewerberliste: 9

(Falls Ehepaar aufgenommen: 8)

(Falls Ehepaar- Ehepartner: 7)

Aufnahme in den Probedienst 01.01.1997

2. Theol. Examen Oktober 1996

13 Vakanzen

1 Examensabsolventin

8 Bewerber aus Bewerberliste

9 Bewerbungen

Es wird vorgeschlagen, einen/eine Kandidaten/in in den Probedienst aufzunehmen.
Wegen der großen Zahl der Bewerber/innen 1997 sollte die Vakanzzahl von 12 nicht unterschritten werden.

Vakanzzahl nach Besetzung: 12

Stand Bewerberliste: 9 (7 / 6)

Aufnahme in den Probedienst 01.01.1998

2. Theol. Examen Oktober 1997

09 Vakanzen

14 Examensabsolventinnen(absolventen)

davon: 1 Ehepaar

2 Ehepartner

12 Bewerber/innen aus Bewerberliste

26 Bewerber/innen

Es wird vorgeschlagen, 2 Vakanzen zu besetzen.

Vakanzzahl nach Besetzung:

Stand Bewerberliste: 24

(Zahl verringert sich um 3, falls
Ehepaare - Ehepartner aufgenommen.)



**Aktion
Arbeitslosen
Abgabe**
In Braunschweig

Protokolle und Materialien 1997

AKTION ARBEITSLOSEN-ABGABE

AAA e.V. Poststr. 4 38162 Cremlingen

1. Vors.: Christian Teichmann
Tel. 05306/970216
2. Vors. Elisabeth Schöning
Tel. 0531/845598

Protokoll der Vorstandssitzung vom 18.3.97

Anwesend: E.Schöning, L.Camerer, R.Jordens-Höke, C.Teichmann, C.Kuhlman, P. Keil-Fischer.

1. Die Stunden von Frau Keil-Fischer für die Tätigkeit bei der A.A.A. werden auf 30 Stunden monatlich aufgestockt.
2. Am Dienstag, den 15.4.97 wird ein Vertreter der A.A.A. bei dem Vorgespräch für die Themensynode Frühjahr 1998 teilnehmen..
3. Brief(Entwurf) an die Pröbste-für den Pfarrkonvent.
4. Herr Theilemann (Amt für Fortbildung) wird zur nächsten Mitgliederversammlung eingeladen
5. Bericht über die Tagung von ZEPRA zur nächsten Vorstandssitzung (C.Kuhlmann.P.Keil-Fischer)
6. Für die nächste Vorstandssitzung, am Dienstag, den 6.5.97 bei Frau Schöning um 20 Uhr:
 - Vorbereitungen für die nächste Mitgliederversammlung (bei den Einladungen Dokumentation erwähnen), Ideen von ZEPRA für die Situation in Braunschweiger Kirchen
 - Strategien entwickeln (Verbündete zu suchen und Kooperationsformen zu finden)
 - Pastoren, die ca. 5 Jahre vor der Pensionierung stehen, persönlich ansprechen, z.B. Herrn Meyer von der Pauli-Gemeinde.

Protokoll:

P. Keil-Fischer

AKTION ARBEITSLOSEN-ABGABE

AAA e.V. Poststr. 4 38162 Cremlingen

1. Vors.: Christian Teichmann
Tel. 05306/970216
2. Vors. Elisabeth Schöning
Tel. 0531/845598

Protokoll der Vorstandssitzung vom 6.5.97

Anwesend: E.Schöning, L.Camerer, R.Jordens-Höke, C.Teichmann, C.Kuhlman, P. Keil-Fischer,
W.Steen, N.Lorenz.

1. Rückmeldung vom Tauschring:

Die Anbindung des Tauschringes an die Petri-Gemeinde ist möglich.
Die ABM-Stelle ist vom Arbeitsamt genehmigt worden.

2. Anfrage von ZEPRA:

Im September 97 findet eine Schulung zum Thema „Maatwerk“ statt. ZEPRA nimmt daran teil und fragt an, ob die A.A.A. die Seminarkosten übernimmt.
Die A.A.A. übernimmt die Kosten unter der Voraussetzung, einer gemeinsamen Vorstandssitzung zum Thema „Maatwerk“.

3. Themensynode Arbeitslosigkeit:

Eine weitere Vorbesprechung zur Themensynode findet am Montag, den 26.5.97 um 15 Uhr im Haus kirchlicher Dienste statt.

4. Termine:

Die nächste Vorstandssitzung findet am Dienstag, den 17.6.97 um 20 Uhr bei Frau Keil-Fischer, Zuckerbergweg 10 statt.

Als Gast wird Frau Pia Dittmann-Saxel teilnehmen.

Die Vorstandssitzung am Dienstag, den 3.6. fällt aus!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

Weitere Termine:

Dienstag, den 1.7.97 Vorstandssitzung bei Fr.Keil-Fischer

Dienstag, den 26.8.97 Vorstandssitzung bei Fr.Kuhlmann

Dienstag, den 16.9.97 Vorstandssitzung bei Fr.Keil-Fischer

Mittwoch den 8.10.97 Mitgliederversammlung

Dienstag, den 14.10.97 Vorstandssitzung

Dienstag, den 25.11.97 Vorstandssitzung

Protokoll:

P. Keil - Fischer

AKTION ARBEITSLOKEN-ABGABE

AAA e.V. Poststr. 4 38162 Cremlingen

1. Vors.: Christian Teichmann
Tel. 05306/970216
2. Vors. Elisabeth Schöning
Tel. 0531/845598

Protokoll der Vorstandssitzung vom 17.6.97

Anwesend: als Gast Pia Dittmann-Saxel, C. Teichmann, N. Lorenz, L. Camerer, C. Kuhlmann, E. Schöning,
R. Jordens-Höke, P. Keil-Fischer

Frau Dittmann-Saxel stellt die jetzige Problemlage, mit der sich der PfarrerInnen-Ausschuß z. Zt. auseinandersetzen muß, vor.

Es geht um die Umsetzung des „Kanter-Papieres“ zur Beamtenrechtsreform in der Kirche.

Jede einzelne Landeskirche muß dazu Stellung nehmen.

Veränderungen betreffen die Absenkung der Eingangsgehälter, Ausnahmen von Zulagen, Streichung des 13. Monatsgehaltes.

Diese Maßnahmen werden auch in Braunschweig greifen, obwohl die Finanzlage hier derartige radikale Eingriffe nicht nötig machen würde.

In der Oldenburgischen Landeskirche z. B. besteht eine sehr schlechte Finanzsituation, der mit ganz massiven Sparmaßnahmen entgegnet wird. Die Kürzungen betreffen nur die Berufsanfänger.

Im PfarrerInnen-Ausschuß wird ein Papier erarbeitet, das aussagen soll, daß die Gehaltskürzungen, wenn überhaupt für alle gelten sollen.

Es gibt keine Stellenbeschreibung für Pfarrer und Pfarrerinnen. Die Auseinandersetzung mit dem Berufsbild des Pfarrers/der Pfarrerin ist in der ev. Landeskirche nicht erwünscht.

Innerhalb der nächsten 10 Jahre sollen 29 PfarrerInnenstellen abgebaut werden.

21 freie Stellen

10 Stellen sollen frei bleiben.

Bei den bleibenden 11 Stellen ist keine Umverteilung auf andere Berufsgruppen möglich.

Nächste Vorstandssitzung findet am Dienstag, den 1.7.97 um 20 Uhr bei Frau Keil-Fischer statt.

Protokoll:

P. Keil-Fischer

Aktion Arbeitslosen-Abgabe e.V.
in Braunschweig
PGA Hannover (BLZ 25010030) Kto-Nr.: 4938 77-307

Spenden an die AAA sind steuerlich absetzbar

AKTION ARBEITSLOSEN-ABGABE

AAA e.V. Poststr. 4 38162 Cremlingen

1. Vors.: Christian Teichmann
Tel. 05306/970216
2. Vors. Elisabeth Schöning
Tel. 0531/845598

Protokoll der Vorstandssitzung vom 1.7.97

Anwesend: E. Schöning, L. Camerer, C. Kuhlmann, N. Lorenz, C. Teichmann, E. Binder
P. Keil-Fischer

Diskussion über Themen im Arbeitskreis für die Themensynode:

- was muß jetzt vor Ort entwickelt werden
- wo legt die Kirche Geld an (z.B. mittelständische Betriebe finanzieren, die Ausbildungsplätze anbieten)
- wie soll das Geld verteilt werden-
- welche Stellen werden in den Gemeinden abgebaut
- welche Stellen wollen wir erhalten

Frage: Wie können wir als Kirche in unserer Landeskirche mit dem Problem Arbeitslosigkeit umgehen und was können wir konkret umsetzen?

- was entwickelt sich in unseren Gemeinden (was kann von den Probsteien ausgehen-Gründung von neuen Initiativen)

Ergebnisse der Themensynode sollten z.B.- sein:

- Stellenschaffung für Langzeitarbeitslose
 - Förderung bestimmter Projekte z.B. durch einzelne Gemeinden
 - Arbeitsgruppen zu den einzelnen Projekten mit konkreten Arbeitsaufträgen
- Das Hauptanliegen der A.A.A. an den Arbeitskreis der Themensynode, Ziele konkret benennen und sich auf ein Ziel konzentrieren. Außerdem sollte auf eventuelle Beschlüsse hingearbeitet werden.

Einladung zum Forum Konziliarer Prozeß-Theologie für das Leben am Samstag, den 11.10.97 nach Bad Harzburg.

Es geht um Fragen der Gerechtigkeit, des Friedens und der Bewahrung der Schöpfung. Ziel ist die Vernetzung einzelner Gruppen und Initiativen auf Braunschweiger Ebene
Schwerpunktt Themen:

1. Umwelt
2. Kirchenasyl
3. Arbeitslosigkeit (ZEPRA, A.A.A., Aktion Brückenbau)
4. Agenda 21 (Umweltkonferenz in Rio)

Themen für die Mitgliederversammlung:

1. Standortbestimmungsdiskussion
2. Klaus Kittler von ZEPRA einladen.

Ziele konkret formulieren und nach Umsetzungsmöglichkeiten gucken-z.B. Formen wie "Maatwerk" in der Kirche schaffen.

- Was müßte sich verändern, damit es in Gemeinden leistbar ist?
- Finanzierung von zusätzlichen Stellen durch einen Fond (z.B. Aufwand von Sachbearbeitungen)
- Welche Strukturen müssen vorhanden sein, damit es möglich ist.
- Zusammenschluß von Gemeinden (unterschiedliche Finanzmittel in den Gemeinden)

Die nächste Vorstandssitzung findet am 15.7.97 um 9 Uhr 30 in Glentorf statt.

Protokoll:

P. Keil-Fischer

AKTION ARBEITSLOSEN-ABGABE

AAA e.V. Poststr. 4 38162 Cremlingen

1. Vors.: Christian Teichmann
Tel. 05306/970216
2. Vors.: Elisabeth Schöning
Tel. 0531/845598

Protokoll der Vorstandssitzung vom 15.7.97

Anwesend: C. Teichmann, N. Lorenz, R. Jordens-Höke, C. Kuhlmann, L. Camerer, P. Keil-Fischer.

Zielsetzung für die Mitgliederversammlung:

1. Situationsbeschreibung der A.A.A. und Rückblick
2. Themen:
3. Fragen

zu 1:

Gravierende Veränderungen in den letzten 3-5 Jahren. Es gibt immer weniger Initiativen, es wird immer schwieriger Mittel zu bekommen (Änderung des AFRG)

- wer hat früher die Anträge gestellt, wie ist es heute?
- warum gibt es nur noch wenig Anträge?
- es liegen viele Arbeitsbereiche brach, die nicht mehr mit Personal gefüllt werden können.
- wo gibt es Förderprogramme, die gestartet werden können?
- wo gibt es Projekte, Beschäftigungsinitiativen, die gestärkt werden könnten?
- gibt es Möglichkeiten, in die kommunale Beschäftigungspolitik miteinzusteigen?

Fazit:

Wege der Arbeitsteilung sind z.Zt. nicht möglich, es ist nicht möglich, Geld anders zu verteilen.

Zu 2:

Vernetzung: -bleiben wir im kirchlichen Bereich oder öffnen wir uns?

Kommunale Beschäftigungspolitik: -inwieweit kann eine kommunale Beschäftigungsgesellschaft ein Weg für Kirchengemeinden sein?

Formen der Fördermöglichkeiten: -welche Möglichkeiten gibt es generell und für Kirchengemeinden?

Zu 3:

- welche Schwerpunkte können wir für unsere Arbeit in der A.A.A. beibehalten und mit welchen Schwerpunkten können wir in die kommunale Beschäftigungspolitik miteinsteigen?
- wie kann Kirche durch eine Beschäftigungsgesellschaft miteingebunden werden?
- wie können neue Arbeitsplätze geschaffen werden-neue Finanzquellen aufbauen.
- (kirchliche) Aufgaben in verschiedenen Kirchen gemeinden sinnvoll zusammenlegen
- Verbündete schaffen!-
- Forum schaffen!
- wie organisieren wir das, wenn Kirche in das Beschäftigungsprojekt miteinsteigen will?
- wo sind die Begrenzungen für uns?

4. Referat von Klaus Kittler

Nächste Vorstandssitzung am Dienstag, den 26.8.97 um 20 Uhr bei Frau Kuhlmann.

P. Keil-Fischer

AKTION ARBEITSLOSEN-ABGABE

AAA e.V. Poststr. 4 38162 Cremlingen

1. Vors.: Christian Teichmann
Tel. 05306/970216
2. Vors. Elisabeth Schöning
Tel. 0531/845598

Stellungnahme zu den Thesen „Vom globalen Tun zur Aktivität des einzelnen“-

Voraussetzungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Im Vorstand der AAA sind die Thesen von Herrn Erchinger und Herrn Salzmann Gegenstand einer Diskussion gewesen. Dabei hat sich ergeben, daß diese Thesen noch zu pauschal sind. Gerade im Hinblick auf eine Diskussion innerhalb der Themensynode der Landeskirche zum Thema Arbeitslosigkeit, müssen sie durch konkrete Forderungen, die auch und gerade in der BS-Landeskirche durchgesetzt werden sollen, ergänzt werden.

So kommen wir zu den Hauptanliegen der AAA an die Themensynode und ihre Vorbereitung durch den Arbeitskreis:

- 1.) Die Mitglieder der Landessynode sollen genau darüber wachen, daß Arbeitsplätze erhalten bleiben und neue Arbeitsplätze geschaffen werden.
Modelle von Arbeitsteilung müssen vorrangig verwirklicht werden.
Insbesondere ist auf folgende Berufsgruppen zu achten: Diakone, Sozialpädagogen, Küster, Pfarrramtssekretärinnen, Kirchenmusiker, Sozialarbeiter etc.
- 2.) Ziele müssen konkret benannt werden, d.h. z.B. wie und wo und durch wen erfolgt eine Stellenschaffung für Langzeitarbeitslose? Können Arbeitslosenprojekte durch die Landeskirche in „Krisenregionen“ initiiert, gefördert, unterstützt oder Kooperationen mit bestehenden Initiativen eingegangen werden.
- 3.) Zur Arbeitsweise der Themensynode schlagen wir vor, Initiativen von und für Arbeitslose einzuladen und mit ihnen Arbeitsgruppen zu bilden.
Alles soll unter dem Oberthema stehen: „Wie können wir als Kirche in der Region unserer Landeskirche mit dem Problem der Arbeitslosigkeit umgehen, und welche Vorschläge können wir umsetzen?“
- „Was kann z.B. von einer Probstei als Initiative ausgehen?“
- 4.) Die Projekte, die sich im Rahmen der Themensynode vorstellen, sollen konkrete Vorschläge zur Förderung ihrer Arbeit vorbringen. (Wirklich unter dem banalen Gesichtspunkt „Das brauchen wir....“
Der Themensynode soll eine Beschlußvorlage unterbreitet werden, einen Fonds zur Unterstützung der Initiativen ins Leben zu rufen, der fest in dem Haushalt der Landeskirche integriert ist. (Antrag zur Abstimmung)
- 5.) Im Vorfeld muß die Vorstellung der dargestellten Initiativen und Projekte zusammen mit deren MitarbeiterInnen gut vorbereitet werden.

Unseres Erachtens zielen diese Gedanken darauf ab, in der Diskussion nicht bei einer weiteren Beschreibung der „bestbeschriebenen“ Krise der Wirtschaft stehenzubleiben.

Es muß auch dazu kommen, konkrete Möglichkeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in unserer Region zu erarbeiten und umzusetzen.

Einen neuen Kuchen backen.....

Grundelemente:

Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung richten sich nicht mehr nach den Arbeitskosten, sondern nach der Wertschöpfung des Betriebes - *Solidarsteuern*
Soziale Grundsicherung (Versicherte erhalten 15% mehr als Sozialhilfe)
Bürgergeld für alle Erwachsenen (...von der Arbeitsgesellschaft zur Tätigkeitsgesellschaft)
Lohnkostenzuschüsse für Unternehmen, die Arbeitszeiten verkürzen und registrierte Arbeitslose einstellen

Rahmenbedingungen

Investivlohn (Breite Beteiligung der Mitarbeiterinnen am Kapital der Wirtschaft)
Ökologische Steuerreform (Weg zur nachhaltigen Wirtschaft: Regionalisierung weltweit, Innovationszwang, Senkung der Lohnnebenkosten)
Weltweite Spekulationssteuer
Währungsunion mit Sozialunion koppeln

Flankierende Maßnahmen

Vergeben von Gütesiegeln (Fairprodukte, Bioprodukte, arbeitsintensive Produkte etc)
Tauschringe
Freiwilligenagenturen
Selbständigkeitsoffensive (Existenzgründungsdarlehen, Risikokapital)
Deregulierung
Modell START (Agentur schließt Arbeitsverträge mit Langzeitarbeitslosen und vermittelt diese, in arbeitsfreien Zeiten wird fortgebildet)
Modell "Arbeit auf Kredit"
Lohnersatzleistungen als Gutscheine für Arbeit (EKD Texte 54 ,168)
Begrünung der Dienstleistungswüste (zB Kofferträger am Bahnhof)
Teilzeitarbeit
" "
Legalisierung der Schattenwirtschaft und Schwarzarbeit durch Anreize statt Sanktionen

Impulsgeber Kirche

Die Kirche hat eine besondere Verantwortung, in ihrem Bereich Zeichen der Verwirklichung in Richtung der oben genannten Ideen zu setzen. zu setzen.

AKTION ARBEITSLOSEN-ABGABE

AAA e.V. Poststr. 4 38162 Cremlingen

1. Vors.: Christian Teichmann
Tel. 05306/970216
2. Vors. Elisabeth Schöning
Tel. 0531/845598

Protokoll der Vorstandssitzung vom 26.8.97

Anwesend: C. Teichmann, N. Lorenz, R. Jordens-Höke, C. Kuhmann, L. Camerer, P. Keil-Fischer,
E. Binder, E. Schöning, W. Steen.

1. Erstellung eines Papiers (Stellungnahme zu den Thesen „Vom globalen Tun zur Aktivität des einzelnen“-Voraussetzungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit)

- das Papier wird dem Arbeitskreis der Themensynode am 27.8.97 zur Diskussion
- vorgelegt.

2. Vorbereitung für die Mitgliederversammlung am 8.10.97.

Themen:

1. Standortbestimmung der AAA - Selbstbestimmung
2. Möglichkeit der Perspektiven
3. Klaus Kittler von ZEPRA wird zu den Fragen referieren.
 - was können Initiativen überhaupt noch leisten?
 - welche Modelle sind erfolgsversprechend (zukunftsfähig)?
 - Fragen der Übertragbarkeit von kommunaler Beschäftigungsgesellschaft auf kirchlicher Ebene
 - Erschließung neuer finanzieller Quellen
 - geht d
4. Überarbeiten des Info-Faltblattes
5. Konsequenzen für die AAA.

Einen Vorentwurf zu den Fragen für Herrn Kittler werden Frau Kuhlmann und Frau Keil-Fischer erstellen.

3. Die Anfrage, den Stundensatz von Frau Keil-Fischer von 18 auf 20 DM zu erhöhen, wurde von allen angenommen.

Die nächste Vorstandssitzung findet am Dienstag, den 16.9.97 um 20 Uhr Zuckerbergweg statt.

Protokoll:

P. Keil-Fischer

AKTION ARBEITSLOSEN-ABGABE

AAA e.V. Poststr. 4 38162 Cremlingen

1. Vors.: Christian Teichmann
Tel. 05306/970216
2. Vors. Elisabeth Schöning
Tel. 0531/845598

Protokoll der Vorstandssitzung vom 16.9.97

Anwesend: N. Lorenz, T. Meyer, L. Camerer, C. Kuhlmann, C. Teichmann, E. Schöning,
R. Jordens-Höke, P. Keil-Fischer.

Anmerkung: Die Kollekte vom Landeskirchenamt wurde für 1996 nicht überwiesen.
Herr Lorenz wird in dieser Angelegenheit beim Landeskirchenamt nachfragen.

Antrag: Aktion Brückenbau beantragt die Übernahme der Kosten von ca. 5700 DM, der drei
Mitarbeiterinnen Kuhlmann, Kuhrt und Hankers für anfallende Überstunden
vom 1.10.-31.12.97.
Dem Antrag wird stattgegeben.

Anfrage: Besteht die Möglichkeit, die Stunden von Frau Keil-Fischer so aufzustocken, daß sich das
Gehalt auf 610 DM monatlich erhöht?
Wie hoch wären die Mehrkosten?
Frau Kuhlmann wird zur nächsten Vorstandssitzung eine Kostenstellung machen.

Nächste Vorstandssitzung findet
am 14. 10. 97 um 20 Uhr
bei Frau Schöning Kinzingstr. 10 statt.

Protokoll:

P. Keil-Fischer

Jahresabschluß 1996

1) Bestand am 31.12.95	57036,93
<u>Kassenbestand</u>	<u>60573,79</u>
(Betriebs-, Projektmittel, Personalkostenrücklage Hilfsfond	3536,86
2) Kontobestand am	
31.12.95	60573,79
<u>Postgirokonto</u>	<u>34926,22</u>
EKK-Konto	25647,57
3) Bestand am 31.12.96	63705,16
<u>Postgiro</u>	<u>37472,45</u>
EKK	26232,71
4) Einnahmen 1996	46234,38
<u>Spenden</u>	<u>30799,00</u>
Zinsen	585,14
Kollekten	14342,74
Theologiestudentenfond	507,5

5) Ausgaben 1996	
<u>a) Projektförderung :</u>	<u>19080,00</u>
ZEPRA (Zuschuß)	1200,00
Aktion Brückenbau	10000,00
Drachenflug	3000,00
Kirchl. verw. amt Halberstadt	2880,00
ZEPRA	2000,00
b) Mitgliedsbeiträge	730,00
<u>ZEPRA</u>	<u>100,00</u>
Diakonisches Werk	130,00
Aktion Brückenbau	500,00
c) Personalkosten	4058,81
<u>Keil-Fischer, C. Nies</u>	<u>2701,28</u>
Lohnsteuer	567,50
Kirchensteuer	593,55
Berufsgenossenschaft	156,48
GOK <i>angeforderte Dokumentation</i>	40,00
d) Sachkosten	3734,20
<u>Verwaltungskosten</u>	<u>594,20</u>
Erwerb vermögenswirk- samer Sachen	3140,00
e) Theologiefond	3500,00
<u>f) Rückzahlung</u>	<u>12000,00</u>
<u>Ausgaben (insges)</u>	<u>43103,01</u>

<u>Einnahmen (Gesamt)</u>	<u>46234,38</u>
<u>Ausgaben (Gesamt)</u>	<u>43103,01</u>
<u>Überschuß</u>	<u>3131,37</u>

<u>Bestand 31.12.95</u>	<u>60573,79</u>
<u>Überschuß</u>	<u>3131,37</u>
<u>Bestand 31.12.96</u>	<u>63705,16</u>

Finanzplan 97

Bestand:31.12.96	63705,16
Postgiro	36928,09
EKK-Konto (Stud.Hilfsfond)	26232,71 544,36
Bestand AAA	63160,80
Einnahmen	27500,00
Spenden	25000,00
Zinsen	500,00
Kollekten	2000,00
Bestand AAA+	90660,80
Einnahmen	90660,80

Ausgaben :	a)Projektförderung	55000,00
	Aktion Brückenbau	10000,00
	Ev.K.Aspenstedt	5000,00
	weitere Projektförderung	40000,00
	b)Mitgliedsbeiträge	730,00
	Diakon. Werk	130,00
	Aktion Brückenbau	500,00
	ZEPRA	100,00
	c)Personalkosten	5680,00
	Keil-Fischer	4000,00
	Lohn-Kirchensteuer	1500,00
	Berufsgenossenschaft	180,00

d)Sachkosten	3018,09
Erwerb verm.Sachen	500,00
Verwaltungskosten	1000,00
Fahrtkosten	500,00
weitere Betriebsmittel	1018,09
e)EKK Rücklage	26232,71
Ausgaben gesamt	90660,80

AKTION ARBEITSLOSEN-ABGABE

AAA e.V. Poststr. 4 38162 Cremlingen

1. Vors.: Christian Teichmann
Tel. 05306/970216
2. Vors. Elisabeth Schöning
Tel. 0531/845598

Braunschweig, den 18.9.97

EINLADUNG ZUR MITGLIEDERVERSAMMLUNG AM MITTWOCH, DEN 8.10.97 UM 19 UHR 30 IN DAS GEMEINDEHAUS HINTER DER MAGNIKIRCHE 7

LIEBE MITGLIEDER, LIEBE SPENDERINNEN UND SPENDER !

Mit diesem Schreiben laden wir Sie herzlich zu unser jährlich stattfindenden Mitgliederversammlung ein.

Die notwendigen Regularien wollen wir bis 20 Uhr abgehandelt haben, um anschließend mit inhaltlicher Arbeit - (**Referat von Klaus Kittler von ZEPRA Hannover**) zum Thema **„Derzeitiger Stand der Erwerbslosenarbeit in Niedersachsen“**, zu beginnen.

So ergibt sich folgende Tagesordnung:

1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls der MV vom 3.12.96
3. Jahresrückblick 1996
4. Jahresabrechnung 1996
 - ◆ Bericht der Kassenprüfer
 - ◆ Entlastung des Vorstandes und der Kassenführerin
 - ◆ Wahl der KassenprüferInnen
 - ◆ Finanzplan 1997 - und Ausblick 1998
5. Referat Klaus Kittler von ZEPRA „Derzeitiger Stand der Erwerbslosenarbeit in Niedersachsen“
 - ◆ Finanzierungsmöglichkeiten von Erwerbsloseninitiativen
 - ◆ Kommunale Beschäftigungsgesellschaft
 - ◆ „Maatwerk“- soziale Betriebe - Beratungsinitiativen
6. Folgerungen für das Teilen von Arbeit und Geld in der Kirche
7. Verschiedenes

In der Hoffnung, Sie zahlreich begrüßen zu können,
grüße ich Sie im Namen des Vorstandes.

Vorstandsvorsitzender

Christian Teichmann

AKTION ARBEITSLOSEN-ABGABE

AAA e.V. Poststr. 4 38162 Cremlingen

1. Vors.: Christian Teichmann
Tel. 05306/970216
2. Vors. Elisabeth Schöning
Tel. 0531/845598

Protokoll der Mitgliederversammlung vom 8.10.97

Hinter der Magnikirche 7

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls der MV v. 3.12.96
3. Jahresrückblick 1996
4. Jahresabrechnung 1996
 - Bericht der Kassenprüfer
 - Entlastung des Vorstandes und der Kassenführerin
 - Wahl der KassenprüferInnen
 - Finanzplan 1997 - und Ausblick 1998
5. Referat Klaus Kittler von ZEPRA „Derzeitiger Stand der Erwerbslosenarbeit in Niedersachsen“
 - Finanzierungsmöglichkeiten von Erwerbsloseninitiativen
 - Kommunale Beschäftigungsgesellschaft
 - „Maatwerk“ - soziale Betriebe - Beratungsinitiativen
6. Folgerungen für das Teilen von Arbeit und Geld in der Kirche
7. Verschiedenes

Zu 3 : Es gibt z.Zt. keine arbeitslosen Theologen/innen in der Braunschweigischen Landeskirche. Es gibt immer weniger Projekte und es werden immer weniger Anträge gestellt-die Förderung übersteigt oftmals den finanziellen Rahmen.,

Zu 4 : Als Kassenprüfer wurden R. Jordens-Höke und T. Meyer wiedergewählt.

Die Situation, Projekten Starthilfe und Restfinanzierung zu geben, besteht z.Zt. kaum.

Es gibt Überlegungen, die Förderungssumme für Aktion Brückenbau aufzustocken, um den Mitarbeiterinnen Gremienarbeit zu ermöglichen.

Zu 5 :

Zahlen zum Arbeitsmarkt: 450.000 Erwerbslose, davon 16,1% Jugendl., 21,5% sind 55 J. und älter
f. Niedersachsen u. Bremen 35.000 freie Stellen, 38,1% Langzeiterwerbslose
12,5% Männer, 13,1% Frauen

Arbeiter sind wesentlich stärker als Angestellte betroffen.

25% der Umschulungs-u. Fortbildungsmaßnahmen sind zurückgegangen.

Der Finanzbedarf wird dadurch immer größer, die Frage ist, wo geht es hin?

ABM wird nur noch zu 80% finanziert (im Gespräch sind 70%)

Der Halböffentliche Bereich ist der größte Arbeitsbereich - und sehr unbeweglich.

Die Fördermittel für viele Projekte werden immer weiter reduziert

Was gibt es noch für Finanzquellen für kleine Projekte (Projektberatung-Antragsarbeit)

Wichtig ist Gremienarbeit, um das Thema „Arbeitslosigkeit“ mehr in die Öffentlichkeit zu bringen. (politische Willensbildung)

Die Einsicht, Geld und Arbeit umzuverteilen, muß stärker in den Vordergrund rücken.

Mit einem Spendenverein kann politische Willensbildung signalisiert werden.

Der Finanzbedarf der einzelnen Projekte wird sich erhöhen, die öffentlichen Kassen werden sich immer mehr zurückziehen. Somit gewinnen Spendenvereine eine immer größere Bedeutung.

Kleine Projekte sind wichtig für die Signalwirkung.

Zu 5 und 6 :

Frage, wie kann die AAA ihre Kapazitäten sinnvoll einsetzen?

Antwort : - mehr Spenden bei Unternehmen einwerben - was ist im Bereich von „Social-Sponsoring“ möglich -

- Erfahrungsaustausch mit anderen Vereinen (Oldenburg, Hameln, Pyrmont, Gifhorn)
- Professionelles Sponsoring
- Diejenigen Projekte, die Förderung erhalten, sollten sich übersichtlich und prägnant vorstellen..
- Neue Arbeitsfelder in Kirchengemeinden anstoßen und schaffen (Ideenbörse)
z.B. H.z.A.-Stellen (Sozialpädagogen) als persönliche Hilfe für Langzeiterwerbslose.
- Wir brauchen eine Arbeitsmarktpolitik mit vielen Bausteinen.
- Was kann eine Beschäftigungsgesellschaft leisten.?

1. Beschäftigung
2. Qualifizierung
3. Bündelung von lokalen Akteuren

Koordination vor Ort schaffen, die eine Entwicklung in Gang bringt - Rotation vom 1. Zum 2. Arbeitsmarkt

Die AAA ist als Mittlerverein sehr wichtig - Öffentlichkeitsarbeit sollte einen größeren Stellenwert erhalten - z.B. der Presse ein Projekt vorstellen, welches gefördert wird.

Die kleinen Projekte müssen aktiv und im Gespräch bleiben.

Das kleinste Arbeitsmarktprogramm kann eine große Reichweite erreichen - das persönliche Engagement ist unabdingbar.

Im Beratungsbereich wird relativ wenig Geld ausgegeben.

Es gibt keinen Berufsgruppenschutz mehr. Stigmatisierung der Betroffenen.

Die Diskriminierung der Erwerbslosen wird immer größer, sie werden immer stärker eingegrenzt - wieviel Ablehnungsbescheide kann man z.B. einem Erwerbsl. zumuten ?

Beratungsarbeit ist eine sehr wichtige Arbeit, es geht darum, daß die Betroffenen erst einmal mit ihrer Lebenssituation klarkommen.

Lobbyarbeit und politische Willensbildung sind dabei wichtige Voraussetzungen.

Protokoll :

F. Keil - Fischer



**Aktion
Arbeitslosen
Abgabe**
In Braunschweig

Protokolle und Materialien 1998

Memorandum des Runden Tisches armes Braunschweig

Mai 1998: Landessynode Thema Arbeitslosigkeit,

Empfehlungen der Arbeitsgruppen

AKTION ARBEITSLLOSEN-ABGABE

AAA e.V. Poststr. 4 38162 Cremlingen

1. Vors.: Christian Teichmann
Tel. 05306/970216
2. Vors. Elisabeth Schöning
Tel. 0531/845598

Protokoll der Vorstandssitzung vom 15.1.98

Anwesend: C. Teichmann, N. Lorenz, R. Jordens-Höke, L. Camerer, E. Binder, E. Schöning,
P. Keil-Fischer

1. Antrag von ZEPRA:

ZEPRA beantragt die Kostenübernahme von 1750 DM für eine Fortbildung von „Maat-Werk“.

Der Antrag wird wie beantragt auch beschlossen und bezuschußt.

2. Rückmeldung von den Diakonischen Beratungsdiensten Goslar:

Trotz aller Bemühungen können zwei qualifizierte Mitarbeiterinnen nicht mehr weiterbeschäftigt werden.

3. Antrag vom KDA:

Der KDA will eine Selbsthilfe-Initiative für Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und weitere von Armut betroffene Menschen in Blankenburg/Harz auf den Weg bringen..

Es wird um die Übernahme von 300 DM Sachkosten monatlich (Feb.-Juli 98) gebeten.

Der Antrag muß umformuliert werden z.B. Unterstützung von Betriebskosten.

4. Anfrage weiterer Anträge auf Förderung aus Salzgitter-Bad und Blankenburg.

5. Voranfrage aus Glentorf für eine Finanzhilfe (ABM läuft z. 30.11.98 aus).

6. Fahrtkosten (im Auftrag des Vorstandes des AAA) können erstattet werden.

7. Arbeitskreis der Themensynode:

Es wäre dringend erforderlich, daß sich der Arbeitskreis nocheinmal intensiv mit Fragen zu einigen Themenabschnitten der Themensynode befaßt .

Eine Frage, die erörtert werden müßte wäre, wie geht die Braunschweiger Landeskirche in Bezug auf Stellenerhaltung und Stellenstreichung mit Arbeitslosigkeit um.

Desweiteren wäre es wichtig, Finanzausschuß, Gemeindevorstand und Mitarbeitervertretung mit in das Thema Arbeitslosigkeit einzubeziehen.

Die Synode redet sonst an den eigentlichen Problemen der Kirche vorbei.

8. Konzilliarer Prozeß:

Zum Konzilliareren Prozeß findet Ende September 98 eine Tagung im Hessenkopf mit dem Schwerpunkt Arbeitslosigkeit (Gerechtigkeit) statt.

Die nächste Vorstandssitzung findet am Mittwoch, den 18.2.98 um 9 Uhr bei Frau Keil-Fischer in der Rankestr.21 (Tel.336905) statt.

Protokoll:

P. Keil-Fischer

AKTION ARBEITSLOSEN-ABGABE

AAA e.V. Poststr. 4 38162 Cremlingen

1. Vors.: Christian Teichmann
Tel. 05306/970216
2. Vors. Elisabeth Schöning
Tel. 0531/845598

Protokoll der Vorstandssitzung vom 18.2.98

Anwesend: C. Teichmann, R. Jordens-Höke, C. Kuhlmann, L. Camerer, E. Binder
P. Keil-Fischer

1. Rückmeldung des 1. Seminars der Fortbildung „Maat-Werk“:

Das Seminar bietet die Möglichkeit, einen Einblick in das Konzept von „Maat-Werk“ zu bekommen. Es wirft folgende Fragen auf:

- wie ist auf kirchlicher Ebene im kleinen Format so etwas initiiierbar?
- was kann aus dem Gesamtkonzept von „Maat-Werk“ an Ideen übernommen werden?
- z.B. die Erstellung eines Stellenprofils und Bewerberprofils zur Schaffung einer neuen Stelle (Betreuung bei Hilfe zur Arbeit)

2. Arbeitsförderungsreformgesetz:

Durch die Änderung des AFRG ist Projektförderung möglich und nicht mehr an einzelne Personen gebunden

3. Auseinandersetzung mit anderen Formen der Öffentlichkeitsarbeit:

Wir müssen uns in Zukunft mit anderen Formen der Öffentlichkeitsarbeit befassen.

4. Ökumenisches Forum in Goslar:

Vom 25.9.-26.9.98 findet ein Ökumenisches Forum in Goslar statt.

Dabei wird ein Themenschwerpunkt Arbeitslosigkeit sein.

5. Aktion Brückenbau erhält für 1998 eine Förderung für Mehrarbeitsstunden.

6. Rückmeldung vom Arbeitskreis der Themensynode:

Es ist erforderlich, daß sich die AAA gut auf die im Mai stattfindende Themensynode vorbereitet und sich mit folgenden Fragen auseinandersetzt:

-welche Zielrichtung wollen wir vertreten?

-Arbeitsplatzsicherung und Schaffung von neuen Arbeitsplätzen z.B. auf dem 2.kirchlichen Arbeitsmarkt

Ideen: - Fonds gründen

-Geld abzugeben, um Arbeitsplätze zu schaffen

-event. eigene Modelle entwickeln, um sich von der Landeskirche (Personalhoheit) abzukoppeln. Je konkreter das Modell mit Kostenaufstellung, desto eher zu realisieren.

So ist es möglich, neue Strukturen zu schaffen und alte Strukturen zu ändern.

-regionalisieren - selber handeln

Die nächste Vorstandssitzung findet am Mittwoch, den 25.3.98 um 9 Uhr bei Frau Camerer, Rosenstr.7 statt.

Protokoll:

P. Keil - Fischer

Aktion Arbeitslosenabgabe e.V.
in Braunschweig

PGA Hannover (BLZ 25010030) Kto-Nr.: 493877-307

AKTION ARBEITSLOSEN-ABGABE

AAA e.V. Poststr. 4 38162 Cremlingen

1. Vors.: Christian Teichmann
Tel. 05306/970216
2. Vors. Elisabeth Schöning
Tel. 0531/845598

Protokoll der Vorstandssitzung vom 25.3.98

Anwesend: E.Schöning, L.Camerer, N. Lorenz, C.Teichmann, C.Kuhlmann, E.Binder,
P.Keil-Fischer

1. Aktion vom BALZ in Göttingen:

Ein(e) SozialhilfeempfängerIn muß im Monat 10 Bewerbungen losschicken, damit die Sozialhilfe nicht gekürzt wird.

Das BALZ hat in Zusammenarbeit mit dem runden Tisch „armes Braunschweig“ ein fiktives Papier erstellt -einen Aufruf an die Verwaltung und 130 Adressen, dieser Praxis nicht Folge zu leisten.

Auszug aus dem Papier:

„Wir bitten Sie deshalb, sich für die sofortige Einstellung des Bewerbungszwanges einzusetzen
Notwendig sind stattdessen eine professionelle Arbeitsvermittlung, Einzelfallhilfe und sinnvolle
Qualifizierungsmaßnahmen.“

2. Arbeitskreis zur Themensynode :

Bis zur Themensynode im Mai liegen folgende Aufgaben für die AAA an:

- Faltblatt der AAA überarbeiten und Entwurf erstellen (C.Teichmann, P.Keil-Fischer)
- Papier erstellen u.a. mit Modellbeispielen (z.B. Junior-Senior-Modell, Sabbatjahr)
Diese und andere Modelle haben andere Kirchen praktiziert und sind lohnenswert zu überdenken
- Festlegen, wer die AAA als Initiative vorstellt, weiterhin mit der Leitentscheidung „Arbeit und Geld teilen.“
- Kirchliche MA mitberücksichtigen !
- Otto Lange eventuell zur nächsten Mitgliederversammlung einladen.
- Vorinformationen für die Mitgliederversammlung nach der Themensynode
- Kurzbeschreibung von der Synode z.B. Einschätzung-positive Ansätze, Mängel damit verbunden
Einladung zur MV.
Einladungen sollten drei Wochen vor Stattfinden ca. 27.5./28.5. geschrieben werden.

**Termine : Nächste Vorstandssitzung findet am Dienstag, den 21.4.98 um 10 Uhr
bei Frau Kuhlmann, Wabestr. 8a statt.**

Vorstandssitzung am Dienstag, den 26.5. um 10 Uhr bei Frau Kuhlmann

Mitgliederversammlung voraussichtlich am Dienstag, den 30.6.98

Protokoll:

P. Keil - Fischer

AKTION ARBEITSLLOSEN-ABGABE

AAA e.V. Poststr. 4 38162 Cremlingen

1. Vors.: Christian Teichmann
Tel. 05306/970216
2. Vors. Elisabeth Schöning
Tel. 0531/845598

Protokoll der Vorstandssitzung vom 21.4.98

Anwesend: E.Schöning, L.Camerer, N. Lorenz, C.Teichmann, C.Kuhlmann, E.Binder,
P.Keil-Fischer, R. Jordens-Höke.

1. Mitgliederversammlung:

Otto Lange vom KDA Hannover zur MV einladen-Erfahrungsaustausch zum Thema
Arbeitslosigkeit in der Kirche/Kirche als Arbeitsgeber.

Herbert Erchinger, Ilsabe Schwarz und Uwe Salzmann vom KDA Brschg. zur MV einladen.
Zu einem späteren Termin mit dem KDA Brschg. austauschen u.a. über das Modell von
Peter Grottian.

2. Themensynode:

Was ist uns bei einer Kurzvorstellung wichtig und welche Position wollen wir als
AAA vertreten?

1. Grundgedanke: Arbeit und Geld teilen sowohl im innerkirchlichen als auch im
gesellschaftlichen Bereich.
 2. Die AAA sieht es als ihre Aufgabe an, die Diskussion über die Leitperspektiven in der
Kirche immer wieder erneut aufzugreifen und anzufachen.
 3. Was haben wir gemacht und was ist weiterhin wichtig?
 4. Beispiele:
 - Initiativen vor Ort zu fördern - mit Kleinprojekten belegen
 - konkrete Forderungen (Erwartungen) einbringen, um es in die Ausschüsse weiterzu-
leiten.
1. konkrete Forderung: Junior-Senior-Modell/Sabbat-Jahr
 2. alle Pastoren anschreiben, die demnächst in Ruhestand gehen.
 3. Veröffentlichung der Modelle (Büchertisch)

Daraufhinwirken ob Arbeitsverhältnisse nicht so verändert werden können, daß mehr
möglich ist z.B. Stellenteilung.

Arbeit in der Kirche ist genug vorhanden und nicht nur auf „Pfarrer-Ebene“.

Anschieben von Besuchsdiensten - Jugendarbeit, HZA-Betreuung.

„Aufruf zur Erprobung“

Wie ist es möglich, daß Beschlüsse umgesetzt werden?

Wo ist der KDA gefragt?

3. Verschiedenes:

Es sollen Briefe an die neuen Probendienstler als auch an die Probendienstler vor
der Verbeamtung oder diejenigen, die gerade verbeamtet worden, geschickt werden. -

Die nächste Vorstandssitzung findet am Dienstag, den 26.5.98 um 10 Uhr
bei Frau Kuhlmann statt.

Protokoll:

P. Keil - Fischer

AKTION ARBEITSLOSEN-ABGABE

AAA e.V. Poststr. 4 38162 Cremlingen

1. Vors.: Christian Teichmann
Tel. 05306/970216
2. Vors. Elisabeth Schöning
Tel. 0531/845598

Protokoll der Vorstandssitzung vom 26.5.98

Anwesend: E. Schöning, L. Camerer, N. Lorenz, C. Teichmann, C. Kuhlmann, E. Binder,
P. Keil-Fischer

1. Antrag von ZEPRA :
ZEPRA bittet um eine finanzielle Unterstützung von 1000 DM für ein Seminar „Social Sponsoring“. Dem Antrag wird mit der Bitte stattgegeben, ein Seminar zum gleichen Thema vor Ort in Zusammenarbeit mit dem Amt für Fortbildung (Herr Theilemann), durchzuführen.
E. Binder wird Kontakt zu Herrn Theilemann aufnehmen, um einen Termin für Herbst 98/Frühjahr 99 festzulegen.
2. Fax-Gerät :
Es wurde überlegt, daß es sinnvoll wäre, wenn Frau Keil-Fischer für die AAA über ein Fax-Gerät verfügen könnte. Dazu müßten die Klärung der Abrechnung und die technische Voraussetzung noch überprüft werden.
3. Briefe an Probedienstler:
Nach Versenden der Briefe an die Probedienstler, sollen nach 14 Tagen zusätzlich noch Einladungen für die MV verschickt werden.
4. Verbeamtung von Pastoren der letzten 6 Jahre:
Über das Amtsblatt soll recherchiert werden, welche Pastoren der letzten 6 Jahre verbeamtet worden - um sie dann später von der AAA aus anzuschreiben.
Die Aufgabe des Recherchieren übernimmt der Zivildienstl. von Herrn Lorenz.
5. Auswertung der Synode:
Frau Block v. Schwarz hat ihr Interesse bekundet, mit uns zusammenzuarbeiten. Sie wird zur MV eingeladen.
Herr Becker soll signalisiert werden, daß die AAA mit ihm zusammenarbeiten möchte. Dabei wäre es wichtig, Bezug auf das Gespräch bei der Synode zu nehmen.
Herr Lorenz wird einen Gesprächstermin mit Herrn Becker vereinbaren, möglichst vor den Haushaltsberatungen im Herbst.
 - Überlegung einer Stiftung - Gelder sind nicht festgelegt.
 - Kontakt zu Frau Dittmann-Saxel (Pfarrer-Ausschuß) - gezielt zur MV einladen.
Idee : - Vernetzung von Pfarrer-Ausschuß und AAA -
Zusätzlich werden noch Frau Staberow und Herr Bodsch (Mitarbeitervertretung) eingeladen und Herr Erchinger und Herr Salzmann vom KDA.
6. Mitgliederversammlung:
Als Einstieg zum Thema „Arbeitslosigkeit in der Kirche“ werden vom KDA in Hannover, Erfahrungen über Modelle, neue Ansätze, Vernetzung mit verschiedenen Gruppen vorgestellt - unter den Gesichtspunkten - was ist für die Braunschweiger Landeskirche umsetzbar?
 - welche Schritte sind für die Umsetzung erforderlich ?
 - wann muß mit wem kooperiert werden ?
 - wer sollte ersteinmal außen vor gelassen werden ?

Ergebnis der Synode für die AAA :

- wir wollen uns mit verschiedenen Gruppen (Mitarbeitervertretung, Pfarrerausschuß) vernetzen.
- Anschubfinanzierung für Arbeitsloseninitiativen leisten.
- Auseinandersetzung mit Fragen wie - wo sind Blockaden - wer schreitet voran ?
- wir wollen Teilen von Arbeit und Geld als Chance verstehen - suchen Bündnispartner !

*Nächste Vorstandssitzung am Donnerstag, 10.9.98 um 10 Uhr
bei Frau Camerer, Rosenstr. 7, als Gast Herr Salzmann, KDA*

Protokoll:

P. Keil - Fischer

AKTION ARBEITSLOSEN-ABGABE

AAA e.V. Poststr. 4 38162 Cremlingen

1. Vors.: Christian Teichmann
Tel. 05306/970216
2. Vors. Elisabeth Schöning
Tel. 0531/845598

Protokoll der Sitzung vom 7.7.98

Anwesend: E.Schöning, L.Camerer, R. Jordens-Höke, C.Kuhlmann,
P.Keil-Fischer

1. Fazit der MV v. 30.6.98 :

Die Mitarbeitervertretung hat unseres Erachtens kein Konzept und wenig Interesse in Hinblick auf Stellenerhaltung.

Für uns kristallisieren sich hauptsächlich zwei Fragen aus dem Bericht von Herrn Massow, heraus. 1. - Was hat die Kirche für eine Vision (Vorstellung) davon, wie sich Kirche in Zukunft gestaltet ?

2. - Wo liegen die Schwerpunkte der Kirche ?

2. Überlegungen für die Zukunft :

(Ergebnisprotokoll der Synode für die Beschlüsse im ~~ökumenischen~~ Ausschuß)

im Ausschuß f. Ökumene, Mission u. Diakonie

- Gemeinde muß erfahrbar und erlebbar sein
 - Durch ehrenamtliche Tätigkeiten neue Arbeitsplätze schaffen und nicht das Geld einsparen
 - Aufwertung des Ehrenamtes
 - Beschäftigungsgesellschaft
 - Die Landeskirche sollte aufzeigen, wie Gemeinden an Gelder kommen - und nicht umgekehrt
 - Kleinere Betriebe (Handwerksbetriebe), die ausbilden, sollten mit Beratung unterstützt werden
 - Betreuung von Auszubildenden
 - Forderung eines Reichtumsberichtes (Aufgabe der Kirche)
Kirche hält sich zum Thema „Eigentum“ zu bedeckt
 - „DAS Sozialwort der Kirche“ sollte in den Gemeinden eingebracht werden
 - Neue Arbeitsfelder in der Kirche neu benennen - wo könnte man mit anderen Trägern mehr initiieren ?
 - Stiftung oder Fondsgründen, um neue Wege zu gehen - konkret benennen, in welcher Höhe und was daraus finanziert werden soll. (Ideen)
 - Arbeitsplatz-Teilungsmodelle einbringen
 - Kooperative Zusammenarbeit mit anderen Kirchen und Institutionen
- Kleinere Betriebe (Handwerksbetriebe), die ausbilden, sollten mit Beratung unterstützt werden
Betreuung von Auszubildenden
- Forderung eines Reichtumsberichtes (Aufgabe der Kirche)
Kirche hält sich zum Thema „Eigentum“ zu bedeckt.

Die nächste Vorstandssitzung findet am Donnerstag, den 10.9.98 um 9 Uhr 30 bei Frau Camerer in der Rosenstr. 7 statt.

Als Gast wurde Uwe Salzmann eingeladen.

Protokoll :

P. Keil-Fischer

AKTION ARBEITSLOSEN-ABGABE

AAA e.V. Poststr. 4 38162 Cremlingen

1. Vors.: Christian Teichmann
Tel. 05306/970216
2. Vors. Elisabeth Schöning
Tel. 0531/845598

Protokoll der Mitgliederversammlung der AAA v. 30.6.98 im Gemeindehaus der Bugenhagen Kirche 4

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
 2. Genehmigung des Protokolls der MV v. 8.10.1997
 3. Rechenschaftsbericht von 1997
 4. Jahresabschluß 97 - Bericht der KassenprüferInnen -
Entlastung des Vorstandes und der Kassenführerin
 5. Finanzplan 1998
 6. Vorstandswahl
 7. Bericht von Herrn Werner Massow aus Göttingen - Vorsitzender des Gesamtaus-
schusses der Mitarbeitervertretungen d. evang.-luth. Landeskirche Hannover
über „die Lösbarkeit der Finanzkrise unserer Landeskirche“
-
1. Herr Lorenz begrüßte die TeilnehmerInnen der MV, insbesondere
Herrn Karl-Heinz Bodsch und Frau Sabine Staberow von der Mitarbeitervertretung,
Frau Pia Dittmann-Saxel vom PfarrerInnen-Ausschuß und Herrn Uwe Salzmann vom
KDA Braunschweig.
 2. Tagesordnung und Protokoll v. 8.10.97 wurden einstimmig genehmigt.
 3. Der Rechenschaftsbericht und Jahresabschluß 97 lagen jedem schriftlich zur
Kenntnisnahme vor.
 4. Die Entlastung des Vorstandes und der Kassenführerin wurden einstimmig ausgespro-
chen. Kassenprüfer sind: Reinhold Jordens-Höke und Cornelia Kuhlmann.
 5. Beim Finanzplan 98 wurde die Förderung von Aktion Brückenbau
von 10.000 DM auf 20.000 DM korrigiert und die weitere Projektförderung für 98
mit 20.000 DM ergänzt.
Dem Finanzplan wurde zugestimmt.
 6. Es wurde der Antrag gestellt, die Mitglieder des alten Vorstandes kommissarisch bis
zur nächsten MV 1999 im Amt zu lassen.
Dem Antrag wird stattgegeben.
-
7. Herr Massow wurde 1986 für die Arbeit der Mitarbeitervertretung auf Kirchenkreis-
ebene frei gestellt. Das entspricht einer Einheit von 30.000 bis 90.000 Gemeindemit-
gliedern.
Es bestehe z.Zt ein Konflikt in der Landeskirche - die Mittel würden beschnitten.
Seiner Einschätzung nach liegt aber das Hauptproblem der Kirche nicht in der Finanzsitua-
tion, sondern in der Entfremdung des Glaubens.
Es gehe darum, „was denken und glauben die Menschen“ - die Verkündigung sei
nicht da, wo die Menschen sind. Wichtiger wäre es den Dialog zu fördern, sozialverträg-
liche Leistungen und Ressourcen in der Kirche zu finden.
Es gäbe keine Experten für Personalentwicklung in der Kirche.
Arbeitsplätze und Ressourcen müßten so eingesetzt werden, daß sie sinnvoll für das
Unternehmen „Kirche“ seien. Dies hätte eine Umorganisation der Kirchenstrukturen zur
Folge.
Es sei notwendig, den Personenkreis, der die Kirche trägt zu vergrößern.
Rentner nutzen die Kirche am meisten, zahlen aber keine Kirchensteuer mehr.
Erforderlich sei die Einführung einer Mindestkirchensteuer.
Gebäude in der Kirche sind nicht genügend genutzt, z.B. Pfarrhäuser, Gemeindehäuser.
Sollte man Pfarrhäuser nicht aufgeben?
Mieteinnahmen decken Instandhaltungskosten und Umbaumaßnahmen zu wenig.

Überdenken des Pfarrerbildes, ist es unbedingt erforderlich, daß er direkt neben dem Gemeindezentrum wohnt.

Es stelle sich die Frage, ob Kirche noch an ihren eigenen Erfolg glaube.

Es werde zuviel verwaltet und zu wenig der Kontakt zu den Menschen hergestellt.

Es gehe darum Zukunftschancen zu erkennen und zu handeln, so daß z.B. alternative Beschäftigungspolitik möglich sei.

Alternative Beschäftigungspolitik hieße generell für Kirche, „Öffnung des Marktes“ z.B. über Dienste in der Gemeinde.

Die Familie sei z. B ein großes Feld, in der noch viele Ressourcen vorhanden seien „Dienstleistungen rund um die Familie“. (Auftrag d. Kirche-Finanzierung durch andere Träger).

Die große Chance liege in den Veränderungen der Strukturen innerhalb der Gemeinden.

Damit keine MA entlassen werden müßten, sollten neue Arbeitsfelder auf Kirchengemeindeebene erschlossen werden.

Bei Fragen wie, „welchen Tätigkeitsfeldern müssen wir uns stellen“, seien auch Kirchenvorstände gefordert. Für bestimmte Tätigkeitsfelder könne die Kooperation von mehreren Gemeinden nützlich sein, jedoch nur in räumlicher Nähe.

Die Herstellung der Verteilungsgerechtigkeit sei erforderlich.

Vision : - Es gibt nur noch eine Landeskirche

- Wie müssen die Rahmenbedingungen verändert werden in Einbindung der menschlichen Bedürfnisse ?
- Welche politische Arbeit müssen wir leisten
- Kirche als Beschäftigungsträger für sozial benachteiligte Menschen

Kirche habe die Aufgabe, die Menschen für ein sozialgesellschaftspolitisches Konzept zu gewinnen.

In Holland z.B., sehe die Kirche ihre Aufgaben in der politischen Arbeit.

Im Anschluß an den Bericht von Herrn Massow, erfolgte eine lebhafte teilweise kontroverse Diskussion und das Fazit, weiterhin miteinander im Gespräch zu bleiben.

Protokoll:

P. Keil - Fischer

an 24. 3. 98

Korre an Roman
faxen

Runder Tisch armes Braunschweig

**Kontaktadresse: Braunschweiger Arbeitslosenzentrum
Kuhstraße 27
38100 Braunschweig**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Vor einigen Tagen erhielten Braunschweiger Bürger und Bürgerinnen ein Schreiben mit der Aufforderung sich persönlich um Arbeitsplätze für SozialhilfebezieherInnen zu bemühen.

Anlaß dieser Aktion ist die Novellierung des Bundessozialhilfegesetzes und die daraufhin entstandene Praxis des Sozialamtes der Stadt Braunschweig. Wir wollen politisch und wirtschaftlich Verantwortliche dieser Stadt auf die Tatsache aufmerksam machen, dass BürgerInnen, die ihr Recht auf Hilfe zum Lebensunterhalt in Anspruch nehmen, von der Braunschweiger Sozialverwaltung aufgefordert werden, ihre Bewerbungsbemühungen monatlich nachzuweisen. Wir möchten mit dieser Erklärung auf die negativen Folgen dieser Entwicklung hinweisen.

SozialhilfebezieherInnen müssen sich also einem „Bewerbungszwang“ unterwerfen. Frei nach der Devise „Wer arbeiten will, findet auch Arbeit“ werden sie vom Sozialamt aufgefordert, bis zu 10 Bewerbungsbemühungen im Monat auf einem Formblatt nachzuweisen. Dieser Zwang nimmt keine Rücksicht auf regionale Arbeitsmarktbedingungen und persönliche Voraussetzungen wie Qualifikation und Sprachkenntnisse. Die nicht unerheblichen Kosten für diese Bewerbungen sind aus dem geringen Regelsatz von den Betroffenen selbst zu zahlen. Kommen sie dieser Anordnung nicht oder nicht ausreichend nach, so wird ihr Regelsatz um 25% gekürzt, im 2. Schritt um 40 bis 50% und in der Folge wird die Zahlung der Hilfe zum Lebensunterhalt gänzlich eingestellt. Dieses Vorgehen trifft besonders diejenigen Menschen, die aus körperlichen, geistigen oder seelischen Gründen zu derartigen Bemühungen nicht in der Lage sind und über entsprechende Bemühungen keinen Nachweis erbringen können (oder aus Scham nicht wollen).

Mit dieser Form der Sanktion wird der Grundsatz, eine minimale Existenzsicherung über Sozialhilfe zu gewährleisten, außer Kraft gesetzt. Eine Zunahme von Mietrückständen und Wohnungslosigkeit ist bereits jetzt zu beobachten und die Situation wird sich weiter verschärfen.

Offensichtlich geht das Sozialamt der Stadt Braunschweig davon aus, dass die Ausgaben der Sozialhilfe deshalb steigen, weil SozialhilfebezieherInnen zunehmend nicht bereit seien, ihren Lebensunterhalt durch Erwerbseinkommen zu sichern.

Dabei scheint übersehen zu werden,

- dass Arbeitslosigkeit die Hauptursache für den Bezug von Sozialhilfe ist, (auf jede offene Stelle kommen in Braunschweig 22 erwerbslose BewerberInnen),
- dass Lohnersatzleistungen stetig weiter abgebaut werden,
- dass SozialhilfeempfängerInnen ohne Ansprüche auf Lohnersatzleistungen kaum in Maßnahmen des Arbeitsförderungsgesetzes gelangen und
- dass die obengenannte Sanktionspraxis zu „Massen- Blind- Bewerbungen“ mit garantiert geringen Erfolgsaussichten führt.

Für den Braunschweiger Arbeitsmarkt ergibt sich aus diesem „Bewerbungszwang“ eine zusätzliche Flut von ca. 300.000 Bewerbungen im Jahr, wenn die etwa 3000 Sozialhilfebezieher zwischen 18 und 60 Jahren dieser Auflage im vollen Umfang nachkommen, nicht einbezogen sind dabei die Bewerbungen der überdies beim Arbeitsamt gemeldeten Arbeitslosen.

Der erhoffte Beschäftigungseffekt wird deshalb ebenfalls weitgehend ausbleiben. Massenhafte und ungezielte Bewerbungen können ihr Ziel nicht erreichen. Sie werden von den Unternehmen, Behörden und Institutionen nicht ernstgenommen. Außerdem wird es den BewerberInnen auf diese Weise nicht gelingen, sich zu profilieren. Ein sorgfältig ausgearbeitetes eigenes Profil- also die Passung zwischen Qualifikation des Bewerbers mit den Anforderungen des Unternehmens- ist indessen der entscheidende Erfolgsfaktor für Bewerbungsbemühungen.

Mit den oben genannten Massenbewerbungen wird eher Schaden angerichtet. Der zusätzliche Bearbeitungsaufwand ist für die Unternehmen so erheblich, dass ein Großteil der Anschreiben umgehend zu den Akten oder in den Reißwolf wandern. Der überwiegende Teil der Bewerbungen bleibt unbeantwortet. Ein solches, pauschales Vorgehen verfolgt nicht das Ziel einer wirklichen Vermittlung, sondern schafft bei allen Beteiligten Enttäuschung und Frustration. Auf längere Sicht werden durch diese Pauschalanfragen die Chancen für Sozialhilfebezieherinnen zusätzlich verbaut.

**Aus diesen Gründen fordern wir Sie auf
für die sofortige Einstellung des Bewerbungszwanges einzutreten.
Notwendig sind stattdessen eine professionelle Arbeitsvermittlung,
Einzelfallhilfe
sowie eine gezielte Qualifizierung
unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips.**

Darüberhinaus bitten wir Sie, das qualitative Ausmaß der bisherigen Sanktionspraxis zu erfassen, um eine nachgehende Hilfe für die von Kürzungen betroffene Menschen zu ermöglichen.

Thema: Arbeitslosigkeit

Die Arbeitsgruppen haben im einzelnen folgende Empfehlungen erarbeitet:

Arbeitsgruppe 1: Frauenarbeitslosigkeit

Die Arbeitsgruppe sah es als problematisch an, daß auch die Kirche zunehmend Fremdfirmen beschäftigt. So wird das Landeskirchenamt jetzt nicht mehr durch eigene Raumpflegerinnen gereinigt, sondern diese Tätigkeit hat eine Fremdfirma übernommen. Die Mitarbeiterinnen stehen auf diese Art und Weise finanziell schlechter da.

Der Arbeitskreis regte an, die hierdurch eingesparten Personalmittel zur Einstellung von Frauen in anderen Bereichen wieder zu verwenden und nicht irgendwo versickern zu lassen.

Die Idee einer kirchlichen Dienstleistungsagentur wurde im Arbeitskreis wieder aufgegriffen. Eine solche Agentur könnte eventuell in der Trägerschaft des Diakonischen Werkes stehen. Ihre Arbeit müßte über die Grenzen der Braunschweigischen Landeskirche hinausgehen, eventuell konföderationsweit.

Wichtigster Ausgangspunkt für die Erwerbsarbeit von Frauen ist die **Kinderbetreuung**. Es ist **daher erforderlich**, die Betreuungssituation in den vorhandenen Kindertagesstätten **flexibler zu gestalten**. Die **Öffnungszeiten** müssen erweitert werden, um Frauen eine **Erwerbstätigkeit zu ermöglichen**.

Die Einrichtung von Beratungs- und Beschäftigungs- sowie Qualifikationsprojekten, die der persönlichen Situation von Frauen Rechnung tragen (z.B. durch Kinderbetreuung), ist erforderlich.

Da bei der Realisierung von Ideen häufig, trotz Inanspruchnahme aller geeigneten Förderinstrumente, Finanzierungslücken bleiben, wäre die Bereitstellung von Finanzmitteln zur Förderung von Frauenprojekten nach bestimmten Kriterien notwendig. Es soll daher geprüft werden, ob die Einrichtung eines Spendenfonds nach dem Modell 1 : 1 (jede eingeworbene oder gespendete Mark wird durch die Landeskirche verdoppelt) möglich ist.

Flexible Arbeitszeiten in allen Bereichen der Kirche und ihren Einrichtungen sind anzustreben.

Sämtliche Gleichstellungsgesetze, so auch das Gemeinschaftsförderungsgesetz der Landeskirche, gehen von ständigem Wachstum aus, an welchem die Frauen proportional zu beteiligen sind. Es zeigt sich nun, daß von ständigem Wachstum nicht mehr ausgegangen werden kann.

Der Arbeitskreis hat daher mit Sorge zur Kenntnis genommen, daß Frauen nunmehr überproportional am Stellenabbau beteiligt werden. Um hiergegen ein kirchenpolitisches Zeichen zu setzen, wünscht der Arbeitskreis die Änderung des Gemeinschaftsförderungsgesetzes.

Nach § 6 wird § 6 a eingefügt:

Dieser heißt: „Bei betriebsbedingten Personalreduzierungen ist darauf zu achten, daß Frauen hiervon maximal in Höhe ihres Anteils an der jeweiligen Vergütungs- oder Lohngruppe betroffen sind.“

Diese Änderung soll im März 1999 beschlossen werden. Bis zu diesem Zeitpunkt ist die Zustimmung der arbeits- und dienstrechtlichen Kommission einzuholen. Der Rechtsausschuß der Landeskirche hat die Änderung bereits beraten und keine Einwände erhoben.

Arbeitsgruppe 2: Jugendarbeitslosigkeit

100.000,- Mark Initiative gegen die Jugendarbeitslosigkeit

1. Kontakte zwischen Kirchengemeinde und Schule

müssen hergestellt werden. Die Kirchengemeinde sollte im Vorfeld wissen, welche Probleme in Bezug auf Ausbildung auf die Jugendlichen zukommen, damit sie weiß, was sie zu erwarten hat, und damit sie handeln kann.

2. Lehrstellen-/Arbeitsplatzakquisition

Wo kann Kirche – das Landeskirchenamt, das Diakonische Werk, die Propstei - Ausbildungsplätze/Arbeitsplätze anbieten?

Wo können Gemeindeglieder Ausbildungsplätze/Arbeitsplätze anbieten?

Wo kann Begleitung benachteiligter und/oder unqualifizierbarer Jugendlicher geleistet werden?

Dies könnte eine Aufgabe für (Propstei-) Diakonieausschüsse sein. Dann darf für diese Aufgabe ein Angebot zur Hilfestellung und/oder Qualifizierung nicht fehlen.

3. Anschubfinanzierung und Bürgschaft

Denkbar erscheint die Gründung eines Risikofonds. Für eine Kirchengemeinde bedeutet das: Absicherung des Risikos, Hilfe zur Selbsthilfe, Anschub zur Bürgschaft. So könnten Gemeinden ermutigt werden, neue Schritte gegen die Arbeitslosigkeit vor Ort zu wagen.

4. Arbeitsplatzsicherung – Vernetzung statt Outsourcing

Beispiel: Ein Kindergarten wird von einem Privatanbieter mit Essen versorgt. Dies wird für den Kindergarten zu teuer und eine Großküche bietet Essen billiger an. Statt Großküche könnten sich einige Kindergärten vernetzen und so die Arbeit der eigenen Kräfte (Privatanbieter) sichern.

Modelle gegen Rationalisierung, gegen 620,- Mark-Arbeitsplätze müssen entwickelt werden.

5. Arbeitsplätze für unqualifizierbare/benachteiligte Jugendliche

Wo gibt es Arbeit in der Gemeinde, in der Nachbargemeinde? Wie könnte diese Arbeit – auch auf Propsteiebene – gebündelt werden? Evtl. muß diese Arbeit auch alimentiert werden. Der Kontakt zwischen Kirchengemeinde und Schule zur gemeinsamen Klärung ist notwendig.

6. Modalitäten zur Auftragsvergabe

Ausschreibungsmodalitäten müssen neu durchdacht werden. Firmen, die Aufträge erhalten, sollten

a) in der Kirche sein (wird meistens praktiziert) und

b) nachweisen, wie sie sich in die Ausbildung von Jugendlichen eingebracht haben.

Firmen, die diesen Anforderungen genügen, sollten bevorzugt mit Arbeiten beauftragt werden.

Die 100.000,- Mark Initiative gegen Arbeitslosigkeit könnte federführend vom Amt für Jugendarbeit unter Einbeziehung aller Einrichtungen, die vorhanden sind, organisiert werden, zum Beispiel durch Bewußtmachung des Problems in Propsteidiakonieausschüssen, durch das Organisieren eines Diakoniemarktes oder durch die Koordinierung von Abwicklung und Vergabe von Ausbildungsplätzen.

Arbeitsgruppe 3: Langzeitarbeitslosigkeit

Nicht jammern, sondern: „ora et labora“

Gott steht auch für das Recht und die Würde der Langzeitarbeitslosen ein. In Niedersachsen sind es 160.000 Menschen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind!

Das bewirkt einen vielfachen Verlust an Aktivitäten, sozialen Kontakten, gemeinsamen Zielen, sozialem Status, von den finanziellen Einbußen gar nicht zu reden. Die Kinder und Verwandten distanzieren sich in vielen Fällen. Neid kommt auf, weil andere Arbeit haben – warum ich nicht? Ja: die Arbeit ist um des Menschen willen da, nicht der Mensch um der Arbeit willen! Wie kann die Kirche Mut und Hoffnung, Fantasie und Aktivitäten vermitteln? Wo sind die eigenen Projekte? Es geht um Wahrnehmung – auch in den Gemeinden. Wer ist hier arbeitslos?

Benutzen wir die vorhandenen Ressourcen? Es geht sowohl um kurzfristige Aktionen, wie z.B. Rasen mähen, Reinigung von Plätzen, Häusern, in gemeindeeigenen Bereichen Es geht aber auch um Bewertung von Werten! Wofür treten wir als Christinnen und Christen öffentlich ein?

Wenn wir die Mission ernst nehmen, werden wir dafür arbeitende Menschen brauchen! Expansives Wirtschaften der Kirche heißt: missionarische Projekte in Auftrag geben. Diese wiederum hängen zusammen mit Bildung und Ausbildung, mit dem Einsatz für verschiedene Altersstufen. Eine solche Mission ist für die Kirche glaubwürdig und gesund! – und schafft lange Arbeit!

Arbeitsgruppe 4: Zukunft der Arbeitsgesellschaft

Wo sehen wir als Kirche Möglichkeiten, Einfluß zu nehmen auf einen notwendigen Wertewandel in folgenden Punkten?

- Im öffentlichen Wirken ist ein fundamentaler Bewußtseinswandel der Denkstrukturen zum *Arbeitsbegriff* zu fördern, weg von der Einengung auf die Erwerbsarbeit in Bezug auf den Wert des Menschen.
- Wir brauchen eine Veränderung einer Wirtschaftsgesinnung, die sich derzeit nahezu ausschließlich an der Gewinnerwartung (Aktien) orientiert, ohne ausreichend die soziale Verpflichtung von Eigentum einzubeziehen.

Arbeitsgruppe 5: Von der Industriekultur zur Dienstleistungskultur

Die Arbeitsgruppe erkennt die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit als eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit. Dabei ist die Entwicklung weg von einer Industriekultur hin zu einer Dienstleistungskultur ein ebenso zwangsläufiger wie begrüßenswerter und unterstützungswürdiger Prozeß, in den Kirche als – auch – Dienstleistungsbetrieb involviert ist und von ihrem Auftrag her in besonderer Verantwortung steht. Zu dieser Verantwortung gehört es, intern „Dienen“ als Kultur der Kirche zu verstärken und darauf hinzuwirken, auch selbst Dienste unter Bezahlung in Anspruch zu nehmen.

Als kirchlichen Beitrag im Rahmen dieser Verantwortung schlagen wir der Synode vor:

1. Das LKA möge einen Prüfauftrag zur Einrichtung von Ausbildungsplätzen in eigenen Einrichtungen wie auch im Verbund mit anderen Trägern erhalten.
2. Im Wiederbesetzungsfalle von Vakanzen sollte Arbeitslosen der Vorzug gegeben werden.
3. Wir schlagen die Einrichtung einer Arbeitsgruppe mit dem Prüfauftrag „Eruierung und Beschreibung von neuen Arbeitsfeldern im kirchlichen Arbeitsbereich“ vor. In diese Arbeitsgruppe sollten auch externe Fachleute berufen werden. Außerdem wäre es wünschenswert, wenn Teilnehmer unserer Arbeitsgruppe 5 mitarbeiten könnten.

Arbeitsgruppe 6: Kirche als Arbeitsgeberin im gesellschaftlichen Disput

Auch kirchliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben Angst um ihren Arbeitsplatz. Dies kann konkrete Gründe bei bestimmten kirchlichen Anstellungsträgern haben. Im landeskirchlichen Bereich sind keine Kündigungen wegen zurückgehender Finanzmittel ausgesprochen oder geplant, doch wirkt hier der gesamtgesellschaftliche Kontext. Im übrigen zwingen sinkende Kirchensteuereinnahmen, **Zielsetzungen** zu überprüfen (oder zu formulieren) und **Tätigkeitsfelder** zu definieren. Ein **neues Denken** ist gefragt, das nicht mehr geprägt ist von gegenseitigem Mißtrauen und in dem das Postulat des **Teilens** Vorrang vor der Besitzstandswahrung hat. Dies kann nicht nur auf Pfarrerinnen und Pfarrer beschränkt bleiben, sondern muß sämtliche Gruppen unserer Kirche umfassen. Nur dann können wir den **gesellschaftlichen Disput** glaubwürdig führen, um **Solidarität in der Gesellschaft** zu fördern. **Initiativen** wie „Aktion Arbeitslosenabgabe“ sind ein wichtiger Schritt auf diesem Weg und daher zu unterstützen.

Dabei werden einige **generelle Schwierigkeiten** zu überwinden sein:

- In der Kirche gibt es sehr unterschiedliche **Anstellungsträger** mit ihren jeweiligen Rechten und Kompetenzen, außerdem in den unterschiedlichen Mitarbeitererebenen verschiedene **Tarifhoheiten und Dienstrechte**.
- Viele Vorschläge können **nicht in unserer Landeskirche allein** verwirklicht oder diskutiert werden. Sie müssen in übergeordnete Gremien eingebracht werden (z.B. Konföderation, EKD, aber auch Bundespolitik).
- MA-Gruppen brauchen eigene **Interessenvertretungen**, mit denen Vorschläge erörtert werden können.

Folgende **Möglichkeiten** wurden angesprochen:

- **Forum für Innovationsgruppen:** Die Landeskirche ermutigt durch einen Aufruf, Innovationsgruppen (zur Schaffung oder Bewahrung von Arbeitsplätzen) zu bilden. Sie sammelt die Anschriften und gibt den vorhandenen und neuen Gruppen Gelegenheit, sich in einer Broschüre o.ä. darzustellen. So könnte man zu einer **Vernetzung** der Gruppen kommen.
- **Kürzungen im Sachkostenbereich:** Vor Kürzungen im Personalkostenbereich sollte geprüft werden, ob nicht durch Kooperation im Sachkostenbereich Mittel eingespart werden können. Dabei sollte die Kooperation über den eigenen Kirchturm hinaus reichen und auch ein Zusammengehen mit anderen Einrichtungen und Gruppen einbeziehen (z.B. Kirchengemeinde und Diakonisches Werk).
- **Neue Wege ermöglichen und belohnen:** Neues Denken kann nicht durch Gesetze verordnet werden. Wo beispielsweise durch Kooperation Stellen gesichert werden, sollte geprüft werden, ob nicht durch einen Anreiz solche Ideen verstärkt werden können (z.B. Anschubfinanzierung, zusätzliche Zeitannteile o.ä.). Wo eine Gemeinde Personalanteile durch ehrenamtliche Arbeit übernimmt, sollten diese Anteile nicht – wie bisher – einfach gestrichen, sondern ihr für andere Aufgaben übertragen werden.
- **Budgetierung:** Im Rahmen der Überlegungen zur Budgetierung sollte geprüft werden, ob nicht Personal-Zeitanteile (und damit auch Gehaltsanteile) den Anstellungsträgern zur eigenständigen Verteilung überlassen werden können. In einem solchen verbindlichen Ressourcenrahmen könnten Arbeitsplatz-Teilungsmodelle vor Ort konkret angegangen werden. Die derzeitige Pauschalierung im Kindertagesstättenbereich, bei der der Kirchenvorstand über ein Drittel der Mittel frei verfügen kann (auch im Personalbereich), könnte als Beispiel dienen.
- **Arbeitsplatzteilungsmodelle und neues Tarifdenken:** Die in den Thesen der „Aktion Arbeitslosenabgabe“ vorgestellten Vorschläge sind hilfreich (siehe Anlage). Sie müßten allerdings einen deutlich verbindlicheren Charakter bekommen. Von einem anderen Modell aus dem Wolfsburger Raum berichtet Herr Finette. Dort sind sechs Pfarrstellen im Rotationsverfahren auf Teilzeit gegangen (25 Prozent weniger Arbeit und Gehalt), um eine Diakonenstelle zu erhalten. Denkbar wären auch Teilungsmodelle, bei denen ein Teil der Erwerbsarbeit außerhalb der Kirche geleistet wird (z.B. 75 Prozent Krankenpfleger, 25 Prozent Pfarrer).
- **Sozialversicherung ehrenamtlicher Arbeit:** Häufig scheitert die Anstellung Langzeitarbeitsloser an fehlenden Finanzmitteln. Ein wichtiger Schritt könnte aber sein, solchen Menschen die Zeit ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit in der Kirche durch Zahlung von Sozialversicherungs- und/oder Rentenbeiträgen aufzuwerten. Neben einer psychologischen Aufwertung würde auch die soziale Grundversicherung verbessert werden.
- **Zusammenarbeit mit anderen Kirchen und Institutionen:** Über Trägervereine könnten unterschiedlichste Gruppen (z.B. ökumenische Initiativen, Vereine u.a.) Stellen mindestens teilweise finanzieren. Das Landeskirchenamt oder Kirchenverbandsämter könnten neben finanziellen Zuschüssen auch im Bereich der Logistik helfen (z.B. Abwicklung der Gehaltszahlungen, Beachtung arbeits- und sozialrechtlicher Bestimmungen usw.).

Anlage 1

Problemanzeigen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (MA) unterschiedlicher kirchlicher Anstellungsträger (nicht repräsentativ) – vorgestellt vom VKM

- MA fühlen sich durch zurückgehende Finanzen immer mehr unter – auch moralischen – Druck gesetzt, mehr zu leisten, ohne daß sie dafür Anerkennung erfahren; Mehrarbeit ist selbstverständlich.
- Gerade bei der Arbeitgeberin Kirche findet oft eine Vermischung zwischen beruflicher Tätigkeit und Ehrenamt statt.
- Entscheidungen der Arbeitgeber empfinden MA oft als nicht nachvollziehbar. Sie werden als Druck „von oben“ betrachtet, manchmal auch als Willkürmaßnahmen. Mehr Beteiligung an den Entscheidungsprozessen wird an dieser Stelle gewünscht.
- MA haben verstärkt Angst davor, notwendige Fortbildungsmaßnahmen anzunehmen, weil die Arbeitgeber es nicht gern sehen, wenn ihre Arbeitskraft am Arbeitsplatz fehlt.
- MA haben große Sorgen um ihren Arbeitsplatz, da dieser anders als bei PfarrerInnen und KirchenbeamtenInnen nicht sicher ist, auch bei der unbestritten guten (objektiven) Arbeitsplatzsicherheit in der Kirche. Sie haben Angst davor, Opfer von Verdrängung zu werden.
- Gerade für junge MA ist es nicht mehr etwas Besonderes, bei „Kirche“ zu arbeiten. Für sie ist es wichtig, überhaupt eine Beschäftigung zu haben.
- MA vermissen oft ein Interesse der Arbeitgeber am einzelnen Menschen, eine Fürsorgepflicht wird immer seltener wahrgenommen.
- Mehrmals wurde der Wunsch geäußert, mehr junge Menschen und Frauen in Kirchenvorständen und anderen Arbeitgeberfunktionen zu finden.
- MA fühlen sich oft nicht ernst genommen mit ihrem Problemen oder auch Verbesserungsvorschlägen (z.B. über positive Veränderungen).
- Wünschenswert wären gemeinsame Gespräche oder Aktivitäten, eine mangelnde Kommunikation ist festzustellen.
- Die Distanz zwischen MA und Arbeitgebern wird immer größer.
- MA sind durchaus bereit, Opfer auch finanzieller Art zu bringen, wenn sie die Gewißheit hätten, daß dadurch neue Arbeitsplätze geschaffen werden oder zumindest die vorhandenen erhalten bleiben.
- Es besteht in verschiedenen Arbeitsbereichen durchaus die Bereitschaft, Arbeitsplätze zu teilen. Dies wird von den Arbeitgebern mit verschiedenen Begründungen oft abgelehnt.

Anlage 2

Erfahrungen aus der Hannoverschen Landeskirche

Vorgestellt von Hans Finette, Industriefarrer Wolfsburg

1. Kirche ist prinzipiell gesehen eine genauso gute oder genauso schlechte Arbeitgeberin wie andere. Leider scheint Kirche jedoch eher zu den schlechten Arbeitgebern zu gehören. Das belegen
 - a) Kürzungen zunächst auf den unteren Ebenen (Schreibkräfte in Gemeindebüros, Küster- und Hausmeisterstellen, Vergabe von Reinigungsarbeiten an Fremdfirmen etc.)
 - b) Kürzungen bei Arbeitslosen-Initiativen, Jugendwerkstätten etc., Einrichtung von neuen Beschäftigungs-Projekten nahezu unmöglich
 - c) Zunahme von „Mobbing“, weil Rollen der Funktionsträger bei Kirche nicht ausreichend geklärt und abgegrenzt sind.

Wenn man die Beschreibung der Aufgaben von Kirche im „Gemeinsamen Wort“ (für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit) zugrunde legt, dann ist festzustellen, daß Anspruch und konkretes Handeln **nicht** im Einklang sind (s. Abschn. 6, 245).

1. Mein Eindruck ist: Kirche betreibt „Kirchenumbau“ kurzfristig nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten, Kirche wird „verschlankt“ und marktgängig gemacht. Ein kluges, die langfristigen Folgen

bedenkendes Handeln ist nicht in Sicht, der weite Horizont der gesamtgesellschaftlichen Perspektive ist weitgehend ausgeblendet. Es besteht die Gefahr, daß „Volkskirche“ sich selbst den Boden unter den Füßen wegzieht! (Wiederum Belege, die haushaltsrechtliche Lage ist jedoch mit der Braunschweiger Landeskirche nicht immer vergleichbar).

2. Als Folgen zeichnen sich ab: Es werden kaum mehr junge Leute ihren Arbeitsplatz bei der Hannoverschen Landeskirche finden, Kirchenvorstände und Einrichtungen sind vorwiegend auf „Besitzstandswahrung“ bedacht, Risikobereitschaft und der Mut zum Neuen (z.B. Stellenwechsel) nehmen ab, Motivationsverlust bei Mitarbeitern, Verunsicherung und verstärkte Austrittsneigung bei den Kirchenmitgliedern – kurz: Kirche „verkrustet“ in ihren alten Strukturen.
Zu wenig bedacht werden die Fragen:

- a) Was können wir uns als Kirche noch leisten?
- b) Was ist wirklich nötig?
- c) Worauf können und müssen wir aufgrund der künftig weniger vorhandenen Mittel verzichten?

1. Dabei gibt es durchaus alternative Handlungsmodelle, die z.B. durch das „Erprobungsgesetz“ möglich geworden sind:

- a) Beschäftigungsfonds (auf Landeskirchen-, z.T. auch auf Kirchenkreisebene)
- b) Teilzeit-Pfarrstellen in Rotation (Wolfsburg-Fallersleben)
- c) Junior-Senior-Modell
- d) Teilfinanzierung von Pfarrstellen auf Spendenbasis

1. Die Einbrüche beim Finanzaufkommen der Kirchen gehen zum einen auf die demographische Entwicklung und Kirchenaustritte zurück, viel stärker jedoch wirken sich aus der Rückgang bei der Kirchen-Lohnsteuer (2,7 Prozent - als Folge der Arbeitslosenzahlen) und vor allem bei der Kirchen-Einkommensteuer (55 Prozent). Warum nimmt Kirche diese Steuerpolitik scheinbar widerstandslos hin? Warum erheben die Kirchen ihre Stimme nicht stärker für eine ohnehin längst fällige Steuerreform und Steuervereinfachung?

2. Es ist Zeit für ein grundsätzliches Umdenken, z.B. im Sinne einer missionarischen Doppelstrategie mit

- a) **Binnenwirkung:** Erhöhung der Motivation und des Informationsgrades der Mitarbeiter (sie sind das beste Potential der Kirche) und ein gründliches Durchforsten der kirchlichen Strukturen auf Effizienz
- b) **Außenwirkung:** Aus einer defensiven Haltung heraus in die Öffentlichkeit gehen mit Mitteln wie Marktanalyse, Kundenbefragung, von der Komm- zur Geh-Kirche etc. (Anmerkung: Das ist genau der Weg, wie erfolgreiche Wirtschaftsunternehmen ihre Krise überwinden!)

Anlage 3

Kirche als Arbeitgeber

Thesen zum Umgang mit Arbeitslosigkeit innerhalb von Kirche

Enger werdende finanzielle Spielräume bestimmen auch die Diskussion über Stellenplanentwicklung und Gehaltsgefüge im kirchlichen Bereich. Wenn Kirche zum gesellschaftlichen Problem der Arbeitslosigkeit Stellung nehmen will, muß sie sich an ihrem eigenen Verhalten als einer der größten Arbeitgeber im Land messen lassen. Deshalb sollte vor jeder finanz-personal-politischen Entscheidung eine grundsätzliche Leitperspektiven-Diskussion in den kirchlichen Gremien unter Einbeziehung aller Interessenvertretungen stattfinden. Hier sollte es vor allem um die Frage gehen:

Ist es auch in der Kirche angesagt, einen Arbeitsplatzabbau zu betreiben, um eine Grundlage für die restlichen Arbeitsplätze auf einem unverminderten Arbeitsumfang- und Gehaltsniveau zu schaffen? Oder sollte innerhalb der Kirche nicht die vorrangige Perspektive bei der unbedingten Erhaltung oder gar Ausweitung von Arbeitsplätzen liegen?

Eine Erhaltung – wenn nicht gar Ausweitung – der Arbeitsplätze im kirchlichen Bereich ist möglich durch die Einführung von *Arbeitsplatzmodellen*, die sich an anderen Orten bereits bewährt haben. Hierbei steht der Gedanke im Vordergrund, *freiwillig* dazu beizutragen, daß durch das Teilen von Arbeit und Geld Menschen in der Kirche einen neuen Arbeitsplatz finden bzw. zumindest ihr Arbeitsplatz erhalten bleibt.

Konkrete *Arbeitsplatzmodelle*, mit denen zum Teil bereits Erfahrungen gesammelt wurden, sind zum Beispiel

- ***Das Senior-Junior-Modell***

Es betrifft Pfarrerinnen und Pfarrer, die ab dem 60. Lebensjahr 25 Prozent ihres Gehaltes als freiwillige Abgabe zur Finanzierung einer halben Probendienststelle zur Verfügung stellen. Der/die junge Kollege/in zieht bereits in das Pfarrhaus, und die Arbeit wird nach Absprache aufgeteilt. Das spätere Ruhegehalt des/der älteren Kollegen/in wird nicht gekürzt und die dafür notwendigen Kosten (auch für die weitere Finanzierung der Junior-Stelle) werden aus einem Spendenfonds finanziert.

- Auch andere *Stellenteilungsmodelle* (Job-Sharing) sind im kirchlichen Bereich bislang viel zu wenig vorangetrieben worden. Nicht nur PfarrerInnen, sondern auch anderen kirchlichen MitarbeiterInnen sollte die Teilung von Arbeitsplätzen erleichtert werden. Eventuelle Mehrkosten sollten aus einem besonderen Fonds finanziert werden.

- Ein besonderes kirchliches Interesse sollte bei der Einführung von sogenannten *Sabbatjahrmodellen* liegen. Hierbei wird durch den Verzicht auf einen Teil des Gehaltes eine Anwartschaft auf einen längeren Zeitraum bezahlter Nichtarbeitszeit erworben. Es muß dabei jedoch gewährleistet sein, daß im Gegenzug dazu auch neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Neues Tarifdenken

Der Sozialwissenschaftler Peter Grotian hat errechnet, daß im gesamten öffentlichen sowie halb-öffentlichen Dienst 200 000 bis 300 000 *neue Arbeitsplätze* geschaffen werden könnten. Voraussetzung hierfür wäre eine tarifliche Regelung, nach der die oberen Gehaltsgruppen auf 10 Prozent ihres Gehaltes verzichten und dafür 10 Prozent weniger arbeiten. Bei den mittleren Gehaltsgruppen wären dies entsprechend 5 Prozent. Die unteren Gehaltsgruppen erhalten nur einen Inflationsausgleich bei unvermindertem Arbeits- und Gehaltsumfang. Nach einer repräsentativen Umfrage würde diese Regelung auf eine breite Zustimmung bei den betroffenen Arbeitnehmern stoßen. Mit dieser Regelung könnten in der Kirche eine nicht unbeträchtliche Anzahl von neuen Arbeitsplätzen geschaffen und die vorhandenen Arbeitsplätze gesichert werden.

Wir erwarten von den Leitungsgremien der Braunschweiger Landeskirche mehr Flexibilität im Hinblick auf das Andenken und Umsetzen solcher Arbeitsplatzteilungsmodelle.

Wir erwarten zumindest in der Kirche ein Andenken „neuer Tarifmodelle“, die Arbeitsplätze schaffen bzw. erhalten.

Wir erwarten eine Debatte über kurz- und langfristige personalpolitische Leitperspektiven.

Wir bitten die Landessynode, einen Fonds einzurichten, der Gemeinden oder Initiativen vor Ort ermöglicht, für besondere Projekte mit Arbeitslosen eine Anschubfinanzierung zu bekommen.

AKTION ARBEITSLOSEN-ABGABE

AAA e.V. Poststr. 4 38162 Cremlingen

1. Vors.: Christian Teichmann
Tel. 05306/970216
2. Vors.: Elisabeth Schöning
Tel. 0531/845598

Protokoll der Vorstandssitzung vom 10.9.98

Anwesend: C. Teichmann, R. Jordens-Höke, C. Kuhlmann, L. Camerer, E. Binder,
N. Lorenz, E. Schöning, P. Keil-Fischer
als Gast : Uwe Salzmann vom KDA Braunschweig

1. Die Anträge von „Neuer Armut“ und KDA in Halberstadt werden zurückgestellt und in der nächsten Vorstandssitzung besprochen.
2. Uwe Salzmann vom KDA Braunschweig

Dieses Treffen von KDA und AAA soll dazu genutzt werden, inhaltliche Fragen weitgehend zu klären und sich mit den Möglichkeiten der intensiveren Zusammenarbeit auseinanderzusetzen..

Im Gespräch wird deutlich, daß die Ansätze zwar verschieden, die Ziele aber die gleichen sind, und daß es sowohl vom KDA als auch von der AAA als sehr sinnvoll angesehen wird, über die Möglichkeiten einer effektiven Zusammenarbeit zu sprechen.

Der KDA sieht es als vorrangig an, andere Rahmenbedingungen in der Gesellschaft zu schaffen, die das Problem der Arbeitslosigkeit überflüssig machen würden.

Voraussetzungen dafür wären z.B., die Schärfung des Bewußtseins und eine Auseinandersetzung inhaltlicher und politischer Ansätze.

Die Frage, die für die AAA im Vordergrund steht ist,

◆ wie ist es möglich Kräfte zu bündeln mit den Strukturen des KDA's –

Uwe Salzmann brachte seine Idee, nämlich beide Theoriefelder (v. KDA u. AAA) zu einem Projekt zusammenzubringen und dadurch etwas gemeinsam zu entwickeln, zum Ausdruck. Die Chance, eine solche Idee zu realisieren, wären fundierte Anträge bei der Märzsynode. Bei der Frage des Selbstverständnisses des KDA, erläuterte Uwe Salzmann die Arbeitsteilung des KDA, insbesondere zum Thema Arbeitslosigkeit.

Die Arbeit des KDA habe sich in den letzten Jahren zunehmend verlagert, es gebe immer weniger Industrie. Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit, beschäftige sich der KDA sowohl in der Theorie als auch in der Praxis z.B. in Form von Initiativgruppen, immer intensiver mit dieser Problematik.

Es stellt sich die Frage, wie gehen wir es gemeinsam an, Arbeitslosigkeit zu verringern oder gar zum Verschwinden zu bringen.

Das Problem der Arbeitslosigkeit könne nur bei der Arbeit vor Ort mit politischer Auseinandersetzung angegangen werden.

Grundlegend gehe es für die AAA um die Frage, wie wir das Problem Arbeitslosigkeit in der Kirche managen und damit umgehen, was auf uns zukomme.

Eine Möglichkeit wäre aus der Sicht von Uwe Salzmann eine öffentliche Positionsabgabe der Synode zum Problem Arbeitslosigkeit zu fordern, aber nicht nur in Form eines Papiers, sondern mit inhaltlichem Background.

Die AAA stellt daraufhin aus ihrem Blickwinkel nocheinmal die wichtigsten Fragen zu diesem Thema zusammen.

1. Wie geht Kirche in den eigenen Reihen mit Arbeitslosigkeit um ?
2. Wie steht der KDA dazu ?
3. Wie können wir Bündnispartner werden ?
4. Wo kann Kirche Modellcharakter haben (z.B. wie VW Modell ist) ?
5. Wie verändern wir Arbeitsstrukturen, damit eine weitreichende Gerechtigkeit stattfinden kann ? - welche Strukturen gehen wir gemeinsam an z.B. Tarifverträge -

Damit hohe Mitbestimmungsmöglichkeiten (Beispiel VW) gegeben wären, müßten die Rahmenbedingungen verändert werden.

Von beiden Seiten wird es als sinnvoll und notwendig erachtet, sich in der nächsten Zeit, zusammen mit Pfarrerausschuß, MA - Vertretung u. a. an einen „runden Tisch“ zu setzen. Dabei sollte über das „Massow-Papier“ diskutiert und die Möglichkeiten der Umsetzbarkeit in unserer Landeskirche kommentiert werden.

Zusätzlich sollte berücksichtigt werden, was von den AG's der Synode noch offen und welche Ergänzungen noch sinnvoll wären.

Für das Treffen am „runden Tisch“ wurde der 10.11.98 um 10 Uhr 30 in der Petri-Gemeinde festgelegt.

Die nächste Vorstandssitzung findet am 18.9.98 um 15 Uhr 30 bei Frau Keil-Fischer in der Rankestr. 21 statt.

Protokoll :

P. Keil-Fischer

Aktion Arbeitslosen-Abgabe e.V.
in Braunschweig
PGA Hannover (BLZ 25010030) Kto-Nr.: 4938 77-307

AKTION ARBEITSLOKEN-ABGABE

AAA e.V. Poststr. 4 38162 Cremlingen

1. Vors.: Christian Teichmann
Tel. 05306/970216
2. Vors. Elisabeth Schöning
Tel. 0531/845598

Protokoll der Vorstandssitzung vom 18.9.98

Anwesend: E.Schöning, N.Lorenz, R.Jordens-Höke, C.Kuhlmann, P.Keil-Fischer

1. Anträge:

a)

Der kirchliche Dienst in der Arbeitswelt Halberstadt beantragt einen Zuschuß von 4.638 DM. Mit der Förderung soll eine Arbeitslosengruppe in Blankenburg aufgebaut werden. Vom Arbeitsamt Halberstadt wurde eine ABM-Stelle für eine Erzieherin für ein halbes Jahr bewilligt.

Die AAA stimmt dem Antrag unter der Bedingung zu, daß das Projekt ein halbes Jahr in einen kirchlichen Kontext eingebunden und mit der Perspektive der Weiterführung.

b)

Die Selbsthilfe „Neue Armut“ beantragt einen Zuschuß von 4000 DM. Dem Antrag wird stattgegeben.

c)

Herr Barsnick aus der Gemeinde Athenstedt beantragt eine finanzielle Förderung v. 2880 DM für zwei Schreibkräfte für 1998.

Aufgrund der schon seit zwei Jahren geförderten Maßnahme, wird die Fördersumme auf die Hälfte von 1440 DM reduziert und so genehmigt.

2. Protokoll der MV vom 30.6.98 und Protokoll der Vorstandssitzung v. 10.9.98 :

Auf der nächsten MV muß im Protokoll das Wort „Kassenführer“ gegen „Kassenprüfer“ korrigiert werden.

Da noch andere Korrekturen im Protokoll notwendig sind, wird es neu geschrieben.

Im Protokoll v. 10.9.98 lautet der Satz: Im Gespräch wird deutlich „(laut U.Salzmann), daß die Ansätze zwar verschieden-eingefügt wurde „laut U.Salzmann“.

3. „runder Tisch“ :

Inhaltlich stellen sich für das Treffen am runden Tisch folgende Fragen:

- was wollen KDA
Pfarrerausschuß
Mitarbeitervertretung
AAA
und wo soll es eigentlich hingehen ?
- wie sind die Positionen des einzelnen ?
- wie erschließen wir neue Geldquellen ?
- was passiert in der Landeskirche und was können wir anregen ?

Es gibt im Bereich der Kirche genug anstehende Arbeit - wie können wir diese Arbeit strukturieren und wie gelingt es noch mehr Menschen in Arbeit zu bringen ?

Die AAA sieht ihre Aufgabe nicht als Lobbyvertretung für Pastoren und Pastorinnen.

Weitere wichtige Fragen, mit denen sich die AAA auseinandersetzen muß sind:

- wer unterstützt uns und wer unterstützt uns nicht ? - und wie gehen wir damit um?
- Für den Märzbeschuß der Synode soll als Vorlage „das Grottrian-Papier“ miteinbezogen werden. Für das ins Gespräch kommen am „runden Tisch“, ergeht eine Einladung zum 10.11.98 siehe Anlage (Verteiler).

Die AAA hält es für erforderlich, Ilisabe Schwarz vom KDA in Braunschweig mehr miteinzubinden und zu Gesprächen (Vorstandssitzung) einzuladen.

4. Ökumenisches Forum:

Am 25.bis 26.9.98 findet ein Ökumenisches Forum mit den Themen „Gerechtigkeit, Frieden

und Bewahrung der Schöpfung „ in Goslar statt.
Cornelia Kuhlmann wird an der Veranstaltung teilnehmen.

5. Veranstaltung zur März-Synode :

Zur März-Synode findet ein Ausschuß der Ök^u *f. Mission u. Diakonie* am **9.11.98 um 16 Uhr** in St. Ulrici statt. Zu diesem Termin wurde Herr Brandt vom Arbeitsamt eingeladen. Ekehart Binder und Nikolaus Lorenz haben zugesagt, daran teilzunehmen.

6. Einladung der AAA Hannover :

Eine Einladung von der Aktion-Arbeitslosen-Abgabe e.V. zu einem Treffen müssen wir leider absagen, da der Termin 29.9.98 zu kurzfristig ist. Elisabeth Schöning wird sich mit der AAA Hannover in Verbindung setzen, um einen späteren Termin zu vereinbaren. Dieses Treffen soll außerdem inhaltlich gut vorbereitet werden.

Die nächste Vorstandssitzung findet am **Montag, den 12.10.98 um 9 Uhr** bei Cornelia Kuhlmann, Wabestr. 8a statt.

Protokoll:

P. Heil - Fischer

Aktion Arbeitslosen-Abgabe e.V.
in Braunschweig
PGA Hannover (BLZ 25010030) Kto-Nr.: 4938 77- 307

Spenden an die AAA sind steuerlich absetzbar

AKTION ARBEITSLOSEN-ABGABE

AAA e.V. Poststr. 4 38162 Cremlingen

1. Vors.: Christian Teichmann
Tel. 05306/970216
2. Vors. Elisabeth Schöning
Tel. 0531/845598

Protokoll der Vorstandssitzung vom 12.10.98

Anwesend: R.Jordens-Höke, C.Kuhlmann, N. Lorenz, L. Camerer, P. Keil-Fischer.

1. Änderung z. Protokoll v. 18.9.98 :
Es muß heißen - „eine Auseinandersetzung „-mit-
2. Rückmeldung von Frau Schwarz (KDA-BS) z. Projekt Halberstadt (s. Protk. v 18.9.98) :
Das Projekt wird gemeinsam mit dem Frauenzentrum Blankenburg konzipiert.
Da eine Einbindung in den kirchlichen Kontext vorgesehen ist, sollte es unterstützt werden. Bislang gibt es aber von Seiten des Arbeitsamtes noch keine Zusage für die ABM-Stelle. Frau Schwarz wird sich bei der AAA melden, sobald die Genehmigung vorliegt.
3. Überweisung von Projektgeldern :
Die Gelder für die Projekte „Neue Armut“ und Athenstedt wurden überwiesen.
4. Eindrücke vom „Ökumenischen Forum“ :
Bei der Veranstaltung am 25.-26.9.98 hatte ein Kreis von Interessierten teilgenommen, der sich auch früher schon beteiligte.
Das Hauptreferat hielt Otto Lange vom KDA-Hannover über „das Sozialpapier der Kirchen. Initiativen wurden nicht erwähnt, es war eher ein „Rundumschlag über die Sozialpolitik“. Es wurde über die Frage diskutiert, wie es mit der Arbeit des Arbeitskreises „Konziliarer Prozeß“ weitergehen soll.
Landesbischof Krause sprach über die Erhaltung der Arbeit.
Es wurden Arbeitsgruppen z.B. zu den Themen wie „Gewalt in der Schule, Gewalt bei Frauen, Dritte-Weltverschuldung“ gebildet. Es waren aber zu wenig TeilnehmerInnen um alle Arbeitsgruppen zu füllen.
5. Ausschuß der Ökumene für Mission und Diakonie :
Dieser Synodalausschuß erarbeitet eine Vorlage für die Synode im März, in dem die verschiedenen Ausschüsse (z.B. Finanzausschuß, Gemeindeausschuß, Rechtsausschuß) zusammenkommen.
Aus der Vorlage der Arbeitsgruppe 6, müssen noch konkrete Punkte herausgesucht werden, um sie für einen Beschluß in den Ökum. Ausschuß für Diakonie und Mission einzubringen.
 1. **Formulieren von Leitperspektiven**
 - wie sieht kirchenleitendes Handeln aus ?
(z.B. sich bei Steuersenkungen ins Gespräch zu bringen und aktiv zu beteiligen)

Eine Aufgabe für den „runden Tisch“ wäre es, sich an die Fragen der Leitperspektiven zu wagen und z.B. ein Thesenpapier zu erstellen. (Fernziel)
Eine konkrete Forderung an den Ausschuß wäre es, daß er sich mit einem Finanzierungskonzept („Grottian-Papier“) auseinandersetzt.
 2. **Gründung eines Beschäftigungsfonds im Sinne einer Stiftung**
Der Vorteil einer Stiftung wäre, daß jede Personengruppe (z.B. Initiativen) unterstützt werden könnte.
 3. **Einbringen von Sichtweisen der Initiativen**
 - welche Initiativen gibt es ?
 - wo brauchen sie Unterstützung ?
 - wo können sie in die Kirche eingebunden werden ?

Fragen zur nächsten Vorstandssitzung am **5.11.98 bei c. Kuhlmann, Wabestr.8a um 9Uhr 15** :
Wie schätzen wir die Situation unserer Landeskirche ein und was können wir anregen ?

Protokoll: P. Keil-Fischer

AKTION ARBEITSLOSEN-ABGABE

AAA e.V. Poststr. 4 38162 Cremlingen

1. Vors.: Christian Teichmann
Tel. 05306/970216
2. Vors. Elisabeth Schöning
Tel. 0531/845598

Protokoll der Vorstandssitzung vom 5.11.98

Anwesend : L. Camerer, R. Jordens-Höke, C. Kuhlmann, E. Schöning, N. Lorenz,
P. Keil-Fischer

1. Diskussion über „ was soll Gegenstand der Gespräche für den „runden Tisch“ sein :

1. Findungsprozeß
2. konkrete Verabredungen für einen Findungsprozeß mit bestimmten Themen
3. Unterstützung für die Gründung einer Stiftung
4. Aufnahmen von Leitperspektiven („Massow-Papier, „Grottian-Papier“)

- Was gibt es für unterschiedliche Interessen?
- Was gibt es zur „Gesundschumpfung“ für Alternativen ?
- Welche anderen Finanzierungsmöglichkeiten kann und muß Kirche in Zukunft suchen ?
- Wie kann Kirche zukünftig ihre Finanzierung auf sichere und tragfähige Beine stellen ?
- Wie können Gemeindehäuser- und - räume effektiver genutzt werden ?
- Wie will sich Kirche zukünftig darstellen und für wen will sie sich öffnen ?
- Wie will Kirche „Kirchenfremde“ in die Kirche bekommen ?
- Für wen will sich Kirche attraktiv darstellen ?

Es ist ein „buntes Bild „gefordert, in das z.B. Initiativen miteinbezogen werden sollten.
Der gemeinsamverbindende Faktor sind die MitarbeiterInnen der Kirche.

Wie reagieren und was befürchten die anderen, wenn die AAA bestimmte Forderungen stellt ? (z.B. sich mit inhaltlichen Fragen des zukünftigen Kirchenbildes auseinandersetzen)

Fazit für den „runden Tisch „ :

1. Konkrete Verabredungen sowohl terminlich als auch inhaltlich für weitere Treffen
2. Offene Diskussion über die Gründung einer Stiftung (z.B. zur finanz. Unterstützung v. Initiativen)
3. Gespräch über alternative Finanzierungsmöglichkeiten anhand des „Massow-Papiers“ (z.B. Seniorenbesteuerung, Ausnutzung v. Gemeindehäusern und - räumen)
Gespräch über Umverteilung und Finanzierungsmöglichkeiten zum Erhalt von Arbeit anhand des „Grottian-Papiers“)
4. Aus den Punkten 3 und 4 sollte sich eine Diskussion über Leitperspektiven ergeben (z.B. Fragen über das zukünftige Bild der Kirche)

Ziel : Das „Grottian-Papier“ für den Bereich der Landeskirche umzusetzen (wird z. Teil von der Landeskirche schon verdeckt umgesetzt)
Transparenz der Gehälter für alle MitarbeiterInnen der Landeskirche (wo wird das eingesparte Geld eingesetzt ?)

2. ABM - Stelle in Blankenburg :

Das Arbeitsamt Halberstadt hat eine ABM - Stelle für Blankenburg zu 100% für ein halbes Jahr genehmigt. Zur Zeit ist keine finanzielle Unterstützung von Seiten der AAA notwendig.

3. Laut Haushaltsbeschluß vom 30.6.98 (MV) erhält Aktion Brückenbau für eine zusätzliche Stundenaufstockung 20.000 DM.

Protokoll : P. Keil-Fischer

Aktion Arbeitslosen-Abgabe e.V.
in BraunschweigPGA Hannover (BLZ 25010030) Kto-Nr.: 4938 77- 307

Spenden an die AAA sind steuerlich absetzbar

AKTION ARBEITSLSEN-ABGABE

AAA e.V. Poststr. 4 38162 Cremlingen

1. Vors.: Christian Teichmann
Tel. 05306/970216
2. Vors. Elisabeth Schöning
Tel. 0531/845598

Ergänzung zum Protokoll v. 1.12.98

Vorstand

1. Antrag von ZEPRA :

ZEPRA beantragt 3000 DM Honorarkosten für die Jahrestagung „Ausgrenzung und soziale Bewegung „ vom 25.1. bis 27.1.99

Dem Antrag wird stattgegeben, ZEPRA sollte sich aber zukünftig andere Geldquellen suchen, da die Fördermittel der AAA für Initiativen bestimmt sind.

2. Antrag von Herrn Barsnick - Aspenstedt :

Herr Barsnick beantragt 3180 DM Förderung für eine befristete Maßnahme für einen arbeitslosen Jugendlichen von Sept. 98 bis Mai 99 .

Es werden 2000 DM unter der Voraussetzung genehmigt daß ein offizieller Nachweis vorgelegt werden kann, eine Klärung mit dem Arbeitsamt erfolgt ist und eine Klärung zusätzlicher Pauschalversteuerungskosten erfolgt.

Termine :

Die Spendenbescheinigungen sollen bis zum 15.1. 99 mit einem kurzen Brief an die Mitglieder geschrieben werden.

Bis Ende Januar 99 soll der Kassenabschluß erfolgen.

Protokoll :

P. Keil-Fischer



**Aktion
Arbeitslosen
Abgabe**
In Braunschweig

Protokolle und Materialien 1999

Rundschreiben an Pfarrerinnen und Pfarrer

**Vortrag von Prof. Peter Grottian, Berlin,
zum Thema:
Durch solidarische Arbeitsumverteilung
neue Arbeitsplätze schaffen und bestehende
Arbeitsplätze sichern.
Ein Modell für unsere Kirche?**

**Mittwoch, 06.10.99 um 18:00 Uhr,
Gemeindehaus St. Magni, Adolfstraße 36,
Braunschweig**

AAA

Protokoll der Vorstandssitzung am 11. 5. 99

Anwesend: Binder, Camerer, Jordens-Höke, Kuhlmann, Lorenz, Schöning, Teichmann

TOP 1: Einstellung von Frau Allisat

Frau Allisat soll voraussichtlich zum 1. 6. 99 eingestellt werden. Für sie soll eine genaue Stellenbeschreibung angefertigt werden, die auch Einzelheiten ihrer Tätigkeit, z. B. monatliche Abrechnung, enthalten soll, dazu ein Arbeitsvertrag, der u. a. die Vereinbarung einer Probezeit enthalten soll. Um Frau Allisat die Arbeit zu erleichtern, hat Frau Schöning die Akten übersichtlich nach Bereichen gegliedert. Herr Teichmann hat außerdem mit Herrn Wrede vereinbart, daß dieser ein EDV-Programm für die Buchhaltung der AAA erstellt und Frau Allisat in dieses Programm einführt.

Da Frau Allisat ab 1. 9. 99 voraussichtlich 6 Stunden wöchentlich als Sekretärin für das Pfarramt der St. Magni-Gemeinde arbeiten wird, soll ab 1. 9. für sie möglichst eine Vereinbarung über eine gemeinsame Anstellung erreicht werden. Zunächst wird sie von der AAA mit einer geringfügigen Beschäftigung eingestellt.

TOP 2: Runder Tisch

Ein Treffen des Runden Tisches soll am 23. 6. 99, 9Uhr, in der Petri-Gemeinde stattfinden. Dazu soll die Diakonin Frau Viedt, die jetzt Beauftragte für Diakoninnen und Diakone in der Landeskirche ist, eingeladen werden. Es soll das Grotlian-Papier diskutiert werden.

TOP 3: Synode

Herr Jordens-Höke berichtet über eine Beschlußvorlage des ÖMiDi-Ausschusses für die Synode am 29. 5. zuder die AAA eingeladen ist (s. Anlage).

TOP 4: Pfarrer-Ausschuß

Herr Lorenz berichtet von einer Sitzung des Pfarrer-Ausschusses, auf der einige für die AAA wichtige Punkte diskutiert wurden .

Für die neu eingestellten Pfarrer sind vom LKA neue Arbeitsverhältnisse begründet worden, die es bisher nicht gab, ohne daß die rechtlichen Konsequenzen geklärt wurden oder die Öffentlichkeit informiert wurde. Es werden z. B. Pfarrer im Angestelltenverhältnis mit 50 % auf Stellen eingesetzt, die bisher 100 % Stellen waren. Der Pfarrer-Ausschuß drängt darauf, die rechtlichen Verhältnisse zu klären. Sollte die AAA hier auch tätig werden? In der Überlegung ist auch eine neue Bewertung der einzelnen Pfarrstellen.

TOP5: Mitgliederversammlung

Man einigt sich auf 5 Personen, die gefragt werden sollen, ob sie im Vorstand der AAA mitarbeiten wollen. Sie sollen zu einer Vorstandssitzung eingeladen werden, um sich zu informieren. Wer die Stelle des stellvertretenden Vorsitzenden übernehmen soll, soll auf der nächsten Vorstandssitzung entschieden werden. Die Unterschriftsbefugnis für die Bankkonten muß nicht mit dem Posten des 1. oder 2. Vorsitzenden gekoppelt sein.

*Die nächste Vorstandssitzung: Die 22. 6. um 10³⁰ Uhr
Rosenstr. 7 bei Frau Camerer
Günter Camerer*

Aktion Arbeitslosenabgabe

Protokoll der Vorstandssitzung am 22. 6. 99

Anwesend: Camerer, Jordens-Höke, Kuhlmann, Lorenz, Schöning

TOP 1: Themen für den "Runden Tisch" am 23. 6. 99

Es sollen die Beschlüsse der Synode vom 29. 5. 99 diskutiert werden. Weiter könnte über das Grottian-Papier gesprochen werden. Herr Jordens-Höke schlägt vor, Prof. Grottian direkt zu fragen, ob er für die Braunschweigische Landeskirche eine Untersuchung veranlassen könnte, wie er sie für verschiedene Städte gemacht habe und welche Kosten dafür entstehen würden. Der "Runde Tisch" sollte die Anfrage möglichst unterstützen, damit sie mehr Gewicht erhält.

TOP 2: Bericht von der Synode am 29. 5. 99

Der Aufruf wurde von der Synode gebilligt, ebenso die Broschüre zum Thema Arbeitslosigkeit und die Prüfaufträge. Abgelehnt wurde der zu schaffende Fonds für Erwerbslosenprojekte. Es wurde die Frage gestellt, ob der Fonds im Moment überhaupt sinnvoll ist (vgl. TOP 5).

TOP 3: Vorstandswahl und Mitgliederversammlung

Hier sind noch weitere Anfragen nötig.

TOP 4: Besetzung der Stelle eines Mitarbeiters/in der AAA

Frau Allisat hat mitgeteilt, daß sie für die Stelle nicht mehr zur Verfügung steht, da sie nun doch mit 14 Wochenstunden als Sekretärin der St. Magni-Gemeinde angestellt wird. Frau Kuhlmann erbieta sich, 2 ihr bekannte Frauen - die eine ist Sekretärin der St. Petri-Gemeinde - zu fragen, ob sie Interesse an der Stelle hätten. Herr Binder hatte telefonisch vorgeschlagen, die mit einer halben Stelle neu angestellten Pfarrer/innen zu fragen, ob sie Interesse an einer solchen Stelle hätten. Dieser Personenkreis soll zu einer Sitzung der AAA eingeladen werden, damit sie sich über deren Arbeit informieren können.

TOP 5: Vermögenssituation der AAA

Nach Auskunft von Frau Schöning beträgt das Vermögen zur Zeit ca. 98 000 DM. Wird das Geld nicht zum größeren Teil bald ausgegeben, riskiert die AAA, die Anerkennung als gemeinnützig zu verlieren. Neue Anträge liegen aber nicht vor. Das Problem ist, daß neue Projekte heute kaum mehr realisiert werden, da die Mittel der Öffentlichen Hand dafür zu gering sind. Frau Kuhlmann berichtet, daß Aktion Brückenbau eventuell ein neues Projekt startet, für das die Stundenzahl der Mitarbeiterinnen erhöht werden müßte, was die AAA finanzieren könnte. Die Verwirklichung des Projektes ist aber noch ungewiß. Man beschließt, verschiedene Initiativen anzusprechen und ihnen finanzielle Unterstützung für Personal anzubieten (Frau Schöning: Nachbarschaftsladen, Drachenflug, Her Jordens-Höke: Refugium).

Nächste Vorstandssitzung : 6. 7. 99 10Uhr 30 bei Camerer, BS, Rosenstr. 7

Wolfgang Camerer

**Aktion
Arbeitslosen-Abgabe e.V.**

Poststraße 4
38162 Cremlingen
Telefon 0 53 06 / 22 07

Protokoll der Vorstandssitzung am 6. 7. 99

Anwesend: Binder, Camerer, Kuhlmann, Lorenz, Schöning, Teichmann

TOP 1: Zeugnis für Frau Keil-Fischer

Das Zeugnis wird in der vorliegenden Form gebilligt und wird so abgeschickt werden.

TOP 2: Finanzsituation - Projekte

Frau Schöning hat bei "Drachenflug" angefragt, ob ein Zuschuß der AAA für ein Projekt gebraucht wird. Als Antwort kam der Vorschlag, mehrere Arbeitslose mit kleineren Aufgaben bei "Drachenflug" zu betrauen und dafür ein Honorar zu zahlen. Das würde allerdings für die Betroffenen nur ein Zubrot und keine Zukunftsperspektive bedeuten. "Drachenflug" soll daher von Frau Schöning noch einmal gefragt werden, ob dort eine Stelle eingerichtet werden kann, wenn die AAA für nächstes Jahr einen Zuschuß garantiert. Eine solche Zusage der AAA würde das Finanzamt bei einer eventuellen Überprüfung der AAA zufrieden stellen. Das Arbeitsamt Braunschweig wird nächstes Jahr nur noch 50 % Zuschüsse für ABM-Stellen geben können.

Herr Binder will die "Diakonischen Beratungsdienste" Goslar ansprechen, ob dort Bedarf für einen Zuschuß der AAA ist, ebenso sich in Blankenburg erkundigen.

Frau Kuhlmann hat eventuell auch noch eine Anfrage.

Die Leiterin des Nachbarschaftsladens, die Frau Schöning auch angesprochen hatte, war erfreut über die Aussicht, einen Zuschuß der AAA zu erhalten, da ihre Stelle nicht gesichert ist. Ein Antrag von dort wird wohl zu einer der nächsten Sitzungen vorliegen. - Die Anfrage an "Refugium" ist bisher noch nicht an die richtige Stelle gelangt.

In diesem Zusammenhang wird auch noch einmal über eine Einladung an alle derzeit teilzeibeschäftigten Pfarrer/innen zu einer AAA-Sitzung gesprochen. Die AAA will sich erkundigen, was sie für diesen Personenkreis tun kann. Eventuell könnte jemand

aus diesem Kreis ein Projekt für die AAA durchführen. Herr Binder wird alle Betroffenen anschreiben und zu einem Treffen am 7. 9., 20 Uhr, im Gemeindehaus der Bugenhagen-Gemeinde einladen.

TOP 3: Mitarbeiter/in für die AAA

Die Sekretärin der St. Petri-Gemeinde, Frau Rabe, die Frau Kuhlmann angesprochen hat, könnte sich vorstellen, für die AAA zu arbeiten. Diese Lösung wird allgemein begrüßt. Einige Vorstandsmitglieder wollen, wenn möglich, am 15. 7. ein Gespräch mit ihr führen.

TOP 4: Mitgliederversammlung und Vorstandswahl

Frau Ermerling hat zugesagt, für den Vorstand der AAA zu kandidieren. Das wird allgemein begrüßt, zumal da sie viele Kontakte innerhalb der Landeskirche hat. Frau Viedt soll als Vertreterin der Diakone/innen zu den Vorstandssitzungen der AAA eingeladen werden. Andere in Aussicht genommene Kandidaten konnten noch nicht angesprochen werden. Die Mitgliederversammlung soll am 6. 10. 99 stattfinden. Frau Kuhlmann schlägt vor, Prof. Grottian, den sie noch nicht erreicht hat, dazu einzuladen. Dem wird zugestimmt.

Nächste Vorstandssitzung am 28. 7., 9Uhr, bei Frau Schöning

L. Camerer

Aktion
Arbeitslosen-Abgabe e.V.

Poststraße 4
38162 Cremlingen
Telefon 0 53 06 / 22 07

Protokoll der Vorstandssitzung am 28. 7. 99

Anwesend: Binder, Camerer, Kuhlmann, Schöning, Teichmann

TOP 1: Brief an die derzeit teilzeitbeschäftigten Pfarrer/innen. Der Text des Briefs, den Herr Binder verfaßt hat, wird einstimmig gebilligt.

TOP 2: Mitgliederversammlung

Frau Kuhlmann hat Prof. Grottian telefonisch erreicht. Er ist grundsätzlich interessiert, zu kommen, sieht aber Unterschiede zwischen Öffentlichem Dienst und Landeskirche, z. B. darin daß es in der Landeskirche weniger gut dotierte Stellen gibt als im Öffentlichen Dienst.. Er weist darauf hin, daß die Evangelische Akademie in Mülheim für die Rheinische Landeskirche ein ähnliches Modell erarbeitet. Frau Kuhlmann erbittet von dort Material dazu. Auch die EKD in Hannover beschäftigt sich nach seiner Aussage mit einem solchen Modell. Darüber soll über Herrn Steen Material erbeten werden. Dieses Material wird den Vorstandsmitgliedern zugeschickt und muß vor der Mitgliederversammlung noch durchgearbeitet werden. Thema des Vortrags von Prof. Grottian soll sein: "Durch solidarische Arbeitsumverteilung neue Arbeitsplätze schaffen und bestehende Arbeitsplätze sichern. Ein Modell für unsere Kirche?"

Durch Telefongespräche wird geklärt, daß Prof. Grottian zur Mitgliederversammlung am 6. 10. kommen kann, allerdings nur bei Beginn um 18 Uhr, und daß die Mitgliederversammlung zu dieser Zeit im Gemeindehaus von St. Magni, Adolfstraße, stattfinden könnte. Zur Mitgliederversammlung sollen 2 verschiedene Einladungen verschickt werden. Eine für Mitglieder, die gebeten werden sollen, auf jeden Fall noch zur Erledigung der Regularien (Haushalt, Vorstandswahl) nach dem Vortrag zu bleiben, da die AAA die Legitimation der Mitglieder für ihre weitere Arbeit dringend braucht. Eine Einladung für Nichtmitglieder soll für den Vortrag Grottian erfolgen. Ob auch Vertreter des LKA, z. B. Frau Müller, dazu eingeladen werden sollen, soll der "Runde Tisch" bei seiner nächsten Sitzung entscheiden. Bei der Vorstandswahl kandidieren alle bisherigen Mitglieder außer Frau Schöning. Statt Frau Schöning wird Frau Ermerling kandidieren.

TOP 4: Anträge

1.) Hubeta will eine Stelle für eine Mitarbeiterin schaffen, die zur Zeit über das HzA-Programm angestellt ist. Zunächst wird für das nächste Jahr ein Zuschuß von 8000 DM benötigt. Der Antrag wird genehmigt.

2.) Dem Nachbarschaftsladen fehlen für dieses Jahr noch 7600 DM, um die Stelle der Leiterin zu finanzieren. Frau Schöning kennt die Verhältnisse dort und befürwortet den Antrag. Er wird genehmigt.

3.) Eine Wohnberatung für Senioren beantragt einen Zuschuß für Öffentlichkeitsarbeit. Hier müssen die Hintergründe noch geklärt werden.

4.) In Salzgitter-Bad (Antrag von Herrn Binder) sind für die Arbeit mit Aussiedlern für eine Stelle 15000 DM für dieses Jahr nötig, da es sich um eine Vorfinanzierung handelt. Das Arbeitsamt wird dann nächstes Jahr zu 75% fördern. Für eine zweite

Person wären noch einmal 5000 DM nötig, sodaß für dieses Jahr 20000 DM für die AAA aufzubringen wären. Ein schriftlicher Antrag aus Salzgitter kommt noch. Der Antrag wird genehmigt.

5.) Für das Jugendzentrum in Blankenburg soll eine Diakonstelle geschaffen werden, zunächst befristet für 4 Jahre. Für 4 Jahre soll die AAA jeweils 10000 DM zuschießen. Da Herr Binder und Frau Schöning die Verhältnisse dort kennen und den Antrag befürworten, wird er genehmigt.

L. Cammer

Gespräch Gemeindehaus Buefling mit
Probendienst-Pfarrerinnen und Pfarrer
am 07.09.99

Bewertungskarte

Christa Feldman

Edelhard Biele

L. Wolan, Lorenz

Dr. Kurt ^a Praesler, Am Atzumer Busch 51 38302 WF

Ulrich Lisch, Hauptstr. 1, 38173 Delfam

Lennart Knute, Werkstr. 18, 38229 Salzgitter

Ellen Martens, Gyraksring 8, 38118 BS

Dr. Susanne Overzarek, Adolfstr. 36, 38102 BS

Elisabeth Schünning

Thomas Weübke, Thüringer Str. 239, 37534 Badem hausen

Commer

Aktion
Arbeitslosen-Abgabe e.V.
Poststraße 4
38162 Cremlingen
Telefon 0 53 06 / 22 07

Gespräch des Vorstands der AAA mit Pfarrern und Pfarrerinnen im Probedienst, denen halbe oder 3/4 Stellen zugewiesen wurden, am 7. 9. 99

Die Pfarrer/innen äußerten sich unterschiedlich über ihre Situation. Da in einem Kurs von allen Teilnehmern erklärt wurde, man werde mit Teilzeitstellen zufrieden sein, wenn dafür alle eingestellt würden, waren diese Pfarrer/innen zufrieden, daß sie ihr Ziel erreicht hatten. In einem anderen Kurs war das nicht der Fall. Wer unfreiwillig eine halbe Stelle übernommen hat, obwohl er gern seine ganze Arbeitskraft dem Beruf zur Verfügung stellen möchte, ist nicht zufrieden.

Allgemein wurde die Willkür bei der Vergabe der Stellen kritisiert. Z. B. wurden Pfarrern mit 75 % Stellen Pfarrämter zugewiesen, die unterschiedliche Punktbewertungen haben. Für Pfarrer und Gemeinde sind Arbeitszeit und Arbeitsauftrag unklar. Die Gemeinden sind auf die Situation nicht vorbereitet.

Das LKA hat auch nicht durchgerechnet, was eine Teilzeitstelle im Einzelfall finanziell bedeutet. Außerdem wurde der unterschiedliche Status nicht bedacht, der entsteht, wenn eine Sonderstelle statt einer Planstelle besetzt wird. Das wird jetzt z. T. geändert. Allgemein sollte das LKA vor solchen Entscheidungen das Gespräch mit den Betroffenen suchen. Vorschläge für andere Arbeitsmodelle wurden bisher vom LKA nicht ernst genommen. Die beruflichen Möglichkeiten außerhalb des Pfarrerberufs sind sehr beschränkt.

Kritisiert wurde außerdem allgemein, daß von den Sparmaßnahmen nur die nachwachsende Generation betroffen ist. Auch sollte die Entscheidung über die Einstellung früher fallen, damit berufliche Alternativen gesucht werden können.

Auch die Vergabe der Gelder aus dem Spendenfonds wurde kritisiert. Wer nicht eingestellt wird, erhält daraus für ein 3/4 Jahr Geld, damit er sich in dieser Zeit nach einer beruflichen Alternative umsehen kann. Das war aber ursprünglich nicht der Sinn des Spendenfonds!

Die AAA will mit den Pfarrern und Pfarrerinnen im Probedienst im Gespräch bleiben.

Anwesend:

AAA: Binder, Dr. Camerer, Lorenz, Schöning, Teichmann

Pfarrer/innen im Probedienst: Kruse, Lincoln, Martens, Dr. Owczarek, Dr. Praester, Waubke

L. Camerer

**Aktion
Arbeitslosen-Abgabe e.V.**

Poststraße 4
38162 Cremlingen
Telefon 0 53 06 / 22 07

Protokoll der Vorstandssitzung am 7. 9. 99

Anwesend: Binder, Camerer, Lorenz, Schöning, Teichmann

Der Antrag aus Salzgitter-Bad (vgl. Protokoll der Sitzung vom 28. 7. 99) liegt jetzt schriftlich vor. Es werden nur 12500 DM benötigt. Der Antrag wird genehmigt.

2.) In Blankenburg wird eventuell ein Zuschuß zur Verlängerung einer ABM-Stelle benötigt. Es handelt sich um eine Kontaktstelle für Erwerbslose. Blankenburg erhält eine vorläufige Zusage, da der Bescheid des Arbeitsamts abgewartet werden muß.

3.) Einstellung von Frau Rabe

Der Kirchenvorstand von St. Petri soll nächste Woche die Aufstockung der Arbeitszeit von Frau Rabe genehmigen. In einem Brief an Pastor Hille und den Kirchenvorstand schlägt die AAA vor, den Vertrag jeweils für ein Jahr zu schließen. Wenn er nicht gekündigt wird, verlängert er sich automatisch um ein Jahr. Die Kosten werden halbjährlich im voraus von der AAA bezahlt. Der Vertrag soll in Absprache mit dem Stadtkirchenverband geschlossen werden.

4.) Zusätzlich zur Einladung zur Mitgliederversammlung soll noch extra eine Ankündigung des Vortrags von Prof. Grottian gedruckt und an eventuelle Interessenten verschickt werden.

G. Camerer

Protokoll der Mitgliederversammlung am 6. 10. 99

Tagesordnung:

1. Protokoll der Mitgliederversammlung vom 30. 6. 98
2. Finanz- und Rechenschaftsbericht 1998. Finanzplan 1999
3. Bericht der Kassenprüfer/innen
4. Entlastung des Vorstands
5. Neuwahl des Vorstands
6. Bestellung der Kassenprüfer/innen
7. Verschiedenes

TOP 1: Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

TOP 2: Der Finanzbericht liegt schriftlich vor, ebenso der Finanzplan 1999. Auf Rückfrage werden die einzelnen von der AAA geförderten Projekte erläutert. Der Finanzplan 1999 wird einstimmig genehmigt.

TOP 3: Die Kassenprüfung hat keine Beanstandungen ergeben.

TOP 4: Dem Vorstand wird einstimmig Entlastung erteilt.

TOP 5: Für den Posten des ersten Vorsitzenden kandidiert der bisherige Vorsitzende, Herr Teichmann. Er wird einstimmig, bei einer Enthaltung, wiedergewählt. Für den Posten des Kassenvwarts kandidiert der bisherige Kassenvwart, Herr Lorenz. Er wird einstimmig, bei einer Enthaltung, wiedergewählt. Er soll als zweiter die Unterschriftsbefugnis für beide Konten der AAA haben. Das wird einstimmig, bei einer Enthaltung, beschlossen. Als Schriftführerin kandidiert Frau Camerer. Sie wird einstimmig, bei einer Enthaltung, gewählt. Für die Posten der beiden Beisitzer kandidieren Frau Ermerling und Herr Binder. Da Frau Ermerling bisher nicht im Vorstand war, stellt sie sich kurz vor. Sie arbeitet zur Zeit als Beauftragte für Kindergottesdienst in der Braunschweigischen Landeskirche. Frau Ermerling hat ihren Arbeitsplatz im Landeskirchenamt in Wolfenbüttel. Die beiden Beisitzer werden einstimmig, bei jeweils einer Enthaltung, gewählt.

TOP 6: Als Kassenprüferinnen werden Frau Kuhlmann und Frau Schwarz gewählt.

TOP 7: Die neue Mitarbeiterin der AAA, Frau Rabe, stellt sich vor. Sie ist zur Zeit auf einer halben Stelle als Sekretärin der St. Petri-Gemeinde in Braunschweig tätig und arbeitet seit 1. 10. 99 außerdem noch für die AAA. Die St. Petri-Gemeinde hat dem zugestimmt. Die Modalitäten müssen noch mit dem Stadtkirchenamt geklärt werden.

Nächste Vorstandssitzung am 24. 11. 99 bei Frau Rabe, An der Petrikirche 5, 9 Uhr

Luzia Camerer

* Reinhold
Jordens Höke:
wird einst.
bei einer Ent-
haltung
zum 2.
Vors.

AKTION ARBEITSLOSEN-ABGABE
AAA e.V., Poststraße 4, 38162 Cremlingen

1. Vors.: Christian Teichmann
Tel. : 05306/97 02 16
2. Vors.: R. Jordens-Höke
Tel. : 05364/88 77

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur nächsten Vorstandssitzung am

Mittwoch, dem 24. November 1999, 9.00 Uhr,

lade ich Sie hiermit sehr herzlich.

Tagungsort ist: An der Petrikirche 5, 38100 Braunschweig, bei Frau H. Rabe.

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Protokoll der Mitgliederversammlung am 06.10.1999
2. Berichte von der laufenden Arbeit
3. Anträge auf Zuschüsse
4. Verschiedenes

Mit freundlichen Grüßen
i.A.



(H. Rabe)

Anlage
Protokoll der Mitgliederversammlung vom 06.10.1999



AAA e.V. Poststraße 4 38162 Cremlingen

1.Vors.: Christian Teichmann

Tel. 05306 / 2207

2.Vors.: Elisabeth Schöning

Tel. 0531 / 845598

An die Pfarrerinnen und Pfarrer,
die im Jahre 1999 mit dem
Probendienst begonnen haben

28. Juli 1999

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Schwestern und Brüder !

Die Ungewißheit über die weitere berufliche Existenz nach Abschluß des 2. theologischen Examens wird von vielen schon während des Vikariates als etwas äußerst Belastendes empfunden. Für Sie ist diese Zeit der Unsicherheit erst einmal vorbei. Sie haben zu Beginn, bzw. Mitte dieses Jahres eine Probendienst - Stelle erhalten. Dazu möchten wir von der Aktion Arbeitslosen - Abgabe (AAA) Ihnen ganz herzlich gratulieren !

Die AAA ist vor 15 Jahren gegründet worden, als es das erste Mal in unserer Landeskirche hieß , daß nicht alle Bewerber aus der theologischen Ausbildung heraus direkt in den Pfarrdienst übernommen werden könnten. Seitdem haben wir uns in der AAA immer wieder Gedanken darüber gemacht, was es heißen könnte, in christlicher Verantwortung Arbeit und Geld so miteinander zu teilen, daß möglichst alle eine Chance auf einen Arbeitsplatz erhalten. Durch regelmäßige Mitgliedsbeiträge, Spenden und Kollekten haben wir in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Projekten fördern können. Innerhalb unserer Landeskirche versuchen wir seit langem, einen Diskussionsprozeß über alternative Arbeitszeitmodelle in Gang zu setzen, der alle Beteiligten miteinbezieht.

Für uns alle überraschend hat unsere Landeskirche Ende letzten Jahres entschieden, alle neuen Pfarrerinnen und Pfarrer nur noch mit einer eingeschränkten Stelle in den Probendienst zu übernehmen. Davon sind Sie betroffen.

So sehr wir es begrüßen, daß nach einer Möglichkeit gesucht wurde, möglichst viele Bewerber in den Pfarrdienst zu übernehmen, so halten wir doch manches an dieser Regelung problematisch. Es ist zum Beispiel aus unserer Sicht ungerecht, wenn die Einführung und Erprobung solcher neuen „Arbeitszeitmodelle“ nur die Berufsanfänger - und damit die Schwächsten - betrifft.

Wir möchten Sie daher zu einem Gespräch einladen, in dem uns um **Ihre** Erfahrungen, Wünsche und Befürchtungen geht.

Wir würden uns freuen, Sie am

Dienstag, d. 7. September, um 20.00 Uhr

im Gemeindehaus der Bugenhagenkirche in Braunschweig-Gliesmarode begrüßen zu können.

Das Gemeindezentrum liegt an der Berliner Straße ortsaußwärts auf der linken Seite. Die Zufahrt ist über die Querumer Straße und Paul-Jonas-Meier-Straße möglich.

Sollten Sie an dem betreffenden Termin verhindert sein, aber dennoch Interesse an dem Gespräch mit uns haben, bitten wir um eine kurze Nachricht !

Mit freundlichen Grüßen im Namen des Vorstandes der AAA

Aktion Arbeitslosen-Abgabe
in Braunschweig e.V.

PGA Hannover (BLZ 250 100 30) Kto-Nr. 4938 77-307

(Eckehard Binder, Pfarrer)

SPENDEN AN DIE AAA SIND STEUERLICH ABSETZBAR.

**Aktion Arbeitslosen-Abgabe
in Braunschweig e.V.**

Poststraße 4
38162 Cremlingen, 07. Sept. 1999
Tel. 05306/970216, Fax. 05306/970218

**Vortrag von Prof. Peter Grottian, Berlin,
zum Thema:
Durch solidarische Arbeitsumverteilung
neue Arbeitsplätze schaffen und bestehende
Arbeitsplätze sichern.
Ein Modell für unsere Kirche?**

**Mittwoch, 06.10.99 um 18:00 Uhr,
Gemeindehaus St. Magni, Adolfstraße 36,
Braunschweig**

Eine Veranstaltung der Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig e.V.
in Zusammenarbeit mit dem „Runden Tisch“, bestehend aus der
Mitarbeiter/innenvertretung der Landeskirche, dem Verband kirchlicher
Mitarbeiter/innen, dem Pfarrer/innen-Ausschuss der Landeskirche,
dem kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt
und der AAA

Bitte geben Sie diese Einladung an Interessierte weiter !

Peter Grottian/Thomas Weidmann

Für einen neuen Typus von Tarifvertrag im öffentlichen Dienst 1998 - Oder wie solidarische Arbeitsumverteilung mit neuen Arbeitsplätzen und Dienstleistungen sowie Haushaltseinsparungen verbinden?

Vorbemerkung

So recht wagt niemand, einen neuen Typus von Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst auf den Tisch einer öffentlichen Debatte zu legen, der spürbare Einsparungen, eine solidarische Arbeitsumverteilung und vorzeigbare öffentliche Dienstleistungen mit neuen Arbeitsplätzen verbindet. Die allgemeine Ankündigung von Mai (ÖTV) zu „Lohnverzicht und neuen Arbeitsplätzen“ und der Vorschlag Zwickels (IG Metall) für eine 32-Stunden-Woche ohne vollen Lohnausgleich bleiben vorerst ohne Konturen. Es ist deshalb überfällig, eine Vorstellung von einem neuen Tarifvertrag zu gewinnen und modellhaft an einer Metropole wie Berlin und einer Großstadt wie Ulm zu zeigen, daß nicht nur ein allgemeines Modell, sondern auch ein phasenweiser Aushandlungsprozeß bis auf die kommunale Ebene herunter eine spannend neue Perspektive ergeben könnte.

1. Die aktuellen Chancen einer solidarischen Arbeitsumverteilungspolitik im Vorfeld der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst 1997/98

Für die Schaffung neuer Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst hat der Vorsitzende der Gewerkschaft ÖTV, Herbert Mai, Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich angeboten. Das ist in mehrfacher Hinsicht sensationell, sehr couragiert und weitsichtig. Er will ja nicht nur die Beschäf-

tigungssicherung im öffentlichen Dienst, sondern traut sich sogar angesichts der 4,6 Mio. Arbeitslosen neue Arbeitsplätze für wichtige öffentliche Dienstleistungen zu fordern. Mai argumentiert zu Recht, daß der öffentliche und halböffentliche Dienst, die Kirchen und Wohlfahrtsverbände mit ca. 8,2 Mio. Beschäftigten ein „riesiger Bereich“ für den Arbeitsmarkt seien, wo solidarische Arbeitszeitpolitik praktiziert werden könnte. Mai ist vorsichtig bei der Stundenzahl für die Arbeitszeitreduzierung, und er läßt keinen Zweifel, daß die unteren Einkommensgruppen in besonderer Weise zu schonen sind. Sollte sich Mai in den nächsten Monaten in den jetzt beginnenden Vorgesprächen in der Großen Tarifkommission zu den Tarifverhandlungen 1997/98 durchsetzen, wäre eine offensive, solidarische Arbeitszeitumverteilungsstrategie möglich, die bei oberen und zum Teil mittleren Einkommensgruppen mehr Zeitwohlstand ohne vollen/ohne Lohnausgleich anvisiert, um wichtige öffentliche Dienstleistungen mit neuen Arbeitsplätzen zu finanzieren. Es könnten dabei - tarifvertraglich geregelt - 300.000 - 500.000 neue Teilzeit- und Vollzeit Arbeitsplätze herauspringen.

Die ersten Reaktionen auf die Mai-Vorschläge lassen erahnen, wie die Knüppel und sanften Auszehrungsstrategien aussehen. Innenminister Kanther sieht ungebrochen den schlanken Staat als Wagenburg. Über arbeitsplatzsichernde Maßnahmen könne man sprechen, über neue Arbeitsplätze nicht, so ließ er seinen Pressesprecher verkünden. Das ist eine gewisse öffentliche Verantwortungslosigkeit, die den vorhandenen, oft privilegierten öffentlichen Dienst schützt und sich nicht darum kümmert, ob z. B. junge Leute überhaupt noch eine Chance im öffentlichen Dienst haben (der öffentliche Dienst schließt nur 2,9 % aller Ausbildungsverträge ab). Die Tarifverhandlungsführer aus

den Ländern und Gemeinden, Schleußer (SPD) und Rutschmeier (SPD) reagierten offen und gesprächsbereit. Bei den kommunalen Arbeitgebern und den CDU-regierten Bundesländern zeichnet sich zur Zeit eher eine Linie ab, über Arbeitszeitverkürzung und neue Arbeitsplätze überhaupt nicht verhandeln zu wollen und statt dessen die Gruselkatalog-Strategie fortzusetzen: Ein Tarifergebnis unterhalb des Inflationsausgleichs, Arbeitszeitverlängerung, Abbau der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall u. a. Ermunterung für einen Perspektivwechsel kommt auch von der reformfreudigen Ministerpräsidentin Heide Simonis. Oskar Lafontaine ist vorerst noch zurückhaltend, obwohl er allen Grund hätte, zu sagen: Das, was Mai jetzt fordert, war schon in den besseren Zeiten der 80er Jahre meine Forderung. Und selbst Gerhard Schröder könnte für sich reklamieren, schon 1981 dafür eingetreten zu sein, in den oberen Gehaltsgruppen des öffentlichen Dienstes eine Gehaltsstopp zu verhängen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Aus der ÖTV selbst wird eher Unterstützung, aber auch Widerstand signalisiert. Die DAG scheint sich selbständig der Mai-Linie annähern zu wollen.

Der Vorstoß von Mai wird dann eine Chance haben, wenn es gelingt:

- die Spardebatte und die Diskussion um die ausbaubedürftigen öffentlichen Dienstleistungen so zu verbinden, daß sinnvolle Einsparungen (Verfassungsschutz, Versorgungsämter, zentrale Universitätsverwaltungen) und wichtige neue Arbeitsplätze einsichtig werden (Jugendeinrichtungen, Dienstleistungen für ältere Menschen, wissenschaftliche Nachwuchsförderung, multikulturelle Einrichtungen, Verstärkung der Finanzämter etc.);

- die tarifpolitische Koppelung von Verzicht und neuen Arbeitsplätzen vertraglich wasserdicht zu gestalten, weil nur so die unterschiedlichen Interessen in der ÖTV und der öffentliche Erwartungsdruck zusammengebunden werden können. Die Mehrheitsfähigkeit von solidarischen Umverteilungsstrategien ist durch zahlreiche Untersuchungen bestätigt, aber die Bevölkerung, die Mitglieder des öffentlichen Dienstes und die Gewerkschaftsmitglieder sind nur dann zur solidarischen Arbeitsumverteilung bereit, wenn sie nicht nur ein abstraktes Loch stopfen helfen, sondern neue Arbeitsplätze wirklich sehen. Alle müssen sich auf ein Tarifverhandlungsverfahren einlassen können, das konsensstiftend und vertrauensbildend wirkt und nicht den Verdacht erweckt, über den Tisch gezogen zu werden;
- die öffentlichen Arbeitgeber im Vorfeld zu einer konstruktiven Debatte bereit sind. Die SPD Ministerpräsidenten waren im Vorfeld der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst bisher eher den Hasen gleich in den Furchen, als daß sie ihre Münder für konstruktive Vorschläge geöffnet hätten - von der CDU/CSU und der FDP ganz zu schweigen. Aber auch Bündnis 90/Die Grünen - immerhin in vier Landesregierungen beteiligt - können sich ihre „Politik des stillen Mäuschens“ nicht mehr leisten. Sie könnten nochmals ihre alten Parteibeschlüsse nachlesen und von den aktuellen Beschlüssen in Niedersachsen und vor allem in Berlin profitieren.
- Schließlich müßte eine Öffnung der Debatte einen produktiven Streit entzünden, der öffentliche Arbeitgeber und Gewerkschaften mehr herausfordert. Die Gefahr ist groß, daß Mais Vorschläge sanft dethematisiert werden

und sich erneut das unsägliche Tarif-Prozente-Ritual wiederholt. Mit wenigen Ausnahmen diskutieren die Medien die Mai-Vorschläge überhaupt nicht oder höchst oberflächlich. Aber auch die großen Wohlfahrtsorganisationen - AWO, Diakonisches Werk, Caritas, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband u.a. - müssen sich endlich zu Wort melden und nicht nur über die Streichungen der staatlichen Zuschüsse und die Personalkosten jammern.

- Die Kirchen können es auch nicht mehr bei Beschwörungen des solidarischen Grundkonsenses in der Gesellschaft belassen, sondern sollten selbst Modelle anbieten. Das geschieht in ersten Ansätzen in Berlin-Brandenburg bei der Evangelischen Kirche und der ÖTV, aber eine breite Debatte steht aus. Schließlich haben die kirchlichen Dienstleistungen (Caritas, Diakonisches Werk u.a.) mehr Beschäftigte als Bahn und Post zusammen. Und wenn wir demnächst von der Katholischen Bischofskonferenz hören, die Katholische Kirche mobilisiere Immobilien für neue Arbeitsplätze, dann hätte diese Kirche über ihr zusammengeschrumpftes Klientel hinaus eine öffentliche Reputation barmherziger Beschäftigungspolitik.

In dieser Situation kann es nicht gleichgültig sein, wie sich die Großstädte in der Bundesrepublik verhalten. Die kommunalen Arbeitgeber und die Finanzminister der Länder haben sich bisher nicht gegen das Tarif-Prozente-Ritual gewendet, sondern den Konsens der öffentlichen Arbeitgeber - oft zähneknirschend mitgetragen. Gerade aber weil die Städte ihre kommunalen Dienstleistungen inzwischen empfindlich einschränken müssen, sind sie für neue solidarische Arbeitsumvertei-

lungsmodelle gefordert, die den Beschäftigten etwas zumuten, den öffentlichen Dienstleistungen und den Bürgern nutzen sowie zumindest einen bescheidenen Beitrag für mehr Arbeitsplätze schaffen.

2. Perspektivwechsel: Statt Tarifritual: Arbeitsverkürzung, Gehaltsdifferenzierung und neue Arbeitsplätze

In der öffentlichen Debatte, insbesondere in den Haushaltsdebatten dominieren Beschwichtigungs-floskeln. Das Problem wird heruntergespielt - oder wolkig umschwätzt der Zukunft überlassen. Konkret: Man läßt die marode Finanzierungsstruktur unangetastet, äußert sich nicht zur Tarif- und Besoldungsstruktur, raunt allenfalls etwas über die Notwendigkeit der Zurückhaltung bei den Tarifpartnern und streicht frei werdende Stellen fluktuationsbedingt.

Eine solche politische „Strategie“ löst nichts. Sie ist phantasielos und in jedem Fall beschäftigungsfeindlich. Die eigentlichen Fragen werden nicht gestellt.

Wer bekommt in schlechten Zeiten weniger, wer braucht den Inflationsausgleich in jedem Fall? Wer muß Privilegien abgeben, insbesondere Beamtenprivilegien?

Welche öffentlichen Dienstleistungen - egal ob verwaltungsmäßig, kirchlich, selbsthilfeorientiert organisiert - sind notwendig, welche können und sollen so ausgebaut werden, daß gesellschaftliche Probleme besser gelöst werden?

Wer so fragt, muß fast zwangsläufig die traditionelle Sparlogik überspringen und auf einen menschenrechtlichen, auf demokratische Teilhabe an Arbeits- und Lernprozessen zielenden Ansatz setzen. Wie könnte das aussehen?

Alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, des halböffentlichen Dienstes, der Kirchen und Wohlfahrtsverbände nehmen Einkommenseinbußen in Kauf. Die oberen Gehaltsgruppen müssen auf zehn Prozent Gehalt verzichten und entsprechend weniger arbeiten. Die mittleren Gehaltsgruppen müssen auf fünf Prozent Gehalt verzichten und entsprechend weniger arbeiten. Die unteren Gehaltsgruppen erhalten den Inflationsausgleich. Solidarische Arbeitsumverteilung, Zeitwohlstand und neue Arbeitsplätze lautet die Perspektive.

Allein im engeren Bereich des öffentlichen Dienstes würden auf diese Weise etwa 17 bis 20 Mrd. DM eingespart und umverteilt werden. Nimmt man die anderen Bereiche hinzu, dann dürfte das Umverteilungsvolumen bei 25 Mrd. DM liegen. Davon wären 300.000 bis 500.000 neue Vollzeit- und Teilzeit-Arbeitsplätze zu schaffen.

Eine solche Maßnahme sollte einen Streit darüber auslösen, wo der größte Bedarf an Dienstleistungen besteht und welche Bearbeitungsformen angemessen sind. Die Gefahr ist groß, nur einen „bürokratischen Anbau“ zu machen. Es käme indes schon auf die öffentliche Auseinandersetzung an, auch eine andere Logik durchzusetzen. Als ob wir nicht seit längerer Zeit wüßten, daß bestimmte Kulturinitiativen, Frauenhäuser, Männerbüros, Schuldenberatungen, Altenpflege, Kommunikati-

onszentren, ethnische und multikulturelle Initiativen oder offene Jugendarbeit ohne das enge bürokratische Korsett besser und sinnvoller arbeiteten. Eine gute Märchenerzählerin ist für Kinder vermutlich wichtiger als der nächste zubetonierte Abenteuerspielplatz.

Ein solcher Umbau wäre möglich, ohne daß sich die Arbeits- und Lebensbedingungen von Amtsräten, Pfarrern, Richtern und Hochschullehrern dramatisch ändern müßten. Der Kauf der nächsten Autos würden ebenso wenig hinausgezögert wie der nächste Besuch im Restaurant oder die geplanten Ferien im Süden.

3. Hohe Akzeptanz

Im Februar 1996 untersuchten wir, wie verschiedene Tarifkonzepte eingeschätzt werden. Befragt wurden insgesamt 1004 repräsentativ ausgewählte Bürgerinnen und Bürger ab 14 Jahre in Ost- und Westdeutschland sowie 504 in Berlin. Die Befragung erfolgte mit Hilfe computergestützter Telefoninterviews (FORSA Berlin).

Gefragt wurde: Bei über vier Millionen Arbeitslosen werden viele neue Initiativen für mehr Arbeitsplätze diskutiert. Für die demnächst anlaufenden Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes gibt es vor dem Hintergrund der schwierigen Gesamtsituation unterschiedliche Forderungen und Vorschläge, die die Einkommensentwicklung und die Sicherung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen zum Gegenstand haben. Es handelt sich um die folgenden Forderungen und Vorschläge:

Die Forderung der Gewerkschaften auf Einkommensverbesserung von vier bis fünf Prozent für alle Beschäf-

tigten des öffentlichen Dienstes. Die Forderung der öffentlichen Arbeitgeber nach einer Nullrunde, die wegen der allgemeinen Preisentwicklung einem Einkommensverlust von ca. zwei Prozent gleichkäme.

Die Forderung, daß die oberen Gehaltsgruppen im öffentlichen Dienst auf zehn Prozent Gehalt verzichten müssen, aber auch zehn Prozent weniger arbeiten. Die mittleren Gehaltsgruppen müssen auf fünf Prozent Gehalt verzichten und fünf Prozent weniger arbeiten. Nur die unteren Gehaltsgruppen erhalten den Inflationsausgleich, also ungefähr zwei Prozent mehr Lohn.

Mit dieser Umverteilung könnten 200.000 bis 500.000 Teilzeit- und Vollzeitarbeitsplätze geschaffen werden. In Berlin könnten damit 20.000 bis 30.000 Teilzeit- und Vollzeitarbeitsplätze entstehen.

Die Befragten sollten angeben, welche dieser Forderungen ihrer Meinung nach der derzeitigen Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktsituation am ehesten gerecht würde.

Das Ergebnis ist eindeutig: Sowohl im Bundesgebiet insgesamt als auch in Berlin meint eine klare Mehrheit (jeweils 57 Prozent), die Forderung, daß die oberen und mittleren Gehaltsgruppen im öffentlichen Dienst auf einen Teil ihres Einkommens verzichten und nur die unteren Gehaltsgruppen den Inflationsausgleich erhalten, werde der derzeitigen Gesamtsituation am ehesten gerecht. Noch häufiger befürworteten die Ostberliner das Umverteilungsmodell.

21 Prozent der Bundesbürger insgesamt und 15 Prozent der Berliner halten eine Nullrunde, die wegen der allgemeinen Preisentwicklung einem Einkommensverlust von etwa zwei Prozent gleichkommt, für akzeptabel. Im Bundesdurchschnitt halten zwölf Prozent Einkommensverbesserungen von vier bis fünf Prozent für angemessen. In Berlin ist dieser Anteil mit 18 Prozent etwas höher.

Zwar sprechen sich die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes - erwartungsgemäß - häufiger (bundesweit: 21 Prozent, Berlin: 30 Prozent) als der Durchschnitt für eine allgemeine Lohnerhöhung von vier bis fünf Prozent aus. Auch unter den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wird jedoch das Umverteilungsmodell mit einer klaren Mehrheit (bundesweit: 50 Prozent, Berlin: 44 Prozent) unterstützt. 19 bzw. 20 Prozent der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes würden eine Nullrunde befürworten.

Unter den Gewerkschaftsmitgliedern insgesamt spricht sich ebenfalls die Mehrheit (bundesweit: 59 Prozent, Berlin: 47 Prozent) für das Umverteilungsmodell aus. Unter den Berliner Gewerkschaftsmitgliedern ist allerdings der Anteil der Befürworter einer allgemeinen Einkommenserhöhung höher (35 Prozent) als im Bundesdurchschnitt (16 Prozent). Auch die Gewerkschaftsmitglieder unter den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes favorisieren das Umverteilungsmodell (bundesweit: 56 Prozent, Berlin: 44 Prozent). Bemerkenswert ist, daß auch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes mit mittlerem oder höherem Einkommen (Haushaltsnettoeinkommen von 3.500 DM und mehr) mit deutlicher Mehrheit (bundesweit und in Berlin je-

weils 45 Prozent) das Umverteilungsmodell unterstützen, also zum Einkommensverzicht bereit sind. Überdurchschnittliche Unterstützung erfährt das Umverteilungsmodell durch die unter 30jährigen (bundesweit: 67 Prozent, Berlin: 64 Prozent) sowie die Anhänger der SPD (bundesweit: 61 Prozent, Berlin: 66 Prozent) und der GRÜNEN (bundesweit: 71 Prozent, Berlin: 73 Prozent).

Die Akzeptanz für die Vorschläge stellt sich wie folgt dar:

	4-5 %ige Lohnerhöhung	nominale Nullrunde	Umver- teilung
insgesamt	12 %	21 %	57 %
Westdeutschland	12 %	22 %	57 %
Ostdeutschland	15 %	17 %	59 %
unter 30 jährige	15 %	14 %	67 %
30 bis 40 jährige	13 %	25 %	54 %
50 Jahre und älter	11 %	21 %	55 %
Arbeiter	10 %	16 %	65 %
Angestellte	17 %	25 %	51 %
Beamte	23 %	15 %	49 %
Selbständige	4 %	37 %	52 %
Anhänger von			
CDU/CSU	10 %	24 %	57 %
SPD	14 %	18 %	61 %
GRÜNE/BÜNDNIS 90	10 %	14 %	71 %
Beschäftigte im öffentlichen Dienst			
ja	21 %	19 %	50 %
nein	13 %	22 %	57 %
Gewerkschaftsmitglied			
ja	16 %	18 %	59 %
nein	12 %	21 %	57 %
Gewerkschaftsmitglied im öffentlichen Dienst			
ja	28 %	14 %	56 %
nein	19 %	21 %	47 %
Haushaltsnettoeinkommen der Beschäftigten im öffentl. Dienst			
unter 3.500,- DM	19 %	11 %	62 %
3.500,- DM und mehr	23 %	22 %	45 %

an 100 % fehlende Angaben = „weiß nicht“

4. Konkretes Phasenaushandlungsmodell 1997/98

Ein neuer Typus von Tarifvertrag weckt Ängste und Befürchtungen. Auch wenn solidarische Arbeitsumverteilungsmodelle - wie gezeigt - Mehrheitsfähigkeiten für sich reklamieren können, so bedarf es eines behutsamen Aushandlungsmodells, das für öffentliche Arbeitgeber und Gewerkschaften kalkulierbar ist, von der Öffentlichkeit verstanden wird und gleichzeitig die partizipatorische Chance hat, daß sich die Gesellschaft insgesamt über die Wertigkeit öffentlicher Dienstleistungen auseinandersetzen kann. Wie könnte ein solches Aushandlungssystem aussehen?

In einer ersten Phase hätten öffentliche Arbeitgeber und Gewerkschaften sich auf den neuen Typus von Tarifvertrag zu einigen. Dieser müßte enthalten:

a) Das Ausmaß der Arbeitszeitverkürzung und der Gehalts-/Lohndifferenzierung auf den verschiedenen Lohn- und Vergütungsgruppen. Dabei sind die Übergänge so zu gestalten, daß die Struktur der Vergütungs- und Besoldung grundsätzlich zunächst beibehalten wird (vgl. Die Beispiele Ulm und Berlin). Es spricht dabei alles für flexible Formen der Arbeitszeitverkürzung (Verringerung der Tagesarbeitszeit auch unter geschlechterspezifischen Arbeitsteilungen, wöchentlicher Arbeitszeitverkürzung, Arbeitszeitkonten für Block-Zeiten etc.).

b) Das finanzielle Umverteilungsvolumen von ca. 17-20 Mrd. DM sollte ermittelt und festgeschrieben werden und es sollte eine Zielangabe darüber erfolgen, wie viele neue Vollzeit- und Teilzeitarbeitsplätze geschaffen werden sollten. Es spricht hier angesichts der sehr unterschiedlichen Bedürfnisse vieles für eine 50/50-Aufteilung von Teilzeit- und Vollzeitstellen.

c) Die Tarifparteien sollen auch den Mut haben zumindest grob anzugehen, wo eine solidarische Arbeitsumverteilung zum Stellenabbau, zum Personalausgleich oder zu neuen Arbeitsplätzen in neuen Dienstleistungen führen sollte. Diese sicherlich schwer zu erzielende Ausrichtung hätte eine Anstoß-Funktion über die Ziele öffentlicher Dienstleistungen zu streiten und den Entscheidungsprozeß auf den verschiedenen Ebene vorzubereiten

d) Die Laufzeit des Tarifvertrags sollte mindestens auf 2 Jahre festgelegt werden. Die Umsetzung eines insgesamt komplizierten Regelwerks ist neu, braucht seine Zeit und wird erhebliche Widersprüche und Konflikte produzieren.

e) Der Tarifvertrag muß eine konkrete Frist enthalten, bis zu welchem Zeitpunkt die Vertragsinhalte übersetzt sein müssen. Er bietet sich an, den Termin bis zum 30. 5. 98 vorzusehen, um eine kontrollierende Koppelung von Haushaltsberatungen für 1999 und dem Tarifvertrag zu ermöglichen.

f) Zum Vertrauensschutz der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ist im Tarifvertrag eine Cash-Klausel vorzusehen. Damit ist eine Lohn- und Gehaltserhöhung in etwa in Höhe des Inflationsausgleichs gemeint, die automatisch eintritt, sofern sich öffentliche Arbeitgeber und Gewerkschaften nicht auf das Modell der solidarischen Arbeitsumverteilung und neuen Arbeitsplätzen auf den Konkretisierungsebenen einigen können. Eine solche Klausel schützt ernst gemeinte Solidarität und befördert einen produktiven Einigungszwang der Tarifpartner.

g) Ein solcher Tarifvertrag hätte auch die Festschreibung zu enthalten, daß zumindest über die in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehenen Personaleinsparungen keine zusätzlichen Personalkürzungen vorgesehen werden dürfen. Sonst liegt der Gedanke nahe, über forcierte Einsparungen abzubauen, um anschließend sich weniger einsparend mittels solidarischer Arbeitsumverteilung zu profitieren. Nutzen öffentliche Arbeitgeber eine solche Strategie, könnte das für die Solidaritätsbereitschaft geradezu tödlich sein.

h) Leider führt nichts an der realistischen Einschätzung vorbei, daß vermutlich einige Länder (z.B. Bremen, Berlin, Saarland, Mecklenburg-Vorpommern) und zahlreiche Kommunen so einschneidend von ihrer abbröckelnden Substanz leben, daß sie tatsächlich keine neuen Personalausgaben bezahlen können. Hier sollte eine Härtefallklausel ermöglichen, bis zu 40 % der finanziellen Umverteilungsmasse für die Haushaltssanierung einzusetzen.

i) Die ostdeutschen Länder und Kommunen, deren Arbeitnehmer ohnehin nur 84 % des Westniveaus erhalten, sollten mit einer halbierten solidarischen Arbeitsumverteilung beteiligt werden. Das wäre auch ein Signal, die Gerechtigkeitslücke nicht durch eine Angleichung nach oben, sondern durch eine Angleichung des Westens nach unten langsam zu schließen.

j) Schließlich wäre ein handlungsfähiges Gremium von öffentlichen Arbeitgebern und Gewerkschaften einzusetzen, das die neue Struktur des Tarifvertrags kontrolliert (6er-Gremium). Es wäre so etwas wie die institutionelle Garantie des Tarifvertrags, das die Einhaltung der Grundelemente in verschiedenen Variationsmöglichkeiten enthält.

In einer zweiten Phase müßte der Besonderheit der Beamten, der Beamtenbesoldung und deren Dienstverhältnissen entsprochen werden, indem der Gesetzgeber auf Bundesebene die Übernahme des Tarifvertrags auf die Beamten vorsieht. Ohne Beamten würde der neue Typus des Tarifvertrags zur Farce, weil Arbeiter und Angestellte, oft ohnehin schon bei gleicher Arbeit in den Nettoeinkünften zwischen 3,5 % - 22 % benachteiligt ihre solidarische Arbeitsumverteilungsbereitschaft aufkündigen müßten. Tarifpolitisch wie verfassungsrechtlich ist die Übernahme kein grundsätzliches Problem. Seit längerer Zeit ist die modifizierte Übernahme des Tarifvertrags eingespielt und solidarische Arbeitsumverteilungsstrategien kollidieren nicht mit der für Beamte zu erbringenden angemessenen Besoldungsleistungen des Staates.

In einer dritten Phase wäre der allgemeine Tarifvertrag auf die Gebietskörperschaften des Bundes, der Länder und Gemeinden herunterzubrechen. Da ihre öffentlichen Dienstleistungen oft unvergleichbar sind, müssen für die jeweiligen Institutionen/Dienstleistungen sehr unterschiedliche Problemlösungen gefunden werden. Auch auf dieser Ebene soll eine paritätisch besetzte Koordinations- und Kontrollgruppe aus öffentlichen Arbeitgebern und Gewerkschaften Lösungen anreizen, Sondermodelle vereinbaren und die Kontrolle über die zu schaffenden Arbeitsplätze sicherstellen. Zwei zusätzliche Personen - von Gewerkschaften und Arbeitgebern einvernehmlich bestimmt - sollen die nicht-organisierten oder anders organisierten Interessen der Beschäftigten und die Interessen nach hochqualifizierten öffentlichen Dienstleistungen vertreten (z.B. Verbraucherverband oder Persönlichkeit des öffentlichen Lebens). Die Entscheidungen sind jeweils nur mit 2/3-Mehrheit rechtskräftig.

Die vermutlich schwierigste Phase ist die vierte Phase, in der in den einzelnen Institutionen, Kommunen, Schulen, Universitäten konkretisierte Modelle ausgehandelt werden müssen. Auch hier bietet sich ein analoges 6er-Gremium wie auf Länderebene an. Das grundsätzliche Problem besteht indessen darin, daß die öffentlichen Arbeitgeber, die Exekutive und Legislative nicht auf ihr Haushaltsrecht und damit ihr Personalentscheidungsrecht verzichten wollen. Sie wollen in der Hand haben, wohin umverteilt wird und welche Stellen aus dem Tarifvertrag entstehen sollen. Die Gewerkschaften argumentieren zurecht, daß sie als Sachwalter der Interessen der Beschäftigten nicht darauf verzichten können, mit dem Geld der Beschäftigten auch darüber mitzubestimmen, ob eine weitere Stabsstelle beim Oberbürgermeister oder zwei Stellen bei Jugendprojekten geschaffen werden sollen. Hier ist nur ein Kompromiß mit hohem Einigungszwang möglich. Das 6er-Gremium z. B. auf Kommunalebene müßte einen ersten Vorschlag erarbeiten und der öffentlichen Diskussion aussetzen. Im Licht der öffentlichen Debatte wäre der Vorschlag zu modifizieren oder sogar stark zu verändern. Eine zweite Entscheidung würde vermutlich einen hohen Konsensdruck erzeugen. Diese Entscheidung wäre auch vom Gemeinderat und der Exekutive zu übernehmen. Scheitert die Einigung greift die Cash-Klausel. Insgesamt wären damit die Phasen eines anderen Typus von Tarifvertrag durchgespielt. Die beigefügte Übersicht zeigt nochmals die einzelnen Phasen.

Grafik: Solidarische Arbeitsumverteilung im öffentlichen Dienst: Konkretes Phasen-Aushandlungsmodell 1997/98

Phase 1:

Öffentliche Arbeitgeber und Gewerkschaften handeln einen neuen Tarifvertragstypus aus, der folgende Elemente enthält:

Neuer Tarifvertrag

- Das Ausmaß der Arbeitszeitverkürzung (z. B. 3-4 Std. wöchentl. Arbeitszeitkonten, Verringerung der Tagesarbeitszeit auf 6,5 Std. oder ähnliches) mit Gehaltsdifferenzierungen
- Das finanzielle Umverteilungsvolumen (z. B. 17-20 Mrd. DM) und eine Zielangabe für die Quantität und Qualität neuer Arbeitsplätze (300-400 Tausend Voll-/Teilzeitarbeitsplätze)
- Ein Vorschlag für Arbeitsplätze zur Verbesserung öffentlicher, halb-öffentlicher und selbsthilfeorientierter Arbeitsplätze (z. B. Jugend, Schulen, Bildung, Kultur, Altersversorgung)
- Laufzeit des Tarifvertrags: 2 Jahre (1. 1.1998-31.12.1999)
- Fristsetzung für die Konkretisierung des Tarifvertrags (30. 5.1998) und die Klausel, daß bei Nicht-Realisierung eine Tarifierhöhung für die Beschäftigten nachgezahlt wird (z. B. 1,9 %) oder ein neuer Tarifvertrag auszuhandeln ist (Cash-Klausel).
- Verpflichtung, den Personalabbau über die mittelfristige Finanzplanung (98/99) hinaus nicht zu verschärfen (keine Nutzung des neuen Tarifvertrags durch die "Hintertür").
- Härtefallklausel für einzelne Länder und Gemeinden die aufgrund haushaltspolitischer Nostände zumindest aber 60 % der finanziellen Umverteilungsmasse in neue Stellen transformieren müssen.
- Koordinationsgruppe mit paritätischer Besetzung aus öffentlichen Arbeitgebern und Gewerkschaften des öffentl. Dienstes (6).

Phase 2:

Der Bundestag beschließt die Übernahme des Tarifvertrags für die Beamten (Besoldungsanpassungsgesetz)

Übernahme gem. der in Phase 1 ausgehandelten Kriterien und Modalitäten

Phase 3:

Koordinations- und Kontrollgruppe für Bund, Länder und Gemeinden

Bund

- | | |
|--|--|
| Koordinations- und Kontrollgruppe <ul style="list-style-type: none"> • 2 öffentliche Arbeitgeber • 2 Gewerkschaften • 2 Pers. des öffentl. Lebens | <ul style="list-style-type: none"> • macht Vorschläge • handelt Sondermodelle aus, die jeweils autonom entwickelt werden • Kontrolle neue Arbeitsplätze |
|--|--|

Länder

- | | |
|--|--|
| Koordinations- und Kontrollgruppe <ul style="list-style-type: none"> • 2 öffentliche Arbeitgeber • 2 Gewerkschaften • 2 Pers. des öffentl. Lebens | <ul style="list-style-type: none"> • macht Vorschläge • handelt Sondermodelle aus (z. B. Verwaltung, Schulen, Universitäten) • Kontrolle neue Arbeitsplätze |
|--|--|

Gemeinden

- | | |
|--|--|
| Koordinations- und Kontrollgruppe <ul style="list-style-type: none"> • 2 öffentliche Arbeitgeber • 2 Gewerkschaften • 2 Pers. des öffentl. Lebens | <ul style="list-style-type: none"> • macht Vorschläge • handelt Sondermodelle aus, die jeweils autonom entwickelt werden • Kontrolle neue Arbeitsplätze |
|--|--|

Phase 4:

Umsetzung der jeweiligen Tarifaushandlungsmodelle auf Bund-, Länder- und Gemeindeebene

Bund

- | |
|---|
| z. B. Auswärtige Kulturpolitik <ul style="list-style-type: none"> • Modellprojekte • neue Jugendarbeit • Ausbildungsplätze |
|---|

Länder

- | | |
|---|--|
| z. B. Universitäten <ul style="list-style-type: none"> • primäre Umverteilung zugunsten der wissenschaftl. Nachwuchsförderung und Verbesserung der Lehre | z. B. Schulen <ul style="list-style-type: none"> • Ganztagsangebote • Multikulturelle Lehr- und Lernmodelle • Jung-Lehrer-Einstellung • Ausbildung |
|---|--|

Gemeinden, z. B. Stadt Ulm

- | | | |
|--|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"> • AZV und finanzielle Umverteilungsmasse z. B. 5,9 Mio. DM und ca. 60-90 neue Stellen • Koordinationsgruppe Bündnis für Arbeit in Ulm | Arbeitsweise: <ul style="list-style-type: none"> ↳ 2 Vertreter Stadt Ulm (OB und Gemeinderat) ↳ 2 Vertreter der Gewerkschaften öffentl. Dienst ↳ 2 Persönlichk. des öffentl. Lebens | <ul style="list-style-type: none"> • Konsensorientierung • 2/3 Mehrheitsregelung • Veröffentlichungsgebot vorläufiger Vorschläge für die öffentliche Diskussion • Vorschlagsentwicklung |
|--|--|---|

Phase 5:

Rückkoppelung an die Tarifparteien als Vollzug des Tarifvertrags

- Kontrolle des Umsetzungsvolumens und der Härte- und Modellklauseln
- Entscheidung über das Einhalten des Tarifvertrags
- Auflagenbescheide mit Fristsetzung für säumige "Umsetzer"

5. Das Beispiel Berlin

Wir versuchen jetzt an einer Metropole (Berlin) und einer Großstadt (Ulm) zu demonstrieren, wie ein solidarisches Arbeitsumverteilungsmodell mit den genannten vielfältigen Funktionen aussehen könnte.

a) Teurer öffentlicher Dienst - vor allem in den hoch besoldeten Stellen

Der öffentliche Dienst ist dem öffentlichen und politischen Druck ausgesetzt einzusparen: weniger Personal drückt die Personalkosten insgesamt, lautet vereinfacht die Parole. Faktisch geschieht aber etwas anderes: Die Stellen im mittelbaren und unmittelbaren öffentlichen Dienst des Landes Berlin haben zwar von 1993-1996 von 284.781 auf 257.526 (-27.255 oder -10 %) abgenommen, die Personalkosten sind jedoch mit 19,5 Mrd. DM (1993) und 19,6 Mrd. DM (1996) weitgehend konstant geblieben. Die Gründe liegen in der internen Dynamisierung der Personalkosten (Tarifsteigerungen, Osttarifangleichung, Alterszulagen, Beförderungen etc.), von den Personalfolgekosten (Pensionen) und der explosionsartigen Zunahme der Beihilfekosten überhaupt nicht zu reden (die in dieser Berechnung nicht enthalten sind).

Von der Öffentlichkeit unbemerkt ist bisher geblieben, daß die Stelleneinsparungen vor allem im einfachen und mittleren Dienst (8-47 %) erfolgt sind, aber der höhere Dienst sich in drei Jahren um 19 % (!) ausgeweitet hat - keine Rede von Einsparungen. Spektakulär ist indessen, wie die bürokratische und politische Klasse sich besoldungsmäßig entweder selbst bedient oder pfründegemäß bedienen läßt. In den oberen Besoldungsgruppen der Richter, Hochschullehrer und Senats-/ Bezirksbeamten

haben sich die Stellen von 324 auf 1.460 wundersam vermehrt (+ 350 %). Hier erfüllt sich die Ahnung der Bürgerinnen und Bürger: Diejenigen, die harte Sparziele proklamieren, halten sich selbst nicht daran und langen für ihre Privilegien ungeniert zu. Die Tabelle belegt, daß es sich nicht um individuelle Ausrutscher oder Einzelfälle handelt, sondern hier ein Exempel bürokratischer Herrschaft lautlos realisiert worden ist. Auch wenn die Schwierigkeiten des Vereinigungsprozesses der beiden Stadthälften, die Zusammenlegung von Verwaltungen u.a. berücksichtigt werden, ist ein solches Beutesystem mit der üblichen leichten politischen Schamröte kaum zu überspielen.

Tabelle 2: Einsparpotentiale zur Schaffung neuer Stellen im öffentlichen Dienst des Landes Berlin

Stand der Beschäftigten 30. 6. 1996

Einstufung	Arbeitsplatzkosten 1997			Verzicht auf Erh. 98 (2%)	Kürz. in %	gekürzte Sitze	Einsparung durch Kürz.	Einsparung Verz. Erh. 98 + Kürz.	zusätzliche Stellen
	Vollzeit	Teilzeit	Kosten						
A2-A5 *	44.945	1.569	60	71 867 055	0	0%	44.945	0	0
A6	49.900	1.591	152	83 183 300	1 663.666	1%	49.401	831.833	2.495.499
A7	51.560	6.072	361	322 378 900	6 447.578	2%	50.529	6.447.578	12.895.156
A8	54.460	7.536	448	422 609 600	8 452.192	3%	52.826	12 678.288	21.130.480
A9 S, A9 SZ	61.320	6.992	214	435 310.680	8.706.214	4%	58.867	17.412.427	26.118.641
A9	58.800	4.393	322	267 775 200	5 355 504	4%	56.448	10.711.008	16.066.512
A10	64.920	5.480	639	376 503.540	7 530.071	5%	61.674	18.825.177	26.355.248
A11	70.580	6.323	487	463 463 570	9 269.271	6%	66.345	27.807.814	37.077.086
A12	76.740	7.056	2.142	623 665 980	12 473 320	7%	71.368	43.656.619	56 129.938
A13 S	87.500	3.164	768	310 450.000	6.209 000	7%	81 375	21.731.500	27.940.500
A13 L-A15 L	91.347	2.823	40	259.698 573	5.193 971	7%	84.952	18 178.900	23.372.872
A13	84.940	5.500	1.676	538 349 720	10 766 994	7%	78.994	37.684.480	48.451.475
A14, C1, I12	86.830	2.845	177	254 715.805	5 094.316	7%	80.752	17.830.106	22.924.422
A15, C2, I13, R1	96.240	3.986	148	390 734 400	7 814.688	7%	89.503	27.351.408	35.166.096
A16, C3, R2	107.995	1.928	14	208.970.325	4 179.407	7%	100.435	14.627.923	18.807.329
B2-4, C4, R3-5	144.074	1.458	3	210.276.420	4 205.528	7%	133.989	14.719.349	18.924.878
B5-11, R6+8	186.840	128	5	24 382.620	487.652	7%	173.761	1.706.783	2.194.436
X-IXa, Kr. I+II, VIII S	57.253	5.923	1.038	368.825.973	0	0%	57.253	0	0
VIII *	59.400	178	22	11.226.600	0	0%	59.400	0	0
VII, Kr. III	63.110	16.991	4.392	1.210.891.570	24.217.831	1%	62.479	12.108.916	36.326.747
Vib+Vla, Kr. IV+V+V	68.912	19.570	5.745	1.546.557.560	30.931.151	2%	67.534	30.931.151	61.862.302
Vc, Kr. VI	73.970	20.072	4.957	1.668.060.485	33.361.210	3%	71.751	50.041.815	83.403.024
Vb S, Kr. VII S	78.740	5.110	823	434.762.910	8.695.258	4%	75.590	17.390.516	26.085.775
Vb+Va, Kr. VII+VIII	79.920	8.309	1.386	719.439.840	14.388.797	4%	76.723	28.777.594	43.166.390
IVb, Kr. IX	87.200	11.372	1.487	1.056.471.600	21.129.432	5%	82.840	52.823.580	73.953.012
IVa, Kr. X+XI	95.807	7.070	506	701.592.220	14.031.844	6%	90.058	42.095.533	56.127.378
III, Kr. XII+XIII	105.853	7.462	591	821.157.233	16.423.145	7%	98.444	57.481.006	73.904.151
II, Ila S	108.740	291	40	33.818.140	676.363	7%	101.128	2.367.270	3.043.633
Iib, II	102.880	58	13	6.635.760	132.715	7%	95.678	464.503	597.218
Ib	116.140	3.828	552	476.638.560	9.532.771	7%	108.010	33.364.699	42.897.470
Ia	124.140	12.878	3.717	1.829.389.110	36.587.782	7%	115.450	128.057.238	164.645.020
I + AT	136.280	1.020	5	139.346.300	2.786.926	7%	126.740	9.754.241	12.541.167
Lgr. I *	54.360	3.166	2.502	240.108.120	0	0%	54.360	0	0
Lgr. II *	56.640	4.107	1.381	271.730.400	0	0%	56.640	0	0
Lgr. III *	59.040	12.222	878	747.505.440	0	0%	59.040	0	0
Lgr. IV, IVa *	61.540	2.947	114	184.866.160	0	0%	61.540	0	0
Lgr. V, Va, Vb	64.160	4.642	131	302.033.200	6.040.664	1%	63.518	3.020.332	9.060.996
Lgr. VI	66.880	8.257	90	555.237.760	11.104.755	2%	65.542	11.104.755	22.209.510
Lgr. VII	69.740	14.130	132	990.029.040	19.800.581	2%	68.345	19.800.581	39.601.162
	238.447	38.158		19.580.659.670	353.690.598		791.784.924	1.145.475.523	14.310
Beschäftigte	276.605								
Schnittsbezahlung (Kosten/Beschäftigte)				70.789			66.648		

* Für die unteren Lohn-/Gehaltsgruppen wird ein Inflationsausgleich von 2 % angenommen (ohne Auszubildende, ohne Teilzeitbeschäftigte (5459 Personen) mit weniger als der Hälfte der regelmäßigen wöchentl. Arbeitszeit)

Tabelle 3: Einsparpotentiale zur Schaffung neuer Stellen im öffentlichen Dienst des Landes Berlin nach Laufbahngruppen und Dienstverhältnissen

	Beschäft.		Arbeitsplatz-		Einsparungen		durchschn.	
	Beschäft.	v. H.	kosten		v. H.	Einsparung	v. H.	
einfacher Dienst	19.746	7%	952.531.548		0	0	0%	
mittlerer Dienst	144.769	52%	8.914.653.205	341.189.292	30%	2357	4%	
gehobener Dienst	69.288	25%	5.374.337.323	413.763.847	36%	5972	8%	
höherer Dienst	42.802	15%	4.339.137.593	390.522.383	34%	9124	9%	
Summe	276.605		19.580.659.670	1.145.475.523		4141	6%	
Beamte/Richter	76.500	28%	5.264.335.688	396.050.567	35%	5177	8%	
Angestellte	145.406	53%	11.024.813.862	678.553.288	59%	4667	6%	
Arbeiter	54.699	20%	3.291.510.120	70.871.668	6%	1296	2%	
Summe	276.605		19.580.659.670	1.145.475.523		4141	6%	

b) Die Modelle: 0-7 % Arbeitszeitverkürzung mit 0-7 % differenzierten Gehaltsverkürzungen, 40 % Haushaltseinsparungen und neuen Stellen kombinieren.

Wir haben uns bemüht, vier unterschiedliche Varianten eines Modells zu entwickeln und zu berechnen, die notwendige Arbeitsumverteilung mit sozial differenzierten Gehaltskürzungen kombiniert, daraus Personalausgaben um 40 % reduziert und trotzdem aus dem Umverteilungsvolumen ca. 9.000-14.000 neue Teilzeit- und Vollzeitstellen im 50/50 Verhältnis schafft. 257.000 Beschäftigte verteilen solidarisch 0,7-1,1 Mrd. DM um, kommen zu mehr Zeitwohlstand durch Arbeitszeitverkürzung und leisten erstmals einen beschäftigungspolitischen Beitrag mit vorzeigbaren, absolut notwendigen öffentlichen Dienstleistungen - eine perspektivische Trendwende zur stupiden Sparlogik.

Das hier durchgerechnete Modell geht von folgenden Prämissen und Kriterien aus:

- Es wird von 257.526 Beschäftigten des Landes Berlin ausgegangen (1996). Damit sind alle auch über den unmittelbaren Haushaltsplan hinaus Beschäftigten des öffentlichen Dienstes einbezogen. Der Personalstand wurde der Berliner Personalstandsstatistik zum 30. Juni 1996 (Statistisches Landesamt) entnommen. Die Personalstandsstatistik umfaßt die Hauptverwaltung, Bezirksverwaltung mit Krankenhausbetrieben und Eigenbetrieben, Universitäten, Hochschulen, Fachschulen, Akademien sowie Sozialversicherungsträger und andere Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts unter der Aufsicht des Landes Berlin. Die ausgewiesenen Teilzeitstellen sind grundsätzlich mit 50 % angesetzt worden, wobei Teilzeitbeschäftigte mit weni-

ger als der Hälfte der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit unberücksichtigt geblieben sind.

- Alle Stellen sind nach Durchschnittssätzen der Senatsverwaltung des Inneren (1997) berechnet. Sie beziehen sich auf einen Beschäftigten mit 39 Jahren, verheiratet und ein Kind. In diesen Durchschnittskosten sind enthalten allgemeine Zulagen (z.B. für Beamte 200 DM monatlich), Ortszuschläge Stufe III, Sonderzuschläge, Urlaubsgeld, Vergütungsleistungen, Kindergeld und Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung u.a.). Nicht enthalten sind Arbeitsplatzkosten, Beihilfen und Versorgungsbezüge.
- Bei dem Verzicht auf eine Lohn- bzw. Gehaltserhöhung ist von einer Erhöhung von 2 % für 1998 ausgegangen worden. Die unteren Gehaltsgruppen erhalten einen Inflationsausgleich in Höhe von 2 %, eine Kürzung ist hier nicht vorgesehen.
- In den Gruppen des höheren Dienstes und den letzten Stufen des gehobenen Dienstes schlagen wir Gehaltskürzungen von 7 % vor, die sich über den mittleren Dienst (1-4 %) bis zum einfachen Dienst (+2 %) verringern. Das Modell ist so angelegt, daß die Besoldungsstruktur mit sanften Übergängen unangetastet bleibt.
- Den jeweiligen Einstufungen sind sodann die Einsparpotentiale (jeweilige %-Einsparung und der Verzicht aus der Erhöhung für 1998) zugeordnet, die zu den möglichen Vollzeit- und Teilzeitarbeitsplätzen führen.

Das Ergebnis des Modells führt zu dem wahrlich spektakulären Befund: Vertretbare Gehaltskürzungen mit Zeitwohlstandseffekten führen zu einem öffentlichen Beschäftigungsprojekt bis zu 22.000 neuen Arbeitsplätzen, von denen je nach Aushandlungsmodus 30-40 %

zur Haushaltssanierung abgezogen werden müßten, wo diese Arbeitsplätze entstehen können, darüber sollte der Streit nicht heftig genug gehen. Es wird Bereiche geben, wo Neueinstellungen kaum zu vertreten sein werden (Landesversorgungsamt, Landesamt für Verfassungsschutz), andere, wo die Arbeitsumverteilung durch entsprechende Stellenneubesetzungen kompensiert werden müssen (Schulen, Universitäten) und wiederum andere, wo die Zustände so himmelschreiend sind, daß erhebliche Neueinstellungen unabweisbar sind (Jugendbereich, soziale Schulden- und Sozialberatung, Obdachlosigkeit, multikulturelle Einrichtungen etc.).

Wir haben unterschiedliche Varianten des Modells mit den unterschiedlichen Auswirkungen entwickelt. Wir selbst präferieren stark die Variante, die auf ein hohes Umverteilungsvolumen bei denjenigen setzt, die es verkraften können, den einfachen Dienst ausspart, um insgesamt zu möglichst großen beschäftigungsinduzierten Wirkungen zu kommen.

In der milderer Variante wurde bei der Berechnung zur Schaffung neuer Stellen davon ausgegangen, daß je nach Gehalts-/Vergütungsgruppe das Gehalt und die Arbeitszeit um 0,5 - 3,5 % vermindert wird und zusätzlich auf die Anhebung der Gehälter im Jahr 1998 (angenommen 2 %) verzichtet wird, wobei die unteren Lohngruppen von dem Verzicht auf die Gehaltserhöhungen ausgenommen sind. Die Arbeitszeit der Mitarbeiter der jeweiligen Gehaltsgruppen wird im gleichen Umfang verkürzt.

Durch die Kürzung bei Verminderung der Arbeitszeit können bei dieser Variante 4.633 Vollzeitarbeitsplätze

und 9.266 Teilzeitarbeitsplätze (50 % der regelmäßigen Arbeitszeit) geschaffen werden. Auch davon wäre ein auszuhandelnder Prozentsatz für die Haushaltskonsolidierung vorzusehen.

6. Das Beispiel Ulm

Analog zu der Berechnung des Berliner Modells haben wir auch eine Modellrechnung für die Stadt Ulm aufgemacht. Sie zeigt, daß anders als in einem Land bzw. einer Metropole die finanzielle Umverteilungsmasse durch weniger hoch dotierte Beschäftigungspositionen ungleich bescheidener ausfällt. Ca. 100 Vollzeit- und Teilzeitstellen können geschaffen werden. Aber auch das wäre - selbst in kleineren Gemeinden - der Anstrengung wert, wenn für die Beschäftigten und für die Öffentlichkeit Vorzeigbares ausgehandelt wird.

Tabelle 4: Einsparpotentiale zur Schaffung neuer Stellen im öffentlichen Dienst der Stadt Ulm

Stand der tatsächlich besetzten Stellen 30. 8. 1998

Einstufung	Arbeitsplatzkosten		Kosten gesamt	Verzicht auf Erhöhh. 98 (2 %)		gekürzte Sätze	Einsparung durch Kürz.	Einsparung		zusätzliche Stellen
	1996	Vollzeit		Kürz. in %	Verz. Erh. 98 + Kürz.					
A5	54.179	1,00	54.179	0	0%	54.179	0	0	0,0	
A6	55.311	1,80	99.560	1.991	1%	54.758	996	2.987	0,1	
A7	60.453	50,30	3.040.786	60.816	2%	59.244	60.816	121.631	2,1	
A8	71.953	47,80	3.439.353	68.787	3%	69.794	103.181	171.968	2,5	
A9 S	80.927	23,00	1.861.321	37.226	4%	77.690	74.453	111.679	1,4	
A9	69.201	15,00	1.038.015	20.760	4%	66.433	41.521	62.281	0,9	
A10	82.187	46,00	3.780.602	75.612	5%	78.078	189.030	264.642	3,4	
A11	93.604	46,40	4.343.226	86.865	6%	87.988	260.594	347.458	3,9	
A12	108.919	31,00	3.376.489	67.530	7%	101.295	236.354	303.884	3,0	
A13 S	121.688	8,00	973.504	19.470	7%	113.170	68.145	87.615	0,8	
A13	122.180	15,70	1.918.226	38.365	7%	113.627	134.276	172.640	1,5	
A14	128.500	15,00	1.927.500	38.550	7%	119.505	134.925	173.475	1,5	
A15	147.380	18,00	2.652.840	53.057	7%	137.063	185.699	238.756	1,7	
A16	162.560	6,00	975.360	19.507	7%	151.181	68.275	87.782	0,6	
B 6-9	223.333	4,00	893.333	17.867	7%	207.700	62.533	80.400	0,4	
IXa, L II	56.021	83,00	4.649.743	0	0%	56.021	0	0	0,0	
VIII, L III, L IV	58.164	191,30	11.126.773	0	0%	58.164	0	0	0,0	
VII, Kr. III, L V	60.434	240,50	14.534.377	290.688	1%	59.830	145.344	436.031	7,3	
VIb, Kr. V, L VI, L VII	63.892	267,70	17.103.888	342.078	2%	62.614	342.078	684.156	10,9	
Vc, Kr. VI, L VIII	70.473	111,70	7.871.834	157.437	3%	68.359	236.155	393.592	5,8	
Vb m, Kr. VII	75.771	68,70	5.205.468	104.109	4%	72.740	208.219	312.328	4,3	
Vb, Kr. VIII	81.066	8,00	648.528	12.971	4%	77.823	25.941	38.912	0,5	
IVb	85.617	97,60	8.356.219	167.124	5%	81.336	417.811	584.935	7,2	
IVa	94.638	22,70	2.148.283	42.966	6%	88.960	128.897	171.863	1,9	
III	105.779	23,70	2.506.962	50.139	7%	98.374	175.487	225.627	2,3	
II g	118.868	19,00	2.258.492	45.170	7%	110.547	158.094	203.264	1,8	
II	112.008	12,50	1.400.100	28.002	7%	104.167	98.007	126.009	1,2	
Ib	125.984	19,50	2.456.688	49.134	7%	117.165	171.968	221.102	1,9	
Ia	135.996	0,00	0	0	7%	126.476	0	0	0,0	
I	159.264	1,00	159.264	3.185	7%	148.116	11.148	14.334	0,1	
Stellen		1.496	110.800.914	1.899.404			3.739.946	5.639.351	69	
Durchschnittsbezahlung (Kosten/Stellen)			74.070					70.300		

Tabelle 5: Einsparpotentiale zur Schaffung neuer Stellen im öffentlichen Dienst der Stadt Ulm nach Laufbahngruppen und Dienstverhältnissen

	Beschäft.	v. h.	Arbeitsplatz- kosten	Einsparungen	v. H.	durchschn. Einsparung	v. H.
einf.+mittl. Dienst	1.087	73%	68.987.283	2.234.372	40%	2056	3%
gehobener Dienst	317	21%	29.430.320	2.290.481	41%	7216	8%
höherer Dienst	92	6%	12.383.311	1.114.498	20%	12154	9%
Summe	1.496		110.800.914	5.639.351		3770	5%
Beamte	329	22%	30.374.294	2.227.199	39%	6770	7%
Angestellte	801	54%	58.552.949	3.245.224	58%	4052	6%
Arbeiter	366	24%	21.873.670	166.928	3%	456	1%
Summe	1.496		110.800.914	5.639.351		3770	5%

7. Strategische Konsequenzen: Lernpotentiale ausloten und Akzeptanzen vorbereiten

Die hier vorgeschlagene tarifpolitische Strategie birgt inhaltlich wie prozedural erhebliche Risiken. Die Tarifpartner können sich nur darauf einlassen, wenn eine öffentliche Vordiskussion stattgefunden hat, in der verschiedene Varianten einer solidarischen Umverteilung mit arbeitsplatzschaffenden Effekten zur Disposition gestellt werden. Der Graben des wechselseitigen Mißtrauens ist breit, und es bedürfte der Signale auf beiden Seiten, sich auf eine arbeitsplatzschaffende Logik der Tarifverhandlungen einlassen zu wollen. Aber auch die Beschäftigten sind auf eine andere Tarifverhandlungsstrategie nicht sehr gut vorbereitet. Es diskutieren die Experten und Funktionsträger, die Beschäftigten selbst sind insgesamt für alternative Lösungen vorerst nicht disponiert - so sehr sie auch in Einstellungsuntersuchungen solidarische Arbeitsumverteilungen favorisieren. So liegt nichts näher, als in der Vorphase der Tarifverhandlungen 1998 Modelle einer alternativen Tarifvertrags mit allen Konsequenzen der öffentlichen Debatte mit dem Ziel auszusetzen, daß eine andere Strategie grundsätzlich möglich, realitätstüchtig und sogar akzeptabel sein könnte. Drei bis vier Ministerpräsidenten, 10-12 Oberbürgermeister, der ÖTV-Vorsitzende und Vertreter der Tarifgemeinschaft der Länder sowie der kommunalen Arbeitgeber müßten sich zu Wort melden, soll eine interne Debatte und öffentliche Debatte an Dynamik gewinnen. Die erste Stufe eines neuen Typus von Tarifvertrag besteht in der Courage, eine solidarische Arbeitsumverteilungsstrategie in unterschiedlichen Varianten zur Diskussion stellen zu wollen. Geschieht das nicht, wird erneut das machtpolitisch-phantasielose Wagenburg-Logik obsiegen. Es ist vermutlich nur eine Frage

der Zeit bis der Frust einer gut ausgebildeten jungen Generation in einem Angriff auf diese Wagenburg umschlägt.

Peter Grottian, Teilzeit-Hochschullehrer für Politikwissenschaft am Fachbereich Politische Wissenschaft der FU Berlin

**Thomas Weidmann, Dipl.Pol. und Dipl.Kfm. (FH),
Wirtschaftsreferent Staatsanwaltschaft Berlin**

Adresse:

Fachbereich Politische Wissenschaft

FU Berlin, Innestr. 22, 14195 Berlin

Tel. und Fax: 030-838-4961/838-2352 oder 8016876



**Aktion
Arbeitslosen
Abgabe**
In Braunschweig

Protokolle und Materialien 2000

Umstrukturierung des Diakonischen Werkes

Prof. Grottian zu neuen Modellen von Arbeit

Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig e.V.

Poststraße 4
38162 Cremlingen
Tel. 05306/970216, Fax. 05306/970218

Datum: 15.11.2000

Jahresrückblick 1999

Für das Jahr **1999** ist im Hinblick auf die Vergabe von Zuschüssen charakteristisch, dass die AAA mit hohen Geldbeträgen die relativ wenigen Anträge bezuschusst hat:

Neben einem neuen Projekt der **ev.-luth. Propstei Salzgitter-Bad** im Bereich der Integration von russlanddeutschen Spätaussiedlern, das die AAA mit 12500,- DM gefördert hat, ging ein Zuschuss an **HUBETA**. Es handelte sich um eine Massnahme, in der eine langzeitarbeitslose Frau mit der Perspektive einer Dauerarbeitsstelle bei der häuslichen Versorgung der durch Hubeta betreuten Patienten eingesetzt wird. Die AAA hat dafür 8000,- DM zur Verfügung gestellt. In Braunschweig etabliert und in seiner Integrationsarbeit unbestritten anerkannt ist der **Nachbarschaftsladen** in Braunschweig, Hamburger Str. , dessen Finanzsituation durch Mittelkürzung seitens der Stadt Braunschweig ein Defizit aufwies, das durch einen Zuschuss der AAA in Höhe von 7500,- DM zum Teil abgedeckt wurde.

An diesen drei Beispielen zeigen sich die beiden o.g. Tendenzen deutlich: die Zahl der an uns gestellten Anträge nimmt ab, die Höhe der Zuschüsse nimmt zu. Auch aufgrund dieser Beobachtungen stellt sich bei unserer Arbeit im Vorstand der AAA die Frage, ob unser Selbstverständnis (früher in der Hauptsache Restfinanzierungen von ABM-Stellen bei kleinen Projekten) bei der Mittelvergabe noch zeitgemäss ist. Diese Diskussion im Gang, aber längst noch nicht abgeschlossen.

Im vergangenen Jahr hat die Mitarbeit in Gremien und Ausschüssen, in denen über Modelle zur Vermeidung von Stelleneinsparungen bei der Kirche als Arbeitgeberin gearbeitet wird, in den Vorstandssitzungen breiten Raum eingenommen und die Mitgliederversammlung 1999 ist ein Beleg für dieses Aufgabe, der wir uns im Vorstand der AAA stellen.

Christian Teichmann



Aktion-Arbeitslosen-Abgabe

An der Bugenhagenkirche 4 ~ 38 104 Braunschweig
Tel. (0531) 37 28 82 ~ Fax-Nr. (0531) 37 28 36

Nikolaus Lorenz
Kassenwart

Braunschweig, den 26.01.2000

Liebe Freundinnen ! Liebe Freunde !
Liebe Spenderinnen ! Liebe Spender !

Mit der Spendenbescheinigung, die wir Ihnen mit diesem Schreiben zusenden, verbinde ich unseren Dank für Ihre Spende und Ihre Unterstützung im vergangenen Jahr. Wir sind dankbar, dass Sie uns auch im letzten Jahr so großzügig unterstützt haben. Dank Ihrer Spende konnten wir im vergangenen Jahr 6 Projekte fördern.

Dennoch fällt uns auf, dass die Nachfrage nach Unterstützung durch die AAA im letzten Jahr rückläufig war. Zum einen wirkt es sich aus, dass die Zuschüsse der Kommunen, Arbeitsämter, uä. zunehmend weniger werden resp. bei AB- Maßnahmen hohe Eigenleistungen gefordert werden, die kaum eine Initiative oder Gemeinde aufbringen kann. Zum anderen organisiert sich Arbeit mit Arbeitslosen zunehmend in Institutionen (Diakonisches Werk, Volkshochschule, uä.), die ein hohes Maß ihres organisatorischen Know-how einbringen und schnell mit ihren Initiativen auf den "Markt" drängen. Gleichwohl können und möchten wir Sie ermutigen, in Ihrem Kreis auf uns hinzuweisen. Zumal wir in Frau Kuhlmann eine kompetente Beraterin haben, die sich in kommunalen und landesweiten Finanzmöglichkeiten auskennt.

Ein anderer Arbeitsschwerpunkt im letzten Jahr war der "Runde Tisch", den wir als "Frucht" der Synode zum Thema Arbeitslosigkeit initiiert haben. Der Verband Kirchlicher Mitarbeiter, die Mitarbeitervertretung, der Pfarrerausschuss, der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt und die AAA sitzen an einem Tisch. Im Rahmen dieses "Runden Tisches" haben wir eine Prozessbegleitung durch Herrn Jablonowski vom Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD(SWI) mit dem Ziel gehabt, in der schwierigen Stellen- und Finanzsituation eine Standortbestimmung zu gewinnen. Als Zweites hatten wir Herrn Professor Grottian zu Gast, der ein bestimmtes Teilungsmodell vorschlägt (prozentuale Reduzierung von (Spitzen)gehältern bei gleichzeitiger Umverteilung oder Reduzierung von Arbeit). Im Rahmen seines Instituts ist er zu einer Modellrechnung für unsere Landeskirche bereit. In Gesprächen mit Herrn Fechner (Vorsitzender des Ausschusses für Ökumene-Mission und Diakonie) und Herrn Bengsch(Kirchenregierung) versuchen wir, diese Gedanken in den landeskirchlichen Diskussionsprozess einfließen zu lassen.

Zuletzt sei noch mitgeteilt, dass auch in unserem Vorstand sich im Wesentlichen eine Änderung ergeben hat. Elisabeth Schöning ist aus dem Vorstand ausgeschieden. Wir haben Elisabeth viel zu verdanken und blicken auf eine gute gemeinsame Zeit zurück. Ihr Engagement, ihr Einsatz und ihr unermüdlich langer Atem, nicht nur dort, wo wir im "Nebenamt" doch manchmal zeitlich überfordert waren, haben vieles ermöglicht und für Kontinuität gesorgt. Immer wieder hat sie uns auf die Situation der Diakoninnen und Diakone hingewiesen. Wir werden jetzt versuchen, durch

eine Verteilung der Aufgaben auf mehrere Schultern einiges davon zu kompensieren. Elisabeth Schöning wünschen wir von Herzen eine Zeit, in der sie noch einiges von dem verwirklichen kann, was sie sich vorgenommen hat. Reinhold Jordens-Höke folgt ihr als 2. Vorsitzender und Ute Ermerling begrüßen wir neu im Vorstand.

Auch im "Büro" gab es eine Veränderung. Mit Frau Rabe haben wir eine neue Kraft gefunden, die den Schriftverkehr und die Kassenführung übernimmt. Mit der Petrigemeinde haben wir einen Vertrag geschlossen, so dass wir mit unserer Arbeitszeit die "Sekretätinnenarbeitszeit" der Gemeinde aufstocken. Auch das ist ein Modell der Kooperation, um einer kirchlichen Mitarbeiterin ein besseres Ein- und Auskommen zu gewähren.

Mit den besten Wünschen für das Jahr 2000 grüßt Sie herzlichst
Ihr


Nikolaus Lorenz

AKTION ARBEITSLOSEN-ABGABE
AAA e.V., Poststraße 4, 38162 Cremlingen

1. Vors.: Christian Teichmann
Tel.: 05306/97 02 16

2. Vors.: Reinhold Jordens-Höke
Tel.: 05364/88 77

Protokoll der Vorstandssitzung am 26.01.2000, 9.00 Uhr

Anwesend: Frau Kuhlmann, Frau Ermerling, Herr Lorenz, Herr Binder, Frau Camerer, Herr Jordens-Höke.

Protokoll: Frau Rabe

Folgende Tagesordnung wurde vorgeschlagen:

- TOP 1. Jugendzentrum Fredenberg
- TOP 2. Arbeitsvertrag Frau Rabe
- TOP 3. Brief an Spender incl. Spendenbescheinigung
- TOP 4. Runder Tisch
- TOP 5. Verschiedenes

Das Protokoll vom 24.11.1999 wurde wie folgt ergänzt:

Der Arbeitsplatz Mittagstisch ist im Jugendzentrum Salzgitter-Fredenberg. Bei dem Arbeitslosenfond handelt es sich um den neu eingerichteten Landeskirchenfond.

Zu TOP 1: Der Kirchenvorstand der Kirchengemeinde Salzgitter-Fredenberg faßte den Beschluß, das Projekt „Mittagstisch“ im Jugendzentrum Salzgitter-Fredenberg nicht mehr unter seiner Verantwortung zu führen, sondern von außerhalb fortführen zu lassen. Damit entfällt die Voraussetzung für einen Zuschuß von der AAA.

Zu TOP 2: Der Arbeitsvertrag von Frau Rabe ist durch das LKA genehmigt und vom Kirchenvorstand St. Petri und dem LKA unterschrieben und damit seit dem 01.10.1999 rechtskräftig.

Zu TOP 3: Brief an die Spender wurde von Herrn Lorenz vorgestellt. Die Spender erhalten ihn zusammen mit der Spendenbescheinigungen.

Zu TOP 4: Bei der Diskussion über die Arbeitsgruppen bei der Themensynode wurde auch über eine Teilnahme von ehrenamtlichen Mitarbeitern am Runden Tisch gesprochen. Dies wurde als nicht erforderlich angesehen.

Zu TOP 5: ZEPRA überlegt, ob die Einstellung einer Bürokraft möglich wäre. Die zukünftige Mitarbeiterin sollte aus dem Kreis der erwerbslosen Frauen, die im Bereich „Büro- bzw. Verwaltungsarbeit“ eine Qualifizierungsmaßnahme durchlaufen haben,

kommen. Dieser Arbeitsplatz könnte anteilig über Mittel vom Arbeitsamt finanziert werden. Für die Restfinanzierung fragt ZEPRA bei der AAA an, ob sich prinzipiell eine derartige Unterstützung vorstellen können. Grundsätzlich spricht von seiten der AAA nichts gegen diese Stellenfinanzierung in Hannover, da es sich bei ZEPRA um den Landesverband der Erwerbslosenprojekte handelt.

Herr Grottian, bzw. einer seiner Mitarbeiter, wird ein Arbeitsplatzmodell für die Landeskirche Braunschweig erarbeiten und vorstellen. Das LKA genehmigt dafür höchstens DM 3.000,--. Sollten die Kosten höher sein, wird die AAA die Restkosten übernehmen.

Hinweis auf Artikel von Herr Grottian im Ev. Sonntagsblatt.

Termin beim Rechtsanwalt wegen der Neubesetzung des Vorstandes wird durch Herrn Teichmann verabredet. Danach Änderung im Vereinsregister und Änderung der Unterschriftsvollmacht bei der Postbank.

TOP in der nächsten Sitzung: Informationen über Fördermaßnahmen. Wer kann dazu welche Informationen geben und wie können diese möglichst vielen Interessenten zugänglich gemacht werden.

J. Rabe

Nächste Sitzung: Freitag, 10.03.2000, 14.00 Uhr, bei Frau Rabe, An der Petrikirche 5, Braunschweig. Tel. 1 86 32

AKTION ARBEITSLOSEN-ABGABE
AAA e.V., Poststraße 4, 38162 Cremlingen

1. Vors.: Christian Teichmann
Tel.: 05306/97 02 16
2. Vors.: Reinhold Jordens-Höke
Tel.: 05364/88 77

Protokoll der Vorstandssitzung am 10.03.2000, 14.00 Uhr

Anwesend: Herr Teichmann, Frau Kuhlmann, Frau Ermerling, Herr Lorenz, Herr Binder, Frau Camerer, Herr Jordens-Höke.

Protokoll: Frau Rabe.

1. Herr Teichmann berichtet vom Rechtsanwaltstermin bezüglich der Änderung im Vorstand der AAA.
2. Frau Kuhlmann und Frau Schwarz haben die Kassenprüfung vorgenommen und es gab keine Beanstandungen.
3. ZEPRA-Anfrage wurde zurückgestellt.
4. Das FASS-Programm wird ebenso wie alle anderen Landesprogramme auf seine Effektivität überprüft. Die Kriterien für eine Qualitätssicherung werden derzeit erarbeitet.
5. Das Kapital auf dem Konto bei der EKK soll neu angelegt werden. Frau Ermerling prüft neue Anlagemöglichkeiten. Vom Postgirokonto soll eine noch festzulegende Summe auf das Konto der EKK übertragen werden. Der Haushaltsplan muß erstellt werden.
6. Zuschuß für den Diakonischen Beratungsdienst Goslar für Fahrtkosten wurde abgelehnt. Bei Schaffung eines neuen Arbeitsplatzes wäre eine Bezuschussung möglich. Herr Teichmann wird sich mit dem Diak. Beratungsdienst in Verbindung setzen.
7. Herr Grottian ist momentan im Urlaub. Herrn Jordens-Höke wird mit Semesterbeginn Kontakt zu ihm aufnehmen.
8. Der Zwischenstand der Arbeitsergebnisse der einzelnen AGs für die Synode wird am 16.03. zusammengeführt. Herrn Lorenz wird am 13.03. an der AG 3 teilnehmen.
9. Herrn Ackermann vom Diakonischen Werk (zuständig für Erwerbslosenarbeit) soll zur nächsten Sitzung der AAA eingeladen werden. Frau Kuhlmann stellt über Frau Greve den Kontakt her.
10. Termin der nächsten Sitzung am **19.04.2000, 8.30 Uhr**, bei Frau Rabe, An der Petrikerche 5, 38100 Braunschweig.

J. Rabe

AKTION ARBEITSLOSEN-ABGABE
AAA e.V., Poststraße 4, 38162 Cremlingen

1. Vors.: Christian Teichmann
Tel.: 05306/97 02 16
2. Vors.: Reinhold Jordens-Höke
Tel.: 05364/88 77

Protokoll der Vorstandssitzung am 19.04.2000, 8.30 Uhr

Anwesend: Herr Teichmann, Frau Ermerling, Herr Binder, Frau Camerer, Herr Jordens-Höke.

Protokoll: Frau Rabe.

1. Die Veränderungen im Vorstand der AAA werden im Vereinsregister eingetragen. Anerkennung auf Gemeinnützigkeit der AAA muß gestellt werden, außerdem müssen die Spendenbescheinigungen aktualisiert werden.
2. Hinweis auf Veranstaltung des Diakonischen Werkes und der AWO am 10.05.2000 im Haus der Diakonie, Kloostergang 66. Thema der Veranstaltung: „gefördert durch die Europäische Union - Soziale Projektideen mit EU-Geld umsetzen.“
3. Frau Ermerling hat zu verschiedenen Banken Kontakt aufgenommen. Das Termingeldkonto bei der Evangelischen Kreditgenossenschaft wird erhöht und für 1 Jahr festgelegt. Weitere Geldanlagen werden überlegt.
4. Der Antrag von Hubeta e.V. wird diskutiert. Die Unterstützung für ein Jahr wird genehmigt. Erfahrungsbericht nach einem halben Jahr an die AAA e.v.
5. Kontakt zu Herrn Grottian ist vorhanden. Termin für ein Gespräch muß noch gefunden werden.
6. Gespräch über Themensynode: Arbeit der AAA und des Runden Tisches in den Arbeitsgemeinschaften vorhanden. Wichtig ist, die Nacharbeit zu beobachten.
7. Stadtkirchentag in Braunschweig am 17./18.06.00 - Überlegungen zur Teilnahme mit der Aktion Brückenbau - Kontakt zwischen Frau Kuhlmann und Frau Rabe.
8. Überlegungen zur Teilnahme am Ev. Kirchentag - evtl. Kooperation mit ZEPRA.
9. Termin der nächsten Sitzung: **31.05.2000, 9.00 Uhr**, bei Frau Rabe, An der Petri-kirche 5, 38100 Braunschweig, Tel. 1 86 32. Zu dieser Sitzung soll auch Herr Eberwien, Geschäftsführer der gGmbH beim Diakonischen Werk eingeladen werden.

J. Rabe



Diakonisches Werk - Haus der Diakonie - Klostergang 66 - 38104 Braunschweig

**Aktion Arbeitslosen-Abgabe in
Braunschweig e.V.
Poststr. 4**

38162 Cremlingen

12.04.2000

**... gefördert durch Mittel der Europäischen Union
Einladung zu einer Informationsveranstaltung zu neuen nds. ESF-Förderprogrammen**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn man den Ankündigungen glauben darf, wird zwischen 2000 und 2006 so viel EU-Geld wie noch nie in unsere Region fließen.

- Welche unserer sozialen Projektideen könnten dadurch vielleicht realisiert, welche Anliegen aufgegriffen werden?
- Was gilt es bei der Antragstellung zu bedenken, wo und wie müssen Anträge gestellt werden?

Diese Fragen sollen bei einer Informationsveranstaltung, zu der der AWO-Bezirksverband Braunschweig und das Diakonische Werk der Ev.-luth. Landeskirche Braunschweig e.V. herzlich am

Mittwoch, 10.05.2000, 09.30 Uhr – ca. 13.00 Uhr

einladen, beantwortet werden. Die Veranstaltung richtet sich in erster Linie an Träger und Praktiker/innen aus dem Bereich der Wohlfahrtspflege sowie an andere Interessierte. Nähere Hinweise entnehmen Sie dem beiliegenden Flyer.

Wir würden uns freuen, Sie begrüßen zu können und bitten um Anmeldung auf dem beiliegenden Formblatt bis zum 05.05.2000.

Mit freundlichen Grüßen

Manfred Berner,
Direktor des Diakonischen
Werkes Braunschweig e.V.

Michael Thomas Roy,
Geschäftsführer des
AWO-Bezirksverbandes
Braunschweig e.V.

ANREISE:

Mit dem Auto:

- **A2**, Abfahrt **Braunschweig-Ost B 248 (Berliner-Heer-Str. / Berliner Str.)**,
- Straßenverlauf **durch Volkmarode und Gliesmarode** folgen,
- **Kreuzteich** passieren,
- **abknickender Vorfahrt** folgen,
- nach links auf **Ebertallee** einbiegen,
- **zweite Straße rechts** einbiegen („Haus der Diakonie“ ist dort ausgeschildert),
- weiter geradeaus, **durch den Torbogen hindurchfahren**,
- **hinter der Klosterkirche links** befindet sich das „Haus der Diakonie“

Mit öffentlichen Verkehrsmitteln:

Vom Bahnhof:

- **Bus-Linie 19** bis Haltestelle **Kastanienallee**,
- von dort mit **Bus-Linie 13 oder 43** bis Haltestelle **Kreuzteich** (Fußweg s. Kartenausschnitt)

Aus der Stadtmitte:

- Vom **Rathaus** mit **Bus-Linie 13 oder 43** bis Haltestelle **Kreuzteich**
- bzw. **Bus-Linie 18** bis **Nehrkornweg** (Fußweg s. Kartenausschnitt)



VERANSTALTER:



**Arbeiterwohlfahrt
Bezirksverband Braunschweig e.V.**
Peterskamp 21
38102 Braunschweig
Tel.: (05 31) 39 08 - 188
Fax.: (05 31) 39 08 - 108
Email: markurth@awo-bs.de



**Diakonisches Werk der
Ev.-luth. Landeskirche
in Braunschweig e.V.**
Klostergang 66
38104 Braunschweig
Tel.: (05 31) 37 03 - 130
Fax.: (05 31) 37 03 - 099
Email: migration.europa@diakonie-
braunschweig.de

...gefördert durch
Mittel der
Europäischen Union



Informationsveranstaltung
zu neuen EU-Förderprogrammen
in Niedersachsen
am 10. Mai 2000



HINTERGRUND DER VERANSTALTUNG:

In den Jahren 2000-2006 wird das Land Niedersachsen Mittel in Höhe von insgesamt 600 Mio. DM aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) in Förderprogramme fließen lassen. Diese decken ein Spektrum von Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose über spezielle Maßnahmen zur Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt bis zu Nachmittagsangeboten an Schulen ab.

Zahlreiche Schwierigkeiten müssen jedoch bei der Mittelbeantragung einkalkuliert werden. Hierzu zählen eine ausgeprägte Bürokratie sowie ein hoher Verwaltungsaufwand bei einem gleichzeitig hohen Maß an Unsicherheit z.B. in bezug auf die Mittelverteilung.

Die Veranstaltung soll einen allgemeinen Überblick über niedersächsische Fördermöglichkeiten geben. Daneben soll in wenigen ausgewählten Schwerpunkten ein vertiefter Einblick in Förderbedingungen, Antragsmodalitäten und Auswahlkriterien gegeben werden.

VERANSTALTUNGSORT:

Diakonisches Werk der
Ev.-luth. Landeskirche
Braunschweig e.V.
„Haus der Diakonie“
Klostergang 66
38104 Braunschweig

PROGRAMMABLAUF:

- 09.30 Uhr** Begrüßung
*Manfred Berner,
Direktor des
Diakonischen Werkes
Braunschweig*
- 09.45 Uhr** Einführung
*Lars Pallinger,
Referat Europa,
Diakonisches Werk
Braunschweig*
- 10.00 Uhr** Allgemeiner Überblick
über niedersächsische
Förderprogramme mit
ESF-Beteiligung
*Herr Franz, Nieder-
sächsisches Ministerium
für Frauen, Arbeit und
Soziales*
- 10.45 Uhr** Rückfragen / Diskussion
- 11.15 Uhr** Projektbeispiel
*Michael Thomas Roy,
Geschäftsführer des
AWO-Bezirksverbandes
Braunschweig e.V.*
- 11.30 Uhr** Pause

12.00 Uhr Arbeitsgruppen:

Frauenförderung
*Frau Traub, Landesbera-
tungsgesellschaft für
Integration und
Beschäftigung mbH*

Qualifizierung von
Sozialhilfeempfängern
*Nds. Ministerium für
Frauen, Arbeit und
Soziales*

MODERATION:

Ulrich Markurth,
AWO-Bezirksverband Braunschweig e.V.

ANMELDUNG:

Auf beiliegendem Formular
bis spätestens 05.05.2000

Protokoll der Vorstandssitzung am 31.05.2000, 9.00 Uhr

Anwesend: Herr Teichmann, Frau Ermerling, Herr Binder, Frau Kuhlmann, Herr Jordens-Höke, Herr Lorenz.

Protokoll: Frau Rabe.

1. Bericht von Herrn Binder über den Besuch der Mitgliederversammlung des Diakonischen Werkes. Herr Berner beschwerte sich als Opfer eine Kampagne gegen seine Person. Der Referent des DW stellte die Zukunft der Wohlfahrtspflege und damit die Auswirkungen auf die derzeitige Arbeit dar. Für ihn bedeutet Wertevermittlung und Effizienz keinen Widerspruch.
2. Frau Kuhlmann berichtet von einem Seminar von EFAS - ev. Fachverband für Arbeit und Soziales zum Thema: Qualitätsentwicklung. Um die finanzielle Förderung von Arbeitslosenprojekte weiterhin im Landeshaushalt zu sichern, werden Qualitätsstandards zur Leistungsüberprüfung entwickelt. An dieser Erarbeitung der Qualitätsstandards nimmt Frau Kuhlmann teil.
Gute Entwicklung bei Erwerbslosen- und Beschäftigungsprojekte in den 80ziger Jahren. Seit den 90zigern werden die öffentlichen Gelder knapper und daher der „Kampf“ um die Töpfe härter. Frau Kuhlmann stellt ein Buch vor: „Qualität in Beratung und Therapie“. Ziel der QE: Beratung soll kostenlos bleiben, eine bestimmte Mindestqualität muß vorhanden sein.
Frau Kuhlmann berichtet von ihrem Besuch bei Herrn Eberwien. Seine Ideen von der Arbeit mit Erwerbslosen kommt denen von „AB“ sehr nahe, d.h. die Wertschätzung und die Eigenverantwortlichkeit der Erwerbslosen haben einen hohen Stellenwert. Es gibt durch die Arbeit eine zusätzliche Ausgrenzung bzw. Generalisierung zu vermeiden. Die Gründung der gGmbH. fiel nur zeitlich zusammen mit den Problemen mit Herrn Hüge. Da die Projektarbeit sich in den vergangenen Jahren immer weiter ausdehnte, führte dies zur Überforderung sowohl inhaltlich als auch finanziell der Kreisstellenarbeit - daher die Ausgliederung aus der Kreisstelle und damit eine Verminderung des finanziellen Risiken.
3. Herr Binder legt eine Einladung zur europäischen Tagung in Berlin vom 26.-28.-06.200 vor. Thema: „Führt die Marktorientierung sozialer Dienste zu sozialer Ausgrenzung?“ Diakonie mit der Europ. Kommission, Generaldirektion Arbeit und Soziales.
4. Die Förderung durch öffentliche Mittel wird in allen sozialen Feldern immer schwieriger. Einsatz der AAA bei Verlust der öffentlichen Förderung.
5. Nachfrage bei Herrn Eberwien - als nächster Termin ist der **21.06.2000, 10,30 Uhr** im Gemeindehaus Lange Str. 33/34 vorgesehen.
6. Herr Eberwien hat für den 21.06.2000, 10.30 Uhr, Gemeindehaus Lange Str. 33/34 zugesagt.

F. Rabe

Protokoll der Vorstandssitzung am 21. 6. 2000, 11 Uhr

Anwesend: Camerer, Ermerling, Jordens-Höke, Kuhlmann, Lorenz, Teichmann
Gast: Eberwien, Diakonisches Werk

Herr Eberwien berichtet über die Umstrukturierung des Diakonischen Werks. Man hatte festgestellt, daß die Kreisstellen des Diakonischen Werks durch die von ihnen betriebenen Unternehmen zu stark in Anspruch genommen wurden. Diese Betriebe haben ja zum Teil besonders schwierige Mitarbeiter. Die Kreisstellen sollten durch die Konstruktion einer GmbH entlastet werden, damit sie ihre eigentlichen Aufgaben besser wahrnehmen könnten. Es ging also nicht darum, die Unternehmen zu zerschlagen. Die Kreisstellen bilden auch überwiegend den Aufsichtsrat der GmbH, so daß sie weiterhin Einfluß auf die Projekte haben. Eine GmbH ist organisatorisch einfacher als eine Stiftung oder ein Verein. Der Geschäftsführer steuert zentral. Die Projekte der Kreisstellen werden nach und nach von der GmbH übernommen. Neue Projekte sollen möglichst längerfristige Arbeitsverhältnisse bieten. Ein Vorteil gegenüber der freien Wirtschaft ist, daß Werbung durch das Netz der Kirchengemeinden leicht möglich ist. Von daher kommen auch Vorschläge für neue Projekte. Die GmbH kann auch kleinere Aufträge annehmen, die freie Unternehmen ablehnen. Sie sucht zuerst nach Arbeitsfeldern, dann nach dafür geeigneten Menschen und dann nach Fördertöpfen. Wer eine Idee hat, kann sich an die GmbH wenden. Sie sorgt dann für die Finanzierung.

Herr Eberwien wird der AAA noch schriftliches Material zusenden.

L. Camerer

Wächter Termin: 13.07.00, 14³⁰ Uhr bei Frau
Rabe, Am der Petrikirche 5, Tel. 18032

AKTION ARBEITSLLOSEN-ABGABE
AAA e.V., Poststraße 4, 38162 Cremlingen

1. Vors.: Christian Teichmann
Tel.: 05306/97 02 16
2. Vors.: Reinhold Jordens-Höke
Tel.: 05364/88 77

Protokoll der Vorstandssitzung am 13.07.2000, 14.30 Uhr

Anwesend: Herr Teichmann, Frau Cammerer, Herr Lorenz.

Protokoll: Frau Rabe

1. Anfrage von Frau Ermerling: Kann die AAA im Predigerseminar eine ABM-Stelle im Bibliothekswesen mit finanzieren, da das Landeskirchenamt alle ABM- Stellen gekappt hat, weil diese Stellen nicht mehr zu 100 % bezuschusst werden. Es muß geklärt werden, ob dies aufgrund der Satzung der AAA möglich ist und ob die ABM-Stelle gewünscht wird. Frau Ermerling wird beauftragt, mit Herrn Rammler, Direktor des Predigerseminars, Kontakt aufzunehmen.
2. Es wurden Überlegungen zur Unterstützung von Arbeitslosenprojekten angestellt: wo kann die AAA finanzielle Unterstützung leisten oder ggfs. anbieten?
3. Bei Herrn Jordens-Höke nachfragen, wie der Stand der Verhandlungen mit Herrn Prof. Grottian ist.
4. Bei Herrn Fechner nach dem Ergebnis der Synode fragen, speziell zu den Themen: „Zukunftsvisionen der Gemeindefarbeit“ und „Ehrenamtliche - Hauptamtliche,“ und - wenn möglich - mit ihr klären, wo diese Ergebnisse veröffentlicht werden.
5. Die Frage nach den Förderungsprinzipien in der nächsten Sitzung besprechen.
6. Der Arbeitsvertrag zwischen der AAA und Frau Rabe wird in unbefristet umgewandelt.
7. Nächste Sitzung am Mittwoch, dem 27.09.2000, 9.00 Uhr, bei Frau Rabe, An der Petrikerche 5, Tel. 1 86 32

H. Rabe

AKTION ARBEITSLOSEN-ABGABE
AAA e.V., Poststraße 4, 38162 Cremlingen

1. Vors.: Christian Teichmann
Tel.: 05306/97 02 16
2. Vors.: Reinhold Jordens-Höke
Tel.: 05364/88 77

Protokoll der Vorstandssitzung am 27.09.2000, 9.00 Uhr

Anwesend: Herr Teichmann, Frau Ermerling, Frau Kuhlmann, Herr Binder.

Protokoll: Frau Rabe

1. Dem Antrag der Jugendwerkstatt Northeim auf einen Zuschuß für die Ergänzungsfinanzierung der FAS-Stelle in Höhe von DM 5.000,-- wurde stattgegeben.
2. Die finanzielle Situation der Aktion Brückenbau wird schwierig, da durch Schwangerschaftsvertretung erheblich Mehrkosten entstehen. Bei Bedarf wird die Aktion Brückenbau einen Antrag auf Mitfinanzierung der Vertretungskosten an die AAA stellen. Da „AB“ in den vergangenen 2 Jahren keinen Antrag stellte, wäre eine Unterstützung möglich.
3. „AB“ plant in Zusammenarbeit mit der gGmbH ein neues Projekt - „Statt-Werke“ - das einen kurzfristiger Einsatz von Erwerbslosen im kirchlichen Bereich ermöglicht. Insbesondere für Arbeiten, die von den hauptamtlichen Mitarbeitern nicht erledigt werden können. Die Arbeiten sollen im Rahmen von Aufwandsentschädigungen geleistet werden. Es muß genau geprüft werden, wieviel die Erwerbslosen dazu verdienen dürfen und daß keine bestehenden Arbeitsplätze dadurch gefährdet werden. Als Beginn der Erprobungsphase in Zusammenarbeit mit Herrn Eberwien ist das Frühjahr 2001 vorgesehen. Fachliche und pädagogische Betreuung ist unbedingt erforderlich und wird durch „AB“ geleistet. Zur weiteren Information könnte „AB“ Kontakt mit dem Beratungsdienst Goslar aufnehmen, da für diesen Bereich dort vielleicht Erfahrungen vorliegen. Die Projektierung erfolgt im engen Kontakt zu mit Herrn Eberwien von gGmbH des diakonischen Werkes. Die Unterstützung dieses Projektes durch die AAA würde einerseits die Zusammenarbeit mit der gGmbH bedeuten, könnte aber für die AAA eine Möglichkeit sein, sich in den Gemeinden bekannter zu machen und damit zu einem neuen Inhalt finden. Der Vorstand der AAA wird prüfen, ob dieses Beschäftigungsprojekt mit Mitteln der AAA gefördert werden kann.
4. Die Idee, eine ABM-Stelle in der Bibliothek des Predigerseminars durch finanzielle Unterstützung durch die AAA zu ermöglichen, wurde positiv aufgenommen. Die Entscheidung über die Einrichtung einer ABM-Stelle muß noch erfolgen.
5. Die Neugestaltung des Faltblattes ist in Arbeit.
6. Nächster Termin - gleichzeitig Mitgliederversammlung - ist **Donnerstag, der 30. November 2000, 19.30 Uhr, Gemeindehaus St. Petri, Lange Straße 33/34, Braunschweig.**

**Aktion Arbeitslosen-Abgabe
in Braunschweig e.V.**

Christian Teichmann
Poststraße 4
38162 Cremlingen
Tel.: 05306/970216
Fax.: 05306/970218
Dezember 2000

An die Mitglieder und
Spenderinnen und Spender
der Aktion Arbeitslosen-Abgabe

Liebe Spenderinnen und Spender der Aktion Arbeitslosen-Abgabe,

mit der Spendenbescheinigung für das Jahr 2000 möchte ich Ihnen ganz herzlich für die Unterstützung unserer Arbeit im zurückliegenden Jahr danken.

Ich möchte Ihnen danken für Ihr Engagement für die von Arbeitslosigkeit Betroffenen. Die in diesem Jahr zurückgehenden Zahlen in der Arbeitslosenstatistik können uns nicht den Blick davor verschließen, dass Arbeitslosigkeit und damit der Ausschluss vom privaten Erfolg und von sozialer Bestätigung in Deutschland noch immer ca. vier Millionen Menschen und deren Familien betrifft.

Im Verlauf der letzten Jahre erkennen wir, dass eine gewisse Umstrukturierung unserer Fördermaßnahmen eingetreten ist. Immer mehr unterstützen wir Projekte mit relativ hohen Summen, weil öffentliche Förderungen mehr und mehr zurückgefahren werden. Doch trotzdem ist es gerade in dieser Phase des Umbruchs wichtig, dass wir für viele Projekte als Zuschussgeber zur Stelle sind.

An dieser Stelle nochmals ein Dank für Ihre Zuwendungen, die wir weiterreichen, und für Ihr Vertrauen gegenüber dem Vorstand der AAA, dass die Mittel von Ihnen auch in Ihrem Sinn eingesetzt werden.

Mit den besten Wünschen für das Jahr 2001
Ihr

Christian Teichmann

■ Arbeitsmarkt I ■

Um Antwort wird gebeten

Welcher Weg führt aus der Arbeitslosigkeit? Politiker und Tarifparteien stehen in der Pflicht – aber auch Kirchen und Wohlfahrtsverbände haben eine beschäftigungspolitische Verantwortung

VON PETER GROTTIAN



Über vier Millionen Menschen waren im letzten Monat arbeitslos gemeldet

Foto: Martina Hengesbach

■ Kirchen und Wohlfahrtsverbände haben eine gute Tradition, sich für Erwerbslose und Arme einzusetzen. Ihre Armutsberichte sind hoch geachtet, die kirchlichen Veröffentlichungen zur Arbeitslosigkeit werden diskutiert. Aber wenn es um beschäftigungspolitische Strategien in den Tarifverhandlungen geht, dann ist von Wohlfahrtsverbänden und Kirchen in der Regel nichts zu hören: Man sei kein Tarifpartner, man sei keine staatliche Institution, es sei sowieso vieles ganz anders.

Die so reden, jammern aber nach dem Ende der Tarifverhandlungen über die unsolidarische, unchristliche Wagenburg öffentlicher Dienst, die jetzt dazu zwingt, das Ergebnis für die Wohlfahrtsverbände und Kirchen in etwa zu übernehmen. Wer hindert aber Kirchen und Wohlfahrtsverbände, sich zu Wort zu melden – und selbst beschäftigungspolitisch aktiv zu werden?

Wenn Bundeskanzler Schröder, Bundesinnenminister Schily und der ÖTV-Vorsitzende Mai die Beschlüsse des letzten Bündnis-für-Arbeit-Gesprächs ernst nähmen,

Das Bündnis für Arbeit setzt auf eine »beschäftigungsorientierte Tarifpolitik«. Ein Politikwissenschaftler erklärt, was das für den öffentlichen Dienst und die Kirchen bedeutet. Ein Ministerpräsident sagt, wieso ihm diese Botschaft Mut macht. Berliner Arbeitslose erzählen, warum sie sich lieber selber helfen. Und die Demographie wirft ein: Es kommt alles ganz anders!

dann müssten sie die bisher bekannt gewordenen eher traditionellen Vorbereitungen zur Tarifrunde 2000 im öffentlichen Dienst stoppen. Der Bündnis-Text spricht sich eindeutig dafür aus, den zur Verfügung stehenden Verteilungsspielraum *vorrangig* für beschäftigungspolitische Vereinbarungen zu nutzen: Vorzeitiges Ausscheiden aus dem Berufsleben soll ebenso angestrebt werden wie eine verstärkte Nutzung der Altersteilzeit.

Die Bundesregierung wird ihrerseits rechtzeitig die zusätzlichen gesetzlichen, zeitlich befristeten Voraussetzungen zur Umsetzung solcher Vereinbarungen schaffen – so heißt es weiter im Text. Und schließlich sollen Arbeitszeit-Konten und eine attraktivere Teilzeitarbeit in den nächsten zwei Jahren Gegenstand tarifvertraglicher Vereinbarungen werden.

Auf eine vorrangig beschäftigungsstiftende Tarifstrategie sind

aber weder Rot-Grün, die Länder und Kommunen noch die Gewerkschaften ÖTV und DAG oder der Deutsche Beamtenbund bisher vorbereitet. Alle reden von neuen Arbeitsplätzen, legen aber ihre Tarifstrategien so an, dass neue Arbeitsplätze strukturell und machtpolitisch eher verhindert werden. Alle Strategien waren bisher primär auf einen »Inflationsausgleich plus« ausgerichtet.

Rot-Grün wollte den bisherigen Forderungen von vier Prozent nicht entsprechen, verfügt nach allen Informationen aber über keine beschäftigungsfördernde Tarifpolitik, wie im Bündnis für Arbeit verlangt. Die ÖTV hat eine vermutlich leicht über die vier Prozent hinausgehende Forderung erhoben mit einem Ost-West-Stufenplan für die Angleichung der Einkommens- und Arbeitsbedingungen.

Wenn das Bündnis-Gesprächsergebnis nur einen Pfifferling wert ist, dann müssen jetzt die Tarifstrategien neu ausgerichtet werden. Nicht nur die traditionellen Tarifparteien müssen umdenken, sondern auch die Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Stiftungen und

Non-Profit-Organisationen, die ihre Beschäftigungsverhältnisse den Prinzipien nach auf den öffentlichen Dienst ausrichten. Wenn es den Hauch einer Chance gibt, dann müsste die Bewegung von Rot-Grün als dem Verhandlungsführer der öffentlichen Arbeitgeber ausgehen. Schröder und Schily können es sich eigentlich nicht leisten, die anderen Branchen und Dienstleistungen zu einer beschäftigungsfördernden Tarifpolitik zu drängen und im eigenen Tarifbereich exakt dagegen zu verstoßen. Zumindest eine gemischte Strategie von Beschäftigungsabbau und neuen Arbeitsplätzen müsste angegangen werden. Was könnte ins Werk gesetzt werden?

Nach Radikalität geordnet, ergeben sich im Sinne der Ermunterung im Bündnis für Arbeit drei Strategien, die sogar zum Teil integrationsfähig gemacht werden könnten:

□ Alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes erhalten ein Mehr an freier Zeit von einer Woche im Jahr, müssen sich mit einer realen Nullrunde ohne Inflationsausgleich zufrieden geben, finanzieren aber ▶

► mit dieser solidarischen Umverteilung von drei Prozent über zwei Jahre mit 10,2 Milliarden Mark zusätzlich mindestens circa 200 000 Voll- und Teilzeitarbeitsplätze im weitesten Sinne des öffentlichen Sektors (es ist auch ein Tarifvertrag vorstellbar, der die unteren Einkommensgruppen von der realen Nullrunde ausnimmt). Das Rechenmodell geht von 345 Milliarden Mark Personalkosten (1998) von Bund, Ländern und Gemeinden aus. Die reale Nullrunde würde bei Voll- oder Teilzeitstellen zu Stellenkosten von je 50 000 Mark jährlich mehr als 200 000 Stellen ergeben. Schließen sich Kirchen und Wohlfahrtsverbände an, wären circa 300 000 neue Arbeitsplätze insgesamt realistisch.

□ Statt des Inflationsausgleichs plus, der sich auf etwa drei Prozent summiert, wird nur ein realer Inflationsausgleich vereinbart, und die eingesparten Mittel (3,4 Milliarden Mark) fließen in eine vernünftige und funktionierende Altersteilzeit im öffentlichen Dienst. Öffentliche Arbeitgeber und Gewerkschaften schweigen schamhaft über die bisherige Altersteilzeitregelung, weil sie nicht funktioniert. Kein öffentlicher Arbeitgeber kann seine Bediensteten mit 83 Prozent des Gehalts in den Ruhestand schicken, weil er so keine neue Stelle finanzieren kann. Das Altersteilzeitmodell ist demnach nur



Jobsuche: Wer wird gebraucht?

Foto: Martina Hengesbach/JOKER

flottzumachen, wenn einerseits die Abgangsbedingungen weniger üppig ausgestaltet werden und das Geld für neue Stellen aus dem Tariftopf finanziert werden kann.

□ Der öffentliche Dienst könnte aus dem Topf des realen Inflationsausgleichs (3,4 Milliarden Mark) eine familiengerechte Teilzeitarbeit anbieten, die Teilzeit nicht mehr bestraft, sondern im Sinne des Bündnis-Papiers tatsächlich attraktiver macht. Einkommensverlust und Zeitgewinn müssen in der Summe für den Beschäftigten positiv wirken, zum Beispiel indem eine zehnpromtente Arbeitszeitverkürzung nur zu

einer dreiprozentigen Nettolohnminderung führt. Das Angebot könnte sowohl für vorhandene Stellen als auch für neu einzurichtende Arbeitsplätze gelten. Der öffentliche Dienst hätte die Chance, Schrittmacher für eine neue familiengerechte Arbeitszeit zu werden.

Alle drei Vorschläge bedürfen einer wasserdichten Konstruktion von Verzicht und der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Dieser neue Typus von Tarifvertrag weckt Ängste und Befürchtungen. Auch wenn solidarische Arbeitsumverteilungsmodelle mehrheitsfähig scheinen, bedarf es doch eines behutsamen Aushandlungsmodells.

Dieses muss für öffentliche Arbeitgeber und Gewerkschaften kalkulierbar sein und von der Öffentlichkeit verstanden werden.

Deshalb ist zum Vertrauensschutz der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen im Tarifvertrag eine Cash-Klausel vorzusehen. Damit ist eine Lohn- und Gehaltserhöhung in Höhe des Inflationsausgleichs gemeint, die automatisch eintritt, sofern sich öffentliche Arbeitgeber und Gewerkschaften nicht auf die Vorschläge zur solidarischen Arbeitsumverteilung und zu neuen Arbeitsplätzen auf den Konkretisierungsebenen einigen können. Eine solche Klausel schützt ernst gemeinte Solidarität und fördert einen produktiven Einigungszwang der Tarifpartner.

Es ist demnach nicht so, dass die bescheidenen Vereinbarungen im Bündnis für Arbeit nicht den Stoff für ganz kleine Revolutionen in den Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes bieten könnten. Schröder und Schily müssten den Beweis antreten, dass es zwischen Bündnis für Arbeit und der Strategie der öffentlichen Arbeitgeber eine Glaubwürdigkeitsbrücke gibt. Und die Kirchen und Wohlfahrtsverbände müssten heraus aus ihren Hasenfurchen, in denen sie nur abwarten, bis das Tarifgewitter vorbeigezogen ist.

Was hätten wohl die Kirchen gemacht, wenn sie - wie einmal von

der SPD geplant und nicht eingehalten - am Verhandlungstisch des Bündnisses für Arbeit gesessen hätten? Einmal abgesehen davon, dass sie kaum darauf vorbereitet gewesen wären - sie hätten ihre Stimme für neue Arbeitsplätze in irgendeiner Weise erheben müssen. Diese Pflicht steht jetzt an, für die Kirchen und Wohlfahrtsverbände, bei denen circa zwei Millionen Menschen arbeiten - und in vielen Projekten Erwerbslose gesellschaftlich sinnvoll arbeiten könnten.

Oder gibt es nur ein institutionelles Interesse an sich selbst, sind Erwerbslose nur das Tränenpotential für eine sonst versteinerte Politik? Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Diakonisches Werk, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Deutsches Rotes Kreuz - es wäre Zeit zu einer beschäftigungspolitischen Wortmeldung!

**Peter Grotian**

ist Hochschul-lehrer am Otto Suhr Institut für Politikwissenschaft der FU Berlin

Foto: dpa

■ Arbeitsmarkt II ■

Hoffnungszeichen oder Vorbotin einer Krise?

Noch führt die demographische Entwicklung zu einer Entlastung auf dem Arbeitsmarkt - aber ihre langfristigen Folgen könnten verheerend sein

AKTION ARBEITSLOSEN ABGABE
AAA e.V., Poststraße 4, 38162 Cremlingen

1. Vors.: Christian Teichmann
Tel.: 05306/97 02 16
2. Vors.: Reinhold Jordens-Höke
Tel.: 05364/88 77

Protokoll der Mitgliederversammlung am 30.11.2000

Anwesend: Herr Teichmann, Frau Kuhlmann, Herr Lorenz, Frau Dr. Camerer, Frau Schöning, Frau Mohr.

Protokoll: Frau Rabe

1. Protokoll der Mitgliederversammlung 1999 wird vorgelesen und genehmigt.
 2. Vorstellung der geförderten Projekte 1999, Jahresrückblick. Die Bekanntheit der AAA soll verstärkt werden, um auch in den Kirchengemeinden Förderungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Die öffentliche Förderung wird immer schwieriger und komplizierter. Referat von Herrn Lorenz über Stellenplan-Budgetierung in den Kirchengemeinden. Überlegungen, ob die AAA reduzierte Arbeitsplätze unterstützen kann.
 3. Herr Teichmann berichtet über die Situation in der Propstei Helmstedt.
 4. Jahresabschluß 1999 vorgelegt. Der Freistellungsbescheid für die Jahre 1997/98/99 wurde vom Finanzamt Braunschweig am 24.11.2000 erteilt.
 5. Die Kassenprüfung für das Jahr 1999 hat stattgefunden. Die Kassenprüferinnen, Frau Kuhlmann und Frau Schwarz hatten keine Beanstandungen. Entlastung wurde einstimmig erteilt. Frau Kuhlmann und Frau Schwarz wurden als Kassenprüferinnen wieder gewählt. Herr Lorenz stellt den Finanzplan 2000 vor. Zustimmung einstimmig erteilt.
 6. Der Antrag der Aktion Brückenbau in Höhe von DM 11.000,-- zur Finanzierung des FAS-Antrages (Förderprogramm des Landes Niedersachsen für Erwerbsloseninitiativen) und um einmalige Unterstützung des Mutterschaftsgeldes in Höhe von DM 5.500,-- wurde einstimmig genehmigt.
 7. Dem Antrag der Landesarbeitsgemeinschaft der Arbeitslosenprojekte für Erwachsene in Niedersachsen (ZEPRA) um einen Personalkostenzuschuß für das Jahr 2000 in Höhe von DM 1.500,-- wurde einstimmig stattgegeben.
 8. Der gemeinnützige Verein HUBETA erhält für die stundenweise Beschäftigung von zwei arbeitslosen Männern einen weiteren Zuschuß in Höhe von DM 3.600,--
- ✂ Termin der nächsten Vorstandssitzung ist **Mittwoch, der 17.01.2001 um 9.00 Uhr** bei Frau Rabe, An der Petrikirche 5, 38100 Braunschweig, Tel. 1 86 32

H. Rabe

AKTION ARBEITSLOSEN ABGABE
AAA e.V., Poststraße 4, 38162 Cremlingen

1. Vors. Christian Teichmann
Tel.: 05306/97 02 16
2. Vors. Reinhold Jordens-Höke
Tel.: 05364/88 77

Jahresrückblick 2000

Prinzipiell kann die AAA nur auf Anfragen reagieren und keine eigenen Projekte initiieren. Trotzdem stellt der Vorstand eigene Überlegungen an und nimmt auch selbst Kontakt zu Menschen auf, die Projekte zur Beschäftigung von Arbeitslosen planen, wenn er davon erfährt. Anregungen von Seiten der Mitglieder sind willkommen.

Hier einige Beispiele der von der AAA geförderten Projekte:

Im Jahr 2000 erhielten wir eine Anfrage des gemeinnützigen Vereins **Hubeta** in Braunschweig, der sich auf dem Gebiet der ambulanten Alten- und Krankenpflege und hauswirtschaftlichen Versorgung betätigt. U.a. beschäftigt Hubeta auch stundenweise Arbeitslose, die wegen geistiger und körperlicher Einschränkungen sonst kaum Arbeit finden. Diese Beschäftigung haben wir mit DM 3.600,- unterstützt.

Die Landesarbeitsgemeinschaft für Arbeitslosenprojekte für Erwachsene in Niedersachsen, zu der wir auch gehören **-ZEPRA-** konnten wir mit einem kleinen Zuschuß von DM 1.500,- unterstützen, als dort überraschend eine Finanzierungslücke auftrat.

Gewichtiger fiel unsere Hilfe für die „**Aktion Brückenbau**“ in diesem Jahr aus. Um in das Förderprogramm des Landes Niedersachsen für Erwerbsloseninitiativen aufgenommen zu werden, muß „Aktion Brückenbau“ noch andere Mittel nachweisen. Neben den von der Landeskirche genehmigten DM 40.000,- stand noch eine Summe von DM 16.000,- aus, die die AAA beibringen konnte.

Ein ähnlich hoher Zuschuß von DM 16.350,- konnte der **Braunschweiger Bibelgesellschaft** gewährt werden. Es ging darum, die Stelle des Betreuers der Ausstellung der Bibelgesellschaft in der Martinikirche in Braunschweig, die Ihnen sicher bekannt ist, noch um ein Jahr zu verlängern. Dadurch kann die Ausstellung noch einen neuen Schwerpunkt erhalten und der gut eingearbeitete Religionspädagoge ein weiteres Jahr beschäftigt werden. Da ein Teil der bisherigen Zuschüsse wegfällt, hat die AAA die Stelle mit einem Betrag von DM 16.350,- weiter gesichert.

Und schließlich können wir dieses Jahr mit einem Zuschuß davon DM 15.000,- dazu beitragen, daß die **Stelle einer Projektleiterin** für Angebote des Amtes für missionarische Dienste und für Meditationsangebote der Propstei Braunschweig, speziell in St. Katharinen, noch um ein Jahr verlängert wird.

Leider kommt es häufiger vor, daß sich Projekte, für die wir Zuschüsse bereitgestellt hatten, im letzten Augenblick wieder zerschlagen, weil andere Geldgeber ihre Zusagen zurückziehen.



**Aktion
Arbeitslosen
Abgabe**
In Braunschweig

Protokolle und Materialien 2001

AKTION ARBEITSLOSEN ABGABE
AAA e.V., Poststraße 4, 38162 Cremlingen

1. Vors.: Christian Teichmann
Tel.: 05306/97 02 16
2. Vors.: Reinhold Jordens-Höke
Tel.: 05364/88 77

Protokoll der Vorstandssitzung vom 17.01.2001

Anwesend: Herr Teichmann, Herr Binder, Frau Dr. Camerer, Herr Jordens-Höke
Protokoll: Frau Rabe

Das Protokoll der Mitgliederversammlung am 30.11.2000 wurde mit der Änderung:
„einmalige Unterstützung bei Zahlung des Mutterschaftsgeldes“ genehmigt.

1. Der Antrag von Frau Hasselbach - Unterstützung der Existenzgründung - kann durch die AAA aufgrund der Satzung nicht genehmigt werden.
2. Überlegungen zur Verwendung der Spendengelder: die Förderung kirchlicher Arbeitsplätze soll verstärkt werden, durch mehr Präsenz der AAA. Soziale Dienste im Bereich der Kirchengemeinden unterstützen. Möglicherweise ist die Förderung eines festen Arbeitsplatzes auf Zeit möglich.
3. Die AAA kann nur auf Anfragen reagieren, nicht selbst agieren, um Projekte zu fördern. Überlegungen zur Förderung des theologischen Nachwuchses. Förderung von gekürzten Pfarrstellen? Überlegungen zum Einsatzbereich und auch über den Zeitraum der Förderung. Auch im Bereich des Amtes für Missionarische Dienste ist eine Förderung möglich, Kontaktaufnahme über Frau Ermerling. Pastor Binder nimmt mit Pastor Burckhardt Kontakt auf, um über die weitere Förderung des Arbeitsplatzes einer Bürokräft zu sprechen. Außerdem wurde auch über die Kontaktaufnahme zu Frau Ilsabe Schwarz gesprochen, wegen Förderung möglicher Projekte in ihrem Arbeitsbereich. Pastor Jordens-Höke wird weiterhin mit Prof. Grotjahn in Verbindung bleiben.

Nächster Termin der Vorstandssitzung: **Mittwoch 07.03.2001, 16 Uhr**, bei Frau Rabe, An der Petrikirche 5, 38100 Braunschweig, Tel. 1 86 32

J. Rabe

AKTION ARBEITSLOSEN ABGABE
AAA e.V., Poststraße 4, 38162 Cremlingen

1. Vors.: Christian Teichmann
Tel.: 05306/97 02 16
2. Vors.: Reinhold Jordens-Höke
Tel.: 05364/88 77

Protokoll der Vorstandssitzung vom 07.03.2001

Anwesend: Herr Teichmann, Herr Binder, Frau Dr. Camerer, Herr Jordens-Höke, Frau Kuhlmann, Frau Ermerling, Herr Lorenz., Frau Bischoff.
Protokoll: Frau Rabe

1. Frau Bischoff stellt den Entwurf des Faltblattes der AAA vor. Änderungen und Korrekturen werden besprochen. Informationen über die Arbeit der im Faltblatt vorzustellenden Projekte sollen eingeholt werden. Herr Teichmann wird sich mit Hubeta e.V. in Verbindung setzen. Überlegungen zu einer Änderung des Logo. Bilder aus der Arbeitswelt - die Verwendung im neuen Faltblatt finden sollen - sind schwer zu finden. Wichtig ist, die Genehmigung zur Veröffentlichung einzuholen. Die Bezahlung der Arbeit von Frau Bischoff wurde besprochen: Entlohnung zwischen DM 50,-- und DM 1.500,-- und die tatsächlich entstandenen Ausgaben für Material usw.
2. Frau Ermerling berichtet von einem Projekt im Bereich Heimbürg/Blankenburg und fragt an, ob eine Unterstützung der Arbeit durch die AAA möglich ist.
3. Über eine Kontaktaufnahme mit dem Amt für Missionarische Dienst wurde gesprochen. Frau Ermerling wird mit Frau Kuhlmann Kontakt zu Pastor Hennig oder Pastor Kollmar aufnehmen.
4. Es wurde überlegt, Herrn Weesemann auf Honorarbasis anzustellen - nach Rücksprache mit Pastor Cornelius Hahn - im Bereich Spezialvikariat Kindergottesdienst.
5. Frau Dr. Camerer berichtet von einem Vortrag von Herrn Berner über Gemeinnützigkeit. EU-Richtlinien spielen auch im kirchlichen Bereich eine Rolle, vor allem Dingen auf dem sozialen Markt herrscht ein großer Verdrängungswettbewerb.
6. Frau Kuhlmann berichtet von der Pauschalierung im Bereich der Sozialhilfe. Das Sozialamt Wolfenbüttel wird diese Pauschalierung anwenden, Braunschweig nicht.

Nächster Sitzung ist am **Mittwoch, dem 16.05.01, 16.00 Uhr**, bei Frau Rabe, An der Petrikerkirche 5, 38100 Braunschweig, Tel.: 0531/1 86 32

Bitte entschuldigen Sie, daß das Protokoll Ihnen jetzt erst zugeht, aber ich war im Krankenhaus und anschließend noch krankgeschrieben. Jetzt bin ich wieder im Dienst.

AKTION ARBEITSLOSEN ABGABE
AAA e.V., Poststraße 4, 38162 Cremlingen

1. Vors.: Christian Teichmann
Tel.: 05306/97 02 16
2. Vors.: Reinhold Jordens-Höke
Tel.: 05364/88 77

Protokoll der Vorstandssitzung vom 16.05.2001

Anwesend: Herr Teichmann, Herr Binder, Frau Dr. Camerer, Frau Kuhlmann, Frau Ermerling, Herr Lorenz.

Protokoll: Frau Rabe

Das Protokoll vom 07.03.2001 wurde mit folgender Änderung zu 1. genehmigt:
Die Entlohnung von Frau Bischoff liegt zwischen **DM 500,--** und **DM 1.500,--**

1. Nachricht von Frau Bischoff: Neugestaltung des Faltblattes und Logo weiter in Arbeit. Die Beschaffung von Bildmaterial für das Faltblatt ist sehr schwierig. Frau Kuhlmann wird versuchen Fotos vom Designer, der für die Aktion Brückenbau ein neues Faltblatt mit Bildern entwickelt, auch Bilder für die AAA zu erhalten. Bei Pastor Ulrich Adrian soll angefragt werden, ob er Bilder für die AAA anfertigen möchte/kann. Mitteilung von Frau Kuhlmann: Fotos können nicht zur Verfügung gestellt werden.
2. Frau Ermerling berichtet von einem Gespräch mit Pastor Hennig über eine Förderung durch die AAA im Bereich Kirchenpädagogik. Beide sehen dies als sinnvoll an. Im September läuft die ABM-Stelle für die Erlebnisausstellung „Kinder in der Bibel“ aus. Um die Weiterführung dieser Ausstellung sicherzustellen, wird Frau Ermerling wird Pastor Meyer von der Braunschweiger Bibelgesellschaft Kontakt aufnehmen - gedacht ist an folgende Regelung: ½ Stelle für die Ausstellungsarbeit und ½ Stelle für die Anstellung im Bereich Kirchenpädagogik. Als Anstellungsträger sind vorstellbar: Kirchengemeinde St. Martini oder die Propstei Braunschweig. Sollte dies nicht möglich sein, dann das Amt für Religionspädagogik, LKA Wolfenbüttel. Frau Ermerling wird versuchen, die Stellenbeschreibung des jetzigen Stelleninhabers und die von der St. Andreaskirche, Braunschweig, zu erhalten um eine aktuelle Beschreibung des Arbeitsplatzes auszuarbeiten. Es wurde auch über die Kontaktaufnahme zum Arbeitsamt gesprochen - zur Information, welche Möglichkeiten der evtl. Stellenbesetzung sich in diesem Bereich ergeben können.
3. Herr Binder wird sich mit dem Stadtkirchenverband Goslar in Verbindung setzen, um mitzuteilen, daß die AAA die Möglichkeit hat, die Arbeit der Kirchenpädagogin zu unterstützen - auch eine Erhöhung der derzeitigen Stundenzahl ist vorstellbar.
4. Antrag von Frau Ermerling die AB-Maßnahme „Stufen des Lebens“ zusammen mit der Stiftung der Katharinengemeinde zu unterstützen - auf die Dauer von 2-3 Jahren. Grundsätzliche Zustimmung - für 1 Jahr auf jeden Fall. Der Antrag muß vom Anstellungsträger gestellt werden. Förderung in Höhe von DM 10.000,-- pro Jahr ist möglich. Frau Ermerling wird mit Dr. Ludewig Kontakt aufnehmen.
5. Anfrage des Umweltzentrums Braunschweig, nach Unterstützung der Restfinanzierung einer ABM-Stelle durch die AAA. Förderung ist möglich. Herr Teichmann wird dies dem Umweltzentrum mitteilen.
6. Termin der nächsten Vorstandssitzung: **Freitag, 29.06.01, 14.00 Uhr**, bei Frau Rabe, An der Petrikerkirche 5, 38100 Braunschweig, Tel. 0531/1 86 32

H. Rabe

AKTION ARBEITSLOSEN ABGABE
AAA e.V., Poststraße 4, 38162 Cremlingen

1. Vors.: Christian Teichmann
Tel.: 05306/97 02 16
2. Vors.: Reinhold Jordens-Höke
Tel.: 05364/88 77

Protokoll der Vorstandssitzung vom 29.06.2001

Anwesend: Herr Teichmann, Herr Binder, Frau Dr. Camerer, Frau Kuhlmann, Frau Ermerling.

Protokoll: Frau Rabe

1. Kassenprüfung
2. Anträge
3. Arbeitsplatz Kirchenpädagogik in Goslar
4. Arbeitsplatz Kirchenpädagogik Braunschweig

Zu 1.: DW-Spende muß in Überweisung der Landeskirchlichen Kollekte geändert werden. Kassenprüfung durch Frau Kuhlmann und Frau Schwarz ohne Beanstandungen.

Zu 2.: Vom Umweltzentrum Braunschweig ist bislang noch kein Antrag auf Förderung eingegangen.

Dem Antrag zur Restfinanzierung einer ABM-Kraft für den Gemeindedienst des Ev.-luth. Missionswerkes in Niedersachsen und den Besuchs- und Beratungsdienst der St. Johannes-Gemeinde in Höhe von DM 8.641,60 wird stattgegeben.

Die Aktion Brückenbau erhält zur Finanzierung des FAS-Antrages 2002 eine Unterstützung in Höhe von DM 16.000,--

Der Antrag zur Unterstützung der AB-Maßnahme „Stufen des Lebens“ muß noch gestellt werden. Frau Ermerling wird bei Pastor Dr. Ludewig von der St. Katharinen-Gemeinde nachfragen.

Zu 3.: Antrag auf Förderung wurde in das Jahr 2002 zurückgestellt.

Zu 4.: Der SAM-Arbeitsplatz für die Ausstellung der Braunschweiger Bibelgesellschaft in der St. Martinikirche wurde um 1 Jahr (bis zum 30.09.2002) verlängert. Der Vorsitzende der BBG, Pastor Meyer, stellt einen Antrag auf Unterstützung zur Finanzierung dieses Arbeitsplatzes in Höhe von DM 16.350,--. Der Vorstand der AAA stimmt diesem Antrag zu.

Hinweis auf Termine aus dem Semesterprogramm der ESG:

ZUKUNFT DER ARBEIT

„Lebensqualität durch Arbeitsreduzierung - zugleich ein Konzept gegen die Massenarbeitslosigkeit?“ - Referent: Prof. Dr. Peter Grottian, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, Berlin, am 25.10.2001, 19.00 Uhr in der Ev. Studentengemeinde, Pokelsstr. 21

und

„Die Zukunft der Arbeitsgesellschaft“ - Referent Udo Klitzke, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Braunschweig, am 17.01.2002, 20.00 Uhr (?) in der Katholischen Hochschulgemeinde, Schleinitzstr. 17

Termin der nächsten Vorstandssitzung: **Mittwoch, 05.09., 18.00 Uhr, Gemeindehaus St. Petri, Lange Str.33/34**, da ich vom 04. - 06.09. zu einer Fortbildung auf dem Hessenkopf bin.

In der Zeit vom 20.09. - 09.10 möchte ich einen Teil meines Tarifurlaubes nehmen.

AKTION ARBEITSLLOSEN ABGABE
AAA e.V., Poststraße 4, 38162 Cremlingen

1. Vors.: Christian Teichmann
Tel.: 05306/97 02 16
2. Vors.: Reinhold Jordens-Höke
Tel.: 05364/88 77

Protokoll der Vorstandssitzung vom 06.09.2001

Anwesend: Herr Teichmann, Herr Binder, Frau Dr. Camerer, Frau Kuhmann
Frau Ermerling

Protokoll: Frau Rabe

Die ABM-Stelle für den Gemeindedienst des Ev.-luth. Missionswerkes in Niedersachsen und den Besuchs- und Beratungsdienst der St. Johannis-Gemeinde wurde gestrichen, somit wird die Restfinanzierung nicht benötigt. Der bereits überwiesene Betrag in Höhe von DM 8.641,60 wird zurückerstattet.

Frau Ermerling erkundigt sich bei Pastor Meyer, Braunschweigische Bibelgesellschaft, nach einer evtl. Finanzierungsänderung der Stelle des Ausstellungspädagogen.

Für die Unterstützung des Arbeitsplatzes „Stufen des Lebens“ muß ein neuer Antrag gestellt werden, der einen genauen Finanzierungsplan enthält. Brief an Pastor Dr. Ludewig von der St. Katharinen-Gemeinde mit der Bitte, diesen neuen Antrag möglichst bald einzureichen.

Dem Antrag des Diakonischen Beratungsdienstes Goslar auf einen Zuschuß beim Kauf eines Gabelstaplers kann nicht entsprochen werden.

Einladungen zum „Runden Tisch“ an Pastor Kopisch, dem neuen Vorsitzenden des Pfarrerausschusses.

Termin der nächsten Vorstandssitzung: **Freitag, 16.11.2001, 14.00 Uhr**, bei Frau Rabe, An der Petrikerkirche 5, 38100 Braunschweig, Tel.: 0531/1 86 32

AKTION ARBEITSLOSEN ABGABE
AAA e.V., Poststraße 4, 38162 Cremlingen

1. Vors.: Christian Teichmann
Tel.: 05306/97 02 16
2. Vors.: Reinhold Jordens-Höke
Tel.: 05364/88 77

Protokoll der Vorstandssitzung vom 16.11.2001

Anwesend: Herr Teichmann, Herr Binder, Frau Dr. Camerer, Frau Kuhlmann
Frau Ermerling, Herr Jordens-Höke.

Protokoll: Frau Rabe

1. Einladung an Herrn Pallinger, DW, zur Mitgliederversammlung der AAA am 28.11.2001. Herr Pallinger hat zugesagt. Er ist Koordinator von Erwerbslosenprojekten, Erwerbslosenunterstützungsvereinen, Erwerbslosenberatung und -betreuung.
2. Frau Kuhlmann berichtet von dem Projekt „Gate“ in Hamburg. Diese Projekt befasst sich mit unterschiedlichen Arbeitseinsätzen und Arbeitsumfang von Langzeitarbeitslosen.
3. Antrag von „Refugium „ Flüchtlingshilfe e.V., Braunschweig zur Sicherung eines Arbeitsplatzes in Höhe von DM 23.000,-- (12.000,-- Euro). Der Antrag wurde mit dem DM 20.000,-- genehmigt. Die Zahlung erfolgt in zwei Teilbeträgen im Januar und Juli 2002.
4. Antrag von der Kreuzgemeinde „Neue Armut“ zur Sicherung eines Arbeitsplatzes in Höhe von DM 7.000,--. AB-Maßnahme wurde nicht mehr verlängert. Hinweis auf neue Antragstellung im Jahr 2002.
5. Förderung des Arbeitsplatzes bei der Braunschweiger Bibelgesellschaft nur bis zum 31.12.2001. Die bereits gezahlte Förderung wurde nur zu ¼ verbraucht. Der Rest wurde auf die Stelle des Religionspädagogen für das Jahr 2002 übertragen. Veränderung der Förderung durch die AAA wurde genehmigt.
6. Der Antrag auf Erhöhung der Förderung durch die AAA beim Arbeitsplatz in der St. Katharinengemeinde „Stufen des Lebens“ wurde bewilligt. Frau Nauroth soll nicht als Geldgeberin für ihren Arbeitsplatz erscheinen.
7. Der „Runde Tisch“ findet bis auf weiteres nicht statt.
8. Das Projekt mit Prof. Grotjan soll weiter verfolgt werden. Herr Jordens-Höke wird nachfragen.
9. Herr Teichmann berichtet von einem Vortrag von Prof. Grotjan bei der ESG über ein Projekt über Arbeitslosen-Existenzgründungen in Holland.
10. Die Besprechung über das Logo für das Faltblatt der AAA wurde vertagt. Bei der Mitgliederversammlung sollen die Entwürfe vorgestellt werden.

Termin der nächsten Vorstandssitzung am **Mittwoch, dem 30.01.2002, 11.00 Uhr**
bei Frau Hannelore Rabe, An der Petrikirche 5, 38100 Braunschweig,
Tel.: 0531/1 86 32

AKTION ARBEITSLOSENABGABE
AAA e.V., Poststraße 4, 38162 Cremlingen

1. Vors.: Christian Teichmann
Tel.: 05306/97 02 16
2. Vors.: Reinhold Jordens-Höke
Tel.: 05364/88 77

Protokoll der Mitgliederversammlung am 28.11.2001

Anwesend: Herr Teichmann, Frau Kuhlmann, Frau Dr. Camerer, Frau Ermerling, Frau Schwarz, Herr Jordens-Höke, Herr Kiel, Herr Hille, Frau Schöning, Herr Pallinger, Diakonisches Werk, Herr Schöbel, Friedenszentrum.

Protokoll: Frau Rabe

1. Protokoll der Mitgliederversammlung 2000 wurde genehmigt. Herr Teichmann stellte den Jahresrückblick 2000/2001 vor. Entlastung des Vorstandes und der Kassenführerin-vorbehaltlich. Als Kassenprüferinnen wurden Frau Kuhlmann und Frau Schwarz gewählt.
2. Antrag von Herrn Kiel für das Jahr 2003 um Unterstützung zur Sicherung eines Arbeitsplatzes im Bibelgarten in Schöningen. Hinweis auf SAM (Strukturpassungsmaßnahmen) an Herrn Kiel.
3. Herr Pallinger, Sozialpädagoge, stellt sich und seinen Arbeitsbereich-Ansprechpartner für anderen Einrichtungen im Bereich Grundsatzfragen zur Arbeitssicherung und Armut, Arbeitslosenprojekte- im Diakonischen Werk vor.
4. Aussprache über die schwierige Situation bei der Beantragung von AB-Maßnahmen und anderen öffentlichen Geldern. Aufgrund der sehr unterschiedlichen Förderungsmaßnahmen ist die Beantragung sehr schwierig und sehr zeitaufwendig.
5. Herr Teichmann stellt das neue Faltblatt der AAA vor. Die Entwürfe für das neue Logo werden gezeigt und darüber diskutiert. Die endgültige Entscheidung fällt bei der nächsten Vorstandssitzung.
6. Als neuen Termin für Jahresabschluß 2001 und Finanzplan 2002 wurde März 2002 vorgeschlagen, möglicherweise auch der Termin für die Mitgliederversammlung 2002.

J. Rabe

AKTION ARBEITSLOSEN ABGABE
AAA e.V., Poststraße 4, 38162 Cremlingen

1. Vors. Christian Teichmann
Tel.: 05306/97 02 16
2. Vors. Reinhold Jordens-Höke
Tel.: 05364/88 77

Jahresrückblick 2000

Prinzipiell kann die AAA nur auf Anfragen reagieren und keine eigenen Projekte initiieren. Trotzdem stellt der Vorstand eigene Überlegungen an und nimmt auch selbst Kontakt zu Menschen auf, die Projekte zur Beschäftigung von Arbeitslosen planen, wenn er davon erfährt. Anregungen von Seiten der Mitglieder sind willkommen.

Hier einige Beispiele der von der AAA geförderten Projekte:

Im Jahr 2000 erhielten wir eine Anfrage des gemeinnützigen Vereins **Hubeta** in Braunschweig, der sich auf dem Gebiet der ambulanten Alten- und Krankenpflege und hauswirtschaftlichen Versorgung betätigt. U.a. beschäftigt Hubeta auch stundenweise Arbeitslose, die wegen geistiger und körperlicher Einschränkungen sonst kaum Arbeit finden. Diese Beschäftigung haben wir mit DM 3.600,-- unterstützt.

Die Landesarbeitsgemeinschaft für Arbeitslosenprojekte für Erwachsene in Niedersachsen, zu der wir auch gehören -**ZEPRA**- konnten wir mit einem kleinen Zuschuß von DM 1.500,-- unterstützen, als dort überraschend eine Finanzierungslücke auftrat.

Gewichtiger fiel unsere Hilfe für die „**Aktion Brückenbau**“ in diesem Jahr aus. Um in das Förderprogramm des Landes Niedersachsen für Erwerbsloseninitiativen aufgenommen zu werden, muß „Aktion Brückenbau“ noch andere Mittel nachweisen. Neben den von der Landeskirche genehmigten DM 40.000,-- stand noch eine Summe von DM 16.000,-- aus, die die AAA beibringen konnte.

Ein ähnlich hoher Zuschuß von DM 16.350,-- konnte der **Braunschweiger Bibelgesellschaft** gewährt werden. Es ging darum, die Stelle des Betreuers der Ausstellung der Bibelgesellschaft in der Martinikirche in Braunschweig, die Ihnen sicher bekannt ist, noch um ein Jahr zu verlängern. Dadurch kann die Ausstellung noch einen neuen Schwerpunkt erhalten und der gut eingearbeitete Religionspädagoge ein weiteres Jahr beschäftigt werden. Da ein Teil der bisherigen Zuschüsse wegfällt, hat die AAA die Stelle mit einem Betrag von DM 16.350,-- weiter gesichert.

Und schließlich können wir dieses Jahr mit einem Zuschuß davon DM 15.000,-- dazu beitragen, daß die **Stelle einer Projektleiterin** für Angebote des Amtes für missionarische Dienste und für Meditationsangebote der Propstei Braunschweig, speziell in St. Katharinen, noch um ein Jahr verlängert wird.

Leider kommt es häufiger vor, daß sich Projekte, für die wir Zuschüsse bereitgestellt hatten, im letzten Augenblick wieder zerschlagen, weil andere Geldgeber ihre Zusagen zurückziehen.



**Aktion
Arbeitslosen
Abgabe**
In Braunschweig

Protokolle und Materialien 2002

Öffentlichkeitsarbeit der AAA

AKTION ARBEITSLOSEN ABGABE
AAA e.V., Poststraße 4, 38162 Cremlingen

1. Vors.: Christian Teichmann
Tel.: 05306/97 02 16
2. Vors.: Reinhold Jordens-Höke
Tel.: 05364/88 77

Protokoll der Vorstandssitzung vom 30.01.2002

Anwesend: Herr Teichmann, Herr Lorenz, Frau Dr. Camerer, Frau Kuhmann
Frau Ermerling, Herr Jordens-Höke.

Protokoll: Frau Rabe

1. Antrag der Stiftung „Wohnen und Beraten - Meilenstein“, in Helmstedt. Herr Teichmann wird Kontakt mit der Stiftung aufnehmen, um einen entsprechenden Antrag auf Unterstützung zu erhalten.
2. Es wurden Korrekturen im neu zu erstellenden Faltblatt vorgenommen. Die Entscheidung über das Logo getroffen. Herr Jordens-Höke holt noch einen Kostenvoranschlag bei einer Druckerei ein und wird sich dann mit Frau Ermerling in Verbindung setzen, um dann den Druckauftrag durch Frau Ermerling erteilen zu lassen. Die farbliche Gestaltung wurde besprochen: das Logo = rötlicher Bereich, das Kreuz = blaugrau.
3. Einladung an Herr Gerloff, St. Pauli-Gemeinde, durch Frau Ermerling. Bei Frau Sigrid Probst nachfragen, wie sich die Finanzierung bei „Refugium Flüchtlingshilfe e.V.“ nach der Streichung der öffentlichen Gelder durch die Stadt Braunschweig darstellt.

Termin der nächsten Vorstandssitzung am **Montag, dem 18.03.2002, um 17.30 Uhr**
bei Frau Hannelore Rabe, An der Petrikirche 5, 38100 Braunschweig,
Tel.: 0531/1 86 32

Vorsorglicher Terminhinweis: **Mitgliederversammlung** am Donnerstag, dem
18.04.2002, 20.00 Uhr, im Gemeindehaus St. Petri, Lange Str. 33/34, 38100 Braun-
schweig

AKTION ARBEITSLOSEN ABGABE
AAA e.V., Poststraße 4, 38162 Cremlingen

1. Vors.: Christian Teichmann
Tel.: 05306/97 02 16
2. Vors.: Reinhold Jordens-Höke
Tel.: 05364/88 77

Protokoll der Vorstandssitzung vom 18.03.2002

Anwesend: Herr Teichmann, Frau Dr. Camerer, Frau Kuhlmann
Frau Ermerling, Herr Jordens-Höke.

Protokoll: Frau Rabe

1. Der Antrag der St. Johanniskirche auf Unterstützung einer HZA-Maßnahme im Bereich Besuchs- und Beratungsdienst und ELM-Gemeindedienst wurde genehmigt. Der Betrag in Höhe von Euro 5.272,19 wird überwiesen.
2. Die Unterstützung zur Finanzierung einer Arbeitskraft im Tagestreff „Meilenstein“ in Helmstedt durch die AAA ist nicht möglich. Herr Teichmann wird mit der St. Stephaniegemeinde in Helmstedt Kontakt aufnehmen, um eine mögliche Unterstützung des Tagestreff über die Gemeinde zu besprechen.
3. Diskussion über einen Beitrag zur Mitgliederversammlung am 12.06.2002. Anfrage bei Frau Probst vom „Refugium“ Flüchtlingshilfe e.V., ob sie zur Mitgliederversammlung kommen kann.
4. Bei der Mitgliederversammlung am 12.06.02 ist die Neuwahl des Vorstandes der AAA notwendig.
5. Die Fertigstellung des Faltblattes braucht noch etwas Zeit. Außerdem muss noch mit den Druckereien über die Abgabe der Druckunterlagen verhandelt werden.
6. Die Aktion Brückenbau beantragt vorsorglich die Unterstützung ihrer Arbeit durch die AAA auch für dieses Jahr.
7. Um die Arbeit der AAA bekannter zu machen, wurde überlegt, nach den Ferien beim neuen Landesbischof um einen Termin nachzufragen.

Termin der nächsten Vorstandssitzung: **Mittwoch, 22.05.2002, 14.30 Uhr**, bei Frau Hannelore Rabe, An der Petrikirche 5, 38100 Braunschweig, Tel.: 0531/18632

Termin der Mitgliederversammlung: **Mittwoch, 12.06.2002, 20.00 Uhr**, Gemeindehaus St. Petri, Lange Str. 33/34, 38100 Braunschweig

J. Rabe

AKTION ARBEITSLOSEN ABGABE
AAA e.V., Poststraße 4, 38162 Cremlingen

1. Vors.: Christian Teichmann
Tel.: 05306/97 02 16
2. Vors.: Reinhold Jordens-Höke
Tel.: 05364/88 77

Protokoll der Vorstandssitzung vom 22.05.2002

Anwesend: Herr Teichmann, Herr Jordens-Höke, Herr Lorenz

Protokoll: Frau Rabe

1. Herr Teichmann berichtet über ein Gespräch mit Frau Merz, Tagestreff „Meilenstein“ in Helmstedt und mit Pastor Meyer, Grasleben, über die Möglichkeit, über eine Anstellung als Gemeindemitarbeiter die beiden Arbeitsplätze bei „Meilenstein“ zu finanzieren. Pastor Meyer wird auch noch andere Finanzierungsmöglichkeiten erkunden, über Landeskirchenamt und Diakonisches Werk. Eine Teilfinanzierung (max. Förderung 50 % des Antrages für beide Arbeitsplätze) durch die AAA ist möglich. Da der Vorstand nicht beschlußfähig war, konnte über den Antrag nicht entschieden werden. Hierdurch ergab sich auch ein Gespräch über die Förderung durch die AAA von Initiativen oder ob es auch eine Finanzierung von Einzelpersonen geben soll. Die Unterstützung der von der Streichung oder Kürzung durch die Stadt Braunschweig betroffenen Einrichtungen und das LKA sind vorrangig.
2. Tagesordnungspunkt bei der Mitgliederversammlung: „Wie soll das Geld verwendet werden? Initiativen oder Einzelpersonen? Was ist wichtig?“
3. Förderung durch die AAA erst dann möglich, wenn auch andere Fördermaßnahmen in Anspruch genommen werden.
4. Faltblatt und Briefkopf wurden erneut vorgestellt und nun ist die endgültige Entscheidung gefallen und der Druckauftrag soll nun erteilt werden. Hieraus ergibt sich auch die Honorarbegleichung an Frau Bischoff: 1.000,- Euro. Die Druckkosten werden sich auf ca. 450,- Euro belaufen.

Termin der nächsten Vorstandssitzung: Mittwoch, 13.08.2002, 9.30 bei Frau Ute Ermerling, Frankfurter Str. 9, Tel. 280 88 32

Protokoll der Vorstandssitzung am 13. 8. 2002

Anwesend: Camerer, Ermerling, Jordens-Höke, Kuhlmann, Teichmann

1.) Frau Ermerling berichtet über den Antrag der Braunschweiger Bibelgesellschaft, die Stelle des Ausstellungspädagogen auch 2003 zu bezuschussen (7000 E). Im kommenden Jahr stehen verschiedene Aufgaben an, u.a. Unterstützung einer Chagall-Ausstellung in der Martini-Kirche, Neubearbeitung der jetzigen Ausstellung, die weitergegeben wird. Da der erbetene Zuschuß hoch erscheint, soll Herr Meyer befragt werden, ob er nicht noch anderweitig Zuschüsse etwa in Höhe von 5000 E beschaffen kann.

2.) Es muß geklärt werden, wie hoch die Rücklagen der AAA sein müssen.

3.) Die beiden Arbeitsplätze bei "Meilenstein" (s. Protokoll vom 22. 5.) können mit Hilfe des LKA und der AAA finanziert werden.

4.) Dem Antrag von Herrn Kiel, einen Arbeitsplatz im Bibelgarten von St. Lorenz, Schöningen, für 2003/2004 mit je 6000 E zu unterstützen, wird grundsätzlich zugestimmt. Es soll aber bei Herrn Kiel ein genauerer Finanzierungsplan angefordert werden.

5.) Die Propstei Braunschweig will die Stelle von Frau Kuhlmann bei Aktion Brückenbau nicht länger finanzieren. Das Geld, das sie dafür vom LKA erhält, soll anderweitig verwendet werden, da es nach Ansicht der Propstei nur eine Spende sei. Was kann die AAA tun? Soll es nicht mehr Auftrag der Kirche sein, sich um Arbeitslose zu kümmern? Es wird vorgeschlagen, sich an Propst Kraft bzw. Frau Block-von Schwarz als Vorsitzende der Propstei-Synode zu wenden.

6.) Der neue AAA-Prospekt wird verteilt.

Termin der nächsten Vorstandssitzung: Mittwoch, 16. 10., 14 Uhr bei Frau Rabe

Camerer



Protokoll der Vorstandssitzung vom 16.10.2002

Anwesend: Frau Camerer, Frau Ermerling, Herr Teichmann, Herr Jordens-Höke, Herr Binder

Protokoll: Frau Rabe

1. Über den Antrag der Aktion Brückenbau in Höhe von Euro 8.250,-- für das Jahr 2003 soll später entschieden werden, da die finanzielle Situation für das Jahr 2003 noch geklärt werden muss.
2. Dem Antrag von Pastor Meyer, Braunschweiger Bibeigesellschaft, um eine Aufstockung der Unterstützung wurde stattgegeben. Es wurden Euro 2.500,-- genehmigt.
3. Für die Restfinanzierung einer ABM-Stelle im Friedenszentrum Braunschweig sind noch Euro 1.900,-- erforderlich. Die Unterstützung durch die AAA beträgt Euro 1.000,--
4. Zur Finanzierung einer ABM-Stelle in Blankenburg wurde eine Unterstützung in Höhe von Euro 1.500,-- beschlossen.
5. Dem Antrag von Pastor Kiel, Schöningen, zur Mitfinanzierung einer AB-Maßnahme zur Betreuung des Bibelgartens wurde stattgegeben. Für das Jahr 2003 beträgt die Unterstützung Euro 2.000,-- und für das Jahr 2004 - Euro 3.000,--.
6. Frau Ermerling berichtet über die Bibelausstellung in St. Martini - über die unterschiedlichen Programme, Referate und Einzelausstellungen. Gespräch darüber, dass es einen Hinweis geben sollte, dass der Arbeitsplatz in dieser Bibelausstellung durch die Unterstützung der AAA mit ermöglicht wurde.
7. Frau Ermerling wird mit Pastor Becker einen Gesprächstermin für den 27.11.02 verabreden, um die Arbeit der Aktion Arbeitslosenabgabe beim Landesbischof Dr. Weber vorzustellen. Gesprächsteilnehmer der AAA sind Frau Camerer, Frau Ermerling, Herr Teichmann und Herr Jordens-Höke.
8. Termin der nächsten Vorstandssitzung: **Freitag, 06.12.2002, 14.30 Uhr** bei Frau Rabe, An der Petrikirche 5, 38100 Braunschweig, Tel.: 0531/1 86 32

Bankverbindung:

Postbank Hannover, BLZ 250 100 30, Kto.-Nr. 4938 77-307



Aktion
Arbeitslosen
Abgabe
in Braunschweig e.V.

AAA Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig e.V.

Christian Teichmann, Poststraße 4, 38162 Cremlingen,
Tel.: 05306/970216, Fax.: 05306/970218

Protokoll der Vorstandssitzung vom 06.12.2002

Anwesend: Frau Camerer, Frau Ermerling, Herr Teichmann, Herr Binder, Herr Lorenz, Frau Kuhlmann-Garbes

Protokoll: Frau Rabe

1. Austausch über das Gespräch beim Landesbischof Dr. Weber. Die Gesprächsteilnehmer hatten einen unterschiedlichen Eindruck. Der Landesbischof hat sich zurückhaltend zur Arbeit der Aktion Arbeitslosen-Abgabe geäußert. Er gab die Anregung, daß sich die AAA deutlicher darstellen sollte, insbesondere die positive Arbeit, vor allen Dingen im Unterschied zu den öffentlichen Initiativen.
2. Gespräch OMIDE relativ positiv. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Mittel vom Land Niedersachsen nicht verloren gehen dürfen. Weiterhin auch nach außerkirchlichen Fördermitteln suchen. Es wurde deutlich gemacht, daß die Aktion Brückenbau den Personenkreis fördert, der außerhalb aller Förderungen steht. Sponsoren für die Förderung von Arbeit sind nicht zu finden.
3. Die Aktion Brückenbau erhält für das Jahr 2003 Euro 8.200,- (Änderung zum Protokoll vom 16.10.2002).
4. Der Antrag vom Refugium wurde nicht vorgestellt, da eine Förderung für das Jahr 2003 nicht möglich ist (nicht genügend Mittel vorhanden).
5. Tagesordnungspunkt für die nächste Vorstandssitzung: Terminplanung 2003 (bitte Kalender mitbringen).
6. Termin der nächsten Vorstandssitzung: **Mittwoch, 05.03.2003, 15.00 Uhr** bei Frau Rabe, An der Petrikirche 5, 38100 Braunschweig, Tel.: 0531/1 86 32

Bankverbindung:

Postbank Hannover, BLZ 250 100 30, Kto.-Nr. 4938 77-307



Aktion
Arbeitslosen
Abgabe
in Braunschweig e.V.

AAA Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig e.V.

Christian Teichmann, Poststraße 4, 38162 Cremlingen,
Tel.: 05306/970216, Fax.: 05306/970218

Protokoll der Mitgliederversammlung am 12.06.2002

Anwesend: Frau Dr. Camerer, Herr Kiel, Frau Kuhlmann, Frau Ermerling, Herr Jordens-Höke, Herr Lorenz, Frau Probst, Herr Teichmann.

Protokoll: Frau Rabe

1. Protokoll vom 28.11.2001 wurde genehmigt.
2. Begrüßung von Frau Probst, Refugium Braunschweig. Frau Probst berichtet über die Arbeit von Refugium, Braunschweig - über den Beginn und die weitere Entwicklung, über Schwierigkeiten und Probleme der Arbeit im Bereich Beratung von Asylbewerbern. Die finanzielle Unterstützung der Arbeit von Refugium ist sehr wichtig, da öffentliche Gelder kaum noch zur Verfügung stehen.
3. Der Antrag von Herrn Kiel, Schöningen, zur Finanzierung eines Arbeitsplatzes im Bibelgarten wurde wie folgt genehmigt: für das Jahr 2003 = Euro 2.000,-- und für das Jahr 2004 = Euro 3.000,--
4. Der Jahresabschluß 2000 und der Finanzplan 2001, der Jahresabschluß 2001 und der Finanzplan 2002 wurden vorgestellt. Für den Jahresabschluß 2000 und 2001 wurde einstimmig Entlastung erteilt. Der Finanzplan 2002 wurde genehmigt. Als Kassenprüferinnen wurden Frau Kuhlmann und Frau Schwarz einstimmig gewählt.
5. Der Vorstand der Aktion Arbeitslosenabgabe wurde für ein weiteres Jahr bestätigt. Im Jahr 2003 muß über die Neuwahl des Vorstandes entschieden werden.

H. Rabe

Bankverbindung:

Postbank Hannover, BLZ 250 100 30, Kto.-Nr. 4938 77-307

Öffentlichkeitsarbeit zu Themen von Arbeitslosigkeit und Kirche

Die Aktion Arbeitslosen-Abgabe sieht ihre Aufgabe neben der finanziellen Unterstützung von Projekten und Initiativen darin, das Problem Arbeitslosigkeit in die (kirchliche) Öffentlichkeit hineinzutragen. In verschiedenen thematischen Veranstaltungen wurde immer wieder versucht, Diskussionsforen anzubieten, z.B.

- Personalplanung der Landeskirche (1990)
- Arbeitslosigkeit * was kann die Kirche tun (1991)
- Langzeitarbeitslose haben keine Perspektive ohne Kirche? (1992)
- Aktion Brückenbau (1993)
- Die Zukunft der Arbeitslosen im abbröckelnden Sozialstaat:
 Beratung - - Beschäftigung - Betreuung ...? (1994)
- Teilen von Arbeit und Geld zur Schaffung neuer Arbeitsplätze (1995)
- Arbeitsplatz Kirche (1996) in Zusammenarbeit mit dem Amt für Fortbildung
- Derzeitiger Stand der Erwerbslosenarbeit in Niedersachsen (1997)
- Die Lösbarkeit der Finanzkrise unserer Landeskirchen (1998)
- Mitarbeit an der Themensynode zur- Arbeitslosigkeit (1998)
- Durch solidarische Arbeitsumverteilung neue Arbeitsplätze schaffen und
 bestehende Arbeitsplätze sichern: Ein Modell für unsere Kirche? (1999)

Die Pause derartiger Veranstaltungen nach 1999 deutet auch auf gewisse

„Verschleißerscheinungen“ im Bereich der Kräfte des ehrenamtlich

arbeitenden Vorstands der „AAA.“. Auch wenn wir von der „AAA“ im Augenblick nicht mit fundierten Veranstaltungen versuchen, auf uns aufmerksam machen, laden wir zur Mitarbeit ein:

- durch eine einmalige Spende
- durch Mitgliedschaft und regelmäßige Spenden in selbstgewählter Höhe
- durch Einbringung von Ideen und Plänen für neue Projekte
- durch eigene Beiträge zu der Frage, wie Arbeitslosigkeit als wichtige Aufgabe

von Kirche und Diakonie Gestalt gewinnen kann.



**Aktion
Arbeitslosen
Abgabe**
In Braunschweig

Protokolle und Materialien 2003

Bausteine Gemeindebrief

Bausteine für Artikel Gemeindebrief (Fälle):

Für Optimismus bestraft

(Unverzögliche Meldung ab 1.7.03)

Herr K., 51 Jahre, wird seinen Arbeitsplatz wegen Insolvenz des Arbeitgebers verlieren, die Kündigung wurde ihm schon ausgehändigt. Da er gut qualifiziert ist und ein exzellentes Zeugnis erwarten kann, rechnet er fest damit, aus eigener Kraft eine neue Stelle zu finden. Er aktiviert sofort alle seine Kontakte, um dieses Ziel zu erreichen; noch fühlt er sich nicht als Arbeitsloser und das Amt hat für ihn keine Bedeutung. – Drei Monate später muss er feststellen, dass seine Bemühungen erfolglos waren: Er hat keinen neuen Job und muss sich arbeitslos melden. Beim Arbeitsamt teilt man ihm mit, dass er sich sofort mit Eingang der Kündigung hätte melden müssen: Das Arbeitslosengeld wird ihm wegen verspäteter Meldung um 50 Euro täglich (für 30 Tage) gekürzt, Herr K. verliert also 1500 Euro. Dass er zunächst auf seine eigenen Kräfte vertraute, hat ihm nur Nachteile eingebracht!

Heute reich – morgen bedürftig

(neue Vermögensfreibeträge für Empfänger von Arbeitslosenhilfe)

Frau C., 52, war immer der Meinung, dass es ihr noch vergleichsweise gut ging. Zwar lag ihre Arbeitslosenhilfe trotz 20-jähriger Erwerbstätigkeit nur geringfügig über dem Sozialhilfesatz. Sie hatte sich auch damit abgefunden, dass der Satz jährlich um 3% gekürzt wurde mit der Begründung, dass ihr „Marktwert“ sank. Schließlich wusste sie, wie leergefegt der Arbeitsmarkt auf ihrem Fachgebiet war. Durch genügsame Lebensweise gelang es ihr, von dem Wenigen, das sie bekam, etwas für ihr Alter zu sparen. Als sie Anfang 2002 einige Bundesschatzbriefe erbe, stellte sie erfreut fest, dass der Freibetrag für die Altersvorsorge erhöht worden war. Selbstverständlich rührte sie das Geld nicht an.

Frau C. wird im Mai 2003 den jährlichen Antrag auf Arbeitslosenhilfe stellen müssen. Man wird ihr mitteilen, dass die Gesetze sich wiederum geändert haben und sie nicht als bedürftig gilt. Geld, das sie in gutem Glauben und unter Verzicht gespart hat, wird sie nun ausgeben müssen, ehe sie wieder eine regelmäßige Unterstützung bekommt. Als Rentnerin wird sie dann voraussichtlich auf ergänzende Sozialhilfe angewiesen sein.

Neuer Verschiebepark

Job-Center – Profiling – Sozialgeld

Herr G., 46, hat einen Beruf. Er hat auch lange gearbeitet, aber es gab „schwierige Zeiten“ in seinem Leben, darum ist er jetzt Sozialhilfeempfänger.

Herr G. möchte arbeiten, aber seine Qualifikation entspricht nicht den heutigen Anforderungen. Das Arbeitsamt hat ihm bisher keine Schulungen bezahlt, da er keine Leistungen von dort bekommt.

Nun hofft er auf das neue Job-Center. Dort soll entschieden werden, ob er als „erwerbsfähig“ eingestuft werden kann. Wie das genau geschehen soll, kann ihm noch niemand sagen.

Soviel aber ist klar: 1. Ob jemand seinen Lebensunterhalt erwerben kann, hängt nicht nur von ihm selber, sondern auch vom Arbeitsmarkt ab. 2. Wer als Sozialhilfeempfänger im Prinzip erwerbsfähig ist, braucht Qualifizierung. 3. Für Qualifizierung steht nicht genug Geld zur Verfügung. Sie bleibt denjenigen vorbehalten, bei denen die Wahrscheinlichkeit, anschließend eine Stelle auf dem ersten Arbeitsmarkt zu bekommen, hoch ist.

Für Herrn G., der einen wenig ansprechenden Lebenslauf hat, ist diese Chance gering. Er muss damit rechnen, als „nicht erwerbsfähig“ eingestuft zu werden. Damit wird er Bezieher von Sozialgeld (maximal die heutige Sozialhilfe) und hat keine Chance mehr auf Qualifizierung oder sonstige Unterstützung zur Arbeitsaufnahme.



Aktion
Arbeitslosen
Abgabe
in Braunschweig e.V.

AAA Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig e.V.

Christian Teichmann, Poststraße 4, 38162 Cremlingen,
Tel.: 05306/970216, Fax.: 05306/970218

Protokoll vom 05.03.2003

Anwesend: Frau Camerer, Frau Ermerling, Frau Kuhlmann, Herr Teichmann, Herr Lorenz, Herr Jordens-Höke, Herr Binder.

1. Anfrage von Herrn Hille über einen Zuschuss zur Restfinanzierung der 2. Zivildienststelle der Begegnungsstätte der Diakonie für Behinderte und Nichtbehinderte. Es kann kein Zuschuss gewährt werden, da sich dies nicht mit der Vereinssatzung vereinbaren lässt. Hinweis auf mögliche Förderung über eine HZA-Maßnahme.
2. Die Maßnahme „Wohnraumhilfe“ beim Tagestreff „Meilenstein“, Helmstedt musste vorzeitig beendet werden. Anfrage von Frau Merz, Tagestreff „Meilenstein“, ob die freigewordenen Mittel als Finanzierungsverlängerung für die Maßnahme „Freizeitbereich“ verwendet werden könnte. Der Vorstand der AAA beschließt, die freigewordenen Restmittel für das Projekt „Freizeitbereich“ zur Verfügung zu stellen.
3. Erneutes Treffen mit Arbeitslosen-Projekten beim Landesbischof geplant. Frau Ermerling wird nachfragen.
4. Frau Kuhlmann berichtet darüber, daß Braunschweig das 1. Job-Center in Niedersachsen erhält. Sie informiert über die Konsequenzen dieser Einrichtung. Es wird darüber beraten, ob über die Arbeit des Job-Center und die Situation von Arbeitslosen in der kirchlichen Presse Veröffentlichungen gestartet werden sollen. Dies wurde als sehr wichtig erachtet. Frau Kuhlmann wird Artikel zur Veröffentlichung in Gemeindebriefen, der EZ und dem Diakonie-Report vorbereiten (siehe Anlage). Außerdem erscheint es dem Vorstand der AAA notwendig, daß die Synodalen für die Synode im November über die Einrichtung des Job-Center und die Auswirkungen informiert werden.
5. Bei der nächsten Vorstandssitzung soll der Termin für die Mitglieder-Versammlung festgelegt werden.

Termin der nächsten Vorstandssitzung: **Mittwoch, 23.04.03, 15.00 Uhr**, bei Frau Hannelore, An der Petrikirche 5, 38100 Braunschweig. Telefon: 0531/1 86 32

Bankverbindung:

Postbank Hannover, BLZ 250 100 30, Kto.-Nr. 4938 77-307



Aktion
Arbeitslosen
Abgabe
in Braunschweig e.V.

AAA Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig e.V.

Christian Teichmann, Poststraße 4, 38162 Cremlingen,
Tel.: 05306/970216, Fax.: 05306/970218

Protokoll der Vorstandssitzung vom 23.04.2003

Anwesend: Herr Teichmann, Frau Kuhlmann-Garbes, Herr Jordens-Höke

Protokoll: Frau Rabe

1. Frau Kuhlmann-Garbes teilt mit, daß sie ab 01.05.2003 im Pfarramt „Mit uns“ für Geistigbehinderte arbeiten wird. Sie wird bis zum Ende der Sommerferien pausieren. Als „Ersatzfrau“ wurden Frau Hankers oder Frau Kurth vorgeschlagen.
2. Als Termin für die Mitgliederversammlung wurden der 28.10. oder der 12.11.2003 vorgesehen. Thema: „Zukunft der Aktion Arbeitslosenabgabe - Zukunft des Arbeitsmarktes“. Als mögliche Referenten wurden der neue Arbeitsamtdirektor zum Thema: „Arbeitsweise des Job-Center - Auswirkungen auf den Braunschweiger Arbeitsmarkt“, Frau Becker, Leiterin des Beschäftigungsbetriebes der Stadt Braunschweig und Herr Steffens von der Uni Bremen genannt.
3. Termin der nächsten Vorstandssitzung: **Mittwoch, 11.06.03, 17.00 Uhr**, bei Frau Hannelore Rabe, An der Petrikirche 5, 38100 Braunschweig, Tel.: 0531/1 86 32

Bankverbindung:

Postbank Hannover, BLZ 250 100 30, Kto.-Nr. 4938 77-307



Aktion
Arbeitslosen
Abgabe
in Braunschweig e.V.

AAA Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig e.V.

Christian Teichmann, Poststraße 4, 38162 Cremlingen,
Tel.: 05306/970216, Fax.: 05306/970218

Protokoll der Vorstandssitzung vom 11.06.2003

Anwesend: Frau Dr. Camerer, Frau Ermerling, Frau Kuhrt, Herr Lorenz, Herr Jordens-Höke, Herr Binder.

Protokoll: Frau Rabe

1. Frau Kuhrt von der Aktion Brückenbau stellt sich als Nachfolgerin von Frau Kuhlmann vor.
2. Herr Lorenz stellt den Haushalt 2002 vor und den Finanzplan 2003.
3. Der Antrag „Neue Armut“ vom 15.5. wird zur Kenntnis genommen. Die Entscheidung über einen Zuschuß soll später getroffen werden.
4. Der Termin für die Mitgliederversammlung wird auf den 12.11.03, 20.00 Uhr, festgesetzt, im Gemeindehaus St. Petri, Lange Straße 33/34, 38100 Braunschweig. Herr Jordens-Höke und Frau Kuhrt werden eine Einladung an Frau Becker vom Beschäftigungsbetrieb der Stadt Braunschweig vorbereiten. Wichtiger Tagesordnungspunkt bei der Mitgliederversammlung ist die Wahl des Vorstandes der Aktion Arbeitslosenabgabe.
5. Herr Binder will trotz seines neuen Aufgabengebietes versuchen, weiterhin bei der AAA mitzuarbeiten.
6. Frau Dr. Camerer wird einen Vortrag des Diakonischen Werkes am 03.07.03 besuchen.
7. Termin der nächsten Vorstandssitzung ist **Mittwoch, der 03.09.03, 15.00 Uhr**, bei Frau Hannelore Rabe, An der Petrikirche 5, 38100 Braunschweig, Tel.: 0531/18632

Bankverbindung:

Postbank Hannover, BLZ 250 100 30, Kto.-Nr. 4938 77-307



Aktion
Arbeitslosen
Abgabe
in Braunschweig e.V.

AAA Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig e.V.

Christian Teichmann, Poststraße 4, 38162 Cremlingen,
Tel.: 05306/970216, Fax.: 05306/970218

Protokoll der Vorstandssitzung vom 03.09.2003

Anwesend: Frau Dr. Camerer, Frau Kuhrt, Herr Lorenz, Herr Jordens-Höke.

Protokoll: Frau Rabe

1. Gespräch beim Bischof - Aktion Brückenbau und Aktion Arbeitslosen Abgabe - wurde verschoben. Herr Jordens-Höke wird mit Herrn Hahn, LKA, ein Gespräch führen, um die endgültige Entscheidung über eine weitere Unterstützung der Arbeit der Aktion Brückenbau zu erfahren. Die Aktion Brückenbau muß den Wirtschaftsplan 2004 erstellen und durch den Vorstand verabschieden lassen, damit eine gute Gesprächsgrundlage beim Bischof gegeben ist.
2. Zur Mitgliederversammlung soll auch jemand vom Arbeitsamt - möglichst Job-Center- eingeladen werden. Da dies sicherlich sehr informativ werden kann, ist überlegt worden, zur Mitgliederversammlung auch andere Arbeitsloseninitiativen einzuladen. Adressen hierfür von der Aktion Brückenbau. Eine Woche vor der Mitgliederversammlung - 12.11.03, 19.30 Uhr im Gemeindehaus St. Petri, Lange Str. 33/34, 38100 Braunschweig, soll eine Notiz an die Braunschweiger Zeitung gegeben werden.
3. Wichtiger Tagesordnungspunkt bei der Mitgliederversammlung ist die Vorstandswahl. Außerdem muß der Jahresabschluß 2002, der Finanzplan für 2003 und 2004 verabschiedet und der Rechenschaftsbericht des Vorstandes vorgelegt werden.
4. Termin der nächsten Vorstandssitzung ist **Mittwoch, der 21.01.2004, 8.30 Uhr**, bei Frau Hannelore Rabe, An der Petrikirche 5, 38100 Braunschweig, Tel.: 0531/18632

Bankverbindung:

Postbank Hannover, BLZ 250 100 30, Kto.-Nr. 4938 77-307



Protokoll der Mitgliederversammlung am 12.11.2003

Anwesend: Herr Thomas Dietrich, Frau Marion Becker, Frau Dr. Luitgard Camerer, Frau Jutta Mohr, Frau Cornelia Kuhlmann, Frau Ilsabe Schwarz, Herr Christian Teichmann, Herr Nikolaus Lorenz, Frau Ute Ermerling, Herr Reinhold Jordens-Höke, Frau Marietta Hankers, Frau Antje Kuhrt, Frau Elisabeth Schöning.

Protokoll: Frau Rabe

1. Begrüßung durch Herrn Teichmann
2. Protokoll vom 12.06.2002 wurde genehmigt.
3. Jahresabschluß 2002 - Entlastung erteilt. 2 Enthaltungen
4. Finanzplan 2003/2004 vorgestellt und einstimmig genehmigt.
5. Als Kassenprüferinnen wurden Frau Kuhlmann und Frau Schwarz gewählt.
6. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Alle wiedergewählten Vorstandsmitglieder nehmen die Wahl an. Wahlleitung: Frau Kuhlmann.

Gastreferat von Frau Marion Becker:

Frau Becker ist seit 1995 in den Beschäftigungsbetrieben der Stadt Braunschweig tätig. Das Aufgabengebiet umfaßt die Betreuung von Sozialhilfe- und Arbeitslosenhilfeempfänger.

Sie stellt die Regelungen der Agenda II ab 01.01.2004 vor - die Details sind noch nicht geregelt. Auch muß die Finanzierung zwischen Kommune, Land und Bundesrepublik Deutschland noch geklärt werden. Es gibt noch einige Unsicherheiten über die Ausführungsbestimmungen der Agenda II. Nach den Ausführungen durch Frau Becker schloß sich eine Diskussion über das Thema an, bei der sie auch Fragen zum Thema beantwortet hat.

Der Vorschlag, die nächste Mitgliederversammlung früher im Jahr stattfinden zu lassen, wurde positiv aufgenommen - Terminvorschlag: 23.06.04, Thema: „Zukunft und Strategie der AAA“.

Bankverbindung:

Postbank Hannover, BLZ 250 100 30, Kto.-Nr. 4938 77-307



**Aktion
Arbeitslosen
Abgabe**
In Braunschweig

Protokolle und Materialien 2004

20 Jahre AAA

Artikel Evangelische Zeitung



Aktion
Arbeitslosen
Abgabe
in Braunschweig e.V.

AAA Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig e.V.

Christian Teichmann, Poststraße 4, 38162 Cremlingen,
Tel.: 05306/970216, Fax.: 05306/970218

Protokoll der Vorstandssitzung vom 21.01.2004

Anwesend: Frau Dr. Camerer, Frau Ermerling Frau Kuhrt, Herr Lorenz, Herr Jordens-Höke, Herr Teichmann, Herr Binder.

Protokoll: Frau Rabe

1. Dem Antrag der Aktion Brückenbau auf Unterstützung in Höhe von Euro 2.500,-- wurde einstimmig stattgegeben.
2. Bei der Kirchengemeinde St. Lorenz, Schöningen, nachfragen ob das Projekt „Bibelgarten“ noch Bestand hat, ehe die bereits zugesagte Summe in Höhe von Euro 3.000,-- überwiesen wird.
3. Frau Ermerling wird bei Pastor Merker nachfragen, ob die Selbsthilfegruppe „Zuversicht“ noch besteht. Wenn ja, kann evtl. ein erneuter Antrag in diesem Jahr mit berücksichtigt werden.
4. Dem Antrag der Werkstattsschule Northeim konnte nicht entsprochen werden, da es zu Beginn des Jahres schwierig ist, alle Anträge zu genehmigen. Außerdem müssen bereits zugesagte Unterstützungen berücksichtigt werden.
5. Der Antrag der Waldivent gGmbH. wurde abgelehnt, da aus dem Antrag nicht deutlich hervorging, für welchen Bereich die Unterstützung durch die AAA benötigt wird.
6. Termin der nächste Vorstandssitzung ist **Mittwoch, der 12.05.2004, 20:00 Uhr** bei Frau Hannelore Rabe, An der Petrikirche 5, 38100 Braunschweig, Tel.: 0531/1 86 32

Bankverbindung:

Postbank Hannover, BLZ 250 100 30, Kto.-Nr. 4938 77-307



Aktion
Arbeitslosen
Abgabe
in Braunschweig e.V.

AAA Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig e.V.

Christian Teichmann, Poststraße 4, 38162 Cremlingen,
Tel.: 05306/970216, Fax.: 05306/970218

Protokoll der Vorstandssitzung vom 12.05.2004

Anwesend: Frau Dr. Camerer, Frau Kuhrt, Herr Lorenz, Herr Jordens-Höke, Herr Teichmann, Herr Binder.

Protokoll: Frau Rabe

1. Gespräch über die bisher geleistete Arbeit und die Zukunft der AAA, auch ein Punkt bei der Mitgliederversammlung am 25.08.2004. Ist die Projektunterstützung durch die AAA weiter möglich, bei den immer geringer werdenden öffentlichen Finanzierungen? Die Möglichkeiten der Unterstützung haben sich verändert, besonders durch die Änderungen auf dem derzeitigen und zukünftigen Arbeitsmarkt. Bei der Mitgliederversammlung sollen auch die am 12.04.1989 beschlossenen Kriterien über die Vergabe von AAA-Zuschüssen neu überlegt werden.
2. Für die Mitgliederversammlung und das Jubiläum wurde vorgeschlagen:
18.00 Uhr - Beginn der Versammlung, Versammlungsort Gemeindehaus der Bugenhagenengemeinde
19.00 Uhr - Gottesdienst in der Bugenhagenkirche zum 20-jährigen Bestehen der AAA. Anschließend kleiner Empfang, wieder im Gemeindehaus Bugenhagen. Einladungen auch an das Diakonische Werk, Kreisstelle des DW, u.a.
3. Zur Vorbereitung der Mitgliederversammlung und des Jubiläums werden weitere Termin telefonisch verabredet.
4. Termin der nächste Vorstandssitzung ist **Montag, der 15.11.2004, 16.00 Uhr** bei Frau Hannelore Rabe, An der Petrikerkirche 5, 38100 Braunschweig, Tel.: 0531/1 86 32

Bankverbindung:

Postbank Hannover, BLZ 250 100 30, Kto.-Nr. 4938 77-307



Protokoll der Vorstandssitzung vom 15.11.2004

Anwesend: Frau Dr. Camerer, Herr Lorenz, Herr Jordens-Höke, Herr Teichmann.

Protokoll: Frau Rabe

1. Antrag der Aktion Brückenbau um einen Zuschuss in Höhe von Euro 8.000,-- für das Jahr 2005. Durch die Streichung der öffentlichen Fördermittel (FASS-Programm) und die noch nicht vorhandenen Zusagen der Landeskirche und der Propstei Braunschweig ist es erforderlich einen Antrag um Zuschuss in dieser Höhe zu stellen. Dem Antrag der Aktion Brückenbau wurde einstimmig zugestimmt.
2. Herr Lorenz berichtet über die Veränderungen bei der Arbeit mit Erwerbslosen im nächsten Jahr aufgrund von Hartz IV. Welche Möglichkeiten gibt es bei den 1,-- Euro Jobs im Bereich der Kirchengemeinden und wie es zu realisieren sein kann. Es gibt gute Verbindungen zum Beschäftigungsbetrieb der Stadt Braunschweig, mit dem ein Zusammenwirken möglich ist. Genaue Ausführungsbestimmungen sind noch nicht vorhanden. Es ist auch die Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt - Jobbörse - notwendig. Es haben alle miteinander zu tun, um die Möglichkeiten von Hartz IV zu nutzen. Die Mitarbeiterinnen von Aktion Brückenbau werden versuchen den Einsatz bei den 1,-- Euro-Jobs zu begleiten und Hilfestellungen zu geben. Weiterhin ist die Betreuung der Langzeitarbeitslosen notwendig, z.B. durch das Arbeitslosenfrühstück, für das es keine öffentlichen Mitteln mehr gibt.
3. Herr Jordens-Höke stellt den Antrag von Refugium vor. Durch die Streichung der öffentlichen Mittel ist im Jahr 2004 eine Differenz in Höhe von Euro 10.065,30 entstanden. Der Vorstand beschließt einstimmig eine Unterstützung **bis zu Euro 4.000,--** für das Jahr 2004. Nach Vorliegen eines detaillierten Kostenplanes wird die Unterstützung überwiesen.
4. Termin der nächsten Vorstandssitzung ist **Donnerstag, der 3. Februar 2005, 10.30 Uhr** bei Frau Dr. Camerer, Rosenstr. 7, 38102 Braunschweig, Tel.: 0531/7 19 54.

Bankverbindung:

Postbank Hannover, BLZ 250 100 30, Kto.-Nr. 4938 77-307



Aktion
Arbeitslosen
Abgabe
in Braunschweig e.V.

AAA, Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig e.V.

~~Christian Teichmann, Poststraße 4, 38162 Cremlingen,
Tel.: 05306/970216, Fax.: 05306/970218~~

Aktion
Arbeitslosen-Abgabe e.V.
Kapellenstraße 14
38102 Braunschweig
Tel. 0531 / 701 78 33 • Fax 701 78 58

Protokoll der Mitgliederversammlung am 25.08.2004

Anwesend: Frau Dr. Luitgard Camerer, Frau Jutta Mohr, Frau Ilisabe Schwarz, Herr Christian Teichmann, Herr Nikolaus Lorenz, Frau Ute Ermerling, Herr Reinhold Jordens-Höke, Frau Marietta Hankers, Frau Antje Kuhrt, Frau Elisabeth Schöning, Frau Sabine Wittekopf, Herr Eckehard Binder, Herr Frieder Schöbel.

Protokoll: Frau Rabe

1. Begrüßung durch Herrn Teichmann
2. Protokoll vom 12.11.2003 wurde genehmigt - Änderung: nicht Agenda II sondern Hartz II.
3. Jahresabschluß 2003 - Entlastung wurde einstimmig erteilt.
4. Finanzplan 2004 wurde bereits bei der Mitgliederversammlung am 12.11.03 vorgestellt und einstimmig genehmigt.
5. Als Kassenprüferinnen wurden Frau Kuhlmann und Frau Schwarz gewählt.
6. Dank an Frau Mohr und Frau Spennhoff-Mandry für ihr Engagement mittels eines Briefes und dem Verschicken des Faltblattes der AAA neue Mitglieder und Sponser zu finden.
7. Bericht über die Arbeit des Vorstandes der AAA: Es wurde sehr deutlich, dass durch die Unterstützung der AAA in den vergangenen 20 Jahren viele Initiativen ihre Arbeit aufnehmen konnten, bevor andere Unterstützungen halfen. Die Arbeit der AAA wird weiterhin notwendig sein, besonders durch die Veränderungen im Bereich der öffentlichen Förderung und auch durch Hartz IV.
Im Jahr 2003 wurden insgesamt 4 Projekte durch die AAA gefördert: Aktion Brückenbau, Braunschweiger Bibelgesellschaft, Projekt Blankenburg, Mitarbeiterstelle Kirchengemeinde St. Lorenz, Schöningen.

Nach der Mitgliederversammlung - Feier zum 20-jährigen Bestehen der AAA. Es war ein schönes Fest.

Bankverbindung:

Postbank Hannover, BLZ 250 100 30, Kto.-Nr. 4938 77-307



Aktion
Arbeitslosen
Abgabe
in Braunschweig e.V.

AAA Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig e.V.

Christian Teichmann, Poststraße 4, 38162 Cremlingen,
Tel.: 05306/970216, Fax.: 05306/970218

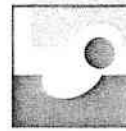
Bewilligte Projekt der Aktion Arbeitslosen-Abgabe e.V., Braunschweig

ab 1991

Verein für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger e.V., Wolfenbüttel
Beratung und Treff für Jugendliche - mondo X, Braunschweig
Arbeitslosenselbsthilfeverein „Die Wegstecker“ e.V., Braunschweig
Ev.-luth. Pfarramt St. Bartholomäus, Blankenburg
„Refugium“, Flüchtlingshilfe e.V., Braunschweig
Ev.-luth. Pfarramt am Fredenberg, Salzgitter-Fredenberg - Offene Jugendarbeit
Arbeitslosenprojekt Drachenflug, Braunschweig
Ev.-luth. Pfarrsprengel Aspenstedt, Pastor Barsnick, Athenstedt
ZEPRA e.V., Hannover
Förderverein Ev.-luth. Kirchengemeinde Martin-Luther, Wolfenbüttel
Frauenzentrum Blankenburg, Blankenburg
Werk-Statt Schule e.V., Northeim
Bildungsvereinigung Arbeit und Leben, Wolfsburg
Projekt Tauschbörse, über KDA, Wolfenbüttel
Hubeta e.V., Braunschweig
Aktion Brückenbau e.V., Braunschweig
Selbsthilfe „Neue Armut“, Braunschweig
Ev.-luth. Propstei Salzgitter-Bad, „Integration Spätaussiedler“
Nachbarschaftsladen „Selam“ e.V., Braunschweig
Braunschweiger Bibelgesellschaft, Braunschweig
Ev.-luth. Kreuzgemeinde, Braunschweig
Ev.-luth. Kirchengemeinde St. Katharinen, Braunschweig
Ev.-luth. Missionserk Niedersachsen, Pfr. Burckhardt, Braunschweig
Friedenszentrum e.V., Braunschweig
Ev.-luth. Pfarramt St. Lorenz, Schöningen
Tagestreff „Meilenstein“, Helmstedt
Selbsthilfegruppe „Zuversicht“, Braunschweig

Bankverbindung:

Postbank Hannover, BLZ 250 100 30, Kto.-Nr. 4938 77-307



(Mit einer Karte über S. 3)
Aktion
Arbeitslosen
Abgabe
in Braunschweig e.V.

AAA Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig e.V.

Christian Teichmann, Poststraße 4, 38162 Cremlingen,
Tel.: 05306/970216, Fax.: 05306/970218

Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig e.V. - fast 20 Jahre Erfahrungen im Teilen von Geld und Arbeit

In der Aktion Arbeitslosen-Abgabe haben sich kirchliche MitarbeiterInnen und Gemeindeglieder aus der Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig zusammen geschlossen, um Arbeit und Geld zu teilen und so Arbeitslosen Anteil an einer gerechteren Aufteilung vorhandener Arbeit zu geben.

Geschichte

Drei Problemkreise führten am 11.07.1984 dazu, aus dem Rahmen der damaligen Friedensinitiative herauszutreten und einen eingetragenen Verein zu gründen:

- die bedrückend hohe Zahl von Arbeitslosen, insbesondere unter Frauen und jungen Menschen,
- die Diskussion innerhalb der Kirche über das Teilen von Arbeit und Geld zwischen Arbeitslosen und denen, die in gut bezahlten und unkündbaren Arbeitsverhältnissen stehen und keine Sozialabgaben zahlen,
- die Aussicht, dass TheologInnen und DiakonInnen nach Abschluss ihrer Ausbildung keine Stelle im kirchlichen Bereich bekommen würden (sog. „Theologenschwemme“).

Die Grundideen der Aktion Arbeitslosen-Abgabe fassen die drei Worte zusammen, die Name und Motto zugleich sind:

Aktion = Die Idee, Arbeit zu teilen und durch Mitfinanzierung neue Arbeitsplätze im Bereich der Kirche zu schaffen, um vernachlässigte oder verwaiste Arbeitsbereiche zu entdecken und zu fördern.

Arbeitslosen = Zielgruppe sollten zunächst kirchliche MitarbeiterInnen sein, die als DiakonInnen oder PfarrerInnen ausgebildet und qualifiziert sind, aufgrund besetzter Stellen und fehlender Finanzmittel nicht angestellt werden können. Sehr schnell weitete sich die Zielgruppe auf den außerkirchlichen Bereich aus.

Abgabe = Mit einem Solidarbeitrag erklären sich die Mitglieder bereit, auf einen Teil (ca. 1% des Bruttogehaltes) zu verzichten, um so auftretende Finanzierungslücken schließen zu können.

Bankverbindung:

Postbank Hannover, BLZ 250 100 30, Kto.-Nr. 4938 77-307

Einmal in der Geschichte ist die Aktion Arbeitslosen-Abgabe in diesem „ursprünglichen“ Bereich tätig gewesen. So konnten wir einem Theologen helfen, die Zwischenzeit bis zur Übernahme in den kirchlichen Dienst zu nutzen, um im Bereich Arbeitslosigkeit und Kirche zu arbeiten.

Dennoch zeigte sich schnell, dass die ehrgeizigen Ziele zu hoch gesteckt waren. Zum einen fanden sich zu wenig MitarbeiterInnen, die bereit waren, Arbeit und Geld zu teilen und über neue Formen kirchlicher Arbeit nachzudenken. Zum anderen erwies sich die sog. „Theologenschwemme“ als Gespenst, das - wohl Schrecken verbreitete - sich aber zunehmend in Luft auflöste. Arbeitslosigkeit erwies sich allerdings nicht als Gespenst, im Gegenteil: Sie nimmt gespenstische Ausmaße an!

Neue Herausforderungen

Ein neues Profil musste gesucht und gefunden werden. Ideen und Initiativen sollten gefördert werden, die zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Verbesserung der Lebensmöglichkeiten erwerbsloser Menschen beitragen. Dies geschieht in Zusammenarbeit mit anderen Arbeitsloseninitiativen und -projekten auf lokaler und regionaler Ebene. Seit dieser Zeit unterstützt die „AAA“ Projekte und Einrichtungen, in denen Erwerbslose Möglichkeiten haben, sich mit ihrer Situation auseinanderzusetzen, die ungewollte Isolation aufbrechen können und - wenn möglich - eine Chance zur Eingliederung in den Erwerbsprozess finden. Dabei versucht die „AAA“ mit ihren bescheidenen Mitteln, Finanzhilfe und Begleitung anzubieten.

Der abbröckelnde Sozialstaat schlägt aber seit längerer Zeit schon auf die einzelnen Initiativen und Einrichtungen durch. Der Wegfall oder die eingeschränkte Möglichkeit von AB-Maßnahmen schränkt die finanzielle und personelle Potenz vieler Initiativen ein und gefährdet sie. Auch die „AAA“ selbst kommt schon längst nicht mehr in den „Genuss“ einer solchen Förderung und arbeitete in der Geschäftsstellenarbeit zunächst mit „Honorarkräften“ und seit Oktober 1999 mit einem „Kooperationsmodell“ mit dem Stadtkirchenverband Braunschweig, durch das einer Pfarramtssekretärin zusätzliche Arbeitsstunden für den Verein finanziert werden. Trotz oder auch wegen des „Kahlschlags“ im Bereich der Initiativen häufen sich die Anfragen nach finanzieller Unterstützung und die Beträge, um die nachgefragt werden, steigen in für den Verein gigantische Größenordnungen.

Wie es jetzt aussieht

2002 (Mitte November) bringen 36 Mitglieder und 5 SpenderInnen ca. 12.000 EURO auf, 5.700 EURO beträgt die landeskirchlich erhobene Kollekte für die „AAA“ und Dank der Rücklagen, (die in diesem Jahr zusammenschmolzen), sind Zuschüsse in Höhe von 45.446 EURO bewilligt und ausgezahlt worden. Förderungsmittel für das kommende Jahr sind nach dieser Deckung aus Rücklagen nur noch durch die laufenden Spenden der Mitglieder und die landeskirchlich erhobene Kollekte zu bestreiten, wobei die „AAA“ für 2003 und darüber hinaus schon Zahlungen in Aussicht gestellt hat (an Aktion Brückenbau und an die Kirchengemeinde St. Lorenz in Schöningen).

Arbeitslosigkeit und Kirche

Die Aktion Arbeitslosen-Abgabe sieht ihre Aufgabe neben der finanziellen Unterstützung von Projekten und Initiativen darin, das Problem Arbeitslosigkeit in die (kirchliche) Öffentlichkeit hineinzutragen. In verschiedenen thematischen Veranstaltungen wurde immer wieder versucht, Diskussionsforen anzubieten, z.B.

- Personalplanung der Landeskirche (1990)
- Arbeitslosigkeit - was kann die Kirche tun (1991)
- Langzeitarbeitslose haben keine Perspektive ohne Kirche? (1992)
- Aktion Brückenbau (1993)
- Die Zukunft der Arbeitslosen im abbröckelnden Sozialstaat - Beratung - Beschäftigung - Betreuung ...? (1994)
- Teilen von Arbeit und Geld zur Schaffung neuer Arbeitsplätze (1995)
- Arbeitsplatz Kirche^y (1996) in Zusammenarbeit mit dem Amt für Fortbildung
- Derzeitiger Stand der Erwerbslosenarbeit in Niedersachsen (1997)
- Die Lösbarkeit der Finanzkrise unserer Landeskirchen (1998)
- Mitarbeit an der Themensynode zur Arbeitslosigkeit (1998)
- Durch solidarische Arbeitsumverteilung neue Arbeitsplätze schaffen und bestehende Arbeitsplätze sichern: Ein Modell für unsere Kirche? (1999)

Die Pause derartiger Veranstaltungen nach 1999 deutet auch auf gewisse „Verschleißerscheinungen“ im Bereich der Kräfte des ehrenamtlich arbeitenden Vorstands der „AAA“. Auch wenn wir von der „AAA“ im Augenblick nicht mit fundierten Veranstaltungen versuchen, auf uns aufmerksam zu machen, laden wir zur Mitarbeit ein:

- durch eine einmalige Spende
- durch Mitgliedschaft und regelmäßige Spenden in selbstgewählter Höhe
- durch Einbringung von Ideen und Plänen für neue Projekte
- durch eigene Beiträge zu der Frage, wie Arbeitslosigkeit als wichtige Aufgabe von Kirche und Diakonie Gestalt gewinnen kann.

→ Chancen f. Modelle

Geld für Arbeitslose

Vor 20 Jahren, „Aktion Arbeitslosen Abgabe“ gegründet

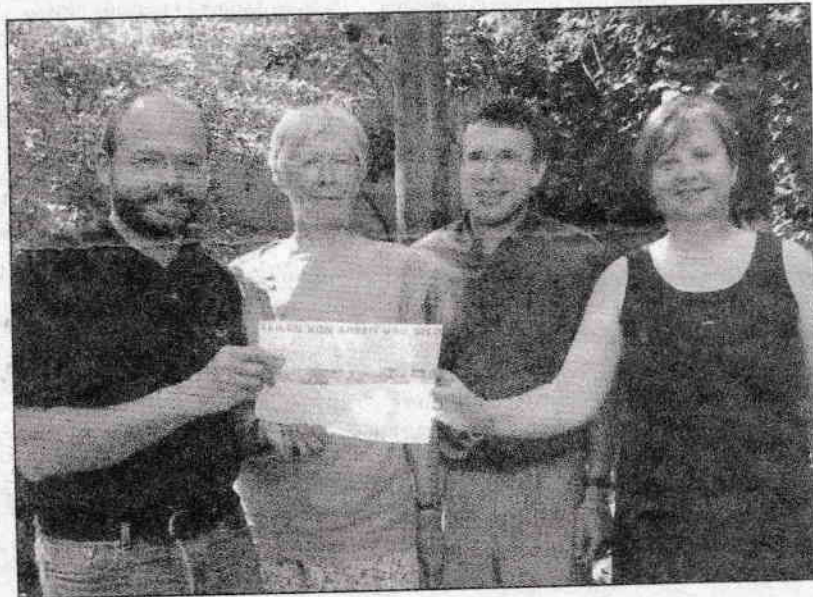
Braunschweig. Der Vikarskurs war 1984 mit 17 jungen Theologinnen und Theologen ungewöhnlich groß. „Es war der Beginn der so genannten Theologenschwemme“, erinnert sich Pfarrerin Ute Ermerling. Sie gehörte damals mit Pfarrer Nikolaus Lorenz und Pfarrer Christian Teichmann zu den Gründungsmitgliedern der „Aktion Arbeitslosen Abgabe“ (AAA). Die Idee war einfach: Wenn jeder, der Arbeit hat, etwas Geld abgibt, haben auch Arbeitslose eine Chance, Arbeit zu bekommen. Ein Verein wurde gegründet und die Mitglieder, unter den ersten war die Bibliothekarin Luitgard Camerer, spendeten ein Prozent ihres Bruttogehalts. Am 25. August, 19 Uhr, wird in der Braunschweiger Bugenhagenkirche mit einem Gottesdienst an die Anfänge erinnert. Die Feier solle auch ein Signal sein „Wir machen weiter“, erklärte der Vorstand.

Denn gegenwärtig ist die Situation prekär. Da die Arbeitsämter weniger Zuschüsse bewilligen, werden größere Summen beantragt. „Früher waren es 2000 Mark, heute sind es 5000 bis 6000 Euro“, verdeutlicht Ermerling. Die AAA hat aber pro Jahr

maximal 20 000 Euro in der Kasse, aus der auch die Mitarbeiterin Hannelore Rabe bezahlt wird. Außerdem ist die Mitgliederzahl auf 36 zusammengeschmolzen. „Die eigene Betroffenheit fällt weg“, vermutet Pfarrerin Ermerling für den theologischen Nachwuchs, denn von Theologenschwemme ist keine Rede mehr. Aber 1984 sei „unvorstellbar“ gewesen, dass junge Menschen erst ausgebildet werden und dann im kirchlichen Bereich keine Stelle bekommen. Der verstorbene Oberlandeskirchenrat Heide Becker hätte die AAA unterstützt und in den Kollektenplan aufgenommen, erzählt Pfarrer Reinhold Jordens-Höke.

Letztlich wurde aber nur ein Theologe unterstützt: Christian Teichmann, seit 1992 AAA-Vorsitzender, war für ein Jahr als Geschäftsführer der Aktion angestellt.

Die Zielgruppe weitete sich sehr schnell auch auf andere Berufe und Projekte aus. Es wurden unter anderem die Aktion „Brückenbau“, die Alten- und Krankenpflege „Hubeta“, Projekte zur Aussiedler-Integration oder die Flüchtlingshilfe „Refugium“ finanziell gefördert. *iso*



Der AAA-Vorstand (v.l.) Christian Teichmann, Luitgard Camerer, Reinhold Jordens-Höke und Ute Ermerling. Es fehlen Nikolaus Lorenz und Eckehard Binder. Foto: Ilona Sourell



**Aktion
Arbeitslosen
Abgabe**
In Braunschweig

Protokolle und Materialien 2005

Protokoll der Vorstandssitzung am 3. 2. 2005

Anwesend: Camerer, Jordens-Höke, Kuhrt, Lorenz, Teichmann

Anträge liegen zur Zeit nicht vor.

Frau Kuhrt und Herr Lorenz berichten über positive Erfahrungen mit 1 Euro-Jobs. Es handelt sich dabei aber nicht um die in diesem Jahr neu anlaufenden Maßnahmen. Diese werden wohl nicht vor Mai dieses Jahres realisiert werden können. Frau Kuhrt liegen aber bereits Anfragen von Kirchengemeinden vor. Das Für und Wider der 1 Euro-Jobs wird noch einmal diskutiert.

Herr Teichmann berichtet, daß die AAA Hannover sich nach 20 Jahren Tätigkeit aufgelöst hat. Herr Lorenz schlägt vor, in diesem Jahr noch einmal durch einen Gottesdienst zum Thema Arbeitslosigkeit auf unsere Arbeit aufmerksam zu machen. Dazu merkt Herr Teichmann an, daß eine in seiner Gemeinde gegründete "Kirchenband" Auftrittsmöglichkeiten sucht.

Der Finanzplan 2005 liegt vor. Daraus geht hervor, daß 2005 voraussichtlich nur noch ca. 3500 Euro für Projektförderung zur Verfügung stehen, obwohl genug Bedarf besteht. So hat z. B. das Diakonische Werk den Zuschuß für Refugium gestrichen, da das Land keinen Zuschuß mehr gibt.

Nächste Vorstandssitzung am Mittwoch, den 16. 3. 2005, 15 Uhr 30 bei Frau Rabe.

L. Camerer



Protokoll der Vorstandssitzung vom 16.03.2005

Anwesend: Frau Dr. Camerer, Herr Lorenz, Herr Jordens-Höke, Herr Teichmann.

Protokoll: Frau Rabe

1. Herr Teichmann berichtet, daß für die Selbstauflösung der AAA Hannover der Austritt der AAA Braunschweig erforderlich ist. Es wurde beschlossen, daß die AAA Braunschweig ihren Austritt bei der AAA Hannover zum 31.03.2005 erklärt und dies an die AAA Hannover weitergeleitet wird.
2. Die Aktion Brückenbau hat zwölf 1-Euro-Jobs, von denen bereits acht besetzt werden konnten. Das Interesse an diese Arbeitsplätze ist besser geworden. Die Zusammenarbeit zwischen der Aktion Brückenbau und dem Diakonischen Werk in diesem Bereich erweist sich als positiv.
3. Terminvorschläge für die diesjährige Mitgliederversammlung: Die. 06.09., Do. 06.10. oder Die. 11.10.05, Zeit: 19.30 Uhr. Vorschläge zur Tagesordnung: Beschluß des Haushaltsplanes und als Referat nähere Informationen zu den 1-Euro-Jobs. Evtl. vor der Mitgliederversammlung ein Gottesdienst in St. Johannis.
4. Frau Dr. Camerer wird einen Bericht über die AAA Braunschweig vorbereiten für die Veröffentlichung unter der Rubrik „Vereine stellen sich vor“ in der Braunschweiger Zeitung.
5. Nächster Termin der Vorstandssitzung: Montag, 09.05.05, 15.30 Uhr, bei Frau Hannelore Rabe, An der Petrikirche 5, 38100 Braunschweig, Tel.: 0531/18632



Aktion
Arbeitslosen
Abgabe
in Braunschweig e.V.

AAA Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig e.V.

Christian Teichmann, Poststraße 4, 38162 Cremlingen,
Tel.: 05306/970216, Fax.: 05306/970218

Braunschweig, den 15.06.06

Protokoll der Vorstandssitzung vom 09.05.2005

Anwesend: Frau Dr. Camerer, Herr Jordens-Höke, Herr Teichmann.

Protokoll: Frau Rabe

1. Antrag von Refugium in Höhe von Euro 9.891,34. Herr Teichmann wird nach einem detaillierten Finanzierungsplan und dem Antragsdatum fragen.
2. Brief der Organisation „Hinter Gittern“ zur Kenntnis genommen.
3. Einladung von ZEPRA zur Mitgliederversammlung am 01.06. an Frau Kuhrt weitergegeben.
4. Herr Teichmann ist ab 01.06. Pfarrer an St. Johannis. Die neue Adresse lautet: Kapellenstr. 14, 38102 Braunschweig, Tel. 7017833
1. Die nächste Vorstandssitzung ist am **Montag, dem 04.07.06, 15.00 Uhr** bei Frau Hannelore Rabe, An der Petrikirche 5, 38100 Braunschweig, Tel. 1 86 32

Bankverbindung:

Postbank Hannover, BLZ 250 100 30, Kto.-Nr. 4938 77-307



Aktion
Arbeitslosen
Abgabe
in Braunschweig e.V.

AAA Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig e.V.

Christian Teichmann, ~~Poststraße 4, 38162 Cremlingen,~~
Tel.: ~~05306/970216~~, Fax.: ~~05306/970218~~

Aktion
Arbeitslosen-Abgabe e.V.
Kapellenstraße 14
38102 Braunschweig
Tel. 0531 / 701 78 33 • Fax 701 78 58

Braunschweig, den 02.09.05

Protokoll der Vorstandssitzung vom 04.07.2005

Anwesend: Frau Dr. Camerer, Frau Ermerling, Herr Teichmann.

Protokoll: Frau Rabe

1. Termin der Mitglieder-Versammlung verabredet - es ist der 04.10.2005 in der St. Johanniskirche. Thema der Mitglieder-Versammlung: Ref über 1-Euro-Jobs, Wahl des Vorstandes.
2. Antrag von Refugium - nach Auskunft von Frau Klingebiel verfügt Refugium über eine Liquidität noch bis Okt./Nov. 05.
3. In der 2. Jahreshälfte evtl. Antrag von Herrn Binder an die AAA.
4. Gedankenaustausch über Kandidaten/Kandiatinnen für den Vorstand der AAA.
1. Die nächste Vorstandssitzung ist am **Freitag, dem 09.09.05, 12.00 Uhr** bei Frau Hannelore Rabe, An der Petrikirche 5, 38100 Braunschweig, Tel. 1 86 32

H. Rabe

Bankverbindung:

Postbank Hannover, BLZ 250 100 30, Kto.-Nr. 4938 77-307



Aktion
Arbeitslosen
Abgabe
in Braunschweig e.V.

AAA Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig e.V.

Christian Teichmann, Poststraße 4, 38162 Cremlingen,
Tel.: 05306/970216, Fax.: 05306/970218

Braunschweig, den 10.09.05

Protokoll der Vorstandssitzung vom 09.09.2005

Anwesend: Frau Dr. Camerer, Frau Ermerling, Frau Kuhrt, Herr Teichmann.

Protokoll: Frau Rabe

1. Antrag von Herrn Binder wahrscheinlich erst im Jahr 2006
2. Die Aktion Brückenbau wird zur Finanzierung ihrer Arbeit im Jahr 2006 wieder einen Antrag auf Unterstützung stellen.
3. Nach telefonischer Rücksprache mit Herrn Lorenz wird der Antrag von Refugium e.V. mit 3.000,- Euro unterstützt.
4. Vorstandswahlen: Frau Ermerling möchte aus dem Vorstand ausscheiden. Sie wird Kontakt zu Herrn Kiel aufnehmen, um ihn nach einer Kandidatur im Vorstand der Aktion Arbeitslosenabgabe zu fragen. Ebenso wird Herr Teichmann Kontakt mit Frau Stöckmann-Wrede wegen einer Kandidatur aufnehmen.
Es wird auch über eine Verkleinerung des Vorstandes nachgedacht. Herr Teichmann wird in der Satzung nachsehen, ob dies möglich ist - möglicherweise durch eine Satzungsänderung.
5. Planung der Mitgliederversammlung am 04.10.2005: Beginn um 19.00 Uhr mit einem Gottesdienst in der St. Johanniskirche. Im Anschluß um 20.00 Uhr Mitgliederversammlung im Gemeindehaus von St. Johannis. Nach den Regularien ist eine Information über „Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (1-Euor-Job)“ vorgesehen. Danach Möglichkeiten zur Aussprache.
6. Die nächste Vorstandssitzung ist am **Dienstag, dem 29.11.05, 19.30 Uhr** bei Frau Hannelore Rabe, An der Petrikirche 5, 38100 Braunschweig, Tel. 1 86 32

Bankverbindung:

Postbank Hannover, BLZ 250 100 30, Kto.-Nr. 4938 77-307



Aktion
Arbeitslosen
Abgabe
in Braunschweig e.V.

AAA Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig e.V.

Christian Teichmann, Poststraße 4, 38162 Cremlingen,
Tel.: 05306/970216, Fax.: 05306/970218

Vors. Christian Teichmann
Kapellenstr. 14, 38102 Braunschweig
Tel.: 0531/701 78 33 - Fax: 0531/701 78 58

Braunschweig, den 29.01.2006

Protokoll der Vorstandssitzung vom 29.11.2005

Anwesend: Frau Dr. Camerer, Herr Teichmann, Her Lorenz, Herr Kiel.

Protokoll: Frau Rabe

1. Erste Sitzung des neuen Vorstandes.
2. Anträge liegen nicht vor. Flyer muß geändert werden, da es einen neuen Vorstand gibt und auch neue Adressen und Telefonnummern. Auch bei der Darstellung des Vereins wird eine Aktualisierung als notwendig angesehen. Bei der Druckerei Kottulla nachfragen, ob die Druckvorlagen noch vorhanden sind. Herr Teichmann wird die Änderungen auf der bei ihm vorhandene Diskette vornehmen.
3. Es wurde vorgeschlagen, einen Brief an alle Kirchengemeinden zu schicken (mit dem neuen Flyer) und so auf die Aktion Arbeitslosen Abgabe weiterhin aufmerksam zu machen. Dies wird als notwendig angesehen, da die Aktion Arbeitslosen Abgabe nicht mehr im Kollektenplan aufgeführt ist und somit die Einnahmen niedriger sein werden.
4. Die nächste Vorstandssitzung ist am **Montag, dem 06.02.2006, 9.00 Uhr**, bei Frau Hannelore Rabe, An der Petrikirche 5, 38100 Braunschweig, Tel. 1 86 32

Bankverbindung:

Postbank Hannover, BLZ 250 100 30, Kto.-Nr. 4938 77-307



Aktion
Arbeitslosen
Abgabe
in Braunschweig e.V.

AAA Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig e.V.

Christian Teichmann, Poststraße 4, 38162 Cremlingen,
Tel.: 05306/970216, Fax.: 05306/970218

Vors. Christian Teichmann
Kapellenstr. 14, 38102 Braunschweig
Tel.: 0531/701 78 33 - Fax: 0531/701 78 58

Protokoll der Mitgliederversammlung am 04.10.2005

Anwesend: Frau Dr. Luitgard Camerer, Herr Christian Teichmann, Herr Nikolaus Lorenz, Frau Ute Ermerling, Herr Reinhold Jordens-Höke, Frau Elisabeth Schöning, Herr Albrecht Fay.

Protokoll: Frau Rabe

1. Begrüßung durch Herrn Teichmann. Der Vorstand war beschlußfähig.
2. Protokoll vom 25.08.2004 wurde genehmigt.
3. Jahresabschluß 2004 - Entlastung wurde einstimmig erteilt.
4. Finanzplan 2005 wurde vorgestellt und einstimmig genehmigt.
5. Kassenprüfung ohne Beanstandungen - Entlastung wurde erteilt.
6. Als Kassenprüferinnen wurden Frau Kuhlmann und Frau Schwarz gewählt.
7. Vorstandswahl:

Wahlleiter: Herr Albrecht Fay - Wahl durch Handzeichen

1. Vorsitzender: Herr Christian Teichmann - einstimmig - 1 Enthaltung
2. stellvertr. Vorsitzender: Herr Reinhold Jordens-Höke - einstimmig
3. Kassenwart: Herr Nikolaus Lorenz - einstimmig
4. Schriftführerin: Frau Dr. Luitgard Camerer - einstimmig
5. Beisitzer: Herr Arnold Kiel - einstimmig

Alle gewählten Vorstandsmitglieder haben die Wahl angenommen. Herr Binder und Frau Ermerling sind aus dem Vorstand der Aktion Arbeitslosen Abgabe ausgeschieden. Frau Ermerling wurde mit einem herzlichen Dankeschön aus der Arbeit des Vorstandes entlassen.

8. Die Aktion Arbeitslosen Abgabe wurde aus dem Kollektenplan gestrichen, somit erhält sie im Jahr 2006 keine Kollekte mehr.
9. Herr Lorenz referiert zum Thema: „Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (1-Euro-Jobs)“. Diese Arbeitsgelegenheiten sind an Gemeinnützige Einrichtungen, die öffentliche Hand und an den Beschäftigungsbetrieb der Stadt Braunschweig gebunden. Durch die Aktion Brückenbau werden Langzeitarbeitslose in diesem Arbeitsbereich betreut. Bei der Aktion Brückenbau sind auch Informationen zu diesen Arbeitsgelegenheiten, z.B. in der eigenen Gemeinde, zu erhalten. Es sollen dadurch keine vorhandenen Arbeitsplätze abgebaut werden, sondern die Möglichkeit einer Neuorientierung sein. Weitervermittlung in den 1. Arbeitsmarkt ist fraglich.

Bankverbindung:

Postbank Hannover, BLZ 250 100 30, Kto.-Nr. 4938 77-307



**Aktion
Arbeitslosen
Abgabe**
In Braunschweig

Protokolle und Materialien 2006-2009

Neugestaltung Förderung Kirchengemeinden



Aktion
Arbeitslosen
Abgabe
in Braunschweig e.V.

AAA Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig e.V.

~~Christian Teichmann, Poststraße 4, 38162 Cremlingen,
Tel.: 05306/970216, Fax.: 05306/970218~~

Vors. Christian Teichmann
Kapellenstr. 14, 38102 Braunschweig
Tel.: 0531/701 78 33 - Fax: 0531/701 78 58

Braunschweig, den 06.02.2006

Protokoll der Vorstandssitzung vom 06.02.2006

Anwesend: Frau Dr. Camerer, Herr Teichmann, Herr Lorenz, Herr Kiel.

Protokoll: Frau Rabe

1. Der Antrag auf einen Zuschuß für eine Praktikumsstelle an der Oswald-Berkhan-Schule von Frau Ermerling von der Ev.-luth. Pfarrstelle für Menschen mit geistiger Behinderung in Höhe von Euro 1.300,-- wurde genehmigt.
2. Dem Antrag der Selbsthilfegruppe „Zuversicht“ der Kirchengemeinde Kreuzkirche in Höhe von Eurp 2.300,-- wurde zugestimmt. Die Einladung zum 20-jährigen Bestehen der Selbsthilfegruppe am 19.03.2006 hat Frau Dr. Camerer angenommen.
3. Herr Lorenz stellt den Finanzplan 2006 vor.
4. Die Aktion Brückenbau wird voraussichtlich erst im Sommer 2006 einen Antrag auf Unterstützung stellen.
5. Die nächste Vorstandssitzung ist am **Montag, dem 15.05.2006, 9.00 Uhr**, bei Frau Hannelore Rabe, An der Petrikirche 5, 38100 Braunschweig, Tel. 1 86 32

H. Rabe

x Sitzung wurde abgesetzt. Rabe

Bankverbindung:

Postbank Hannover, BLZ 250 100 30, Kto.-Nr. 4938 77-307



Aktion
Arbeitslosen
Abgabe
in Braunschweig e.V.

AAA Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig e.V.

Christian Teichmann, Poststraße 4, 38162 Cremlingen,
Tel.: 05306/970216, Fax.: 05306/970218

Vors. Christian Teichmann
Kapellenstr. 14, 38102 Braunschweig
Tel.: 0531/701 78 33 - Fax: 0531/701 78 58

Braunschweig, den 06.10.2006

Protokoll der Vorstandssitzung vom 06.10.2006

Anwesend: Frau Dr. Camerer, Herr Teichmann, Herr Lorenz, Herr Kiel.

Protokoll: Frau Rabe

1. Von der Aktion Brückenbau kein Antrag für das Jahr 2006.
2. Der Antrag vom Landesverband der Evangelischen Frauenhilfe, Wolfenbüttel, auf Bezuschussung einer Honorarstelle in Höhe von Euro 1.200,-- wurde einstimmig genehmigt.
3. Der Besuchs- und Beratungsdienst der St. Johannis-Gemeinde, Braunschweig, stellt den Antrag auf Unterstützung für die weiterführende Arbeit im BBD durch die Beschäftigung einer Vollzeitkraft als Bindeglied zwischen St. Johannis und der Martin-Luther-Gemeinde, sowie mit der Stadt Braunschweig und den Sozialdiensten. Herr Teichmann stellt den BBD vor, über den Antrag wurde gesprochen und um nähere Informationen gebeten. Außerdem wurde sollte der Antrag genauer gestellt werden.
4. Der Flyer wird über die Propsteien der Landeskirche an die verschiedenen Diakonie-Ausschüsse geschickt, um die Gemeinden über die Arbeit der AAA zu informieren und bei den Beratungen bei der Vergabe der Kollekten evtl. Berücksichtigung in den Gemeinden zu finden.
5. Der Termin für die Mitglieder-Versammlung 2005 ist der 02.11.2005, in der St. Johannisgemeinde, Kapellenstr. 14, 38102 Braunschweig. Ein Termin für die nächste Vorstandssitzung wurde nicht vereinbart.
6. Neuer Termin: **Montag, 11.06.07, 9.00 Uhr** bei Frau Hannelore Rabe, An der Petrikirche 5, 38100 Braunschweig, Tel.: 0531/1 86 32

Bankverbindung:

Postbank Hannover, BLZ 250 100 30, Kto.-Nr. 4938 77-307



Aktion
Arbeitslosen
Abgabe
in Braunschweig e.V.

AAA Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig e.V.

Christian Teichmann, Kapellenstr. 14, 38102 Braunschweig,
Tel.: 0531/7017833 – Fax: 0531/7017858
cteichmann.bs@web.de

Braunschweig, den 29.10.2007

Protokoll der Vorstandssitzung vom 11.06.2007

Anwesend: Frau Dr. Camerer, Herr Teichmann, Herr Lorenz, Herr Kiel.

Protokoll: Frau Rabe

1. Der Vorstand wird alle 3 Jahre gewählt - nächste Vorstandswahl also im Jahre 2008.
2. Termin für die Mitgliederversammlung ist der 20.09.2007, 19.00 Uhr, in St. Johannes, Kapellenstraße 14.
3. Berichtigung des letzten Protokolls: P 3 wurde gestrichen
P 5: Termin 2006
4. Der Antrag des Diakonischen Besuchs- und Beratungsdienstes St. Johannes auf Unterstützung in Höhe von Euro 2.000,-- wird beraten. Es wird ein Zuschuß in Höhe von Euro 1.000,-- genehmigt.
5. Herr Lorenz stellt den Finanzplan 2007 vor.
6. Frau Rabe beendet ihr Arbeitsverhältnis zum 30.06.2007. Ein Aufhebungsvertrag wird vereinbart. Als Honorarkraft wird Frau Rabe bis zum 31.12.2007 weiterbeschäftigt.
7. Herr Fay beendet seine Mitgliedschaft zum 31.12.2007 und Herr Adam beendet seine Mitgliedschaft zum 30.06.2007.
8. Anfrage nach dem Studentischen Hilfsfond von Frau Melanie Grauer. Der Hilfsfond ist bereits aufgelöst.
9. Herr Teichmann fragt nach, wie die Auflösung der AAA von statten gehen kann.
10. Neuer Termin: **Donnerstag, 08.11.2007, 20.00 Uhr** bei Frau Rabe,
An der Petrikirche 5, 38100 Braunschweig, Tel.: 0531/1 86 32

Bankverbindung:

Postbank Hannover, BLZ 250 100 30, Kto.-Nr. 4938 77- 307



Aktion
Arbeitslosen
Abgabe
in Braunschweig e.V.

AAA Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig e.V.

Christian Teichmann, Kapellenstr. 14, 38102 Braunschweig,
Tel.: 0531/701 7833 – Fax: 0531/7017858
cteichmann.bs@web.de

Braunschweig, den 12.11.2007

Protokoll der Vorstandssitzung vom 08.11.2007

Anwesend: Frau Dr. Camerer, Herr Teichmann, Herr Lorenz, Herr Kiel, Herr Jordens-Höke.

Protokoll: Frau Rabe

1. Der Honorarvertrag mit Frau Rabe wird noch mit dem Datum des Arbeitsbeginns ergänzt und dann unterschrieben. Frau Rabe arbeitet weiterhin für die Aktion Arbeitslosen Abgabe und erhält ein Honorar von Euro 12,50 pro Arbeitsstunde.
2. Der Antrag vom 29.10.2007 der Kreuzgemeinde auf Zuschuß für die Erwerbslosenarbeit in der Kreuzgemeinde wird mit Euro 1.500,-- genehmigt. Herr Jordens-Höke schlägt vor, dass Pastor Merz außerdem noch einen Antrag auf Zuschuß beim Landeskirchenamt stellt. Herr Teichmann wird an Pastor Merz informieren.
3. Der Antrag vom 23.10.2007 der Dankeskirche auf Zuschuß des Arbeitsentgeltes für die befristete Beschäftigung einer arbeitslosen Sozialpädagogin wird mit Euro 1.000,-- genehmigt. Anfrage an Pastorin Stöckmann-Wrede über den Arbeitsumfang dieses Arbeitsplatzes.
4. Antrag der Kirchengemeinde St. Thomas im Heidberg vom 15.10.2007 auf Unterstützung der Arbeit mit 1-Euro-Jobbern in der Kirchengemeinden. Wie bereits auf der Mitgliederversammlung diskutiert wurde, wird überlegt, ob die Mehrarbeit in den Kirchengemeinden, welche die Anleitung von 1-Euro-Jobbern mit sich bringt, durch Unterstützung der AAA mitgetragen werden kann. Es müssen aber noch tarif- und arbeitsrechtliche Fragen geklärt werden. Es wird auch ein Nachweis der Mehrarbeitsstunden erforderlich sein. Auch der Nachweis der Vermittlung von 1-Euro-Jobbern in die Kirchengemeinden durch die Aktion Brückenbau soll erbracht werden. Zuschüsse auch an andere Kirchengemeinden - ohne vorherige Anfrage? Anfrage an die Kirchengemeinde St. Thomas, ob mit dem Antrag von dort, ein Pilotprojekt für diese finanzielle Unterstützung durch die AAA gestartet werden kann.
5. Neuer Termin: Montag, **28.01.2008, 9.00 Uhr**, bei Frau Rabe, An der Petrikirche 5, 38100 Braunschweig. Telefon: 0531/18632

Bankverbindung:

Postbank Hannover, BLZ 250 100 30, Kto.-Nr. 4938 77-307



Aktion
Arbeitslosen
Abgabe
in Braunschweig e.V.

AAA Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig e.V.

Christian Teichmann, Kapellenstr. 14, 38102 Braunschweig,
Tel.: 0531/7017833 – Fax: 0531/7017858
teichmann.bs@web.de

Braunschweig, den 29.01.2008

Protokoll der Vorstandssitzung vom 28.01.2008

Anwesend: Frau Dr. Camerer, Herr Teichmann, Herr Lorenz, Herr Kiel, Herr Jordens-Höke.

Protokoll: Frau Rabe

1. Antrag der Kirchengemeinde St. Georg zur Übernahme der Fortbildungsgebühren für den Einführungskurs „AnleiterInnen werden ist nicht schwer Workshop für AnleiterInnen“ für 1-Euro-Jobber wurde genehmigt.
2. Diskussion über die Unterstützung der Arbeit der Anleiter in den Kirchengemeinden für 1-Euro-Jobber. Unterstützung nur auf Antrag, da eine Unterstützung aller Kirchengemeinde mit 1-Euro-Jobber pauschal nicht möglich ist. Die Übernahme der Kursgebühren auch auf Antrag möglich. Der Nachweis der Teilnahme ist erforderlich. Information an alle Kirchengemeinde, dass eine Unterstützung möglich ist. Die Unterstützung soll in dem Haushalt der Kirchengemeinde als zweckgebundene Spende gebucht werden. Die Zahlung erfolgt am Ende der Maßnahme - grundsätzlich 2 x im Jahr. Der Nachweis einer Beschäftigung eines 1-Euro-Jobbers ist durch die Aktion Brückenbau möglich, da dort die Betreuung stattfindet.
3. Nächste Sitzung: Donnerstag, **08.05.2008, 9.30 Uhr**, bei Frau Hannelore Rabe, An der Petrikirche 5, 38100 Braunschweig, Tel.: 0531/1 86 32

H. Rabe

Bankverbindung:

Postbank Hannover, BLZ 250 100 30, Kto.-Nr. 4938 77- 307



Aktion
Arbeitslosen
Abgabe
in Braunschweig e.V.

AAA Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig e.V.

Christian Teichmann, Kapellenstr. 14, 38102 Braunschweig,
Tel.: 0531/7017833 – Fax: 0531/7017858
cteachmann.bs@web.de

Braunschweig, den 09.05.2008

Protokoll der Vorstandssitzung vom 08.05.2008

Anwesend: Frau Dr. Camerer, Frau Kurth, Herr Teichmann, Herr Lorenz, Herr Kiel, Herr Jordens-Höke.

Protokoll: Frau Rabe

1. Antrag der Kirchengemeinde Dankeskirche auf Bezuschussung von Arbeitsgelegenheit für 1-Euro-Jobber wurde genehmigt.
2. Beim Antrag auf Bezuschussung von St. Petri, Rünigen, muß das Beschäftigungszeitraum überprüft werden. Frau Kurth nimmt diesen Antrag zur Überprüfung mit und wird ihn nach Änderung bei Frau Rabe zur weiteren Bearbeitung abgeben.
3. Für den Antrag der Kreuzgemeinde ist der Finanzierungsplan zur Bezahlung der Honorarkraft erforderlich. Erst nach Eingang dieses Nachweises, kann über den Antrag entschieden werden. Herr Teichmann wird einen entsprechenden Brief an die Kreuzgemeinde senden.
4. Die Auflösung des Vermögens des Studienfonds soll wie folgt geschehen: das Restguthaben in Höhe von Euro 511,-- erhält der Braunschweiger Hospizverein. Die Überweisung wird direkt ausgeführt. Der Generalkonvent, Göttingen, erhält einen Brief mit entsprechender Mitteilung.
5. Frau Kurth von der Aktion Brückenbau erhält nähere Informationen über Bezuschussung von Arbeitsgelegenheiten für 1-Euro-Jobber.
6. Anfrage von Frau Kurth, ob im Jahr 2009 die Personalkosten für einen Anleiter von der Aktion Brückenbau bei der Arbeit mit den Kirchengemeinden, die 1-Euro-Jobber beschäftigen, durch die AAA mit finanziert werden können.
7. Nächste Sitzung: Donnerstag, **18.09.2008, 9.30 Uhr**, bei Frau Hannelore Rabe, An der Petrikirche 5, 38100 Braunschweig, Tel.: 0531/1 86 32

J. Rabe

Bankverbindung:

Postbank Hannover, BLZ 250 100 30, Kto.-Nr. 4938 77- 307



Aktion
Arbeitslosen
Abgabe
in Braunschweig e.V.

AAA Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig e.V.

Christian Teichmann, Kapellenstr. 14, 38102 Braunschweig,
Tel.: 0531/7017833 – Fax: 0531/7017858
cteichmann.bs@web.de

Braunschweig, den 19.09.2008

Protokoll der Vorstandssitzung vom 18.09.2008

Anwesend: Herr Teichmann, Herr Jordens-Höke.

Protokoll: Frau Rabe

1. Der Vorstand war nicht beschlußfähig.
2. Der Antrag von Alan Issa, Wolfsburg, auf einen Zuschuss von 650,-- Euro zum Kurs bei ARBEIT UND LEBEN für den erweiterten Realschulabschluss wurde erörtert. Herr Teichmann wird mit einer Sozialarbeiterin in Wolfsburg Kontakt aufnehmen und der Antrag wird bei der Mitgliederversammlung vorgestellt.
3. Von der Aktion Brückenbau erhielt die AAA eine Anfrage, ob ein Antrag für die Übernahme einer Förderung für eine Mitarbeiterin vom gemeinnützigen St. Elisabeth-Verein gestellt werden kann. Diese Anfrage wird auch bei der Mitgliederversammlung eingebracht.
4. Nächste Sitzung: **Montag, 19.01.2009, 9.00 Uhr**, bei Frau Hannelore Rabe, An der Petrikirche 5, 38100 Braunschweig, Tel.: 0531/1 86 32

Bankverbindung:

Postbank Hannover, BLZ 250 100 30, Kto.-Nr. 4938 77-307



Aktion
Arbeitslosen
Abgabe
in Braunschweig e.V.

AAA Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig e.V.

Christian Teichmann, Kapellenstr. 14, 38102 Braunschweig,
Tel.: 0531/7017833 – Fax: 0531/7017858
cteichmann.bs@web.de

Braunschweig, den 20.01.2009

Protokoll der Vorstandssitzung vom 19.01.2009

Anwesend: Herr Teichmann, Frau Camerer, Herr Lorenz, Herr Kiel

Protokoll: Frau Rabe

1. Dem Antrag der Kirchengemeinde „Mit uns“ auf Unterstützung einer Arbeitsgelegenheit in Höhe von 100,-- Euro wurde stattgegeben. Die Kopie der Vereinbarung zur Teilnahme an einer Arbeitsgelegenheit muß von der Kirchengemeinde „Mit uns“ noch nachgereicht werden.
2. Herr Lorenz erläutert den Antrag des St. Elisabethvereins zur Finanzierung eines Arbeitsplatzes in der St. Elisabeth-Buchhandlung. Die Gesamtfinanzierung dieses Arbeitsplatzes wird auch von der ARGE und dem St. Elisabethverein mitbezuschusst. Der Antrag an die AAA in Höhe Euro 1.920,- für wird für 2009/2010 genehmigt Im Nov./Dez. 2009 beim St. Elisabethverein nachfragen, ob eine weitere Förderung in der beantragten Höhe (Euro 1.920,--) ist.
3. Für den Antrag der SHG Zuversicht, Kreuzgemeinde Alt-Lehndorf, auf Zuschuss für eine Arbeitsstelle ist ein detaillierter Finanzplan erforderlich. Herr Teichmann wird eine entsprechende Anfrage an Frau Schwarz richten.
4. Zur umfangreicheren finanziellen Unterstützung der Arbeitsgelegenheiten für 1-Euro-Jobber sind weitere Gespräch mit Frau Hankers und Frau Kurth von der Aktion Brückenbau sicher hilfreich. Auch über die Unterstützung anderer Einrichtungen (z.B. Refugium) wurde nachgedacht.
5. Nächste Sitzung: **Montag, 11.05.2009, 9:15 Uhr** bei Frau Hannelore Rabe, An der Petrikirche 5, 38100 Braunschweig, Tel.: 0531/1 86 32

H. Rabe

Bankverbindung:

Postbank Hannover, BLZ 250 100 30, Kto.-Nr. 4938 77- 307



Aktion
Arbeitslosen
Abgabe
in Braunschweig e.V.

AAA Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig e.V.

Christian Teichmann, Kapellenstr. 14, 38102 Braunschweig,
Tel.: 0531/7017833 – Fax: 0531/7017858
cteichmann.bs@web.de

Braunschweig, den 12.05.2009

Protokoll der Vorstandssitzung vom 11.05.2009

Anwesend: Herr Teichmann, Frau Camerer, Herr Lorenz, Herr Kiel, Herr Jordens-Höke

Protokoll: Frau Rabe

1. Der Zuschuss für Arbeitsgelegenheiten von 1-Euro-Jobbern wird auf Euro 200,-- erhöht, da die Belastung der Mitarbeiter in den Kirchengemeinden bei der Betreuung der 1-Euro-Jobber nicht exakt zu berechnen ist, wird eine Erhöhung des Zuschusses von 100,-- Euro auf 200,-- Euro beschlossen. Diese Information wird über die Aktion Brückenbau an die Kirchengemeinden weitergegeben. Herr Teichmann setzt einen Brief auf, den Herr Lorenz weitergeben wird (an die Aktion Brückenbau).
2. Der Zuschuss an die Ev.-Freikirchliche St. Stephanus-Gemeinde kann überwiesen werden. Von der SHG Zuversicht und dem Friedenszentrum der Ev. Freikirche sind die erforderlichen Unterlagen noch nicht vorhanden. Herr Teichmann wird die zuständigen Mitarbeiter bei den genannten Einrichtungen erinnern.
3. Bei der EKK wird wieder eine längerfristige Geldanlage getätigt werden, in Höhe von 10.000,-- Euro. Herr Lorenz wird die entsprechenden Informationen einholen und den genannten Betrag anlegen.
4. Auf Anfrage eines Mitgliedes wurde über die Beendigung einer Mitgliedschaft bei der AAA gesprochen, speziell beim Todesfall. Hier endet die Mitgliedschaft sofort. Herr Teichmann wird diese Information an das Mitglied weitergeben.
5. Nächste Sitzung: **Donnerstag, den 03.09.2009, 9:15 Uhr** bei Frau Hannelore Rabe, An der Petrikirche 5, 38100 Braunschweig, Tel.: 0531/1 86 32

Bankverbindung:

Postbank Hannover, BLZ 250 100 30, Kto.-Nr. 4938 77- 307



Aktion
Arbeitslosen
Abgabe
in Braunschweig e.V.

AAA Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig e.V.

Christian Teichmann, Kapellenstr. 14, 38102 Braunschweig,
Tel.: 0531/7017833 – Fax: 0531/7017858
cteichmann.bs@web.de

Zuschuss an Kirchengemeinden, die Arbeitsgelegenheiten einrichten

Braunschweig, im August 2009

Sehr geehrte Damen und Herren,

im vergangenen Jahr erhielten Sie ein Schreiben von uns, in dem wir das Angebot machten, Kirchengemeinden mit einem einmaligen pauschalen Zuschuss in Höhe von 100,-- Euro zu unterstützen, die in Zusammenarbeit mit der Aktion Brückenbau zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten im Rahmen der so genannten Arbeitsgelegenheiten einrichten. Unser Angebot ist im Laufe des letzten Jahres relativ häufig in Anspruch genommen worden.

Wir möchten ab sofort dieses Angebot um 100,-- Euro aufstocken, so dass Sie mit einem formlosen Antrag und einer Kopie des Beschäftigungsvertrages 200,-- Euro für die Deckung von Kosten die im Zusammenhang mit der Beschäftigungsmöglichkeit bei der Kirchengemeinde anfallen, beantragen können.

Die AAA wird den Zuschuss mit dem Vermerk versehen „Spende für Beschäftigungsverhältnis N. N.“ *an die entsprechende Haushaltsstelle überweisen. Diese Spende ist nicht für die Personen der Arbeitsgelegenheit gedacht, sondern dient den Mehraufwendungen der Kirchengemeinde für entsprechende Mehrstunden der Anleiterinnen und Anleiter.*

Wir hoffen, dass Sie weiter von dieser Zuschussmöglichkeit Gebrauch machen.

Mit freundlichem Gruß

Christian Teichmann
Vorsitzender
Aktion Arbeitslosen-Abgabe

Bankverbindung:

Postbank Hannover, BLZ 25010030, Kto.-Nr. 4938 77-307



Aktion
Arbeitslosen
Abgabe
in Braunschweig e.V.

AAA Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig e.V.

Christian Teichmann, Kapellenstr. 14, 38102 Braunschweig,
Tel.: 0531/7017833 – Fax: 0531/7017858
cteichmann.bs@web.de

Braunschweig, den 04.09.2009

Protokoll der Vorstandssitzung vom 03.09.2009

Anwesend: Herr Teichmann, Frau Camerer, Herr Lorenz, Herr Kiel, Herr Jordens-Höke

Protokoll: Frau Rabe

1. Der Antrag vom Besuchs- und Beratungsdienst St. Johannis auf Bezuschussung einer Honorarstelle in Höhe von 2.048,-- Euro wird einstimmig genehmigt.
2. Dem Antrag der Kirchengemeinde St. Thomas kann nicht stattgegeben werden, da die Übernahme von Mehrarbeitsstunden innerhalb eines bestehenden Arbeitsverhältnisses in Bezug auf die Betreuung einer 1-Euro Jobberin nicht mit der Vereinsatzung vereinbar ist und einen zu großen Fremdarbeitsaufwand bedeuten würde.
3. Die Erhöhung der Bezuschussung von 100,-- Euro auf 200,-- Euro an Kirchengemeinden, die Arbeitsgelegenheiten für 1-Euro-Jobber eingerichtet haben, wird in Form einer schriftlichen Mitteilung an alle Kirchengemeinden innerhalb Braunschweigs weitergegeben. Bei Beantragung wird die Zahlung 3 Monate nach Arbeitsbeginn an die Kirchengemeinde vorgenommen. Außerdem wird bei der Aktion Brückenbau nachgefragt, ob das Beschäftigungsverhältnis noch besteht.
4. Herr Lorenz hat Informationen über eine längerfristige Geldanlage bei der EKK eingeholt. Aufgrund dieser Informationen wird eine Vermögensanlage getätigt.
5. Nächste Sitzung: **Freitag, 04.12.2009, 9:15 Uhr** bei Frau Hannelore Rabe, An der Petrikirche 5, 38100 Braunschweig, Tel.: 0531/1 86 32

H. Rabe

Bankverbindung:

Postbank Hannover, BLZ 250 100 30, Kto.-Nr. 4938 77- 307



Aktion
Arbeitslosen
Abgabe
in Braunschweig e.V.

AAA Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig e.V.

Christian Teichmann, Kapellenstr. 14, 38102 Braunschweig,
Tel.: 0531/7017833 – Fax: 0531/7017858
cteachmann.bs@web.de

Braunschweig, den 07.12.2009

Protokoll der Vorstandssitzung vom 04.12.2009

Anwesend: Herr Teichmann, Frau Camerer, Herr Lorenz, Herr Kiel, Herr Jordens-Höke

Protokoll: Frau Rabe

1. Dem Antrag der St. Thomas-Gemeinde auf Zuschuss von Euro 200,-- für eine Arbeitsgelegenheit wird stattgegeben. Dem Antrag auf Übernahme einer Arbeitsstunde für einer festangestellte Mitarbeiterin kann nicht stattgegeben werden.
2. Einem Mitarbeiter der „Mit uns“-Gemeinde wird nach eingehender Beratung eine Unterstützung in Höhe von Euro 1.200,-- gewährt.
3. Dem Antrag der St. Johanniskirche auf Zuschuss von Arbeitsgelegenheiten wird zugestimmt. Ebenso den Anträgen der Kirchengemeinde Riddagshausen-Gliesmarode, Riddagshausen und St. Jakobi.
4. Über den Antrag der Kreuzgemeinde auf Zuschuss für eine geförderte Arbeitsstelle wird beraten. Der Vorstand der AAA steht diesem Antrag positiv gegenüber. Herr Teichmann wird mit der Kreuzgemeinde Kontakt aufnehmen, da der Finanzierungsplan deutlicher den Eigenanteil der Gemeinde aufweisen muß. Vorweg wurde die Entscheidung getroffen, Euro 2.500,-- zu übernehmen. Erste Überweisung in Höhe von Euro 1.200,-- im März 2010. Danach erst nach Überprüfung, ob der Arbeitsplatz von dem Mitarbeiter noch wahrgenommen wird. Außerdem wird Herr Teichmann auch nach dem überarbeiteten Finanzierungsplan für den Zuschuss für eine Arbeitsstelle von Frau Starke fragen und ob Frau Starke noch an diesem Arbeitsplatz beschäftigt ist.
5. Nächste Sitzung: Freitag, **19.02.2010, 9:15 Uhr**, bei Frau Hannelore Rabe, An der Petrikirche 5, Tel.: 0531/1 86 32

J. Rabe

Bankverbindung:

Postbank Hannover, BLZ 250 100 30, Kto.-Nr. 4938 77- 307



Protokoll der Mitgliederversammlung am 20.09.2007

Anwesend: Frau Dr. Luitgard Camerer, Frau Cornelia Kuhlmann, Frau Jutta Mohr, Herr Arnold Kiel, Herr Eckehard Binder, Herr Frieder Schöbel, Herr Christian Teichmann, Herr Hartmut Padel.

Protokoll: Frau Rabe

1. Begrüßung durch den Vorsitzenden, Herrn Christian Teichmann. Tagesordnung wurde genehmigt.
2. Protokoll vom 02.11.2006 mit Änderung „Vorstand war beschlußfähig“ streichen - mit 1 Enthaltung genehmigt.
3. Jahresabschluß 2006 einstimmig genehmigt.
4. Kassenprüfung: Entlastung wurde erteilt.
5. Kassenprüferinnen - Frau Schwarz und Frau Kuhlmann - einstimmig wiedergewählt.
6. Finanzplan 2007 wird vorgestellt und einstimmig genehmigt.
7. Bericht von Herrn Teichmann zur derzeitigen Situation des Vereines: Die Arbeit der AAA wird weiter notwendig sein, möglicherweise in anderer Form. Frau Kuhlmann berichtet über das Instrumentarium der Genehmigung von Projekten durch den Wegfall der Förderung durch das Arbeitsamt. In Zusammenarbeit mit der Aktion Brückenbau wird diskutiert, ob die Kirchengemeinden für die Begleitung der 1-Euro-Jobber durch hauptamtliche Mitarbeiter (Mehrarbeitsstunden, Teilnahme an Seminaren) durch die AAA unterstützt werden können. Mit der Aktion Brückenbau wird eine enge Zusammenarbeit vorgeschlagen. Es wird erörtert, wie diese Unterstützung gehandhabt werden kann, wie und an wen die Unterstützung geleistet werden kann. Es soll ein Brief an alle Kirchengemeinden geschickt werden, mit dem Faltblatt der AAA, um dieses Angebot bekannt zu machen. Herr Binder und Frau Kuhlmann werden Anträge stellen und die Unterstützung der Kirchengemeinden versuchen, damit eine genaue Formulierung erreicht werden kann.
8. Verschiedenes: Es wurden Überlegungen angestellt, ob der Verein möglicherweise in 2 Jahren aufgelöst wird. Es gab zwiespältige Äußerungen. Es gab auch neue Überlegungen zur finanziellen Unterstützung neuer Projekte. Erwerbslosenarbeit oder andere Modell suchen, die punktuell unterstützt werden können im Konsens mit der Satzung der AAA.

Bankverbindung:

Postbank Hannover, BLZ 250 100 30, Kto.-Nr. 4938 77- 307



Protokoll der Mitgliederversammlung am 12. November 2008

Anwesend: Frau Marietta Hankers, Frau Elisabeth Schöning, Frau Jutta Mohr, Frau Ilsabe Schwarz, Herr Arnold Kiel, Herr Frieder Schöbel, Herr Christian Teichmann, Herr Hartmut Padel, Herr Nikolaus Lorenz, Herr Jordens-Höke.

Protokoll: Frau Rabe

1. Begrüßung durch den Vorsitzenden, Herrn Christian Teichmann. Tagesordnung wurde genehmigt.
2. Protokoll vom 20.09.2007 wurde genehmigt.
3. Jahresabschluß 2007 mit 4 Enthaltungen genehmigt.
4. Kassenprüfung: Entlastung wurde erteilt.
5. Kassenprüferinnen - Frau Schwarz und Frau Kuhlmann - einstimmig wiedergewählt.
6. Finanzplan 2008 wird vorgestellt und einstimmig genehmigt.
7. TOP 8 wird vorgezogen: Frau Hankers, Aktion Brückenbau, stellt das Projekt eines Arbeitsplatzes beim St. Elisabethverein, Buchhandlung Gildenstraße, vor. Förderung auch durch die ARGE beantragt und weitgehend im Abschluß befindlich. Beantragung der Fördermaßnahme war und ist sehr schwierig und auch nur durch die Förderung durch die AAA möglich. Nach Beratung wird der Antrag des St. Elisabethvereins genehmigt.
8. Wahl des Vorstandes der AAA:
Wahlleiter: Herr Frieder Schöbel - Beisitzer Herr Arnold Kiel
Durch Akklamation wurde der Vorstand im Block gewählt - mit 6 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen.
Vorsitzender: Christian Teichmann
stellvertr. Vorsitzender: Reinhold Jordens-Höke
Kassenwart: Nikolaus Lorenz
Schriftführerin: Dr. Luitgard Camerer
Beisitzer: Arnold Kiel
9. Das Angebot der AAA an die Kirchengemeinden zur Unterstützung bei der Beschäftigung von 1-Euro-Jobbern wird von Herrn Teichmann vorgestellt. Bislang wurde dieses Angebot mit 2.100,-- Euro unterstützt. Auch die Teilnahme an 2 Fortbildungsmaßnahmen zum Anleiter bei 1-Euro-Jobbern wurde mitfinanziert. Der Antrag der SHG Zuversicht auf Bezuschussung eines Arbeitsplatzes innerhalb der Erwerbslosenarbeit in der Kreuzgemeinde Alt-Lehndorf wurde mit Euro 800,-- genehmigt. Zur Erlangung des erweiterten Realschulabschlusses wurde von ARBEIT und LEBEN, Wolfsburg, ein Antrag in Höhe von Euro 650,-- gestellt. Herr Teichmann hat mit einer Sozialarbeiterin Kontakt aufgenommen. Dem Antrag wurde stattgegeben. Über die weitere Arbeit der AAA wurde diskutiert und es wurden Überlegungen angestellt, wie die Unterstützung in Zukunft, in Übereinstimmung mit der Satzung, gestaltet werden kann.

Bankverbindung:

Postbank Hannover, BLZ 250 100 30, Kto.-Nr. 4938 77- 307



Braunschweig, den 10.03.2009

Protokoll der Mitgliederversammlung am 04. März 2009

Anwesend: Frau Dr. Luitgard Camerer, Herr Reinhold Jordens-Höke, Frau Elisabeth Schöning, Herr Frieder Schöbel, Herr Eckehard Binder, Herr Christian Teichmann, Frau Ute Ermerling, Herr Nikolaus Lorenz.

Protokoll: Frau Rabe

1. Begrüßung durch den Vorsitzenden, Herrn Christian Teichmann. Tagesordnung wurde genehmigt.
2. Protokoll vom 12.11.2008 wurde mit 3 Enthaltungen genehmigt.
3. Jahresabschluß 2008 wurde genehmigt.
4. Kassenprüfung: Prüfbericht wurde vorgelesen und Entlastung erteilt.
5. Kassenprüferinnen - Frau Schwarz und Frau Kuhlmann - wurden in Abwesenheit erneut gewählt. Herr Teichmann wird ihnen dies mitteilen und um Annahme der Wahl bitten.
6. Finanzplan 2009 wurde vorgestellt und einstimmig genehmigt. Beschluß der Mitgliederversammlung: Der Vorstand kann jederzeit Mittel aus der Rücklage zur Projektförderung entnehmen.
7. Antrag von Herrn Schöbel: im Friedenszentrum der Ev. Freikirche soll ein Mitarbeiter auf 400-Euro-Basis beschäftigt werden. Zu seinem Aufgabenbereich gehört: Einrichtung von weiteren 18 Gedenkpunkten in der Stadt Braunschweig, Betreuung der bereits aufgestellten Gedenkpunkte, Unterstützung bei der Betreuung von Praktikanten. Ein Zuschuß in Höhe von Euro 2.000,-- wird für 1 Jahr genehmigt. Herr Schöbel wird noch einen schriftlichen Antrag an die AAA einreichen und den Arbeitsvertrag und -beginn nachweisen
8. Antrag von Herrn Binder für eine Teilzeitkraft auf 400-Euro-Basis in der Suppenküche der Stephanusgemeinde und der St. Thomaskirche. Um den Erhalt der Suppenküche zu gewährleisten, ist für die Planung und die Koordination mit den ehrenamtlichen Mitarbeitern die Besetzung mit einer Teilzeitkraft erforderlich. Es wird ein Zuschuß in Höhe von Euro 2.000,-- für 1 Jahr genehmigt. Die Stephanusgemeinde erhält die Zusage mit der Auflage einen schriftlichen Antrag an die AAA zu stellen. Ferner muß auch ein Arbeitsvertrag mit der Teilzeitkraft eingereicht und die Aufnahme der Tätigkeit nachgewiesen werden. Für die St. Thomaskirche stellt Herr Binder den Antrag auf Unterstützung der Personalkosten für die Pfarramtsskretärin bei der Betreuung von 1-Euro-Jobbern. Durch die Kürzung der Regelarbeitsstunden der Sekretärin ist möglicherweise die Betreuung nicht mehr möglich. Nach der Diskussion über die Möglichkeiten der Unterstützung dieses Arbeitsplatzes durch die AAA hat Herr Binder den Antrag zurückgezogen. Frau Ermerling und Herr Binder haben den Brief mit Informationen über die Zahlung eines

Bankverbindung:

Postbank Hannover, BLZ 25010030, Kto.-Nr. 4938 77-307

Zuschusses an Kirchengemeinde mit Arbeitsgelgenheiten für 1-Euro-Jobber nicht erhalten und werden diesen Brief noch zugeschickt bekommen. Es wurde vorgeschlagen, diesen Brief zu überarbeiten und eindeutigere Formulierungen zu verwenden, für welchen Personenkreis der Zuschuss bestimmt ist.

9. Dem Antrag der Dankeskirche vom 12. 12. 2008 auf Förderung zur befristeten Beschäftigung einer Arbeitslosen wird ein Zuschuss in Höhe von 1.000,-- Euro genehmigt.
10. Unter Verschiedenes schloss sich eine Diskussion an über die weitere Verwendung der Mittel der AAA. Es wird über eine Erhöhung der 100 Euro als Zuschuß für die Kirchengemeinden mit 1-Euro-Jobbern nachgedacht. Der Vorstand erhält die Aufgabe, bis zur nächsten Mitgliederversammlung Vorschläge über die erweiterte Mittelverwendung im Rahmen der Satzung der AAA vorzubereiten.

J. Dabe



Aktion
Arbeitslosen
Abgabe
in Braunschweig e.V.

AAA Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig e.V.

Christian Teichmann, Kapellenstr. 14, 38102 Braunschweig,
Tel.: 0531/7017833 – Fax: 0531/7017858
cteachmann.bs@web.de

Zuschuss an Kirchengemeinden, die Arbeitsgelegenheiten einrichten

Braunschweig, im August 2009

Sehr geehrte Damen und Herren,

im vergangenen Jahr erhielten Sie ein Schreiben von uns, in dem wir das Angebot machten, Kirchengemeinden mit einem einmaligen pauschalen Zuschuss in Höhe von 100,-- Euro zu unterstützen, die in Zusammenarbeit mit der Aktion Brückenbau zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten im Rahmen der so genannten Arbeitsgelegenheiten einrichten. Unser Angebot ist im Laufe des letzten Jahres relativ häufig in Anspruch genommen worden.

Wir möchten ab sofort dieses Angebot um 100,-- Euro aufstocken, so dass Sie mit einem formlosen Antrag und einer Kopie des Beschäftigungsvertrages 200,-- Euro für die Deckung von Kosten die im Zusammenhang mit der Beschäftigungsmöglichkeit bei der Kirchengemeinde anfallen, beantragen können.

Die AAA wird den Zuschuss mit dem Vermerk versehen „Spende für Beschäftigungsverhältnis N. N.“ *an die entsprechende Haushaltsstelle überweisen. Diese Spende ist nicht für die Personen der Arbeitsgelegenheit gedacht, sondern dient den Mehraufwendungen der Kirchengemeinde für entsprechende Mehrstunden der Anleiterinnen und Anleiter.*

Wir hoffen, dass Sie weiter von dieser Zuschussmöglichkeit Gebrauch machen.

Mit freundlichem Gruß

Christian Teichmann
Vorsitzender
Aktion Arbeitslosen-Abgabe

Bankverbindung:

Postbank Hannover, BLZ 250 100 30, Kto.-Nr. 4938 77- 307



**Aktion
Arbeitslosen
Abgabe**
In Braunschweig

Protokolle und Materialien 2010-2012

1.12.2010

Vorstand der Aktion Arbeitslosenabgabe e.V., Braunschweig

1. Vorsitzender

Christian Teichmann
Kapellenstraße 14
38102 Braunschweig / Telefon: 0531/701 78 33
Fax: 0531/701 78 58

Privat Postbank
Hannover 25010030
Kto.# 3286 65-308

2. Vorsitzender

Reinhold Jordens-Höke
Gutsstraße 12
38154 Königslutter - OT Glentorf - Telefon: 05365/88 77

email:
reinhold.jordens-hoeko@lk-bs.de

Kassenwart

Nikolaus Lorenz
Isoldestraße 14
38106 Braunschweig - Telefon: 0531/32 15 85

email:
nikolauslorenz@web.de

Schriftführerin

Dr. Luitgard Camerer
Rosenstraße 7
38102 Braunschweig - Telefon: 0531/7 19 54

Beisitzer

Arnold Kiel
Henriette-Breymann-Straße 27
38302 Wolfenbüttel - Telefon: 05331/90 58 26

ArnoldChristel_Kiel@T-online

Kassenprüfer

Frieder Schöbel
Wichernstr. 45
38108 Braunschweig - Telefon: 0531/35 11 47

Ilisabe Schwarz
Ottweilerstraße 25
38116 Braunschweig - Telefon: 0531/50 19 96



Braunschweig, den 01.03.2010

Protokoll der Vorstandssitzung vom 19.02.2010

Anwesend: Herr Teichmann, Herr Lorenz, Herr Jordens-Höke

Protokoll: Frau Rabe

1. Beim Antrag der Dankeskirche auf einen weiteren Zuschuss für eine befristete projektbezogenen Beschäftigung ist die Höhe des benötigten Zuschusses nicht angegeben. Herr Teichmann wird Frau Stöckmann-Wrede um Mitteilung bitten und auch um einen Finanzierungsplan.
2. Die Stephanus-Gemeinde im Heidberg stellt auch in diesem Jahr den Antrag auf Unterstützung für die Mitarbeiterin in der Suppenküche. Die Höhe des Zuschusses wird diskutiert - im Jahr 2009 waren es Euro 2.000,--. Bei der Mitgliederversammlung am 10.03.2010 soll darüber gesprochen und eine Entscheidung getroffen werden.
3. Beim Antrag der Domgemeinde auf Unterstützung eines 1-Euro-Jobbers muß noch der Vertrag eingereicht werden.
4. Herr Teichmann berichtet von seinem Besuch in der St. Elisabeth-Buchhandlung, Gühlenstraße. Dem Antrag auf Vergabe eines Darlehens in Höhe von Euro 3.000,-- wurde nach Beratung nicht stattgegeben. Lt. Satzung und Richtlinien zur Mittelvergabe kann die Aktion Arbeitslosen-Abgabe kein Darlehen vergeben.
5. Herr Lorenz stellt den Jahresabschluss 2009 und den Finanzplan 2010 vor. Die Einladung zur Mitgliederversammlung 2010 mit Tagesordnung wird beraten und genehmigt. Die Einladung wird mit dem Protokoll der Mitgliederversammlung 2009 und dem Jahresabschluss 2009 und Finanzplan 2010 abgeschickt.
6. Nächste Sitzung: **Freitag, 14.05.2010 um 9:15 Uhr** bei Frau Hannelore Rabe, An der Petrikerkirche 5, Tel.: 0531/1 86 32

Bankverbindung:

Postbank Hannover, BLZ 250 100 30, Kto.-Nr. 4938 77- 307



Braunschweig, den 16.05.2010

Protokoll der Vorstandssitzung vom 14.05.2010

Anwesend: Frau Dr. Camerer, Herr Kiel, Herr Teichmann, Herr Lorenz, Herr Jordens-Höke

Protokoll: Frau Rabe

1. Mit Schreiben vom 03.03.2010 beendet Herr Thomas Meyer, Quickborn, seine Mitgliedschaft bei der Aktion Arbeitslosenabgabe Braunschweig e.V., Braunschweig. Mit Datum von 04.05.2010 erhielt Herr Meyer eine Bestätigung zur Beendigung der Mitgliedschaft.
2. Vom Pfarramt der Ev. Luth. Pfarrstelle MIT UNS erhielt die AAA einen Antrag auf Einzelfallunterstützung für Frau Kader. Im Schreiben vom 29.04.2010 schildert Frau Pfarrerin Ermerling die Situation von Frau Kader und ihrer Familie und bittet um Unterstützung zur Finanzierung der Fahrtkosten von Frau Kader nach Hannover um an einem Projekt der Universität Oldenburg teilnehmen zu können. Frau Kader hat dadurch bessere Möglichkeiten, einen Arbeitsplatz zu erhalten. Der Vorstand der AAA genehmigt einen Zuschuss in Höhe von 50 % (450,-- Euro).
3. Mit Schreiben vom 13.05.2010 beantragt das Friedenszentrum Braunschweig e.V. einen weiteren Zuschuss in Höhe von 2.000,-- Euro für die Arbeitsstelle von Daniel Gottschalk im Friedenszentrum. Nach Beratung wird der Zuschuss in der beantragten Höhe genehmigt.
4. Eine neue Honorarkraft für die Büroarbeit der AAA ist möglicherweise gefunden worden. Herr Teichmann wird Kontakt mit Frau Hannebom aufnehmen. Auch bei Frau Hankers von der Aktion Brückenbau soll nach einer möglichen Nachfolgerin angefragt werden.
5. Nächste Sitzung: **Freitag, 03.09.2010 um 9:15 Uhr bei Christian Teichmann, Kapellenstraße 14, 38102 Braunschweig, Telefon: 0531/701 78 58**

Bankverbindung:

Postbank Hannover, BLZ 250 100 30, Kto.-Nr. 4938 77- 307



06.09.2010

Protokoll der Vorstandssitzung vom 03.09.2010

Anwesenheit: Frau Dr. Camerer, Herr Kiel, Herr Teichmann, Herr Lorenz, Herr Jordens-Höke

Protokoll: Frau Hannebohn

1. Frau Rabe schied mit dem 30.09.2010 als Bürokraft aus der AAA aus. Übergabe der Unterlagen und Materialien (Handkasse, Briefpapier etc.) war am 25.08.2010 im Büro von Herrn Teichmann
2. Seit 01.09.2010 übernahm Frau Gabi Hannebohn diese Arbeitsstelle als Honorarkraft. Eine Honorar Vereinbarung wurde unterschrieben.
3. Dem Antrag auf Zuschuss von € 200,-- an die EV.-luth. Kirchengemeinde St. Petri zu Braunschweig Rünigen wurde zugestimmt. Die Überweisung wird nach Erhalt der Bankverbindung getätigt.
Zahlung am 14.09.2010 erfolgt.
4. Dem Antrag auf Bezuschussung einer Honorarstelle von € 2.100,-- im BBD in der St. Johanniskirche Braunschweig wurde einstimmig zugestimmt. Die Zahlungsweise wird Herr Teichmann noch besprechen.
Zahlung am 14.09.2010 erfolgt.

Termine Vorstandssitzungen

Freitag

17.12.2010 09.15 Uhr bei Bedarf bei Herrn Teichmann Kapellenstraße 14
38102 Braunschweig

Freitag

28.01.2011 09.15 Uhr bei Herrn Teichmann Kapellenstraße 14
38102 Braunschweig

Zur ordentlicher Mitgliederversammlung

Donnerstag

10.03.2011 19.30 Uhr Gemeindehaus St. Johannis Kapellenstr. 14
38102 Braunschweig



Aktion
Arbeitslosen
Abgabe
in Braunschweig

Christian Teichmann, Kapellenstr.: 14. 38102 Braunschweig
Tel.: 0531/7017833 – Fax 0531/7017858
cteichmann.bs@web.de

Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig e.V.

30. November 2010

Sehr geehrte Damen und Herren,
zur nächsten Vorstandsitzung am

Freitag den 17. Dezember 2010 um 9.15 Uhr

lade ich Sie hiermit ein

Treffpunkt ist bei Herrn

Christian Teichmann, Kapellenstr. 14,
38102 Braunschweig Telefon 0531-7017833

Vorgesehen sind folgende Tagespunkte:

1. Antrag der St. Thomas Gemeinde
2. Ablauf der Mitgliederversammlung am 10.3.2011

Mit freundlichen Grüßen
i.A.

(Gabi Hannebohn)

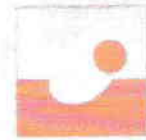
Schillstr. 10
38102 Braunschweig
Telefon 0531-74938
Email: gabihannebohn@arcor.de

Anlage ;
Protokoll der Vorstandsitzung vom 03.09.2010

Bitte schicken sie mir doch Ihre Email Adresse fürs nächste Mal.

Bankverbindung:

Postbank Hannover BLZ 250 100 30 . Kto. Nr. 4938 77 - 307



31.12.2010

Protokoll der Vorstandssitzung vom 17.12.2010

Anwesenheit: Frau Dr. Camerer, Herr Teichmann, Herr Lorenz, Herr Jordens-Höke
Herr Kiel abwesend entschuldigt.

Protokoll: Frau Hannebohn

1. Dem Antrag der **Evangelisch-Lutherischen Kirchengemeinde St. Thomas im Heidelberg** über finanzielle Hilfe über € 900,-- für das Jahr 2011 wurde nach Beratung zugestimmt. Die Überweisung wird Anfang des Jahres vorgenommen.
Zahlung am 14.01.2011 erfolgt.
2. Antrag auf Bezuschussung **Aktion Brückenbau** in Höhe von € 5000,-- für das Jahr 2011. Über Bewilligung wird im März 2011 entschieden.
3. Ablauf der Mitgliederversammlung am 10.03.2011.
Herr Lorenz schilderte die Situation, nachdem der ARGE die Gelder für 2011 gekürzt wurden und dadurch auch die projektbegleitende Arbeit von Aktion Brückenbau keine Grundlage mehr hat.

Frau Hankers oder Frau Kuhrt werden eingeladen und gebeten, über dieses Problem zu informieren.

Termine Zur ordentlichen Mitgliederversammlung

Donnerstag
10.03.2011 19.30 Uhr Gemeindehaus St. Johannis

Kapellenstr. 14
38102 Braunschweig

Einladung erfolgt mit gesondertem Schreiben.

10.2.12 930
Freitag
CT.



Aktion
Arbeitslosen
Abgabe
In Braunschweig

15.06.2011

Protokoll der Vorstandssitzung vom 27.05.2011

Anwesenheit: Frau Dr. Camerer, Herr Teichmann, Herr Lorenz, Herr Kiel
Herr Jordens-Höke abwesend entschuldigt.

Protokoll: Frau Hannebohn

1. Begrüßung durch Herrn Teichmann
2. Hinweis auf Probleme mit der Postbank die seit dem 26.04.2011 keine Auszüge an Frau Hannebohn, aber auch nicht an Herrn Teichmann versendet. Briefe und auch Telefonate und selbst ein Besuch bei der Postbank am Bahnhof waren bis jetzt erfolglos.
3. Geldübertrag von der EKK an Postscheck € 10.000,-- da dort keine Zinserträge zu erwarten sind und man auf dem Postscheckkonto Gebühren sparen kann.
4. dem Antrag des St. Elisabeth-Vereins vom 23.04.2011 über 1.800,-- € konnte nicht stattgegeben werden da die Mittel für 2011 verplant sind.

Info - Schreiben vom 9.06.2011

5. dem Antrag der EV. luth. Kreuzgemeinde Alt-Lehndorf vom 11.05.2011 über 2400,-- € konnte ebenfalls kein positive Bescheid erteilt werden.

Info - Schreiben vom 9.06.2011

Termine Vorstandssitzungen

Freitag

16.09.2011 09.30 Uhr bei Bedarf bei Herrn Teichmann

Kapellenstraße 14
38102 Braunschweig



Aktion
Arbeitslosen
Abgabe
in Braunschweig

Christian Teichmann, Kapellenstr.: 14. 38102 Braunschweig
Tel.: 0531/7017833 – Fax 0531/7017858
teichmann.bs@web.de

AAA Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig e.V.
38102 Braunschweig Kapellenstr. 14

Protokoll der Mitgliederversammlung am 10.03.2010

Anwesend: Frau Dr. Luitgard Camerer, Herr Arnold Kiel, Herr Frieder Schöbel, Herr Christian Teichmann, Herr Nikolaus Lorenz, Frau Ilisabe Schwarz, Herr Reinhold Jordens-Höke

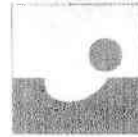
Protokoll: Frau Rabe

Begrüßung durch den Vorsitzenden, Herrn Christian Teichmann. Tagesordnung wurde genehmigt.

1. Protokoll vom 04.03.2009 mit Änderung „Ev. Freikirche“ bei TOP 7 streichen - einstimmig genehmigt.
2. Jahresabschluß 2009 wurde vorgestellt und einstimmig genehmigt.
3. Kassenprüfung: Kassenprüferin Ilisabe Schwarz teilt Prüfungsergebnis mit. Keine Beanstandungen.
4. Entlastung des Vorstandes und der Kassenführerin wurde einstimmig erteilt. Wahl der Kassenprüfer - Frau Schwarz und Herr Schöbel - wurden einstimmig gewählt.
5. Finanzplan 2010 wurde vorgestellt und einstimmig genehmigt.
6. Verschiedenes: Die Höhe des Antrag der Dankeskirche beläuft sich auf Euro 1.000,--. Der Betrag wurde genehmigt und wird in den nächsten Tagen über-wiesen. Die zwei Anträge aus der Kreuzgemeinde werden von Frau Schwarz vorgestellt und erläutert. Für den Arbeitsplatz Marcel Klein werden Euro 1.300,-- und dem Arbeitsplatz von Christiane Starke werden Euro 4.500,-- als Zuschuss genehmigt. Es liegt wieder ein Antrag der Stephanus-Gemeinde zur Förderung eines Arbeitsplatzes in der Suppenküche vor. Nach Beratung wurde ein Zuschuss in Höhe von Euro 2.000,-- genehmigt. Frau Schwarz erklärt sich bereit, bei Anträgen bei der ARGE nach § 16a behilflich zu sein, da diese Antragstellung sehr schwierig und auch langwierig ist. Außerdem soll bei Antragstellung durch Gemeinden auf Unterstützung eines Arbeitsplatzes auch der Hinweis auf den Fond für Erwerbslosenarbeit beim LKA gegeben werden. Es wurde auch über die Geldanlage des Bestandes auf dem Konto bei der EKK gesprochen. Der Zinssatz ist sehr niedrig. Es wurde vorgeschlagen, Kontakt mit der Oikocredit aufzunehmen. Die Oikocredit vergibt Kleinst- und Mikrokredite, leistet somit eine wichtige Arbeit. Die Verzinsung beläuft sich auf bis zu 2 %.
7. Frau Rabe wird ihre Honorartätigkeit zum 30.06.2010 beenden. Über die Nachfolge in der Geschäftsstelle wurde gesprochen und um Vorschläge gebeten, in welcher Weise und wer die Tätigkeit übernehmen kann. Als Termin für die nächste Mitgliederversammlung wurde der **10.03.2011, 19:30 Uhr** in der St. Johanniskirche vorgeschlagen.
8. Nach Beendigung der Mitgliederversammlung hat der Vorstand der AAA über den Antrag der Domgemeinde auf Bezuschussung eines Arbeitsplatzes für die Dauer von 2 Jahren folgendes beschlossen: Die Höhe des Zuschusses beträgt Euro 3.000,--. Der Mitarbeiter wurde bereits als 1-Euro-Jobber beschäftigt und soll nun eine weitere Chance erhalten, sich auf dem Arbeitsmarkt wieder einfinden zu können. Die Domgemeinde wird einen Zuschuss in Höhe von Euro 1.500,-- für das Jahr 2010 erhalten, mit dem Hinweis, beim Landeskirchenamt einen Antrag für das Jahr 2011 auf Unterstützung durch den Fond für Erwerbslosenarbeit zu stellen. Der Zuschuss für das Jahr 2011 wird in Aussicht gestellt. Es muss überprüft werden, ob der Mitarbeiter noch angestellt ist und welches Ergebnis der Antrag beim LKA gebracht hat.

Bankverbindung:

Postbank Hannover BLZ 250 100 30 . Kto. Nr. 4938 77 - 307



06.02.2012

Protokoll der Mitgliederversammlung am 10. März 2011

Anwesend: Herr R. Jordens-Höke, Frau Camerer, Herr Frieder Schöbel, Frau Elisabeth Schöning, Herr Nikolaus Lorenz, Herr Arnold Kiel, Herr Christian Teichmann, Ute Emerling

Protokoll: Gabi Hannebohn

1. Begrüßung durch Herrn Christian Teichmann (Vorsitzender)
Vorstellung von Frau Hannebohn als Nachfolgerin von Frau Rabe als Honorarkraft
Die Tagesordnung wurde genehmigt.
2. Genehmigung des Protokolls der Mitgliederversammlung vom 10.03.2010 einstimmig angenommen.
3. Bericht des Kassenprüfer/in
Herr Schöbel berichtete über die Kassenprüfung, es liegen keine Beanstandungen vor.
4. Antrag auf Entlastung den Vorstand und der Kassenprüfer/in und Wahl neuer Kassenprüfer/in.
Entlastung wurde einstimmig erteilt.
Zur Kassenprüfer/in wurden Frau Schwarz (in Abwesenheit, aber mit ihrem Einverständnis) und Herr Schöbel einstimmig gewählt.
5. Jahresabschluss 2010
wurde vorgestellt und einstimmig genehmigt.
6. Finanzplanes 2011
wurde vorgestellt und einstimmig genehmigt.
7. Situation bei Projekt Aktion Brückenbau.
Bericht von Herrn Lorenz.
Aufgrund der schwierigen finanziellen Lage wurde ein Antrag auf Unterstützung über 8000 € beschlossen.
8. Verschiedenes
 - Projekte aus dem Finanzplan 2011 wurden einstimmig genehmigt.
 - Möglichkeit eines Antrages an die Propstei, mit in den Kollektenplan aufgenommen zu werden, wurde diskutiert.
 - Herr Teichmann wird zum Jubiläum 25 Jahre Selbsthilfegruppe „Zuversicht“ am 10.04.2011 Grußworte überbringen.
 - Feststellung des Alters der AAA auf 27 Jahre.

Neuer Termin für die nächste Mitgliederversammlung 29.02.2012 19.30 Uhr im Gemeindehaus St. Johannis.

Jahresabschluß 2011			
Bestand 01.01.2011			
Postbank	4.324,98 €		
EKK	10.382,49 €		
	14.707,47 €		
Einnahmen			
Spenden	7.391,74 €		
	7.391,76 €	Gesamt	7.391,76 €
1. Ausgaben			
Projekte			
St. Thomas Gemeinde	900,00 €		
EVG Heidberg	2.000,00 €		
St. Johannes BBD	200,00 €		
Aktion Brückenbau	8.000,00 €		
Kirchengemeinde ST. Thomas	900,00 €		
St. Johannes BBD	600,00 €		
Friedenzzentrum e.V,	1.000,00 €		
Domkirche Blasii	1.500,00 €		
	15.100,00 €		
2. Mitgliedsbeiträge			
Brückenbau	250,00 €		
Diakonisches Werk	66,47 €		
	316,47 €		
3. Personalkosten			
Fr.Hannebohn	287,50 €		
	287,50 €		
4. Sachkosten			
Kontoführungsgebühren	91,15 €		
	91,15 €	Gesamt	15.795,12 €
Bestand 01.01.2010	14.707,47 €		
Einnahmen 2011	7.391,76 €		
Ausgaben	- 15.795,12 €		
Bestand 31.12.2011	6.304,11 €		
Bestand 31.12.2011			
Postbank	5.921,62 €		
EKK	382,49 €		
Bestand 31.12.2011	6.304,11 €		

Finanzplan 2012			16.02.2012
Bestand 01.01.2012			
Postbank	5.921,62 €		
EKK	382,49 €		
Bestand Gesamt	6.304,11 €		
Einnahmen			
Beiträge	6.580,00 €		
Spenden	500,00 €		
	7.080,00 €		
Einnahmen		Gesamt	13.384,11 €
Ausgaben			
Projektförderungen			
Diverse ?	10.000,00 €		
	10.000,00 €		
Beiträge			
Brückenbau	250,00 €		
Diakonie	70,00 €		
	320,00 €		
Personalkosten			
Honorar Hannebohn	700,00 €		
Sachkosten			
Bürokosten	50,00 €		
Handkasse	100,00 €		
Kontoführungsgebühr	100,00 €		
	250,00 €		
		11.270,00 €	
Rücklagen -Restguthaben	2.114,11 €		
		Gesamt	13.384,11 €

26.02.2012

16:00



02.07.2012

Protokoll der Vorstandssitzung vom 19.03.2012

Anwesenheit: Frau Dr. Camerer, Herr Teichmann, Herr Lorenz

Protokoll: Frau Hannebohn

Herr Teichmann begrüßte die Anwesende und die Tagesordnung wurde genehmigt.

1. Protokoll den Sitzung vom 14.03.2012
wurde genehmigt
2. Antrag der Kreuzkirche Alt-Lehndorf
dieser Antrag aus dem Jahre 2011 betrifft die 2. Zahlungen über € 2.400,--
Herr Teichmann wird dort nachfragen, wie die Kosten sich zusammensetzen und
dann wird entschieden ob die Unterstützung in der Höhe erfolgt
3. Antrag der Stephanus Gemeinde
der Antrag über € 800,-- wird genehmigt
Überweisung am 30.03.1012
4. Antrag der MIT UNS Gemeinde
Frau Ermerling hat angerufen und Herrn Teichmann mitgeteilt, dass der Antrag entfällt
es wurde eine andere Lösung gefunden
5. Kündigung der Mitgliedschaft beim Diakonischen Werk
Herr Teichmann wird die Kündigung mit sofortiger Wirkung schreiben
6. Wechsel des Geldinstituts
Frau Bergmann von der EKK Filiale in Hannover informierte Herrn Lorenz über
Bedingungen und Möglichkeiten:
 - Kontoauszug einmal im Monat frei
 - online Banking gebührenfrei
 - Kontoführungsgebühren entstehen nicht
7. Kündigung von Herrn Herbert Meyer
zur Kenntnis genommen
8. Sonstiges
nächste Vorstandssitzung

09.07.2012 um 14.30 Uhr bei Herrn Teichmann Kapellenstr. 14



Aktion
Arbeitslosen
Abgabe
in Braunschweig

Christian Teichmann, Kapellenstr.: 14, 38102 Braunschweig
Tel.: 0531/7017833 – Fax 0531/7017858
teichmann.bs@web.de

AAA Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig e.V.
38102 Braunschweig Kapellenstr. 14

Einladung erfolgte Telefonisch

08.07.2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur nächsten Vorstandssitzung am

Montag den 09. Juli 2012 um 14.30 Uhr

lade ich Sie hiermit ein

Treffpunkt ist bei Herrn Christian Teichmann

Vorgesehen sind folgende Tagespunkte:

1. Protokoll der letzten Zusammenkunft, Genehmigung der Tagesordnung
2. Anträge
3. Mitgliedschaft im Diakonischen Werk
4. Kündigung des Girokontos bei der Postbank – Mitgliederinformation
5. Terminabsprachen
6. Verschiedenes

mit freundlichen Grüßen
i.A.

(Gabi Hannebohn)

Schillstr. 10
38102 Braunschweig
Telefon 0531-74938
Email: gabihannebohn@arcor.de

Anlagen;
Protokoll der Vorstandssitzung vom 19.03.2012

Bankverbindung:

Postbank Hannover BLZ 250 100 30 . Kto. Nr. 4938 77 - 307



15.09.2012

Protokoll der Vorstandssitzung vom 09.07.2012

Anwesenheit: Herr Kiel, Herr Jördens - Hörke, Herr Lorenz, Herr Teichmann

Protokoll: Frau Hannebohn

Herr Teichmann begrüßte die Anwesende und die Tagesordnung wurde genehmigt.

1. Protokoll der Sitzung vom 10.02.2012 wurde genehmigt. (Datum wurde berichtigt)

2. Anträge

Der Kreuzkirche Alt-Lehndorf in der Höhe von € 2.400,--
nach nochmaliger Nachforschung und Beratung wird der Antrag mit € 1560,--
bezuschusst, sollte noch anderer Bedarf sein müsste ein neuer Antrag gestellt
werden.

Der Ev.-luth. Kirchengemeinde Dankeskirche über € 1200,--
wird nach Ende der Maßnahme mit € 800,-- bezuschusst.

Der Ev. Frauenhilfe über € 3600,-- für 2013 bis 2015
Dieser Antrag wird zurückgestellt da er den Haushaltsplan 2013-2015 betrifft.
Die Entscheidung fällt dann im kommenden Jahr.

3. Mitgliedschaft beim Diakonischen Werk

lt. Schreiben vom 27.03.2012 von der Diakonie kann die Kündigung nur wirksam
werden wenn unsere Satzung verändert wird.

Herr Norbert Velten vom Diakonischen Werk soll zur Mitgliederversammlung 2013
eingeladen werden um die Vor und Nachteile einer Mitgliedschaft zu klären.

4. Kündigung des Girokontos

Die Verbindung zur EKK Bank hat Herr Lorenz hergestellt. Als nächstes muss die
Satzung geändert werden betr.: Unterschriftsbevollmächtigung

Es soll ein Brief an die Spender entworfen werden und auf die Änderung der
Bankverbindung hingewiesen werden. Der Brief soll nochmal auf den Erfolg und Sinn
der Spenden hingewiesen werden

5. Terminabsprachen

Nächste Vorstandssitzungen

18.10.2012 um 14.30 Uhr bei Herrn Teichmann Kapellenstr. 14

03.12.2012 um 11.00 Uhr



26.01.2013

Protokoll der Vorstandssitzung vom 03.12.2012

Anwesenheit: Frau Dr. Camerer, Herr Kiel, Herr Teichmann, Herr Lorenz, Herr Jordens-Höke

Protokoll: Frau Hannebohn

1. Herr Teichmann begrüßte die Anwesende und die Tagesordnung wurde genehmigt.
Protokoll der Sitzung vom 15.09.2012
wurde genehmigt
2. Terminfindung für ein Gespräch mit Herr Velten von Diakonischen Werks wurde
besprochen zur Auswahl stehen der 21.01.2013 und der 04.02.2013.
 - Themen des Gespräches Vor und Nachteile der Mitgliedschaft. –
 - Herr Teichmann hat sich mit Herrn Velten auf den 04.02.2013 geeinigt
 - Treffpunkt Riddagshausen Klostergang 66 um 10.00 Uhr.
3. Anträge an die AAA
Herr Teichmann unterrichtet dem Vorstand, dass ein Antrag des Besuchs- und
Beratungsdienst der St. Johannis Kirche in Vorbereitung über 600,-- € ist und bittet
um Bewilligung.
 - wurde genehmigt. Zahlung erfolgte am 28.12.2012
4. Herr Lorenz berichtet, dass ab 2013 bei Aktion Brückenbau sich wieder einiges
ändern wird. Es werden Gelder gekürzt, es fallen die „ Ein Euro Jobber weg „
Die Finanzierung des Personals steht in Frage.
5. Neuer Termin für die Mitgliederversammlung 2013 da Herr Teichmann in Indien ist.

14.03.2013 um 19.30 Gemeindehaus St. Johannis Kapellenstr. 14 38102
Braunschweig

Termin

Vorstandssitzung am 04.02.2013 am Anschluss des Gespräches mit Herrn Velten vom
Diakonischen Werk.



Protokoll der Mitgliederversammlung am 29. Februar 2012

 Anwesend: Frau Camerer, Herr Frieder Schöbel, Frau Elisabeth Schöning,
 Herr Nikolaus Lorenz, Herr Arnold Kiel, Herr Christian Teichmann, Ute Ermerling

Protokoll: Gabi Hannebohn

1. ~~Begrüßung~~ durch Herrn Christian Teichmann (Vorsitzender)
 Tagesordnung wurde genehmigt.
2. Genehmigung des Protokolls der Mitgliederversammlung vom 10.03.2011 einstimmig angenommen.
3. Bericht des Kassenprüfer/in
 Herr Schöbel berichtete über die Kassenprüfung, es liegen keine Beanstandungen
4. Antrag auf Entlastung den Vorstand und der Kassenprüfer/in und Wahl neuer Kassenprüfer/in
 Entlastung wurde einstimmig erteilt
 als Kassenprüfer/in wurde Frau Schwarz (in Abwesenheit aber mit Ihrem Einverständnis) und Herr Schöbel einstimmig gewählt
5. Jahresabschluss 2011
 wurde Vorge stellt und einstimmig genehmigt
6. Vorstellung des Finanzplanes 2012 wurde nach kurzer Erklärung einstimmig genehmigt.
7. Verschiedenes
 Antrag an den Vorstand auf **Wechsel des Geldinstituts**, da die Postbank nach der Übernahme von der Deutschen Bank nicht dem Weltbild entspricht.

bei 24 Geldeingängen sind es

20 Daueraufträge

4 Überweisungen

Kündigung der Mitgliedschaft beim Diakonischen Werk Antrag an den Vorstand

Projekte wurden Vorge stellt:

Kirchengemeinde Alt Lehndorf,

Anfrage von Frau Schwarz (Antrag lag noch nicht vor.)

mit Uns Gemeinde Weststadt darüber informierte Frau Ute Ermerling

Neuer Termin:
Mitgliederversammlung
27.02.2013 19.30 Uhr im Gemeindehaus St. Johannis

 Achtung
 Terminänderung
 Siehe Einladung

Finanzplan 2013			19.01.2013
Bestand 01.01.2012			
Postbank	7.063,78 €		
EKK			
Bestand Gesamt	7.063,78 €		
Einnahmen			
Beiträge	5.900,00 €		
Spenden	200,00 €		
	6.100,00 €		
Einnahmen		Gesamt	13.163,78 €
Ausgaben			
Projektförderungen			
Diverse ?	10.000,00 €	(Neulöcher 700,-)	
Brückenbau (Kiste)		Bücher, Druckerei	1200,-
		B. Thomas	900,-
Projekt	10.000,00 €		<u>2100,-</u>
		Keissel, Diakonie	
Beiträge			
Brückenbau	250,00 €		
Diakonie	70,00 €		
	320,00 €		
Personalkosten			
Honorar Hannebohn	700,00 €		
Sachkosten			
Bürokosten	50,00 €		
Handkasse	100,00 €		
Kontoführungsgebühr	100,00 €		
	250,00 €		
		11.270,00 €	
Rücklagen -Restguthaben	1.893,78 €		
		Gesamt	13.163,78 €



27.01.2013

Protokoll der Vorstandssitzung vom 03.12.2012

Anwesenheit: Frau Dr. Camerer, Herr Kiel, Herr Teichmann, Herr Lorenz, Herr Jordens-Höke

Protokoll: Frau Hannebohn

1. Herr Teichmann begrüßte die Anwesende und die Tagesordnung wurde genehmigt.
Protokoll der Sitzung vom 15.09.2012 wurde genehmigt
2. Terminfindung für ein Gespräch mit Herr Velten von Diakonischen Werks wurde besprochen zur Auswahl stehen der 21.01.2013 und der 04.02.2013.
 - Themen des Gespräches Vor und Nachteile der Mitgliedschaft. –
 - Herr Teichmann hat sich mit Herrn Velten auf den 04.02.2013 geeinigt
 - Treffpunkt Riddagshausen Klostergang 66 um 10.00 Uhr.
3. Anträge an die AAA
Herr Teichmann unterrichtet dem Vorstand, dass ein Antrag des Besuchs- und Beratungsdienst der St. Johannis Kirche in Vorbereitung über 600,-- € ist und bittet um Bewilligung.
 - wurde genehmigt. Zahlung erfolgte am 28.12.2012
4. Herr Lorenz berichtet, dass ab 2013 bei Aktion Brückenbau sich wieder einiges ändern wird. Es werden Gelder gekürzt, es fallen die „ Ein Euro Jobber weg „
Die Finanzierung des Personals steht in Frage.
5. Neuer Termin für die Mitgliederversammlung 2013 da Herr Teichmann in Indien ist.

14.03.2013 um 19.30 Gemeindehaus St. Johannis Kapellenstr. 14 38102
Braunschweig

Termin

Vorstandssitzung am 04.02.2013 am Anschluss des Gespräches mit Herrn Velten vom Diakonischen Werk.

Jahresabschluß 2012			
Bestand 01.01.2012			
Postbank	5.921,62 €		
EKK	382,49 €		
	6.304,11 €		
Einnahmen			
Beiträge	5.770,64 €		
Spenden	392,43 €		
		Gesamt	6.163,07 €
1. Ausgaben			
Projekte			
Dankeskirche	1.000,00 €		
St. Johannis	600,00 €		
Stephanus Gemeinde	800,00 €		
Kreuzkiche Lehdorf	1.560,00 €		
	3.960,00 €		
2. Mitgliedsbeiträge			
Brückenbau	250,00 €		
Diakonisches Werk	72,99 €		
	322,99 €		
3. Personalkosten			
Fr.Hannebohn	306,25 €	f.2011	
Fr.Hannebohn	300,00 €		
Fr.Hannebohn	343,75 €		
	950,00 €		
4. Sachkosten			
Kontoführungsgebühren	88,47 €		
Büromaterial Staples	24,69 €		
Porto Diakonik	57,25 €		
	170,41 €	Gesamt	5.403,40 €
Bestand 01.01.2012	6.304,11 €		
Einnahmen 2012	6.163,07 €		
Ausgaben	5.403,40 €		
Bestand 31.12.2011	7.063,78 €		
Bestand 31.12.2012			
Postbank	7.063,78 €		
EKK aufgelöst 25.01.12	- €		
Bestand 31.12.2012	7.063,78 €		

Jahresabschluß 2011			
Bestand 01.01.2011			
Postbank	4.324,98 €		
EKK	10.382,49 €		
	14.707,47 €		
Einnahmen			
Spenden	7.391,74 €		
	7.391,76 €	Gesamt	7.391,76 €
1. Ausgaben			
Projekte			
St. Thomas Gemeinde	900,00 €		
EVG Heidberg	2.000,00 €		
St. Johannes BBD	200,00 €		
Aktion Brückenbau	8.000,00 €		
Kirchengemeinde ST. Thomas	900,00 €		
St. Johannes BBD	600,00 €		
Friedenzzentrum e.V., Domkirche Blasii	1.000,00 € 1.500,00 €		
	15.100,00 €		
2. Mitgliedsbeiträge			
Brückenbau	250,00 €		
Diakonisches Werk	66,47 €		
	316,47 €		
3. Personalkosten			
Fr.Hannebohn	287,50 €		
	287,50 €		
4. Sachkosten			
Kontoführungsgebühren	91,15 €		
	91,15 €	Gesamt	15.795,12 €
Bestand 01.01.2010	14.707,47 €		
Einnahmen 2011	7.391,76 €		
Ausgaben	- 15.795,12 €		
Bestand 31.12.2011	6.304,11 €		
Bestand 31.12.2011			
Postbank	5.921,62 €		
EKK	382,49 €		
Bestand 31.12.2011	6.304,11 €		

Finanzplan 2012			16.02.2012
Bestand 01.01.2012			
Postbank	5.921,62 €		
EKK	382,49 €		
Bestand Gesamt	6.304,11 €		
Einnahmen			
Beiträge	6.580,00 €		
Spenden	500,00 €		
	7.080,00 €		
Einnahmen		Gesamt	13.384,11 €
Ausgaben			
Projektförderungen			
Diverse ?	10.000,00 €		
	10.000,00 €		
Beiträge			
Brückenbau	250,00 €		
Diakonie	70,00 €		
	320,00 €		
Personalkosten			
Honorar Hannebohn	700,00 €		
Sachkosten			
Bürokosten	50,00 €		
Handkasse	100,00 €		
Kontoführungsgebühr	100,00 €		
	250,00 €		
		11.270,00 €	
Rücklagen -Restguthaben	2.114,11 €		
		Gesamt	13.384,11 €

26.02.2012

16:00



**Aktion
Arbeitslosen
Abgabe**
In Braunschweig

Protokolle und Materialien 2013-2016

Projektbeispiel Aktion Brückenbau als langjähriger Förderpartner

Rückblick Arnold Kiel und Dr. Luitgard Camerer

Auflösungsbeschluss



26.01.2013

Sehr geehrte Damen und Herren,
zur nächsten Vorstandssitzung am

Montag den 4. Februar 2013 um 10:00 Uhr

lade ich Sie hiermit ein

Treffpunkt ist im Diakonischen Werk, Kloostergang 66

Folgende Punkte sind in der Sitzung vorgesehen:

1. Treffen mit Herrn Velten vom Diakonischen Werk – Gespräch über die Beziehungen der AAA und des Diakonischen Werks zueinander.
bis ca. 11.00 Uhr

danach dort Weiterführung der Vorstandssitzung ohne Herrn Velten

2. Protokoll der letzten Zusammenkunft vom 03.12.2012,
Genehmigung der Tagesordnung

3. Anträge an die AAA
St. Thomas Heidberg weitere Unterstützung, weitere Maßnahme
Claudia Marischen für 2013 über € 900,00

Landesverband der Frauenhilfe Antrag aus 2012 Nachfolgerin Frau Schwarz für die
Jahren 2013 und 2014 über jährlich € 1.800,00. (gesamt € 3.600,--)

4. Vorbereitung der regulären Mitgliederversammlung am 14.03.2013. Jahresabschluss,
Haushaltsplan 2013, Kassenprüfung 2012, Entlastung der Kassenführerin und Entlastung
des Vorstands, Bestellung neuer Kassenprüfer; inhaltliches Thema der MV?

In der Hoffnung sie alle am 04.02.2013 begrüßen zu können,
mit freundlichen Grüßen

i.A.
(Gabi Hannebohn)

Anlagen;
Protokoll der Vorstandssitzung vom 03.12.2012.



15.02.2013

Protokoll der Vorstandssitzung vom 04.02.2013

Anwesenheit: Frau Dr. Camerer, Herr Kiel, Herr Teichmann, Herr Jordens-Höke

Protokoll: Frau Hannebohn

0. Begrüßung durch Herrn Velten vom Diakonischen Werk er berichtete über die Veränderungen in der Organisation über Vor und Nachteile der Mitgliedschaft. Herr Kiel hat über dieses Gespräch einen Bericht geschrieben.
(s. Schreiben vom 6.2.2013)
Anschließend bedankte sich Herr Teichmann bedankte sich bei Herrn Velten für die Einladung und nette Bewirtung. Herr Velten überließ uns die Räumlichkeit so mit konnte gegen 11.00 Uhr die Vorstandssitzung eröffnet werden..
1. Herr Teichmann entschuldigte die Abwesenheit von Herrn Lorenz und bat die Anwesende das Protokoll vom 15.09.2012 sowie die Tagesordnung zu genehmigen.

Genehmigung wurde erteilt.
- 2 Anträge an die AAA
St. Thomas Heidberg bat um weitere Unterstützung für die Maßnahme Claudia Marischen für 2013 über 900,-- €. - wurde genehmigt. Zahlung erfolgte am 11.03.2013

Der Frauenhilfe aus 2012 Nachfolgerin von Frau Schwarz für 2013 – 2015. Zusage unter Vorbehalt ab 1.04.2014 voraussichtlich für 8 Monate 1.500,-- €.
- 3 Neuer Termin für die Mitgliederversammlung, da Herr Teichmann in Indien ist.

14.03.2013 um 19.30Uhr
im Gemeindehaus St. Johannis Kapellenstr. 14, 38102 Braunschweig,

Noch keine neuen Termine.



Protokoll der Mitgliederversammlung vom 14.03.2013

Anwesenheit: Herr Arnold Kiel, Frau Elisabeth Schöning, Frau Luitgard Camerer, Herr Christian Teichmann, Nikolaus Lorenz.
Herr Jördens-Höke, Frau Ute Emerling, so wie die Kassenprüfer Frau Ilisabe Schwarz und Herr Schöbel entschuldigten sich für ihre Abwesenheit.

Protokoll: Gabi Hannebohn

1. Begrüßung durch Herrn Teichmann (Vorsitzender)
Die Tagesordnung wurde genehmigt.
2. Genehmigung des Protokolls der Mitgliederversammlung vom 29.02.2012
 - Einstimmig angenommen.
3. Herr Teichmann verlas den Bericht der Kassenprüfer/in.
4. Der Antrag auf Entlastung des Vorstands und der Kassenführer/in wurde gestellt.
 - Entlastung wurde einstimmig erteilt.

Frau Schwarz und Herr Schöbel wurden in Abwesenheit einstimmig wieder gewählt. (Ihr Einverständnis lag in schriftlicher Form vor.)

5. Der Jahresabschluss 2012 wurde von Herrn Lorenz vorgestellt und ebenfalls einstimmig genehmigt.
6. Der Finanzplan 2013 wurde von Herrn Lorenz vorgestellt und einstimmig genehmigt. Folgende Projekte werden unterstützt:
 - Brückenbau mit 6.000,-- €
 - St. Thomas Kirchengemeinde mit 900,--€
 - Ev. Frauenhilfe mit 1.200,-- €
7. Verschiedenes:
Herr Arnold Kiel berichtete über das Treffen mit Herrn Velten vom Diakonischen Werk am 4.2.2013. (siehe Schreiben vom 6.2.2013)

Neue Termine wurden nicht beschlossen.

Gabi Hannebohn

Sachstandsbericht zur 22. Mitgliederversammlung von Aktion Brückenbau am 15.05.2013

1. Personalsituation und Büro Lange Straße

Fr. Kuhr / Hankers sind jeweils mit 30 Stunden beschäftigt. Beide beteiligt an Gruppen- und Projektarbeit. Jeweils 3 Stunden für Gruppen- und Beratungsarbeit, die übrigen bis Ende 2012 für das Projekt 50 TOP. Seit Anfang 2013 investieren beide Mitarbeiterinnen viel Zeit und Kraft in die Werbung für die neue Maßnahme.

Im Januar und Februar begleitete eine Praktikantin der Fachhochschule die Mitarbeiterinnen im Rahmen eines Grundpraktikums im Studiengang soziale Arbeit.

2. Gruppenarbeit und Beratungsschwerpunkte

Die Gruppenarbeit und offene Beratung werden ausschließlich durch Mitgliedsbeiträge und Spenden finanziert (s.o., Verteilung der Arbeitsstunden). Auch die Einzelfallhilfe in Notlagen wird daraus gezahlt. Diese Gelder sind unverzichtbar, um das Angebot der unabhängigen Beratung aufrecht zu erhalten.

Aktivitäten:

Im Juli 2012 Sommerfahrt mit den Gruppen in den Spreewald.

Dezember 2012 Theaterbesuch: „Der Bettelstudent“ im Staatstheater.

Weihnachts- und Osterbasteln mit Frau Kühne, Weststadt.

Weihnachtsfeier im Haus der Begegnung in der Weststadt

Beratung zu allen Themen im Bereich Arbeitslosengeld II, vielfach für ehemalige Projektteilnehmer. Wichtige Themen waren „Aufrechnungen/Kürzungen“ sowie die „Kosten der Unterkunft“.

Die zweite Jahreshälfte war geprägt von der Arbeit am neu zu installierenden QM-System. Frau Kuhr besuchte monatliche Schulungen und ist jetzt die QM-Beauftragte des Vereins. Das Qualitätsmanagement-Handbuch wurde erstellt und im Dezember 2012 vor Ort von der Beauftragten einer „Fachkundigen Stelle“ (hier: Zertsozial) in einem zweitägigen Audit geprüft. Aktion Brückenbau ist jetzt zertifiziert nach DIN ISO 2001:2008 sowie als Träger für Arbeitsmarktdienstleistungen nach AZAV.

Gleichzeitig musste auch das Maßnahmekonzept an die Vorgaben der Fachkundigen Stelle angepasst und mit diversen Unterlagen eingereicht werden.

Das Maßnahmezertifikat wurde ebenfalls ausgestellt, es gilt ab 01.01.2013 für drei Jahre.

Vernetzung mit KollegInnen: Im Regiotreff Hannover; in der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft PSAG Braunschweig; im Sozialpsychiatrischen Verbund; bei Trägern von Integrationsprojekten, in berufsspezifischen Fachgruppen sowie mit ambulanten Beratungs- und Betreuungseinrichtungen.

Der SGB-II-Austausch wurde wieder aufgenommen und findet jetzt in der DRK-Schuldnerberatung statt.

Das gesamte Netzwerk wird für die Bekanntmachung des neuen Maßnahmeangebots und der veränderten Vorgehensweise (s.u.) genutzt.

3. Projektarbeit

Die Abrechnung der Projektkosten bis Ende 2012 ist zügig erfolgt, es gab lediglich einige inhaltliche Rückfragen.

Es gab bis zum Jahresende 30 Projektplätze in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung nach §16d SGB II. Im letzten Quartal wurden einige Plätze

durch das Jobcenter nicht nachbesetzt, dadurch fielen die Einnahmen etwas geringer aus als veranschlagt.

Durch die Gesetzesänderung vom 01.04.2012 ist es den Trägern nicht mehr möglich, Arbeitsgelegenheiten (AGH, mit Mehraufwandsentschädigung) mit Beratungs- oder auch Qualifizierungsangeboten zu verknüpfen.

Im Jahr 2013 bietet Aktion Brückenbau die bisherige Projektarbeit daher nach einem anderen Verfahren an:

Mit dem Zertifikat kann Aktion Brückenbau im Auftrag aller (!) Jobcenter Maßnahmen durchführen. Das ist grundsätzlich auf zwei Wegen möglich:

- a) Durch Teilnahme an Ausschreibungen im (ausschließlich elektronischen) Vergabeverfahren. Das wäre für AB Neuland.
- b) Durch Anbieten einer zugelassenen Maßnahme im Gutscheilverfahren. Das bedeutet, die Mitarbeiter des Jobcenters verabreden mit ihren Kunden Förderziele. Diese werden in der Eingliederungsvereinbarung und auf dem Aktivierungsgutschein festgeschrieben. Die Kunden können sich dann eine Maßnahme aussuchen, die das jeweilige Förderziel beinhaltet. (ähnlich wie die freie Auswahl des Anbieters für einen PC-Kurs). Eine Maßnahme muss daher die Förderziele des Jobcenters aufgreifen und auch für potentielle Teilnehmer attraktiv sein.

Für Aktion Brückenbau kommt derzeit nur der zweite Weg in Frage. Die Maßnahme mit Laufzeit 6 Monate beinhaltet individuell entwickelte Aktivierungsschritte, Beratung und Praxiserprobung. Im Unterschied zum AGH-Projekt erhalten Maßnahmeteilnehmer keine Mehraufwandsentschädigung, lediglich Fahrtkostenerstattung.

Für das Jahr 2013 ergaben sich trotz frühzeitiger Planung einige Verzögerungen. Ein Gespräch mit der Leitungsebene des Jobcenters Braunschweig, an dem auch Herr Lorenz teilnahm, konnte erst Anfang Februar stattfinden. In diesem Gespräch zeigte sich erneut, dass man im hiesigen Jobcenter nur bedingt bereit ist, individuelle Maßnahmeangebote für Menschen mit multiplen Vermittlungshemmnissen vorzuhalten. Man verweist dort auf das Angebot der psychosozialen Betreuung nach § 16 a SGB II, welches die Stadt laut Gesetz für die Leistungsberechtigten erbringen muss. Aus Sicht von Aktion Brückenbau ist jedoch eine niedrighschwellige Aktivierungsmaßnahme mit Beratungsanteil eine sehr sinnvolle Ergänzung der kommunalen Leistung. Viele Mitarbeiterinnen des Jobcenters Braunschweig sehen das genauso, sie sind jedoch an die Vorgaben der Leitung gebunden. Diese wiederum richtet sich auch nach finanziellen Gesichtspunkten. Bereits (nach Vergaberecht) eingekaufte und bezahlte Maßnahmen sollen vorrangig befüllt werden.

In den Jobcentern der anderen Kommunen wird der Bedarf für ein individuelles Maßnahmeangebot wie das von Aktion Brückenbau anerkannt. Die Mitarbeiterinnen haben daher zu den Jobcentern der Randkommunen (Peine, Gifhorn, Helmstedt, Salzgitter, Wolfenbüttel) Kontakt aufgenommen. Von dort sind bereits Maßnahmeteilnehmer angemeldet, es ist allerdings nur mit wenigen Meldungen zu rechnen.

Da das Gutscheilverfahren im Bereich der Aktivierungsmaßnahmen neu eingeführt wurde, muss die praktische Umsetzung erst etabliert werden. Auch aus diesem Grunde ist die Übergangszeit schwierig für alle Beteiligten. Im Jobcenter Braunschweig rechnet man durchaus mit einer verbesserten Situation (auch in finanzieller Hinsicht) in der zweiten Jahreshälfte.

AAA und DW
(Aktion Arbeitslosen Abgabe und Diakonisches Werk)

In einem ersten Kontakt mit Schreiben vom 18.11. 1985 (H. Padel) ging es um die Frage, ob das DW unseren **Informations-Flyer als Beilage** mit der üblichen Post versendet werden könne. Dies wurde abgelehnt.

Dann ging es um die Anerkennung des Vereins durch das Finanzamt zwecks

Spendenbescheinigung. Es gibt strenge Regeln, die wir mit unserer bisherigen Satzung nicht alle erfüllen. Eine **Mitgliedschaft** beim DW könnte das allerdings erleichtern. Auf der MV vom 22.6. 1986 wurde einem entsprechenden Antrag zugestimmt und die Mitgliedschaft von der MV am 23.11. 1986 einstimmig beschlossen. Mit einer entsprechenden Satzungsänderung konnten dann ab 1987 Spendenbescheinigungen ausgestellt werden, allerdings auch nur bedingt, denn alle 3 Jahre muss die eigene Förderungswürdigkeit beim Finanzamt belegt werden.

Ergänzung/ Korrektur von Frau Schöningh bei der Mitgliederversammlung am 14.3. 2013: Herr Padel schrieb einen längeren Brief an das Ministerium (?); erst der bewirkte das Recht für Spendenbescheinigungen!

Der Vorteil, zusätzliche Fördermittel auf EKD-Ebene beantragen zu können, wurde aber nicht realisiert, z.B. Anträge bei den Toto- und Lottogewinnen der Länder.

Der **Mitgliedsbeitrag** betrug 1987 70.- DM und wurde mehrfach erhöht, und zwar 1993 auf 100.- DM, 1994 auf 104.- DM, 1995 auf 119.- DM. (2012 waren es 72,99 Euro)

Für eine **Neuaufgabe** der Schrift des DW von 1983 **Zeichen der Hoffnung** stellte W. Steen unsere Initiative vor. Auf Anfrage des DW wurde Herr Teichmann 1990 als

Datenschutzbeauftragter benannt. Er erinnert daran, dass es 2001 zu einem Vorstoß von Jens Pallinger beim DW kam für eine neue Beschäftigungsinitiative, die aber zu keinem Ergebnis führte.

Engere Kontakte bestanden vor allem auf Gemeinde- und Propsteiebene (Kreisstellen des DW) bei Unterstützungen von Initiativen und Projekten z.B. Goslar, Königslutter, Braunschweig)

Auf Grund der **Überlegung, unsere Mitgliedschaft beim DW zu beenden** (was nur durch eine Satzungsänderung möglich ist, vgl. §1 der Satzung), kam es am 4.2. 2012 zu einem hilfreichen und informativen **Gespräch mit Herrn Herrn Velten**, der die gravierenden Änderungen des DW erläuterte. Wir sind eines von 93 Mitgliedern, im Unterschied etwa zum Marienstift und den Neuerkeröder Anstalten ein Minimitglied wie Mondo X, HEP, Kinderspielkreis St. Matthäus, Projekt Kaffeetwete. In den Mitgliederversammlungen geht es um Belange und Entscheidungen, die unsere Möglichkeiten um ein vielfaches übersteigen. Eine regelmäßige Teilnahme erscheint darum zunehmend als wenig sinnvoll. Herr Velten gab uns die Anregung, den Passus mit der Mitgliedschaft im DW aus der Satzung zu streichen, ohne zugleich die Mitgliedschaft im DW zu kündigen. Auch wenn ein Ausscheiden erwogen werden sollte, plädiert Velten für die Stärkung eines Kontaktnetzes innerhalb der eigenen Landeskirche, dessen organisatorische Form noch überlegt wird.

Für uns am folgenschwersten ist der **Plan, ein niedersächsisches DW (DWN) zu gründen** mit Sitz in Hannover (u.a. auch Erhöhung des Mitgliedsbeitrages).

Der Vorstand meint nach Prüfung der Lage, zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keinen Vorstoß in Richtung Beendigung unserer Mitgliedschaft unternehmen zu sollen.

Grundsätzlich bleibt die Frage, wie lange wir noch weitermachen wollen, auf der „inoffizillen“ Tagesordnung.

Arnold Kiel, 6.2. 2013

Gedacht, geschrieben, gesagt, getan..... oder: es liegt was in der Luft..... Wie die AAA entstand

Rückblick von Frau Camerer: 35 Jahre- Erfahrungssammeln im Teilen von Arbeit und Geld

In der Aktion- Arbeitslosen Abgabe (AAA) haben sich kirchlicher MitarbeiterInnen und Gemeindeglieder aus der ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig zusammengeschlossen, um Arbeit und Geld zu teilen und so Arbeitslosen Anteil an einer gerechteren Aufteilung vorhandener Arbeit zu geben.

Geschichte: Drei Problemkreise führten am 11. 7. 1984 dazu, aus dem Rahmen der Friedensinitiative herauszutreten und einen eingetragenen Verein zu gründen:

*Die bedrückend hohe Zahl von Arbeitslosen, insbesondere unter Frauen und jungen Menschen.

*Die Diskussion innerhalb der Kirche über das Teilen von Arbeit und Geld zwischen Arbeitslosen und denen, die in gut bezahlten und unkündbaren Arbeitsverhältnissen stehen und keine Sozialabgaben zahlen.

*Die Aussicht, dass Theolog*innen und Diakon*innen nach Abschluss ihrer Ausbildung keine Stelle im kirchlichen Dienst bekommen würden (sog. „Theologenschwemme“).

Die Grundideen der Aktion Arbeitslosen Abgabe fassen die drei Worte zusammen, die Name und Motto zugleich sind:

Aktion: Die Idee, Arbeit zu teilen und durch Mitfinanzierung neue Arbeitsplätze im Bereich der Kirche zu schaffen, um vernachlässigte und verwaiste Arbeitsbereiche zu entdecken und zu fördern.

Arbeitslose: Zielgruppe sollten zunächst kirchliche Mitarbeiter*innen sein, die als Diakon*innen oder Pfarrer*innen ausgebildet und qualifiziert waren, aufgrund besetzter Stellen und fehlender Finanzmittel nicht angestellt werden konnten.

Abgabe: Mit einem Solidarbeitrag erklären sich die Mitglieder bereit, auf einen (ca. 1%) des Bruttogehalts zum verzichten, um so auftretende Finanzierungslücken schließen zu können.

Sehr schnell verlagerte sich allerdings die Zielgruppe auf den außerkirchlichen Bereich, wo der Bedarf sehr groß war. Beispiele für diese Arbeit der AAA waren unter anderen die „**Lehdorfer Jugendwerkstatt**“, gegründet 1987 von Hartmut Padel, in der arbeitslose Jugendliche durch Ausbildung handwerklicher Fähigkeiten an eine Berufsausbildung herangeführt werden sollten, oder der Verein „**Hubeta**“, der eine Kindergruppe betreuen und Pflegedienste anbieten wollte. Beide Initiativen arbeiteten erfolgreich und schufen Arbeitsplätze. Sie wurden jahrelang von der AAA finanziell unterstützt.

Aus der Satzung der Jugendwerkstatt: „Zweck des Vereins ist die Förderung von Jugendlichen, die in der Arbeitswelt- aus welchen Gründen auch immer- benachteiligt oder schwer vermittelbar sind“.

Es zeigte sich allerdings, dass weniger Menschen als erhofft bereit waren, Geld und Arbeit zu teilen, während die Arbeitslosigkeit, auch durch die Wiedervereinigung Deutschlands 1989 weiter zunahm. Daher versuchte die AAA das Problem auch durch Anregung von und Teilnahme an zahlreichen Veranstaltungen in den 90iger Jahren mehr an die Öffentlichkeit zu bringen. Weiterhin unterstützte sie Projekte und Einrichtungen, in denen Erwachsene die Möglichkeit hatten, sich mit ihrer Situation auseinanderzusetzen und eine Chance zur Eingliederung in den Arbeitsprozess zu finden, z.B. die 1992 gegründete „**Aktion Brückenbau**“. (Nikolaus Lorenz)

Mit der Einschränkung staatlicher Zuschüsse für die Beschäftigung Arbeitsloser (ABM) wurde der Spielraum für die AAA in der Folge allerdings immer kleiner. 2006 wurde sie im Kollektenplan der Landeskirche gestrichen, die Zahl der Spender*innen nahm auch aus

Altersgründen ab, sodass die Auflösung des Vereins näher rückte (2004 hatte sich schon die Parallelorganisation AAA Hannover aufgelöst). Es konnten immer weniger Projekte unterstützt werden.

Persönliche Erinnerung A.Kiel

1975 wurde die Ökumenische Genossenschaftsbank (EDCS, später Oikocredit) gegründet. Es sollte nicht nur bei Worten bleiben. Mehr Gerechtigkeit durch solidarisches Handeln war gefragt.

Nach einem Treffen der Braunschweiger Friedensinitiative rief ich einige Leute an und schickte dann folgenden Aufruf Mitte/Ende April 1984 zunächst an ca. 10, etwas später 30 Bekannte.

„Wenn es wahr ist, daß wir sehr bald zu viele Theologen und andere kirchliche Mitarbeiter ohne Anstellung haben und gleichzeitig die Arbeit für die im Dienst Stehenden oft zu viel ist- und wer wollte das noch ernsthaft bestreiten? -, dann bleibt nur noch das „Argument“: Wir haben aber kein Geld, um zusätzlich Leute anzustellen! Wir können keine neuen Stellen auf Lebenszeit einrichten und keine Pensionen garantieren, wir wollen aber auch nicht mehr zusehen, wie junge Menschen an der Kirche verzweifeln und überall in Deutschland, nur nicht in Braunschweig, Initiativen entstehen, um ein Zeichen zu setzen, neue Modelle kirchlicher Mitarbeit zu entwickeln und dafür auch Finanzen bereit zu stellen. Darum rufen wir auf zur Gründung eines Solidaritätskontos ...“

Erste positive Rückmeldungen kamen spontan von Brackhahn, Schinke, Stammberger, Guischar; bis zum 3.5 hatten 14 Erstunterzeichner 650.- DM pro Monat zugesagt. (Apelt, Barsnick, Brackhahn, Dose, Erchinger, Fay, Fincke, Freiersleben, Hille, Kiel, Mercker, Padel, Piper, Steen, Winkler). Ein provisorisches Sonderkonto wurde eingerichtet.

Fast gleichzeitig erschien die überraschende Entscheidung des Pfarrervereins in ähnlicher Richtung, ebenfalls ein Beschluss der Landesynode, die EZ berichtet am 20.5. 1984.

Es kam zu einem „Gründungstreffen“ am 11.7. im Fredenberg SZ-Lebenstedt, auf einer ersten Mitgliederversammlung am 6.9. zur Wahl eines Vorstandes: A. Kiel, W. Steen, Diakon K. Hempel, Vikarin H. Stöckmann. Der Satzungsentwurf wird von J. Goltermann juristisch geprüft zur Erlangung der Spendenbescheinigung, am 20.10 findet ein Gespräch im Landeskirchenamt statt (Becker, Fischer, Steen Kiel), der Kontostand beträgt am 20.11. 10653,24 DM. Im Januar 1985 hat die AAA 38 Mitglieder. Damit sind die entscheidenden Schritte getan und die ersten 3 Projekte werden 1985 mit insgesamt 14 700.-DM bezuschusst: Diakonische Beratung Goslar, Propsteijugend Seinstedt, Ev. Jugend Goslar.

Etwas schwierig gestaltet sich die endgültige Anerkennung durch das Finanzamt. Sie gelang erst 1987 durch eine Satzungsänderung und die Mitgliedschaft im Diakonischen Werk (23.11. 1986 einstimmig beschlossen), nachdem Padel einen längeren Brief an die Oberfinanzdirektion geschrieben hatte.

Wilfried Steen ergänzt zur Frage der ersten gescheiterten Anerkennung durch das Finanzamt: Wir hatten den falschen Verwendungszweck in unserer Satzung angegeben: Mildtätigkeit. Das hätte bedeutet: Wir helfen wirtschaftlich hilfsbedürftigen Menschen. Zwangsläufig hätten wir nachweisen müssen, dass diese Hilfsbedürftigkeit auch vorliegt. Dies wäre für uns unmöglich gewesen, da wir zum Beispiel die Sparbücher der Antragsteller hätten prüfen müssen. Mit der Gemeinnützigkeitsfrage habe ich mich noch später rumschlagen müssen, deshalb ist mir dies in Erinnerung.

Für die weitere „Geschichtsschreibung“ entnehme ich aus den Akten: (Vgl. Protokolle der MVs):

Ende **1985** 55 Mitglieder, Kontostand 37 000.-DM

MVs **1986**: 29.1., 17.3., 10.5., 18.8., 17.11. Es wurden gefördert: Arbeitsloseninitiative Königslutter (Zuschuss ABM Stelle), Jugendarbeit Liebenburg (Zuschuss Praktikantin)

Arbeit und Leben- Diakonische Beratung Goslar, Jugendheim in Seinstedt.)

17.1. 1987 Studientag im HKD mit Prof. Fahlbusch; MVs 27.4., 22.6., 29.8., Studientag 24.10., 23.11. Finanzbestand 31.12. 87: 50 845,30

AAA und Diakonisches Werk (DW). Mitgliedsbeitrag seit 1987 70.-, 1993 100.-, 1994 104.-, 1995 119.-, 2012 waren es 72,99 Euro. Für eine Neuauflage der Schrift des DW von 1983 Zeichen der Hoffnung stelle W. Steen unsere Initiative vor. Auf Anfrage des DW wurde Teichmann 1990 als Datenschutzbeauftragter benannt. Er erinnerte daran, dass es 2001 zu einem Vorstoß von Jens Pallinger beim DW kam für eine neue Beschäftigungsinitiative, die aber zu keinem Ergebnis führte. Engere Kontakte bestanden vor allem auf Gemeinde- und Propsteiebene (Kreisstellen des DW), bei Unterstützungen von Initiativen und Projekten, z.B. Goslar, Königslutter, Braunschweig.

1988: Seit 1.5. ist Chr. Teichmann auf einer ABM Stelle. MVs 25.1., 3.3., 15.4., 19.8.

Projekte: ABM Stelle 34.510,72. Arbeitsloseninitiative Königslutter 3450.-, Diakonische Beratung Goslar 1000.-, Pro Labore 2000.-, Jugendwerkstatt Lehndorf 1000.-, Vechelde ABM Umwelt 2300.-, Hubeta 10000.-, (Verwaltung 1709,20. Insgesamt 64 969,92! Einnahmen: 50 751, Bestand 31.12. 1988: 27 627,04 DM)

1989 MVs 25.1., 12.4., Kriterienbeschluss zur weiteren Vergabe. Als Vorsitzende hören auf: Padel, Gutman, Stöckmann-Wrede. Es folgen nach als 1. Vorsitzender W. Steen, 2. V. Brzoska, Protokoll E. Binder, Schriftführer: C. Teichmann, Schöningh Mitglieder ca. 50, Einnahmen ca. 25-30 000.- pro Jahr

1990 MVs 5.7., 18.10., 10.1. 1991

Liste der Vorsitzenden: Kiel, Steen, Padel,Teichmann

Ich selber war seit 1986 wieder in Tansania und habe die weitere Entwicklung nur aus der Ferne mitbekommen. Der Start war das Leichteste, viel anstrengender und arbeitsintensiver war die Durchführung. Ein großer Dank gilt allen, die daran beteiligt waren. (11.1.2016)

Wilfried Steen

In lebhafter Erinnerung ist mir ein Gespräch zur AAA in der Landessynode, das wenig überzeugend verlief, Für mehrere Synodale war die Anstellung von Theologen über Finanzierungen durch AAA sehr problematisch. Sie befürchteten, dass dadurch Beschlüsse der Landessynode und des Landeskirchenamtes unterlaufen würden und ein "Klerus vagans" entstünde. Eine realistische Chance, die Belastung der Pfarrerinnen und Pfarrer durch Stellenreduzierung zu senken, wie es das Modell der AAA vorsehe, bestehe nicht. Einige Pfarrer wendeten ein, dass ihr Gehalt zu niedrig bemessen sei, um einfach auf ein Viertel zu verzichten. Die Initiative übe einen hohen moralischen Druck aus, der nicht gerechtfertigt sei.

In der Tat mussten wir als AAA erkennen, dass sich das Ursprungsmodell nicht umsetzen ließ: Vier Pfarrerinnen/Pfarrer mit voller Stelle geben ein Viertel ihres Gehaltes ab und schaffen eine neue Dreiviertel-Stelle für eine Theologin/einen Theologen, damit sie in ihrer Arbeit entlastet werden und ein Berufsanfänger Berufserfahrung sammelt.

Wir haben stattdessen eine nützliche Fördertätigkeit von ABM-Stellen und anderen Projekten begonnen. Dies hat sich durchaus segensreich ausgewirkt. HUBETA gibt es auch noch heute, ebenfalls einige andere Projekte, deshalb ist mir dies in Erinnerung. (26.11. 2016)

Es war ein längerer, etwas mühsamer, aber notwendiger Schritt: Die AAA wird aufgelöst, auch wenn ein Mitglied das sehr bedauert.

Zu deutlich waren die Zeichen der Zeit: In den letzten 2-3 Jahren brachten etwa 20 Teilnehmer ca. 4000.-Euro im Jahr auf, es gab wenige Anträge, immer weniger beteiligten sich an den Jahresversammlungen, der Vorstand tagte nur noch selten. Alles Ding hat seine Zeit, andere Initiativen und Aktionen sind entstanden, teilweise durch die AAA angestoßen.

Wir können schon ein wenig stolz auf das zurückschauen, was geleistet wurde. Allerdings ist auch wahr, dass zwei grundlegende Voraussetzungen für die Entstehung der AAA bis heute vorhanden sind: Eine erhebliche Zahl von Arbeitslosen (und Gering Verdienenden, wenn auch nicht in der Kirche und unter Theologen) und die wachsende Kluft zwischen denen, die zu viel und denen, die keine Arbeit haben. Es müssen neue Lösungen gefunden werden für die sozialen Herausforderungen unserer Zeit.

(A. Kiel, 8.3. 2019)



**Aktion
Arbeitslosen
Abgabe**
in Braunschweig

Christian Teichmann
Tel.: 0531/7017833 –
Fax 0531/7017858
cteichmann.bs@web.de

AAA Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig e.V.
38102 Braunschweig Kapellenstr. 14

09.11.2016

Einladung zur ordentlichen Mitgliederversammlung 2016

Liebe Mitglieder, liebe Spenderinnen und Spender,

wir laden Sie hiermit herzlich ein zur Mitgliederversammlung 2016 der Aktion Arbeitslosen Abgabe am

**Donnerstag, 24.11.2016 um 20.00 Uhr,
im Gemeindehaus St. Johannis,
Kapellenstr. 14 38102 Braunschweig**

Die Tagesordnung sieht folgende Punkte vor:

1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls der Mitgliederversammlung vom 14.03.2013
3. Antrag auf Entlastung den Vorstandes
4. Jahresabschluss, 2013,2014,2015 *vertagen*
5. Auflösung des Vereins zum 31.12.2016 (weitere Informationen siehe Anlage)
6. Verschiedenes

Wir würden uns freuen Sie an diesem Tage begrüßen zu dürfen und verbleiben bis dahin

Mit freundlichen Grüßen
(Christian Teichmann 1. Vorsitzender)

Christian Teichmann

Anlage : Gründe der Auflösung der AAA

Bankverbindung: Evangelische Kreditgenossenschaft eG.
BIC: GENODEF1 EK 1 IBAN DE06520604100100625175

Konto Nr.: 0100625175
BLZ 520 604 10



**Aktion
Arbeitslosen
Abgabe**
in Braunschweig

Christian Teichmann
Tel.: 0531/7017833 –
Fax 0531/7017858
cteichmann.bs@web.de

AAA Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig e.V.
38102 Braunschweig Kapellenstr. 14

09.11.2016

Liebe AAA-Mitglieder

Wie Sie sicher festgestellt haben sind die Schreiben von der AAA seltener geworden. Anfang dieses Jahres erfolgte nur ein Dankschreiben und als Anlage die Spendenbescheinigung für 2015. Zu einer turnusmäßigen und satzungsmäßig vorzunehmenden Mitgliederversammlung war nicht eingeladen worden.

Für 2016 soll das aber nicht so weitergehen:

In der MV am Donnerstag, dem 24.11.2016 in den Gemeinderäumen von St. Johannis in der Kapellenstraße 14, 38102 Braunschweig um **20:00 Uhr** wollen wir zunächst die nötigen Rechnungsbeschlüsse, Rechenschaftsberichte und Entlastungen für 2013, 2014 und 2015 verabschieden.

Als außerordentlichen Tagesordnungspunkt möchte ich die **Auflösung der AAA** nach ca. 30 Jahren aufgrund folgender Gründe auf die Agenda bringen.

- Die Zahl unserer Spenderinnen und Spender hat sich drastisch verringert
- Neue Spenderinnen und Spender sind nicht in Sicht.

Wir wissen, welchen Beitrag die AAA für eine ganze Reihe von Projekten in unserem Förderungsbereich geleistet hat. Und wir freuen uns bis heute über dankbare Rückmeldungen, was durch Zuschüsse seitens der AAA ermöglicht, bzw. gesichert werden konnte. Allerdings müssen wir uns folgende Fragen stellen

- stehen Aufwand an Vereinsarbeit und Ergebnis noch in einem vertretbaren Verhältnis?
- Wie können wir die Besetzung des Vorstands gestalten? Es wird immer schwieriger genügend Bewerberinnen und Bewerber zu finden.

Deshalb stelle ich in der MV am 24.11.2016 den Antrag auf die Auflösung unseres Vereins zum schnellst möglichen Zeitpunkt (31.12.2016).

Bankverbindung: Evangelische Kreditgenossenschaft eG.
BIC: GENODEF1 EK 1 IBAN DE06520604100100625175

Konto Nr.: 0100625175
BLZ 520 604 10



**Aktion
Arbeitslosen
Abgabe**
in Braunschweig

Christian Teichmann
Tel.: 0531/7017833 –
Fax 0531/7017858
cteichmann.bs@web.de

AAA Aktion Arbeitslosen-Abgabe in Braunschweig e.V.
38102 Braunschweig Kapellenstr. 14

Um die endgültige Auflösung durchzuführen müssen folgende Punkte unserer Satzung eingehalten werden.

§8,5 MV beschließt mit Mehrheit der anwesenden Mitglieder.

§14,1 Mitgliederversammlung beschließt ...

§8,2 : fristgerechte Einladung zur MV mit Vorlage der entsprechenden TOP (2 Wochen)

§14,3 2/3 Mehrheit der Mitglieder bei der 1.MV über die Auflösung; 2. MV: innerhalb eines Monats noch einmal, dann einfache Mehrheit der Anwesenden in der MV. –
Das müsste doch durchführbar sein?

Um die satzungsgemäßen Schritte nachzuschlagen, verschicke ich auch, wenn nötig, ein Exemplar unserer Satzung.

Mit herzlichem Gruß,

Christian Teichmann

P.S.:

In vielen Gesprächen im Vorfeld der jetzt beantragten Vereinsauflösung wurde die Notwendigkeit einer Institution wie der AAA immer wieder betont und darum gebeten, dass wir und nicht auflösen, da die Initiativen uns brauchen.

Deshalb meine herzliche Bitte an die übrig gebliebenen Spenderinnen und Spender:

Bitte leitet eure Spenden statt an die AAA

an eine Initiative wie z. B.

Aktion Brückenbau,

Selbsthilfegruppe „Lichtblick“ Wolfenbüttel,

Selbsthilfegruppe in der Kreuzgemeinde BS – Lehdorf

und andere Initiativen – gerne geben wir hierbei Hinweise und können vermitteln.

Bankverbindung: Evangelische Kreditgenossenschaft eG.
BIC: GENODEF1 EK 1 IBAN DE06520604100100625175

Konto Nr.: 0100625175
BLZ 520 604 10



Protokoll der Mitgliederversammlung vom 24.11.2016

Anwesende Mitglieder: Arnold Kiel, Luitgard Camerer, Ilsabe Schwarz, Nikolaus Lorenz, Christian Teichmann

1. Der Vorsitzende Christian Teichmann begrüßt die Mitglieder und eröffnet die Versammlung. Die Tagesordnung wird geändert. Die TOPs 3,4&5 werden auf die nächste Mitgliederversammlung vertagt. Als 2. Rechnungsprüfer soll Eckehard Binder beauftragt werden, die Jahresabschlüsse 2014 und 2015 zusammen mit Ilsabe Schwarz zu prüfen.

Der TOP 5 soll in einer erneut einzuberufenden Sitzung nach den Statuten der Satzung beraten und beschlossen werden.

2. Das Protokoll der MV vom 14.03.2013 wird einstimmig genehmigt.

6. Der Vorsitzende soll Erkundigungen darüber einholen, wie viel die Auflösung des Vereins beim Vereinsregister des Amtsgerichts kostet.

Für die Honorarkraft Frau Hannebohn soll das Honorar für 2016 und 2017 für die Abwicklung der AAA vorgehalten werden.

Die für 2016 genehmigten 1200€ für die Initiative Lichtblick in Wolfenbüttel sollen schnell überwiesen werden für den Finanzbedarf von 1200€ im Jahr 2017 soll Geld bereit gehalten werden.

Die Kassenunterlagen sollen an Herrn Teichmann übergeben werden, damit er während der Kur von Frau Hannebohn diese Unterlagen Herrn Binder und Frau Schwarz zur Prüfung vorlegen kann.

Das Einladungsschreiben zur nächsten MV soll am Ende die Bitte enthalten, dass die Summe X noch fehlt, damit die AAA ihre gegebenen Verpflichtungen einhalten kann und die Bankverbindungen von Initiativen, die direkt unterstützt werden sollten, sollen aufgelistet werden.

Zur außerordentlichen MV zur Auflösung der AAA wird zum 14.12.2016 um 20:00 h in die Leonhardstraße 39 (Gemeindehaus der St. Johannis-Gemeinde) eingeladen.



Protokoll der Mitgliederversammlung vom 14.12.2016

Anwesende Mitglieder: Arnold Kiel, Luitgard Camerer, Ilsabe Schwarz, Nikolaus Lorenz, Christian Teichmann, s. Liste.

1. Der Vorsitzende Christian Teichmann begrüßt die Mitglieder und eröffnet die Versammlung. Die Tagesordnung wird geändert. TOP 3&4 werden in der Reihenfolge getauscht.

2. Das Protokoll der MV vom 24.11.2016 wird einstimmig genehmigt, nachdem angemerkt worden ist, dass Herr Eckehard Binder nicht als zweiter Kassenprüfer zur Verfügung steht.

Neu 3. Frau I. Schwarz hat mit Frau C. Picht-Büscher die Kassenprüfungen für 2014 und 2015 vorgenommen. Belege und Kontoführungsbuch stimmen überein. Es gibt keine Beanstandungen.

Neu 4. Frau I. Schwarz stellt den Antrag auf Entlastung des Vorstands und der Rechnungsführerin, Frau Hannebohn. Die Entlastung erfolgt einstimmig.

5. Die Auflösung des Vereins soll zum schnellst möglichen Zeitpunkt erfolgen, sobald die gegebenen Verpflichtungen gegenüber Antragstellern, der Mitarbeiterin Frau Hannebohn und die Gebühren und Honorare für die Auflösung aufgebracht sind. Um das benötigte Geld aufzubringen, soll unter anderem ein Aufruf zu einer einmaligen Spende zum Ende des Vereins erfolgen. (4 Ja-Stimmen, 1 Gegen-Stimme) Zur Liquidation des Vereins soll der Vorsitzende, Christian Teichmann, die notwendigen Schritte einleiten.

6. Mit dem Versenden der Spendenbescheinigungen 2016, in dem die Auflösung der AAA mitgeteilt wird, soll ein Hinweis auf Initiativen erfolgen, die künftig von den Spendern der AAA begünstigt werden können (deren Bankverbindungen sollen beigefügt werden).

Christian Teichmann